

**Kirchen- und Religionspolitik des
Nationalsozialismus in Erftstadt
1933-1945**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der
Philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn

vorgelegt von

Ursula Kisters-Honnef

aus
Köln

Bonn 2018

Zusammensetzung der Prüfungskommission:

Prof. Dr. Matthias Becher, Institut für Geschichtswissenschaft
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Institut für Geschichtswissenschaft
(Betreuer und Gutachter)

Prof. Dr. Dominik Geppert, Institut für Geschichtswissenschaft
(Gutachter)

Prof. Dr. Peter Geiss, Institut für Geschichtswissenschaft
(weiteres prüfungsberechtigtes Mitglied)

Tag der mündlichen Prüfung: 13. Dezember 2017

Vorwort und Danksagung

Die vorliegende Arbeit stellt die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation dar, die im Wintersemester 2017/2018 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn unter dem Arbeitstitel „Kirchen- und Religionspolitik des Nationalsozialismus in Erfstadt 1933-1945“ angenommen wurde.

Während der Abfassung der Arbeit haben mir viele geholfen und mich unterstützt. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

Namentlich wäre hier zuerst mein Doktorvater, Herr Professor Dr. Joachim Scholtyseck, zu erwähnen, der sich bereit erklärte, meine Arbeit fachlich zu betreuen und der mich während der Fertigstellung vielfach unterstützt und beraten hat.

Herrn Professor Dr. Dominik Geppert danke ich sehr für die Bereitschaft, die Aufgabe des Zweitgutachters übernommen zu haben.

Wertvolle Hilfe habe ich von einigen Mitgliedern des Geschichtsvereins Erfstadt erhalten. Hier ist insbesondere der Leiter des Stadtarchivs Erfstadt, Herr Dr. Frank Bartsch, zu nennen. Neben seiner engagierten Hilfe bei der Erschließung der für das Thema relevanten Quellen innerhalb des Archivs ist es ihm innerhalb eines längeren Zeitraums gelungen, mehrere wichtige unveröffentlichte Quellen, die bisher im privaten Besitz waren, für das Archiv Erfstadt zu gewinnen und somit für meine Arbeit nutzbar zu machen. Er hat auch die Möglichkeit zu Gesprächen mit mehreren Zeitzeugen vermittelt.

Herrn Professor Dr. Horst Matzerath, dem langjährigen Vorsitzenden des Geschichtsvereins Erfstadt, verdanke ich wertvolle fachliche Hinweise sowie Korrekturvorschläge zu der vorliegenden Arbeit.

Bei der Erstellung des Konzepts konnte ich mich auf methodische Ratschläge und die profunden lokalthistorischen Kenntnisse von Frau Hanna Stommel (Erfstadt-Lechenich, jetzt Krefeld) stützen.

Auf der Suche nach Zeugnissen aus der NS-Zeit habe ich in den einzelnen

Ortsteilen der heutigen Stadt Erftstadt oft Hilfe erfahren.

Danken möchte ich auch allen Leitern und Mitarbeitern der von mir genutzten Archive. Hier sei insbesondere das Stadtarchiv Euskirchen unter der Leitung von Frau Dr. Gabriele Rüniger erwähnt. Große Hilfsbereitschaft und Unterstützung habe ich auch in den Pfarrarchiven von St. Alban in Liblar, von St. Kilian in Lechenich, St. Josef in Köttingen, St. Martinus in Kierdorf, St. Pantaleon in Erp und St. Lambertus in Bliesheim erfahren.

Zu guter Letzt bedanke ich mich bei meinem Ehemann für seine große Geduld beim Zuhören und seine konstruktive Kritik.

Meiner Tochter Barbara widme ich diese Arbeit. Sie hat mein Projekt von Anfang an voll unterstützt und mich an einigen kritischen Stellen stets zur Weiterarbeit ermuntert.

Ihrem Freund, Marc Wacker, bin ich sehr dankbar für die Hilfe bei der Bewältigung zahlreicher technischer Tücken und Schwierigkeiten bei der Fertigstellung der Arbeit.

Hürth, im Mai 2018

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Forschungsstand und Quellenlage	9
2	Erfstadt	15
2.1	Entstehung der Stadt Erfstadt	15
2.2	Geographische Lage.....	16
2.3	Die Gemeinden Erfstadts am Ende der Weimarer Republik	16
3	NS-Herrschaft in den Gemeinden der Stadt Erfstadt	41
3.1	Nationalsozialistische „Machtergreifung“	41
3.2	NS-Gleichschaltung des öffentlichen Lebens	49
3.3	Gleichschaltung der nicht kirchlichen Vereine	57
3.4	Etablierung nationalsozialistischer Instanzen	62
3.5	Wirtschaftliche Entwicklung nach 1933	69
3.6	NS-Führungspersonlichkeiten in den Gemeinden der Stadt Erfstadt	72
3.6.1	Ortsgruppenleiter	72
3.6.2	Amtsbürgermeister der Gemeinden	83
3.6.3	Gemeinde-Bürgermeister	88
4	Wesentliche Kennzeichen der Religions- und Kirchenpolitik des Nationalsozialismus	90
5	NS-Kirchen- und Religionspolitik in den Gemeinden der Stadt Erfstadt 1933-1939	94
5.1	Propaganda: Drohung und Beschwichtigung.....	95
5.2	NS-Maßnahmen gegen katholische Vereine und katholische Schulen.....	97
5.2.1	Nationalsozialistisches Vorgehen gegen die katholischen Jugendverbände.....	97
5.2.2	Nationalsozialismus und katholische Schulen in der Stadt Erfstadt.....	119
5.2.3	Nationalsozialismus und katholische Arbeitervereine	132
5.2.4	Nationalsozialismus und katholische Frauen- und Müttervereine	135
5.2.5	Nationalsozialismus und Schützenbruderschaften und Schützengesellschaften	139
5.3	Rechtliche Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Zivil- und Kirchengemeinden zwischen 1933-1939	153
5.4	NS-Kirchenpolitik auf kultischer und symbolischer Ebene.....	157
5.5	Nationalsozialistische Maßnahmen zur Einschränkung der kirchlichen Kommunikation	167
5.6	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt und Caritas	169

6	Reaktion der Katholiken in den Gemeinden der Stadt Erfstadt auf die NS-Kirchenpolitik.....	172
7	Verhalten der Katholiken in Erfstadt gegenüber der NS-Judenpolitik.....	181
8	Nationalsozialismus und katholische Kirche in Erfstadt 1939-1945.....	196
8.1	Allgemein.....	196
8.2	Staatliche Eingriffe in das kirchliche Leben in der ersten Phase des Krieges	197
8.3	Staatliche Eingriffe in die Gottesdienstordnung	199
8.4	Staatliche Bestimmungen zu Kirchenglocken und Glockengeläut	201
8.5	Seelsorgliche Betreuung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern	204
8.6	Restlose Zerschlagung des kirchlichen Presse- und Buchwesens	211
8.7	Aufhebung der katholischen Kindergärten	214
8.8	Aufhebung kirchlicher Feiertage	218
8.9	Staatliche Einschränkungen in der Krankenseelsorge und in anderen kirchlichen Bereichen	221
8.10	Nationalsozialismus und Klerus	224
8.11	Wechselwirkung zwischen Krieg und katholischer Kirche	227
8.12	Klösterliche Einrichtungen im Krieg	231
8.13	Nationalsozialismus und katholische Kirche während der Endphase des Zweiten Weltkriegs 1944/45	233
9	Auswirkungen der NS-Politik auf die katholischen Gemeinden der Stadt Erfstadt.....	248
9.1	Materielle Schäden.....	248
9.2	Seelsorgliche Situation nach Kriegsende.....	249
9.3	Katholische Kirche und Entnazifizierung.....	252
10	Nationalsozialismus und katholische Kirche in den Gemeinden der Stadt Erfstadt: Kollaboration oder Distanz?	261
11	Zusammenfassung.....	269
12	Anhang	276
12.1	Übersichtskarte Kreis Euskirchen um 1930.....	276
12.2	Übersichtskarte Erfstadt 2012.....	277
12.3	Aufhebung des Verbots des PX – Zeichens auf dem St. Josefsheim in Lechenich (2.März 1938)	278
12.4	Poststempel: Schafft Heime für die HJ	279
12.5	Telegramm an die St. Kunibertus – Schützengesellschaft: Verbot der uniformierten Teilnahme am Gymnischer Ritt (17.Mai 1938)	280
12.6	Verhaftung von Kaplan Peter Offermann	281
12.7	Pfarrer Lennartz: Bunkerschutz aufgehoben (13.Juli 1943)	282
12.8	Andenken an die hl. Osterkommunion 1948	283

VII

12.9	Räumungsbefehl für Dirmerzheim (1.März 1945)	284
13	Quellen und Literatur.....	288
13.1	Staatliche und private Archivbestände.....	288
13.2	Gedruckte Quellen und Literatur	295
13.3	Internet	311

1 Einleitung

Die vorliegende Dissertation untersucht das Verhältnis von Nationalsozialismus und katholischen Kirchengemeinden der heutigen Stadt Erfstadt. Sie stellt damit einen Beitrag zu der Frage nach dem Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche als auch zur Stadtgeschichte Erfstadts dar.

Während die frühe Forschung über den Nationalsozialismus für regionale und lokale Studien nur wenig Interesse zeigte und Ereignisse und Strukturen vor allem auf Reichsebene darstellte, hat sich insbesondere seit den 1980er Jahren gezeigt, dass die Betrachtung der NS-Zeit unter mikrohistorischer Perspektive die Chance bietet, den Nationalsozialismus genauer verstehen zu lernen.¹ Durch empirische Einzelforschung ist es oft möglich, die Gültigkeit gängiger Lehrmeinungen vor Ort zu überprüfen. Gerade in Deutschland waren die verschiedenen Regionen für die politische Orientierung und Verhaltensweise der lokalen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung, Aufstieg und Erfolg der NSDAP waren beispielsweise stark regional geprägt. Alle Parteien, auch die NSDAP, mussten sich regionalen Besonderheiten anpassen, um erfolgreich zu sein. Andererseits prägten aber auch die Nationalsozialisten durch ihre Politik in den Jahren 1933 bis 1945 wesentlich die regionalen Verhältnisse.²

Der lokale Mikrokosmos hat zwar einerseits den Nachteil, nicht repräsentativ zu sein, er bietet jedoch andererseits die Möglichkeit einer eingehenden und genauen Analyse der politisch-gesellschaftlichen Strukturen und eine wissenschaftlich fundierte Rekonstruktion der Geschehnisse und Akteure während der NS-Zeit. Bestimmte Grundzüge der NS-Politik lassen sich oft besser im „kleinen Raum“ erforschen.³

¹ Vgl. hierzu insb. Wirsching, Andreas, Nationalsozialismus in der Region, Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, hrsg. von Möller, Horst, Wirsching, Andreas und Ziegler, Walter, München 1996. Ebenso weist 2003 Claus-Christian W. Szejnmann ausdrücklich auf die Chancen regionalgeschichtlicher Forschungen der NS-Zeit hin. Vgl. Szejnmann, C.-Chr. W., Theoretisch methodische Chancen und Probleme regionalgeschichtlicher Forschungen zur NS-Zeit, in: Ruck, Michael und Pohl, Karl Heinrich (Hg), Regionen im Nationalsozialismus, IZRG, Bd. 10, hrsg. vom Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Bielefeld 2003. Anstöße zu regionalgeschichtlichen Forschungen zur NS-Zeit haben sich auch aus den sog. „Geschichtswerkstätten“ ergeben. Diese waren, ausgehend von Skandinavien und England, Anfang der 1980er Jahre auch in Deutschland entstanden. Ihr Ziel war es, eine Geschichtsschreibung mit Blick für die von der traditionellen Geschichtsforschung bislang vernachlässigten Gruppen zu unternehmen. Dabei sollte die herkömmliche Aufgabenteilung, nach der Geschichte erforscht und die Erkenntnisse an ein interessiertes Publikum vermittelt werden, einer gemeinsamen „Geschichtspraxis“ weichen. Sie verstanden Geschichtsforschung als kommunikativen Prozess unter Einbeziehung aller daran Interessierten. Mit diesem Ansatz gerieten sie in die Kritik der universitär etablierten Geschichtsforschung. Zu den daraus resultierenden Kontroversen vgl. u.a. Grotrian-Steinweg, Etta, Kontroversen um die Deutungshoheit. Museumsdebatte, Historikerstreit und „neue Geschichtsbewegung“ in der Bundesrepublik der 1980er Jahre, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 61. 2009, S. 372-389.

² Vgl. Szejnmann, C.-C. W., S. 44-46.

³ Vgl. von Hehl, Ulrich, Nationalsozialismus und Region, Bedeutung und Probleme einer regionalen und

In methodischer Hinsicht erweist es sich für die vorliegende Arbeit als notwendig, adäquate reichsweite Geschehnisse und Entwicklungen in die Untersuchung einzubeziehen. Es muss darum gehen, Ergebnisse der lokalen und regionalen Forschung auf übergreifende, reichsweite Entwicklungen zu beziehen und in allgemein-historische Fragestellungen einzuordnen, um damit einen Beitrag zur allgemeinen Geschichte des Dritten Reiches zu leisten.⁴ Allerdings muss dabei beachtet werden, dass die Darstellung der allgemeinen Geschehnisse nicht überbetont wird, und es damit zu langatmigen Wiederholungen längst bekannter Fakten kommt.⁵ Teilweise wird sich die vorliegende Arbeit der komparativen Methode bedienen. Das gilt sowohl für die Vergleiche innerhalb der verschiedenen Orte der Stadt Erftstadt als auch für benachbarte Städte und Kreise. Der Vergleich stellt insofern einen wichtigen Bestandteil der Forschung dar, als er die große Vielfalt sozialer Ordnungen erkennen lässt. Einerseits werden so weitgehende Ähnlichkeiten und allgemein Gültiges aufgezeigt, andererseits die Unterschiede und das Besondere herausgestellt und nach deren Ursachen gefragt.⁶

Bei der Einordnung der Geschichte Erftstadts in die Regionalgeschichte erweist es sich als schwierig, die Begrifflichkeit von „Regionalgeschichte“ klar zu definieren und einzugrenzen.⁷ Im Verlauf der vorliegenden Arbeit werden die Schwerpunkte der vergleichenden Untersuchungen einmal auf der damaligen administrativen Einheit des Kreises Euskirchen, zu welchem die Erftstadt-Orte von 1827 bis 1975 gehörten, liegen und zum anderen auf den Gebieten, die zum heutigen Rhein-Erft-Kreis gehören, zu dem die Stadt Erftstadt zählt. Während des Untersuchungszeitraumes waren die Gemeinden der Stadt Erftstadt Teil des Gaus Köln-Aachen, der neben den Gauen Essen, Düsseldorf und Koblenz-Trier zur ehemaligen preußischen Rheinprovinz gehörte.⁸

In kirchengeschichtlicher Hinsicht ist das Thema der Arbeit eng verknüpft mit der Geschichte des Erzbistums Köln während der Zeit von 1933 bis 1945. Das Erzbistum gehörte 1933 zur Kirchenprovinz Köln. Insgesamt war die katholische Kirche in Deutschland damals in sechs Kirchenprovinzen gegliedert, wozu neben Köln die Provinzen Paderborn, Breslau, München-

lokale Erforschung des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Bd. 56 (1993), S. 120, Anm. 39: „Hitler, Goebbels und die anderen nationalsozialistischen Führer lieferten die politischen Entscheidungen, die Ideologie, die Propaganda [...]. Doch in den Tausenden von Orten [...] in ganz Deutschland wurde die Revolution verwirklicht. Diese Orte bildeten das Fundament des Dritten Reiches“.

⁴ Vgl. ebd., S. 129.

⁵ Vgl. Wallraff, Horst, Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich, Tradition und „Tausendjähriges Reich“ in einer rheinischen Region 1933-1945, Düren 2000, S. 4-5.

⁶ Vgl. Szejmann, C.-C. W., S. 45.

⁷ Vgl. hierzu u.a. Möller, Horst, Regionalismus und Zentralismus in der neueren Geschichte, Bemerkungen zur historischen Dimension einer aktuellen Diskussion, in: Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer, München 1996, S. 9-22.

⁸ Zum Gau Köln-Aachen während der NS-Zeit vgl. http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab_1815/Nationalsozialistische%20Gaue/ 13. 2. 2017. Zu Literaturangaben zum Kreis Euskirchen und zum Rhein Erft-Kreis vgl. S. 12-14.

Freising, Bamberg und Freiburg gehörten.⁹ Die katholischen Pfarreien der Erftstadt-Gemeinden bildeten innerhalb des Erzbistums Köln das Dekanat Lechenich.

Da die Orte der heutigen Stadt Erftstadt vor und während der NS-Zeit wesentlich von einem damals dort noch kohärenten, katholischen Sozialmilieu geprägt waren, kommt der Frage nach dem Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und katholischen Kirchengemeinden ein besonderes Interesse zu. Da es bisher keine kirchen- oder profangeschichtliche Darstellung zu diesem Thema gibt, es ebenso überhaupt an einer systematischen wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Zeit in Erftstadt fehlt, geht die vorliegende Untersuchung auf ein bestehendes Forschungsdesiderat ein.¹⁰

Ein Schwerpunkt der Arbeit wird auf der Erforschung und Darstellung des katholischen Milieus in den Gemeinden der Stadt Erftstadt liegen. Dieser milieutheoretische Ansatz ermöglicht es, die Realität des nationalsozialistischen Alltags in überwiegend katholischen Gemeinden zu dokumentieren und damit die Haltung der katholischen Bevölkerung bezüglich der Frage ihrer Nähe oder ihrer Distanz zum NS-Regime zu klären. Die Analyse regionaler katholischer Milieus kann Fragen beantworten, inwieweit diese sich nationalsozialistischen Zugriffen entziehen oder widersetzen konnten und inwieweit Momente und Motive anpassungsbereiten Verhaltens auch unter Katholiken zu erklären sind.¹¹

In diesen Zusammenhang muss auch die Haltung der Katholiken Erftstadts gegenüber der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den einzelnen örtlichen Gemeinden vor dem Hintergrund des heutigen Wissens um die NS-Judenpolitik und der Reaktion der katholischen Kirche erörtert werden.¹²

Die Frage nach dem Verhalten der Katholiken Erftstadts auf die NS-Politik ist einzuordnen in das bis heute kontrovers geführte Thema um Kollaboration, Distanz oder Widerstand des

⁹ Vgl. Lill, Rudolf, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Versuch einer Bilanz- mit besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz*, in: Boonen, Philipp (Hrsg.), *Lebensraum Bistum Aachen, Tradition, Aktualität, Zukunft*, Aachen 1982, S. 142.

¹⁰ Vgl. Kißener, Michael, *Das Dritte Reich*, in: *Kontroversen um die Geschichte*, hrsg. von Bauerkämper, Arnd, Steinbach, Peter und Wolfrum, Edgar, Darmstadt 2005, S. 73.

¹¹ Vgl. ebd., S. 73 und Kuropka, Joachim, *Grenzen des katholischen Milieus, Stabilität und Gefährdung katholischer Milieus in der Endphase der Weimarer Republik und in der NS-Zeit*, Münster 2013, S. 14. Verschiedene Autoren zeigen an Beispielen regional unterschiedlicher katholischer Milieus deren typisches und oft unterschiedliches Verhalten während der NS-Zeit auf. Bezüglich grundsätzlicher Überlegungen zur Bedeutung katholischer Milieus während der NS-Zeit vgl. auch Rauh-Kühne, Cornelia, *Katholisches Sozialmilieu, Region und Nationalsozialismus*, in: *Nationalsozialismus in der Region*, S. 213-235. Zum rheinischen Katholizismus als „fest gegründeter Milieuverband“ vgl. die Darlegungen von Ulrich von Hehl, *Die katholische Kirche im Rheinland während des Dritten Reiches, Kirchenpolitische und alltagsgeschichtliche Aspekte*, in: *Rheinische Vierteljahresblätter*, Jg. 59, (1995), S. 249-270.

¹² Hier ist insbesondere das Kapitel 5: *Die Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft* in Michael Grüttners Buch *„Brandstifter und Biedermänner, Deutschland 1933-1939*, Stuttgart 2015 S. 140-172 zu beachten sowie die Kapitel „Der Weg zu den Nürnberger Gesetzen“ und „Eskalation der Judenpolitik“ in der *Hitler-Biographie* von Peter Longerich, in: *Hitler, Biographie*, München 2015, S. 445-457 und S. 805-818 sowie Olaf Blaschke, *Die Kirchen und der Nationalsozialismus*, Stuttgart 2014, S. 223-230.

deutschen Katholizismus zwischen 1933 und 1945.

Die sowohl auf wissenschaftlicher Ebene, als auch zeitweise in der Öffentlichkeit geführte Kontroverse verlief seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in verschiedenen Phasen.¹³

Während die katholische Kirche nach Kriegsende weithin als zentrale Gegenkraft des Nationalsozialismus gegolten hatte, die nicht mit dem Vorwurf der Kollaboration belastet war und sich deshalb auch als herausragende gesellschaftliche Ordnungsmacht in der Nachkriegszeit erwies, erhoben sich seit Ende der 1950er / Anfang der 1960er Jahre zunehmend mehr kritische Stimmen. Diese bezogen sich zunächst auf die Erklärung der Deutschen Bischöfe vom 28. März 1933, mit der ein generelles Verbot für Katholiken, der NSDAP anzugehören, aufgehoben worden war und auf den Abschluss des Reichskonkordats am 20. Juli 1933.

Der katholische Jurist und Historiker Ernst-Wolfgang Bockenförde erklärte 1961 in der katholischen Monatszeitschrift „Hochland“ das relativ schnelle Aufgeben der zuvor dezidiert ablehnenden Haltung der NSDAP gegenüber mit einer besonderen Affinität der katholischen Kirche zu autoritären Regimen sowie einem auch im Nationalsozialismus verankerten Antiliberalismus und Antibolschewismus. Mit der Annäherung an die NSDAP habe sich die katholische Kirche zu einem Wegbereiter des nationalsozialistischen Staates gemacht.

Eine Verschärfung erfuhr diese Kritik durch das im Jahr 1965 in deutscher Sprache erschienene und teilweise vorab im „Spiegel“ veröffentlichte Buch des in Deutschland geborenen, nach Palästina emigrierten und seit dem Kriegsende in den USA lebenden jüdischen Politologen Guenter Lewy „Die katholische Kirche und das Dritte Reich.“¹⁴ Er führte hier fast alle Argumente an, die seitdem von einer kirchenkritischen Historiographie vorgetragen wurden. Demnach suchte die katholische Kirche einen modus vivendi mit dem NS-Regime, um Eingriffe von Partei und Staat in kirchliche Belange abzuwenden. Dafür habe sie Zurückhaltung in der Judenfrage geübt und äußere Loyalität gezeigt, um das Reichskonkordat nicht zu gefährden. Die Kirche habe historisch versagt, weil sie statt der Verteidigung von Menschenrechten und

¹³ Vgl. die detaillierte Darstellung dieser Entwicklung bei Kösters, Christoph, Katholiken im Dritten Reich: Eine wissenschafts- und forschungsgeschichtliche Einführung, in: Karl-Josef Hummel/Michael Kißener (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten, 2. Aufl. Paderborn 2010, S. 37-59. Vgl. auch Kißener, Michael, Das Dritte Reich, in: Kontroversen um die Geschichte, Darmstadt 2005, S. 67-7, Ruff, Mark Edward, Katholische Kirche im Dritten Reich, Kritik und Kritiker in der Adenauer-Ära, in: Wilhelm Damberg/Karl-Joseph Hummel (Hg.), Katholizismus in Deutschland, Zeitgeschichte und Gegenwart. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 130, Paderborn 2015, S. 25-38. Ruff behandelt intensiv die Umbruchphase in der Bewertung der katholischen Kirche bezüglich ihrer Haltung zum Nationalsozialismus Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre. Er sieht sowohl in den durch den vor dem Bundesverfassungsgericht in den Jahren 1955-1957 geführten Konkordatsprozess ausgelöst als auch in den späteren Debatten um das Verhalten der katholischen Kirche während der NS-Zeit „Stellvertreterkriege“ um die Positionierung des Katholizismus in der Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁴ Lewy, Guenther, Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965.

Widerstand gegen die Gewaltherrschaft ihre eigenen, nur auf Bewahrung ihrer kirchenpolitischen Interessen gerichteten Ziele in den Vordergrund gerückt habe.

Noch öffentlichkeitswirksamer erwies sich die am 20. Februar 1963 in Berlin stattgefundene Uraufführung des Bühnenstücks „Der Stellvertreter. Ein christliches Trauerspiel“ von Rolf Hochhuth. Dieser zeichnete den Papst als eine Figur, die „nichts war, als die unmenschliche Verkörperung einer Institution“ in einer Zeit allumfassender Bedrohung der Menschheit durch das Hitlerregime.¹⁵ Er sei durch sein Schweigen mitschuldig geworden an der Vernichtung der Juden.¹⁶

Im Zusammenhang mit diesen sehr kritischen Stellungnahmen ergaben sich wichtige Anstöße, um den deutschen Katholizismus zeitgeschichtlich zu erforschen. Eine grundlegende Rolle spielte hier die 1962 gegründete „Kommission für Zeitgeschichte“. Diese außeruniversitäre Forschungseinrichtung zur Dokumentation und Erforschung der Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert ist ein freier Zusammenschluss von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, kirchlichem und öffentlichem Leben. Sie beschäftigte sich zunächst insbesondere mit dem Verhältnis der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus. Hierzu veröffentlichte sie zeitgenössische Quellen und wissenschaftliche Untersuchungen, die zu einer wesentlichen Differenzierung bezüglich des Verhaltens der katholischen Kirche in der NS-Zeit gelangten.¹⁷

Bis Mitte der 1970er Jahre waren diesbezügliche Forschungsauseinandersetzungen bestimmend, ohne allerdings zu einem Konsens bezüglich des Verhaltens der katholischen Kirche zum NS-Regime zu gelangen.

In den 1980er Jahren stand dann zunehmend die sog. Milieuforschung im Mittelpunkt der Diskussion um die Rolle der katholischen Kirche während der NS-Zeit. Hier wurde jetzt mehr auf lokaler und regionaler Ebene das Verhältnis zwischen Kirche und NS analysiert. Während

¹⁵ Vgl. Kißener, Michael, Das Dritte Reich, S. 70, Anm. 238.

¹⁶ Zu den wissenschaftlich orientierten Publikationen in der Auseinandersetzung um die Thesen von Hochhuth vgl. u. a. Feldkamp, Michael: Pius XII und Deutschland, Göttingen 2000 und Brechenmacher Thomas, Der Papst und der Zweite Weltkrieg, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, S.179-195. Zur sog. „Schuldfrage“ der katholischen Kirche während der NS-Zeit vgl. auch die Überlegungen von Karl-Josef Hummel, Umgang mit der Vergangenheit, Die Schuld Diskussion, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, S. 217-235.

¹⁷ Die Edition der „ Akten der deutscher Bischöfe“ zählt heute zu den renommierten Grundlagenforschungen der Geschichtswissenschaft in Deutschland. Kritiker weisen der Kommission für Zeitgeschichte trotz der wissenschaftlichen Qualität der bisher vorgelegten Dokumente und Forschungsergebnisse eine „Institutionalisierung der tendenziell ‚apologetischen‘ Vergangenheitsbewältigung durch ein Netzwerk kirchenloyaler Katholizismusforscher und ihrer Schüler“ zu. Der Arbeitskreis Katholizismusforschung an der Katholischen Akademie Schwerte, der ausgehend von den Universitäten Bielefeld und Münster 1987 gegründet wurde, sieht sich inzwischen als „unabhängiges Gegenetzwerk,“ das als überregionales Diskussionsforum der Katholizismusforschung kirchenkritischen Wissenschaftlern einen breiteren Raum gibt. Vgl. Christiane Keller und Thomas Mittmann, „Kirchenkampf“ und „Societas perfecta“. Die christlichen Kirchen und ihre NS-Vergangenheit, in: Zeitgeschichte online, Dezember 2014. <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/kirchenkampf-und-societas-perfecta>.

einerseits, insbesondere aufgezeigt durch die historische Wahlforschung, eine aktive Resistenz der katholischen Bevölkerung gegenüber der NSDAP, vor allem vor dem 30. Januar 1933, deutlich wurde, standen dem Untersuchungen entgegen, die diese Resistenz nur auf religiös-kirchliche Belange bezogen sahen.¹⁸

In den 1990er Jahren konzentrierte sich die Diskussion auf internationaler wissenschaftlicher und öffentlicher Ebene auf die nationalsozialistische Vernichtung der Juden. In diesem Zusammenhang kam es zu einer „beispiellosen Popularisierung und Skandalisierung“ über die Rolle der katholischen Kirche. Im Jahre 1995 erschien das von Daniel J. Goldhagen verfasste Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ und 2002 das Buch „Die katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne“. Hier wurde den Katholiken, den Bischöfen und Papst Pius XII. vorgeworfen, mit einem „eliminatorischen Antisemitismus“ den Nationalsozialisten das „Motiv zum Morden“ geliefert zu haben.¹⁹

Olaf Blaschke hat zuletzt im Jahre 2014 in seinem Buch „Die Kirchen und der Nationalsozialismus“ die o. g. Debatten in neun Kontroversen zusammengestellt und erörtert.²⁰ Die vorliegende Arbeit versucht, anhand der für die Stadt Erfstadt erhobenen Fakten auf einige dieser Fragen näher einzugehen. Das im katholischen Milieu der Orte vorgefundene Verhalten weist ein breites Spektrum auf und ermöglicht es, oftmals detailliert und differenziert, das Verhalten der katholischen Bevölkerung und des dortigen Klerus zu analysieren. So wird zumindest bezüglich einiger wichtiger Kontroversen ein differenziertes Bild ermöglicht.

Der Herausarbeitung der wesentlichen Merkmale der NS-Kirchen- und Religionspolitik kommt eine wichtige Rolle innerhalb der vorliegenden Arbeit zu. In diesem Zusammenhang wird insbesondere seit den 1990er Jahren verstärkt auf wissenschaftlicher Ebene die Frage diskutiert, inwieweit der Nationalsozialismus sich selbst als Ersatzreligion bzw. als Religionsersatz verstanden hat oder als solcher wahrgenommen wurde und inwieweit dadurch seine Akzeptanz

¹⁸ Vgl. Kösters, Chr., Katholiken im Dritten Reich, S. 50, Anm. 50.

¹⁹ Kösters, Chr., Katholiken im Dritten Reich, S. 54. Teilweise wurde auch noch Jahre nach dem Erscheinen des Buches in wissenschaftlichen Arbeiten mit den Thesen Goldhagens argumentiert, z. B.: Sommersberg, Annika, Der Hitler-Mythos im Westdeutschen Beobachter, Euskirchen im Dritten Reich, Inaugural-Dissertation, Bonn 2005, Tönning, Lübeck und Marburg 2005, S. 241-242. Abgesehen von der allgemeinen Debatte um die Thesen und die Argumentation Goldhagens – vgl. hierzu die sachlich fundierte Kritik von Dieter Pohl: „Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen“ in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte 45, 1997, S. 1-48 – sind seine Äußerungen bezüglich der Rolle der katholischen Kirche angesichts der NS-Judenvernichtungspolitik völlig undifferenziert und teilweise historisch falsch. Zudem beruhen seine diesbezüglichen Thesen auf einem völlig verzerrten Kirchenbild und Bibelverständnis. Zur Auseinandersetzung mit Goldhagens Buch „Die katholische Kirche und der Holocaust“ vgl. u. a. Michael F. Feldkamp, Goldhagens unwillige Kirche. Alte und neue Fälschungen über Kirche und Papst während der NS-Herrschaft, München 2003, insb. Kap. 3, 4 und 5.

²⁰ Vgl. Blaschke, Olaf, Die Kirchen und der Nationalsozialismus, Stuttgart 2014.

und sein Erfolg zusammenhängen. Eine Zusammenfassung der teils kontroversen Stellungnahmen findet sich in den neueren Arbeiten von Olaf Blaschke²¹ und Michael Grüttner.²²

Ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit wird auf den nationalsozialistischen Versuchen liegen, das vorgegebene, durch etablierte Normen geprägte katholische Milieu in den Gemeinden der Stadt Erfstadt zu überwinden und zu dominieren.

Innerhalb dieser Fragestellung müssen zunächst die natürlichen und soziokulturellen Gegebenheiten und Strukturen, die bestimmend für die Grundlagen der NS-Herrschaft in den Orten Erfstadts waren, analysiert werden.

Die Untersuchung des Verlaufs und der Methoden der politischen und gesellschaftlichen Transformation der Orte Erfstadts durch „Machtergreifung“ und „Gleichschaltung“ stellt die Voraussetzung dar, um die konkreten Auswirkungen der NS-Kirchen- und Religionspolitik in Erfstadt aufzuzeigen. Die Untersuchung der lokalen kirchenpolitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten kann einen Beitrag leisten zu bis heute in diesem Zusammenhang strittigen Fragen: Verließ die nationalsozialistische Kirchenpolitik nach einem von Anfang an festgelegten Plan, oder war sie letztlich ziellos und situationsabhängig? Auch Antworten auf die Frage nach verschiedenen Ebenen und Phasen der NS-Kirchenpolitik²³ lassen sich im nationalsozialistischen Alltag der Erfstadt-Gemeinden finden und haben somit exemplarischen Charakter. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche standen auch in den Orten der Stadt Erfstadt das Ringen um den Einfluss auf die Jugend und damit auch auf Kindergärten, Schulen und diverse Jugendorganisationen sowie die nationalsozialistischen Angriffe auf das weit gefächerte katholische Vereinswesen. Diese Themen nehmen deshalb innerhalb der Arbeit einen breiten Raum ein.

Die Ausführungen zum Verlauf des Zweiten Weltkriegs in den Orten der heutigen Stadt Erfstadt konzentrieren sich vornehmlich wiederum auf den Themenbereich Nationalsozialismus und katholische Kirche, wobei die Wechselwirkung zwischen NS-Politik, Krieg und Kirche im Mittelpunkt steht. Auch bezüglich dieses Themas ist gerade in den letzten Jahren vermehrt wissenschaftlich kontrovers diskutiert worden, inwieweit die Nationalsozialisten den Krieg für ihre Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche instrumentalisiert haben bzw. inwiefern die katholische Kirche mit ihrer Haltung zum Krieg das nationalsozialistische Regime unterstützt hat.²⁴

²¹ Vgl. Blaschke, Olaf, Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S.74-87.

²² Vgl. Grüttner, Michael, Brandstifter und Biedermänner, Deutschland 1933-1939, S. 411-416.

²³ Vgl. Süß, Dietmar, Nationalsozialistische Religionspolitik, in: Kösters, Christoph, Ruff, Mark Edward (Hg.), Die katholische Kirche im Dritten Reich, Freiburg 2011.

²⁴ Vgl. u.a. Brechenmacher, Thomas, Der Papst und der Zweite Weltkrieg 1939-1945, in: Hummel, Karl-Joseph/Kösters, Christoph (Hg.), Kirche, Krieg und Katholiken, Geschichte und Gedächtnis im 20. Jahrhundert,

In diesem Zusammenhang geht die Arbeit der Frage nach, inwieweit es sich bei den staatlichen Eingriffen in das kirchliche Leben in verschiedenen Phasen des Krieges um eine Radikalisierung der NS-Religions- und Kirchenpolitik gehandelt hat, und welche Zielsetzungen hier erkennbar wurden. Im Mittelpunkt der diesbezüglichen Untersuchungen steht die Darstellung staatlicher Eingriffe in den kultischen Bereich der Kirche, weiterer staatlicher Einschränkungen im Hinblick auf den gesellschaftlichen Einfluss von Kirche in den Bereichen von Schule, Kindergarten, Krankenseelsorge sowie Presse- und Buchwesen. Ein ausgeprägtes Konfliktfeld stellte die seelsorgliche Betreuung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern dar. Die Kirche wird nach ihrem Anteil zur geistigen Kriegsbewältigung, zur Mobilisierung von Kriegsressourcen und eventueller Kooperation mit dem Regime gefragt. Die punktuelle Schilderung kirchlichen Lebens unter dem Druck der kriegsgesellschaftlichen Sonderbedingungen und die Rolle der Kirche nach dem unmittelbaren Kriegsende gehören ebenfalls zu den Themen der vorliegenden Arbeit.

Auf der Grundlage des bis heute in der Katholizismusforschung gültigen Vier-Stufen-Widerstandsmodells, das von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts und Konrad Reppen entwickelt²⁵ wurde und der daran orientierten, von Olaf Blaschke aufgestellten vier Kollaborationsstufen²⁶ soll die Frage nach Kollaboration oder Distanz in den Gemeinden der Stadt Erfstadt beantwortet werden.

Die folgenden Erörterungen der Auswirkungen der NS-Kirchen- und Religionspolitik können als Anregung dienen für Untersuchungen über längerfristige Entwicklungen, sowohl innerhalb der katholischen Kirchengemeinden als auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext der heutigen Stadt Erfstadt.

Die Arbeit wird nur am Rande auf die politische Dimension der nationalsozialistischen Religionspolitik, d. h. auf Fragen nach dem Verhältnis der Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl und auf die bis heute kontroversen Diskussionen um das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 eingehen. Der Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung regionaler und lokaler Konflikte.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird nicht auf eventuelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede der NS-Religionspolitik gegenüber den verschiedenen christlichen Kirchen eingegangen, da es zur damaligen Zeit nur eine verschwindend kleine Anzahl von evangelischen Christen in den einzelnen Orten der Stadt Erfstadt gab. Nur in Liblar lebte eine größere

Freiburg 2014, S. 67-94 und Hummel/Kösters, (Hg.), Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, Paderborn 2007, Blaschke, Olaf, Die Kirchen und der Nationalsozialismus, Kap. VII: Die Kirchen im Krieg (1939-1941), S. 203-206, Kap. VIII: Die Kirchen im Weltkrieg (1941-1945), S.218-230.

²⁵ Vgl. Kißener, Michael, Ist Widerstand nicht das richtige Wort? In: Hummel, Karl-Joseph/Kißenner, Michael (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich. S. 167-178.

²⁶ Blaschke, Olaf, Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 198 ff.

Anzahl evangelischer Christen, die in Oberliblar eine evangelische Kirche besaßen, in kirchenrechtlicher Hinsicht aber der benachbarten Kirchengemeinde Brühl zugeordnet waren.²⁷

1.1 Forschungsstand und Quellenlage

Die vorliegende Untersuchung, die auf lokaler Ebene zur Verhältnisbestimmung von Nationalsozialismus und katholischer Kirche beitragen soll, reiht sich in die katholische Zeitgeschichtsforschung ein. Diese erweist sich für das Gebiet der heutigen Stadt Erftstadt als sehr lückenhaft. Der Rhein-Erft-Kreis hat zwar im Juni 2016 anlässlich eines Jugendwettbewerbs zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus eine Auswahlbibliografie zur NS-Zeit im hiesigen Kreis und in der damaligen Rheinprovinz herausgegeben,²⁸ die Qualität der dort angegebenen Arbeiten entspricht aber nicht immer den wissenschaftlichen Standards. Außerdem geht es oft auch nur um bestimmte Themenschwerpunkte (z. B. Juden, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene) oder um die Darstellung einzelner Ereignisse (z. B. Bombenangriffe). Informationen speziell zu den einzelnen Orten der Stadt Erftstadt finden sich vor allem in den seit 1991 erscheinenden Jahrbüchern der Stadt Erftstadt.²⁹

Es erweist sich deshalb für die vorliegende Arbeit als notwendig, über eine möglichst umfassende Quellenbasis eine grundlegende Zugangsweise zur vorgegebenen Thematik zu erstellen. Dies wird aber insbesondere durch zwei Faktoren erschwert. Die Quellenlage ist einmal erheblich durch kriegs- und unmittelbare nachkriegsbedingte Schäden gekennzeichnet. Dies zeigt sich u. a. deutlich an den den Untersuchungszeitraum betreffenden Beständen des Kreisarchivs Euskirchen als auch des Stadtarchivs Erftstadt. In letzterem fehlen viele die Gemeinden der Stadt Erftstadt betreffende Akten aus der Zeit zwischen 1933 und 1945, weil diese nachweislich von den maßgeblichen politischen Akteuren kurz vor dem amerikanischen Einmarsch vernichtet wurden. Teilweise sind Akten auch durch den Brand des Kreishauses Euskirchen im November 1944 und einen Umzug nach Kriegsende verloren gegangen. Vermutlich sind auch bei einem Umzug der Stadtverwaltung Lechenich in den 1990er Jahren Dokumente aus der NS-Zeit verschwunden. Das erzbischöfliche Archiv in Köln verlor durch Bombenangriffe einen Teil seiner Archivalien. Hier kommt hinzu, ähnlich wie auch in vielen Pfarrarchiven, dass man

²⁷ Zur konfessionellen Gliederung der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden der Stadt Erftstadt vgl. Handbuch des Erzbistums Köln, 23. Ausgabe, Köln 1933).

²⁸ Graumann, Sabine, Nationalsozialismus im Rhein-Erft-Kreis (1933-1945), Handreichungen für Lehrer und Schüler, Bergheim 2016.

²⁹ Jahrbücher Stadt Erftstadt 1991-2017, hrsg. vom Kulturamt der Stadt Erftstadt.

aus Sicherheitsgründen viele Geschäftsvorgänge nicht schriftlich fixiert hat. Es konnte allerdings Einsicht genommen werden in den Bestand des Generalvikariats I (GVAI) und - mit Sondergenehmigung - in die Dekanatsakten II.

Als weitere Erschwernisse bei der Quellensuche erwiesen sich die noch relativ kurze zeitliche Distanz zu den Geschehnissen und die bis heute noch teilweise vorherrschenden dörflichen Strukturen der Gemeinden der Stadt Erftstadt. Hier leben oft noch Verwandte ehemaliger aktiver Nationalsozialisten, die um den Ruf ihrer Familien fürchten und Mitbewohner, die ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis gewahrt wissen möchten. Manche von ihnen fürchten, mit Aussagen über ehemalige örtliche NS-Akteure deren Angehörige zu kompromittieren und das bestehende gute nachbarschaftliche Verhältnis zu zerstören.

Es gelang dann aber doch, Einsicht in wichtige zeitgenössische und bisher unveröffentlichte Dokumente nehmen zu können. Für die vorliegende Thematik waren insbesondere Unterlagen der einzelnen örtlichen Pfarrarchive von großem Wert. Hier gewähren vor allem die Pfarrchroniken detailreiche und aussagekräftige Informationen über die damaligen Lebensumstände und politische Gegebenheiten. Als problematisch erwies sich jedoch, dass es anscheinend keine klaren Regeln zur Aufbewahrung und Pflege dieser Art von Quellen gibt. Die Möglichkeit ihrer Benutzung scheint allein von den jeweiligen Pfarrern bzw. Kirchengewerkschaften abhängig zu sein. Auch unterliegt die Bewahrung von Pfarrchroniken manchmal dem Zufall. So sind mindestens zwei, teilweise sogar kopierte Chroniken im Original zurzeit nicht mehr zugänglich. Bei einer quellenkritischen Beurteilung der Pfarrchroniken müssen natürlich auch die jeweilige persönliche Einstellung und das soziale Umfeld der einzelnen Pfarrer beachtet werden.

Einen großen Wert für lokalgeschichtliche Forschungen haben die Schulchroniken einiger ehemaliger Volksschulen der Stadt Erftstadt. Diese sind ebenso wie zahlreiche örtliche Archivbestände aus Schützengesellschaften, Karnevals-, Gesangs- und Theatervereinen teils als Kopien, teils im Original, im Archiv der Stadt Erftstadt benutzbar.

Wichtige zeitgenössische Quellen stellen auch die lokalen Ausgaben des „Westdeutschen Beobachters“ (Ausgabe Kreis Euskirchen) und des „Euskirchener Volksblatts“ im Stadtarchiv Euskirchen dar. Hier mangelt es zwar kriegsbedingt an einer lückenlosen Überlieferung, aber in Verbindung mit anderen Quellen bieten diese Zeitungen wertvolle Hinweise für das bearbeitete Thema.

Ergänzt werden konnten gewonnene Informationen durch Akteneinsicht in die Klosterarchive der Vinzentinerinnen in Köln-Nippes (Niederlassung Frauenthal), der Schönstatt-Schwestern in Borken (Niederlassung Bliesheim) und der „Hiltruper Missionsschwestern vom Heiligsten Herzen Jesu (Niederlassung Kierdorf).

Bezüglich der Aktivitäten der katholischen Jugendvereine in der Stadt Erftstadt standen neben städtischen und kirchlichen Archiven zwei private Nachlässe zur Verfügung.

Einsichten in die Interna der NSDAP-Parteipolitik bieten die im NS-Dokumentationszentrum in Köln aufbewahrten Mitteilungsblätter des Gaués Köln-Aachen, die seit 1940 unter dem Namen „Verordnungsblatt der NSDAP Gau Köln-Aachen“ herausgegeben wurden und nur dem Dienstgebrauch dienen sollten.

Eine weitere Möglichkeit, Machtverhältnisse, Strukturen und Ereignisse im Untersuchungszeitraum erkennen zu können, boten verschiedene Gespräche mit noch lebenden Zeitzeugen. Diese waren von größerem Erkenntniswert, insofern sie sich in andere Quellen ergänzend einordnen ließen.

Da, wie bereits oben erwähnt, nur wenige amtliche Quellen aus den Jahren 1933-1945 vorhanden sind, musste versucht werden, diesbezügliche Informationen aus bestimmten Entnazifizierungs- und Spruchgerichtskammerakten zu entnehmen. Allerdings müssen diese besonders kritisch ausgewertet werden.³⁰ Entsprechende Entnazifizierungsakten konnten im Landesarchiv NRW eingesehen werden. Außerdem befindet sich dort eine recht umfangreiche Personalakte des Lechenicher Amtsbürgermeisters Dr. Paul Geile (1882-1960), die allerdings nur wenig Einblick in dessen politisches Agieren während der Jahre 1933 bis 1945 gibt. Die im Landesarchiv NRW gelagerten Bestände der Staatsanwaltschaft Bonn enthalten eine Akte, die die Anklage gegen mehrere Liblarer und Lechenicher Bürger wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Pogromnacht im November 1938 in Lechenich enthält. Allerdings lassen sich bezüglich der Rekonstruktion dieser Ereignisse keine eindeutigen Schlüsse hinsichtlich des tatsächlichen Verhaltens der Angeklagten ziehen.

³⁰ Zur Bedeutung der Spruchkammerakten und ihrem Wert als historische Quellen vgl. u. a.: Vortrag von Stephan Molitor bei den Heimattagen 2001 in Bad Rappenau: Spruchkammerverfahrensakten - Überlieferung zur Entnazifizierung als Quelle für die NS-Zeit, abgedruckt in: *Unterlagen der Nachkriegszeit als Quellen zur Geschichte des Dritten Reichs*, Vorträge eines quellenkundlichen Colloquiums im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg am 13. Oktober 2001 in Bad Rappenau, Stuttgart 2004. Molitor hält die Unterlagen der Spruchkammerakten für unverzichtbar gerade bezüglich der regionalen und lokalen Geschichte des Dritten Reichs. Diese stellen eine ganz wesentliche Ersatzüberlieferung für die zum großen Teil vernichteten Unterlagen aus der Zeit von 1933-1945 dar. Die seit Juli 1990 für die Wissenschaft und Öffentlichkeit zugänglichen Akten bedürfen hinsichtlich ihrer Interpretation aber einer besonderen Vorsicht. Darauf verweisen auch Jürgen Finger, Sven Keller und Andreas Wirsching in ihrer Einleitung zu dem Band: *Vom Recht zur Geschichte, Akten aus NS-Prozessen als Quellen der Zeitgeschichte*, Göttingen 2009. Den Einwänden, dass es sich in diesen Akten nicht um Überreste aus der NS-Zeit, sondern um Quellen zweiter Ordnung handle und dass die Aussagen von Angeklagten und Zeugen nicht ohne weiteres glaubwürdig seien, sondern ihre Aussagen vor Gericht interessengeleitet gemacht wurden, stellen die o. g. Autoren gegenüber, dass auch historische Quellen anderer Provenienz der kritischen Untersuchung bedürften. Sie sehen in den Spruchkammerakten, wie Molitor, einen unverzichtbaren Fundus an Erkenntnissen für zentrale Teile der Geschichte des Nationalsozialismus. Auch Michael Kißener weist die Kritik an der prinzipiellen Bedeutung der Spruchkammerakten wegen des darin oft zu findenden „Persilscheinunwesens“ zurück und verweist auf eine diesbezügliche sachliche Quellenkritik: Michael Kißener, *Chancen und Probleme regionalgeschichtlicher Forschungen zur NS-Zeit in forschungspraktischer Perspektive*, in: Pohl, K.-H./Ruck, M. (Hg.), *Regionen im Nationalsozialismus (IZRG-Schriftenreihe, Bd. 10)*, Bielefeld 2003, S. 61.

Die einzelnen Verfahren endeten für alle betroffenen Angeklagten mit Freispruch.

Lediglich einem Bericht in der Euskirchener Lokalausgabe der Kölnischen Rundschau vom 10. März 1949 über die Judenverfolgung in Friesheim ist zu entnehmen, dass vier am Judenpogrom vom 10. November 1938 Beteiligte vom Bonner Schwurgericht abgeurteilt wurden wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 in Tateinheit mit Landfriedensbruch“. Die Strafe war auf drei, sechs bzw. neun Monate Gefängnis festgesetzt worden.³¹

Rückschlüsse auf die politischen Ereignisse und das Handeln der NS-Akteure lassen sich auch aus den Verfahrensakten der Spruchgerichte in Bielefeld und Hiddesen gegen die damaligen Ortsgruppenleiter der Gemeinden in der Stadt Erftstadt ziehen. Diese Akten lagern in den Beständen des Bundesarchivs in Koblenz. Die Unterlagen über das Verfahren der Spruchkammer Kassel gegen Dr. Paul Geile aus dem Jahr 1949 konnten im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden eingesehen werden.

Bei Recherchen im „Berlin Document Center“, das 1994 vom Bundesarchiv übernommen wurde, waren Akten aus dem Reichsjustizministerium betreffend Dr. Geile aufzufinden als auch Parteikorrespondenz, die sich auf den Gymnicher Amtsbürgermeister Josef Schweins (1892-1986) bezieht.

Das Kreisarchiv Rhein-Erft Kreis in Bergheim besitzt bezüglich der Gemeinden der Stadt Erftstadt aus den Jahren 1933-1945 lediglich zwei Akten, die die staatlich angeordnete Sterilisation von zwei Personen aus Ahrem und Kierdorf betreffen.

Das Ergebnis der Suche nach eventuell vorhandenen Lageberichten des Regierungspräsidenten in Köln, der Gestapo und des SD, die die heutige Stadt Erftstadt betreffen, war negativ, ebenso wie die Suche nach diesbezüglichen Aktenbeständen der Staatspolizeistelle Köln.

Eine Fundquelle im Hinblick auf Formen des Widerstands bietet das seit 2009 laufende Sonderprojekt des Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte in Bonn: Widerstand im Rheinland 1933-1945. Allerdings findet sich hier bisher nur ein Hinweis auf Orte der heutigen Stadt Erftstadt.³²

Neben den oben genannten Quellen konnte sich die Arbeit auf grundlegende Literatur stützen. Dabei lieferten die einzelnen Beiträge der von F. Bartsch, D. Hoffsummer und H. Stommel

³¹ Kölnische Rundschau, 4. Jhg., Nr. 29, Lokalteil Euskirchen. Vgl. auch: Wider das Vergessen, Friesheim 1930-1950 in Bildern, Dokumenten und Erzählungen, VIII. Friesheimer Burgfest vom 2. bis 4. September 2005, Erftstadt-Friesheim 2005.

³² <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/widerstandskarte/-layouts/WiderstandService> besucht am 13.2.2017. In Liblar wurde am 12. März 1935 ein Eisenbahnwaggon an der Seitenwand mit kommunistischen Parolen beschrieben. cd Der Waggon wurde vom Braunkohlenbergwerk und der Brikettfabrik in Liblar verschickt und in Hönningen am Rhein entladen. Der Fall wurde in Liblar von der Polizei ermittelt.

verfassten Loseblattsammlung „Denkmäler der Erftstadt“ wichtige Informationen zur historischen Entwicklung der einzelnen Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt.³³

Gründliche Einblicke in die während des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts entstandenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen wichtiger Gemeinden konnten der 2012 erschienenen Dissertation des Leiters des Archivs der Stadt Erftstadt, Dr. Frank Bartsch, entnommen werden. In seiner Arbeit untersucht er Entstehung und Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Faktoren, die Voraussetzung für die spätere NS-Herrschaft gewesen sind.³⁴

Als grundlegend für die Darstellung der NS-Judenpolitik im Untersuchungsraum gilt die Arbeit von Heidi und Cornelius Bormann „Heimat an der Erft“. Hier fehlen aber an einigen wichtigen Stellen genaue Quellenangaben, mit deren Hilfe die dargestellten Ereignisse verifiziert werden könnten.³⁵

Einige Informationen wurden auch den in den letzten Jahrzehnten erschienenen Ortschroniken von Bliesheim, Gymnich und Kierdorf entnommen.³⁶

Da die Gemeinden der Stadt Erftstadt im Untersuchungszeitraum Teil des Landkreises Euskirchen waren, konnten die in drei Bänden in den Jahren 2006 bis 2011 vom Geschichtsverein des Kreises Euskirchen herausgegebenen Beiträge zur NS-Vergangenheit, auch wenn diese nicht speziell die Geschichte der ehemals nördlichen Gemeinden behandeln, wesentliche Anhaltspunkte zur Erforschung derselben darstellen.³⁷

Zum regionalen Vergleich eignet sich die im Jahr 2000 veröffentlichte Dissertation von Horst Wallraff über den „Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich“.³⁸

Für den Kreis Bergheim steht eine umfangreiche, dreibändige Dokumentation der NS-Zeit, die auch speziell auf das Verhältnis des Nationalsozialismus zu den christlichen Kirchen eingeht, zur Verfügung.³⁹

Einzelne Ereignisse und Themenschwerpunkte des Untersuchungszeitraumes können mit Hilfe verschiedener Beiträge, die in den Dürener Geschichtsblättern (Mitteilungen des Dürener

³³ Bartsch, Frank, Hoffsümmer, Dieter und Stommel, Hanna, Denkmäler in Erftstadt (Loseblattsammlung), Erftstadt 1998/2000.

³⁴ Bartsch, Frank, Kontinuität und Wandel auf dem Lande, Die rheinpreußische Bürgermeisterei Lechenich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (1815-1914), Weilerswist 2012.

³⁵ Bormann, Heidi und Cornelius, Heimat an der Erft, Die Landjuden in den Synagogengemeinden Gymnich, Friesheim und Lechenich, 2. Aufl. Erftstadt 1994.

³⁶ Hardegen, Richard, Chronik des Dorfes Bliesheim, Erftstadt-Bliesheim 1998; Weber, Matthias, Erftstadt-Gymnich, Heimatbuch, Köln 1984 und Rombach, Bert, Geschichte der Gemeinde Kierdorf, Erftstadt-Kierdorf 2013.

³⁷ Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Die braune Vergangenheit einer Region, Bde. 1-3, Euskirchen 2006, 2007, 2011.

³⁸ Wallraff, Horst, Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich, Düren 2000.

³⁹ Schüler, Volker, H.W., Der Kreis Bergheim in nationalsozialistischer Zeit, Bd. I, Zwischen Kirche und Hakenkreuz, 1928-1935, Bedburg 1993, Bd. II, Rheinlandbesetzung und Rassenhass, 1936-1938, Bedburg 1995, Bd. III, Vom Hakenkreuz zum Sternenbanner, 1939-1945, Bedburg 1996.

Geschichtsvereins), den Jahrbüchern des Frechener Geschichtsvereins und den Pulheimer Beiträgen zur Geschichte und Heimatkunde erschienen sind, zu den Geschehnissen in den Gemeinden der Stadt Erftstadt in Beziehung gesetzt werden.⁴⁰

Als Grundlage für die Einordnung der NS-Kirchenpolitik in Erftstadt in den Zusammenhang der Diözesan- und teilweise auch der Reichsebene erwies sich die 1977 im Rahmen der „Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte“ erschienene Dissertation von Ulrich von Hehl „Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945.“⁴¹

Als ein Standardwerk für die Erforschung des deutschen Katholizismus in der NS-Zeit gilt auch die Arbeit von Heinz Hürten „Deutsche Katholiken 1918-1945, Paderborn 1992.

Grundlegend für die Geschichte der katholischen Kirche im Rheinland ist u. a. das Buch von Wilhelm Janssen: Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997 sowie die von Eduard Hegel verfasste „Geschichte des Erzbistums Köln“, speziell der Band V, Kap. 20: Der nationalsozialistische Angriff auf Christentum und Kirche.

Wichtige Literaturhinweise enthält das Quellen- und Literaturverzeichnis der 2009 in 7. Auflage erschienenen Publikation „Das Dritte Reich“ von Klaus Hildebrand.

Neuere Erkenntnisse zur NS-Religions- und Kirchenpolitik bietet die bereits früher erwähnte Arbeit von Michael Grüttner, Brandstifter und Biedermänner, Deutschland 1933-1945, Stuttgart 2015, insbesondere das Kapitel 13. Hier weist der Autor auf die beiden verschiedenen religionspolitischen Gruppierungen innerhalb der NSDAP hin, zum einen die Gruppe, die eine Synthese von Nationalsozialismus und Christentum suchte und zum anderen die sog. weltanschaulichen Rigoristen, die das Christentum grundsätzlich ablehnten. Zu letzterer gehörte auch Hitler, der es aber aus Angst vor innenpolitischen Loyalitätsverlusten vermied, sich in der Öffentlichkeit als Gegner des Christentums zu exponieren. Nach dem von ihm angestrebten „Endsieg“ wollte er aber unzweifelhaft die christlichen Kirchen vernichten, weil er in ihnen ein Hemmnis für die Durchsetzung des nationalsozialistischen Totalitätsanspruchs sah.

Auf Hitlers persönliche Einstellung zu Religion und Kirche geht Peter Longerich in seiner aktuellen Hitler-Biographie ein.⁴² Er stellt deutlich heraus, dass Hitler jeglichen kirchlichen Einfluss auf Staat und Gesellschaft strikt ablehnte. Hitler selbst sah sich zwar als Werkzeug einer übermenschlichen Vorsehung. Dieser Gedanke war aber unabhängig von jeder Bindung an eine Konfession oder eine konkrete Gottesvorstellung. Er sah in seinen Reden über die in ihm wirkende Vorsehung wohl ein probates Mittel für den politisch weltanschaulichen Kampf

⁴⁰ Vgl. auch Graumann, Sabine, Nationalsozialismus im Rhein-Erft-Kreis (1933-1945), Bergheim 2016.

⁴¹ Von Hehl, Ulrich, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B:Forschungen,Bd. 23), Mainz 1977.

⁴² Longerich, Peter, Hitler, Biographie, hier insb. S. 501-507.

gegen den Einfluss der Kirchen. Seine diesbezügliche Politik schwankte mehrmals zwischen dem Versuch, einen vorläufigen *modus vivendi* mit den Kirchen zu finden, um wegen des angestrebten Krieges eine innenpolitische Geschlossenheit zu garantieren und den phasenweisen Versuchen, eine totale Entmachtung der Kirchen schon vor Kriegsausbruch zu erreichen.

2 Erftstadt

Der vorliegende Untersuchungsraum Erftstadt galt von 1827 bis zur Neugliederung 1975 als der sog. „Nordkreis“ innerhalb des Landkreises Euskirchen. Die dazu gehörenden einzelnen Orte wiesen untereinander teils enge Verbindungen auf. Dies war vorgegeben durch den räumlichen Zusammenhang der Bürgermeistereien, ihre Wirtschaftsstruktur und ihre administrativen Beziehungen, besonders im 19. und 20. Jahrhundert.⁴³ Zudem waren alle Gemeinden durch ein ausgeprägtes katholisches Milieu, in dem den Ortsgeistlichen nicht nur die religiöse Führung, sondern auch eine bedeutende soziale Kontrollfunktion zukam, gekennzeichnet. Andererseits bieten die in vielen Bereichen oft unterschiedlichen Ortschaften die Möglichkeit, den oft differenziert verlaufenden Prozess der gesellschaftlichen Transformation durch die sog. „Gleichschaltung“ des Nationalsozialismus deutlich zu erkennen.

2.1 Entstehung der Stadt Erftstadt

Die Stadt Erftstadt entstand am 1. Juli 1969 im Zuge der kommunalen Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen. Die selbständigen Ämter Gymnich, Friesheim, Liblar und die Stadt Lechenich wurden zur Stadt Erftstadt zusammengeschlossen. Im Jahre 1975 schied die Kommune aus dem Kreis Euskirchen aus und wurde Bestandteil des neuen „Erftkreises“, (seit 2003 „Rhein-Erft-Kreis“), der neben der Stadt Erftstadt die beiden ehemaligen Landkreise Köln und Bergheim (Erft) umfasst.

Die Stadt Erftstadt ist ein Zusammenschluss von ursprünglich 13 teils unterschiedlichen Kommunen. Es erwies sich zunächst als schwierig, so traditionsreiche und verschiedene Orte wie z. B. die alte Stadt Lechenich, das vom Braunkohleabbau geprägte Liblar und die überwiegend landwirtschaftlich geprägten Ämter Friesheim und Gymnich zu einer städtischen Einheit

⁴³ Matzerath, Horst, in: Matzerath, Horst, (Hg.), Auf dem Weg zur Erftstadt, Politik und Verwaltung im 19. und 20. Jahrhundert, mit Beiträgen von Frank Bartsch, Horst Matzerath, Ralf Othengrafen (Schriften des Geschichtsvereins Erftstadt, Bd. 2), Erftstadt 2015, S. 45 f.

zusammenzuschmieden.

2.2 Geographische Lage

Die Stadt Erftstadt liegt in der linksrheinischen ländlichen Bördezone am Westrand des Ballungsraumes Köln-Bonn. Die Großstädte Köln, Bonn und Aachen sind ca. 20 km (Köln), 35 km (Bonn) und 60 km (Aachen) entfernt. Die größte Ausdehnung des Stadtgebiets beträgt 16,5 km (nord-südliche Richtung) bzw. 12,5 km (ost-westliche Richtung).⁴⁴ Mit 122 qkm ist Erftstadt flächenmäßig die größte Stadt im Rhein-Erft-Kreis. Gegenwärtig umfasst die Kommune 52.326 Einwohner (Stand: 31.12. 2016).⁴⁵

2.3 Die Gemeinden Erftstadts am Ende der Weimarer Republik

Da es im Interesse der NS-Politik sein musste, sich auf regionale und lokale Gegebenheiten und Traditionen einzustellen, sollen zunächst die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die politischen Verhältnisse sowie die kulturellen und konfessionellen Mentalitäten der im Untersuchungszeitraum bestehenden Gemeinden und Orte der heutigen Stadt Erftstadt am Ende der Weimarer Republik aufgezeigt werden.

In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sind die einzelnen Orte drei verschiedenen Bereichen zuzuordnen. Die nordöstliche Region mit dem Amtsbezirk Liblar, bestehend aus den Gemeinden Liblar mit Oberliblar und Köttingen und den Gemeinden Kierdorf und Bliesheim war seit Beginn des 20. Jahrhunderts wesentlich durch den Braunkohlebergbau bestimmt.

Im Ort Liblar gab es drei Braunkohlegruben mit jeweiliger Brikettfabrik. Es handelte sich um die Gruben Liblar⁴⁶ und Concordia-Süd⁴⁷ sowie die zur Gemarkung Bliesheim gehörende

⁴⁴ Möllers, Martin HW., Neue Mittelstädte im suburbanen Raum, Kommunale Neugliederung, wirtschaftlicher Wandel und politisch administrative Stadtentwicklung – untersucht am Beispiel von Erftstadt und St. Augustin, Dortmund 1996.

⁴⁵ Vgl. <http://www.erftstadt.de/web/infos-zu-erftstadt/die-stadt-in-zahlen> [besucht am 27.1.2017].

⁴⁶ Die 1899 eröffnete Grube Liblar gehörte seit 1917 zu Felten & Guillaume, Carlswerk AG in Köln-Mülheim. Die Firma hatte für sich und ihre Tochtergesellschaften eine eigene Kohlebasis schaffen wollen, vgl. Braunkohlenbergwerk und Brikettfabrik Liblar G.m.b.H. (Hg.): 50 Jahre Grube Liblar 1899 – 1949. Euskirchen 1948, S.6 und Kleinebeckel, Arno, Unternehmen Braunkohle. Geschichte eines Rohstoffs, eines Reviers, einer Industrie im Rheinland. Hg. v. d. Rheinische Braunkohlenwerke AG. 2. Aufl. Köln 1986, S. 116.

⁴⁷ Vgl. Rombach, Bert, Kierdorf. Die Wiege des Rheinischen Braunkohlenbergbaus. Carl Brendgen – Geschichte und Entwicklung seiner Brikettfabriken. Hg. Geschichtskreis Kierdorf. Norderstedt 2008, S. 98-100.

Grube Donatus.⁴⁸ In diesen Betrieben des Braunkohlebergbaus hatten viele Bewohner Liblars und der angrenzenden Orte Arbeit gefunden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der Bedarf an Arbeitskräften so groß gewesen, dass zusätzliche Arbeiter aus dem In- und Ausland angeworben werden mussten. Um diesen und ihren Familien adäquaten Wohnraum zu bieten, ließ die Grube Donatus u. a. einheitlich gestaltete zweigeschossige Häuser in der Bergarbeiterkolonie „Donatusdorf“ errichten. Teilweise konnten die Beschäftigten auch Wohnungen und Häuser mit Hilfe von werkseigenen Anleihen käuflich erwerben. 1898 entstanden in der heutigen Donatusstraße und ihren Stichstraßen erste Arbeiterhäuser. Weitere Bauten folgten in der Bahnhofstraße, 1904 errichtete man eine Häuserzeile „auf dem Heidebroich“ und 1921 entstanden Neubauten am Schlunkweg. 1922 erhielt Donatusdorf die amtliche Bezeichnung „Oberliblar“⁴⁹.

Neben den Braunkohlegruben stellte die „Westdeutsche Maschinenfabrik“, ein Eisenbahnausbesserungswerk, in dem Lokomotiven und Kleinbahnen ausgebessert wurden, eine große Anzahl von Arbeitsplätzen für die Bewohner Liblars und der Umgebung. Während dieses Werk in der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre seinen Auftragsbestand fast halten konnte,⁵⁰ waren die Beschäftigten in den Braunkohlefabriken massiv von Arbeitslosigkeit bedroht. Es gab 1932 sogar Überlegungen zur Stilllegung von Gruben und der Entlassung Hunderter von Arbeitern.⁵¹ Das Arbeitsamt Brühl hatte eigens in Liblar eine Nebenstelle errichtet. Dort meldeten sich viele der Erwerbslosen, um eine Unterstützung zu erhalten oder eine Gelegenheitsarbeit zu übernehmen, damit sie ihre Familien ernähren konnten.⁵²

Das in den 1920er/1930er Jahren als „Industriesiedlungsdorf“ oder „Arbeiterdorf“ bezeichnete Köttingen war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch ein kleines Dorf mit 289 Einwohnern. (Stand: 1897) Es gehörte in politischer und kirchenrechtlicher Hinsicht zum Amt bzw. zur katholischen Gemeinde Liblar. Im Zuge der Intensivierung des Braunkohleabbaus wurden zu Beginn der 1920er Jahre auch viele neu angeworbene auswärtige Arbeitskräfte in Köttingen angesiedelt. Sie arbeiteten in den Gruben bzw. Fabriken in Liblar, Kierdorf oder Knapsack.⁵³ Die von der Braunkohleindustrie gegründete „Wohnungsbaugesellschaft für das Rheinische Braunkohlenrevier“ errichtete auch in Köttingen, südlich des Altdorfes, eine Gartenstadt-

⁴⁸ Kleinebeckel, Arno, Unternehmen Braunkohle, S.104-107.

⁴⁹ Stommel, H., Liblar und Spurck, Ortsgeschichte, in: Denkmäler in Erfstadt, Kap. 14.1, S. 8.

⁵⁰ Vgl. Folkers, Michael, Die Westdeutsche Maschinenfabrik in Liblar, in: Jahrbuch 2002 Stadt Erfstadt S. 106-109.

⁵¹ Schüler, Volker und Coenen, Manfred, Die Brikettfabrik Donatus 1890-1959, Documenta Berchemensis, Bd. 5, Frechen 2004, S. 103.

⁵² Stommel, Hanna, Denkmäler in Erfstadt, Kap. 14.1 S. 8.

⁵³ Bartsch, F., Hoffsummer, D. u. Stommel, H., in: Denkmäler der Erfstadt, Kap. 12.1, S. 4.

Siedlung mit Kirche für die zugezogenen Arbeiter und ihre Familien. So stieg die Einwohnerzahl Köttingens in wenigen Jahren auf das fünf- bis sechsfache an. 1930 zählte der Ort bereits 1.700 Einwohner.⁵⁴ Die ursprünglichen Bewohner standen den Neubürgern, die meist aus Bayern, der Oberpfalz und dem Eifel/Mosel-Raum stammten, oft sehr misstrauisch gegenüber. Auf beiden Seiten kam es zu Abkapselung und Ausgrenzung.

Während der Weltwirtschaftskrise waren viele Bewohner Köttingens aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Braunkohlenindustrie in besonders hohem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen. Zeitweise gab es in Köttingen mehr Arbeitslose als Erwerbstätige. Der Verfasser der Schulchronik der Volksschule, der damalige Schulleiter, berichtete, dass bei der Aufforderung des Lehrers, dass alle Kinder aufzustehen hätten, deren Väter arbeitslos seien, nur zwei sitzen blieben.⁵⁵

Die Gemeinde Kierdorf als nordöstlicher Stadtteil der Stadt Erftstadt gehörte ebenfalls zum Amt Liblar. Sie bestand ursprünglich, auch noch während des Untersuchungszeitraumes, aus den beiden Dörfern Kierdorf und Roggendorf sowie den zwei kleineren Siedlungen Schildgen und Zieselsmaar. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die Gemeinde ca. 1.180 Einwohner. Davon arbeiteten die meisten in den nahe gelegenen Gruben und Brikettfabriken, darunter sehr viele in der direkt bei dem Ort gelegenen Brikettfabrik der Grube „Concordia Nord“.⁵⁶

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise gerieten die Bewohner Kierdorfs aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Braunkohlenindustrie wie auch in den Nachbargemeinden durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in wirtschaftliche Bedrängnis.

Auch in der zum Amt Liblar gehörenden Gemeinde Bliesheim mit ihren 1860 Einwohnern⁵⁷ lebte 80% der Bevölkerung von der Arbeit in der nahe gelegenen Grube Donatus und bei der Eisenbahn, ca. 20% waren meist kleinere Landwirte. Arbeit in der häuslichen Landwirtschaft half vielen Arbeiterfamilien auch, ihr Einkommen aufzubessern. Der Ort war, trotz der Nähe zum Braunkohlenabbau bis nach dem Zweiten Weltkrieg stark durch einen dörflichen Charakter geprägt.⁵⁸

Neben Liblar war Lechenich der damals größte Amtsbezirk der heutigen Stadt Erftstadt. Dazu gehörten neben der ehemaligen Stadt Lechenich, die von 1816 bis 1827 sogar Sitz des Landkreises Lechenich mit mehr als 23.000 Einwohnern gewesen war, die Ortsteile Ahrem, Blessem mit Frauenthal sowie Herrig mit Mellerhöfe und Konradsheim. Auch Erp und Pingsheim wurden von Lechenich aus verwaltet. Im Jahre 1943 erhielt Lechenich wieder das Recht, sich Stadt

⁵⁴ Ebd., Kap. 12.1, S. 2.

⁵⁵ StAEft, A 04-367, Schulchronik Köttingen, S. 155.

⁵⁶ Bartsch, F., Hoffsummer, D. u. Stommel, H., In: Denkmäler der Erftstadt, Kap. 10.1, S. 6.

⁵⁷ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tabelle 3.

⁵⁸ PfABl, Fach I, Bd.2.

zu nennen.⁵⁹ Seitdem gehörte auch bis nach Ende des Zweiten Weltkriegs das bis dahin selbständige Friesheim zu Lechenich.

Lechenich galt bis in die 1960er Jahre aufgrund der dominierenden Landwirtschaft als typische Ackerbaustadt. Die 1901 gegründete „Cenral-Molkerei“⁶⁰ und die 1913 gegründete „Rheinische Krautfabrik ‚Patria‘ G.m.b.H.“ zeugen von der landwirtschaftlichen Prägung Lechenichs.⁶¹ In der Gemeinde lebten im Jahre 1933 2.375 Einwohner, im Amt insgesamt 4.020.⁶²

Innerhalb des nördlichen Teils des Landkreises Euskirchen nahm Lechenich wegen seiner zahlreichen öffentlichen Verwaltungsgebäude eine besonders zentrale Stellung ein. Es gab dort u. a. seit 1897 ein Amtsgericht, dem die fünf Bürgermeistereien Lechenich, Liblar, Erp, Gymnich und Friesheim zugeordnet waren. Auch eine Höhere Schule (Progymnasium) und seit 1926 eine Landwirtschaftsschule weisen auf die besondere Bedeutung Lechenichs hin. Zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte, Ärzte, Zahnärzte, Tierarzt, eine Apotheke, Rechtsanwälte, Notar, Druckereien und ein Kino sowie mehrere Banken und eine Sparkasse ließen den Ort zu einem Zentrum im mittleren Erfttal werden. Viele der Einwohner arbeiteten zudem in den nahegelegenen Braunkohlegruben.

Während die Gemeinden des Amtes Liblar meist durch ihren industriellen Charakter geprägt waren und Lechenich städtische Züge aufwies, bildete in den übrigen Orten der heutigen Stadt Erftstadt die Landwirtschaft die Basis des dörflichen Lebens.

Dies trifft besonders für den Lechenicher Ortsteil Ahrem zu, der bis zur Gründung der Stadt Erftstadt zur Stadt Lechenich gehörte. Es gab um 1930 insgesamt 37 bäuerliche Betriebe, die teilweise von den Arbeitern, die ihren Lebensunterhalt in den nahegelegenen Braunkohlegruben verdienten, nebenberuflich bewirtschaftet wurden.⁶³ Insgesamt hatte der Ort in den 1930er Jahren 524 Einwohner.⁶⁴

Zum Amt Lechenich gehörten auch Blessem und Frauenthal. Blessem ist ein Stadtteil der heutigen Stadt Erftstadt und bildet gemeinsam mit dem südlich angrenzenden Frauenthal einen Stadtbezirk. Beide Ortsteile hatten 1933 zusammen 618 Einwohner.⁶⁵ Neben der ursprünglich landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung Blessems arbeiteten seit ca. 1880 wie auch in vielen benachbarten Gemeinden immer mehr Bewohner in den Braunkohlegruben und Brikettfabriken

⁵⁹ StAEft, A 03-1082.

⁶⁰ Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 151-155.

⁶¹ Ebd. S. 155-158.

⁶² Vgl. Matzerath, H. Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 156, Tabelle 1.

⁶³ StAEft, Stadthistorische Bibliothek, Simon, Johann, Tauwetter, Erinnerungen, Eigenverlag, Ahrem 1998, S.3

⁶⁴ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S.156, Tabelle 1.

⁶⁵ Ebd.

sowie bei der Westdeutschen Maschinenfabrik in Liblar und bei der Reichsbahn. Die Landwirtschaft wurde auch hier oftmals für den Eigenbedarf betrieben.⁶⁶

Der Ort Herrig ist der zweitkleinste Stadtteil der Stadt Erftstadt mit damals 346 Einwohnern,⁶⁷ und er gehörte bis 1969 zur Stadt Lechenich. Politisch wurde er im Rat von Lechenich durch einen Ortsvorsteher vertreten. Die ausschließlich katholischen Bewohner lebten meist von der Landwirtschaft, einige ehemalige Tagelöhner arbeiteten auch in der Braunkohlenindustrie.⁶⁸

In dem kleinen Ort Konradsheim, dessen Silhouette durch seine mittelalterliche Burganlage geprägt ist, lebten in den 1930er Jahren etwa 150 Einwohner. Neben der Burg, die am nördlichen Ortsausgang liegt, gab es einige meist größere landwirtschaftliche Anwesen. Zu Konradsheim gehörte auch Heddinghoven, das lediglich aus einer Kapelle, einer Mühle und einem Hof bestand.⁶⁹

Die Gemeinde Erp bildete bis zur Eingliederung in die Erftstadt während des 19. und 20. Jahrhunderts zusammen mit den kleineren Gemeinden Pingsheim und Dorweiler, letzteres gehörte in kirchenrechtlicher Hinsicht zum Bistum Aachen, eine Bürgermeisterei (seit 1927 Amt) mit 1.522 Einwohnern im Jahre 1933.⁷⁰ Das Amt Erp wurde ab 1865 von Lechenich aus mitverwaltet.⁷¹

Der Erper Pfarrer sah in einem Fragebogen zur bevorstehenden Visitation im Jahre 1933 bezüglich der sozialen Struktur die Landwirtschaft als das Rückgrat der Gemeinde. Daneben gab es kleinere Geschäftsleute, Handwerker und Grubenarbeiter.⁷²

Die kleine Gemeinde Pingsheim, die im Jahre 1933 439 Einwohner hatte,⁷³ die alle bis auf vier Personen der katholischen Pfarrgemeinde St. Martinus angehörten, ist heute einer von zwölf Ortsteilen der Gemeinde Nörvenich im Landkreis Düren. Bis zur Gründung der heutigen Stadt Erftstadt gehörte Pingsheim zum Amt Erp. Erst 1975 wurde es, vorher zur Stadt Erftstadt gehörig, der Gemeinde Nörvenich zugeordnet. Da der Ort aber im Untersuchungszeitraum als selbständige Gemeinde zum Amt Erp gehörte und bis heute als einziger Ort des Landkreises Düren zum Erzbistum Köln und damit zum Dekanat Erftstadt gehört, soll er mit in den Untersuchungsraum der vorliegenden Arbeit aufgenommen werden.

Die Gemeinde Friesheim bildete seit Beginn des 19. Jahrhunderts zusammen mit den kleinen

⁶⁶ Stommel, H., Denkmäler in Erftstadt, Kap. 2.1, S.3.

⁶⁷ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 156, Tab. 1.

⁶⁸ StAEft, A 03-1141 (Heimatgeschichte des Ortes Herrig, zusammengestellt von F. Kremer).

⁶⁹ Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 11.1, S.3.

⁷⁰ Matzerath, H. Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tab. 3.

⁷¹ Ebd., S.166.

⁷² HAEK, GVA I, 1683.

⁷³ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tab. 3.

Nachbarorten und Gemeinden Borr mit Scheuren und Niederberg das Amt Friesheim mit insgesamt 1.846 Einwohnern im Jahr 1933.⁷⁴

Im Ort Friesheim lebten 1.216 Bewohner, davon waren 1.147 Katholiken, 25 Juden und einige evangelische Christen.⁷⁵ Die Friesheimer lebten meist als kleinere Bauern, vom Handwerk und zunehmend vom Lohn im Braunkohletagebau und der Westdeutschen Maschinenfabrik in Liblar.⁷⁶ Infolge von Weltwirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit fürchteten Anfang der 1930er Jahre auch viele Friesheimer um ihre wirtschaftliche Existenz.

Der Stadtteil Borr, der im Untersuchungszeitraum bzw. bis 1943 zum Amt Friesheim gehörte, hatte damals 356 Einwohner,⁷⁷ davon waren 346 katholisch und 10 evangelisch. Die einklassige Volksschule für das 1. bis 8. Schuljahr wurde meist von 50 bis 60 Kindern besucht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lebte von der Landwirtschaft.

Die kleine Gemeinde Niederberg, die bis 1943 und wieder von 1949 bis 1969 zum Amt Friesheim gehörte, umfasste im Untersuchungszeitraum 274 Einwohner, von denen bis auf fünf Personen alle katholisch waren.⁷⁸ Sie lebten fast ausschließlich als Kleinbauern und arbeiteten teilweise nebenberuflich auf einigen größeren Höfen im Dorf.⁷⁹

Zur heutigen Erftstadt gehört auch der nordwestliche Stadtteil Gymnich. Dieser Ort bildete als Gemeinde Gymnich zusammen mit der Gemeinde Dirmerzheim das Amt Gymnich mit 3.274 Einwohnern im Jahr 1933.⁸⁰

In der Gemeinde Gymnich lebten 1930 2501 Menschen.⁸¹ Bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Landwirtschaft bestimmend für den Lebensunterhalt eines Großteils der Gymnicher Bürger.⁸² Seit Beginn des 20. Jahrhunderts spielte neben dem Erwerb in Handwerk und Gewerbe aber auch hier die Beschäftigung in den Kohlegruben und Brikettfabriken, insbesondere im benachbarten Brüggeln, eine große Rolle.⁸³ Die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen waren folglich auch in Gymnich massiv zu spüren. Das lässt sich u. a. deutlich in dem von der „Gymnicher Armendeputation“ geführten Protokollbuch erkennen.⁸⁴

Der kleine Ort Dirmerzheim gehörte bis zur Gründung der Stadt Erftstadt zum Amt Gymnich.

⁷⁴ Ebd., S. 158.

⁷⁵ Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 7.1, S. 10 u. Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tab. 3.

⁷⁶ Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 7.1, S. 9.

⁷⁷ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tab. 3.

⁷⁸ HAEK GVA I, 4779 u. Matzerath, H. Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160.

⁷⁹ Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 15.1, S. 3.

⁸⁰ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 158, Tab. 2.

⁸¹ Ebd., S. 160, Tab. 3.

⁸² Weber, Matthias, Erftstadt-Gymnich, Heimatbuch, S. 111.

⁸³ Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 8.1, S. 7.

⁸⁴ Weber, Matthias, Erftstadt-Gymnich, Heimatbuch, S. 52.

Dort lebten im Jahre 1933 773 Einwohner,⁸⁵ davon waren neben den katholischen Einwohnern vier Bürger evangelisch und fünf jüdischen Glaubens.⁸⁶ 80 bis 90% der Bewohner waren kleinere Landwirte und Grubenarbeiter. Daneben gab es vier Agrarbetriebe mittlerer Größe.⁸⁷ Die Grubenarbeiter verdienten ihren Lebensunterhalt meist in der nicht weit entfernten Grube Concordia Nord in Zieselsmaar⁸⁸. Der Ort besaß seit 1830 eine eigene Volksschule.⁸⁹

Bei aller damaligen Eigenständigkeit und Unterschiedlichkeit der jeweils auf ihre eigenen Traditionen bedachten einzelnen Orte gab es doch, insbesondere im Hinblick auf die politische und religiöse Einstellung der Bewohner, deutliche Gemeinsamkeiten.

Als politisch kennzeichnend erwies sich der hohe und stabile Stimmanteil der demokratischen Parteien der Weimarer Republik. Dies ist an den Wahlergebnissen der Jahre 1930 bis 1933 deutlich zu erkennen.

In den drei Stimmbezirken der bevölkerungsreichsten Gemeinde Liblar (1933: 4.784 Einwohner)⁹⁰ erhielt die Zentrumspartei bei den Wahlen am 5. März 1933 im Stimmbezirk 1, dem Dorf Liblar, 43,2%, im Arbeiterdorf Oberliblar, dem Stimmbezirk 2, 31,4% und in Köttingen, dem 3. Wahlbezirk, immerhin noch 29,4% der Stimmen. Die SPD erreichte im Dorf Liblar 15,9%, in Oberliblar 24,1% und in Köttingen 26,3%. Die KPD kam im Dorf auf 10,7%, in Oberliblar auf 8% und in Köttingen auf 22,9%. Die NSDAP musste sich im Dorf Liblar mit 12,9%, in Oberliblar mit 10,3% und in Köttingen sogar mit nur 5,1% zufrieden geben. SPD und KPD erhielten vor allem die Stimmen der in der Braunkohle beschäftigten Arbeiter, während die Wähler des Zentrums hauptsächlich in katholischer Tradition stehende Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende waren. Vergleicht man das Wählerverhalten im März 1933 mit dem Reichsdurchschnitt der NSDAP-Stimmen von 43,9%, den 30,9% in den insgesamt 56 Gemeinden des Landkreises Euskirchen und den 28,3% des Amtes Lechenich, so scheinen die Bewohner Liblars dem NS gegenüber besonders immun gewesen zu sein. Die Zentrumspartei stellte auch den Bürgermeister. Das war der in Liblar seit 1930 amtierende Verwaltungsbeamte Hugo ten Hövel (1890-1953).⁹¹

In Köttingen fühlten sich viele der zugezogenen Arbeiter der SPD oder der KPD verbunden. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 entfielen 292 Stimmen auf die SPD, 230 auf die

⁸⁵ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tab. 3.

⁸⁶ Handbuch des Erzbistums Köln, 1933, S. 420 ff.

⁸⁷ HAEK, GVA I, 1003.

⁸⁸ Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 5.1, S. 5.

⁸⁹ Vgl. Grell, Gudrun, Ein Streifzug durch die Geschichte der Dirmerzheimer Schule, in: Erftstadt, Jahrbuch 2010, S. 51-59.

⁹⁰ Matzerath, H. Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tabelle 3.

⁹¹ Kreisarchiv Euskirchen, I, 312,31.

KPD und 236 auf das Zentrum.⁹² Im Jahre 1943 vermerkte Weihbischof Wilhelm Stockums in seinem Visitationsbericht, dass die Gemeinde früher als ein „Sammelbecken des Kommunismus“ gegolten habe.⁹³ Trotz der durch die Weltwirtschaftskrise bedingten schwierigen Situation konnte die NSDAP, ähnlich wie in der Gemeinde Liblar selbst, bei der Wahl im März 1933 nur ca. 5% der Stimmen erreichen.⁹⁴

Im benachbarten Kierdorf, das aufgrund seiner Abhängigkeit von der Braunkohleindustrie durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ebenfalls in großer wirtschaftlicher Bedrängnis war, konnte die NSDAP ihren Stimmanteil von 7,6% im Jahre 1930 auf 17,5% im März 1933 erhöhen. Bei dieser zuletzt erwähnten Wahl erhielten sowohl die SPD als auch das Zentrum je 35% der Stimmen.⁹⁵ Im November 1931 wurde in Kierdorf eine zunächst 16 Mann umfassende Ortsgruppe der NSDAP gegründet.

Besonders in Bliesheim war der stets hohe Anteil von Zentrumswählern trotz des hohen Arbeiteranteils der Bevölkerung politisch auffallend. Dieser lag bei den Reichstagswahlen von 1930 bis zum März 1933 bei 55,5% (September 1930), 52,8% (Juli 1932), 55,3% (November 1932) und 54,9% (März 1933). Bei den Landtagswahlen im April 1932 erhielt das Zentrum sogar 61,6% der Stimmen. Die SPD lag in diesen Wahlen bei einem Stimmanteil von 7,4% (1930), 10,3% (Juli 1932), 11,1% (November 1932) und 6,8% (März 1933). Die Stimmen für die KPD schwankten in diesem Zeitraum zwischen 6,1% (1930) und 7% (März 1933). Die NSDAP erreichte 1930 4,5%, im Juli 1932 9,1%, im November 1932 5,9% und im März 1933 18,3%.⁹⁶

Das Zentrum hatte in Bliesheim also einen sehr konstanten Wählerstamm, während die NSDAP im März 1933 von Verlusten der SPD und einer sehr hohen Wahlbeteiligung, d. h. ehemaligen Nichtwählern profitierte. Gemeindevorsteher in den Jahren 1932 bis 1934 war der Zentrums- politiker Jakob Giesen⁹⁷ (1885-1955).

In der Gemeinde Lechenich stand im Zeitraum von 1920 bis zum August 1934 der dem Zentrum angehörende Verwaltungsfachmann August Färvers (1885-1953) der Gemeinde als Bürgermeister vor. Die Zentrums- partei stellte wie in der Mehrzahl der Gemeinden der Stadt Erftstadt auch im Gemeinderat Lechenichs die Mehrheit. Sie erhielt bei allen Wahlen zwischen 1930 und März 1933 ca. 35% der Stimmen. Der Anteil der SPD-Wähler, meist Arbeiter, lag bei etwa

⁹² Vgl. Müller, H. P., in: 50 Jahre St. Josef, Köttingen 1924-1974, unpaginiert.

⁹³ HAEK, GVA-Dekanatsakten II, 28 Lechenich.

⁹⁴ Rüniger, Gabriele, Wer wählte die NSDAP? Eine lokale Fallstudie im Alt-Kreis Euskirchen an Hand der Ergebnisse der politischen Wahlen 1920-1933, in: Aspekte des Nationalsozialismus, Euskirchen 1987, (Geschichte im Kreis Euskirchen, 1), S. 128.

⁹⁵ Bartsch, F., Hoffsummer, D. u. Stommel, H., Kap. 10.1, S. 7.

⁹⁶ Rüniger, G., Wer wählte die NSDAP? S. 94, 112, 123, 127 im tabellarischen Anhang.

⁹⁷ Vgl. Hardegen, Richard, in: Chronik des Dorfes Bliesheim, einst eine Unterherrschaft des Stiftes Mariengraden in Köln, Hrsg. Dorfgemeinschaft Erftstadt-Bliesheim e.V., Erftstadt 1998, S. 151.

15%. Die NSDAP, die in den Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt 1930 das erste Mal bei Reichstagswahlen kandidierte, konnte ihren Stimmanteil im Amt Lechenich von 10% (1930) auf 28,5% im März 1933 steigern. In diesem Zeitraum war gleichzeitig die Arbeitslosigkeit auch in Lechenich sehr hoch.⁹⁸ Eine eigene Ortsgruppe hatte die NSDAP erst im Februar 1932 gegründet. Die ersten beiden Ortsgruppenleiter waren Peter Müller⁹⁹ und Arthur Hoffmann (1904-1966). Letzterer, in Selb/Franken geboren, lebte seit 1924 mit seiner Familie in Lechenich. Nachdem er zunächst in Köln, dann in Liblar, seine Arbeitsstellen verloren hatte und einige Zeit arbeitslos war, fand er Mitte 1932 eine Anstellung als Bürokraft bei der Stadtverwaltung Lechenich, bevor er ab Juli 1933 zunächst als Hilfskraft, dann ab 1. Oktober 1939 als Stadtingenieur im Beamtenverhältnis für die Stadtverwaltung Köln arbeitete. Hoffmann war schon am 1. September 1928 in die Kölner Ortsgruppe der NSDAP eingetreten. Von August 1929 bis Februar 1931 der Ortsgruppe Euskirchen angehörend, versuchte er von dort seine Partei in dem als „Zentrumshochburg“ geltenden Lechenich zu etablieren. In einem am 27. Juli 1933 verfassten Lebenslauf für die Stadtverwaltung Köln ging er selbst auf seine diesbezüglichen Tätigkeiten ein: „Durch mein rücksichtsloses Eintreten für den Nationalsozialismus war ich in der ganzen Umgebung bekannt geworden. Ich gründete unter den schwierigsten Verhältnissen die Ortsgruppe Lechenich und in vielen Versammlungen warb ich für die Idee unseres Führers. Juden und Marxisten versuchten mich auf jede Art und Weise kaput(t) zu machen.“¹⁰⁰ Hoffmann hatte am 12. Juni 1931 die erste nationalsozialistische Versammlung in Lechenich organisiert und zu diesem Zweck einen Saal mieten können. Der Inhaber der Gastwirtschaft „Kölner Hof“ (Bonner Str. 2), Peter Kleefisch, der sich später selbst als „Parteiwirt“ bezeichnete und in dessen Gaststätte diese NSDAP-Veranstaltung stattgefunden hatte, wies am 6. November 1936 darauf hin, dass es bis 1931 für ihn aufgrund des wirtschaftlichen Drucks der Gegenseite, „besonders von hier zahlreich ansässigen Juden“ sehr schwierig gewesen sei, sein Lokal für Veranstaltungen der NSDAP zur Verfügung zu stellen.¹⁰¹ Im Jahre 1937 bestätigten andere aktive Parteimitglieder aus Lechenich, dass Arthur Hoffmann derjenige gewesen sei, „der unermüdlich Abend für Abend für die Partei warb, Plakate klebte, Flugblätter verbreitete und sich in jeder Weise um die Partei verdient gemacht“ hat.¹⁰² Während des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen im Juli 1932 sprengte er zusammen mit einigen anderen NSDAP-

⁹⁸ Vgl. Stommel, H. in Bartsch, F., Hoffsummer, H., Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 13.1, S. 16 f.

⁹⁹ Nähere Einzelheiten zum politischen Wirken von Peter Müller konnten trotz intensiver Recherchen nicht ermittelt werden.

¹⁰⁰ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1023, Nr. 6828, Bl. 1.

¹⁰¹ Ebd., Bl. 9.

¹⁰² Ebd., Bl. 6.

Mitgliedern eine Wahlkundgebung der SPD. Anschließend kam es zu heftigen tätlichen Auseinandersetzungen mit Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Die Ortsgruppenleitung glaubte, dadurch eine sich steigernde positive Aufmerksamkeit in der Bevölkerung erreicht zu haben.¹⁰³

Der Werdegang von Arthur Hoffmann war typisch für viele NS-Aktivisten, insbesondere in mittleren oder kleinen Gemeinden. Es handelte sich hier oft um Neubürger, die nicht dem politischen „Establishment“ angehörten und die zudem häufig einen niederen sozialen Status besaßen. Sie erhofften sich von ihrem parteipolitischen Einsatz für die NSDAP berufliches und soziales Fortkommen.¹⁰⁴

Während die NSDAP in Lechenich selbst unter 30% der Stimmen bei der Märzwahl 1933 blieb, konnte sie im Ortsteil Ahrem 30,9% und im benachbarten Herrig, dem zweitkleinsten Stadtteil Erftstadts, 30% der Stimmen erreichen.

Ein vergleichsweise geringer Erfolg stellte der 17,6%ige Stimmenanteil in Erp dar. Hier hatte die NSDAP schon vor dem 30. Januar 1933 große Schwierigkeiten gehabt, Fuß zu fassen. So beklagte der Westdeutsche Beobachter 1935 rückblickend die Schwierigkeiten, die es gerade in Erp gegeben hatte, wo man trotz intensiver Bemühungen der Ortsgruppe Friesheim unter ihrem Ortsgruppenleiter bis einschließlich 1932 nur ein Parteimitglied gewinnen konnte.¹⁰⁵

Einen relativ großen Erfolg konnten die Nationalsozialisten in Friesheim mit 32% der Stimmen verzeichnen. Es ist auffallend, dass sie hier schon bei der Septemberwahl 1932 9,8% der Stimmen erringen konnten.¹⁰⁶ Gabriele Rüniger begründet dies in ihrer Dissertation mit der hohen Anzahl von Kleinbauern in der Gemeinde,¹⁰⁷ die sich von dieser Partei eine bessere wirtschaftliche Situation versprochen hätten. Ähnliches gilt auch für die Nachbargemeinde Borr, wo ebenfalls seit 1932 ein erheblicher Stimmenzuwachs der NSDAP zu beobachten war. Sie erreichte im Juli 1932 schon 10,4% der Stimmen. Bei dieser Wahl hatte insbesondere die Partei des Deutschen Landvolks 19,2% gegenüber den Reichstagswahlen vom September 1930 verloren, eine Erscheinung, die für die vorwiegend ländlich strukturierten Gemeinden des Landkreises Euskirchen typisch war.¹⁰⁸

Der langjährige und mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Pfarrer von Borr, Cassius

¹⁰³ Ebd., Bl. 7.

¹⁰⁴ Vgl. Noakes, Jeremy, Nationalsozialismus in der Provinz, Kleine und mittlere Städte im Dritten Reich, 1933-1945, in: Nationalsozialismus in der Region, S. 244.

¹⁰⁵ Vgl. Westdeutscher Beobachter vom 11.7.1935, Jg. 11, Nr. 188, Bl. 5, in: StA Euskirchen: Man hatte zunächst in der Gaststätte Breitenbenden ein Vereinslokal gefunden. Dann erschienen oft drei bis viermal wöchentlich Mitglieder der Ortsgruppe unter Führung ihres Leiters in Partei- und SA-Uniform, um „durch Mundpropaganda den schwarzroten Boden für die NS-Saat aufnahmefähig zu machen.“

¹⁰⁶ Rüniger, S. 94,95,127 im tabellarischen Anhang.

¹⁰⁷ Ebd., S. 98.

¹⁰⁸ Ebd., S. 108.

Schmitz, erklärte sich die bei der Wahl am 5. März 1933 abgegebenen 69 NSDAP-Stimmen neben dem zuvor von nationalsozialistischer Seite mit großer Erbitterung geführten Wahlkampf mit der Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Situation und dem propagierten Kampf gegen den „gottlosen Kommunismus“. Er sprach von einem offenen Geheimnis, dass Mitglieder sonst „gut katholischer Familien“ auch für den Nationalsozialismus ihre Stimme abgegeben hätten.¹⁰⁹ Im benachbarten Niederberg gelang es der NSDAP sogar, bei den o.g. Wahlen mit 32,6% der Stimmen gegenüber 28,6% des Zentrums stärkste Partei im Ort zu werden, obwohl sie bei den Wahlen im September 1930 nur 4,8% Stimmen erhalten hatte.¹¹⁰

Einen Stimmenzuwachs von 10,7% bei den Septemberwahlen 1930 auf ca. 25% im März 1933 vermochte die NSDAP auch in der Gemeinde Gymnich zu erzielen. Die SPD erhielt bei den Wahlen zwischen 1930 und 1933 jeweils ca. 17%, die KPD ca. 9%. Das Zentrum konnte sich von 25% 1930 auf ca. 41% im März 1933 verbessern.¹¹¹ Seit dem 1. Mai 1920 wurden Amt und Gemeinde Gymnich von dem bis 1934 parteilosen Josef Schweins als auf Lebenszeit ernanntem Bürgermeister geleitet und repräsentiert. Trotz der relativ vielen Stimmen für die NSDAP war es für deren 1931 gegründete Ortsgruppe aber nicht einfach gewesen, die eigenen politischen Vorstellungen zur Geltung zu bringen. Dies wird z. B. in einem Rückblick im Westdeutschen Beobachter aus dem Jahr 1935 deutlich, wenn dort beklagt wird, dass es in der Anfangszeit vor dem 30. Januar 1933 zu blutigen Schlägereien bei Saalschlachten oder tätlichen Auseinandersetzungen um eine Hakenkreuzfahne an der Hofmauer des Ortsgruppenleiters gekommen sei.¹¹²

Auch in Dirmerzheim war das Zentrum während der Weimarer Republik die führende politische Kraft gewesen. Es erreichte bei den Reichstagswahlen zwischen September 1930 und März 1933 jeweils 38,9(1930), 35,8% (Juli 1932), 29,3% (November 1932) und 32,1% im März 1933. Auch SPD und KPD erzielten einen beachtlichen Stimmanteil, die SPD fast 20%, die KPD ca. 13%. Die NSDAP konnte bei diesen Wahlen nur ca. 6%, im März 1933 dann 15,7% der Stimmen gewinnen.¹¹³ Ein Ortsbürgermeister führte in Dirmerzheim die Geschäfte für den Amtsbürgermeister in Gymnich. In den Jahren 1924 bis 1945 stammte dieser aus einer der vier größeren Bauernfamilien im Ort. Nach 1933 bekleidete er auch das Amt des Ortsbauernführers.¹¹⁴

Es lässt sich insgesamt feststellen, dass in allen Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt die

¹⁰⁹ PFAFr, Pfarrchronik St. Martinus, Borr, S. 103.

¹¹⁰ Rüniger, G., Wer wählte die NSDAP? S. 96, 97, 128 im tabellarischen Anhang.

¹¹¹ Rüniger, G., Wer wählte die NSDAP? S. 94, 112, 121, 127 im tabellarischen Anhang.

¹¹² Westdeutscher Beobachter vom 9.7.1935, Jg. 11, Nr. 186, Bl 6, in: StA Euskirchen.

¹¹³ Rüniger, G., Wer wählte die NSDAP? S. 94, 112, 121, 127 im tabellarischen Anhang.

¹¹⁴ Vgl. Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 174.

Stimmengewinne der NSDAP im Vergleich zum Reichsdurchschnitt sehr gering waren. Sie konnte dort insgesamt nur 22,3% der Stimmen erringen und blieb damit unter dem Durchschnitt im Landkreis Euskirchen mit 28,8%¹¹⁵ und in der gesamten Rheinprovinz mit 35,3% der Stimmen¹¹⁶ sowie weit unter dem Reichsdurchschnitt von 43,9%.

Kennzeichnend für alle Orte der heutigen Stadt Erftstadt war also der hohe und stabile Stimmanteil der demokratischen Parteien der Weimarer Republik, insbesondere des Zentrums. Daraus ergab sich zumindest bis 1930 die politische Bedeutungslosigkeit der NSDAP. Wenn auch deren Stimmen danach zugenommen hatten, war der Stimmenzuwachs insgesamt sehr niedrig. Bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Lage bestimmte sowohl in den industriell geprägten Gemeinden (Braunkohlebergbau) als auch in den vorwiegend agrarisch dominierten Gemeinden die Sorge um die wirtschaftliche Existenz breite Teile der Bevölkerung am Ende der Weimarer Republik.

Obwohl auch eine aufgrund der relativ niedrigen Wahlerfolge der NSDAP in überwiegend katholischen Gemeinden vielfach postulierte „Resistenz des katholischen Milieuverbandes gegenüber der NSDAP“¹¹⁷ teilweise bestritten wird,¹¹⁸ haben die Untersuchungen bezüglich der einzelnen Gemeinden der Stadt Erftstadt eindeutig ergeben, dass für das gesellschaftliche und politische Leben in den Orten, seien sie nun mehr industriell, urban oder agrarisch geprägt gewesen, ihre lange katholische Tradition und ihre Einbettung in ein festes katholisches Milieu bestimmend waren. Das galt auch für Liblar, Kierdorf und Köttingen, wo in politischer Hinsicht Sozialdemokratie und Kommunisten erheblichen Einfluss ausgeübt hatten. Der katholische Bevölkerungsanteil betrug in allen Gemeinden über 95%.¹¹⁹ Dies war begründet in der historischen Entwicklung dieser Orte, die bis zu den französischen Eroberungskriegen 1794 unter der Herrschaft der Kölner Erzbischöfe als Landesherren gestanden hatten. Der Kölner Erzbischof Siegfried von Westerburg hatte im Jahre 1279 Lechenich die Stadtrechte verliehen. Bis zum Ende des Alten Reiches war von den Erzbischöfen in Köln keine andere Konfession in ihrem Land geduldet worden.¹²⁰ Während des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

¹¹⁵ Vgl. Weitz, Reinhold, Anfänge und Aufstieg der NSDAP, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, S. 111.

¹¹⁶ Vgl. Janssen, Wilhelm, Kleine rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997, S. 397.

¹¹⁷ Walraff, Horst, Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich, S. 63, Anm. 154.

¹¹⁸ Ebd., S. 63. Vgl. auch Rauh-Kühne, C., Katholisches Sozialmilieu, in: Region und Nationalsozialismus, S. 221 f.. Rauh-Kühne zitiert Martin Broszat, der aufgrund seiner Untersuchungen darauf hinweist, dass die Aussagekraft politischer Wahlstatistiken bezüglich des wirklichen politischen Verhaltens nicht zu überschätzen sei. Er bewertet den Politisierungsgrad der Bevölkerung gerade in traditionell agrarischen Lebenswelten oft als sehr niedrig. Gerade für ein typisch katholisches Milieu sei der politische Einfluss des Pfarrers und Bischofs bei der Stimmabgabe für Zentrum bzw. die BVP oft ausschlaggebend gewesen. Damit seien Zentrumswähler aber noch nicht immun gegen den Nationalsozialismus gewesen.

¹¹⁹ Handbuch des Erzbistums Köln, 23. Ausgabe, 1933, S. 420 ff.

¹²⁰ Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 188. Sonderregelungen galten allerdings für die jüdischen Bürger. Sie standen unter dem besonderen Schutz des Erzbischofs. So bestätigte beispielsweise der

hatte sich in den Gemeinden der Stadt Erftstadt wie auch in vielen anderen überwiegend katholischen Gebieten Deutschlands ein besonderes „katholisches Milieu“ gebildet. Dieser aus den Sozialwissenschaften stammende Begriff umschreibt eine im 19. und 20. Jahrhundert fassbare katholische Lebenswelt und Lebensform. Diese organisierte sich in den zahlreichen Pfarreien, im konfessionellen Schul- und Bildungswesen, in einem dicht geknüpften Netz katholischer Vereine und Verbände, einer Vielzahl vor allem weiblicher Ordensgenossenschaften, die soziale Hilfen in den von ihnen getragenen Krankenhäusern und Kindergärten gewährleisteten, in einem katholischen Pressewesen und nicht zuletzt in einer eigenen politischen Vertretung, der Zentrumspartei.¹²¹ Sozialgeschichtliche Untersuchungen sehen die Ursache für die Entstehung dieses vorrangig religiös bestimmten Milieus in der Herausforderung von Kirche und Katholiken durch die gesellschaftliche Modernisierung und die sich entwickelnde preußisch, mehrheitlich protestantische Vorherrschaft in Deutschland.¹²² Letzteres lässt sich in Lechenich deutlich erkennen. Dort begründete 1827 der preußisch-protestantische Landrat des 1816 geschaffenen Landkreises Lechenich die Verlegung des Amtssitzes nach Euskirchen u. a. mit dem Hinweis auf die für die wenigen in Lechenich lebenden Protestanten ungünstige Situation. Er sah für sich, seine Familie und seinen Sekretär keine Möglichkeit, im katholisch geprägten Gesellschaftsleben in Lechenich Anschluss zu finden.¹²³

Die Angst um den Verlust traditioneller Werte und Institutionen führte in Gymnich in den Jahren 1848/49 sogar zur Gründung einer zweiten Schützenbrüdergesellschaft. Im Zusammenhang mit den revolutionären Unruhen fürchtete man in Gymnich Angriffe auf die Kirche, das Pastorat und das gräfliche Schloss. Mehr als 40 junge Männer bildeten zu deren Schutz eine Art Bürgerwehr, aus der wenig später die St. Kunibertus Schützengesellschaft Gymnich hervorging.¹²⁴ Der Kulturkampf, der auch auf die Erftstadt-Gemeinden seine Auswirkungen hatte, verschärfte noch das Misstrauen der Katholiken gegen die von dem protestantischen Preußen

Kurfürst Clemens August am 20. Oktober 1750 ein früheres erzbischöfliches Edikt für die Juden im Erzstift Köln, womit ihnen ausdrücklich versichert wird, dass sie unter erzbischöflichem Schutz stehen und nicht „beleidigt und geschmäht“ werden dürfen, ihnen leerstehende Häuser und Wohnungen vermietet werden müssen und sie bezüglich der ihnen erteilten Handelsprivilegien ungestört zu bleiben haben. Vgl. Der Riss im Himmel, Clemens August und seine Epoche, Katalog zum Gesamtprojekt Bonn-Brühl-Köln-Jülich-Miel, 13. Mai bis 1. Oktober 2000, hrsg. von Frank Günter Zender und Werner Schäfke, S. 187.

¹²¹ Kösters, Chr., Katholisches Milieu und Nationalsozialismus, in: Die katholische Kirche und das Dritte Reich, S. 145.

¹²² Ebd., S. 145 f.

¹²³ Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 190. Benachteiligungen wegen der Zugehörigkeit zur evangelischen Konfession sah z.B. im Untersuchungszeitraum auch der in Lechenich geborene und aufgewachsene spätere Fußballspieler und-trainer Hennes Weisweiler (1919-1983). Er erklärte sich in seinen Lebenserinnerungen die schlechten Noten im Fach Religion mit der Einstellung seiner Lehrerin zur evangelischen Konfession seiner Mutter. Vgl. Bockelkamp, Klaus, Hennes (Buchreihe : Zeugen städtischer Vergangenheit, Bd. 18, 2. Aufl. Mönchengladbach 2000, S. 62).

¹²⁴ Vgl. Festschrift zum 125-jährigen Bestehen des Schützenhauses der St. Kunibertus Schützengesellschaft Gymnich e.V. 2001, S. 7 f.

dominierte Politik gegenüber der katholischen Kirche.¹²⁵

Im Folgenden sollen einige wesentliche Elemente des katholischen Milieus, die für das Leben in den Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt bestimmend waren, beschrieben werden.

Ein Kennzeichen des katholischen Milieus war die wichtige Rolle, die die katholische Kirche in allen Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt spielte. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Rolle der Kirchengemeinden in Liblar, Kierdorf und Köttingen aufgrund des hohen Anteils der dortigen SPD- und KPD-Wähler nicht so unangefochten war wie in den anderen Orten der Erftstadt. In Liblar zählte die Pfarrgemeinde St. Alban im Jahr 1933 2.750 Mitglieder, davon besuchten durchschnittlich 1.620 den sonntäglichen Gottesdienst. Im Ort lebten ca. 430 Nicht-katholiken, darunter 22 Juden. Seit 1924 wurde St. Alban von dem späteren Dechanten Josef Linden geleitet. Dieser charakterisierte seine Pfarre 1934 in einem Bericht an das Kölner Generalvikariat als eine „von der Industrie durchsetzte Landgemeinde“. ¹²⁶ Die eigentlich Landwirtschaft betreibende Bevölkerung stelle nur einen verschwindenden Anteil dar.¹²⁷

Der Pfarrer wurde in einem von dem damals zuständigen Weihbischof Wilhelm Stockums (1877-1956) in einem an das Generalvikariat verfassten Visitationsbericht aus dem Jahre 1943 als ein vorzüglicher Pfarrer und Dechant bezeichnet, der geistig sehr interessiert sei und wegen seiner Klugheit und Umsichtigkeit als Führer des Dekanatsklerus von allen geschätzt werde.¹²⁸

Die Pfarre St. Alban hatte sich in dem 1932 fertiggestellten Liebfrauenhaus, das der Kirche gegenüber lag, einen zentralen und festen Stützpunkt für das gesamte kirchliche und religiöse Leben in der Gemeinde geschaffen. Dort waren u. a. der Kindergarten, Räume für Jugendarbeit, eine Schwesternstation, Koch- und Nähsschule sowie Räume für die öffentliche Mütterberatung untergebracht. Geleitet wurde das Haus von Schwestern aus der Eichsfelder Gemeinschaft der „Schwestern der christlichen Schulen der Barmherzigkeit“. Die Zivilgemeinde hatte sich unter Vorsitz des katholischen Bürgermeisters ten Hövel mit Vertrag vom Juni 1932 zu einer Beteiligung an den laufenden Unterhaltskosten mit einem jährlichen Zuschuss verpflichtet.¹²⁹ Gegen diese Maßnahme hatten viele evangelische Bürger protestiert. Sie sahen die Katholiken damit durch die politische Führung bevorzugt. Die evangelischen Bewohner Liblars, die fast alle im Zuge der Anwerbung neuer Arbeitskräfte für die Braunkohle zu Beginn des 20. Jahrhunderts zugezogen waren, hatten 1925/26 mit finanzieller Hilfe der Grube Liblar in Oberliblar eine eigene Kirche errichten können. Kirchenrechtlich gehörten sie zur evangelischen Gemeinde in

¹²⁵ Stommel, H., in: Denkmäler in Erftstadt, Kap. 13.1, S. 12.

¹²⁶ HAEK, GAV I, 3859.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ HAEK, GVA-Dekanatsakten II, 28, Lechenich.

¹²⁹ HAEK, GVA I, 3858.

Brühl. In Oberliblar gab es auch eine 1925 als Notkirche gegründete Filiale der katholischen Pfarrkirche St. Alban. Zu St. Alban gehörte weiterhin die Köttinger Kirchengemeinde St. Josef. Diese besaß seit 1924 eine eigene Kirche und einen eigenen Pfarr-Rektor. Das Besondere dieses Rektorats bestand darin, dass zwar von den 1.700 Einwohnern Köttingens 1.500 Katholiken waren, von diesen aber etwa nur die Hälfte regelmäßig den sonntäglichen Gottesdienst besuchte, eine für damalige Verhältnisse und verglichen mit den Nachbargemeinden außergewöhnlich geringe Zahl. Dies lässt sich mit der politischen Ausrichtung vieler Köttinger erklären, wo SPD und KPD, wie bereits erwähnt, viele Anhänger hatten. Zur damaligen Zeit bedeutete eine Hinwendung zu sog. „linken“ Parteien zugleich oft eine innere Abkehr von der Kirche. Unter den meist jungen Arbeitern in Köttingen waren viele, die zudem, beeinflusst durch den Ersten Weltkrieg und die Nachkriegsjahre, ihr Vertrauen nicht nur in staatliche, sondern auch in kirchliche Autoritäten verloren hatten. Der erste Pfarr-Rektor Franz Meurers meinte 1925: „Köttingen gleicht mehr einem Steinbruch als einem Weinberg des Herrn.“¹³⁰

Auch in Kierdorf war das religiöse und kirchliche Leben der fast ausschließlich katholischen Kierdorfer Bürger wesentlich von Spannungen zwischen kirchlichen und sozialistisch-kommunistischen Aktivitäten geprägt. Der von 1928 bis 1940 in Kierdorf tätige katholische Pfarrer Jakob Overbach schilderte die Situation der Pfarre als „eine besonders schwierige“, bedingt durch die politischen Verhältnisse als „Hochburg der SPD“.¹³¹ Die Pfarrgemeinde erhielt durch das in den Jahren 1930 und 1931 entstandene Pfarrheim einen gesellschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt neben der eigentlichen Kirche.

Die katholische Kirchengemeinde Bliesheim wurde von 1928 bis 1940 von Pfarrer Stephan Pflugfelder geleitet, der in seiner Pfarrei ein reges religiöses Leben verwirklicht sah.

Dies zeigte sich neben regelmäßigen Gottesdienstbesuchen, häufigem Sakramentenempfang, traditioneller Teilnahme an verschiedenen Prozessionen u.a. auch an der Mitgliedschaft vieler Bliesheimer in den vielfältigen katholischen Vereinen. Anlässlich einer Visitation im Mai 1933 hob Weihbischof Joseph Hammels (1868-1944) das „blühende religiöse Leben“ in der Pfarre besonders hervor. Der Sakramentenempfang betrage das „Vierfache des gewöhnlichen Durchschnitts.“¹³²

Auch in Lechenich, der neben Liblar damals größten Gemeinde, spielte die katholische Kirche eine bedeutende Rolle. Fast alle Bewohner waren katholisch, es gab um 1933 lediglich fünf evangelische Familien und eine kleinere jüdische Synagogen-Gemeinde von 74 Personen.¹³³

¹³⁰ Vgl. Müller, H. P., in: 50 Jahre St. Josef, Köttingen 1924-1974, unpaginiert.

¹³¹ PFAKie, B 7, Pfarrchronik Kierdorf, unpaginiert.

¹³² HAEK, GVA-Dekanatsakten II, 28 Lechenich.

¹³³ Vgl. Stommel, K. in: Lechenicher Kirchengeschichte(n), hrsg. vom Pfarrgemeinderat der Kirchengemeinde St. Kilian, Lechenich, 2002, S. 11 (Nachdruck aus der Festschrift anlässlich der 700-Jahr-Feier, hrsg.

Zur katholischen Pfarrgemeinde St. Kilian in Lechenich gehörten im Untersuchungszeitraum auch die Filialorte Römerhof, Heddinghoven und Konradsheim. Außerdem standen die Rektoratspfarreien in Ahrem, Frauenthal und Herrig unter der Aufsicht von St. Kilian. Seelsorgerisch wurde die Kirchengemeinde von einem Pfarrer und einem Kaplan betreut. Der jeweilige Schulleiter der Höheren Schule, ein Geistlicher, sollte die beiden als Subsidiar, insbesondere bei den Messfeiern unterstützen.

Im Untersuchungszeitraum wurde die Pfarre von verschiedenen Pfarrern geleitet, und zwar von Johannes Bierfert (von 1924 bis 1933), von Robert Lemmen (von 1933 bis 1938) und von Heinrich Lennartz (von 1938 bis 1974).¹³⁴ Letzterer wurde in dem bereits erwähnten Visitationsbericht des Weihbischofs Wilhelm Stockums als „zielbewußter und energischer Charakter“, „als eifriger und tüchtiger Seelsorger, der seine Gemeinde hinter sich hat“ und als „resolut und bestimmt in seinem Wesen“ charakterisiert.¹³⁵

Die während der NS-Zeit in St. Kilian tätigen Kapläne Leonhard Berg (von 1928 bis 1936) und Peter Offermann (von 1937 bis 1945) spielten insbesondere innerhalb der Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und katholischen Jugendverbänden eine wichtige Rolle. Im Visitationsbericht des Weihbischofs Joseph Hammels wird Kaplan Berg auch gerade wegen seines Eifers in der Jugendarbeit sehr positiv bewertet.¹³⁶

Für die meisten Bewohner war die katholische Kirche sehr wichtig, was sich z. B. an der sonntäglichen Feier von vier Gottesdiensten zeigte.

In dem Lechenicher Ortsteil Ahrem war die katholische Kirche St. Johannes der Täufer (Baptist) Mittelpunkt der dortigen Gemeinde. Die Pfarrei hatte 523 Mitglieder.¹³⁷ Jahrhundertlang hatte Ahrem zur Pfarrei St. Kilian gehört. Auf Wunsch der Bevölkerung erhielt der Ort jedoch 1891 eine eigene Kirche, die zunächst Filialkirche von St. Kilian war. 1924 wurde der Seelsorgebezirk Ahrem eine selbständige Kirchengemeinde mit eigener Vermögensverwaltung. Seit 1933 führte die Kirche von Ahrem auf erzbischöfliche Anordnung den Titel „Rektoratspfarrei“. Sie wurde von 1930 bis 1959 von dem Rektoratspfarrer Friedrich Offen geleitet.¹³⁸

Der heutige Erftstädter Stadtbezirk Blessem gehörte kirchlich für viele Jahrhunderte zur Lechenicher Pfarrgemeinde St. Kilian. Deren Filialkirche, die Kapelle in Heddinghoven, war die zuständige Pfarrkirche für die Bewohner von Blessem und Konradsheim. Nachdem 1869 in Frauenthal ein Rektorat errichtet worden war, konnten die Blessemer dort den Gottesdienst

Bürgergesellschaft e.V.).

¹³⁴ Vgl. Lechenicher Kirchengeschichte(n), S. 144 und S. 149.

¹³⁵ HAEK, GVA-Dekanatsakten II, 28 Lechenich.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ HAEK GVA I, 3784.

¹³⁸ Ebd.

besuchen und seit 1908 auch ihre Kinder taufen lassen.¹³⁹

Das Rektorat Frauenthal war seit 1923 zwar einerseits selbständig, aber vermögensrechtlich und finanziell im Untersuchungszeitraum noch von St. Kilian abhängig.¹⁴⁰

Das Rektorat war für den Gottesdienst in der dortigen Krankenhauskapelle St. Maria Immaculata eingerichtet worden. Ursprünglich war Frauenthal eine Zisterzienserinnen - Klosteranlage gewesen, die aber infolge der Säkularisation enteignet und verkauft worden war. Im Jahre 1851 erwarb ein vermögendes, älteres und kinderloses Ehepaar das zwischenzeitlich heruntergekommene Gut mit der dazu gehörenden Kapelle. Sie errichteten dort neue Wohn- und Wirtschaftsgebäude und stifteten 1867 ein Armenhospital. Für die Seelsorge in der Kapelle und dem Hospital durfte das Ehepaar einen Geistlichen anstellen.¹⁴¹ Das mit allen notwendigen materiellen Grundlagen ausgestattete Hospital sollte nach dem Willen der Stifter von einem Verwaltungsrat geführt werden, dessen Vorsitzender der jeweilige Oberpfarrer von Lechenich sein sollte.¹⁴² Von 1869 bis 1955 übernahmen auf Wunsch der Stifter die Vinzentinerinnen des Mutterhauses Köln-Nippes die Leitung des Hospitals, das der Alten- und Krankenpflege diente.¹⁴³

Den 364 ausschließlich katholischen Einwohnern von Herrig stand seit 1892 eine neue Kirche zur Verfügung. Die Kirchengemeinde war ebenfalls Rektoratspfarrei von St. Kilian. Zu Herrig gehörte politisch und kirchlich auch der kleine Weiler Mellerhöfe, der nur aus wenigen Häusern und einigen großen Höfen bestand.

St. Kilian in Lechenich angeschlossen war auch die in Konradsheim gelegene Kapelle in Heddinghoven- eine der ältesten Kirchenbauten im Kreis -, die Anfang der 30er Jahre auf Initiative des Lechenicher Kaplans Leonard Berg sorgfältig restauriert worden war und in der nach Kriegsbeginn Gottesdienste für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter abgehalten wurden.

Auch die 1.522 Einwohner Erps waren fast ausschließlich katholisch. Der religiöse Mittelpunkt der Gemeinde war die Pfarrkirche St. Pantaleon. Seit 1925 wurde sie von Pfarrer Philipp Limbach geleitet.

In der kleinen Gemeinde Pingsheim, die im Jahre 1933 439 Einwohner hatte,¹⁴⁴ gehörten bis auf vier Personen alle der katholischen Pfarrgemeinde St. Martinus an. Diese zählt bis heute als einziger Ort des Landkreises Düren zum Erzbistum Köln und damit zum Dekanat Erftstadt.

¹³⁹ Vgl. Esser, Albert, 40 Jahre Pfarrei St. Michael, Blessem-Frauenthal, Blessem 2001, S.7.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Provinzarchiv der Vinzentinerinnen Köln, Nr. 05-00, der Titel „Oberpfarrer“ stammte aus der Neuordnung des Pfarrsystems in der napoleonischen Zeit, hatte aber später seine eigentliche Bedeutung verloren. Vgl. hierzu F. Bartsch, Kontinuität und Wandel auf dem Lande. S. 169.

¹⁴³ Ebd., Nr. 05-035.

¹⁴⁴ Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tab. 3.

Im Ort Friesheim waren von 1.216 Bewohnern 1.147 katholisch.¹⁴⁵ Die katholische Pfarrgemeinde St. Martin wurde von 1926 bis 1951 von dem katholischen Pfarrer Josef Kleinen geleitet. Es bestand dort auch eine kleine jüdische Synagogen-Gemeinde.

Von den 356 Einwohnern des Stadtteils Borr, der im Untersuchungszeitraum bis 1943 zum Amt Friesheim gehörte, waren 346 Personen katholisch und 10 evangelisch. Kern- und Mittelpunkt des kleinen Ortes war neben der Schule (einklassige Volksschule für das 1. bis 8. Schuljahr) die kleine Kirche St. Martinus mit dem Pastorat. Der damalige Pfarrer Cassius Schmitz leitete seine Gemeinde schon seit über 25 Jahren. Nach seiner Pensionierung im April 1937 wurde Johannes Müllenbruck (1894-1965) dessen Nachfolger. Er wurde im Visitationsbericht von Weihbischof Stockum als „leistungsfähiger Pfarrer, der auch geistig recht rege“ sei, dargestellt. Besonders hob der Bischof die Umsicht, Ruhe und Bestimmtheit des Pfarrers hervor. Sein „gefälliges Wesen“ mache ihm den Verkehr mit Menschen leicht.¹⁴⁶

In der kleinen Gemeinde Niederberg waren während des Untersuchungszeitraumes von den 274 Einwohnern bis auf fünf alle katholisch.¹⁴⁷ Ihre Pfarrgemeinde St. Johann Baptist wurde bis 1935 von dem Pfarrer Hünseler geleitet, der gleichzeitig Dechant war. Seine Nachfolger waren Pfarrer Raphael Ahrens (1890-1940)) und nach dessen Tod im Juni 1940 Pfarrer Paul Meyer.

In Gymnich waren ebenfalls fast alle Bewohner katholisch.¹⁴⁸ Somit hatte die Kirchengemeinde St. Kunibert eine große Bedeutung für die Bevölkerung. Während des Untersuchungszeitraums wurde die Pfarrei bis 1934 von dem dort sehr lange tätigen Pastor Rudolf Scheurer geleitet, dessen Nachfolger, Johann Hubert Kaiser, war dort bis 1955 Pfarrer. Dieser wurde in seiner seelsorglichen Arbeit von drei verschiedenen Kaplänen unterstützt, die dort jeweils für einen bestimmten Zeitraum tätig waren. Von diesen hatte der Vikar Hermann- Joseph Weissenfeld (von 1910 bis 1936 in Gymnich tätig) insofern eine große Bedeutung, da unter seiner Führung der „Gymnicher Ritt“ neu gestaltet wurde. Hierbei handelt es sich um eine alljährlich am Fest Christi Himmelfahrt stattfindende große Reiter- und Fußprozession, die etwa dreieinhalb Stunden durch die Straßen und Felder Gymnichts zieht. Vorher finden mehrere heilige Messen in der Pfarrkirche und seit 1933 auch eine Reitermesse vor der Kirche statt. Die Verantwortung und Organisation der Prozession liegen bei Pfarrer und Kirchenvorstand. Im Jahr 1935 beteiligten sich z. B. 517 Reiter, 2.898 Fußpilger, 38 Wagen mit 303 Pilgern und 13 Priester. Die Teilnehmer führten farbenprächtige Banner mit in der Prozession.¹⁴⁹ In Gymnich befand sich

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ HAEK, GVA Dekanatsakten II, 28 Lechenich.

¹⁴⁷ HAEK GVA I, 4779 u. Matzerath, H., Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160.

¹⁴⁸ Vgl. Handbuch des Erzbistums Köln, 23. Ausgabe, Köln 1933, S. 420 ff. Es gab damals nur vier Protestanten in Gymnich.

¹⁴⁹ Die bis heute für Gymnich bedeutende und bekannte Prozession soll auf die Erfüllung des Gelübdes eines

auch eine kleine jüdische Gemeinde mit eigener Synagoge und Friedhof.

Von den 773 Einwohnern des kleinen Ortes Dirmerzheim waren bis auf neun Personen alle katholisch.¹⁵⁰ Die seit 1758 selbständige Kirchengemeinde St. Remigius wurde im Untersuchungszeitraum von den Pfarrern Peter Schroeder (von 1928 bis 1939) und von Joseph Thomas (von 1939 bis 1952) geleitet.

Innerhalb der einzelnen Pfarrgemeinden nahmen überall eine Vielzahl von katholischen Vereinen und Verbänden, die meist Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden waren, einen wesentlichen Platz ein und bestimmten weithin den Alltag und das kulturelle Leben der Einwohner.

So gab es in St. Alban in Liblar neben den von Pfarrer Linden geleiteten marianischen Männer- und Jungmänner-, Frauen- und Jungfrauenkongregationen, den sog. Standeskongregationen, einen aktiven katholischen Arbeiterverein, einen Missionsverein, die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft und den Kirchenchor.

In der Rektoratsgemeinde St. Josef in Köttingen waren quasi als Pendant zu den jeweiligen Gruppierungen von SPD und KPD in den 1920iger Jahren z. B. ein Jungmännerverein, eine Jungfrauenkongregation, Frauen- und Mütterverein und die Deutsche Jugendkraft (DJK) als Sportverein entstanden. Diese Vereine wurden aber meistens nur von den „Alt-Köttingern“ angenommen. „Linke“ und Kirchengemeinde wetteiferten auch bezüglich der Veranstaltung von Festen, Filmangeboten und der Beschaffung von Lektüren.

Auch in Kierdorf versuchte der dortige Pfarrer Overbach dem sozialistischen Einfluss durch den Ausbau bzw. die Gründung einer starken kirchlichen Vereinstätigkeit entgegenzuwirken. So wurde 1929 der katholische Frauen- und Mütterverein gegründet. In demselben Jahr kam es auch zum Entstehen der „Sturmschar“ bzw. der „Jungen Kirche“. Diese war aus der DJK und dem Katholischen Jungmännerverein (KJMV) hervorgegangen und wurde von Pfarrer Overbach massiv gefördert und unterstützt. Die Rolle der Sturmschar im Verhältnis zum Nationalsozialismus wird an anderer Stelle noch ausführlicher dargestellt werden.¹⁵¹

Besonders viele Katholiken waren in Bliesheim vereinsgebunden. So gehörten dort fast alle Familien dem „Verein der heiligen Familie“ an. Die örtliche Jungfrauenkongregation bestand aus zehn Mädchengruppen, die Jungschar umfasste nahezu alle männlichen Jugendlichen des Dorfes.¹⁵² Letztere wurde sehr engagiert von dem seit 1933 als Kaplan tätigen Franz Merzbach geleitet. Daneben gab es in St. Lambertus noch den Borromäus-, den Bonifatius-, den Franz

Kreuzritters zurückgehen. Vgl. Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 381.

¹⁵⁰ Matzerath, H. Auf dem Weg zur Erftstadt, S. 160, Tab. 3.

¹⁵¹ Vgl. Kap. 5.2.1.

¹⁵² PfABl, I,3.

Xaverius- und den Kindheit-Jesu-Verein mit 221 sowie die Kreuzwegbruderschaft mit 520 Mitgliedern.

Auch in St. Kilian in Lechenich wiesen die Aktivitäten mannigfacher Vereine auf eine feste Verankerung der Katholiken in ihrer Kirchengemeinde hin. An festlichen Gottesdiensten zu besonderen Anlässen nahmen beispielsweise alle Vereine mit ihren jeweiligen Fahnen teil.¹⁵³

Innerhalb der Vereine gehörte die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft, der ausschließlich Katholiken angehören durften und die traditionell kirchlich eingebunden war, zu den mitgliederstärksten Organisationen in Lechenich.¹⁵⁴ Nicht wenige Lechenicher engagierten sich auch in dem 1912 gegründeten Vinzenzverein, der der Pflege und Hilfe kranker und bedürftiger Menschen in der Pfarrgemeinde diente. Die Frauen aus Lechenich hatten sich im

1914 gegründeten katholischen Mütterverein, der sich die Förderung der Frauenseelsorge und Frauenbildung zum Ziel gesetzt hatte, organisiert. Ihm gehörten bis 1937 267 Frauen an.¹⁵⁵

Daneben existierte seit 1845 der katholische Borromäusverein mit einer eigenen Bibliothek.¹⁵⁶ 1910 hatte sich eine Ortsgruppe des „Albertus Magnus-Vereins“ gebildet. Diese bemühte sich, arme katholische Studenten zu unterstützen.¹⁵⁷

Einflussreich innerhalb Lechenichs war auch der 1913 gegründete katholische Arbeiterverein, welcher sich der Interessen der zunehmenden Zahl von Arbeitern in den nahegelegenen Kohlegruben und Brikettfabriken angenommen hatte.¹⁵⁸

Besondere Bedeutung kam den kirchlichen Vereinen zu, die sich um die Jugend kümmerten. So gab es seit 1903 in Lechenich die „Marianische Jünglingskongregation“ zum Zweck der geistigen Fürsorge. Hier wurde großen Wert auf Bildungs- und Kulturarbeit als auch auf die sportliche Betätigung junger Männer gelegt, teils mit eigenen Turn- und Fußball-Abteilungen.¹⁵⁹ Für die Belange und Förderung der weiblichen Jugend war die „Marianische Jungfrauenkongregation“ entstanden.¹⁶⁰ Der Einfluss der katholischen Kirche auf die Bevölkerung war also auch außerhalb des eigentlichen Kirchenraums ganz erheblich und erstreckte sich auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

So spielte in der Kirchengemeinde St. Johann Baptist in Ahrem der 1925 gegründete Schützenverein St. Johannes eine wichtige Rolle. Seine Mitglieder waren u. a. verpflichtet, an

¹⁵³ PfALe, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 41.

¹⁵⁴ Bartsch, F., *Kontinuität und Wandel auf dem Lande*, S. 270 f.

¹⁵⁵ *Lechenicher Kirchengeschichte(n)*, S. 98.

¹⁵⁶ Bartsch, F., *Kontinuität und Wandel auf dem Lande*, S. 196.

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Ebd., S. 193.

¹⁶⁰ Ebd., S. 197.

kirchlichen Veranstaltungen wie Fronleichnam und an der Maria-Hilfsprozession in ihren Uniformen teilzunehmen.¹⁶¹

Innerhalb des Rektorats Frauenthal arbeiteten viele Gläubige in den dort bestehenden acht kirchlichen Vereinen mit.¹⁶²

Ein vielfältiges katholisches Vereinsleben hatte auch in Erp seine Tradition. Viele der Jugendlichen waren im „katholischen Jugendverband PX“ organisiert, dem der Pfarrer als Präses vorstand. Zu diesem Verein gehörten u. a. ein Schachklub und die DJK, deren Schwerpunkt in Erp auf der Leichtathletik lag, wo aber auch Fußball gespielt wurde.¹⁶³

Im Nachbarort Friesheim wirkten viele Gemeindemitglieder im Mütterverein, im Jungmädchenverein, im Jungmännerverein oder in der Marianischen Frauenkongregation. Deshalb hatte auch der damalige Pfarrer Kleinen 1934 in einem Bericht an das Generalvikariat Köln das Glaubensleben in Friesheim als „lebendig“ beurteilt.¹⁶⁴

In der kleinen katholischen Gemeinde St. Martinus in Borr bestanden mehr als zehn katholische Vereine mit vielen aktiven Mitgliedern.¹⁶⁵

Von den verschiedenen katholischen Vereinen in Gymnich ist z. B. die sehr aktive Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) zu erwähnen, deren Präses traditionsgemäß der Pfarrer war und die 1906 gegründet wurde.¹⁶⁶ Im Jahre 1912 konstituierte sich der Mütterverein.¹⁶⁷ Daneben bestanden natürlich auch die kirchlichen Standes- und Jugendvereine sowie der Borromäusverein mit einer stattlichen Pfarrbücherei.

Wichtig im Leben der Kirchengemeinde waren auch die beiden Schützenbrüder-Vereine, die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft und die St. Kunibert-Schützengesellschaft.

In der Pfarrgemeinde St. Remigius in Dirmerzheim war, ähnlich wie in Kierdorf, die dortige Sturmschar der katholischen Jugend sehr aktiv. Allerdings stellte insgesamt die Arbeit mit der männlichen Jugend für die dortigen Pfarrer schon vor 1933 ein erhebliches Problem dar. Deshalb sah sich Pfarrer Schroeder 1928 genötigt, mit Hilfe eines hiesigen Volksschullehrers aus dem Jungmännerverein der Pfarrei eine Abteilung der DJK zu bilden. Hieraus entstand dann der Dirmerzheimer Fußballclub. Der Pfarrer meinte, die männliche Jugend habe sich nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr so führen lassen wie bisher. Während die Freude am Sport immer weiter um sich gegriffen habe, sei gleichzeitig eine ziemlich unreligiöse Einstellung der

¹⁶¹ Pöllath, H.P., Chronik Ahrem, Quellen und andere Akten der Pfarrei Ahrem, o. O., [2006], S. 55.

¹⁶² Vgl., Esser, A., 40 Jahre Pfarrei St. Michael, S. 8.

¹⁶³ Vgl. Rhiem, Christian, geb. 1913, Erinnerungen, in: Erinnerungen an das alte Erp, Erper Bürgerinnen und Bürger berichten, Erftstadt-Erp 1995, S. 27.

¹⁶⁴ HAEK, GVA I, 1973.

¹⁶⁵ HAEK, GVA I, 0675.

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 256 f.

¹⁶⁷ Vgl. ebd., S. 258 f.

Jünglinge zu erkennen gewesen. In der Dirmerzheimer Abteilung der DJK sei es lediglich um Sport gegangen, das katholische Leben sei der Jugend Nebensache gewesen.¹⁶⁸

Ein weiteres Kennzeichen eines typisch katholischen Milieus stellte, wie bereits erwähnt, eine Vielzahl von vor allem weiblichen Ordensgenossenschaften, die soziale Hilfen u. a. in den von ihnen getragenen Krankenhäusern und Kindergärten gewährleisteten, dar. Die gesamte soziale Fürsorge in allen Gemeinden der späteren Stadt Erftstadt lag in den Händen von Ordensschwestern.

So wurden in Liblar der Kindergarten, teilweise die Jugendarbeit, eine medizinisch ausgerichtete Schwesternstation, Koch- und Nähsschule sowie öffentliche Mütterberatung von Schwestern aus der Eichsfelder Gemeinschaft der „Schwestern der christlichen Schulen der Barmherzigkeit“ geleitet.

In Köttingen lebten die Missionsschwestern vom „Heiligen Herzen Jesu“. Sie wohnten dort im Kloster St. Josef und leiteten den Kindergarten, eine Handarbeitsschule und die Jungfrauenkongregation. Die ambulante Krankenpflege des Ortes lag ganz in ihren Händen.¹⁶⁹

In Bliesheim lebten seit 1928 sieben „Schönstatt-Schwestern“. Deren in wenigen Jahren nach der Gründung durch den in Erftstadt-Gymnich geborenen Pater Josef Kentenich weltweit agierende Bewegung hatte auf Wunsch von Pfarrer Pflugfelder in Bliesheim eine Filiale mit sieben Schwestern eingerichtet. Die Kirchengemeinde hatte mit Hilfe der Zivilgemeinde für die Schwestern das Marienheim erbaut und eingerichtet. Dieses Haus diente als Jugendheim, als Kindergarten, Koch- und Nähsschule, Krankenpflegestation und als kleines Alten- und Pflegeheim. Die Schwestern leiteten den Kindergarten, der stets von ca. 70 bis 80 Kindern besucht wurde, sie unterwiesen die jungen Frauen in Kochen, Nähen und Schneidern. Eine der Schwestern war als Krankenschwester in der Familienpflege tätig. Die Frage nach den Kosten für Unterhalt des Hauses und der Schwestern sowie deren Aufgaben waren 1929 in einem Vertrag zwischen den Schönstattschwestern in Koblenz-Vallendar und der Zivil- und der Kirchengemeinde in Bliesheim vertraglich geregelt worden.¹⁷⁰ Für die Frauen und die weibliche Jugend, die sich in Gruppen bei den Schwestern trafen, hatten diese eine wichtige Bedeutung. Sie sahen in diesen Treffen die Möglichkeit, mehr Selbständigkeit gegenüber familiären und dörflichen Bindungen zu erlangen.¹⁷¹

In Lechenich wurde der dortige katholische Kindergarten in der Frenzenstraße von Vinzentinerinnen geleitet. Diese kamen, wie die bereits erwähnten Schwestern des Hospitals Frauenthal,

¹⁶⁸ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 28.

¹⁶⁹ PfA Kie, Chronik des Josefsklosters in Kierdorf, o.S.

¹⁷⁰ Vgl. Abschrift aus der Chronik der Schönstattschwestern in der Niederlassung Borken.

¹⁷¹ Vgl. Aussage der Zeitzeugin Katharina Angenendt, 1916-2015, Erftstadt-Bliesheim.

die dort für die Alten- und Krankenpflege zuständig waren, aus dem Mutterhaus der Vinzентinerinnen in Köln-Nippes.

Zur katholischen Pfarrgemeinde in Erp gehörte das Kloster „Maria Hilf“, in dem seit 1906 sechs bzw. sieben Schwestern aus der Ordensgemeinschaft der Cellitinnen lebten. Sie hatten im Dorf die Kranken- und Totenpflege übernommen, sie boten Unterkunft und Pflege für altersschwache und geistesranke Bewohner. Sie leiteten auch die sog. Verwahrschule, d. h. sie waren zuständig für die Betreuung der Vorschulkinder. Daneben führten sie eine Nähsschule, in der die Frauen des Ortes die für die Haushaltsführung notwendigen Näharbeiten erlernen konnten.¹⁷²

In Gymnich lebten und arbeiteten die Schwestern der „Armen Dienstmägde Jesu Christi“, deren Hauptsitz sich bis heute in Dernbach/Westerwald befindet. Im Jahre 1859 hatten der damals in Schloss Gymnich lebende Graf Max Felix von Wolff-Metternich und seine Frau für die Schwestern das St.-Josefs-Kloster erbauen lassen. Die Tätigkeit der Schwestern erstreckte sich zunächst auf die ambulante Krankenpflege und die Betreuung und Versorgung der Armen im Ort. Später übernahmen sie auch Altenpflege, Kindergarten und eine Nähsschule.¹⁷³

Die Dominanz des katholischen Milieus in den Gemeinden Erftstadts zeigte sich auch im Schulwesen, das ganz durch seine Konfessionalität geprägt war. In den einzelnen Orten gab es mit Ausnahme von Liblar ausschließlich katholische Volksschulen. Wegen der relativ vielen Protestanten in Liblar, die im Zuge der Anwerbung von Arbeitern für die Braunkohleindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts dort angesiedelt worden waren, hatte man dort um 1903 eine ein-klassige evangelische Volksschule eingerichtet. Die einzige Höhere Schule befand sich seit 1863 in Lechenich. Hierbei handelte es sich um eine Lehranstalt, seit 1869 in kommunaler Trägerschaft, die ihre Schüler, seit 1913 auch Schülerinnen, vom fünften bis achten Schuljahr auf den Besuch eines Gymnasiums oder einer Mittelschule ab der neunten Klasse vorbereitete.¹⁷⁴ 1919 löste der Rat von Lechenich diese städtische Höhere Schule aus Kostengründen auf. Die Trägerschaft hatte jetzt das Erzbistum Köln übernommen, die vorläufige Leitung der Lechenicher Kaplan Peter Schall. Die Gemeinde hatte allerdings die Verpflichtung übernommen, sich mit einem jährlichen Zuschuss an den Kosten des Schulbetriebs zu beteiligen.¹⁷⁵ Damit war

¹⁷² Vgl. Ismar, Gertrud, geb. 1910, Aus meiner Kindheit und Jugendzeit, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 36. „Die Schwestern lebten damals vom Dorf. Mit einem Handwagen holten sie Brikett und Kartoffeln, wenn die Leute geschlachtet hatten, bekamen sie davon ab. Freitags oder samstags wurde Weck gebacken. [...] Die Schwestern machten aber auch alles umsonst.“

¹⁷³ Vgl. Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 244 ff.

¹⁷⁴ Vgl. hierzu: Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 223-236.

¹⁷⁵ Vgl. Esser, Albert, Die Entwicklung des Schulwesens im vergangenen Jahrhundert, in: Lechenich, 700 Jahre Stadtrechte 1279-1979, Festschrift anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten zur 700-Jahr-Feier der

auch die Höhere Schule im katholischen Einflussbereich, ihr Schulleiter war jeweils zugleich ein Geistlicher der katholischen Kirche.

Merkmal eines katholischen Milieus war auch der große Einfluss der Zentrumspartei. Dieser ist weniger in den nördlich gelegenen Gemeinden, die bekanntlich stark durch die Arbeit in der Braunkohle geprägt waren, festzustellen als vielmehr in Ahrem, Bliesheim, Borr, Erp, Friesheim, Herrig, Lechenich und Pingsheim. Aber auch in Gymnich, wo der Anteil der Zentrumsstimmen etwas niedriger lag, erreichte die Partei bei allen Wahlen während der Weimarer Republik stets die mit großem Abstand höchste Stimmenzahl.¹⁷⁶ Schon bei den Reichstagswahlen 1912 konnte sich in den Erftstadt-Gemeinden, selbst in Liblar, der Zentrums kandidat mit großer Mehrheit durchsetzen, auch mit massiver Unterstützung der Ortsgeistlichkeit.¹⁷⁷ Wenn in den nördlichen Gemeinden mit ihrem hohen Arbeiteranteil SPD und KPD teilweise mehr Stimmen erhalten konnten als das Zentrum, so ist daraus nicht unbedingt zu schließen, dass das Leben in diesen Gemeinden nicht doch letztlich durch ein religiöses katholisches Milieu geprägt war. Als der Kierdorfer Pfarrer seine Gemeinde als „stark sozialistisch, stellenweise sogar kommunistisch“ charakterisierte, hatte er bei vielen doch den Eindruck, dass es sich um „Brotsozialisten“ gehandelt habe.¹⁷⁸ Gabriele Rünger weist in ihrer Analyse der Wahlergebnisse im Kreis Euskirchen in der Zeit von 1920 bis 1933 darauf hin, dass man die Arbeiterschaft in den ländlichen Gebieten nicht mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern oder mit Arbeitern in städtischen Großbetrieben gleichsetzen könne. Die Wahl einer sozialistischen Partei bedeutete bei der ländlichen Wählerschaft nicht zwangsläufig eine enge Verbundenheit mit deren Ideologie.¹⁷⁹

Auch die Presse in den Gemeinden der Stadt Erftstadt war bis 1933 weitgehend katholisch geprägt. Eine wichtige Informationsquelle im katholischen Pressewesen war das „Euskirchener Volksblatt“. Diese Zeitung war im Jahre 1849 ursprünglich von einem Privatmann gegründet worden. Nach dessen Tod hatte sich 1877 „eine Gesellschaft von heimatverwurzelten, im damaligen Kulturkampf in vorderster Verteidigungslinie stehenden Männern“ gebildet, welche die Zeitung weiterführten und ab 1905 als Tageszeitung für den Kreis Euskirchen herausgaben.¹⁸⁰ Die Herausgeber hatten sich explizit dazu verpflichtet, niemals den Interessen der

Stadtrechtsverleihung an die Stadt Lechenich am 15. September 1279, hrsg. von der Bürger-Gesellschaft e.V., Sitz Lechenich, S. 42 ff.

¹⁷⁶ Vgl. Rünger, G., S. 13-128 im tabellarischen Anhang.

¹⁷⁷ Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 330 ff.

¹⁷⁸ Vgl. PFAKie, B 7, Kierdorfer Pfarrchronik, unpaginiert.

¹⁷⁹ Rünger, G., Wer wählte die NSDAP? S. 110.

¹⁸⁰ StA Euskirchen, Euskirchener Volksblatt vom 31.12.1935, Jg. 1935, Nr. 302, Bl. 3.

katholischen Kirche zuwiderzuhandeln. Die Zeitung diente der Zentrumspartei in Euskirchen als Parteiorgan.¹⁸¹ Bis zum November 1934 enthielt das Blatt auf der letzten Seite die jeweiligen Nachrichten aus dem kirchlichen Bereich und die Gottesdienstordnungen aller katholischen Gemeinden im Kreis Euskirchen.

Neben dieser katholisch geprägten Tageszeitung hatten manche Familien die Kirchenzeitung des Erzbistums Köln abonniert oder informierten sich in einzelnen von verschiedenen Vereinen herausgegebenen Zeitungen. So hatte der katholische Jugendverband der Sturmschar seit 1932 die Wochenzeitschrift „Junge Front“ herausgegeben. Die jeweiligen Franz-Xaverius-Vereine in den Pfarreien informierten über ihre Zeitschrift „Die Weltmission“.¹⁸² In fast allen Gemeinden gab es auch Borromäusvereine, die ihre Bücher meist in den Pfarrbüchereien zur Ausleihe anboten.¹⁸³ Die Pfarre St. Lambertus in Bliesheim besaß seit 1924 sogar eine eigene Kirchenzeitung, die „Katholische Kirchenzeitung der Pfarre Bliesheim“, die wöchentlich herausgegeben wurde.¹⁸⁴

Die Dominanz des Katholizismus im Alltagsleben wurde auch in der Festkultur der Gemeinden sichtbar. Neben den Gottesdiensten, vielfachen religiösen Unterweisungsangeboten und Andachten bildeten zahlreiche Prozessionen und Wallfahrten einen öffentlichen Ausdruck des religiösen Bekenntnisses. Neben der Fronleichnamsprozession gehörten die meist am Festtag des Pfarrpatrons stattfindenden Pfarrprozessionen zu einem wichtigen Bestandteil des kirchlichen und auch öffentlichen Lebens in den Gemeinden. Die sich meist daran anschließenden Kirmesfeiern waren wichtige Ereignisse im Alltag. Daneben gab es zu verschiedenen Anlässen oft mehrtägige Bittprozessionen. Am häufigsten fanden die Bittprozessionen an den drei Tagen vor Christi Himmelfahrt statt, wo man durch die angrenzenden Felder zog, um Schutz für Feld und Flur zu bitten. In mehreren Gemeinden fand am Palmsonntag die Römerfahrt statt. Dies war z. B. in Lechenich eine Prozession, die am Sonntagnachmittag von der Kirche um die Altstadt in die nähere Umgebung auszog und auf deren Weg an vier Stationen, meist an Wegekreuzen oder Heiligenhäuschen, gebetet und gesungen wurde.¹⁸⁵

Neben diesen Prozessionen gab es die regelmäßig stattfindenden Wallfahrten. Dabei spielten in den Gemeinden der Stadt Erftstadt die alljährlich nach Kevelaer führenden Fuß- und Bahnwallfahrten eine große Rolle. Die Katholiken einiger Gemeinden pilgerten auch regelmäßig zu dem

¹⁸¹ Bartsch, F., *Kontinuität und Wandel auf dem Lande*, S. 342.

¹⁸² PfA Koe, B 1, Proklamanda der Pfarrei St. Joseph in Köttingen vom 3.10.1937.

¹⁸³ Vgl. die Pfarrchroniken in Lechenich, Bliesheim, Köttingen u. a.

¹⁸⁴ Katholische Kirchenzeitung der Pfarre Bliesheim, Jg. 11, 1935, in: Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Sig. 4^o Bd. 3616.

¹⁸⁵ Vgl. PfALe, Pfarrchroniken St. Kilian in Lechenich.

Wallfahrtsort Neviges.¹⁸⁶ Neben den überregionalen Wallfahrtsorten existierte eine große Anzahl von kleinen, lokalen Verehrungsstätten, wie Kirchen, Kapellen, sog. Gnadenbildern, die von Pilgergruppen aus einzelnen Gemeinden der Stadt Erftstadt aufgesucht wurden. Bis in die 1930er Jahre fand von Lechenich aus jeweils am 1. Februar eine Wallfahrt in das fünf Kilometer entfernte Wissensheim zu einem Bild der hl. Brigida, der Schutzpatronin des Stallviehs, statt.¹⁸⁷ Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs zogen alljährlich Pilger aus Bliesheim, Dorweiler und Friesheim nach Lechenich, um die hl. Apollonia, die Helferin gegen Zahnschmerzen zu ehren. Eine Zahnreliquie dieser Heiligen wird in St. Kilian aufbewahrt.¹⁸⁸ In Bliesheim fand jährlich am Samstag und Sonntag vor dem Fest Mariae Heimsuchung am 2. Juli, wie auch heute noch, eine Fußwallfahrt zum Gnadenbild der schmerzhaften Mutter Maria nach Heimbach statt.¹⁸⁹ Pilger aus Kierdorf und Köttingen zogen zum Bild der schmerzhaften Muttergottes in die ehemalige Klosterkirche nach Bottenbroich bei Türnich. In Erp hatte die seit 1488 alle sieben Jahre stattfindende Bittprozession nach Zülpich Tradition. Diese Prozession erstreckte sich über einen ganzen Tag lang. Ein der Muttergottes geweihtes, sieben Meter langes Wachslight wurde zur Zülpicher Pfarrkirche St. Peter gebracht und an bestimmten Tagen innerhalb eines Siebenjahresrhythmus angezündet. Die Bewohner von Erp versprachen sich davon einen besonderen Schutz für ihre Heimat.

Insgesamt nahm die katholische Kirche in den überwiegend ländlich geprägten Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt eine dominierende Stellung ein, zumal von den etwa 95% Katholiken 65 bis 75% als bekenntnistreu einzustufen sind, d. h. sie waren regelmäßige Gottesdienstbesucher und nahmen am Sakramentenempfang teil.¹⁹⁰

3 NS-Herrschaft in den Gemeinden der Stadt Erftstadt

3.1 Nationalsozialistische „Machtergreifung“

¹⁸⁶ Vgl. PFAKö B 5, Annales rectoratus Koettingen, u.a. S. 88.

¹⁸⁷ Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 201.

¹⁸⁸ Ebd., S. 202.

¹⁸⁹ HAEK, GVA I, 562.

¹⁹⁰ Vgl. Rünger, G. und die Angaben verschiedener Pfarrchroniken, wo die Kommunionausgaben und an zwei bestimmten Sonntagen im Jahr die Gottesdienstbesucher gezählt wurden.

Im Folgenden muss die Frage gestellt werden, wie es den Nationalsozialisten gelingen konnte, sich in relativ kurzer Zeit in dem oben beschriebenen katholischen Milieu zu etablieren. Dabei stehen „Machtergreifung“¹⁹¹ und „Gleichschaltung“¹⁹² in den verschiedenen Orten der Stadt Erftstadt und die damit zwischen dem 30. Januar 1933 und Herbst 1935 vollzogenen Umwälzungen im Vordergrund. Leider lassen sich diese für den Untersuchungsraum aufgrund der Quellenlage nur bruchstückhaft darstellen. Es wird aber trotzdem deutlich, dass es sich hier um komplexe Vorgänge handelt, die einerseits reichsweit eine weitgehende Analogie aufweisen,¹⁹³ andererseits aber divergierende und mehrdimensionale Entwicklungen auf dem Weg zu nationalsozialistischen Herrschaftsstrukturen zeigen, wobei jeweils lokalspezifische Verhältnisse und Akteure eine entscheidende Rolle spielten.¹⁹⁴ Bis zum Inkrafttreten der neuen Landes- und Gemeindeverfassung am 1. Januar 1934, wonach die Mitglieder der Landes- und Gemeinderäte nicht mehr gewählt, sondern von der Regierung ernannt wurden, waren die örtlich führenden Nationalsozialisten meist bemüht, nach dem Berliner Vorbild „legal“ die Macht zu erlangen. Als beispielhaft für dieses Vorgehen kann die kleine Gemeinde Bliesheim gelten. Nach den am 12. März 1933 abgehaltenen Kommunalwahlen konnten auch in Bliesheim erstmals Nationalsozialisten in den Gemeinderat einziehen. Da aber die Zentrumspartei die weitaus meisten Stimmen erreicht hatte, wurde deren Kandidat, Jakob Giesen (1885-1955), mit großer Mehrheit zum Gemeindevorsteher gewählt, zu seinem Stellvertreter der Gastwirt Hubert Kessenich (1885-1955), (Abb.6) ein Nationalsozialist.¹⁹⁵ Die NSDAP hatte allerdings nicht an diesem Wahlakt teilgenommen, da sie einen anderen Kandidaten als Gemeindevorsteher sehen wollte. Kessenich nahm auf Weisung der Kreispartei die Wahl zum Stellvertreter nicht an. Der Rat ließ sich dadurch nicht beirren und nahm seine gewohnte Arbeit auf. Bei der Ratssitzung am 29. Mai 1933 wurden mehrere Anträge der NSDAP-Vertreter mit Mehrheit abgelehnt. Hierzu

¹⁹¹ Dieser Begriff bezeichnet im Folgenden die „revolutionären Transformationsprozesse“ in den Jahren 1933/1934. In der Historiographie sind diesbezüglich auch andere Terminologien wie „Machtübernahme“ oder „Machtübertragung“ mit jeweils unterschiedlichen Bedeutungsschwerpunkten gebräuchlich. Vgl. Kißener, M., Der Weg in den Nationalsozialismus – eine Revolution. Zur Einführung, in: Kißener, M.(Hg.), Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34, Darmstadt 2009, S. 7-13, insb. S. 8. Peter Longerich sieht in der „Machtergreifung“ das Modell eines „stufenförmigen Prozesses der Machtaneignung“ verwirklicht. Er beruft sich dabei auf Karl. D. Brachers Werk „Stufen der Machtergreifung“. Vgl. Longerich, Peter, Hitler, S. 294.

¹⁹² Nach Michael Grüttner bezeichnet der Begriff eine Reorganisation von Politik, Gesellschaft und Kultur nach den Ordnungsvorstellungen der neuen Machthaber, der im Laufe des Frühjahrs 1933 begann. Vgl. Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S. 39.

¹⁹³ Sofern Institutionen und Organisationen nicht ganz verschwanden, bedeutete die „Gleichschaltung“ im Wesentlichen dreierlei: Beseitigung demokratischer Strukturen zugunsten des „Führerprinzips“, Implementierung antisemitischer Grundsätze durch die Entfernung von Juden aus leitenden Positionen sowie ein vollständiger oder partieller Führungswechsel zugunsten von Anhängern des neuen Regimes. Vgl. Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S. 40.

¹⁹⁴ Vgl. Kißener, M., Der Weg in den Nationalsozialismus, S. 8.

¹⁹⁵ StAEft, A 04-21, Protokolle der Gemeinderatssitzungen in Bliesheim. Kessenich hatte in seiner Gaststätte den Spruch angebracht: „Herein tritt Dein Fuß, Heil Hitler sei Dein Gruß“ (mündliche Überlieferung).

gehörten u. a. der Antrag der HJ vom 18. Mai 1933 auf einen Zuschuss zur Teilnahme an der Schlageter-Gedächtnisfeier in Düsseldorf sowie auf die Einstellung einer Frau als Landkrankenpflegerin. Letzteres wurde abgelehnt mit dem Hinweis auf die bereits bestehende Versorgung durch die katholischen Schönstatt-Schwestern in Bliesheim.¹⁹⁶ Nachdem auch eine Beschwerde gegen die Wahl Giesens beim Kreis ohne Erfolg geblieben war, kam es am 3. Juni zu einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der NSDAP. In deren Verlauf wurde berichtet, der Gemeindevorsteher habe Hitler als „Hohlkopf“ tituliert. Nach einem darauf entstandenen Tumult wurde Giesen auf Veranlassung des hiesigen SA-Sturmführers in seiner Wohnung in Schutzhaft genommen. Eine später deswegen erfolgte Anzeige des Gemeindevorstehers wurde im Oktober 1933 von der Staatsanwaltschaft Bonn abgewiesen. Zwischenzeitlich hatte Kessenich sein Amt als stellvertretender Gemeindevorsteher doch angenommen. Der Gemeinderat setzte seine Arbeit unter der Führung des gewählten Gemeindevorstehers bis zum September 1934 fort. Erst dann wurde infolge der neuen Landes- und Gemeindeverfassung ein von der Regierung bestimmter neuer Gemeindevorsteher eingesetzt. Dieser war allerdings kein Parteimitglied der NSDAP, sondern der parteilose Engelbert Hommelsheim, der schon in den Jahren 1922 bis 1930 dieses Amt in der Gemeinde ausgeübt hatte.¹⁹⁷ Die zeitweise Festsetzung des Gemeindevorstehers Giesen durch SA-Angehörige war ein typisches Merkmal für die Phase der „Machtergreifung“, wenn diese nicht „geräuschlos“ zu bewerkstelligen war.¹⁹⁸ Andererseits zeigt die Einsetzung des parteilosen Gemeindevorstehers Hommelsheim aber auch, dass dem Nationalsozialismus, zumindest in der Anfangsphase seiner Herrschaft, da Grenzen gesetzt waren, wo er mit gefestigten, jahrzehntelang gewachsenen weltanschaulichen Bindungen konfrontiert wurde. Wohl nicht zufällig wurde das in dem, wie schon an anderer Stelle erwähnt, besonders kirchlich-katholisch geprägten Ort Bliesheim deutlich.

Weniger spektakulär konnte sich die NS-„Machtergreifung“ im benachbarten Liblar vollziehen. Der dortige Bürgermeister des damals einwohnerstärksten Amtes, Hugo ten Hövel, hatte sein Amt im Jahr 1930 auf Wunsch des Zentrums übernommen. Kurz vor dem 30. Januar 1933 hatte er an seiner Meinung nach „zuverlässige Männer“ Waffen ausgegeben, um einer befürchteten Überrumpfung der Verwaltung durch die Nationalsozialisten vorzubeugen.¹⁹⁹ Deshalb hatte die Kreisleitung der NSDAP in Euskirchen ein Verfahren gegen ihn angestrengt. Am 1. Mai des

¹⁹⁶ Ebd., S. 62 f. und S. 66, S. 69.

¹⁹⁷ Vgl. Hardegen, R., Chronik des Dorfes Bliesheim, S. 153 ff.

¹⁹⁸ Vgl. Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S. 40.

¹⁹⁹ Schon im Sommer 1932 war es in Liblar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern gekommen, die nur durch massives Eingreifen der Polizei beendet werden konnten. Vgl. Westdeutscher Beobachter v. 11.7.1935, Jg. 11, Nr. 188, Bl. 5.

Jahres wurde er dann NSDAP-Mitglied und konnte sein Amt als Amtsbürgermeister von Liblar bis Kriegsende ausüben. Als er sich danach auf eine Wiederverwendung als Verwaltungsbeamter bewarb, wurde dies allerdings vom damaligen Landrat in Euskirchen und der britischen Militärregierung abgelehnt.²⁰⁰ In der am 12. März 1933 gewählten Gemeindevertretung von Liblar war kein Nationalsozialist vertreten. Von den insgesamt 18 Gemeindevertretern gehörten 6 der SPD, 1 der KPD, 8 dem Zentrum und 3 der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft an.²⁰¹ In der Vertretung der Amtsgemeinde Liblar, die aus 14 Abgeordneten bestand, war lediglich je ein NSDAP-Mitglied aus Kierdorf und Bliesheim vertreten.²⁰² Das Verhalten des Amtsbürgermeisters ten Hövel stellt ein Beispiel für die während der Zeit der „Machtergreifung“ und „Gleichschaltung“ häufiger festzustellende Tatsache dar, dass sich nicht wenige alteingesessene Führungskräfte an die neuen Machthaber anpassten, um bestehende Strukturen und eigene Machtpositionen zu bewahren.²⁰³

Bezüglich Kierdorf, das zum Amt Liblar gehörte, lässt sich nur feststellen, dass der aus freien Wahlen hervorgegangene Gemeindevorsteher Wilhelm Heinen 1934 aufgrund des neuen Gemeindeverfassungsgesetzes seines Amtes enthoben und durch den Nationalsozialisten und späteren Ortsgruppenleiter von Liblar, Matthias Valerius (1901-1987), ersetzt wurde.²⁰⁴ In der Gemeindevertretung war nach den Wahlen vom 12. März nur ein Nationalsozialist vertreten neben drei SPD- und zwei Zentrumsabgeordneten.²⁰⁵

Für den Ort Köttingen kann dank der Pfarrchronik von St. Josef die Zeit zwischen dem 30. Januar und März 1933 etwas genauer untersucht werden. Der Pfarrektor Meurer geht in seinen Aufzeichnungen zunächst auf die Neuwahl zum Reichstag am 5. März ein. Er verweist dabei auf die eindeutigen Vorteile im Wahlkampf für NSDAP und die Deutschnationalen durch die fast alleinige Inanspruchnahme des Rundfunks für deren Wahlpropaganda.²⁰⁶ Obwohl die NSDAP nach den Kommunalwahlen am 12. März nicht im Gemeinderat vertreten war,²⁰⁷ sah

²⁰⁰ Kreisarchiv Euskirchen, I, 312,31.

²⁰¹ Vgl. Euskirchener Zeitung vom 20.3.1933, Jg. 101, Nr. 66, Bl. 3.

²⁰² Ebd.

²⁰³ Vgl. Grüttner, M. Brandstifter und Biedermänner, S. 40.

²⁰⁴ Vgl. Rombach, Geschichte der Gemeinde Kierdorf, S. 178.

²⁰⁵ Vgl. Euskirchener Zeitung vom 20.3.1933, Jhg. 101, Nr. 66, Bl. 3.

²⁰⁶ PFA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 68 f. In seiner Untersuchung über den Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich verweist Horst Wallraff auf die damalige Bedeutung des Rundfunks. Während des gesamten Verlaufs der Weimarer Republik hat nur ein einziges Mal ein Reichskanzler eine Rede per Rundfunk übertragen lassen. Dies geschah aber in den ersten drei Monaten nach dem 30. Januar 1933 allein vierzehnmal. Vgl. Wallraff, H., Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich, S. 90. Prinzipiell war die Übertragung reiner Wahlkampfauftritte neu und widersprach der bisher üblichen parteipolitischen Neutralität. Auf Klagen von noch nicht nationalsozialistisch regierten Ländern hin wurde Hitler dann der privilegierte Zugang zum Rundfunk nur in seiner Eigenschaft als Regierungschef (und nicht als Parteiführer) zugestanden, die einleitende Kommentierung durch Goebbels sollte zehn Minuten nicht überschreiten, woran dieser sich jedoch nicht hielt. Vgl. Longerich, Peter, Hitler, S. 301.

²⁰⁷ StAEft, A 04-367, Schulchronik Köttingen, S. 157.

der Chronist „das öfter angekündigte dritte Reich“²⁰⁸ als gekommen an. Er berichtet über das im März sofort einsetzende Vorgehen gegen SPD, KPD und Gewerkschaften, über Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von führenden Persönlichkeiten der Linken, unter diesen auch zwölf Personen aus Köttingen. Gleichzeitig stellte er die skeptische Frage, wie Hitler und seine Bewegung sich wohl in der Zukunft zur katholischen Kirche verhalten würden.²⁰⁹ Der Leiter der Volksschule vermerkt schon unter dem 25. Februar in der Schulchronik, dass auf Veranlassung der Polizeibehörde in der Schule ein Plakat mit dem Aufruf der am 30. Januar gebildeten Regierung Hitler an das deutsche Volk angebracht werden musste.²¹⁰ Neuere Untersuchungen belegen, dass der damalige Landrat von Euskirchen, Paul Mertens, bereits am 25. Februar 1933 mit Hilfe der Ortspolizeibehörden aufgestellte Namenslisten von Führern der KPD und der Freien Gewerkschaften an den zuständigen Höheren Polizeiführer im Westen weitergeleitet hatte, auf der namentlich sechs in Köttingen lebende Bürger vermerkt waren. Diese Listen bildeten die Grundlage für die nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar erfolgten Verhaftungen von KPD-Mitgliedern. Am 1. März 1933 wurden allein in Köttingen vier kommunistische Parteimitglieder verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis in Lechenich eingeliefert.²¹¹

Das lokal differenzierte Vorgehen während der ersten Phase der „Machtergreifung“ zeigt sich auch im Vergleich mit der Gemeinde Gymnich. Hier vollzog sich die „Machtergreifung“ nach außen hin unauffällig. Der seit 1920 im Amt befindliche, zunächst parteilose Bürgermeister Josef Schweins behielt wie sein Amtskollege in Liblar seine Stellung bis 1945. Der dortige Ortsgruppenleiter Hermann Bungarten (1895-1963) hatte zwar in einem Schreiben vom 30. Mai 1933 an den Vorsitzenden des Kreis Ausschusses der NSDAP in Köln die Absetzung von Schweins zugunsten eines bestimmten Parteigenossen aus Gymnich gefordert, allerdings ohne Erfolg.²¹² Der Amtsbürgermeister galt als „Autoritätsperson Nr. 1 am Ort.“²¹³ Die Repräsentanten der alten politischen Führungsschichten hatten eine Chance, sich zu halten, wenn sie anerkannte Vertreter der dörflichen Gesellschaft waren. Die Orts- und Kreisleitungen waren meist klug genug, die Persönlichkeitswahl vor das Parteibuch zu stellen. Allerdings sah sich Schweins dann im November 1934 doch genötigt, der NSDAP beizutreten, obwohl noch im Jahre 1935 mehr als ein Viertel der Amtsbürgermeister und Gemeindeschulzen im Landkreis Euskirchen nicht in der Partei waren.²¹⁴ Hohes Ansehen in Gymnich genoss auch der dortige

²⁰⁸ PFA Koe, B 5 Annales rectoratus Koettingen, S. 69.

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ StAEft, A 04-367 Schulchronik Köttingen, S. 105.

²¹¹ Wißkirchen, Josef, Schutzhaft 1933/34 in Erftstadt, in: Nationalsozialistische Schutzhaft 1933/34 im Rhein-Erft-Kreis und im Kreis Düren, Hrsg. Josef Wißkirchen, voraussichtliche Erscheinung Oktober 2018.

²¹² Kreisarchiv Euskirchen, EU I, 312.11.

²¹³ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 70.

²¹⁴ Vgl. Weitz, Reinhold, Der Nationalsozialismus an der Macht, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen,

Schulleiter der Volksschule, Heinrich Thelen. Dieser sollte zunächst durch den damaligen Kreisleiter der NSDAP, Dr. Faßl, wegen seiner parteipolitischen Bindung an die Zentrumspartei aus seiner Stellung als Rektor der Volksschule entfernt werden. Das wurde aber durch den Ortsgruppenleiter verhindert.²¹⁵ Allerdings trat er am 1. Mai 1933 der NSDAP bei.²¹⁶ Nach dem späteren Urteil eines ehemaligen Zeitzeugen nahm „das Leben nach der Machtübernahme zu- meist weiter seinen gewohnten Lauf.“²¹⁷

In Lechenich hatte die NSDAP bei den Kommunalwahlen am 12. März zwar nur drei Mandate erringen können. Es war ihr aber gelungen, insbesondere in den Monaten Februar, März und April 1933 viele neue Mitglieder zu gewinnen. Davon waren auch nicht wenige der SA oder SS beigetreten.²¹⁸ Die Wahlbedingungen für die NSDAP in Lechenich bezüglich der März- wahlen waren insofern von Vorteil gewesen, als etwa Wahlveranstaltungen auf dem Markt vom Landrat in Euskirchen für die SPD verboten, für die NSDAP aber erlaubt worden waren.²¹⁹ Auch war das in Lechenich viel gelesene, dem Zentrum nahestehende „Euskirchener Volks- blatt“ für die Zeit vom 21. bis 23. Februar wegen „Verächtlichmachung der Reichsregierung“ verboten worden.²²⁰ Obwohl im neuen Stadtrat nur drei NSDAP-Mitglieder vertreten waren, versuchten diese schon bei der konstituierenden, öffentlichen Sitzung am 12. April 1933 diesen zu dominieren. Der Tagungsort war der „Kölner Hof“ (Inhaber Peter Kleefisch, Am Markt/Ecke Bonner Str.).²²¹ Der Saal war mit Lorbeerbäumen und schwarz-weißen, schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzfahnen ausgestattet. An der Wand hingen die Bilder von Hindenburg und Hit- ler. Unter den Zuhörern befanden sich viele SA- und SS-Angehörige der Ortsgruppe Lechenich. Der langjährige Bürgermeister August Färvers gelobte zunächst, sich restlos der jetzigen nati- onalen Regierung zur Verfügung zu stellen. In einer kurzfristig entstandenen Pause der von

Die braune Vergangenheit einer Region, Bd. 1, Jahresschrift Geschichtsverein des Kreises Euskirchen e.V. Jg. 20, 2006, S. 280.

²¹⁵ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 1543.

²¹⁶ Vgl. Landesarchiv NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 77535.

²¹⁷ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 70.

²¹⁸ PfA Le, Karthotek der Pg's 1933, o.S. Neben der Entmachtung des Parlaments durch das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 und dem Terror der SA war der Massenzustrom neuer Mitglieder in die NSDAP und/oder einer ihrer Organisationen wesentliches Kennzeichen der „Machtergreifung“. Nach M. Grüttner war nicht die Angst vor Terror, sondern die Hoffnung auf einen Neubeginn vorherrschendes Motiv. Neben Opportunismus hatte aber wohl auch ein Stimmungsumschwung in der deutschen Bevölkerung stattgefunden. Viele waren der Überzeugung, „dies sei eine große Zeit, eine Zeit, in der die Nation sich wieder einte und endlich ihren Gottgesandten fand, einen aus der Mitte des Volkes entstandenen Führer, der für Zucht und Ordnung sorgen, die Kräfte der ganzen Nation zusammenfassen und das Deutsche Reich neuen großen Zeiten entgegenführen würde.“ Vgl. Haffner, Sebastian: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1987, S. 239 und Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S. 34-35.

²¹⁹ StAEft, A 03-207.

²²⁰ Euskirchener Zeitung vom 22.2.1933, Jg. 101, Nr. 44, Bl. 2.

²²¹ Vgl. Euskirchener Zeitung vom 13. April 1933, Nr. 87.

Färvers geleiteten Sitzung ergriff der Leiter der Ortsgruppe der NSDAP, der Rechtsanwalt Dr. Paul Geile, das Wort, um eine ausführliche Rede über die Bedeutung des Nationalsozialismus zu halten. Danach stimmte er das Horst-Wessel-Lied an, das die Anwesenden stehend mitsangen. Zwei Abgeordnete der SPD und der Bürgerliste wurden von SA-Angehörigen aus dem Saal entfernt, da sie sich nicht von ihren Plätzen erhoben hatten.²²² Ein danach von Dr. Geile gestellter Antrag, die aus dem Saal gewiesenen Abgeordneten wegen Provokation der jetzigen Regierung von fünf Sitzungen auszuschließen, wurde vom neuen Rat einstimmig angenommen.²²³ Der seit 1920 amtierende Bürgermeister Färvers musste bereits am 23. August 1933 aufgrund des „Gesetzes zur Wiedereinführung des Berufsbeamtentums“ aus seinem Amt ausscheiden.²²⁴ Am 22. Januar 1934 übernahm Dr. Geile zunächst kommissarisch, ab 1935 hauptamtlich das Amt des Bürgermeisters für die Ämter Lechenich und Erp. Für den Kreis Euskirchen war dies einer der wenigen Ausnahmefälle, während der Aufstieg vom Ortsgruppenleiter zum Bürgermeister eigentlich ein zeittypisches Vorgehen im städtischen Raum wie etwa in Beuel, Godesberg oder Duisdorf war.²²⁵ Obwohl Dr. Geile offiziell erst im Januar 1934 zum kommissarischen Bürgermeister ernannt wurde, nahm er diesbezügliche Aufgaben aber schon kurz nach der Absetzung von Färvers wahr. Die Pfarrchronik von St. Kilian erwähnt, dass er am 20. September 1933 zusammen mit dem damaligen Pfarrverwalter den neu eingeführten Pfarrer Lemmen offiziell begrüßt habe.²²⁶

Von einer sog. politisch „legalen Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Lechenich kann nachweislich neben der Absetzung des Bürgermeisters Färvers auch insofern nicht gesprochen werden, als laut Urteil der Spruchkammer Kassel vom 25. Oktober 1949 Dr. Geile für schuldig befunden wurde, das damalige SPD-Gemeinderatsmitglied Johann Klein unter massiver Androhung von Gewalt gezwungen zu haben, sein Mandat niederzulegen.²²⁷ Schon am 3. März

²²² Euskirchener Zeitung 13.4.1933, Jg. 101, Nr. 87, Bl. 2 . Laut Bericht des Westdeutschen Beobachters vom 11.7.1935, Jg. 11, Nr. 188, Bl. 5 wurden auch mehrere Abgeordnete des Zentrums aus gleichem Grund des Saales verwiesen.

²²³ Ebd.

²²⁴ StAEft, E 06/3(Personalia). Das Gesetz zur Wiederherstellung des Beamtentums vom 7. April 1933 richtete sich zum einen gegen Juden, zum anderen gegen Beamte und Angestellte, die „nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ (§ 4).

²²⁵ Vgl. Weitz, R., Der Nationalsozialismus an der Macht, S. 281.

²²⁶ PfALe, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 44. Schon am 9. August 1933 hatte die Ehefrau von Dr. Geile in dessen Beisein die Badeanstalt in Lechenich - anders als bisher üblich nach Schwimmstunden für Männer und Frauen getrennt – und gegen den Willen der katholischen Kirchengemeinde als „Familienbad“ eröffnet. (vgl. Pfarrchronik, S. 44).

²²⁷ HHSStAW, Abt. Kassel, Nr. SKK/III/1361/49/4884. In der schriftlichen Aussage des betroffenen Johannes Klein heißt es: „Zur Zeit des Amtsantritts des Bürgermeisters Dr. Geile war ich Stadtratsmitglied der Stadt Lechenich. Weil ich nun den Beitritt zur NSDAP ablehnte, wurde mir von Dr. Geile schriftlich durch den betr. Polizei-Beamten [...] mitgeteilt, daß ich sofort mein Amt niederlegen sollte, andernfalls ich sofort verhaftet würde. Ich habe das Schriftstück sofort unterschrieben, weil mir anders kein Ausweg mehr übrig blieb. Mein Mandat als Stadtratsmitglied von Lechenich hatte ich hiermit niedergelegt.“

hatte Dr. Geile eine Ausweitung der Verfolgungen, die zuerst die KPD betroffen hatte, auf SPD-Mitglieder gefordert.²²⁸ Später sind acht Zentrumsabgeordnete zunächst als Hospitanten der NSDAP-Fraktion beigetreten.²²⁹

Aus der ehemaligen Bürgermeisterei Erp, die zusammen mit den kleineren Orten Pingsheim und Dorweiler seit 1865 von Lechenich aus verwaltet wurde, ist nur bekannt, dass sich dort erst nach dem 30. Januar 1933 eine zunächst kleine örtliche Parteiorganisation der NSDAP bilden konnte, die zunächst auch als Zelle der Ortsgruppe Lechenich zugeteilt worden war.²³⁰ Die vier Zentrums-Gemeinderatsmitglieder sind später ebenfalls der NSDAP beigetreten.²³¹

Quellen mit genaueren Informationen über den Beginn der NS-Herrschaft in den zu Lechenich gehörenden Orten Konradsheim, Blessem und Frauenthal stehen nicht zur Verfügung. Lediglich auf einer vom Landrat in Euskirchen angefertigten Liste mit Namen von lokalen KPD-Führern wird ein Bürger aus Blessem genannt, der später zeitweise als Vertrauensmann der Lechenicher Polizeibehörde tätig war.²³²

Auch bezüglich Friesheim ist die Quellenlage zur Situation in der ersten Phase der „Machtergreifung“ recht ungenügend. Die nur lückenhaft vorhandenen Gemeinderatsprotokolle erwähnen lediglich die am 30. Juni 1933 stattgefundenen Einführung neuer Gemeinderatsmitglieder und die drei Tage zuvor erfolgte Niederlegung eines Mandats, ohne aber den Grund oder die Parteizugehörigkeit des Betroffenen zu erwähnen. Im Protokoll über die Ratssitzung vom 28. September wird die Ernennung des bisherigen Ortsgruppenleiters der NSDAP, Christian Curt (1893-1970), zum Ehren-Bürgermeister von Friesheim festgehalten.²³³ In der Pfarrchronik über die Ereignisse im Februar 1933 berichtet Pfarrer Kleinen von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar. Kurz danach seien die Mitglieder der NSDAP-Ortsgruppe Friesheim aufgefordert worden, am sonntäglichen Gottesdienst in Parteiuniform und in geschlossener Formation im Mittelgang der Kirche teilzunehmen. Es habe keine Störungen während der heiligen Messe gegeben. In der Chronik wurde vermerkt: „Die Anhänger der Partei freuten sich. Andere nicht, sie schauten besorgt in die Zukunft.“²³⁴

²²⁸ Wißkirchen, Josef, Ertstadt

²²⁹ StAEft, A 03-217.

²³⁰ Westdeutscher Beobachter vom 11.7.1935, Jg. 11, Nr. 188, Bl. 5.

²³¹ StAEft, A 03-217.

²³² Wißkirchen, J., Schutzhaft 1933/34 in Ertstadt.

²³³ StAEft, A 01-1/1. Gemeinderatsprotokolle Friesheim vom 14.3. 1860-23.10.1956.

²³⁴ PFA Fr, Pfarrchronik der Pfarrgemeinde St. Martin in Friesheim (1870-1978), S. 52.

Die NS-Aktivitäten in den zum Amt Friesheim gehörenden kleineren Orten Borr und Niederberg gingen meist von der Ortsgruppe Friesheim aus. Die Schulchronik der Volksschule in Borr berichtet, dass bereits am 14. März 1933 eine Abordnung der NSDAP-Ortsgruppe Friesheim in Begleitung von zwei Landjägern auf der Schule die Hakenkreuzfahne gehisst habe. Am 23. März gründete die Ortsgruppe Friesheim im Anschluss an eine Werbeveranstaltung eine Zelle in Borr mit zunächst sieben Mitgliedern. Eine Woche später wurde eine SA-Abteilung mit neun Männern ins Leben gerufen.²³⁵

In der Pfarrchronik von Niederberg beklagt der Pfarrer die Störung einer Kirchenvorstandsversammlung am 2. März 1933 durch einen in der Uniform des Stahlhelms auftretenden Bürger, der trotz Bitte des die Versammlung leitenden Kirchenrendanten nicht verwiesen wurde. „Der [...] erbetene polizeiliche Schutz, [...] welcher sonst gewährt wurde, blieb diesmal aus.“²³⁶ Einige Tage später beklagte das besagte Mitglied des Stahlhelms in der Euskirchener Zeitung, dass bei einer vom Stahlhelm organisierten Feier am Kriegerdenkmal die Kameraden des Kriegervereins durch Beeinflussung des Kirchenrendanten und des Pfarrers nicht anwesend gewesen seien.²³⁷

3.2 NS-Gleichschaltung des öffentlichen Lebens

Der mit der „Machtergreifung“ einsetzende „Gleichschaltungsprozess“ auf politischer wie auch gesellschaftlicher Ebene hatte eine radikale Umwälzung des gesamten öffentlichen Lebens zur Folge. Sichtbarer Ausdruck der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellte die in fast allen Orten Erftstadts schnell erfolgte Umbenennung zentraler Straßen und Plätze dar. Der Gemeinderat von Gymnich hatte beispielsweise schon am 16. Mai 1933 einige wichtige Straßen innerhalb der Gemeinde in Hindenburgstraße, Adolf-Hitler-Straße, Hermann-Göring-Straße und Horst-Wessel-Straße umbenannt.²³⁸

In Lechenich beschloss der neue Stadtrat in seiner Sitzung am 12. April 1933, den zentralen Marktplatz in „Adolf-Hitler-Platz“ zu benennen.²³⁹ Aus der Judenstraße wurde die Horst-

²³⁵ StAEft, A 01-005/3, Schulchronik Borr.

²³⁶ HAEK, Pfarrchronik Niederberg, Eintrag vom 16.3.1933, o.S.

²³⁷ Vgl. Euskirchener Zeitung vom 16.3.1933, Jg. 101, Nr. 63, Bl. 2.

²³⁸ StAEft, A 02-4, Sitzungsprotokolle des Gemeinderats von Gymnich 1918-34.

²³⁹ Vgl. Lechenich, Von der Römerzeit bis heute, Eine illustrierte Stadtgeschichte, hrsg. von der Bürger-gesellschaft e.V., Sitz Lechenich aus Anlass der 725-jährigen Stadtrechtsverleihung an Lechenich am 15.9. 1279, Erftstadt-Lechenich 2004, S. 93.

Wessel-Straße.²⁴⁰ Der Kirchplatz an der Ackerbauschule vor der Pfarrkirche wurde in Hindenburgplatz umbenannt.²⁴¹

In Bliesheim lehnte der Gemeinderat im Dezember 1933 die Umbenennung einer der Hauptstraßen in „Horst-Wessel-Straße“ ab. Stattdessen wurde nach diesem eine kleinere Straße, die vormalige Feldstraße, benannt. Der neu geschaffene Platz im Dorfmittelpunkt – an der Hauptstraße/Ecke Kölner Straße – erhielt allerdings den Namen „Adolf-Hitler-Platz.“²⁴²

Auch vielfältiger Fahنشmuck, Hitlerbilder und öffentliche Veranstaltungen sollten die dominierende Präsenz des Nationalsozialismus demonstrieren. Am 8. März 1933 wurden aus Anlass des Wahlerfolgs der „Regierung der nationalen Erhebung“ vom 5. März auf allen öffentlichen Gebäuden die schwarz-weiß-rote, die schwarz-weiße und die Hakenkreuzfahne gezeigt. Der Schulunterricht fiel an diesem Tage auf Anordnung des Reichsinnenministers aus.²⁴³ Am 11. März wurden aus Anlass des Gedenkens an die Toten des Ersten Weltkriegs in den Schulen Feiern abgehalten, am nächsten Tag, dem eigentlichen Gedenktag, wurde auf halbmast geflaggt. Auf Geheiß des Innenministers mussten auch am 13., 14. und 15. März die Fahnen wie am 8. März gehisst werden.²⁴⁴ Der von den Nationalsozialisten zum Nationalfeiertag stilisierte „Tag von Potsdam“ am 21. März begann für die „im Festkleid“ erschienenen Schulkinder mit Ansprache des Lehrers und der Radioübertragung der Eröffnung des Reichstags in Potsdam, danach war schulfrei.²⁴⁵ Am Abend versammelten sich auf dem Sportplatz von Oberliblar ca. 1. 000 Menschen, darunter auch Schulkinder, um „einen lodernden Feuerstoß“, vor dem nationalsozialistische Funktionäre zum „Kampf für die Seele des deutschen Menschen“ aufriefen. Das Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes wurde von der Feuerwehrkapelle und dem Männer-Gesang-Verein umrahmt.²⁴⁶

Die Feier des 1. Mai als „vaterländischer Tag der Arbeit“ sollte dann einen weiteren Indikator der sich abzeichnenden Etablierung des Nationalsozialismus auch in den Gemeinden der Stadt Erftstadt darstellen. Seit dem Jahr 1890 war der 1. Mai von der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung als „Tag der Arbeit“ gefeiert worden. Die Nationalsozialisten erklärten diesen Tag zum „Tag der nationalen Arbeit“ bzw. am 27. Februar 1934 zum „nationalen Feiertag

²⁴⁰ Bormann, H. und C., Heimat an der Erft, S. 209.

²⁴¹ Vgl. Euskirchener Zeitung vom 13.4.1933, Jg. 101, Nr. 87, Bl. 2.

²⁴² StAEft, A 04-21: Protokolle der Gemeinderatssitzungen in Bliesheim.

²⁴³ Vgl. StAEft, A 04-364, Schulchronik für die kath. Volksschule zu Liblar-Heidebroich, 1910-1945, S. 56 und A 04-365, Schulchronik der inkludierten evangelischen Schule zu Liblar, 1903-1935, S. 108.

²⁴⁴ StAEft A 04-365, Schulchronik der evangelischen Schule zu Liblar, S. 108. Die kleine Schule hatte Schwierigkeiten, sich diese Fahnen kurzfristig zu beschaffen, so dass der Lehrer sich diese ausleihen musste bzw. nicht alle drei Fahnen hissen konnte.

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Euskirchener Zeitung vom 25.3.1933, Jhg. 101, Nr. 71. Bl. 3.

des deutschen Volkes“. Er wurde als höchster nationaler Feiertag des deutschen Volkes und Ausdruck der Volksgemeinschaft zum bezahlten Feiertag bestimmt.²⁴⁷

Dieser Tag wurde insbesondere in Liblar, wo die NSDAP bei den Märzahlen die wenigsten Stimmen erhalten hatte, zu einer großen Machtdemonstration. Hier sind es neben der Presse vor allem die Schulchroniken der ansässigen Schulen, die diesem Ereignis großen Raum beimessen. So fand in der evangelischen Schule morgens um 8.30 Uhr eine Schulfest statt. Ab 9 Uhr hörten die Schüler im Radio eine Rede von Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels.²⁴⁸ Um 14 Uhr nahmen sie dann an einem fast vierstündigen Festzug von Oberliblar nach Kierdorf teil. Arbeiter, Angestellte und Beamte des Amtes Liblar waren morgens um 8 Uhr bei ihren Arbeitsstätten angetreten und hatten nach Flaggenhissung und Singen des Horst-Wessel-Liedes gemeinsam an einem Gottesdienst teilgenommen. Um 14 Uhr versammelten sich die Vereine der Gemeinden des Amtes mit den Jugendlichen auf dem Sportplatz von Oberliblar zur Bildung eines Festzuges. An der Spitze zogen die Mitglieder von SA, SS und Stahlhelm. In Kierdorf fand gegen 17.30 Uhr die Schlusskundgebung mit Gedichtvortrag eines Hitler-Jungen und Ansprachen des Bürgermeisters ten Hövel und des Ortsgruppenleiters Dünnwald (1904-2001) statt.²⁴⁹ Beim Durchzug durch den Ort Köttingen waren Schulen und auch viele Häuser mit Flaggen und jungem Grün geschmückt.²⁵⁰ Über die Mai-Feierlichkeiten in Lechenich berichtet lediglich die dortige Pfarrchronik von St. Kilian: „Am 1. Mai wurde entsprechend der erzbischöflichen Anordnung aus Anlass des staatlicherseits eingeführten Nationalfeiertags der deutschen Arbeit morgens um 8 Uhr ein feierliches Levitenamt mit nachfolgendem sakramentalen Segen gehalten. Sämtliche Vereine von Lechenich waren mit ihren Fahnen vertreten.“²⁵¹ Am 25. Juni versuchte dann die Ortsgruppe der NSDAP mit einem „Deutschen Tag“ die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Mit einer spektakulären Weihe der Ortsgruppenfahne im Schlosshof, einem Aufmarsch durch die Straßen und einem anschließenden Volksfest im Schlosspark sollte die Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung herausgestellt werden.²⁵² Die große Bedeutung, die die Nationalsozialisten von Anfang an einer ausgeprägten Feiernkultur beimessen haben, wird auch in den vorliegenden Quellen über die

²⁴⁷ Vgl. u. a. Klein, Ansgar Sebastian, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus im Siebengebirge, Essen 2008, S. 269. Zu einer ausführlichen Darstellung der NS-Maifeiern im Kreis Euskirchen vgl. Neft, Maria-Regina, Die öffentliche Festkultur, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 2., S. 515-524.

²⁴⁸ StAEft, A04-365, Schulchronik der evangelischen Schule zu Liblar, S. 111 u. StAEft, A 04-364, Schulchronik der kath. Volksschule zu Liblar- Heidebroich, S. 58.

²⁴⁹ StAEft, A 04-365, S. 111 und StAEft A 04-364, S. 58.

²⁵⁰ StAEft, A 04-367, Schulchronik Köttingen, S. 107.

²⁵¹ PfALe, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 41.

²⁵² Vgl. Euskirchener Zeitung vom 21.6.1933, Nr. 142. An dem Aufmarsch beteiligt waren SA- und SS-Stürme, die Ortsgruppe der NSDAP sowie die städtischen Vereine. Das anschließende Volksfest wurde mitgestaltet vom Männergesangsverein Lechenich und vom Theaterverein. Alle Bürger waren aufgefordert, durch Flaggen und Zieren der Häuser an der Verschönerung des Tages mitzuwirken.

Sonnenwendfeiern in Liblar deutlich. Der Schulchronist der Volksschule in Köttingen berichtet über die erste Sonnenwendfeier am 24. Juni 1933. Die Reichsregierung hatte diesen an manchen Orten mit vielfältigem Brauchtum verbundenen Tag, an dem die katholische Kirche die Geburt Johannes des Täufers feierte, zum „Tag der Jugend“ bestimmt. Am Vormittag fanden sportliche Wettkämpfe der Schüler auf dem Sportplatz statt. Abends marschierten die Schulen des Amtsbezirks nach Oberliblar. Dort hatten sich die verschiedenen nationalen Verbände auf der Halde der Grube Donatus zur Feier des Sonnenwendfeuers versammelt.²⁵³ Am folgenden Sonntag, dem 25. Juni, sollten besondere Wanderungen der einzelnen Jugendgruppen stattfinden.²⁵⁴ Auch die katholische Volksschule Blessem nahm an dieser Feier teil.²⁵⁵ Im darauffolgenden Jahr 1934 fand dann auf Anordnung der Kreisleitung der NSDAP in Euskirchen am Abend des 23. Juni, wie inzwischen überall im Deutschen Reich üblich, die Sonnenwendfeier statt. Diese wurde auf der markanten (später abgebaggerten) Halde der Grube Donatus zusammen mit den Ortsgruppen Friesheim, Gymnich, Lechenich, Liblar und Weilerswist gefeiert.²⁵⁶ Der Versuch der Nationalsozialisten, durch eine eigene ausgeprägte Feierkultur die als kultische Konkurrenz empfundenen christlich-religiösen Zeremonien auszuschalten, lässt sich schon früh im Zusammenhang mit dem zum 1. Oktober neu eingeführten Erntedankfest am Beispiel der Orte Frauenthal und Blessem erkennen. Der dortige Pfarr-Rektor Reinartz, der das Rektorat Frauenthal von 1930 bis 1940 leitete, wollte das von der Regierung für das ganze Reich angeordnete Fest religiös unterbauen und den Schwerpunkt des Festes in die Kirche verlagern. Deshalb rief er die Vorstände der kirchlichen Vereine zu einer vorbereitenden Besprechung zusammen. Man einigte sich darauf, dass die Gemeinde sich am Schulkreuz in Blessem versammeln und in geschlossenem Zuge zur Kirche ziehen sollte. Vor der Kirche war die Aufführung eines religiösen Erntespiels geplant, an das sich dann zur Eröffnung des Rosenkranzmonats eine feierliche Rosenkranzandacht anschließen sollte, in der die Gläubigen Gott, dem Geber alles Guten, für die Ernte Dank sagen sollten. Der hiesige Ortsbauernführer billigte dieses Vorhaben nicht und äußerte im Dorf, das Erntedankfest zu arrangieren, sei Sache der Bauern und nicht des Geistlichen. Es setzte dann auch bald gegen die Vorbereitungen Widerstand ein, an dem sich auch die Lehrerin der Volksschule beteiligte. Der Pfarr-Rektor nahm von den Vorbereitungen Abstand, dafür gestaltete er aber die abendliche Eröffnung des Rosenkranzmonats „um so feierlicher.“²⁵⁷ Im Zuge der „Gleichschaltung“ kam den Medien beim weltanschaulichen Umbau der Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Damals galten die Presse und der Rundfunk als die

²⁵³ StAEft, A 04-367, Schulchronik der kath. Volksschule Köttingen, S. 110.

²⁵⁴ Euskirchener Zeitung vom 21.6.1933, Jg. 101, Nr. 142.

²⁵⁵ StAEft, A- 03-5. Schulchronik Blessem.

²⁵⁶ Westdeutscher Beobachter vom 15.6.1934, Jg. 10, Nr. 163, Bl. 8.

²⁵⁷ PfALi, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II (1920-1939), S. 71 f.

entscheidenden Medien für die nationalsozialistische Propaganda. Diese wiederum war insbesondere nach Meinung Hitlers und Goebbels eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Politik. Sie beruhte auf der Überzeugung, dass die Menschen grenzenlos manipulierbar seien, und Goebbels galt der Sieg der Nationalsozialisten im Jahr 1933 vor allem als Resultat erfolgreicher Propaganda.²⁵⁸ Die Zeitungen waren damals im Deutschen Reich das wichtigste Informationsmedium. Insgesamt hat es um 1932 ca. 19 bis 20 Millionen Exemplare gegeben.²⁵⁹ Im damaligen Landkreis Euskirchen las man bis 1933 neben verschiedenen Regionalzeitungen und der Kirchenzeitung am häufigsten das Euskirchener Volksblatt.²⁶⁰ Es lag bezüglich seiner Leserschaft weit vor der national-deutschen „Euskirchener Zeitung“ (EZ) und den anderen, meist zentrumsnahen Regionalblättern der kleinen Nachbarstädte. Der lokale Teil des Euskirchener Volksblatts wurde besonders gepflegt und ausgebaut und war bei seinen Lesern geschätzt. Als am 1. Juli 1933 die Euskirchener Zeitung durch die Kölner NSDAP-Presse als „Westdeutscher Beobachter“ mit dem Lokalteil „Euskirchener Beobachter“ übernommen wurde, geriet das Euskirchener Volksblatt unter erheblichen weltanschaulichen und wirtschaftlichen Druck. Sein finanzieller Zusammenbruch konnte nur durch eine massive finanzielle Unterstützungsaktion, an der sich u. a. der Dekanatsklerus von Euskirchen maßgeblich beteiligte, verhindert werden. Während in den Jahren 1933/34 fast die Hälfte aller deutschen Zeitungen aufgrund von Zensurmaßnahmen und politisch-wirtschaftlichem Druck ihr Erscheinen einstellen musste, konnte sich das Euskirchener Volksblatt nach einer Konsolidierungsphase 1934 behaupten und ca. ein Drittel seiner Leserschaft unter dem neuen Namen „Volksblatt-Tageszeitung für das westliche Grenzgebiet“ (VB) behalten. Es bediente kirchennahe Kreise zunächst weiter mit Informationen und Kommentaren aus dem religiösen und kulturellen Umfeld. Dabei musste die Redaktion allerdings die strikten Sprachregelungen der Reichspressekammer beachten und sich damit der politischen Lenkung unterwerfen.²⁶¹ Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten wurden in der Zeitung selbst angesprochen, wenn die Redaktion in der Silvesterausgabe des Jahres 1935 darauf hinwies, dass das zurückliegende Jahr 1935 als das schwierigste seit Ende des Kulturkampfes empfunden worden sei und die eigene Existenz nur habe gesichert werden können, indem man sich „entschlossen hinter die Staatsführung des Dritten Reichs gestellt und [...] bemüht [habe], nationalsozialistisches Gedankengut in die Kreise hineinzutragen, die seit mehreren Menschenaltern seine treue

²⁵⁸ Vgl. Grüttner, M., S. 303-323.

²⁵⁹ Ebd., S. 308.

²⁶⁰ Ebd., S. 28.

²⁶¹ Vgl. Weitz, R., Das Kulturleben in der Nordeifel unter dem Nationalsozialismus, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Kultur, Wirtschaft, Tourismus, Bd. 25, Euskirchen 2011, Jahresschrift Geschichtsverein des Kreises Euskirchen e.V., S. 101-104.

Leserschaft bilden. Wenn diese Kreise ihr Volksblatt nicht mehr hätten, würden sie ohne Presseverbindung mit den Zeitereignissen bleiben.“²⁶² In der Ausgabe vom 1. Mai 1940 widmet die Zeitung dann ihren „nörgelnde[n] Leser[n]“ eine umfangreiche Kolumne.²⁶³

Auf „Machtergreifung“ und „Gleichschaltung“ als gewaltsam verlaufende Prozesse weisen auch die für den Untersuchungszeitraum zur Verfügung stehenden Quellen hin. Die beiden Tageszeitungen des Landkreises Euskirchen berichten schon in der ersten Hälfte des Jahres 1933 mehrmals von Verhaftungen, Schutzhaft und Amtsenthebungen in verschiedenen Gemeinden des Landkreises. In der Nacht des Reichstagsbrands wurden auf Anordnung der Reichsregierung im Kreis Euskirchen ca. 30 Funktionäre von SPD und KPD bis auf weiteres in Schutzhaft genommen.²⁶⁴ Aus mehreren Gemeinden wird über die Absetzung der dortigen Bürgermeister berichtet.²⁶⁵ An anderer Stelle wurde bereits hingewiesen auf den Verlauf der konstituierenden Stadtratssitzung in Lechenich am 12. April 1933 und die Entlassung des Bürgermeisters Färvers, ebenso auf die Berichterstattung der Pfarrchronik Köttingens bezüglich des Vorgehens gegen sog. „linke“ Funktionäre. In der Gemeinde Gymnich legten am 28. Juni 1933 zwei gewählte Gemeinderatsmitglieder ihr Mandat nieder.²⁶⁶ Die Euskirchener Zeitung berichtet in ihrer Ausgabe vom 2. Mai 1933, dass bis jetzt alle bei der Wahl für den Gemeinderat gewählten SPD-Mitglieder auf die Ausübung ihres Mandates verzichtet hätten.²⁶⁷ Hier sei auch zu erinnern an den Erlass des preußischen Innenministers vom 20. März 1933, der alle kommunistischen Vertreter öffentlicher Körperschaften von der Teilnahme an deren Sitzungen ausschloss.²⁶⁸ Im Mai des Jahres erfolgte dann das Verbot bzw. die Auflösung aller Parteien und am 1. Dezember 1933 die Erhebung der NSDAP zur Staatspartei.

Gewaltsames Vorgehen gegen politische Andersgesinnte ist auch mehrmals Gegenstand der Entnazifizierungsakten bzw. der Akten der Spruchkammer Fritzlar gegen den Ortsgruppenleiter und späteren Bürgermeister von Lechenich, Dr. Paul Geile. Die Spruchgerichtskammer Fritzlar ist in ihrem Urteil vom 25. Oktober 1949 der eidesstattlichen Aussage eines ehemaligen Lokomotivführers aus Gymnich gefolgt und hat diese als glaubhaft erwiesen angesehen. Demnach wurde der Lokomotivführer als KPD-Mitglied aufgrund der Anzeige „eines Spitzels von Dr. Geile“ am 2. August 1933 verhaftet und zunächst in das Amtsgerichtsgefängnis Lechenich gebracht. Der dortige Amtsrichter wollte ihn zusammen mit anderen politischen Häftlingen einem

²⁶² Euskirchener Volksblatt vom 31.12.1935, Nr. 302.

²⁶³ Euskirchener Volksblatt vom 1.5.1940, Nr. 102.

²⁶⁴ Euskirchener Zeitung vom 3.3.1933, Jg. 101, Nr. 52, Bl. 2.

²⁶⁵ Euskirchener Zeitung vom 30.3.1933, Jg. 101, Nr. 75, Bl. 2.

²⁶⁶ StAEft, A 02-4, Sitzungsprotokolle des Gemeinderats von Gymnich (1918-1934).

²⁶⁷ Euskirchener Zeitung vom 2.5.1933, Jg. 101, Nr. 101/102.

²⁶⁸ Euskirchener Zeitung vom 29.3.1933, Jg. 101, Nr. 74, Bl. 2.

Untersuchungsrichter in Köln überstellen. Auf Drängen Dr. Geiles über die Gauleitung wurde er aber zur SS-Nachrichtenabteilung nach Köln gebracht, wo man ihn gleich bei Ankunft massiv verprügelt hat, bevor er neun Tage später zunächst für ca. 6 Wochen in ein Lager nach Esterwegen, dann in die KZ's Brandenburg und Oranienburg gebracht wurde. Dort wurde er „schwerstens misshandelt und gefoltert“. Während der Untersuchungshaft im Gefängnis des Amtsgerichts Lechenich war eines Nachts Dr. Geile an der Zellentür erschienen und hatte ihm ins Gesicht gespuckt mit einer höhnischen Bemerkung und dem Ausdruck „Du Schweinehund“.²⁶⁹

In demselben Verfahren sagte ein ehemaliger Angestellter der Badeanstalt Lechenich, nach 1945 Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses in Lechenich, aus, im Frühjahr 1934 schriftlich von Dr. Geile aufgefordert worden zu sein, umgehend der NSDAP beizutreten. Dr. Geile habe ihn auch persönlich darauf hingewiesen, dass er der Partei beizutreten habe, weil er öffentliche Gelder beziehe. Nach seiner Weigerung habe man ihn schon am nächsten Tag ohne vorhergehende Kündigung entlassen. Einige Monate später sei er in eine Schlägerei mit einem Parteimitglied verwickelt gewesen. Daraufhin sei eine 16monatige Inhaftierung in einem Lager erfolgt.²⁷⁰

Im Juli 1933 teilte der Schulrat Norbistrath aus Euskirchen dem Kollegium der Volksschule Köttingen mit, dass die Gauleitung des nationalsozialistischen Lehrerbundes, die nach der Errichtung der nationalsozialistischen Regierung die Geschicke der Schule und der Lehrerschaft entscheidend beeinflusse, aus politischen Gründen die Entfernung des Schulleiters Jakob Ulmen aus dem Amt beantragt habe. Anschließend nahm der o.g. Schulrat in der Schule eine Reihe von Vernehmungen vor. Am 1. Oktober wurde der Rektor dann aufgrund des §4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 aus dem Schuldienst entlassen.²⁷¹ Der Pfarrrektor von Köttingen berichtet über diese Entlassung des Schulleiters. Danach ist dieser von einem Kollegen angezeigt worden, weil er sich im Wahlkampf gegen die NSDAP „vergangen“ habe. Trotz Entlastungszeugen wurde er aus dem Schuldienst entlassen, obwohl er „fünf Kinder unter 14 Jahren“ hatte.²⁷²

²⁶⁹ HHStAW, Abt. 520/Ks, Nr. 4884, S. 20.

²⁷⁰ Ebd., S. 14.

²⁷¹ StAEft, A 04-367, Schulchronik Köttingen, S. 110. Inhalt des §4: Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.

²⁷² PFA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 73 f.

Der bisher für Köttingen zuständige Euskirchener Schulrat Norbistrath war inzwischen selbst zum 1. August 1933 aufgrund von §5 des o.g. Gesetzes aus seinem Amt entlassen worden.²⁷³

Schon im Mai 1933 mussten die aufgrund kommunistischer Vorschläge gewählten Elternbeiratsmitglieder ausscheiden, auch die nach sozialdemokratischen Vorschlägen gewählten, wenn „andernfalls ein Zusammenarbeiten unmöglich erscheint.“²⁷⁴

Dem Prozess der „Gleichschaltung“ wurden auch die Feuerwehren der Gemeinden der Stadt Erftstadt unterzogen.²⁷⁵ Die Protokolle und Berichte der Feuerwehr Köttingen aus dem Untersuchungszeitraum zeigen dies beispielhaft auf. Im März 1933 konnte man zunächst noch die Forderung des Liblarer Amtsbürgermeisters ten Hövel nach einer Zusammenlegung mit den übrigen Feuerwehren des Amtes Liblar zurückweisen. In einer Versammlung der Feuerwehrmitglieder am 31. Mai 1933 gab der damalige Brandmeister Wilhelm Amfaldern bekannt, dass künftig neben der preußischen auch die deutsche Kokarde getragen werden müsse. Am 29. Oktober 1933 wies er darauf hin, dass wegen „verschiedenen Machenschaften gegen die Wehr“ zwei Kameraden ausgeschlossen worden seien.²⁷⁶ Im Laufe des Jahres 1934 wurden dann gegen den Willen der Köttinger Wehr sämtliche Wehren der Bürgermeisterei Liblar in einer Amtswehr zusammengeschlossen. Ferner wurden neue Satzungen und Exerziervorschriften erlassen. Der Jahresbericht 1934 der Wehr endet dann auch mit „dem deutschen Gruß Heil Hitler“.²⁷⁷ Ab Juli 1935 wurden die bisherigen „Versammlungen“ der Feuerwehrleute als „Appelle“ bezeichnet und den Mitgliedern wurden nicht mehr „eingegangene Schreiben“, sondern „Befehle“ bekannt gegeben.²⁷⁸ Hier wird also schon früh die geplante Militarisierung auch des gesamten Feuerwehrbereichs deutlich. Dazu gehörte auch die nun geforderte Ausbildung aller Wehrleute in Gasschutzkursen und häufige Besuche und Kurse in der Feuerwehrfachschule in Koblenz.²⁷⁹ Als selbstverständliche Dienstpflicht galt auch die Teilnahme an Sammlungen des Winterhilfswerks(WHV).²⁸⁰ Nach Kriegsbeginn und der damit verbundenen Einberufung vieler Feuerwehrmänner zum Kriegsdienst wurden Hitlerjungen zur Ergänzung des Löschzuges ausgebildet. Ab 1942 wurde der Löschzug Köttingen dann durch die Heranziehung von 47 älteren

²⁷³ StAEft, A 04-367, Schulchronik Köttingen, S. 110. §5 lautet: Jeder Beamte muss sich die Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerer Rang und planmäßigem Dienstehalten [...] gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert.

²⁷⁴ StAEft, A 04-369, Protokollbuch der Lehrerkonferenz an der Schule in Köttingen (begonnen 6.2.1930 – 5.7.1969), S. 89.

²⁷⁵ Eine ausführliche Darstellung der freiwilligen Feuerwehr in Bliesheim bietet die Arbeit von Daniel Leupold, Die Freiwillige Feuerwehr in Bliesheim 1900-1950, Erftstadt 2001.

²⁷⁶ StAEft, E 06/1 (ortsgeschichtliche Slg. Köttingen), Protokolle/Berichte Feuerwehr Köttingen 1914-1976, S. 63.

²⁷⁷ Ebd., S. 67.

²⁷⁸ Ebd., S. 68.

²⁷⁹ Ebd., S 68 und 71.

²⁸⁰ Ebd., S. 69.

Ortsbewohnern zu Sicherheits- und Hilfsdiensten ergänzt.²⁸¹ In den Jahren 1943 und 1944 wurde die Feuerwehr Köttingen neben dem Einsatz im Ort selbst und den benachbarten Gemeinden auch zu Großeinsätzen nach Fliegerangriffen in Euskirchen und Köln eingesetzt.²⁸²

3.3 Gleichschaltung der nicht kirchlichen Vereine

Durch die „Gleichschaltung“ der Vereine erfolgte ein weiterer tiefgehender Einschnitt in das gesellschaftliche Leben. Aufgrund der eingeschränkten Quellenlage kann im Folgenden kein vollständiger Überblick über den Verlauf der Vereinsgleichschaltung in den Gemeinden der Stadt Erftstadt gegeben werden. Die Veränderungen im katholischen Vereinsleben und den Schützenvereinen, die ein traditionell enges Verhältnis zur katholischen Kirche hatten, werden in Kap. 5.2.5 dargestellt. Anhand der Quellen, die vorwiegend in der Form von Vereinschroniken vorliegen, ist bei allen Gleichschaltungsvorgängen dasselbe Muster zu erkennen: Rücktritt des bisherigen Präsidenten als Vorsitzender des Vorstands, Bekanntgabe der staatlich verordneten Veränderungen, Wahl des neuen „Führers“, der meistens auch der bisherige Präsident war, dieser ernannte die auch meist bisherigen Vorstandsmitglieder, Eintritt in den staatlich vorgegebenen Dachverband und Beschluss der baldigen Satzungsänderung des Vereins. Nach diesem Muster wurde auch beim Verein der Theater- und Karnevalsfreunde 1911 von Friesheim verfahren. Der neue „Führer“ und alte Präsident ernannte auf einer Pflichtversammlung am 31. Mai 1934 den bisherigen Vorstand für zunächst drei weitere Jahre. Der Verein trat dem 1933 auf Veranlassung von Rudolf Heß als damaligem Stellvertreter des Führers gegründeten Reichsbund für Volkstum und Heimat (RVH) bei, so wie auch die anderen Vereine im Deutschen Reich, die „Volkstumsarbeit“ leisteten. Die Aufnahme von Mitgliedern, über die bisher die Mitgliederversammlung in geheimer Abstimmung mit 2/3 Mehrheit entschieden hatte, oblag jetzt dem Vereinsführer. In der Novemberversammlung 1934 wurden die Erschienenen zum ersten Mal mit dem „deutschen Gruß“ „Heil Hitler“ empfangen. Ab 1936 schlossen die Sitzungen mit einem „dreimaligen Sieg Heil“ des Vereinsführers.²⁸³ Von den ursprünglich 73 Mitgliedern blieben nach den neuen Vereinsgesetzen noch 51 dem Verein treu.²⁸⁴ Hier kann

²⁸¹ Ebd., S. 77.

²⁸² Ebd., S. 78.

²⁸³ Vereinsarchiv der Karnevalsgesellschaft 1911 Friesheim e.V. Protokollbuch Verein der Theaterfreunde 1911, S. 40f., 45.

²⁸⁴ Ebd.

nicht beurteilt werden, ob die ausgeschiedenen Mitglieder aus politischen Gründen den Verein verlassen haben oder ob sie dazu gezwungen wurden.

Der Männergesangverein Lechenich (gegr. 1850) unterlag ebenfalls 1933 der Gleichschaltung. Der seit 1925 amtierende Präsident, Hubert Füngeling, war seit Januar 1934 nun auch Vereinsführer. Schon in der am 20. Juli 1933 stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende unter dem Tagungsordnungspunkt „Gleichschaltung der Vereine“ bekannt, dass sich durch den weiteren Beitritt von zwei Vorstandsmitgliedern zur NSDAP laut Schreiben des Ortsgruppenleiters Dr. Geile weitere Maßnahmen zur „Gleichschaltung“ erübrigt hätten. Zwei ausscheidende Vorstandsmitglieder sollten laut Wunsch von Dr. Geile durch zwei Parteimitglieder ersetzt werden. Der Ortsgruppenleiter selbst wurde auf dieser Versammlung zum Ehrenmitglied des Männergesangvereins Lechenich ernannt.²⁸⁵ Der Verein trat dem Deutschen Sängerbund (DSB) bei. Die lokale Presse berichtete darüber, dass der MGV Lechenich manches Fest der NSDAP und ihrer Gliederungen in uneigennütziger Weise verschönert habe.²⁸⁶

Der 1868 gegründete Männergesangsverein Concordia Bliesheim hatte um 1934 22 Mitglieder. Im Protokollbuch wird bzgl. einer Vereinsversammlung im April 1934 die Neuwahl eines „Führers“ vermerkt. Damit war man bezüglich der von den Nationalsozialisten im Rahmen der Gleichschaltung geforderten Umbenennung der Funktionsträger im Verein gefolgt. In der Vereinssitzung einige Wochen später stand eine Neuwahl an, da der kurz zuvor gewählte „Führer“ nicht Mitglied der NSDAP war. Der neue „Führer“ bat die Sänger eindringlich, dem Verein auch in Zukunft die Treue zu halten. Nachdem dem Gesangverein das Theaterspielen untersagt worden war und der Verein nicht mehr wie gewohnt Theateraufführungen gestalten konnte, kam es zu erheblichen finanziellen Problemen und vereinsinterner Kritik an der Führung. Der Vorsitzende legte daraufhin sein Amt am 15. Juli 1935 nieder, und der neue „Führer“ wurde durch den zuständigen Kreisführer des DSB ernannt.²⁸⁷

Während sich bei den meisten Vereinen in den Gemeinden der Stadt Erftstadt die Gleichschaltung wie oben beschrieben vollzog, setzte der MGV Gymnich diesem Vorgehen erheblichen Widerstand entgegen. Dies wird im Protokollbuch des MGV Gymnich ausführlich beschrieben. Der Verein war 1919 von einigen Mitgliedern des Kirchenchors St.Cäcilia gegründet worden und seit 1926 von dem späteren Nachkriegsbürgermeister Wilhelm Wildenburg als Präsident geleitet. Dieser war auch in den Jahren 1931 bis 1935 aktives Mitglied und Vizepräsident der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) in Gymnich. Dort war er durch seine rege Vortragstätigkeit zu politischen und verfassungsrechtlichen Themen hervorgetreten. Er hatte nie

²⁸⁵ StAEft, D 02/6-1/Ib, Protokollbuch des Männergesangvereins zu Lechenich(1930-1937), S. 35.

²⁸⁶ Ebd. S. 27.

²⁸⁷ StAEft, Protokollbuch des Gesang-Vereins Concordia Bliesheim (1890-1903; 1922-1936; 1947).

der NSDAP angehört und aus seiner antinationalsozialistischen Einstellung keinen Hehl gemacht.²⁸⁸ Am 8. Juli 1933 musste er in einer Gesangsstunde den anwesenden Sängern eine Verfügung vorlesen, in der vom hiesigen Ortsgruppenleiter der NSDAP im Zuge der Gleichschaltung aller Vereine die Absetzung des bisherigen Vorstands des MGV Gymnich angeordnet und gleichzeitig ein neuer Vorstand ohne den bisherigen Vereinsleiter eingesetzt worden war. Der neue Vorsitzende war Parteimitglied der NSDAP.²⁸⁹ Gegen dieses Vorgehen wehrte sich fast der gesamte Verein über mehrere Jahre hinweg. Zunächst nahmen viele Sänger aus Protest nicht mehr an den Proben teil und standen damit auch für die traditionellen Aufführungen nicht mehr zur Verfügung.²⁹⁰ Nach einer ergebnislosen Eingabe einer größeren Anzahl von Sängern an den zuständigen Kreisleiter des Deutschen Sängerbundes in Euskirchen entthob man dann während einer Gesangprobe den von der Partei oktroyierten Vorsitzenden. Dieser protestierte seinerseits gegen diese Maßnahme beim Deutschen Sängerbund.²⁹¹ Eine am 25. April 1934 tagende außerordentliche Generalversammlung des MGV entließ jetzt den mit dem vom Verein abgesetzten Leiter verwandten Chorleiter und bestimmte den früheren Vereinspräsidenten Wildenburg wieder als neuen Vereinsführer.²⁹² Dieser wurde nun infolge der Intervention seines abgesetzten Vorgängers zunächst noch einmal durch den Kreisführer des DSB in Bonn seines Amtes enthoben, um nach Einschaltung von Vereinsmitgliedern doch wieder sein Amt als Vereinsführer ausüben zu können.²⁹³ Nach einem den Vereinsführer diffamierenden Bericht im Westdeutschen Beobachter vom April 1935 trug der MGV seinen Protest auch in die Öffentlichkeit von Gymnich. Der Vorstand und die Sänger holten anlässlich eines im Mai stattfindenden Sängerfestes „geschlossen mit Fahnen [...] in Marschordnung den Vereinsführer W. ab. Es wurden herzlichste Ovationen an die Adresse d. Vf. Wi [...] gerichtet.“²⁹⁴ Mit Gesang im Marschrhythmus zogen die Sänger und ihr Vereinsführer durch den ruhigen Ort. Einige Tage später allerdings teilte der Kreisführer in Bonn dem Verein mit, dass Wildenburg wegen seiner politischen Einstellung endgültig nicht mehr tragbar sei und man einen neuen Führer benennen solle. Daraufhin beschloss der Vorstand des MGV, eine Resolution an den Reichskanzler zu senden. Diese wurde von allen Vorstandsmitgliedern unterschrieben. Parallel dazu schaltete man den zuständigen Gauleiter des DSB und Präsidenten der Landesmusikerschaft in Koblenz ein und bat um Revision der Anordnungen der Kreisleitung in Bonn.²⁹⁵ Diese

²⁸⁸ 75 Jahre KAB in Ertfstadt-Gymnich, 1906-1981, Festschrift, Ertfstadt-Gymnich 1981, S. 40.

²⁸⁹ Vereinsarchiv des MGV Gymnich, Protokollbuch des MG V I, S. 150.

²⁹⁰ Ebd., S. 154.

²⁹¹ Ebd., S. 157.

²⁹² Ebd., S. 163.

²⁹³ Ebd., S. 174.

²⁹⁴ Protokollbuch des MG V Gymnich, Bd. II, S. 5.

²⁹⁵ Protokollbuch des MG V Gymnich, Bd. I, S. 175 ff.

intensiven Bemühungen blieben allerdings zunächst ohne Erfolg. Auf die Resolution an den Reichskanzler erfolgte mit Datum vom 8. August 1935 ein Schreiben des „Amtes für Chorwesen und Volksmusik innerhalb der Reichsmusikkammer in Berlin“, das mitteilte, dass die Abberufung des Vereinsführers Wildenburg „im Einvernehmen mit der zuständigen Parteistelle und dem Landesleiter der Reichsmusikkammer Rheinland aus zwingenden politischen Gründen vorgenommen und eine Rücknahme der Anordnung deshalb nicht möglich sei. Auch weitere Änderungen wie z. B. die inzwischen in allen Vereinen übliche Entscheidungsbefugnis des Führers über Neu- oder Wiederaufnahmen in den Verein, musste der MGV hinnehmen. Dieser musste sich jetzt auch an Veranstaltungen der NSDAP wie am Maifeiertag, an Schlageter-Gedächtnis-Feiern oder der Totengedenkfeier am 9. November beteiligen.

Der Verein ernannte seinerseits den aus „politischen Gründen“ abgesetzten Führer zum „Ehrenpräsidenten“ mit nicht unerheblichen Vollmachten. Außerdem nahm der MGV die bisher der KAB angegliederte Theaterabteilung auf, nachdem die KAB sich auf Druck der Nationalsozialisten hin hatte auflösen müssen. Der MGV durfte dann allerdings ein von ihm geplantes Konzert zur Instandsetzung der Kirchenheizung nicht abhalten.

Der Ortsgruppenleiter war dann Gast beim Herbstkonzert des MGV, und er setzte sich nach Gesprächen mit dem Vorstand aktiv auf Parteiebene für die Wiedereinsetzung Wildenburgs als Vereinsführer ein, mit dem Ergebnis, dass dieser tatsächlich vom Kreisleiter des DSB wieder zum Vereinsführer ernannt wurde. Der MGV erklärte daraufhin den Ortsgruppenleiter und den an der Wiedereinsetzung beteiligten Kreisleiter aus Bergheim zu Ehrenmitgliedern.

Dieses Beispiel des MGV Gymnich zeigt deutlich, dass die Nationalsozialisten teilweise nicht umhin konnten, auf Vereinstraditionen und Eigenwilligkeiten der Mitglieder zumindest scheinbar eine gewisse Rücksicht zu nehmen, wollten sie nicht auf heftigen Widerstand stoßen. Dies ist insbesondere bezüglich der Vereinsleiterposten häufiger der Fall gewesen.²⁹⁶

Der 1901 gegründete Theaterverein in Lechenich wollte die ihm auferlegten Gleichschaltungsmaßnahmen nicht akzeptieren und stellte deshalb alle seine Aktivitäten ein.²⁹⁷

Während sich die traditionellen Vereine in den Gemeinden der Stadt Erftstadt entweder dem Prozess der Gleichschaltung unterwerfen oder ihre Aktivitäten einstellen mussten, gelang es zwei Karnevalsvereinen, sich neu zu etablieren. Am 25. Februar 1936 wurde in Liblar von zunächst „20 fastnachtsfreudigen Männern“ die Karnevalsgesellschaft „Fidele Narrenzunft“ gegründet. Nach anfänglichen organisatorischen Schwierigkeiten konnten 1938 und 1939

²⁹⁶ Vgl. Rauh-Kühne, Cornelia, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft, Ettlingen 1918-1939, Sigmaringen 1991, S. 347.

²⁹⁷ Festschrift: Karneval in Lechenich, 50 Jahre Lechenicher Narrenzunft, Eine Chronik, aufgezeichnet von Cornelius Bormann, Erftstadt 1987, S. 19.

schon Sitzungen im Saal des bekannten Gasthauses „Zur Krone“ abgehalten werden. Im Karneval 1939 wurde auch ein Zug durch den Ort veranstaltet mit Fußgruppen und einigen Fahrrädern²⁹⁸. Der spätere langjährige Präsident der Karnevalsgesellschaft erklärte anlässlich des 75-jährigen Jubiläums die Entstehung des Vereins damit, dass es in der Natur des Rheinländers liege, auch in der „düstersten Zeit immer für sich das Positive daraus zu machen.“²⁹⁹

In Lechenich setzten Ende 1935 erste Bemühungen ein, erneut einen eigenen Karnevalsverein zu gründen. Nachdem drei bestehende Karnevalsvereine nach dem Ersten Weltkriegs nicht mehr bestanden, waren Organisation und Durchführung karnevalistischer Veranstaltungen vom Männergesangverein geleitet worden. Die Idee einiger Lechenicher Bürger, einen eigenen Karnevalsverein zu gründen, soll einmal aus der Rivalität zu Nachbarorten – in Erp gab es z. B. zwei solcher Vereine – und auch aus Anlass der Kölner Ereignisse, wo zunächst 1935 auf Veranlassung der NSDAP ein „Verein Kölner Karneval e.V.“ quasi als Dachorganisation für die verschiedenen Kölner Karnevalvereine gegründet worden war, entstanden sein. Nach gründlicher Vorbereitung der geplanten Vereinsgründung und der Wahl eines Präsidenten wurde am 1. Februar 1937 ein offizielles Gründungsgesuch an die Polizeiverwaltung Lechenich gestellt. In diesem wurde die Pflege bodenständigen Humors unter Ausschaltung aller fremden Kräfte als Ziel des Vereins angegeben, d. h., es durfte kein Jude Mitglied sein. Die Mitgliederliste wies nur Parteimitglieder der NSDAP auf. Die Namen anderer an der Vorbereitung wesentlich beteiligter Personen tauchten nicht auf. Es sollte um die Genehmigung eines Zusammenschlusses von Parteimitgliedern unter dem Namen „Lechenicher Narrenzunft“ gebeten werden. Gleichzeitig trug man dem Bürgermeister Dr. Geile, der schon 1936 in brauner Uniform an einer Sitzung der Karnevalisten teilgenommen hatte, den Ehrenvorsitz an. Am 5. Februar 1937 erfolgte dann die offizielle Gründung des Vereins. Finanzielle Überschüsse der vom Verein veranstalteten Karnevalssitzung gingen an die HJ. Die weiteren Aktivitäten der Narrenzunft führten schließlich dazu, dass am Karnevalsdienstag des Jahres 1939 zum ersten Mal seit 1914 wieder ein Karnevalszug mit Wagen und Fußgruppen durch Lechenich ziehen konnte, angeführt von einem Karnevalsprinzen, einem der Gründer der Lechenicher Narrenzunft.³⁰⁰

Die Gründung der beiden o. g. Erftstädter Karnevalsvereine ist wohl mit der bewussten Förderung des Karnevals durch den Nationalsozialismus zu erklären. Die Nationalsozialisten sahen im Karneval eine Möglichkeit, ihre Vorstellungen von „Volksgemeinschaft“ durchzusetzen. Im rheinischen Karneval, einem ursprünglich christlichen Fest, standen das kollektive Erleben und

²⁹⁸ Willi Esser, in: Fidele Narrenzunft Liblar 1936 e.V., 75 Jahre 1936-2011, Chronik in Wort und Bild, S. 1 ff.

²⁹⁹ Baratella, Josef, in: K.G. Fidele Narrenzunft Liblar 1936 e.V., S. 3. Der Verein besitzt laut Auskunft seines Präsidenten keine schriftlichen Unterlagen, die mit der Gründung der Karnevalsgesellschaft in Verbindung stehen.

³⁰⁰ Vgl. Bormann, C., Karneval in Lechenich, S. 35.

das gemeinsame Schunkeln und Singen als einheitsstiftende Rituale traditionell im Vordergrund. Was zuvor als Stärkung regionaler Identität gedient hatte, instrumentalisierten die Nationalsozialisten in ihrem Sinne als „nationales Brauchtum“. Einer der Mitbegründer der „Lechenicher Narrenzunft“, der Schneidermeister Fritz Degener, verwies, wie oben erwähnt, in der Gründungsversammlung Ende 1936 ausdrücklich darauf hin, dass „alle fremden Kräfte“ möglichst ausgeschaltet werden sollten. Es ist wohl auch kein Zufall, dass die Gründer der Vereine alle dem Mittelstand angehörten. Die Historiker Carl Dietmar und Marcus Leifeld verweisen darauf, dass kritische Brauchtumsforscher im organisierten Karneval, wie er sich spätestens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und speziell im Rheinland, entwickelt hatte, eine Veranstaltung sehen, in der sich vor allem Angehörige des Mittelstandes engagierten und sich damit in der öffentlichen Gesellschaft präsentierten. Dieser Mittelstand habe sich gerne in der Nähe der Obrigkeit gesehen, um sich mit dieser Nähe zu schmücken. Für die Nationalsozialisten bedeutete die Förderung des Karnevals eine weitere Legitimierung ihres Herrschaftssystems. Außerdem bot es ihnen Gelegenheit, einer wichtigen Tradition des Karnevals, nämlich Kritik zu üben und Vertreter der Obrigkeit auch einmal dem Spott preiszugeben, Einhalt zu gebieten.³⁰¹ Solch ein Vorgehen zeigt der Chronist der Lechenicher Narrenzunft am Beispiel des damaligen Ehrenmitglieds Dr. Geile auf.³⁰²

3.4 Etablierung nationalsozialistischer Instanzen

Auf dem Weg der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung in einer ursprünglich den Nationalsozialismus vorwiegend ablehnenden Gegend wie der der heutigen Gemeinden Erftstadts überlagerten sich verschiedene Prozesse. Neben der Ausschaltung nicht nationalsozialistischer Kräfte vom politischen Leben, der Gleichschaltung der unpolitischen, bürgerlichen Vereine und der damit verbundenen nationalsozialistischen Kontrolle in personalpolitischer und programmatischer Hinsicht, so wie im vorherigen Kapitel dargelegt, fand gleichzeitig eine Etablierung regimespezifischer Instanzen statt.

Wie überall im Reich kam es auch im Gau Köln-Aachen nach den Märzahlen 1933 zu einer, wie bereits zuvor schon geschilderten, kräftigen Eintrittswelle in die NSDAP. In diesem Gau, zu dem auch die Gemeinden der Stadt Erftstadt gehörten, war diese noch stärker als in anderen Reichsteilen. Während der Köln-Aachener Gau hinsichtlich der NSDAP-Eintritte bis zum 30.

³⁰¹ Vgl. Dietmar, Carl u. Leifeld, Marcus, Alaaf und Heil Hitler, Karneval im Dritten Reich, München 2010.

³⁰² Vgl. Bormann, C., Karneval in Lechenich, S. 28.

Januar 1933 am Ende der reichsweiten „Gau-Tabelle“ gelegen hatte, so „verbesserte“ er sich nach der „Machtergreifung“ auf den zweiten Platz.³⁰³ Das starke Anwachsen der NSDAP und ihrer Gliederungen und Institutionen ist aufgrund der Quellenlage für die einzelnen Gemeinden Erftstadts nur punktuell feststellbar. So weist die im Pfarrarchiv von St. Kilian vorhandene Kartothek der Parteimitglieder von 1933 für die Monate Februar bis Mai 1933 einen Zuwachs von ursprünglich 31 auf 140 Personen auf. Auffallend ist auch der Parteieintritt vieler Bewohner aus den Gemeinden des Amtes Liblar.³⁰⁴ Reichsweit beantragten allein im März und April 1933 rund 2 Millionen Menschen die Aufnahme in die NSDAP. Die Zahl der SA-Männer stieg ebenfalls von 428.000 (im Januar 1933) auf 2,95 Millionen (im Januar 1934). Historiker sehen bei den meisten der neuen NSDAP-Anhänger keine Angst vor Repressionen, sondern die Hoffnung auf einen Neubeginn. Auch Opportunismus wird vielfach eine Rolle gespielt haben. Es hat in dieser Zeit auch einen deutlichen Stimmungsumschwung in der deutschen Bevölkerung gegeben.³⁰⁵ Sebastian Haffner als Zeitzeuge meinte, es habe sich damals in weiten Teilen der Bevölkerung eine Überzeugung gebildet, dass dies eine große Zeit sei, „eine Zeit, in der die Nation sich wieder einte und endlich ihren Gottgesandten fand, einen aus der Mitte des Volkes entstandenen Führer, der für Zucht und Ordnung sorgen, die Kräfte der ganzen Nation zusammenfassen und das Deutsche Reich neuen großen Zeiten entgegenführen würde.“³⁰⁶ Das überproportionale Erstarken des Nationalsozialismus in den vorwiegend katholischen Gemeinden des Gaus Köln-Aachen, und damit auch in Erftstadt, erklärt sich einmal mit der bis dahin schwachen Stellung und organisatorischen Schwäche der NSDAP.³⁰⁷ Zum anderen war auch für viele Katholiken das Anfang der 1930er Jahre ausgesprochene Verbot der Bischöfe, Mitglied der NSDAP oder ihrer Organisationen zu sein, bindend gewesen. Dieses Verbot wurde am 28. März 1933 von Kardinal Bertram als Sprecher und damaligem Vorsitzendem der Fuldaer Bischofskonferenz aufgehoben. Seine diesbezüglichen Äußerungen wurden jetzt wohl weitgehend als Unbedenklichkeitserklärung für den Nationalsozialismus verstanden.³⁰⁸ Dies belegt z. B. auch eine Eintragung in der Köttinger Pfarrchronik, wo der Verfasser bemerkt, dass es jetzt jedem Katholiken erlaubt sei, in die Hitler-Bewegung einzutreten.³⁰⁹ Der veränderten

³⁰³ Vgl. Wallraff, H., S. 143, Anm. 495.

³⁰⁴ Vgl. Mitgliederliste der NSDAP im Amt Liblar in; StAEft. Do 01/1-18.

³⁰⁵ Vgl. Grüttner, M. Brandstifter und Biedermänner, S. 34.

³⁰⁶ Haffner, Sebastian, Von Bismarck zu Hitler, Ein Rückblick, München 1987, S. 239.

³⁰⁷ Vgl. Weitz, R., Der Nationalsozialismus an der Macht, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. I, Euskirchen 2006, S. 281.

³⁰⁸ Vgl. Hürten, Heinz, Der Aufstieg des Nationalsozialismus und die katholische Kirche, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, S. 33.

³⁰⁹ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 70. Vgl. auch Gasten, Elmar, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944. Frankfurt/M. u. a. 1993 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III. Bd. 541), S. 76. Hier wird betont, dass die Folgen der Erklärung für die Stimmung in der katholischen Bevölkerung Aachens kaum überbewertet werden können. Zur Einschätzung der Erklärung der deutschen Bischöfe

Einstellung der deutschen Bischöfe war in den ersten Wochen nach der „Machtergreifung“ ein regelrechter Werbefeldzug der Nationalsozialisten vorausgegangen, um das Vertrauen der Christen im Reich zu gewinnen. Entscheidend für die veränderte Haltung auch des katholischen Episkopats waren hierbei neben den Wahlergebnissen vom 5. März 1933 der sog. „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 und die Regierungserklärung Hitlers am 23. März, wo er, bemüht um die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz, erklärt hatte, dass seine Regierung in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung des deutschen Volkstums und im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens in Deutschland sehe und dass sie größten Wert darauf lege, weiterhin freundschaftliche Beziehungen zum Heiligen Stuhl zu pflegen und diese auszugestalten.³¹⁰

Weiteres Vertrauen in das nationalsozialistische Regime konnte bei Katholiken dann durch das am 20. Juli 1933 abgeschlossene Reichskonkordat entstehen. Dieser Vertrag fand bei den deutschen Katholiken überwiegend große Zustimmung.³¹¹ Es wurde beispielsweise in den katholisch geprägten Gauen Main-Franken und Köln-Aachen ein überdurchschnittlicher Mitgliederzuwachs bei der NSDAP registriert.³¹² Wenn auch die Folgen und Auswirkungen des Reichskonkordats bis heute teils heftig kontrovers diskutiert werden, sind sich die Historiker darüber einig, dass es sich bei dem Abschluss des Konkordats um einen großen Prestigegewinn Hitlers gehandelt habe.³¹³ In den Pfarrgemeinden der Stadt Erftstadt finden sich kaum Hinweise auf das Konkordat. Lediglich in der Pfarrchronik von St. Kilian in Lechenich wurde vermerkt, dass auch nach dem Konkordatsabschluss am 20. Juli 1933 die „Hetze und Unterdrückung“ gegen katholische Jugendvereine weitergehe, wobei Lehrpersonen der hiesigen Volksschule führend seien.³¹⁴ In Dirmerzheim wurden die Gläubigen am 17. September 1933 zu einem durch den Kölner Erzbischof, Kardinal Schulte, angeordneten feierlichen „Te Deum“ als Dank für den Abschluss des Konkordates eingeladen.³¹⁵

Es lässt sich aus den vorliegenden Quellen kaum mit Sicherheit rekonstruieren, aus welchen verschiedenen Motiven die Bewohner Erftstadts ihre zuvor meist ablehnende Haltung

vom 28. März 1933 vgl. Kißener, M., *Das Dritte Reich*, S. 68-69. Bezüglich der Interpretation der Bischofs-erklärung ist insbesondere die Frage strittig, ob die Erklärung wirklich eine vorbehaltlose Bejahung des neuen Regimes dargestellt habe und damit eine Anerkennung Hitlers als rechtmäßiger Obrigkeit gewesen sei. Es wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die früher erfolgte Verurteilung bestimmter religiös sittlicher Irrtümer der NS-Weltanschauung nicht aufgehoben worden sei.

³¹⁰ Gruber, Hubert (Hg.), *Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930-1945*. Ein Bericht in Quellen, Paderborn u. a. 2006, Nr. 19, S. 34 f.

³¹¹ Vgl. Morsey, R., *Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat 1933*, in: *Die katholische Kirche im Dritten Reich*, S. 45.

³¹² Schönbaum, David, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln 1968, S. 102.

³¹³ Vgl. Kißener, M., *Das Dritte Reich*, S. 69-70. Der Autor stellt in einem knappen Überblick den gegenwärtigen Stand der wichtigsten Diskussionen und der diesbezüglichen Literatur dar.

³¹⁴ PFA Le, *Pfarrchronik St. Kilian I*, S. 43.

³¹⁵ PFA Gy, *Exzerpt aus den Proklamanda St. Remigius, Dirmerzheim*, S. 1.

gegenüber der NS-Bewegung sehr schnell geändert hatten. Neben dem Einfluss, den die veränderte Einstellung der deutschen Bischöfe und der Abschluss des Reichskonkordats ausgeübt haben mögen, ist wohl auch, wie auf Reichsebene, von einer allgemeinen Aufbruchsstimmung auszugehen, dem sich einzelne nur schwer entziehen konnten. In diesem Zusammenhang ist auf eine spätere Aussage des Lechenicher Arztes Dr. Josef Fieger (1887-1961) hinzuweisen, der seinen Parteieintritt 1934 damit begründete, dass man in einem „kleinen Städtchen von nur 2.300 Einwohnern auf die Dauer dem größten Druck ausgesetzt war, wenn man nicht Mitglied der Partei und ihrer Gliederungen war.“³¹⁶ Von Ängsten um die Sicherung des Arbeitsplatzes und der Wohnung berichtet die Pfarrchronik von Köttingen. Danach wurde mit dem Fortschreiten der nationalsozialistischen Bewegung die Angst der Arbeiter und Angestellten, ihre Stelle zu verlieren, immer größer.³¹⁷ Ein Zeitzeuge berichtete, dass sein Vater, der in einer der Gruben in Liblar beschäftigt war und in einem der dortigen Siedlungshäuser wohnte, oft besorgt war, seine Wohnung zu verlieren, weil er nicht der NSDAP beitreten wollte, obwohl er von Vorgesetzten mehrmals daraufhin angesprochen worden war.³¹⁸ Der Euskirchener Anzeiger weist in seiner Ausgabe vom 20. Juni 1933 darauf hin, dass die Verwaltung der Wohnungsbaugesellschaft, die für die Häuser und Wohnungen der Arbeiter und Angestellten der Braunkohlebetriebe zuständig war und bisher von einem „Marxisten“ geleitet worden war, ab sofort unter der Führung des für Köttingen zuständigen Zellenleiters der NSDAP stehe.³¹⁹

Die Erfassung aller Lebensbereiche durch den Nationalsozialismus drückt sich auch in der Vielzahl und dem raschen Anwachsen von nationalsozialistischen Institutionen und Einrichtungen aus.

So konnte die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die am 2. Mai 1933 an die Stelle der zwangsaufgelösten Gewerkschaften getreten war, im Kreis Euskirchen ihre Mitgliederzahl innerhalb von vier Monaten verzwanzigfachen.³²⁰

Auffallend ist für den Gau Köln-Aachen das Verhalten vieler Lehrer. Die Zahl ihrer Parteieintritte war sechsmal so hoch wie bei anderen Berufen. Die Zuwachsrate im Gau Köln-Aachen war die höchste im ganzen Reich. Dabei kam ihnen oft eine intensive Werbetätigkeit für die HJ und häufig Leitungsaufgaben in ihren Organisationen zu.³²¹ In manchen späteren

³¹⁶ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1050, Nr. 1637. Dr. Fieger war am 20. April 1948 vom Entnazifizierungsausschuss Euskirchen wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP seit 1934, zur NSV seit 1935, zum NS-Ärztebund und zum Reichskriegerbund, ebenfalls seit 1935, in die Kategorie IV ohne Beschränkungen eingestuft worden (LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1004, Nr. 39477). Dagegen hatte er Berufung eingelegt mit dem Ziel der Einreihung in die Kategorie V, also der Unbelasteten.

³¹⁷ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 73.

³¹⁸ Aussage des Zeitzeugen Otto Vogt (1928-2015), Brühl.

³¹⁹ Euskirchener Zeitung vom 20.6.1933, Jg. 101, Nr. 141, B. 3.

³²⁰ Vgl. Weitz, R. Der Nationalsozialismus an der Macht, S. 282.

³²¹ Ebd., S. 305.

Entnazifizierungsverfahren finden sich Aussagen katholischer Pfarrer, die bestätigen, bestimmte katholische Lehrer gebeten zu haben, solche Führungsstellen anzunehmen, um Schlimmeres zu verhüten.³²² In diesen Zusammenhang passt auch die spätere Aussage des ehemaligen Direktors Heinrich Thelen aus Gymnich. Dieser, obwohl seit 1908 Mitglied des Zentrums, berichtete in einem seiner späteren Entnazifizierungsverfahren, dass er gegen seinen Willen nur auf Druck des Ortsgruppenleiters Hermann Bungarten in die NSDAP eingetreten sei. Dabei hätten ihn sowohl der ansässige Ortsarzt als auch der damalige Ortspfarrer Scheuren zugunsten der Schulkinder um diesen Schritt gebeten.³²³

Andererseits bestätigen sämtliche für den Untersuchungszeitraum zur Verfügung stehenden Schulchroniken aus den Gemeinden der Stadt Erftstadt, dass viele vor Ort tätige Lehrer ganz im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie Einfluss auf ihre Schüler ausgeübt haben. Auch die Euskirchener Presseorgane berichten oft von Werbeveranstaltungen für HJ und BDM durch Lehrer.³²⁴

Als Beispiel sei hier nur das Verhalten von zwei Lehrern aus Köttingen erwähnt. Nachdem der Katholische Lehrerverband sofort nach dem 28. März 1933 die „Mitarbeit der Katholiken am Aufbau des Neuen“ versprochen hatte, übernahmen zwei Lehrer der katholischen Volksschule in Köttingen Posten als Leiter der HJ. Bisher waren sie in der Jugendarbeit des katholischen DJK tätig gewesen. Der Pfarrektor von Köttingen bemerkte: „Durch diese nun staatliche Jugendbewegung wird die katholische, besonders in der Sportabteilung, wie überall, so auch in unserer Gemeinde sehr geschwächt.“³²⁵ Am 21. Juni 1933 wurden die beiden oben erwähnten Lehrer Obmann bzw. stellvertretender Obmann einer neu gegründeten Gruppe des nationalsozialistischen Lehrerbundes. Diese Gruppe hatte sogleich 28 Mitglieder, die aus fast allen Gemeinden der Stadt Erftstadt kamen.³²⁶

Genauere Angaben über den Zuwachs anderer nationalsozialistischer Organisationen, speziell in den Gemeinden der Stadt Erftstadt, lassen sich nur für die Ortsgruppe Lechenich ermitteln. Am 6. Juni 1933 waren bereits 23 Frauen der NS-Frauenschaft in Lechenich, die von einer an der dortigen Volksschule tätigen Lehrerin geleitet wurde, beigetreten, zwei Jahre später hatte

³²² Kievernagel, Peter, Unsere Schule in Kierdorf, Geschichte der ehemaligen Volksschule in Kierdorf, Kierdorf 2010, S. 61.

³²³ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 77535.

³²⁴ Vgl. Westdeutscher Beobachter vom 13.6.1934, Jg. 10, Nr. 161, Bl. 8. Auch der oben erwähnte Rektor Thelen appellierte an die Eltern, die bisher der HJ ablehnend gegenübergestanden hatten, den Wert der HJ-Erziehung anzuerkennen.

³²⁵ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 70 f.

³²⁶ Vgl. Euskirchener Zeitung vom 26.6.1933, Jg. 101, Nr. 146, Bl. 3. Auch M. Grüttner weist darauf hin, dass Lehrer, insbesondere in ländlichen Regionen, vielfach zu den wichtigsten Repräsentanten der Partei und zu Antipoden des örtlichen Klerus zählten. (Vgl. Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S.432).

sich deren Anzahl auf 325 Frauen erhöht.³²⁷ Der im Raum Lechenich/Gymnich bestehende SA-Sturm war so rasch angewachsen, dass er geteilt werden musste.³²⁸ Die am 3. Mai 1935 gegründete Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) hatte in Lechenich im Sommer 1935 bereits 450 Mitglieder.³²⁹ Die Ortsbauernschaft wuchs unter ihrem Ortsbauernführer Peter Drove von 5 Mitgliedern im August 1932 auf 56 im Juni 1935 an.³³⁰ Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), die 1929 gegründet und 1935 in der DAF aufgegangen war, stellte die größte Unterorganisation der NSDAP dar. Ihr Ziel war die Eroberung der Betriebe für den Nationalsozialismus. Sie konnte in Lechenich einen Zuwachs von 68 Mitgliedern im Mai 1933 auf 510 im Jahre 1935 verzeichnen.³³¹

Während im März 1933 ca. 20 Jugendliche in Lechenich der HJ bzw. dem BDM angehörten, so waren im Juni 1935 bereits 93% aller Schulkinder dort erfasst.³³²

Eine straffe und umfassende Parteiorganisation ermöglichte nach und nach die Kontrolle über das gesamte politische Leben. Der Kreis Euskirchen war 1933 zunächst in 15 Ortsgruppen der NSDAP aufgeteilt, an deren Spitze in Euskirchen bis 1937 der Kreisleiter Dr. Erwin Faßl stand. Dieser war direkt dem Gauleiter des Gauess Köln-Aachen, Josef Grohé, verantwortlich.

Die Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt waren bis 1934 in vier Ortsgruppen mit einem jeweiligen Ortsgruppenleiter an der Spitze eingeteilt:

Die Ortsgruppe Friesheim unter Christian Curt umfasste das Gebiet Friesheim, Niederberg und Borr. Zur Ortsgruppe Gymnich unter dem Ortsgruppenleiter Hermann Bungarten gehörte das Gebiet des Amtes Gymnich. Die Ortsgruppe Lechenich unter Führung des Rechtsanwalts Dr. Geile war neben Lechenich verantwortlich für die Orte Ahrem, Blessem, Konradsheim, Herrig, Pingsheim, Dorweiler und Erp.³³³ Die Ortsgruppe Liblar wurde bis 1941 von dem Ortsgruppenleiter Johannes Dünnwald geleitet. Sie verwaltete auch die Gemeinden Bliesheim, Köttingen und Kierdorf.

³²⁷ Westdeutscher Beobachter vom 11.7.1935, Jg. 11, Nr. 188, Bl. 5 und Euskirchener Zeitung vom 9.6.1933, Jg. 101, Nr. 133, Bl. 3.

³²⁸ Euskirchener Zeitung vom 9.6.1933, Jg. 101, Nr. 133, Bl. 3.

³²⁹ Ebd.

³³⁰ Ebd.

³³¹ Ebd.

³³² Ebd. Die Angaben der Zeitung als offizielles Presseorgan der NSDAP gewinnen an Glaubwürdigkeit, wenn man z.B. auf die Aussage des Lechenicher Pfarrers verweist, der nach dem Krieg bemerkte: „Wenn ich auch, als die Amerikaner kamen, keinen finden konnte, der nicht ein Partei-Abzeichen hatte, um aus ihm einen Polizisten oder Bürgermeister zu machen...“ (Pfarrchronik II, S. 64). In der Geschichte über die Gemeinde Kierdorf heißt es: „Die Parteigenossen der Kierdorfer NSDAP-Ortsgruppe, deren Zahl in die Hunderte gegangen sein soll.“ Vgl. Rombach, Geschichte der Gemeinde Kierdorf, S. 185.

³³³ Dr. Geile hatte von Januar bis November 1935 sein Amt als Ortsgruppenleiter wegen Überlastung durch seine Arbeit als Bürgermeister von Lechenich niedergelegt.

Wegen des starken Anwachsens der Ortsgruppen wurde in Erp im Juli 1934 unter der Leitung des dortigen Volksschullehrers Wilhelm Welter (1892-1972) eine eigene Ortsgruppe Erp gebildet³³⁴

Dem Aufbau der einzelnen Ortsgruppen lag das Führerprinzip zugrunde. Der Ortsgruppenleiter hatte den größten Einfluss. Wenn er nicht selbst, wie im Fall von Dr. Geile oder auch später von Welter Bürgermeister war, musste sich der Amts- bzw. Ortsbürgermeister mit ihm arrangieren. Dabei galt als Prinzip:

„Die Bürgermeister müssen ihre Ortsgruppenleiter laufend, mindestens aber einmal im Monat über ihre Pläne informieren. [...] Die beiden Männer müssen nach außen hin stets eine Einheit sein [...]. Alle im öffentlichen Leben stehenden Personen, auch die Bürgermeister, brauchen das volle Vertrauen der Partei [...]. Denn ein Mann, der das Vertrauen der Partei nicht mehr besitzt, kann auch kein öffentliches Amt mehr bekleiden.“³³⁵

Zur Führung der Ortsgruppe gehörten ferner der Stellvertreter des Ortsgruppenleiters, ein Kassenwart und sein Stellvertreter, ein Schriftwart und kommunalpolitischer Berater³³⁶ samt Stellvertreter, ein Propagandaleiter und Pressewart mit Vertreter sowie ein Funkwart.

Die Ortsgruppe Lechenich war zunächst in vier Zellen aufgeteilt.³³⁷

An der Spitze jeder der vier Zellen stand ein Abteilungsleiter. Die Zellen 1 und 2 hatten je sieben Unterabteilungsleiter und die Zellen 3 und 4 je drei Unterabteilungsleiter.

Die jeweiligen Zellenleiter hatten Befehlsgewalt über die übrigen politischen Leiter z. B. der DAF, der NSV oder der NS-Frauenschaft. Ihre Aufgabe bestand darin, eine ordnungsgemäße und gute „Betreuung“ aller „Volksgenossen“ zu gewähren und die Disziplin in ihrem Hoheitsgebiet aufrechtzuerhalten.³³⁸ Der Aufbau der anderen Ortsgruppen in den Gemeinden der Erftstadt war überall analog. In dem Zusammenhang mit der zunehmenden Organisation und Institutionalisierung des NS-Regimes ist wohl auch die Eintragung in der Pfarrchronik von

³³⁴ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 68170.

³³⁵ Mitteilungsblätter des Gaues Köln-Aachen der NSDAP, Folge 6, Juni 1938, 8. Jahr, in: NS- Dokumentationszentrum, Köln.

³³⁶ In Lechenich wurde dieses Amt vom Gemeindegemeinsekretär verwaltet.

³³⁷ Vgl. Westdeutscher Beobachter vom 11.1.1934, Jhg. 10, Nr. 10, Bl. 6. 1. Zelle „Schloß“: dazu gehörten Bonner Str. (links), Adolf-Hitler-Platz (links, heute Markt), Herriger Str. (links), Frenzenstr., Conradsheim, Schloßwall, Schloßstr., Hindenburgplatz, Hundstr. (heute:Franz-Busbach-Str), Steinstr., Kirchstr. (heute Johannes-Kretz-Str.), Ackerbauschule, Mühlenstr (heute: Weltersmühle), Heinrichstr., die Ortschaften Blessem und Frauenthal. 2. Zelle: „Amtsgericht“: Bonnerstr.(rechts),(heute: An der Schleifmühle), Römerhof, Adolf-Hitler-Platz (rechts, heute Markt), Herrigerstr. (rechts), [Auf dem] Graben, Melchiorstr., Klosterstr., Zehntwall, Horst-Wessel-Str. (heute: Judenstr.), Neustr. (heute: Raiffeisenstr.), Zehntstr., Ahrem. 3. Zelle „Lechenich Land“: die Ortschaften Herrig, Pingsheim und Dorweiler. 4. Zelle „Erp“: die Ortschaft Erp.

³³⁸ Vgl. Rauh-Kühne, C., Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft, S. 331, Anmerkung 55.

Köttingen aus dem Jahre 1933 zu deuten: „Die nationalsozialistische Bewegung geht weiter. Das Denunziantentum macht sich an vielen Stellen unliebsam bemerkbar.“³³⁹

3.5 Wirtschaftliche Entwicklung nach 1933

Die wirtschaftliche Entwicklung spielte auch in den katholisch geprägten Gemeinden der Stadt Erftstadt eine wesentliche Rolle bei der nationalsozialistischen Machtsicherung. Dabei ist die Wirkung der ungewöhnlich schnellen Abnahme der Zahl der Erwerbslosen nach 1933 auf die Popularität des NS-Regimes kaum zu unterschätzen.³⁴⁰ Auch bei den Deutschen, die der NSDAP bis 1933 überwiegend kritisch und ablehnend gegenübergestanden hatten, führte die neue wirtschaftliche Entwicklung aus den vorausgegangenen Jahren der Depression in so etwas wie ein Wohlstandswachstum zu einer Annäherung an das NS-Regime. Die Frage nach den Ursachen dieser schnellen wirtschaftlichen Erholung und der damit verbundenen Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist bei Historikern bis heute umstritten.³⁴¹ Nach Michael Grüttner gibt es hierfür keine monokausalen Erklärungen, sondern drei Faktoren wirkten zusammen: Zum einen hatte sich der Aufschwung schon vor dem 30. Januar 1933 angebahnt, wurde aber erst danach sichtbar. Dann wurden staatlich gelenkte Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft schon vorher geplant, von Hitler energisch um- und fortgesetzt.³⁴² Hinzu kam die seit 1934 rasch einsetzende Rüstungspolitik. Diese dominierte seit 1935 die zivile Arbeitsbeschaffungspolitik und die gesamte nationalsozialistische Wirtschaftspolitik. Eine genaue Gewichtung der einzelnen Faktoren im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufschwung scheint gegenwärtig nicht möglich.³⁴³

³³⁹ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 73. Einzelne Beispiele für die Bespitzelung finden sich in StAEft. A 03-1259.

³⁴⁰ Vgl. u. a. Grüttner, M., S. 233. Janssen, Wilhelm, Kleine rheinische Geschichte, S. 400. Fettweis, Klaus, Zwischen Herr und Herrlichkeit, S. 54. Sebastian Haffner erinnerte sich 1978: „Im Januar 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drei kurze Jahre später, 1936, herrschte Vollbeschäftigung, Aus schreiender Not und Massenelend war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten. Und noch wunderbarer: Der Übergang von Depression zu Wirtschaftsblüte war ohne Inflation erreicht worden [...]“Vgl. Haffner, Sebastian, Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt/M. 2002, S. 34 f.

³⁴¹ Vgl. neue diesbezügliche Literatur bei Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S. 234, Anm. 11 und 12.

³⁴² Vgl. Grüttner, M., S. 234. „Die mit großem propagandistischen Aufwand eingeläutete ‚Arbeitsschlacht‘ umfasste eine ganze Reihe von Maßnahmen. Steuererleichterungen und ein faktischer Lohnstopp gehörten ebenso dazu wie der Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Kanälen und Brücken, aber auch die neuen Ehestandsdarlehen oder die Förderung des Wohnungsbaus durch Zuschüsse und Kredite [...]“

³⁴³ Grüttner verweist darauf, dass die meisten neueren Analysen davon ausgehen, dass der wirtschaftliche Boom zwischen 1933 und 1938 in erster Linie eine Staatskonjunktur war, die ihre Dynamik zunächst durch

Auch im Rheinland hätte die allgemeine Konjunkturbelebung allein nicht zu einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation geführt, sondern hier brachte erst das Aufrüstungsprogramm eine entscheidende Wende.³⁴⁴ Und im Süden des Rheinlands war es erst der Bau des Westwalls von 1938, der die Zahl der Arbeitslosen verschwinden ließ.³⁴⁵ Aber insgesamt war im Rheinland des Jahres 1936 der Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung, der 1932 10% betragen hatte, auf 3,5% gesunken. Auch lokale Zeitungen, wie z.B. der Erfttal-Bote, weisen darauf hin, dass die Zahl der Erwerbslosen zwischen Februar und Mai 1935 spürbar abgenommen habe.³⁴⁶

Der wichtigste Indikator für die wirtschaftliche Belebung im Erftkreis war die Braunkohleindustrie. Hier war auch in den erftstädtischen Gemeinden ein, wenn auch zunächst zaghafter, konjunktureller Aufschwung zu verzeichnen. So lässt sich nachweisen, dass auf der Grube Donatus zwischen 1934 und 1936 weniger Feierschichten gefahren wurden, diese endeten dann im Jahre 1937 erstmals nach 1929. Ab 1939 wurden im Zusammenhang mit der einsetzenden Kriegswirtschaft in erheblichem Umfang sogar Sonderschichten gefahren.³⁴⁷

In der Braunkohlefabrik Donatus wurde schon sehr früh deutlich, dass dort auch Arbeitsbeschaffungsprojekte durchgeführt wurden, die als notwendig für eine spätere Kriegsführung galten. Zu Beginn der zweiten Hälfte des Jahres 1934 begann man mit dem Bau von Luftschutzräumen unter der alten elektrischen Zentrale und im alten Güterbahnhof. Auch der Bau von Luftschutzunterständen gehörte in diesen Rahmen.³⁴⁸ In der katholischen Volksschule zu Oberliblar wurden im September 1934 in zwei Kellerräumen der Schule mit Reichs- und Gemeindemitteln „Muster-Luftschutzräume“ eingerichtet.³⁴⁹ Der Schulchronist der evangelischen Volksschule zu Liblar konnte in einem kurzen Rückblick auf das Schuljahr 1932/33 schon berichten: „In letzter Zeit merkt man schon deutlich eine Besserung auf dem Wirtschaftsmarkt.“³⁵⁰ In Lechenich profitierte ein größerer Schneidereibetrieb mit ca. 60 Angestellten von der zunehmenden Uniformierung. Allerdings musste sich deren Inhaber auch den von der NSDAP vorgegebenen Regeln, wie z. B. Parteieintritt und Mitgliedschaft in der DAF und der NSV fügen.³⁵¹

öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, seit 1934/35 durch die Aufrüstungspolitik erhielt. Vgl. Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S. 236.

³⁴⁴ Janssen, W. S. 400 f.

³⁴⁵ Ebd., S. 401.

³⁴⁶ Erfttal-Bote vom 17. Juni 1935., StA Eft.

³⁴⁷ Schüler, V. u. Coenen, M., Die Brikettfabrik Donatus 1890-1959, Documenta Berchemensis Historica, Bd. 5, S. 103.

³⁴⁸ Ebd.

³⁴⁹ StAEft, A 04- 364, Schulchronik für die katholische Volksschule zu Liblar-Heidebroich, S. 64.

³⁵⁰ StAEft, A 04- 365, Schulchronik der evangelischen Volksschule zu Liblar, S. 110.

³⁵¹ LAV NRW, Abt. Rheinl, NW 1049, Nr. 68886.

Maßnahmen innerhalb des zivilen Arbeitsbeschaffungsprogramms lassen sich in der Gemeinde Liblar im Frühjahr und Herbst 1934 feststellen, wo mit der Regulierung des Erftmühlenbachs und Rekultivierungsmaßnahmen im Braunkohlentagebau begonnen wurde. Ausgekohlte Tagebaue wurden z. B. wieder eingeebnet und durch die Herbeischaffung wertvoller Erdmassen zur Bodenverbesserung zu neu gewonnenen Grundflächen für neues Ackerland gewonnen.³⁵² In Bliesheim gehörten zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Reinigung von Gräben in der Gemarkung, der Ausbau des Sportplatzes am Kruggenberg, die Erneuerung von Straßen und der Bau von zwei Erftbrücken im Ort. 1936 erfolgte der Bau der Lagerhalle „Kohlscheune“.³⁵³ In den Jahren 1937/38 wurden über mehrere Monate Arbeiten an einem Drainageprojekt zwischen Bliesheim und dem Friesheimer Busch durchgeführt, um „Tausende Morgen Kulturland zu entwässern und ertragsfähig zu machen.“³⁵⁴

Folgen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich im Laufe des Jahres 1934 für die deutsche Volkswirtschaft ergaben, lassen sich aufgrund fehlender Quellen für die Gemeinden der Stadt Erftstadt nicht nachweisen.³⁵⁵

Für den Ort Blessem ist nachweisbar, dass dort einige Landwirte von der von den Nationalsozialisten propagierten Stärkung des Bauerntums profitierten. Das NS-Regime hatte der Landwirtschaft aus drei Gründen große Aufmerksamkeit gewidmet: Die ländliche Bevölkerung war in den 1930er Jahren noch ein quantitativ wesentlicher Bestandteil der deutschen Gesellschaft. In den politischen Vorstellungen prominenter Nationalsozialisten nahm das Bauerntum eine Schlüsselstellung ein. Hier hatte insbesondere der für die NS-Agrarpolitik Verantwortliche, Richard Darré (1895-1953), Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, erheblichen Einfluss.³⁵⁶ Seine Maßnahmen im Agrarbereich sollten insgesamt der Stärkung des Bauerntums dienen. Er begründete alle sein Vorgehen zum Schutz des deutschen Bauerntums mit der Theorie über die Verbundenheit von Blut und Boden. Die Erhaltung des Bauern ist ihm die ewig verjüngende Kraftquelle zur Erhaltung des deutschen Menschen

³⁵² LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1051/025, NW 1051-02500/R, NW 1051-0, Anlage 7.

³⁵³ Vgl. Hardegen, R., Chronik des Dorfes Bliesheim, S. 159, 161 f.

³⁵⁴ Euskirchener Volksblatt vom 9.4. 1938.

³⁵⁵ Vgl. hierzu die Darstellung bei Peter Longerich, Hitler, insb. S. 397-399. Der Autor weist hier auf eine nachlassende Senkung der Arbeitslosenziffern, einen Exportrückgang und eine eklatante Devisenschwäche hin. Die zunehmende Ausrichtung der Wirtschaft auf die Rüstung folgte im Sommer/Herbst 1934 zu Einschränkungen im Konsumbereich. Vgl. S. 424-427.

³⁵⁶ Darré glorifizierte in seinen Schriften die vorindustrielle Agrargesellschaft. Er beschrieb das Bauerntum als „Lebensquell der Nordischen Rasse“. Die Industrialisierung bezeichnete er als „entsetzlichste Vernichtung unseres germanischen Bauerntums“. Hitler selbst zeigte an den Problemen der Bauern wenig Interesse. Allerdings finden sich in „Mein Kampf“ Passagen, in denen er sein Lebensraumkonzept mit der Ansiedlung von Bauern verbindet. „Die Erwerbung von neuem Grund und Boden zur Ansiedlung der überlaufenden Volkszahl besitzt unendlich viele Vorzüge [...]. Schon die Möglichkeit der Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als Fundament der gesamten Nation kann niemals hoch genug eingeschätzt werden [...],“ Hitler, A., Mein Kampf, 429.-433. Aufl. München 1939, S.151.

und der deutschen Rasse. Dazu gehörte auch das Reichserbhofgesetz von 1933, das Bauernhöfen einer bestimmten Größe (von 7,5 bis 125 ha) besonderen Schutz vor Überschuldung und Zwangsvollstreckung bot. Auch kleinere Höfe wurden z.B. durch eine zwangsweise Senkung von Agrarkrediten gestärkt. Für die o. g. Bauern in Blessem ist nicht erkennbar, ob es sich um Reichserbhöfe gehandelt hat. Die Interessen der Landwirte, die, wie alle Bauern, im Reichsnährstand zusammengefasst waren, wurden von Armin Osterrieth als Kreisbauernführer und in Blessem von Ortsbauernführer Josef Derigs vertreten.³⁵⁷ Neben den bereits erwähnten Ursachen für die Bedeutung, die die Nationalsozialisten der Agrarpolitik zumaßen, standen auch die Erfahrungen während des Ersten Weltkriegs, wo die sog. „Hungerjahre“ gezeigt hatten, wie wichtig eine ausreichende Produktion von Nahrungsmitteln für eine erfolgreiche Kriegsführung war. In diesem Sinne wurde 1936 auch die Landwirtschaft in den Vierjahresplan einbezogen. Hier ging es jetzt in erster Linie um eine Leistungssteigerung der Landwirtschaft, um im Rahmen der Autarkiepolitik die Einfuhr von Lebensmitteln zu reduzieren.³⁵⁸

Eine nähere Analyse bezüglich Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe in den Gemeinden der Stadt Erfstadt lässt sich aufgrund der mangelhaften Quellenlage derzeit nicht erstellen.

3.6 NS-Führungspersönlichkeiten in den Gemeinden der Stadt Erfstadt

3.6.1 Ortsgruppenleiter

Wesentlichen Einfluss auf die Durchsetzung der nationalsozialistischen Politik in den Gemeinden der Stadt Erfstadt hatten die jeweiligen Ortsgruppenleiter. Sie standen im Zentrum der einzelnen, straff organisierten Ortsgruppen³⁵⁹. Der Ortsgruppenleiter wurde jeweils auf Vorschlag des Kreisleiters vom Gauleiter ernannt.³⁶⁰ Die Ortsgruppen der NSDAP waren ein entscheidendes Instrument zum Aufbau und zur Konsolidierung der NS-Herrschaft. Ihre Zahl stieg reichsweit von 11.845 (1932) auf 28.736 (Sommer 1939).³⁶¹ Neben der Sorge für die

³⁵⁷ Esser, A., Eefach wo et nie. Landwirtschaft in Blessem während des 19. und 20. Jahrhunderts, Schriften des Geschichtsvereins Erfstadt 1, Erfstadt 2012, S. 125.

³⁵⁸ Vgl. Grüttner, M., S. 249.

³⁵⁹ Vgl. Kap. 3.4.

³⁶⁰ Vgl. Dörner, Bernward, Ortsgruppe/Ortsgruppenleiter, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 689.

³⁶¹ Als fundierte und grundlegende Untersuchung über die Bedeutung der Ortsgruppen und ihrer Leiter gilt die

Integration der Parteimitglieder im NS-Herrschaftssystem oblag ihnen die Überwachung der in ihrem „Hoheitsgebiet“ ansässigen Bevölkerung, d. h. sie maßten sich eine staatliche Funktion an. Ihre Zellen- und Blockleiter waren angehalten, für alle Bewohner Karteien zu führen mit Angaben über Alter, Beruf, Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen, Spendenbereitschaft u. ä. Damit sollte die politische Zuverlässigkeit der Bürger geprüft werden. Somit stellten die Ortsgruppenleiter mit ihren ihnen untergebenen Mitarbeitern eine Art „Hilfspolizei des Regimes“ dar.³⁶² Sie gehörten zu den politischen Leitern, die vom Block- über den Gauleiter bis zum Reichsleiter das Führerkorps der NSDAP bildeten. Da sie auch in den Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche mehr oder weniger hervortraten, soll ihre politische Laufbahn im Folgenden, soweit die Quellenlage es erlaubt, vorgestellt werden.

Am wirksamsten nachweisbar sind die Aktivitäten des Rechtsanwalts Dr. Paul Geile als Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Lechenich, obwohl auch hier eine lückenlose Darstellung nicht möglich ist. So hat die Stadt- und Amtsverwaltung Lechenich im Jahre 1952 darauf hingewiesen, dass Dr. Geile seine Personalakten beim Anrücken der Besatzungstruppen hat vernichten lassen, „weil aus ihnen die enge Verbindung mit dem Nationalsozialismus und die Berufung als Bürgermeister hervorgingen.“³⁶³ Auch Gemeinderatsprotokolle aus dieser Zeit existieren nicht mehr. Die vorliegenden Informationen stützen sich hauptsächlich auf Unterlagen der Personalakte Dr. Paul Geile aus dem Reichsjustizministerium, die Personalakte des Oberlandesgerichts Köln, die dort bis 1936 geführt wurde und auf verschiedene Entnazifizierungsverfahren und einen Gerichtsprozess vor dem Spruchkammergericht Fritzlar, wo sich Dr. Geile, zunächst in Kategorie I eingestuft, wegen seiner politischen Tätigkeit in Lechenich zu verantworten hatte.³⁶⁴

Paul Geile wurde am 6. April 1882 in Siegen/W. geboren. Nach einem Jurastudium legte er 1906 seine Referendarprüfung und 5 ½ Jahre später die große Staatsprüfung ab. 1910 promovierte er in Leipzig zum Dr. jur.,³⁶⁵ im März 1912 ließ er sich nach zwei vergeblichen Bemühungen um Zulassung in Kerpen/Erft und Waldbröl als Rechtsanwalt in Lechenich nieder, wo er ein Jahr später auch heiratete. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg

2002 erschienene Arbeit von Carl-Wilhelm Reibel: *Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945*, Paderborn 2002. Der Autor versucht, Aufbau, Struktur und Wirkungsweise der NSDAP-Ortsgruppen darzustellen und aufzuzeigen, inwiefern diese ein Instrument zur Stabilisierung der NS-Diktatur waren. Dabei betont er deren Bedeutung für die soziale Kontrolle der Bevölkerung. Er widerspricht den Thesen von I. Kershaw, der die Stabilität des Regimes hauptsächlich im „Hitler-Mythos“ begründet sieht, den lokalen Parteiapparaten eher eine „herrschaftsuntergrabende“ Rolle zuerkennt. Vgl. Reibel, C.-W., *Das Fundament der Diktatur*, S. 395. Zu den Ortsgruppen der NSDAP vgl. auch Grüttner, M., S.82-83.

³⁶² Vgl. Grüttner, M, S. 82.

³⁶³ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1031, Nr. 270.

³⁶⁴ HHStAW, Abt. Kassel, Nr. SKK/III/1361/49, Nr. 4884.

³⁶⁵ Ein Druckexemplar der Dissertation befindet sich in der Stadthistorischen Bibliothek im StAEft.

bescheinigte ihm ein Gutachten des damaligen leitenden Arztes der Psychiatrischen Klinik der städtischen Krankenanstalten Köln-Lindenburg, dass er wahrscheinlich als Folge des Kriegsdienstes einer umfangreichen Tätigkeit als Rechtsanwalt nicht gewachsen wäre und deshalb eine „ruhigere Tätigkeit als Notar ohne öffentliches Auftreten im Parteibetrieb“ empfehlenswert sei.³⁶⁶ Deshalb solle ihm ein Notariat übertragen werden, um das sich Geile im März 1919 in Lechenich bewarb. Nach der Erfolglosigkeit dieses Bemühens wechselte er 1925 vom Amtsgericht Lechenich zum Amtsgericht Brühl und wurde ab Januar 1928 beim Landgericht Köln zugelassen. Zwischenzeitlich erfolgten nochmals vergebliche Bewerbungen um eine Notarstelle in Lechenich (1926) und in Waldbröl (1928). 1931 gab Geile seine Zulassung beim Amtsgericht Brühl auf und beantragte die Wiederezulassung beim Amtsgericht Lechenich und beim Landgericht Bonn. Seit dem 1. April 1932 war er Parteimitglied der NSDAP und nahm zunächst die Rechtsbetreuung der Partei innerhalb des Kreises wahr. Im August wurde er Ortsgruppenleiter der Partei in Lechenich, die nach seinen späteren Angaben damals nur aus „wenigen arbeitslosen Parteigenossen“ bestand.³⁶⁷ Nach dem Krieg erklärte Dr. Geile, er sei aus idealistischen Gründen und wegen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Zerrüttung der Partei beigetreten.³⁶⁸ Obwohl im Januar 1934 bereits zum kommissarischen Bürgermeister von Lechenich ernannt, bewarb er sich im Oktober desselben Jahres um eine Notarstelle in Eitorf/Sieg. Dabei verwies er u. a. auf sein Nettogehalt von 265 RM als kommissarischer Bürgermeister. Mit dem Hinweis auf sein auch als hauptamtlicher Bürgermeister geringes Einkommen von 340 RM, „das nicht für eine 3-köpfige Familie ausreiche“ wandte er sich am 11. Oktober 1935 an den Kreisleiter der NSDAP in Euskirchen Dr. Faßl. Dieser solle ihn bei der Bewerbung um die frei gewordene Notariatsstelle in Lechenich unterstützen, damit wäre es ihm auch möglich, die Leitung der Ortsgruppe zu behalten.³⁶⁹ Eine positive Stellungnahme sowohl des Kreisleiters als auch des Gauleiters legte er seiner Bewerbung beim Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln bei. Eine Kopie seiner Bewerbungsunterlagen schickte er auch an den damaligen Staatssekretär Dr. Roland Freisler ins Justizministerium nach Berlin. Den Unterlagen war auch ein Empfehlungsschreiben des Präsidenten des Oberlandesgerichts Bonn beigegeben, in dem dieser bestätigte, dass sich Geiles aktives Eintreten für die NS-Bewegung in der Ortsgruppe nachhaltig auf seine Anwaltspraxis ausgewirkt habe und er sich deshalb gezwungen gesehen habe, „eine beamtete Stelle anzunehmen, um seine Existenz

³⁶⁶ LAV NRW, Abt. Rheinl., Gerichte Rep. 245, Nr. 183.

³⁶⁷ Westdeutscher Beobachter vom 11.7.1935, Jg. 11, Nr. 188, Bl. 5.

³⁶⁸ HHStAW, Abt. Kassel, Nr. SKK/III/1361/49, Nr. 4884.

³⁶⁹ Die Stelle des Ortsgruppenleiters hatte Geile im Januar auf eigenen Wunsch wegen Überlastung als Bürgermeister an Walter König abgegeben. Dieser wurde aber Ende 1935, bisher als Inspektor beim Amtsgericht in Lechenich tätig, ins Justizministerium nach Berlin versetzt.

zu erhalten.³⁷⁰ Die Personalakte von Dr. Geile erwähnt dann nur noch kurz zwei weitere Bewerbungen um Notariatsstellen in Monschau (Juni 1936) und Andernach (November 1936). Auch eine Bewerbung um die Amtsbürgermeisterstelle in Bornheim bei Bonn war fehlgeschlagen. Die Notariatsstelle in Lechenich hatte der Rechtsanwalt Dr. Stark erhalten. Diese war ihm nach Meinung Dr. Geiles wegen der Schwere seiner Kriegsverletzung zugesprochen worden. Anschließend wurde aber von mehreren NSDAP-Parteidienststellen gegen Dr. Stark ermittelt. Diesen war über dessen aktive Teilnahme an Fronleichnamsprozession, Schwimm- Tanz- und Kegelveranstaltungen berichtet worden. Außerdem hatte er als „Reichsbeamter einen mehrjährigen Mietvertrag mit einem Juden abgeschlossen.“³⁷¹ Schon vor der endgültigen Vergabe des Notariats hatte Dr. Geile im März 1936 in einem Schreiben an den Oberstaatsanwalt in Köln Dr. Stark für ein freigewordenes Notariat in der Nähe von Trier vorgeschlagen.³⁷²

Geile blieb bis 1945 als Ortsgruppenleiter und Bürgermeister in Lechenich tätig. Aus seiner Amtstätigkeit als Bürgermeister ist hervorzuheben, dass Lechenich auf Antrag der Gemeinde nach zuvor mehrmals erfolglosen Versuchen im Januar 1943 durch Verfügung des Regierungspräsidenten Köln das Recht erhielt, die Bezeichnung „Stadt“ zu führen.³⁷³ Die Pläne Dr. Geiles für einen Zusammenschluss der amtsfreien Gemeinde Lechenich mit den Ämtern Erp, Friesheim und Gymnich zu einem Großamt mit ca. 12.000 Einwohnern scheiterten aber, ebenso der Plan der Auflösung des Amtes Liblar und dessen Eingliederung nach Lechenich. In einem weiteren Schritt sollte die Eingemeindung sämtlicher noch bestehender Gemeinden in eine Großgemeinde erfolgen.³⁷⁴ Die Bürgermeistertätigkeit Dr. Geiles wurde von dem späteren Stadt- und Amtsdirektor Heinrich Becker (1902-1972) recht negativ beurteilt. Demnach hatte er kommunalpolitisch nichts geschaffen, „die laufenden Verwaltungsgeschäfte erledigte der Amtsinspektor Anton, der von Jugend auf in der Verwaltung beschäftigt war.“³⁷⁵ Geile sei in der Öffentlichkeit primär als Ortsgruppenleiter aufgetreten.³⁷⁶ In dieser Eigenschaft soll er häufig, wie schon an anderer Stelle erwähnt,³⁷⁷ städtischen Mitarbeitern oder auch Beschäftigten anderer Behörden oder bei Privatunternehmen Beschäftigten entweder persönlich oder über Dritte gedroht haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie nicht der Partei beitreten würden.

³⁷⁰ LAV NRW, Abt. Rheinl., Gerichte Rep. 245, Nr. 183, S. 170 ff.

³⁷¹ BA Berlin, R 3001, 57004, Schreiben Geiles an den Pg. Dr. Vollmer v. 19.7.1936.

³⁷² Ebd., Schreiben Geiles an den Oberstaatsanwalt vom 30.3.1936.

³⁷³ Westdeutscher Beobachter vom 27.2.1943, Jg. 19, Nr. 56/57 und StAEft, A 03-810.

³⁷⁴ Othengrafen, Ralf, Geheimnisvolle Pläne zu Neugliederungen im Gebiet der heutigen Stadt Erftstadt zwischen 1927 und 1939 in: Jahrbuch 2009 Stadt Erftstadt, S. 55-60.

³⁷⁵ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 101, Nr. 270. Schreiben des Stadt- und Amtsdirektor Beckers vom 17.8. 1951 an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss für den Regierungsbezirk Köln.

³⁷⁶ Ebd.

³⁷⁷ Vgl. Kap. 3.2.

In mehreren Fällen ist es nicht nur bei der Drohung geblieben.³⁷⁸ Tatsächlich hatte, wie schon erwähnt, die Zahl der Parteimitglieder auch in der Ortsgruppe Lechenich erheblich zugenommen, und zwar von 80 Mitgliedern am 30. Januar 1933 auf über 300 Mitglieder im Jahre 1934. Der Entnazifizierungsausschuss Euskirchen warf Geile 1947 vor, durch seine Machenschaften habe das Parteiwesen in seiner Gegend einen „unverhältnismäßig hohen Aufschwung erreicht.“³⁷⁹

In Liblar wurde die Ortsgruppe der NSDAP von Johann Dünnwald geleitet, der seit 1931 der NSDAP angehörte, von der er sich nach seinen Aussagen im Entnazifizierungsverfahren nach selbst erfahrener längerer Arbeitslosigkeit bessere wirtschaftliche Verhältnisse erhofft hatte. Vom 1. Mai 1933 bis zum Jahr 1937 sowie zwischen 1939 und 1940 war er Ortsgruppenleiter. Im Jahre 1904 in Brüggen geboren, hatte er, eigentlich gelernter Elektroingenieur, nach seiner Heirat den Klempnerbetrieb seines Schwiegervaters in Liblar übernommen. Seit 1933 war er zugleich Erster Beigeordneter der Gemeinde Liblar.³⁸⁰ Im Laufe des Jahres 1940 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Dies geschah nach seinen späteren Aussagen deshalb, weil er nicht aus der Kirche ausgetreten war und seinen Sohn hatte taufen lassen.³⁸¹ In der Tat war er der einzige der Ortsgruppenleiter in Erftstadt, der zum Wehrdienst eingezogen worden war und bis Ende des Krieges als Soldat gedient hat. Spannungen innerhalb seiner Partei führte er auch darauf zurück, dass er die radikalen Pläne und Maßnahmen der NSDAP oft umgangen habe. So legte er den Entnazifizierungsausschüssen nach dem Krieg mehrere Zeugnisse von SPD- und KPD-Mitgliedern vor, die ihm bescheinigten, sie vor Strafverfolgungen der Gestapo bewahrt zu haben.³⁸² Dieses Verhalten mag auch damit begründet sein, dass die Ehefrau von Dünnwald seit Ende des Ersten Weltkrieges zuerst Mitglied der SPD, dann der KPD gewesen war und auch nach 1933 ihre politische Gesinnung nicht aufgegeben hatte.³⁸³ Dünnwald, der wie alle Ortsgruppenleiter der Stadt Erftstadt nach der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 inhaftiert und von einem Spruchkammergericht angeklagt worden war wegen möglicher persönlicher Straftaten in Ausübung des politischen Amtes und weil er als Mitglied des politischen Führungskorps kriegsverbrecherische Maßnahmen ermöglicht hatte, war auch der einzige Ortsgruppenleiter, dessen Anklage nicht in einer mündlichen Verhandlung erörtert wurde, weil

³⁷⁸ Vgl. hierzu LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1031, Nr. 270 Schreiben des technischen Angestellten Axer v. 2.11.1951 an die Stadt- und Amtsverwaltung Lechenich, ebenso: LAV NRW, Abt. Rheinl. NW 1049, Nr. 68886, Bericht von Frau Anna Weidenfeld, Lechenich, ähnlich: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Aussagen von Gerhard Möllenbeck, S. 14 und von Christine Müller, geb. Dietz und Tochter Helene Müller, Lechenich.

³⁷⁹ HHSStAW, Abt. Kassel, Nr. SKK/III/1361/49, Nr. 4884.

³⁸⁰ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 208.

³⁸¹ Privatarchiv Kessler, Liblar, Aufzeichnungen eines Privatgesprächs mit J. Dünnwald vom 15.4.1998.

³⁸² LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 1542.

³⁸³ Vgl. Aussage von Frau Dünnwald vor der Spruchgerichtskammer Hiddesen im November 1947, in: BA Koblenz, Z/42/V, 717.

die Spruchkammer Hiddesen in ihrer Sitzung vom 5. November 1947 nach Prüfung der Sachlage zu dem Entschluss kam, dass in dem vorliegenden Verfahren mit einem Freispruch zu rechnen sei. Zuvor hatte schon im August 1947 der Entnazifizierungs-Hauptausschuss Liblar durch seinen Geschäftsführer Max Kain, einen ehemaligen jüdischen Nachbarn Dünnwalds, dem Spruchgericht mitgeteilt, dass gegen Dünnwald kein belastendes Material vorliege.³⁸⁴ Abschließend wurde Johannes Dünnwald dann durch den Entnazifizierungsausschuss Euskirchen am 2. April 1949 in die „Kategorie IV ohne Vermögenssperre“ eingereiht.³⁸⁵

Die Stelle des Ortsgruppenleiters in Liblar hatte nach der Einberufung Dünnwalds zur Wehrmacht Mathias Valerius übernommen. Dieser, am 16. Februar 1901 in Laubach bei Cochem geboren, lebte seit 1920 in Kierdorf. Er war schon seit dem 1. März 1932 stellvertretender Ortsgruppenleiter der NSDAP in Liblar gewesen, in den Jahren 1933 und 1934 gehörte er auch der SS an. Im Jahre 1932 war er, vorher als Rangierer bei der Reichsbahn im Bahnhof Mödrath angestellt, arbeitslos geworden. Nach 1933 war er wieder bei der Reichsbahn am Bahnhof Liblar eingestellt worden. Außer zeitgenössischen Zeitungsberichten im Westdeutschen Beobachter und dem Euskirchener Volksblatt, die die Propagandatätigkeit von Valerius auf den verschiedensten NS-Veranstaltungen belegen, liegen keine schriftlich dokumentierten politischen Aktivitäten und Verwaltungsentscheidungen von Valerius vor. Eine diesbezügliche Erklärung lässt sich aus den vorliegenden Quellen nicht eindeutig erkennen. Während der Pfarrer von Kierdorf in seiner Pfarrchronik aus dem Jahr 1945 berichtet, dass der amtierende Ortsbürgermeister vor dem Einrücken der Amerikaner mit vielen seiner Parteigenossen die Flucht ergriffen habe, nachdem er zuvor sämtliche Akten verbrannt hatte,³⁸⁶ versicherte 1948 der damalige Ortsbürgermeister von Kierdorf, Josef Grell, vor dem Entnazifizierungsausschuss in Köln, dass er bei seinem Amtsantritt „das unversehrt vorgefundene Aktenmaterial in seinem kompletten Bestand gesichtet“ habe. Aus diesen Akten sei zu erkennen, dass Valerius sich sehr sozial verhalten habe und beispielsweise viele Anzeigen und Denunziationen mit dem Vermerk „ad acta“ beiseite gelegt habe.³⁸⁷ Entsprechende Akten lassen sich allerdings weder bei den zuständigen kommunalen Archiven in Ertstadt oder Euskirchen auffinden, auch alteingesessene Kierdorfer Bürger vermögen über einen eventuellen Verbleib keine Auskunft zu geben. Die Spruchgerichtskammer Bielefeld, von der Valerius wegen seiner Zugehörigkeit zum politischen Führungskorps der NSDAP angeklagt worden war, verwies während der Verhandlungen auf die durch Kriegseinwirkung verschwundenen Akten, die Auskunft über die

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 1542.

³⁸⁶ PfA Kie, B 7, Pfarrchronik St. Martinus in Kierdorf, unpaginiert.

³⁸⁷ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 34537.

politischen Aktivitäten von Valerius hätten geben können. Es lagen der Spruchkammer hingegen einige Zeugnisse von Betroffenen vor, die durch den Einfluss des damaligen Ortsgruppenleiters nach ihrer Verhaftung durch die Gestapo freigelassen worden waren. Zu diesen Zeugen gehörte auch der spätere Amtsbürgermeister von Liblar, Johann Arenz, der im Zusammenhang mit der Aktion „Gitter“ bzw. „Gewitter“ im August 1944 nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli in ein Erziehungslager der Gestapo nach Köln-Deutz gebracht worden war. Die Verhandlung des Spruchgerichts Bielefeld endete am 23. Februar 1948 mit einem Freispruch. Dem Argument des anklagenden Staatsanwalts, als politischer Leiter mitverantwortlich für Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten zu sein, indem diese Leiter u. a. die Verfolgungsmaßnahmen gegen politische Gegner, Juden, Kriegsgefangene, Kranke usw. propagandistisch unterstützen mussten, begegnete Valerius mit dem Hinweis darauf, dass ihm von solchen Verbrechen der Nationalsozialisten nichts bekannt gewesen sei, er habe nur Einblick in seine Arbeit in der Ortsgruppe Liblar und das Geschehen in Kierdorf gehabt, von der Existenz der Gestapo habe er beispielsweise erst während seiner Internierung in Eselheide erfahren.³⁸⁸

Erp, zunächst eine Zelle der Ortsgruppe Lechenich, wurde im Juli 1934, wie bereits oben erwähnt, unter der Leitung des dortigen Volksschullehrers Wilhelm Welter selbständig. Welter, geboren am 12. November 1892 in Erp, hatte als junger Mann am Ersten Weltkrieg teilgenommen und berichtete später gerne über seinen Einsatz in der Schlacht von Langemarck (10. November 1914 in Flandern). Er war vor 1933 Vorstandsmitglied des katholischen Lehrerbundes, stand politisch dem Zentrum nahe, war viele Jahre im Kirchenvorstand, ehrenamtlicher Kirchenrendant und engagierte sich zusammen mit seinem Pfarrer im Borromäusverein. Diese Aufgaben gab er nach seinem Eintritt in die NSDAP ab. 1935 ersetzte er den bisherigen Bürgermeister Münch, der dem Zentrum angehört hatte.³⁸⁹ Seine Tätigkeit als Ortsgruppenleiter rechtfertigte er später mit dem Hinweis, dass die NSDAP gerade auf dem Lande einen ausgesprochenen Mangel an gebildeten Mitarbeitern hatte und deshalb die Lehrerschaft in weitestem Umfang für ihre Posten herangezogen habe. Auch die Bevölkerung in Erp und seine Kollegen hätten gefürchtet, dass ein Ortsfremder Gruppenleiter werde.³⁹⁰ Nachdem man ihn im März 1939 quasi zum Kirchenaustritt gezwungen habe, sei er seelisch zusammengebrochen und er habe sich mehrmals u. a. durch längerfristige Krankenatteste darum bemüht, sein Amt

³⁸⁸ Vgl. BA Koblenz, Z 42/IV, 769.

³⁸⁹ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 208.

³⁹⁰ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 68170 und Weitz, R., Der Nationalsozialismus an der Macht, S. 294 f. „Im frühen Stadium der NS-Herrschaft hatten die örtlichen Zellen [...] und Ortsgruppen große Schwierigkeiten unter der alt eingesessenen Bevölkerung geeignete Führungskräfte zu finden. Oft wurden deshalb junge Lehrer von außerhalb zur Führung der Ortsgruppen eingesetzt.“

niederzulegen. Gauleitung und auch der zuständige Schulrat wünschten aber sein Verbleiben im Amt.³⁹¹ Dieses Bild suggeriert, wie häufig in Entnazifizierungsakten zu erkennen ist, dass sein politisches Handeln fremdgesteuert war. Im späteren Verfahren des Spruchgerichts Bielefeld berichtete seine Ehefrau, dass ihr Mann nach mehreren Kursen und Schulungsabenden der NSDAP teilweise deren Überzeugung angenommen habe.³⁹² Mit Wirkung vom 1. April 1935 war Welter zum Hauptlehrer in Erp ernannt worden,³⁹³ eine Maßnahme, die laut seinen eigenen späteren Aussagen schon im Jahre 1932 geplant war. Die Bevölkerung in Erp hat seine Tätigkeit als Ortsgruppenleiter nach dem Krieg verschieden beurteilt. Eine Zeitzeugin hat in Erinnerung, dass Welter die obligatorischen Aufmärsche z. B. zum 30. Januar, zum 20. April und zum 1. Mai organisieren musste: „Dann zog er zusammen mit anderen Parteigenossen, mit SA-Leuten und HJ in brauner Uniform mit Fahnen, Trommeln und Fanfaren durch den Ort.“³⁹⁴ Eine andere Erper Bürgerin erinnert sich an den schweren Bombenangriff auf Erp am 30. November 1944, bei dem auch die Schule getroffen worden war. Welter lag verschüttet unter den Trümmern, war aber mit einer leichten Kopfverletzung davongekommen. Obwohl bei diesem Angriff mehr als 90 Menschen ums Leben gekommen waren, sei er „nach einigen Stunden wieder in Uniform und mit einem Kopfverband über die Hochstrasse gelaufen und habe gesagt: ‚Ich fühle mich wie ein kleiner König von Erp‘.“³⁹⁵ Ein anderer Zeitgenosse, damals 18 Jahre alt, erinnert sich, dass Welter ihn, der damals auf Anraten seiner Eltern einem Gestellungsbefehl nicht gefolgt war und sich versteckt hatte, durch eine Lüge vor SA-Leuten, die ihn gesucht und mit sofortiger Erschießung als Deserteur gedroht hatten, das Leben gerettet habe.³⁹⁶ Die aktive Rolle, die Welter bezüglich HJ und BDM gespielt hat, wird in einem folgenden Kapitel näher dargestellt werden.³⁹⁷ Welter wurde nach dem Krieg wegen seiner politischen Tätigkeiten bis 1947 im Zivilinternierungslager Eselheide interniert und zunächst von der 2. Spruchkammer in Bielefeld zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.³⁹⁸ Dieses Urteil wurde aufgehoben und in eine

³⁹¹ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 68170.

³⁹² BA Koblenz, Z 42/IV, 206.

³⁹³ Westdeutscher Beobachter v. 20.4.1935, Jg. 11, Nr. 109/110.

³⁹⁴ Leser, Ludwig, Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 107 f.

³⁹⁵ Happe, Cilla, Der Bombenangriff vom 30. November 1944 auf Erp, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 124.

³⁹⁶ Abels, Gustav, Der Gestellungsbefehl, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 129.

³⁹⁷ Vgl. Kap. 5.

³⁹⁸ Das erstinstanzliche Urteil wurde damit begründet, dass Welter nach dem 1. September 1939 dem politischen Führungskorps als Mitglied angehört hatte, obwohl er wusste, dass es für die Begehung von Handlungen benutzt wurde, die durch Art. VI der Satzungen des Internationalen Militärgerichts für verbrecherisch erklärt worden sind. Bezüglich der Judenverfolgung wurde ihm vorgeworfen, dass er nach eigenen Angaben Kenntnis davon hatte, dass die Juden zusammengezogen und abtransportiert wurden. Welters Behauptung, dass er geglaubt habe, diese würden innerhalb Deutschlands angesiedelt werden, wies das Gericht aufgrund der bei einem Lehrer vorausgesetzten Geographiekennntnisse zurück. Vgl. BA Koblenz, Z/42/IV, 206.

Geldstrafe von 3.000 RM umgewandelt. Schließlich stufte ihn der Hauptentnazifizierungsausschuss des Kreises Euskirchen am 15. Januar 1949 in die Kategorie IV ohne Vermögenssperre ein.³⁹⁹

Die Ortsgruppe in Gymnich wurde von Hermann Bungarten geleitet. Der gelernte Maurer war von 1931 bis Juni 1934 arbeitslos gewesen. Schon in den 1920er Jahren war er Mitglied der NSDAP und zusammen mit seinem Bruder Matthias, ebenfalls Maurer und SA-Führer in Gymnich, wesentlich am Aufbau der Ortsgruppe Gymnich beteiligt. Er hatte diese am 1. August 1931 nach vorhergehender zweijähriger Propagandaarbeit mit zunächst fünf Mann gegründet. Dabei muss es zunächst erhebliche Schwierigkeiten gegeben haben.⁴⁰⁰ Nach den Märzahlen 1933 war Bungarten Mitglied des Gemeinderates, und ab Juli 1934 arbeitete er als Hilfsfeldhüter bei der Gemeinde, von der er für diese Tätigkeit 120 RM Vergütung erhielt. Obwohl er zweimal kurzfristig zur Wehrmacht einberufen worden war, und zwar vom August bis November 1939 und von Juni bis August 1940, behielt er das Amt des Ortsgruppenleiters bis Ende Februar 1945. Die Partei hatte es gegenüber der Wehrmacht durchgesetzt, ihn für unabkömmlich zu erklären.⁴⁰¹ In der Wahrnehmung der Bevölkerung von Gymnich galt er als jemand, der zwar für die Ziele des Nationalsozialismus arbeitete, „aber seine Grenzen kannte“⁴⁰² und als jemand, der wie sein Bruder „traditionell gewachsene und rechtlich gesicherte Kompetenzgrenzen respektierte.“⁴⁰³ Allerdings war sein politisches Handeln in Gymnich nicht bei allen Einwohnern unumstritten. Der Westdeutsche Beobachter berichtet z. B. in seiner Ausgabe vom 10. Juli 1934 über die Verurteilung eines Schreinermeisters aus Gymnich, der wegen Beleidigung des Ortsgruppenleiters zu einer Geldstrafe von 60 RM verurteilt worden war. Der Angeklagte habe sich durch bestimmte Kreise in Gymnich vor deren Karren spannen lassen.⁴⁰⁴ Auffallend war dann wohl in dem katholisch geprägten Ort sein Austritt aus der Kirche. Heute noch lebende Zeitzeugen können sich noch gut daran erinnern, dass der Ortsgruppenleiter und der Pfarrer gemeinsam am Fenster des Pastorats den vorbeiziehenden HJ-Umzügen den Hitlergruß entboten.⁴⁰⁵ Bungarten, der 1939 seine Konfession mit „gottgläubig“ angab, begründete nach 1945 seinen Kirchenaustritt damit, dass er nicht mehr habe kirchlich gebunden sein wollen. Sein Pfarrer bescheinigte ihm für den Entnazifizierungsausschuss, dass er nur auf Druck

³⁹⁹ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 68170.

⁴⁰⁰ Der Westdeutsche Beobachter berichtet in einem 1935 verfassten Rückblick von blutigen Schlägereien, Saalschlachten auch außerhalb Gymnichts und tätlichen Auseinandersetzungen um eine Hakenkreuzfahne an der Hofmauer von Bungarten. Vgl. Westdeutscher Beobachter vom 9.7.1937, Jg. 11, Nr. 186, Bl. 6.

⁴⁰¹ Vgl. BA Koblenz, Z/42/V, 352.

⁴⁰² Bormann, C., Josef Schweins – ein Bürgermeister ohne Fehl und Tadel, in: Jahrbuch 1999 Stadt Erftstadt, S. 129.

⁴⁰³ Weber, Erftstadt-Gymnich, S. 70.

⁴⁰⁴ Vgl. Westdeutscher Beobachter vom 10.7.1934, Jg. 10, Nr. 188, Bl. 6.

⁴⁰⁵ Zeitzeuge Kurt Engel (Jg. 1928), Gymnich.

der Partei ausgetreten sei, um seine wirtschaftliche Lage nicht zu gefährden. Nach 1945 habe er sonntags wieder regelmäßig am Gottesdienst teilgenommen.⁴⁰⁶ Bungarten wurde wegen seiner politischen Tätigkeit vom 18. Mai 1945 bis zum 28. Januar 1948 im Lager Staumühle bei Paderborn interniert. Das Spruchgericht Hiddesen verurteilte Bungarten am 9. Dezember 1947 zu vier Monaten Gefängnis wegen seiner Zugehörigkeit zum politischen Führungskorps. Die Kenntnis der diesem Korps zur Last gelegten Verbrechen konnte das Gericht dem Angeklagten in drei Punkten nachweisen.

Hinsichtlich der Judenverfolgung kannte Bungarten die antisemitische Einstellung seiner Partei und die entsprechende Propaganda, an welcher er zumindest insofern mitgewirkt habe, als er diese gegenüber der öffentlichen entgegengesetzten Meinung abgeschirmt habe.⁴⁰⁷ Bungarten hatte auch zumindest Kenntnis von den Ausschreitungen des Judenpogroms am 10. November 1938, wenn er auch, entgegen einiger anderer Zeugenaussagen, eine persönliche Teilnahme bestritten hat. Er behauptete, man habe ihn mit seinem Bruder verwechselt, mit dem er anschließend wegen dessen Teilnahme in Streit geraten sei. Bungarten war auch dabei, als die fünf jüdischen Familien aus Gymnich im Jahre 1943 von der Polizei abgeholt wurden und ihr bewegliches und unbewegliches Eigentum dem Finanzamt überstellt wurde. Dem Angeklagten war auch das Bestehen der Konzentrationslager bekannt und die Tatsache, dass diese dazu dienten, politische Gegner auszuschalten.

Nach Meinung des Gerichts wusste Bungarten auch, dass ein Teil der in Deutschland eingesetzten Fremdarbeiter nicht freiwillig gekommen war und dass diese der Überwachung des politischen Führungskorps unterstellt waren. Diese Tätigkeit hatte Bungarten auch selbst durchgeführt, indem er beispielsweise diese Arbeiter zu bestimmten Tätigkeiten für die Gemeinde bestellte oder bei Streitigkeiten zwischen ihnen und Bauern, für die sie arbeiteten, zu vermitteln versuchte.⁴⁰⁸

Ursprünglich aufgrund seiner formalen Belastung und seiner Verurteilung durch das Spruchgericht in Kategorie III eingestuft, wurde er am 4. Dezember 1948 vom Entnazifizierungsausschuss in Euskirchen in Gruppe IV ohne Vermögenssperre eingestuft, so dass er auch sein zwischenzeitlich beschlagnahmtes Haus wieder erhielt.⁴⁰⁹

⁴⁰⁶ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 1543.

⁴⁰⁷ Zum Antisemitismus als Kernpunkt der NS-Ideologie vgl. insb. Ausführungen in Kap. 7.

⁴⁰⁸ BA Koblenz, Z/42/V, 352.

⁴⁰⁹ Nachdem Bungarten ursprünglich vom Spruchgericht in Hiddesen im Dezember 1947 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war und nach dem Grund für dieses Urteil befragt worden war, bemerkte er dazu, die Verurteilung sei erfolgt, weil er gewusst haben müsse, dass nicht alle ausländischen Arbeiter freiwillig in Deutschland waren. (LAV, NRW. NW 1049, Nr. 1543.)

Bei der Betrachtung der einzelnen NSDAP-Ortsgruppenleiter in den Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt fällt auf, dass diese entweder wegen ihrer Stellung und Tätigkeit als Beamte in die Partei eintraten und für diese Führungsaufgaben auf lokaler Ebene übernahmen, wie bei dem Ortsgruppenleiter Welter aus Erp, oder dass sie in finanziellen und materiellen Schwierigkeiten waren. Inwiefern sie aus politischer Überzeugung handelten und sich mit der Ideologie des Nationalsozialismus wirklich identifizierten, ist anhand der vorliegenden Quellen kaum zu beurteilen. Dies trifft nicht nur für die Ortsgruppenleiter von Liblar, Lechenich, Kierdorf und Gymnich zu, sondern auch für den Landwirt Christian Curt, der die Ortsgruppe Friesheim vom Januar 1932 bis März 1945 leitete.

Der 1893 in Friesheim geborene Landwirt Curt hatte ursprünglich ein stattliches Erbe mit großem Landbesitz erhalten. Als er durch die fällige Übernahme einer Bürgerschaft für das Unternehmen eines Bekannten, der Konkurs hatte anmelden müssen, selbst in große finanzielle Bedrängnis geriet, trat er 1931 der NSDAP bei und wurde im Januar 1932 Leiter der Ortsgruppe Friesheim.⁴¹⁰ Er hat nach eigenen Aussagen im späteren Spruchkammergerichtsverfahren in Hiddesen damals in der NSDAP die einzige Möglichkeit gesehen, den wirtschaftlich Bedrängten und damit auch sich selbst zu helfen.⁴¹¹ Curt, der zunächst seit Juni 1933 Erster Beigeordneter des Gemeinderates war, wurde im September desselben Jahres zum Ehrenbürgermeister von Friesheim ernannt.⁴¹² Dieses Amt übte er bis 1943 aus, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, als der Landrat in Euskirchen die Verlegung der Geschäfte des Amtes Friesheim nach Lechenich anordnete.⁴¹³ Im April 1937 trat er aus der katholischen Kirche aus, so wie auch die meisten anderen Ortsgruppenleiter in der Stadt Erftstadt.⁴¹⁴ Seine Rolle bei dem Judenpogrom im November 1938 wird an anderer Stelle behandelt werden. In dem oben erwähnten Gerichtsverfahren wegen seiner politischen Tätigkeiten für die NSDAP wurde Curt von Zeugen als jemand geschildert, der in seiner geistigen Reife unter dem Durchschnitt liege, der leichtgläubig und vertrauensselig gewesen sei. Er habe sich durch den Umgang mit den ihm übergeordneten Vertretern der Partei sehr geehrt gefühlt und ihre Anweisungen vielleicht auch dann ausgeführt, wenn er eventuell persönlich deren Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit bezweifelt habe. Das Spruchgericht Hiddensee verurteilte Curt, der seit dem 15. Mai 1945 im Internierungslager Staumühle inhaftiert war, am 11. November 1947 wegen der Zugehörigkeit

⁴¹⁰ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 207 f.

⁴¹¹ BA Koblenz, Z 42/V, 188.

⁴¹² StAEft, A01-1/1, Teil 1: Gemeinderatsprotokolle Friesheim.

⁴¹³ StAEft, A 01-11.

⁴¹⁴ PfA Fr, Pfarrchronik Friesheim, S. 53.

zum Führungskorps der NSDAP zu einer Geldstrafe von 3.000 RM.⁴¹⁵ Curt wurde am 11. Dezember 1948 vom Entnazifizierungsausschuss in Euskirchen in die Kategorie IV eingereiht.⁴¹⁶

3.6.2 Amtsbürgermeister der Gemeinden

Neben den bereits auch in ihrer Eigenschaft als jeweilige Ortsgruppenleiter vorgestellten Amtsbürgermeistern von Lechenich und Friesheim soll im Folgenden, soweit die Quellenlage dies ermöglicht, auf die Bürgermeister von Liblar und Gymnich als damalige NS-Funktionsträger eingegangen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich schon früh nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ die Stellung und die Aufgaben der Bürgermeister im Deutschen Reich grundlegend geändert hatten.⁴¹⁷ Während in der Weimarer Republik das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung noch ausdrücklich betont worden war, kam es bereits mit dem Inkrafttreten des preußischen Gemeindeverfassungsgesetzes am 1. Januar 1934 zur Durchsetzung des „Führerprinzips“ auch auf lokaler Ebene. Zunächst wurden einheitlich in den preußischen Gemeinden alle Entscheidungskompetenzen auf den Bürgermeister übertragen, der die Verwaltung der Gemeinde leitete. Es gab keinen gewählten Gemeinderat mehr, sondern eine Gemeindevertretung, deren Mitglieder von der staatlichen Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Gauleiter berufen wurden. Sie hatten nur noch beratende Funktion und sollten der Bevölkerung die Entscheidungen des Bürgermeisters einsichtig vermitteln. Am 30. Januar 1935 trat dann die neue Deutsche Gemeindeordnung in Kraft, die eine umfassende Neuregelung der kommunalen Verwaltung für das ganze Reich darstellte. Der Bürgermeister wurde jetzt nicht mehr gewählt, sondern von einem „Beauftragten der Partei“, in der Regel vom jeweils zuständigen Kreisleiter, berufen. Der Parteibeauftragte wiederum erhielt seine Berufung vom Gauleiter. So sollte eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Partei sichergestellt werden. In Wirklichkeit wurde durch diese Verankerung der NSDAP in die Kommunalverwaltung die exponierte Stellung des Bürgermeisters völlig untergraben. Es kam

⁴¹⁵ BA Koblenz, Z/42/V, 188.

⁴¹⁶ STAEft, A 01.

⁴¹⁷ Vgl. Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970. Diese bis heute als Standardwerk geltende Arbeit zeigt die gänzliche Zerstörung der tradierten kommunalen Selbstverwaltung auf. Erst wesentlich jüngere Arbeiten von Sabine Mecking und Andreas Wirsching (Hg.): Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005 und Bernhard Gotto: NS-Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch Augsburger Stadtverwaltung, München 2006, haben an ausgewählten Beispielen aufgezeigt, dass es Stadtverwaltungen teilweise gelingen konnte, eigenständige Handlungsräume zu bewahren.

vielfach zu erheblichen Reibungen zwischen der Gemeindeverwaltung und der Parteiorganisation.⁴¹⁸ Der für die Zeit der NS-Herrschaft typische Dualismus zwischen Partei und Staat trat hier deutlich zutage.

Der damalige Amtsbürgermeister von Liblar, Hugo ten Hövel, gab in einer Stellungnahme anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens im Juni 1946 an, dass ihm aus Misstrauen seiner Person gegenüber in Liblar jeweils ein Aktivist der Partei als Ortsbürgermeister beigegeben wurde, dessen Auswahl und Berufung sich die Kreisleitung der NSDAP vorbehalten habe.⁴¹⁹ Ten Hövel hatte von 1920 bis 1933 dem Zentrum angehört und war am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten, ein politischer Wechsel, der für die damalige Zeit allerdings nicht ganz ungewöhnlich war. Allein im benachbarten Landkreis Köln hatten sich nach dem 30. Januar 1933 vier von zehn ehemaligen Zentrums-Bürgermeistern den Nationalsozialisten angeschlossen.⁴²⁰ Ten Hövel stammte aus Wesel am Niederrhein, wo er am 27. November 1890 geboren worden war. Nach dem Schulabschluss an der Oberrealschule in Krefeld strebte er zielstrebig eine Bürgermeisterlaufbahn an. In diesem Zusammenhang übte er Tätigkeiten in verschiedenen kommunalen Ämtern und Verwaltungen aus, bis er 1915 erfolgreich die Prüfung für den mittleren Staatsdienst ablegte. Er absolvierte ein vier-semestriges Studium an der Hochschule für Kommunalverwaltung in Düsseldorf, bevor 1920 seine Berufung zum Amtsbürgermeister des Amtes Heisingen bei Essen erfolgte. Wegen der Eingemeindung dieses Amtes nach Essen im Jahre 1929 wurde er auf Vorschlag und Vermittlung des Euskirchener Landrats Dr. Mertens und durch einstimmigen Beschluss der Zentrumspartei in Liblar am 15. Februar 1930 als Amtsbürgermeister in Liblar eingeführt. Er hat dieses Amt, anders als viele seiner benachbarten Amtskollegen, bis zum Einrücken der Amerikaner am 3. März 1945 verwaltet. Seinem Eintritt in die NSDAP waren ein Verfahren und mehrere Vernehmungen durch die Kreisleitung der NSDAP in Euskirchen mit dem Ziel der Amtsenthebung vorausgegangen. Die Partei hatte nach dem 30. Januar 1933 erfahren, dass ten Hövel, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, an ihm zuverlässige Männer Waffen ausgegeben hatte, um einer befürchteten Überrumpelung der Stadtverwaltung durch die NSDAP zuvorzukommen. Innerhalb der Partei hat er nie ein Amt bekleidet. In der örtlichen Presse wurde mehrmals sein Auftreten als Vorsitzender des Gartenbauvereins, des Verkehrs- und Verschönerungsvereins und der von ihm gegründeten

⁴¹⁸ Dies lässt sich u. a. an Beispielen aus den der Stadt Erftstadt benachbarten Orten Düren und Frechen nachweisen. Vgl. die Biographien von Jochen Menge: Bürgermeister Dr. Toll. Beiträge zu einer politischen Biographie, Teil 2, in: Jahrbuch des Frechener Geschichtsvereins, Bd. 9, Frechen 2013, S. 107-164 und Peter Staatz, Peter Josef Schmitz, Bürgermeister in Düren 1933-1942. Eine biographische Skizze, in: Dürener Geschichtsblätter, Nr. 86, S. 65-214.

⁴¹⁹ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1051, Nr. 2500.

⁴²⁰ Vgl. Menge, Jochen, Bürgermeister Dr. Toll, S. 152.

„Gefolgschaft von Freunden der Heimatgeschichte“ erwähnt.⁴²¹ Er wollte sich laut seiner späteren Aussagen damit auch der Mitarbeit innerhalb der Partei entziehen.⁴²² Im Jahre 1942 endete seine reguläre 12-jährige Amtszeit. Diese wurde nur bedingt verlängert, indem ihn der damalige Euskirchener Landrat Dr. Ernst Bardenheuer nicht, wie bei den Amtskollegen im Kreis Euskirchen meist üblich, wiederberief, sondern nur vorläufig und kommissarisch mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragte.⁴²³

Bezüglich des Parteiwechsels von ten Hövel sollte beachtet werden, dass von den insgesamt 557 Stellen für Amtsbürgermeister und Schulzen im Gau Köln-Aachen nur 150 nicht von Parteimitgliedern besetzt waren. Innerhalb der Parteimitglieder in den Bürgermeistereien waren ca. drei viertel erst nach dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten. „Hierfür einseitig den Begriff Opportunismus und Mitläufertum zu verwenden, verkennt die autoritär-katholische Staatsauffassung, wonach die Mitarbeit unter einer legal zustande gekommenen Regierung eine Voraussetzung für jede Gesellschafts- und Staatsordnung bildet. Dass daneben die Strategie verfolgt wurde, zentrierte Positionen in die nationale Bewegung einzubringen und diese somit zu mäßigen, sollte nicht verkannt werden.“⁴²⁴ Ten Hövel selbst begründete in mehreren Entnazifizierungsverfahren seinen Eintritt in die NSDAP damit, dass er habe verhindern wollen, dass gerade in Liblar, wo die Bevölkerung in den Märzahlen so eindeutig den Nationalsozialismus abgelehnt habe, ein „alter Kämpfer“ der Partei Bürgermeister würde.⁴²⁵ Bei der Bewertung des Parteieintritts von ten Hövel kann in der Tat ein taktisches Manöver nicht ausgeschlossen werden. Dieses könnte sich durchaus auch mit opportunistischen Gründen, d. h. seinem Wunsch, die bisherige berufliche Stellung und damit auch seine materielle Existenzgrundlage zu sichern, vermischt haben.

⁴²¹ Vgl. Euskirchener Volksblatt vom 23.10.1935, Jg. 1935, Nr. 247, Bl. 4, vom 8.5.1939, Jg. 1939, Nr. 106, Bl. 2, vom 14.1.1942, Jg. 1942, Nr. 11, 26.6.1942, Jg. 1942, Nr. 147, Bl. 2. Am 20.6.1930 war unter dem Vorsitz von Hugo ten Hövel der „Verkehrs- und Verschönerungsverein für das Amt Liblar“ gegründet worden. Nach den Vorstellungen des Gründers sollte sich der Verein neben wichtigen Fragen um Verkehrsbelange (Fahrplan der Reichsbahn, Omnibus-Verkehr, Postverhältnisse) auch um die Erforschung der Heimatkunde kümmern. Dies sollte den infolge des Braunkohleabbaus vielen zugezogenen Fremden die Möglichkeit geben, sich schneller und besser heimisch fühlen zu können und sie bodenständig zu machen. Zwecks Pflege dieser Heimatkunde wurden Sachverständige zu Vorträgen eingeladen, es fanden heimatkundliche Wanderungen und Fahrten sowie Besichtigungen von baugeschichtlich interessanten Kirchen in Köln unter Leitung des Archäologen Peter Anton Tholen statt. In den einzelnen Gemeinden des Amtes Liblar wurden heimatsgeschichtliche Arbeitsgemeinschaften gebildet, um die Geschichte des Heimatdorfes zu erforschen und aufzuschreiben. So entstanden durch den Lehrer und Heimatforscher Peter Simons Ortsgeschichten u. a. über Bliesheim, Borr, Friesheim, Kierdorf und Niederberg. In diesem Zusammenhang wurden auch einige große Ausgrabungen unter Tholens Leitung durchgeführt.

⁴²² LAV NRW, NW 1051, Nr. 2500.

⁴²³ Ebd.

⁴²⁴ Weitz, R., Machtergreifung und Gleichschaltung 1933/1934, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, S. 214.

⁴²⁵ LAV NRW, NW 1051, Nr. 2500.

Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass ein solches Verhalten zu dem Zeitpunkt, als die NS-Herrschaft noch nicht völlig etabliert war, eventuell dazu beigetragen hat, die Akzeptanz des Nationalsozialismus in der Bevölkerung zu stärken. Eine weitere Begründung für den Parteeintritt sah ten Hövel in seiner Stellung als Beauftragter der „Carl-Schurz-Gesellschaft“, (Sitz Berlin) für deren jährliche Tagung in Liblar und den von ihr geförderten Austausch amerikanischer Studenten er verantwortlich war.⁴²⁶ Diese Aufgabe hätte die NSDAP nur einem Parteimitglied überlassen.⁴²⁷ Tatsächlich legte die Partei bis einschließlich Mai 1939 großen Wert auf diese Veranstaltungen. Im Beisein amerikanischer Gäste aus den USA, Vertretern der Regierung und der NSDAP, Abordnungen der Universitäten Köln und Bonn fand alljährlich für Carl Schurz eine Gedenkfeier im Innenhof der Vorburg von Schloss Gracht statt. Vor der Gedenktafel an seinem Geburtshaus, die von Hakenkreuzfahnen und dem amerikanischen Sternenbanner umrahmt war, wurde ein Kranz niedergelegt.⁴²⁸ Nach dem Krieg bemühte sich ten Hövel um eine Wiederbeschäftigung innerhalb der kommunalen Verwaltung. Dies wurde am 28. Dezember 1945 von dem Landrat Friedrich Kreucht in Euskirchen auf Drängen der britischen Militärregierung abgelehnt.⁴²⁹ Nach einer kurzen Internierung in Bedburg/Erft wurde er von April 1946 bis Juni 1947 zunächst als Angestellter des Caritasverbandes der Erzdiözese Köln angestellt. Der Entnazifizierungs-Berufungsausschuss in Köln stufte ihn 1948 in die Kategorie IV ohne Vermögenssperre ein und der Pensionsanspruch aus seiner Bürgermeister Tätigkeit blieb erhalten.⁴³⁰ Dem Entnazifizierungsausschuss lagen, wie häufig bei solchen Verfahren, sowohl sehr positive als auch negative Beurteilungen aus der Tätigkeitszeit ten Hövels zwischen 1933 und 1945 vor. Einerseits gab es zum Beispiel glaubwürdige Zeugnisse des katholischen Pfarrers Frielingsdorf von Bliesheim, der selbst zeitweilig von der Gestapo interniert worden war und von dem früheren Ortsbürgermeister von Bliesheim, Jakob Giesen, den SA-Leute kurzfristig festgesetzt hatten, die bescheinigten, dass ten Hövel sich aktiv für sie eingesetzt habe.⁴³¹ Auf der anderen Seite finden sich aber auch Aussagen wie die des späteren Bürgermeisters von Köttingen, Martin Commer, der im April 1945 zu Protokoll gab, dass ten Hövel in Bezug auf Carl Schurz gesagt habe „Der Bursche gehört nicht mehr hier hin“.⁴³² Daneben gibt es in der Entnazifizierungsakte auch noch einige andere Stimmen, die teils bestätigen, dass der Bürgermeister ihnen geholfen habe, andere, dass er ihnen Schaden

⁴²⁶ Die 1926 in Berlin gegründete Carl-Schurz-Gesellschaft veranstaltete in den Jahren 1936 bis 1939 jährlich eine „Carl-Schurz-Feier“.

⁴²⁷ Ebd.

⁴²⁸ Vgl. StAEft, E 06/3- Personalia: Carl Schurz.

⁴²⁹ KA Euskirchen EU I, 312,31.

⁴³⁰ LAV NRW, NW 1037-BIII, Nr. 6355.

⁴³¹ LAV NRW, NW 1951, Nr. 2500.

⁴³² KA Euskirchen, I, 312,31.

zugefügt habe. Nicht zu leugnen ist sein frühes Mitwirken bei den rechtswidrigen Repressalien gegen KPD- und SPD-Mitglieder.⁴³³ Da als Quellen für eine Beurteilung des Wirkens des Bürgermeisters meist nur spätere Informanten zur Verfügung stehen, sollte man wohl beachten, was u. a. der Pfarrer von Friesheim 1945 in seiner Chronik vermerkte, dass nämlich jetzt auch „manche suchten, sich an Parteigenossen zu rächen“ und jedem gerechten Eintreten für sie ablehnend gegenüberstünden.⁴³⁴

Ein ähnliches Taktieren wie bei dem Liblarer Amtsbürgermeister ten Hövel ist auch bei dem Bürgermeister des Amtes Gymnich, Josef Schweins, zu erkennen. Dieser war im Mai 1920 auf Lebenszeit zum Bürgermeister von Gymnich ernannt worden. Er bekleidete dieses Amt mit einer Unterbrechung vom 16. Februar 1923 bis zum 24. September 1924, als er infolge des Ruhrkampfes ausgewiesen worden war, bis zum Einmarsch der Amerikaner im März 1945. Er nahm damals noch die doppelte Aufgabe des Verwaltungschefs und des höchsten Repräsentanten in seinem Verwaltungsbereich wahr. Neben der oben erwähnten Unterbrechung seiner Amtszeit gab es noch zwei andere Anlässe, die sein Bürgermeisteramt in Gymnich in Frage gestellt hatten. Der Gymnicher Ortsgruppenleiter Hermann Bungarten hatte in einem Schreiben vom 30. Mai 1933, wie schon zuvor dargelegt, vom Vorsitzenden des Kreisausschusses der NSDAP in Köln die Ersetzung Schweins durch einen anderen Parteigenossen gefordert.⁴³⁵ Im März 1939 hatte Schweins selbst um seine Versetzung in eine andere Bürgermeisterstelle innerhalb der Rheinprovinz oder der Provinz Westfalen gebeten. In einem Schreiben vom 21. März 1939 bat der Gauhauptstellenleiter des Amtes für Kommunalpolitik im Gau Köln-Aachen das Hauptamt für Kommunalpolitik der Reichsleitung der NSDAP in München auf Veranlassung von Schweins um dessen Aufnahme in die „Vormerkgungsliste für Kommunalbeamte- und -angestellte“.⁴³⁶ Die erbetene Versetzung hatte Josef Schweins mit dem Hinweis begründet, in einem anderen Ort eine bessere Möglichkeit für den höheren Schulbesuch seiner Kinder zu erhalten. Der Leiter des Gauamtes befürwortete die Versetzung mit dem Hinweis auf den am 1. Mai 1933 erfolgten Parteieintritt und die politische Zuverlässigkeit des Gymnicher Bürgermeisters.⁴³⁷ Diese hatte sich u. a. deutlich gezeigt, als er sich 1933 willig an den Maßnahmen gegen KPD und SPD beteiligt hatte und beispielsweise mehrmals Haus- bzw. Wohnungsdurchsuchungen bei deren Mitgliedern genehmigt hatte, auch wenn diese rechtswidrig mit Hilfe von SA-Mitgliedern durchgeführt wurden.⁴³⁸ Geboren war Schweins am 17. Februar 1892 in

⁴³³ Wißkirchen, Josef, Ertstadt.

⁴³⁴ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 68.

⁴³⁵ Vgl. Kreisarchiv Euskirchen, EU I, 312.11.

⁴³⁶ Vgl. BA Berlin, VB 51, 1110036376.

⁴³⁷ Ebd.

⁴³⁸ Wißkirchen, J., Schutzhaft 1933/34 in Ertstadt

4 Wesentliche Kennzeichen der Religions- und Kirchenpolitik des Nationalsozialismus

Im Folgenden ist der Frage nachzugehen, wie die Nationalsozialisten versucht haben, ihre Machtansprüche gegenüber den katholischen Pfarrgemeinden in Erfstadt durchzusetzen. Es erscheint in diesem Zusammenhang sinnvoll, zunächst einmal die Grundlagen und Ziele des Nationalsozialismus bezüglich Religion und Kirchen, hier insbesondere gegenüber der katholischen Kirche, im Wesentlichen darzustellen.

Dabei ist zu beachten, dass dieses Thema bis heute wissenschaftlich kontrovers diskutiert wird. Es lässt sich insbesondere nicht eindeutig klären, ob es von Seiten des NS-Regimes überhaupt eine einheitliche, durchdachte Religions- und Kirchenpolitik gegeben hat.⁴⁵¹

Dies ist wohl damit zu erklären, dass es den Nationalsozialisten selbst schwer gefallen ist, ihr Verhältnis zu den christlichen Kirchen klar zu bestimmen. Innerhalb der Partei fanden sich zwei große religionspolitische Gruppierungen, deren Vorstellungen erheblich voneinander abwichen. Einerseits gab es Kräfte, die glaubten, Nationalsozialismus und Christentum vereinbaren zu können, wobei Letzteres auf seine jüdischen Wurzeln und Traditionen verzichten sollte (z. B. „Reichskirchenminister“ Kerrl), andererseits lehnten die weltanschaulichen Rigoristen in der Partei das Christentum grundsätzlich ab. Zu deren Wortführern zählten u. a. Alfred Rosenberg, Martin Bormann, Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich und Josef Goebbels. Diese sahen im Christentum eine konkurrierende Weltanschauung. Dessen Gebot einer universalen Nächstenliebe schien mit dem nationalsozialistischen Mythos der Volksgemeinschaft und der nationalsozialistischen Rassepolitik unvereinbar zu sein. Deshalb sollte der Einfluss der

⁴⁵¹ Vgl. hierzu Blaschke, Olaf, *Die Kirchen und der Nationalsozialismus*, Stuttgart 2014. Hier werden bezüglich der NS-Kirchenpolitik die grundsätzlichen Thesen der Intentionalisten und der Funktionalisten gegenübergestellt. Letztere vertreten die Meinung, dass das Regime von Anfang an zwar versuchte, die Macht der Kirchen einzudämmen, dass aber diese Entwicklung ziellos und situationsabhängig verlaufen sei. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass das NS-Regime kein monolithisches Machtgefüge war, sondern ein polykratisches System vieler konkurrierender Machtzentren darstellte. Deshalb könne man nicht auf eine eingeleisig-lineare, generalstabsmäßig geplante Kirchenpolitik zurückschließen. Vgl. von Hehl, U./Kösters, Chr., (Bearb.), *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*. Bd. 1, 3. Aufl. Paderborn 1996, S. 80. Auch unter der nationalsozialistisch propagierten „Entkonfessionalisierung“ habe sich kein einheitlicher Meisterplan zur Entchristlichung verborgen, sondern entsprechende Initiativen seien aus Konflikten vor Ort entsprungen, vgl. Blaschke, O., S. 151. Die Intentionalisten (u. a. Heinz Hürten) verweisen darauf, dass es seit 1939 im Reichssicherheitshauptamt ein Amt IV „Gegner Forschung und Bekämpfung“ gab, in dessen Abteilung B mit dem Arbeitsbereich „Politische Kirche, Sekten und Juden“ der politische Katholizismus, der politische Protestantismus sowie die Juden zusammengefasst waren. Vgl. Blaschke, O., S. 215. Neben den schon im Jahre 1933 einsetzenden Maßnahmen gegen die katholische Kirche wird auch auf das Vorgehen im Warthegau hingewiesen. Dort war geplant, der Kirche den Status einer öffentlichen Körperschaft zu entziehen. Sie sollte nur noch als privater Verein existieren. Strikte Versammlungsverbote, Verhaftung und Ermordung zahlreicher Priester kennzeichnen diese Kirchenpolitik. Vgl. Süß, D., *Nationalsozialistische Religionspolitik*, in: *Die katholische Kirche im Dritten Reich*, S. 59.

Kirchen auf die Gesellschaft restlos beseitigt werden.⁴⁵² Goebbels hatte den Gegensatz innerhalb der NSDAP in dem Satz zusammengefasst: „Kerrl will die Kirche konservieren, wir wollen sie liquidieren.“⁴⁵³ Goebbels war intensiv bestrebt gewesen, den Nationalsozialismus selbst zur Kirche, „zum Zentrum des Lebens der Deutschen“ werden zu lassen.⁴⁵⁴ Allerdings lehnte er die kultischen Ersatzhandlungen von Rosenberg und Himmler⁴⁵⁵ mit ihrer Einrichtung von Ordensburgen und Thingstätten als Unfug ab und unterband diese neuheidnischen, germanisch-völkischen Ansätze innerhalb der Partei. Ausschlaggebend für die Durchsetzung der jeweiligen religionspolitischen Vorstellungen war die Person Adolf Hitlers.⁴⁵⁶ Sein Verhältnis zum Christentum war immer ambivalent. Einerseits ist er nie aus der katholischen Kirche ausgetreten und bewunderte sogar deren Organisation, er hat seine Weltanschauung sogar oft religiös begründet. Es finden sich viele Belege für Bezüge auf Hitlers Gott „in allen möglichen rednerischen und schriftstellerischen Formen und Situationen von 1914 bis 1945 überliefert, die wahrscheinlich die Häufigkeit der Verwendung bei vielen christlichen Theologen übertrifft.“⁴⁵⁷ Allerdings hatte Hitlers Gottesglaube nichts mit der christlichen Gottesvorstellung eines dreieinigen Gottes zu tun. „Kern des Gottesbildes Hitlers ist ein ‚Kriegsgott‘. Gott hilft dem Stärkeren, dem Kämpfenden, dem an den Sieg Glaubenden.“⁴⁵⁸ Damit musste er ein wesentliches Kernstück des christlichen Glaubens, nämlich die Lehre von der unverdienten und unerklärlichen Gnade Gottes leugnen und bekämpfen. Deshalb verachtete er auch die Priesterschaft. Im inneren Führungskreis der NSDAP äußerte Hitler offen sein Ziel der Austilgung der Kirchen. Er sah das Christentum reif für den Untergang.⁴⁵⁹ Andererseits ließ er sich in seiner Politik gegenüber den Kirchen aber von taktischen Überlegungen leiten. Immerhin gehörten damals 95% der Deutschen den christlichen Kirchen an.⁴⁶⁰ Er vermied es, sich in der Öffentlichkeit als Gegner des Christentums zu exponieren. Er verbot auch anderen prominenten Parteiführern, wie z. B. Goebbels, den Austritt aus der Kirche. Er fürchtete, insbesondere während außenpolitischer

⁴⁵² Vgl. Grüttner, M., S. 388- 416.

⁴⁵³ Ebd., S. 390, Anm. 10.

⁴⁵⁴ Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 80.

⁴⁵⁵ Zur Einstellung Himmlers zum Christentum vgl. die Biographie über Heinrich Himmler von Peter Longerich, 3. Aufl., München 2010. Er wollte das Christentum mit Hilfe der SS völlig überwinden. Es erschien ihm so gefährlich, weil seine Sexualmoral der von ihm gewollten biologischen Revolution entgegenstand und weil der Grundsatz christlicher Barmherzigkeit seiner Forderung nach Kompromisslosigkeit und Härte im Umgang mit den „Untermenschen“ widersprach. Die Ersetzung dieser christlichen Prinzipien durch „germanische“ Tugenden war die Voraussetzung, um im Kampf gegen die Untermenschen“ bestehen und die Zukunft gewinnen zu können. (S. 274 f.).

⁴⁵⁶ Vgl. zuletzt: Longerich, Peter, Hitler, Biographie, München 2015, insb. S. 501-507.

⁴⁵⁷ Schirmmayer, Thomas, Hitlers religiöse Sprache – Propaganda oder Glaube? In: Thull, Philipp (Hg.), Christen im Dritten Reich, Darmstadt 2014, S. 12.

⁴⁵⁸ Ebd., S. 13.

⁴⁵⁹ Vgl. Altgeld, Wolfgang, Rassistische Ideologie und völkische Religiosität, in: Hummel, K.J./, Kißener, M., Die Katholiken und das Dritte Reich, S. 65.

⁴⁶⁰ Vgl. Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 79.

Krisensituationen, innenpolitische Loyalitätsverluste. Er äußerte sich Ende des Jahres 1937, als er plante, Österreich und die Tschechoslowakei in naher Zukunft anzugreifen, in internem Kreis dahingehend, dass die Vernichtung des Christentums erst nach Erreichen seiner expansionistischen und zentralen rassistischen Ziele verwirklicht werden könne. Bis dahin wäre nur der kirchliche Einfluss jeweils hinreichend einzuschränken.⁴⁶¹ An diesen und ähnlichen Äußerungen Hitlers zeigt sich, ebenso wie am Vorgehen der Nationalsozialisten im Warthegau und den Maßnahmen gegen die katholische Kirche im Reichsgebiet, wie sie im nachfolgenden Kapitel am Beispiel Erftstadts exemplarisch aufgezeigt werden, dass es zweifellos Ziel der führenden nationalsozialistischen Politiker war, die Kirchen auf ein Sektendasein am Rande der Gesellschaft zu reduzieren. Aus ihrer Sicht war die katholische Kirche ein Hemmnis für die Durchsetzung ihres Totalitätsanspruchs.⁴⁶² Von daher scheint die strittige Frage, ob die NS-Kirchenpolitik ziellos und situationsabhängig war oder „generalstabsmäßig“ geplant, nicht von primärer Bedeutung zu sein. Trotzdem wird dazu im weiteren Verlauf der Arbeit anhand einzelner lokaler Ereignisse noch Stellung genommen.

Umstritten bezüglich der nationalsozialistischen Religions- und Kirchenpolitik ist auch die Frage, ob der Nationalsozialismus selbst eine „politische Religion“, eine „Ersatzreligion“ oder „Religionsersatz“ war.⁴⁶³ Manche Historiker sehen in der positiven Beantwortung dieser Frage eine mögliche Erklärung, um den Erfolg des Nationalsozialismus und die Gefolgschaft vieler NS-Anhänger bis zum Massenmord und Untergang zu erklären. Zumindest pseudoreligiöse Elemente werden einmal in der zeitgenössischen Darstellung und Wahrnehmung Hitlers als „Messias“ gesehen. Hinzu kommt die Sakralisierung nationalsozialistischer Politik, wie sie beispielsweise bei den jährlichen Veranstaltungen zum Gedenken an die nationalsozialistischen Opfer des missglückten Putsches von 1923 und den Inszenierungen der Nürnberger Reichsparteitage deutlich wurde. Auch die Vorstellung einer zumindest symbolischen Unsterblichkeit der im Kampf getöteten Nationalsozialisten, wie sie im „Horst-Wessel-Lied“ sichtbar wird und die später auch auf die gefallenen Soldaten übertragen wurde, deutet auf eine pseudoreligiöse Dimension des Nationalsozialismus hin.⁴⁶⁴ Wesentliche der o. g. pseudoreligiösen Elemente finden sich auch vielfach im nationalsozialistischen Alltag der Gemeinden Erftstadts wieder,⁴⁶⁵

⁴⁶¹ Vgl. Altgeld, W., S. 68.

⁴⁶² Vgl. Grüttner, M., S. 405.

⁴⁶³ Vgl. zur Terminologie und ihrer Bedeutung: Blaschke, O. Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 74-87.

⁴⁶⁴ Es gibt allerdings dezidierte Gegenargumente. So verweist M. Grüttner auf die Einwände von Hans Mommsen, der die fehlende Kohärenz der NS-Ideologie betont, auf Hans Günter Hockerts, der im NS das zentrale religiöse Merkmal des Glaubens an eine transzendente Realität vermisst und auf Philippe Burin, der betont, dass der Nationalsozialismus primär eindeutig eine politische Bewegung gewesen sei. Vgl. Grüttner, M., Brandsifter und Biedermänner, S. 414.

⁴⁶⁵ Vgl. Kap. 5.4.

wobei aber festzustellen sein wird, dass die meisten Katholiken, auch wenn sie in der NSDAP engagiert waren, darin keinen Religionsersatz gesehen haben.

Die ersatzreligiösen Dimensionen des Nationalsozialismus werden verschieden gedeutet. Manche Historiker sehen in ihnen einen Beweis für die Unvereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus. Von daher waren Widerspruch und Widerstand vorprogrammiert.⁴⁶⁶ Vertreter der sog. Affinitätsthese gehen davon aus, dass die NS-Ideologie das Glaubenssystem des Christentums beerbt habe und dass dieses ihr Wegbereiter gewesen sei. In diesem Zusammenhang wird auf den hierarchischen Aufbau der katholischen Kirche, die gemeinsame Ablehnung von Liberalismus und Bolschewismus, später sogar gemeinsamer Antisemitismus und Nationalismus verwiesen.⁴⁶⁷ Mit dieser Affinitätsthese werden die einzelnen Inhalte zu den benannten Vergleichsbegriffen viel zu wenig differenziert. Das wird u. a. auch in den dezidierten Stellungnahmen der katholischen Kirche gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung vor 1933 deutlich sichtbar. Hitler selbst wollte keine neue Religion. Er sah sich auch nicht als „Messias“, sondern als „Werkzeug einer übermenschlichen Vorsehung“, die seine politischen Entscheidungen leitet, eine Überzeugung, die er sehr oft in seinen öffentlichen Reden nach 1933 darlegte.⁴⁶⁸

Unbestritten im Hinblick auf die NS-Kirchenpolitik ist die Feststellung, dass diese mehrmals wechselte je nach machtpolitischen Opportunitäten und Entscheidungen Hitlers zwischen Versuchen der Einbindung und der Verfolgung. Sie erfolgte auf politischer, regionaler und symbolischer Ebene und vollzog sich in verschiedenen Etappen, wobei der Krieg die Bedingungen für eine weitere Radikalisierung schuf.⁴⁶⁹ Das Agieren auf regionaler und symbolischer Ebene lässt sich ebenso wie die einzelnen Phasen der Auseinandersetzungen im nachfolgenden Kapitel für die Erftstadt-Gemeinden teils sehr genau und detailliert aufzeigen.

⁴⁶⁶ Vgl. zu dieser Einstellung u. a. K.J. Hummel, Kirche und Katholiken im Dritten Reich. In: K. J. Hummel (Hg.), Katholizismusforschung, S. 59-82.

⁴⁶⁷ Vgl. Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 85-87, S. 31-40.

⁴⁶⁸ Vgl. Longerich, Peter, Hitler, Biographie, S. 505.

⁴⁶⁹ Vgl. Süß, D., Nationalsozialistische Religionspolitik, S.15 f.

5 NS-Kirchen-und Religionspolitik in den Gemeinden der Stadt Erftstadt 1933-1939

Da wissenschaftlich fundierte Literatur speziell zu den Vorgängen der NS-Zeit für die Gemeinden Erftstadts kaum zur Verfügung steht, muss sich die nachfolgende Darstellung primär auf vorhandene Quellen stützen.⁴⁷⁰ Zur Einordnung und zum Vergleich auf Bistums- und Kreisebene stehen einige grundlegende Studien zur Verfügung.⁴⁷¹

Bei der Durchsetzung der religions- und kirchenpolitischen Ziele in den Orten der Stadt Erftstadt standen insbesondere die einzelnen Pfarrgemeinden im Zentrum der Auseinandersetzungen. Die Pfarreien waren damals in Deutschland gerade auch angesichts der noch relativ geringen Mobilität der Bevölkerung und der erst langsam beginnenden Aufspaltung von Wohn- und Arbeitsort die Mittelpunkte des kirchlichen Lebens.⁴⁷² Die katholischen Pfarrgemeinden, die zur Stadt Erftstadt gehören, waren während des Untersuchungszeitraumes von 1933 bis 1945 in kirchenrechtlicher Hinsicht Teil des Erzbistums Köln. Dieses ist in mehrere Dekanate unterteilt, wobei die in dieser Arbeit untersuchten Pfarren zum Dekanat Lechenich (heute: Dekanat Erftstadt) gehörten. Von erheblicher Bedeutung erweist sich bei der Darstellung der o. g.

⁴⁷⁰ Vgl. Einleitung, Kap. 1.1.

⁴⁷¹ Als Standardwerk für die Erforschung des Nationalsozialismus im Erzbistum Köln gilt bis heute die 1977 erschienene Untersuchung von Ulrich von Hehl: *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln*. Als grundlegende Arbeit über Nationalsozialismus und Kirche im Rheinland, speziell im Bistum Aachen, ist die Studie von Klaus Fettweiss: *Zwischen Herr und Herrlichkeit, Zur Mentalitätsfrage im Dritten Reich an Beispielen aus der Rheinprovinz einzustufen*. Einen Überblick über die kirchenpolitischen Ereignisse während der NS-Zeit im Rheinland bietet das Kapitel „Das Dritte Reich (1933-1945)“ in dem Werk von Wilhelm Janssen: *Kleine Rheinische Geschichte*. Detaillierte Darstellungen und Informationen über die NS-Kirchenpolitik auf der Ebene des Landkreises Euskirchen, dem die heutigen Gemeinden Erftstadts damals angehörten, finden sich in dem dreibändigen Werk „Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen.“ Insbesondere im 1. Band bietet der Aufsatz von Reinhold Weitz „Die katholische Kirche in den beiden Altkreisen – Ein Überblick“ grundlegende Einsichten in den kirchlichen Alltag während der Jahre 1933-1945. Exemplarisch und in Einzelheiten ausgeführt wird dies in der Studie von Hermann-Josef Kesternich: „Katholische Kirche und Nationalsozialismus in der Stadt und im Altkreis Euskirchen – zwei Fallstudien.“ Allerdings gibt es hier keinerlei Hinweise auf einzelne Orte der heutigen Erftstadt, obwohl das Dekanat Lechenich zum Kreis Euskirchen gehörte. Wichtige Erkenntnisse zur NS-Judenpolitik und dem entsprechenden Verhalten der Katholiken im Landkreis Euskirchen sind mehreren Arbeiten von Hans-Dieter Arntz zu entnehmen. Grundlegend für die Darstellung der Verhältnisse während der NS-Zeit in den Nachbarkreisen Düren und Jülich ist die im Jahre 2000 veröffentlichte Dissertation von Horst Wallraff: „Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich, Tradition und ‚Tausendjähriges Reich‘ in einer rheinländischen Region 1933 bis 1945. Innerhalb des Kapitels über die NS-Kirchenpolitik wird aber nicht deutlich genug zwischen evangelischer und katholischer Position im Verhalten dem NS gegenüber unterschieden. Auch die Bewertung der kirchlichen Reaktionen scheint teilweise nicht differenziert genug und heutigen Erkenntnissen angemessen zu sein. Wichtige Einzelheiten über die Jahre 1933-1945, auch bezüglich der NS-Kirchenpolitik, die den Kreis Bergheim, heute Teil des Rhein-Erft-Kreises, betreffen, sind der dreibändigen Arbeit „Der Kreis Bergheim in nationalsozialistischer Zeit“ von Volker H.W. Schüler zu entnehmen.

⁴⁷² Vgl. Durben, Matthias, *Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus in Mayen 1933-1938*, 2012, S. 88f.

Thematik die Frage nach den nationalsozialistischen Maßnahmen und dem Vorgehen im gesamten Erzbistum Köln als einem der größten und bedeutendsten Bistümer innerhalb des damaligen Deutschen Reiches.⁴⁷³

Die katholischen Pfarrgemeinden auch in der Stadt Erftstadt stellten als Organisationen und als kulturelles und politisches Milieu einen Machtfaktor dar, an dem die nationalsozialistische Politik mit ihrem eigenen Totalitätsanspruch nicht vorbeikam. Im statistischen Vergleich stellte sie für die NS-Führung die einzige ernst zu nehmende Gegenmacht an Stärke und Vielzahl der Organisationen dar, nachdem die Parteien zerschlagen und die Kommunisten unterdrückt worden waren.⁴⁷⁴ Die katholische Kirche musste deshalb auf den verschiedensten Gebieten angegriffen und bekämpft werden, auch wenn der Konkordatsabschluss am 20. Juli 1933 scheinbar zunächst ein Einlenken sowohl von Seiten der nationalsozialistischen Führung als auch von Seiten der katholischen Kirchenführung zu sein schien. Die Arbeit wird im Folgenden zunächst aufzeigen, auf welchen Gebieten, mit welchen Akteuren und mit welchen Mitteln die Nationalsozialisten in den Jahren 1933 bis 1945 jeweils vor Ort versuchten, ihre Ziele durchzusetzen.

5.1 Propaganda: Drohung und Beschwichtigung

Die Propagierung der eigenen Ideologie spielte für die Nationalsozialisten von Anfang an eine zentrale Rolle. Zu einem Schlüsselbegriff der reichsweiten NS-Propaganda gehörte der Mythos von der „Volksgemeinschaft“. Der insbesondere nach 1914 von fast allen Parteien verwandte Begriff signalisierte die Harmonisierung der bestehenden sozialen Antagonismen, die Aufhebung der Klassengegensätze, der Standesschranken und den Ausgleich divergierender Wirtschaftsinteressen. In der Interpretation der nationalsozialistischen Ideologie zielte die Idee der Volksgemeinschaft auf die Exklusion von Juden, Kommunisten und jeglichen „Gesellschaftsfremden“, wozu u. a. auch psychisch Kranke zählten.⁴⁷⁵ Der Verwirklichung der

⁴⁷³ Vgl. Ulrich von Hehl, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945*.

⁴⁷⁴ Weitz, R., *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, in: *Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen*, Bd. 1, S. 333 f.

⁴⁷⁵ Vgl. Janssen, S. 400. Mit dem Begriff der Volksgemeinschaft wurden verbreitete Sehnsüchte und Vorstellungen angesprochen, die dazu beigetragen haben, dass das „Dritte Reich“ auch im Rheinland eine wachsende Zustimmung fand. In der historischen Forschung kontrovers diskutiert wird die Frage, ob die „Volksgemeinschaft“ der Nationalsozialisten vor allem eine Propagandaparole war oder inwieweit sie auch realisiert wurde. Während Frank Bajohr und Michael Wildt meinen, dass die Volksgemeinschaft in erster Linie eine „Verheißung“ geblieben sei (F. Bajohr, M. Wildt (Hg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des NS*, Frankfurt/M. 2009, S. 8), behauptet Götz Aly, das NS-Regime habe für ein „in Deutschland bis dahin nicht gekanntes Maß an Gleichheit und sozialer Aufwärtsmobilisierung“ gesorgt. Vgl. Aly, Götz, *Hitlers*

Volksgemeinschaft sollte auch die von der NS-Kirchenpolitik angestrebte Entkonfessionalisierung der Gesellschaft dienen. Diese Propaganda war fast immer mit Drohungen gegenüber den Kirchen verbunden. Beispielsweise äußerte sich ein Parteiredner auf einer von dem Lechenicher Ortsgruppenleiter Dr. Geile geleiteten Mitgliederversammlung der NSDAP im Januar 1934:

„Das vergessen gewisse Kreise, besonders konfessionelle, die heute noch glauben, den Aufbau stören zu müssen. Weil wir bei unserer nationalen Erhebung hochanständig gewesen sind, und sie nicht gleich haufenweise umgelegt haben, wie in anderen Revolutionen, glauben diese Herrschaften Morgenluft wittern zu können.“⁴⁷⁶

Der Liblarer Schulchronist der evangelischen Volksschule, der Lehrer Ernst Lohmar (Jg. 1901), verweist 1934 in seinem Rückblick auf das Schuljahr 1932/33 u. a. auf die „Hetze“ der katholischen Pfarrer gegen die nationalsozialistische Regierung.⁴⁷⁷

Als Propaganda des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche diente auch Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“. Der Pfarrer von St. Kilian in Lechenich, Robert Lemmen, sah in dieser schon 1930 erschienenen Schrift eine Propaganda für ein germanisch gefärbtes Neuheidentum und in der Ernennung Rosenbergs zum „Kulturwart des deutschen Volkes“ im Jahre 1934 eine erhebliche Aufwertung seines Buches.⁴⁷⁸ Der Westdeutsche Beobachter allerdings hatte diese Ernennung in einem Leitartikel zu dem Urteil bewogen, dass die „Besten und Edelsten des Volkes“ sich nicht mehr zu einer Religion der Dogmen und Konfessionen bekennen würden.⁴⁷⁹ Es beteiligten sich aber weiterhin viele Parteimitglieder und auch Führungspersönlichkeiten wie Ortsgruppenleiter und Bürgermeister sowohl regelmäßig als auch zu besonderen Anlässen, wie etwa Kirmes oder der Einführung von neuen Pfarrern usw. am Leben der katholischen Gemeinden. Dabei ist allerdings nicht immer klar zu unterscheiden, ob dieser Anteilnahme wirklich religiöse oder taktische Motive zugrunde lagen. Es ist durchaus denkbar, dass beispielsweise der Ortsgruppenleiter Dr. Geile in Lechenich an derartigen Veranstaltungen teilgenommen hat, um die vorwiegend katholisch gebundene Bevölkerung für den Nationalsozialismus zu gewinnen, während der Ortsgruppenleiter Dünnwald in Liblar wahrscheinlich

Volksstaat, Frankfurt/M. 2005, S. 38. Michael Grüttner argumentiert vorsichtiger, indem er davon ausgeht, dass zumindest in Teilbereichen der deutschen Gesellschaft ernsthafte Versuche unternommen wurden, das Konzept der Volksgemeinschaft in die Praxis umzusetzen. So habe es insbesondere im Reichsarbeitsdienst, in der HJ und im Militär „signifikante Egalisierungsprozesse“ gegeben. Vgl. M. Grüttner, S. 294-302.

⁴⁷⁶ Westdeutscher Beobachter vom 26.1.1934, Jg. 10, Nr. 25.

⁴⁷⁷ StAEft, A 04-365, Schulchronik der evangelischen Volksschule zu Liblar, Bd. 1, S. 110.

⁴⁷⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 44 und S. 46 f. „[...] Neben diesem Ereignis im kirchlichen Leben steht als Gegensatz die sich überall breitmachende Propaganda für ein germanisch gefärbtes Neuheidentum, eine Bewegung als deren stärkstes Mittel das Buch Rosenbergs ‚der Mythus des 20. Jahrhunderts‘ gewertet werden kann.“

⁴⁷⁹ Westdeutscher Beobachter vom 23.1.1934, Jg. 10, Nr. 33.

Nationalsozialismus und Zugehörigkeit zur katholischen Kirche nicht als Gegensatz gesehen hat.

5.2 NS-Maßnahmen gegen katholische Vereine und katholische Schulen

5.2.1 Nationalsozialistisches Vorgehen gegen die katholischen Jugendverbände

Die Bedeutung, die der Nationalsozialismus der Kinder- und Jugenderziehung beigemessen hat und die sich daraus ergebenden politischen Maßnahmen sind grundlegend von Arno Klönne dargestellt worden.⁴⁸⁰ Barbara Schellenberger hat speziell die Geschichte der katholischen Jungmännerverbände in der Rheinprovinz in den Jahren 1933 bis 1939 aufgearbeitet.⁴⁸¹ Auf diesen Arbeiten basierend hat zuletzt 2008 Günter Gehl an Beispielen aus dem Bistum Trier typische Vorgehensweisen der nationalsozialistischen Gleichschaltung katholischer Jugendverbände und darauf folgende kirchliche Reaktionen beschrieben.⁴⁸² Analoge Beispiele aus dem Bistum Aachen finden sich in der Studie zur Mentalitätsfrage im „Dritten Reich“ von Klaus Fettweiss.⁴⁸³ Die Informationen des diesbezüglichen nationalsozialistischen Verhaltens in den Orten der Stadt Erftstadt ergeben sich vor allem aus dortigen Schul- und Pfarrchroniken.

Da die 1926 gegründete Hitlerjugend der NS-Führung als eines der wesentlichen Mittel zur Herrschaftserhaltung galt, war es nur folgerichtig, dass die Nationalsozialisten gerade auf dem Gebiet der Jugendarbeit versuchten, jede Konkurrenz auch mit gewaltsamen Mitteln auszuschalten.

⁴⁸⁰ Klönne, Arno, *Jugend im Dritten Reich. Die HJ und ihre Gegner*, 3. Aufl., Köln 2008. In seiner grundlegenden Untersuchung informiert der Autor ausführlich über die Bedeutung der HJ für die nationalsozialistischen Ziele, über ihre Organisation und Praktiken sowie ihre Rolle in der Wehrerziehung und im Krieg. Er zeigt aber auch auf, wie widerständige Jugendkulturen und jugendliche Widerstandsgruppen von den Nationalsozialisten als Bedrohung empfunden und brutal unterdrückt wurden.

⁴⁸¹ Schellenberger, Barbara, *Katholische Jugend und Drittes Reich, Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes 1933-1939 unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz*, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 17, Mainz 1975. Barbara Schellenberger schildert die heftigen Auseinandersetzungen der katholischen Jugendverbände mit dem Nationalsozialismus vornehmlich auf dem Gebiet der alten preußischen Rheinprovinz, weil sich dort damals die Führungszentralen und die mitgliederstärksten Diözesesanverbände befanden.

⁴⁸² Gehl, Günter, *Katholische Jugendliche im Dritten Reich in der katholischen Provinz: Grenzen der Gleichschaltung – Drei Beispiele im Bistum Trier (Historie und Politik, Bd. 16)*, Weimar 2008.

⁴⁸³ Fettweiss, Klaus, insb. S. 163-178. Weitere konkrete Fälle aus den zum Bistum Aachen gehörenden Kreisen Düren und Jülich bietet die Dissertation von Horst Wallraff, *Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich*, insb. S. 341-400.

Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Rahmen der Jugendbewegung auch im konfessionellen Bereich gegründeten Jugendverbände hatten während der Zeit der Weimarer Republik eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern gewinnen können. Im Jahre 1933 waren insgesamt 1,5 Millionen katholische Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren organisiert, im Protestantismus knapp 1 Million. Demgegenüber stellten ca. 100.000 Hitlerjungen reichsweit nur eine marginale Größe dar.⁴⁸⁴

Der katholische Jungmännerverband (KJMV) war mit 365.000 Mitgliedern der größte männliche Jugendverband Deutschlands. Er wurde seit 1927 von Prälat Ludwig Wolker (1887-1955) geleitet, der gleichzeitig zum Vorsitzenden der Deutschen Jugendkraft (DJK) ernannt worden war. Er machte die 1922 von seinem Vorgänger Carl Mosterts gegründete Jugendbegegnungsstätte Haus Altenberg neben dem seit 1924 bestehenden Düsseldorfer Jugendhaus zum Zentrum der katholischen Jugendbewegung in Deutschland.⁴⁸⁵

Innerhalb des KVJM gab es verschiedene Gemeinschaftsgliederungen, wie die DJK, den Quickborn, Neu-Deutschland, die St. Georg-Pfadfinderschaft und die Sturmchar.⁴⁸⁶ Auf letztere wird im Folgenden noch näher eingegangen werden, da gerade sie in den Gemeinden der Stadt Ertstadt sehr aktiv war und in den Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten eine wichtige Rolle gespielt hat.

Der Zentralverband der Katholischen Jungfrauenvereinigungen hatte 1933 mehr als 750.000 Mitglieder.⁴⁸⁷

Aus dem Totalitätsanspruch der HJ ergaben sich massive Konflikte mit den bestehenden Jugendverbänden, was dazu führte, dass binnen weniger Monate nach dem 30. Januar 1933 nahezu alle nicht katholischen Jugendverbände entweder verboten oder in der HJ aufgegangen waren.⁴⁸⁸ Ziel der Nationalsozialisten war die totale Kontrolle der HJ über die Jugendsozialisation außerhalb von Schule und Elternhaus, wobei durch entsprechenden Druck, auch auf das Elternhaus, versucht wurde, Einfluss zu nehmen.

⁴⁸⁴ Vgl. Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 127 f.

⁴⁸⁵ Vgl. Gehl, G., S. 113 ff.

⁴⁸⁶ Die DJK war im September 1920 als „Reichsverband für Leibesübungen in katholischen Vereinen“ gegründet worden und war organisatorisch in den KVJM eingegliedert. Da Turnen und Sport in vielen katholischen Vereinen eine beliebte Freizeitbeschäftigung war, erfasste die DJK 1932 insgesamt 700.000 männliche Mitglieder. Vgl. Gehl, G. Katholische Jugendliche im Dritten Reich, S. 110. Der Quickborn war ursprünglich ein Zirkel von Gymnasiasten, die ihre Freizeit ohne Alkohol und Nikotin sinnvoll zusammen verbringen wollten. Nach ihrem Vorbild entwickelten sich an den verschiedensten Höheren Schulen im ganzen Reichsgebiet ähnlich gesinnte Schülergruppen, seit 1913 auch Mädchen. Ihren Namen gaben sie sich nach einer seit 1913 in ihren Kreisen erschienenen Zeitung. Später erwarben sie die Burg Rothenfels am Main und hielten dort regelmäßig Tagungen und Seminare ab. Der Bund Neu-Deutschland (ND) war 1919 auf Veranlassung des Kölner Erzbischofs Kardinal Hartmann zur außerschulischen Betreuung und Seelsorge von Gymnasiasten gegründet worden.

⁴⁸⁷ Gehl, G., S. 125

⁴⁸⁸ Ebd., S. 128.

Die katholischen Jugendverbände konnten zunächst als selbständige Organisationen weiter bestehen, da sie durch das am 20. Juli 1933 abgeschlossene Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl geschützt waren. Der Artikel 31 dieses Vertrages garantierte den Schutz für die katholischen Verbände, ein dem deutschen Episkopat neben dem Erhalt der katholischen Konfessionsschulen sehr wichtiges Anliegen. Allerdings war es bis zum Abschluss des Konkordats nicht zu einer eindeutigen Regelung gekommen, diese Bestandsgarantie für die Vereine namentlich zu bestimmen. Dies sollte einer späteren Vereinbarung zwischen Reichsregierung und deutschem Episkopat vorbehalten bleiben.⁴⁸⁹

Abgesehen davon, dass es trotz langwieriger Verhandlungsbemühungen des deutschen Episkopats nie zu solch einer Vereinbarung gekommen ist, hatten sich aber die Bedingungen für die katholischen Jugendverbände bereits relativ rasch nach der Machtergreifung verschlechtert. Noch kurz vor Abschluss der Konkordatsverhandlungen führte die Polizei im gesamten Reichsgebiet schlagartige Aktionen gegen örtliche Jungmännervereine, DJK und Sturmchar durch. Davon berichtet auch die Pfarrchronik von St. Kilian in Lechenich.

So wurde am 30. Juni 1933 morgens um 10 Uhr in St. Kilian durch Verfügung der Kölner Gestapodienststelle der männliche Jugendverein der Pfarre verboten. Kasse, Bücher und sonstiges Eigentum wurden beschlagnahmt, das St. Josefsheim in der Steinstraße 2 in Lechenich versiegelt.⁴⁹⁰ Diese reichsweit sporadisch durchgeführten Maßnahmen wurden am 8. Juli mit Funkspruch der Gestapo Berlin wieder aufgehoben. So gelang es auch dem Lechenicher Kaplan Leonhard Berg als Präses der betroffenen Jugendkongregation nach Vorsprache bei Landrat und Bürgermeister die durchgeführten Aktionen in Lechenich wieder rückgängig zu machen. Allerdings blieben Schränke und anderes Inventar des St. Josefsheim zunächst versiegelt.⁴⁹¹

Der Pfarr-Rektor von Frauenthal beschreibt in seiner Chronik, dass es am 1. Juli 1933 zu einem Schlag gegen eine Reihe kirchlicher Vereine gekommen sei, die als Hilfs- und Unterorganisationen des Zentrums gegolten hätten. So erschienen am Morgen des 1. Juli in Frauenthal zwei Polizeibeamte, die Mitgliederliste, Kasse und Eigentum des JMV und des Volksvereins beschlagnahmen wollten.⁴⁹² Gleichzeitig hatte der Landrat Mertens aus Euskirchen ein Verbot

⁴⁸⁹ Vgl. zu neueren Publikationen bezüglich des Reichskonkordats die weiterführenden Literaturangaben von Rudolf Morsey in seiner Abhandlung „Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat 1933“, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, S. 48 f.

⁴⁹⁰ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 43.

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² Der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland war die größte und bedeutendste Massenorganisation des deutschen Katholizismus. Er verstand sich als Träger einer umgreifenden Sozialreform und erstrebte die Verwirklichung einer nach christlichen Grundsätzen gestalteten Gesellschaftsordnung. Schon sehr früh hatte sich dieser Verein gegen den Nationalsozialismus gewandt und vor dessen Ideologie und Radikalität gewarnt. Er wurde im Juli 1933 aufgelöst und verboten.

des Aufmarsches und öffentlicher Versammlungen aller Jugendorganisationen außer der HJ erlassen. Dieses Verbot wurde Anfang August aufgehoben.⁴⁹³

Der Pfarr-Rektor von Köttingen beklagt in seiner Pfarrchronik im Jahre 1933, dass die neue staatliche Jugendbewegung die katholische Jugendarbeit, besonders in der Sportabteilung, sehr geschwächt habe. Gegen Ende des Jahres habe ein Kampf gegen die DJK eingesetzt. Einzelne Spieler seien wegen ihrer angeblich früheren marxistischen Einstellung gesperrt worden, zeitweise sei die Fußballabteilung sogar aufgelöst worden, dies aber nach massiven Protesten kirchlicherseits wieder zurückgenommen worden. Als Drahtzieher vermutete der Rektor einen Lehrer der hiesigen Volksschule, der, früher Trainer in der DJK, nun als HJ-Führer auftrat.⁴⁹⁴

Der Pfarr-Rektor, der zugleich Religionsunterricht in der Volksschule in Köttingen erteilte, geriet wegen der Maßnahmen gegen die katholischen Jugendverbände in seiner Rektorats-Pfarrei in heftigen Streit mit dem als HJ-Führer tätigen Lehrer. Die Chronik der Lehrerkonferenz geht ausführlich auf diese Auseinandersetzungen, in die auch der Euskirchener Schulrat einbezogen wurde, ein.⁴⁹⁵

Solche Auseinandersetzungen zwischen den örtlichen Geistlichen und den die staatliche Autorität in den einzelnen Gemeinden vertretenden Lehrern lassen sich in vielfacher Weise sowohl in den Gemeinden der Stadt Erftstadt als auch benachbarter Kreise und Bistümer nachweisen.⁴⁹⁶

Dass die DJK die Gemeinschaftsgliederung des KVJM war, um deren Bestand sich als erstes die Auseinandersetzungen zwischen katholischen Jugendverbänden und Nationalsozialisten entzündeten, wird auch in den entsprechenden weiteren Aufzeichnungen des Pfarr-Rektors Meurers deutlich. Er verweist in der Pfarrchronik aus dem Jahre 1934 auf eine Verfügung des Kölner Regierungspräsidenten, die den konfessionellen Vereinen jede sportliche Betätigung verbietet. Damit bezieht er sich auf die staatspolizeiliche Verordnung der Stapo-Stelle Köln vom 19. März 1934, die bis auf weiteres ein geschlossenes Auftreten der konfessionellen Jugendverbände in der Öffentlichkeit, das Tragen von Uniformen und Fahnen, den öffentlichen Verkauf von Jugendzeitschriften und sportliche Betätigung verboten hatte.⁴⁹⁷ Pfarr-Rektor Meurers berichtet weiter, dass der Regierungspräsident, davon ausgehend, dass das Verbot nicht mehr aufgehoben werde, in Köttingen die Gründung eines neuen Sportvereins unter Aufsicht der NSDAP angeordnet habe und dass sich die meisten Mitglieder der Sportabteilung der DJK diesem angeschlossen hätten.⁴⁹⁸

⁴⁹³ PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Buch II, S. 68 f.

⁴⁹⁴ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 70 und 74.

⁴⁹⁵ StAEft, A 04-369, Protokollbuch der Lehrerkonferenz der Volksschule Köttingen, S. 90.

⁴⁹⁶ Vgl. Fettweiss, K. insb. S. 154-178 und Wallraff, H., S. 349-400.

⁴⁹⁷ von Hehl, Ulrich, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 58.

⁴⁹⁸ PfA Koe, Annales rectoratus Koettingen, S. 78 f.

Die in der Pfarrchronik beschriebene Haltung der Jugendlichen scheint die Meinung zu bestätigen, dass die geistige Bindung der Mitglieder der DJK an die Stammverbände schwächer war als in den anderen Gemeinschaftsgliederungen. Es ging den Jugendlichen in erster Linie um den Sport.⁴⁹⁹

Da, wo sich Mitglieder nicht der nationalsozialistischen Gleichschaltung beugen wollten, waren sie vielfach Schikanen und Repressalien ausgesetzt. Daran erinnert sich ein damals Betroffener, der als 20jähriger Mitglied des katholischen Jugendverbandes PX in Erp war. Zu diesem Verband gehörte neben einem Schachklub auch die DJK, die in Erp ihren Schwerpunkt in der Leichtathletik hatte, aber auch Fußball- und Korbballmannschaften betreute. Der Zeitzeuge, Christian Rhiem, war damals als 1.500 Meter-Läufer Kreismeister des Kreises Euskirchen. Nachdem die DJK auch in Erp in einen nationalsozialistisch geleiteten Verein überführt worden war, wechselte Christian Rhiem in den Kölner Ballspielclub. Er hat das später „oft büßen müssen.“⁵⁰⁰ Er wurde nicht in die DAF aufgenommen, weil er sonntags zur Kommunion ging. 1935 wurde er angezeigt, weil er sich mit vier Hitlerjungen geprügelt hatte, die zuvor den Vorsitzenden des PX geschlagen hatten. Ein Jahr später war er bei der großen Strafkammer in Bonn angeklagt worden wegen Werbung für katholische Schriften. Nach zweimaliger Berufung wurde er bei der dritten Verhandlung von den Schöffen mangels Beweisen freigesprochen. Christian Rhiem erinnert sich daran, dass immer Ängste dagewesen seien. Er hatte immer Repressalien zu fürchten und „er habe nur Nachteile wegen seines Verhaltens gehabt.“⁵⁰¹

Das endgültige Verbot der DJK erfolgte dann durch eine vom preußischen Ministerpräsidenten am 23. Juli 1935 erlassene Preußische Polizeiverordnung, in der die bisher von den einzelnen Regierungspräsidenten erlassenen Verbote zusammengefasst waren. Hier wurde in §2, Abs. 5 jegliche Ausübung und Anleitung zu Sport und Wehrsport aller Art untersagt. Infolgedessen beschloss die DJK zum 1. August 1935 ihre Auflösung.

Bereits ein Jahr zuvor, am 2. Juli 1934, war der Reichsführer der DJK, Adalbert Probst (1900-1934) im Zusammenhang mit den Ereignissen des Röhm-Putsches ermordet worden.⁵⁰²

Einzelne Maßnahmen gegen katholische Jugendeinrichtungen und katholische Jugendarbeit lassen sich aus den für die Pfarrgemeinde St. Kilian in Lechenich zur Verfügung stehenden Quellen entnehmen. So wird in der dortigen Pfarrchronik über einen Zwischenfall berichtet, der sich in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1934 abspielte. Angehörige der HJ und der SA drangen auf das Grundstück des katholischen Jugendheims St. Josef vor und entfernten

⁴⁹⁹ Schellenberger, Barbara, S. 140.

⁵⁰⁰ Rhiem, Chr., Erinnerungen, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 28.

⁵⁰¹ Ebd.

⁵⁰² Gehl, G., S. 139.

gewaltsam ein großes Christuszeichen aus Birkenholz von dem Platz vor dem Jugendheim und warfen es dann in mehrere Stücke zersägt in den Stadtweiher. Der von einem Nachbarn zur Rede gestellte Angehörige der HJ berief sich bei dem geschilderten Tathergang auf die Erfüllung eines Auftrags von Amts wegen. Auf eine schriftliche Anfrage des Pfarrers wurde diesem vom Ortsgruppenleiter und inzwischen kommissarischen Bürgermeister Dr. Geile mitgeteilt, „dass die HJ nicht unter Befehlsgewalt der politischen Leitung steht, sondern eine selbständige Organisation ist.“⁵⁰³ Der Pfarrer hat anschließend nach Rücksprache mit dem erzbischöflichen Generalvikariat in Köln Anzeige gegen sechs beteiligte Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Diebstahl gestellt.⁵⁰⁴ Diese Anzeige wurde an die Staatsanwaltschaft Bonn weitergeleitet, da sich der Bürgermeister als oberste Polizeibehörde in Lechenich in dieser Sache nicht für zuständig hielt. Das Verfahren ist dann im Sande verlaufen.⁵⁰⁵ Der damalige Pfarrer sah für die Stimmungsmache gegen die kirchlichen Jugendvereine einige katholische Lehrer der hiesigen Volksschule als führend verantwortlich an.⁵⁰⁶

Eine besondere Zuspitzung erfuhren die Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischen Jugendverbänden in den Gemeinden Liblar, Bliesheim und Kierdorf. Das ergab sich aus dem in den dortigen Gemeinden sehr aktiven Auftreten der „Sturmschar“. Es handelt sich hierbei um einen Bund der katholischen Jugendbewegung, der sich 1929 als besondere Wanderbewegung verstehend und ursprünglich zur DJK gehörig, dann als eigenständiger Jugendbund innerhalb des KVJM konstituiert hatte.

Dieser neue Jugendbund war schnell gewachsen und hatte bis 1938 28.500 Mitglieder, die zu meist in den örtlichen Jungmännervereinen Führungsaufgaben übernahmen. Der Name „Sturmschar“ sollte die den Naturgewalten entsprechende Dynamik der Bewegung ausdrücken. Sie wollte Vortrupp für eine Gemeinschaftsarbeit innerhalb der katholischen Jugendbewegung sein.⁵⁰⁷ Die Sturmschar gehörte neben dem Quickborn und Neu-Deutschland zu den Trägern der liturgischen Bewegung, deren Ideen sich, ausgehend von Belgien über die Benediktiner-Abteien Beuron und Maria Laach, insbesondere bei der katholischen Jugend verbreitet hatten. Bei den Jugendlichen war der katholische Theologe Romano Guardini (1885-1968), der

⁵⁰³ PfA Le, Brief des Oberpfarrers Lemmen v. 12.3.1934 an den Ortsgruppenleiter der NSDAP Dr. Geile, o.S.

⁵⁰⁴ Ebd., Schreiben von Dr. Geile an Oberpfarrer Lemmen v. 15.3.1934.

⁵⁰⁵ Lechenicher Kirchengeschichte(n), hrsg. vom Pfarrgemeinderat der Kirchengemeinde St. Kilian, Lechenich, Juli 2002, S. 54.

⁵⁰⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 43. Ein ehemaliger Schüler dieser Schule hat in seinen späteren Lebenserinnerungen den damaligen Rektor der Lechenicher Volksschule als „fanatische(n) Nazi“ beschrieben, der darauf bestand, „daß wir morgens Nachrichten aus Zeitung und Rundfunk, die seiner Meinung nach sehr wichtig waren, wenigstens dem Sinn nach wiedergeben konnten.“ Vgl. Johann Simon, Tauwetter-Erinnerungen, Eigenverlag Johann Simon 1998, in: StAEft.

⁵⁰⁷ Gehl, G., S. 117.

zugleich Mentor des Quickborn war, der populärste Führer dieser liturgischen Bewegung. Er verstand Liturgie als die Form des sozialen Gebetes. Aus dieser Vorstellung wuchsen neue Bedürfnisse nach religiöser Gemeinschaftlichkeit, die sich in neuen Kultformen, wie sie später insbesondere bei der Sturmschar vorherrschend waren, ausdrückten. Gemeinschaftsgottesdienste und Gemeinschaftsgebet galten als Kern des religiösen Lebens. Dagegen stießen die lateinischen Rituale und barocken Formen der Feierlichkeit oft auf Kritik. Die Feier der Deutschen Komplet war den Jugendlichen z. B. ein wichtiges Anliegen. In Kierdorf konnten sie den dortigen Pfarrer Jakob Overbach dafür gewinnen, die Osterliturgie in der Osternacht zu feiern und nicht, wie sonst üblich, am Morgen des Karsamstags.⁵⁰⁸ Aus den religiösen Feiern erhofften sie sich Kraft für ihre Lebensgestaltung. Der Pfarr-Rektor von Frauenthal beschreibt mehrmals liturgische Feiern, an denen die Sturmschar wesentlich beteiligt war. Beispielsweise wurde in der Kirche in Frauenthal im Jahr 1934 die Andacht des Dreikönigsfestes zu einer Feierstunde der Christusjugend ausgestaltet:

„Unter dem Lied ‚Ein Haus voll Glorie schauet‘ zogen Jungschar, Sturmschar und Marianische Jungfrauenkongregation mit Bannern und Fahnen vom Klosterhof in die Kirche ein. [...] Nach der Christkönigsandacht huldigte die Christusjugend in einem vom Jugendhaus herausgegebenen Sprachchor Christus, dem König der Welt. Daran schloß sich eine Sakramentsprozession an und am Schluss erhielt die Christusjugend besonders den Segen mit dem eucharistischen Heiland in der Monstranz. Durch das Treuebekenntnis der kirchlichen Jugend tief ergriffen, weihte sich dann die ganze Gemeinde Christus dem König.“⁵⁰⁹

Im Anschluss an das Patronatsfest der Gemeinde in Frauenthal am 8. Dezember 1934, als die Gläubigen das Gotteshaus schon verlassen hatten, „verharrten Jung- und Sturmschar noch lange vor dem Altar und sangen mit tiefer Ergriffenheit ihre Bekenntnislieder.“⁵¹⁰

Regelmäßige Exerzitien und religiös gestaltete Heimabende und Wochenenden prägten das gemeinschaftliche Leben der Sturmschamitglieder. Die Leitung der Sturmschar lag bei dem Generalpräses, dem bereits an anderer Stelle erwähnten Prälaten Ludwig Wolker. Neben ihm spielte Franz Steber (1909-1984) als Führer der Sturmschar und Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Front“ eine bedeutsame Rolle. Diese Zeitung warnte in ihren Ausgaben mehrmals vor dem „vulgären und primitiven Phrasenschwall“ der Nationalsozialisten, vor ihrer „Oberflächlichkeit“ und der „billigen Ausnutzung von Emotionen.“⁵¹¹ Die Auflage stieg trotz mehrmaligen Verbots bis Sommer 1934 auf über 300.000, bis sie dann am 6. März 1935

⁵⁰⁸ Rombach, Bert, Geschichte der Gemeinde Kierdorf, S. 164.

⁵⁰⁹ PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Buch II, S. 87.

⁵¹⁰ Ebd., S. 89.

⁵¹¹ Ebd., S. 162.

endgültig verboten wurde. Unter dem Namen „Michael“ wieder mit einer Auflage von mehr als 300.000 Exemplaren wurde sie dann am 11. Januar 1936 von der Reichspressekammer ganz eingestellt. Der Herausgeber und Reichssturmscharführer Franz Steber wurde am 5. Februar 1936 u. a. mit Prälat Wolker und weiteren Mitgliedern des KJVM verhaftet. Er wurde am 27. April 1937 vom Volksgerichtshof in Berlin wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.⁵¹²

Die Sturmschar hatte gerade auch im damaligen Erftgau, einem Bezirk von etwa 100 Ortschaften zwischen Bergheim und der Ahr gelegen, rege Aktivitäten entwickelt. Etliche Mitglieder aus diesen Orten hatten auch im Jahre 1935 an einer Romwallfahrt teilgenommen. Bei dieser Gelegenheit erhielt die Sturmschar zusammen mit einigen anderen katholischen Jugendgruppen, u. a. auch den St. Georgs-Pfadfindern, eine Audienz bei Papst Pius XI. Auf der Rückfahrt wurden sie an der schweizerischen Grenze auf deutscher Seite festgehalten und ohne jede Begründung stundenlang befragt.

„Die in 60 Autobussen ankommenden Romfahrer wurden ohne jeden Grund stundenlang – bis in die Nacht – verhört, bis auf die Haut durchsucht und völlig ausgeraubt. Die deutschen Behörden beschlagnahmten Fahrtenkleidung, Wäsche, Tornister, Feldflaschen, Kochgeschirre, Zeltbahnen, Rundzelte, Musikinstrumente (darunter wertvolle Geigen und viele Klampfen), Verbands- und Pilgerausweise, Aktentaschen, Koffer, Listen, Fotos, Filme, Kameras, Ferngläser, Banner, Andenken, verschiedentlich sogar Schott-Meßbücher. Der Gesamtwert belief sich damals auf etwa 70.000 RM. Die Ausstellung von Quittungen wurde schroff abgelehnt. In gehässiger Weise mussten sich die Rompilger stundenlang erniedrigenden Verhören unterziehen. Man begegnete ihnen mit Lügen, z. B. der gesamte Jungmännerverband sei während der Romfahrt vom Reichs-Innenminister aufgelöst worden. [...] Servas Giesen aus Bliesheim musste u. a. seine Geige abgeben, die er später vom Amt Liblar mit der Bemerkung zurückerhielt, sie Wäre versehentlich in Konstanz liegegeblieben.“⁵¹³

Aus mehreren Quellen ergibt sich, dass nicht wenige Sturmscharmedglieder, insbesondere in den Gemeinden Kierdorf und Bliesheim, sehr engagiert waren und es dort teilweise zu massiven Auseinandersetzungen mit HJ-Mitgliedern und der Polizei gekommen ist.⁵¹⁴ Hermann Emunds z. B., ein Sturmscharmedglied aus Kierdorf, wurde in einem Zug zwischen Köln und Brüggen von einem Polizisten aufgefordert, seine „Christusnadel“ umgehend vom Revers zu entfernen. Diese Nadel galt für die Sturmschar als Zeichen des Bekenntnisses nach draußen. Seit dem 20. Juli 1935 war aber das Tragen von Abzeichen, die sich nicht auf den Nationalsozialismus bezogen, verboten. Der junge Mann weigerte sich, der polizeilichen Aufforderung Folge zu

⁵¹² Gehl, G., S. 141.

⁵¹³ Giesen, Katharina, Sturmschar und „Junge Kirche“ im Erftgau in der NS-Zeit, in: Jahrbuch 1996 Stadt Erftstadt, S. 108-123.

⁵¹⁴ Ebd., S. 111.

leisten, er musste den Zug an der nächsten Station verlassen. Dort versuchten weitere Polizisten, ihn zum Entfernen der Nadel zu bewegen. Letztlich willigten die Polizisten ein, dass er die Christusnadel an der Innenseite des Revers befestigen konnte.⁵¹⁵

Heimabende der Sturmschar fanden im Gebiet der heutigen Stadt Erftstadt häufig in Lechenich statt. Mehrmals wurden auf dem Weg dorthin Mitglieder von HJ-Anhängern angegriffen und verprügelt.⁵¹⁶

Während eines Sturmscharwochenendes in Bliesheim 1934/1935 wurde das Zelt, in dem die Teilnehmer schliefen und das in einem schwer einsehbaren privaten Garten stand, von der Polizei beschlagnahmt. Verhaftungen von Teilnehmern, die in der Scheune eines anderen Hauses übernachtet hatten, konnten nur durch das energische Eingreifen der Hausbesitzerin verhindert werden.⁵¹⁷

Ein weiteres Beispiel des gewaltsamen Versuchs, katholische Jugendliche, die in kirchlichen Verbänden organisiert waren, an allen öffentlichen Aktivitäten zu hindern, findet sich ebenfalls in der Gemeinde Liblar. Am Fronleichnamstag des Jahres 1935 waren dreizehn Angehörige der katholischen Marianischen Jungfrauenkongregation und drei Mitglieder der Pfadfindergruppe St. Georg „in geschlossener Ordnung unter Mitführen ihrer Fahnen und Banner am Morgen [...] von der katholischen Kirche in Liblar zu dem auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Liebfrauenhaus“ gezogen und hatten „am Abend desselben Tages denselben Weg in derselben Weise“⁵¹⁸ zurückgelegt, „obwohl sie das Verbot kannten“.⁵¹⁹ Deshalb wurde ihnen am 17. Februar 1936 eine Anklageschrift und Vorladung vor das Amtsgericht Bonn zugestellt.⁵²⁰ Allerdings endete das Verfahren dann mit einem Freispruch.⁵²¹

An eine Vorladung zur Gestapo nach Bonn erinnert sich auch eine Zeitzeugin, die als 15jährige mit einer kirchlichen Mädchengruppe aus St. Alban in Liblar unter strenger Verpflichtung zur Geheimhaltung und Verschwiegenheit einige Tage zum Wandern und geselligen Beisammensein in der Eifel verbracht hatte. Plötzlich musste der Aufenthalt abgebrochen werden und zu Hause in Liblar wurde sie vom dortigen Polizisten vernommen, der sie genau ausfragte über das Geschehen während des Eifelaufenthaltes. Anschließend erhielt sie noch die oben erwähnte Vorladung nach Bonn, wo sie noch einmal befragt wurde.⁵²²

⁵¹⁵ Rombach, B., S. 162.

⁵¹⁶ Giesen, K., S. 113, vgl. hierzu auch: J. Recker, 250 Jahre St. Remigius, S. 116, Anm. 131.

⁵¹⁷ Rombach, B., S. 163.

⁵¹⁸ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 71.

⁵¹⁹ Fotokopie der Ladung an Juliane Paulsen, in: Nachlass Kemp-Paulsen, Privatbesitz Familie Michael Kemp, Weilerswist.

⁵²⁰ Ebd.

⁵²¹ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 71.

⁵²² Zeitzeugin Sofia Bongartz (Jg. 1920), Liblar

Trotz vieler Repressalien und Verbote waren die Mitgliederzahlen der katholischen Jugendverbände in den Jahren 1934 und 1935 insgesamt noch gestiegen.⁵²³ Darauf reagierten die Nationalsozialisten einmal mit erhöhtem ökonomischen Druck auf Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, indem sie diese unter Drohung des Arbeitsplatzverlustes aufforderten, ihre Mitgliedschaft in konfessionellen Vereinen aufzugeben und ihre Kinder zu veranlassen, aus konfessionellen Jugendverbänden auszutreten.⁵²⁴ Der Pfarrer von St. Kilian beklagt in der Pfarrchronik im Jahre 1935 etliche Fälle, in denen Mitgliedern der kirchlichen Jugendvereine der Eintritt in eine Lehrstelle erschwert bzw. unmöglich gemacht wurde.⁵²⁵

In der Gemeinde St. Remigius in Dirmerzheim, wo eine Gruppe der Sturmschar sehr aktiv war, drohten einige Lehrpersonen den Kindern und Jugendlichen, die an Heimabenden oder anderen Veranstaltungen der Sturmschar teilgenommen hatten, mit Anzeigen bei der Schulbehörde und sie drängten, die Verantwortlichen anzuzeigen.⁵²⁶

Auch der Erper Pfarrer Philipp Limbach beklagt an vielen Stellen der Pfarrchronik das restriktive Vorgehen gegen die kirchlichen Vereine in seiner Gemeinde.⁵²⁷

Im Februar 1935 war durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Verbot der Aufnahme Jugendlicher unter zehn Jahren in einen konfessionellen Verein erfolgt. In St. Kilian gab es eine Gruppe von Kindern, die sich einmal wöchentlich mit einer zwanzigjährigen, von der Pfarre beauftragten jungen Frau zu gemeinsamen Spielen, Singen und Handarbeiten trafen, zunächst im Marienheim der Vinzentinerinnen in der Frenzenstraße 15, nach dem Verbot in Privatwohnungen.⁵²⁸ Nachdem dies bekannt geworden war, wurde die Leiterin verhört, von der Gestapo verwarnet und anschließend streng überwacht. Dr. Geile hatte dem Landrat mit Schreiben vom 22. August 1935 diese Überwachung zugesagt.⁵²⁹

Im Laufe des Jahres 1936 verstärkten sich die Maßnahmen gegen die katholischen Vereine und ihre Mitglieder noch weiter. Jetzt wurden auch deren Leiter oft massiv unter Druck gesetzt. Es gab z. B. seit dem 5. Oktober 1936 eine Verfügung der Gestapo Köln, die den konfessionellen Vereinen alle weltlichen Feiern verbot. Dieser Erlass brachte den Lechenicher Kaplan Peter Offermann mehrmals in Konflikt mit den hiesigen Nationalsozialisten. Bürgermeister Dr. Geile hatte die Gestapo in einem Schreiben vom 26. August 1937 darauf hingewiesen, dass der Kaplan Offermann sich nicht an den o. g. Erlass halte. Der Kaplan veranstalte mit den Angehörigen

⁵²³ Vgl. Gehl, G., S. 137.

⁵²⁴ Ebd.

⁵²⁵ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 47.

⁵²⁶ Recker, Josef, S. 21.

⁵²⁷ PfAEr, Pfarrchronik Erp, vgl. auch Christian Rhiem, Erinnerungen, S. 27 f.

⁵²⁸ Bei der jungen Frau handelte es sich um die aus Lechenich stammende Anna Fuß. Sie traf sich nach dem Verbot mit den Kindern bei den Familien Löhner und Merten.

⁵²⁹ StAEft, A 03-207.

und Marianische Jünglingskongregationen aufgelöst und verboten. Dies traf den Kölner und Aachener Diözesanverband des KVJM mit allen angeschlossenen Vereinen durch eine Verfügung vom 24. Januar 1938, deren Ausführung erfolgte dann schlagartig und zeitgleich am 1. Februar morgens um neun Uhr.⁵³⁷ Dieses Ereignis hat auch in den Pfarrchroniken der katholischen Gemeinden der Stadt Erftstadt seinen Niederschlag gefunden.

In Bliesheim wurde die Beschlagnahme des Banners als besonders schmerzlich empfunden.⁵³⁸ Pfarrer Linden aus Liblar sah in der Auflösung des Jungmännervereins eine „noch größere Erschwernis der seelsorglichen Betreuung der Jungmänner“.⁵³⁹ Auch der Kölner Generalvikar Emmerich David (1882-1953) fürchtete einen spürbaren Rückgang des religiösen Lebens als Folge des Verbots der Jungmännervereine.⁵⁴⁰

In Lechenich erschien der örtliche Polizist zusammen mit dem Feldhüter der Gemeinde morgens in der Wohnung des Kaplans Offermann. Dieser musste als Präses des JMV die Kasse, die allerdings ein Defizit von 17 RM aufwies sowie einige Tischtennisplatten und fünfzig Gesellschaftsspiele aushändigen.⁵⁴¹ Die Verwaltung des Amtes Lechenich erhielt ein Verzeichnis der requirierten Gegenstände und leitete diese an die HJ-Gefolgschaft Lechenich weiter.⁵⁴² Abschriften über Durchsuchung und Beschlagnahme liegen auch für die Pfarre in Erp und das Pfarr-Rektorat in Blessem-Frauenthal vor.⁵⁴³ Der Pfarr-Rektor von Frauenthal bemerkte zu der Polizeiaktion, dass neben der Beschlagnahme der Geschäftsbücher auf besondere Anweisung des „Herrn Bürgermeisters Dr. Geile gegen mündlichen und schriftlichen Protest des Rektors ein Christusbanner, das nicht Eigentum des Vereins, sondern der Kirche war“ von den Beamten aus dem Schrank der Sakristei genommen worden sei.⁵⁴⁴ Dass die vollzogene Verbandsauflösung strikt überwacht wurde, zeigt die Reaktion des Lechenicher Polizei-Hauptwachmeisters. Dieser machte am 5. Februar 1938 eine Meldung über ein Treffen von fünf namentlich genannten Mitgliedern des Jungmännervereins, die sich jeden Mittwoch mit dem Kaplan Offermann im St. Josefsheim zu religiösen Vorträgen trafen. Vorher würden aber Spiele wie „Mensch ärgere dich nicht“, Schach und Halma gespielt. Diese Treffen wurden dann am 10. Februar 1938 vom Bürgermeister verboten.⁵⁴⁵

⁵³⁷ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 179.

⁵³⁸ Hardegen, R., S. 163.

⁵³⁹ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 74.

⁵⁴⁰ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 181.

⁵⁴¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 57.

⁵⁴² StAEft, A 03-974.

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II, S. 117.

⁵⁴⁵ StAEft, A 03-974.

Auch das „XP“-Zeichen auf dem Dachfirst des St. Josefsheims sollte entfernt werden, weil dieses auf „Pax“ hinweise. Gegen dieses Ansinnen konnte sich der damalige Pfarrverwalter Hövelmann aber nach Beschwerde beim Landrat in Euskirchen erfolgreich durchsetzen, indem er auf die beiden Buchstaben X und P als die griechischen Anfangsbuchstaben „chi“ und „rho“, die für die beiden Anfangsbuchstaben von „Christus“ stehen, verwies.⁵⁴⁶ Die Geheime Staatspolizei Köln hatte am 2. März 1938 die Anweisung gegeben, von der Entfernung des Abzeichens abzusehen, da es sich hier nicht nur um ein Zeichen des Jungmännerverbands, sondern auch um eines der Kirche handle (Anhang 12.3).

Die strikte Überwachung der Auflösung des JMV durch die Gestapo veranlasste den Lechenicher Bürgermeister Dr. Geile zu einem Schreiben an den Landrat in Euskirchen. Hier teilte er am 19. April 1938 mit, dass nach Beobachtungen in seinem Verwaltungsbezirk die katholische Kirche nach Auflösung des JMV eine starke Regsamkeit in der engeren Zusammenschließung der Gläubigen entfalte. Pfarrer gäben in den Predigten die Tage bekannt, an denen die Jungen und Mädels zu „religiösen Abenden“ im Marienheim und sonstigen kircheneigenen Gebäuden erscheinen sollten. Diese fänden zwei- bzw. dreimal wöchentlich statt, und zwar für Mütter, Jungen und Mädels. Auch würden eifrig Exerzitien abgehalten.⁵⁴⁷ Auf eine nochmalige Anfrage der Gestapo vom 24. Oktober 1938 antwortete der Bürgermeister allerdings dahingehend, dass sich nur zehn Mädchen zwischen 13 und 19 Jahren einmal wöchentlich im katholischen Jugendheim treffen würden. Darüber hinaus seien alle Jugendlichen in HJ und BDM erfasst.⁵⁴⁸ Kontrollen bezüglich der aufgelösten Jungmännervereine führten in Bliesheim zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Pfarrer Pflugfelder und dem Ortsbürgermeister Kessenich. Mehrere Mitglieder des JMV trafen sich auch nach dem 1. Februar 1938 zu sportlichen Spielen und trugen sogar in der Öffentlichkeit ihre Hemden mit der „PX“-Aufschrift. Das war von HJ-Jungen beobachtet und angezeigt worden. Der Pfarrer hatte dieses Vorgehen im Gottesdienst von der Kanzel scharf verurteilt und die beteiligten HJ-Jungen als „halbwüchsige Bengel“ und „Lumpen“ bezeichnet. Daraufhin drohte der Bürgermeister als Gegenmaßnahme an, der Kirchengemeinde trotz bestehenden Vertrages keinen Pfennig mehr aus der Gemeindekasse als Zuschuss für das Schwesternheim der Schönstatt-Schwester zu zahlen.⁵⁴⁹ Im Keller des Marienheims trafen sich nach dem offiziellen Verbot des KJVM die Mitglieder weiter zu Spiel- und Gruppenstunden, die oft auch als „Messdienerstunden“ deklariert wurden.⁵⁵⁰

⁵⁴⁶ PfA Le und StAEft, A 03-974.

⁵⁴⁷ StAEft, A 03-1259.

⁵⁴⁸ StAEft, A 03-884.

⁵⁴⁹ Hardegen, R., S. 164, Anm. 6.

⁵⁵⁰ Ebd.

In der Pfarrchronik von Köttingen sprach der Pfarr-Rektor bezüglich der Situation seiner Gemeinde von einem „Gestaltwandel im Unwesentlichen“ und einer „Bewahrung der Substanz“. Zum „Gestaltwandel im Unwesentlichen“ zählte er u. a. das Zurücktreten des „vereinsmäßig-gruppenmäßig Gebundene[n]“ und wies in diesem Zusammenhang auf die Auflösung des Jungmännervereins hin, dessen Vermögen allerdings „wegen Nichtvorhandensein nicht beschlagnahmt werden“ konnte.⁵⁵¹ Der Jungfrauenverein wurde auf streng religiöse Arbeit in Kirche, Pfarrhaus, Heim beschränkt.⁵⁵²

Wenn der Pfarr-Rektor von Köttingen von dem „Gestaltwandel im Unwesentlichen“ und dem Zurücktreten des „vereinsmäßig-gruppenmäßig Gebundene[n]“ spricht, weist das darauf hin, dass sich die Kirchenleitung, d. h. insbesondere die deutschen Bischöfe schon seit längerem auf die 1937/1938 durchgeführte Auflösung ihrer Jugendverbände vorbereitet und entsprechende neue Wege der Jugendseelsorge gesucht hatten. Hier stand vor allem die Aktivierung der Seelsorge innerhalb der Pfarreien und innerhalb der Katholischen Aktion im Vordergrund, da diese dem Zugriff totaler Erfassung durch Staat und Partei nicht unmittelbar ausgesetzt waren. Im Oktober 1937 hatte der Kölner Kardinal Schulte (1871-1941) ein Jugendseelsorgeamt für die Erzdiözese Köln errichtet, um von dort die schon im März 1936 von dem westdeutschen Bischofskonveniat⁵⁵³ erarbeiteten „Richtlinien für die katholische Jugendseelsorge“ umzusetzen. Kirchliche Jugendarbeit sollte fortan „in der Form der allgemeinen Pfarrjugendseelsorge mit dem Ziele, möglichst alle Jugendlichen zum bewussten frohen Leben mit der Kirche zu führen und in der Form der jugendlichen Lebensgemeinschaft mit dem Ziele, eine Kernschar religiös zu vertiefen und für besondere Aufgaben zu bereiten“ stattfinden.⁵⁵⁴ In diesem Sinne wirkte nach dem Verbot der katholischen Jugendverbände die sog. „Junge Kirche“ in mehreren Gemeinden der Stadt Erftstadt, nachweislich in Kierdorf, Dirmerzheim, Lechenich, Liblar und Bliesheim. Diese war aus den Mitgliedern und dem Geist der Sturmschar hervorgegangen, und sie bildete gerade nach dem 1. Februar 1938 den Kern der Pfarrjugend-Gruppen. Sie verstand sich als eine Bewegung innerhalb der Kirche, die Führung und Verantwortung in der gesamten katholischen Jugend und in der jeweiligen Pfarrjugend übernehmen wollte. Dabei war es ihren Mitgliedern ein ganz wichtiges Ziel, „Überkommenes und Traditionelles“ aufzubrechen⁵⁵⁵ im Sinne einer vertieften liturgischen Gestaltung des Gottesdienstes. Als überpfarrliche Gemeinschaft wollte man in diesem Sinne in die einzelnen Pfarreien hineinwirken. Dazu plante und organisierte man schwerpunktmäßig sog. „Tage der Jungen Kirche“, die in bestimmten

⁵⁵¹ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 101.

⁵⁵² Ebd.

⁵⁵³ Konferenz der Bischöfe der Kölner und Paderborner Kirchenprovinz in Kevelaer.

⁵⁵⁴ Gehl, G., S. 142, Anm. 613.

⁵⁵⁵ Giesen, K., S. 116.

zeitlichen Abständen abwechselnd in verschiedenen Gemeinden der Stadt Erftstadt stattfanden. Die Mitglieder der Jungen Kirche suchten und fanden meist bei Familien der jeweiligen Pfarrei Unterkunft und Verpflegung. Sie gestalteten und feierten zusammen mit der Gemeinde Gottesdienste, sie versammelten sich am Abend mit der Pfarrjugend und Pfarrmitgliedern zur Feier der deutschen Komplet. Nach Gottesdienst und Gebeten organisierten sie Bibelkreise, Musik- und Singerunden, Instrumentalgruppen und Arbeitskreise, in denen Linolschnitte u. ä. hergestellt wurden. Insbesondere legte man auf das Lied als gemeinschaftsbildende Kraft großen Wert. Der Planer und Organisator der „Jungen Kirche“ in Erftstadt war der aus Kierdorf stammende Gausturmscharführer Thomas Feuser. Er legte zusammen mit den Dekanatsjugendseelsorgern, den Bliesheimer Kaplänen Franz Merzbach (1933-1936 als Kaplan in Bliesheim) und Gotthard Steinmetz (1936-1938 als Kaplan in Bliesheim) die Linien der Arbeit der Jungen Kirche fest.⁵⁵⁶

Über ihn gelangten allein über 1.200 Flöten und 200 Klampfen in den Erftgau. Damals entstanden mehrere neue Kirchen- und Jugendlieder, von denen über 300 von Georg Thurmair (1909-1984), dem Sekretär Ludwig Wolkers, getextet waren. In der Backstube des Elternhauses von Thomas Feuser in Kierdorf wurde zum ersten Mal das ursprünglich als Protestlied gegen die „Tausendjährigen“ entstandene Kirchenlied „Wir sind nur Gast auf Erden“ gemeinschaftlich gesungen.⁵⁵⁷ Ein besonderes Anliegen war der „Jungen Kirche“ auch die Verbreitung wertorientierter Literatur, um der völligen geistigen Uniformierung durch den Nationalsozialismus entgegenzuwirken. Zu den bevorzugten Autoren gehörten u. a. Gertrud von le Fort, Felix Timmermanns, Georg Bernanos, Ernst Wiechert u. a.⁵⁵⁸ Da ab 1936 öffentliches Auftreten und Durchführen von Fahrten und Zeltlagern nicht mehr erlaubt waren, trafen sich die Mitglieder der Jungen Kirche im Sommer zu Schulungswochen in den Pfarrhäusern von Schuld/Ahr und Rupperath (Eifel), wo der zentrale Gemeinschaftsraum der nicht einzusehende Hofraum des Pfarrhauses war.⁵⁵⁹ Thomas Feuser wurde ständig von den Nationalsozialisten attackiert, zeitweise wurde sein Büro im Elternhaus versiegelt, mehrmals entkam er nur knapp einer Verhaftung. Viele der männlichen Mitglieder der „Jungen Kirche“ wurden sehr früh zu Wehrmacht und Kriegsdienst eingezogen, beispielsweise erhielt der jüngere Bruder von Thomas Feuser noch kurz vor Abschluss seiner Abiturprüfungen den Einberufungsbefehl. Er und etliche seiner Mitstreiter sind nicht mehr aus dem Krieg zurückgekehrt.

⁵⁵⁶ Ebd.

⁵⁵⁷ Vgl. Kölner Kirchenzeitung vom 27.1.1984 und Privatarchiv Josef Recker, Dirmerzheim/Bliesheim. Diese Information beruht auf ursprünglich mündlicher Überlieferung.

⁵⁵⁸ Giesen, K., S. 119.

⁵⁵⁹ Ebd., S. 120.

Am 26. Januar 1939 war der KVJM vollständig aufgelöst und das Jugendhaus in Düsseldorf geschlossen worden. Im Juni 1939 erfolgte das Verbot von Quickborn und Neu-Deutschland, im Oktober wurde der Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen aufgelöst.

Den Repressalien und dem Verbot der katholischen Jugendvereine stand die massive Förderung und Unterstützung der nationalsozialistischen Jugendverbände gegenüber. Insbesondere die Schulchroniken aus den Erftstädter Schulen stehen hier als wichtige Informationsquellen zur Verfügung.

Das Werben für Jungvolk (10-14 Jahre), HJ (14-18 Jahre) und BDM hatte seinen vorrangigen Platz in den Schulen. Dabei kam den Lehrern eine entscheidende Rolle zu, Mitglieder für Jungvolk, HJ und BDM zu gewinnen. Die Schulrektoren wurden gezwungen, den zuständigen Behörden regelmäßig über den Erfassungsgrad der Schüler durch die nationalsozialistischen Formationen zu berichten. Dies wird beispielsweise in der Schulchronik der katholischen Volksschule Blessem deutlich. Dort wurden die Lehrpersonen vom Lechenicher Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Dr. Geile dafür in Verantwortung genommen, dass alle Kinder und Jugendlichen sich für den Eintritt der im November und Dezember 1933 gegründeten Jugendgruppen des BDM und der HJ entscheiden sollten. Weil sich dies in Blessem zunächst wegen der politischen Einstellung der Eltern schwierig gestaltete, musste der Hauptlehrer, der die 10-14jährigen Jungen und Mädchen unterrichtete, noch bis 1938, also dem endgültigen Verbot aller anderen Jugendorganisationen, jeden Montag alle Kinder, die noch nicht HJ und BDM beigetreten waren, aufstehen und die Frage beantworten lassen, warum dies so sei. Die stets gleiche Antwort „meine Eltern wollen das nicht“ wurde wie der ganze allwöchentliche Befragungsvorgang aktenkundig gemacht.⁵⁶⁰ In allen vorliegenden Schulchroniken der Stadt Erftstadt wird detailliert über den Erfassungsstand der Schüler berichtet.

In Blessem führte das Werben der dortigen beiden Lehrpersonen anscheinend zu einem tiefgreifenden Konflikt mit dem Pfarr-Rektor Reinartz. Dieser hatte schon am 26. November 1933 im Gottesdienst den Standpunkt der katholischen Kirche zur Jugenderziehung dargelegt, indem er auch aus einem Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe zitiert hatte: „Eine Staatsauffassung, nach der die gesamte Jugend ausschließlich vom Staate erfaßt und erzogen werden soll, innerhalb und außerhalb der Schule, in interkonfessioneller Gemeinschaft und eigener weltanschaulicher Prägung, lehnt die Kirche als mit kirchlicher Lehre unvereinbar ab.“⁵⁶¹ Einige Tage später erschien im „Westdeutschen Beobachter“ ein Artikel, der den eigentlichen Sinn der Predigt falsch wiedergab. In der Zwischenzeit war gegen den Rektor bei der

⁵⁶⁰ Esser, A., Die deutsche Gemeinschaftsschule zur Zeit des Nationalsozialismus in Blessem (1933 bis 1945), in: Jahrbuch 2004 Stadt Erftstadt, S. 124 f.

⁵⁶¹ Zitat aus Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II, S. 73 f.

Staatspolizei Anzeige erstattet worden wegen staatsfeindlicher Äußerungen. Am 4. Dezember kam es auf dem Landratsamt in Euskirchen zu einer Verhandlung mit dem Landrat Dr. Groeger und dem Kreisleiter der NSDAP, Dr. Fassl, in welcher der Pfarr-Rektor anhand seines Predigtmanuskripts, das er vorsichtshalber angefertigt hatte, den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit zurückweisen konnte. Durch seinen Dechanten hatte der Pfarr-Rektor erfahren, dass der Landrat hinter der Anzeige u. a. die beiden Lehrpersonen der Blessemer Schule vermutete, die auf alle Weise die Kinder für HJ und BDM gewinnen wollten und sich durch die Predigt brüskiert sahen. Augenzeugen aus der Gemeinde wollten die beiden Lehrpersonen zusammen mit dem Ortsbauernführer und einem Bewohner der Burg in Blessem nach dem Hochamt, in dem die besagte Predigt gehalten worden war, in der Lehrerwohnung gesehen haben und vermuteten, dass dort wohl die Anklage verfasst worden sei. Im Dorf rief dieser Vorfall eine große Erregung gegen die Denunzianten hervor.⁵⁶² Als im kommenden Jahr die Pacht der Kirchensitze auf der Orgelbühne nicht mehr verlängert wurde, war davon auch der Hauptlehrer betroffen. Er lehnte die ihm angebotene Benutzung des Lehrerplatzes in der ersten Bank hinter den Knaben ab und kam nicht mehr zur Kirche nach Frauenthal.⁵⁶³

Über den eigentlichen Schulbetrieb hinaus führte die Partei besondere Werbeveranstaltungen durch. So fand am 10. Juni 1934 in Herrig unter Leitung des Ortsgruppenleiters Dr. Geile eine Zusammenkunft der HJ aus Herrig und Umgebung statt. Dort hielten Dr. Geile und der hiesige Lehrer Ansprachen an die Bevölkerung, in denen sie alle Einwohner dazu aufforderten, die Jugendlichen zum Eintritt in Jungvolk, HJ und BDM zu bewegen. Schon am 15. September 1933 waren in der Schule im Beisein des Schulrats aus Euskirchen Gruppen des Jungvolks und der HJ gebildet worden. Bis 1936 waren allerdings in Herrig erst ca. 41% der Schüler in den nationalsozialistischen Jugendorganisationen erfasst.⁵⁶⁴

Über eine Werbeveranstaltung in Gymnich berichtete der Westdeutsche Beobachter in seiner Regionalausgabe vom 13. Juni 1934. Dort warben ebenfalls Ortsgruppenleiter und Schulrektor auf einer Veranstaltung für die Einreihung der Jugend in die HJ.⁵⁶⁵

Auch die Schule in Köttingen führte eigens Werbeaktionen für das Jungvolk durch.⁵⁶⁶ Die dortigen Lehrer wurden ermahnt, in der Schule nur Werbung für die Staatsjugend zu dulden, jegliche Werbung für konfessionelle Jugendvereine war streng untersagt, dies galt insbesondere

⁵⁶² PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II, S. 77.

⁵⁶³ Ebd., S. 80.

⁵⁶⁴ StAEft, A 03-1143, Schulchronik der Volksschule zu Herrig, S. 145.

⁵⁶⁵ Westdeutscher Beobachter vom 13.6.1934, Nr. 161. Der Schulleiter wies darauf hin, dass das von allen Lehrern ersehnte Ideal der Jugenderziehung in der HJ seine Vollendung erfahre. Die HJ sei bei der Erziehung unentbehrlich und er hoffe, dass sein Appell an die Eltern auch bei denen Gehör finde, die der HJ bisher ablehnend gegenübergestanden hätten.

⁵⁶⁶ StAEft, A 04-369, Protokollbuch der Lehrerkonferenzen der Volksschule zu Köttingen, S. 113.

auch für den Pfarr-Rektor, der an der Schule Religionsunterricht erteilte.⁵⁶⁷ Es durften in den Schulen auch lediglich Abzeichen der nationalsozialistischen Partei und ihrer Verbände getragen werden.⁵⁶⁸

Durch eine Verfügung des Reichsjugendführers Baldur von Schirach vom Juni 1934 wurde der Staatsjugendtag eingeführt, d. h. alle Schüler vom zehnten Lebensjahr an, die den NS-Jugendverbänden angehörten, waren samstags vom Unterricht befreit, um an den Veranstaltungen ihrer Formationen teilnehmen zu können. Alle anderen Schüler hatten von 8 bis 13 Uhr Unterricht. Dieser Staatsjugendtag wurde erstmalig im September 1934 durchgeführt.⁵⁶⁹ Diese Verfügung verlor Ende 1936 mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die HJ ihre Wirksamkeit. Prinzipielle Befreiung vom Unterricht wurde auch für die Teilnahme an verschiedenen Parteiveranstaltungen gewährt. Dies betraf z. B. die alljährliche Teilnahme an den Schlageter-Gedächtnisfeiern in Düsseldorf, für die auch bestimmte Lehrer beurlaubt waren.⁵⁷⁰ In der evangelischen Volksschule zu Oberliblar nahmen vom 13. bis 15. September 1935 alle HJ-Jungen am Reichsparteitag in Nürnberg teil.⁵⁷¹ Der dortige Lehrer war vom 11. bis 31. Oktober 1936 für einen Lehrgang an der Reichsführerschule II der HJ in Calmuth/Remagen beurlaubt worden.⁵⁷²

Die Schulen mit vielen Mitgliedern der NS-Jugendverbände wurden mit einer HJ-Fahne ausgezeichnet, die jeweils in einer besonderen Schulfeier im Beisein des örtlichen Bürgermeisters und der politischen Leitung erstmalig gehisst wurde.⁵⁷³ Im Oktober 1936 gehörten 100% der Schüler der Volksschule in Köttingen der Staatsjugend an (November 1935: 67,6%). Fast ein Jahr zuvor hatte schon die evangelische Volksschule zu Oberliblar die HJ-Fahne hissen können, hier waren schon im September 1935 fast alle Schüler von den nationalsozialistischen Jugendorganisationen erfasst.⁵⁷⁴ In der katholischen Volksschule zu Oberliblar waren im Januar 1936 fast alle 10 bis 14 jährigen Schulkinder in HJ und BDM. In der Volksschule zu Herrig dauerte es bis zum Mai 1938, ehe alle Schüler eingegliedert waren. Bereits im Juli 1936 berichtete eine Lokalzeitung über eine eindrucksvolle Feier an der „Höheren Schule zu Lechenich“, nachdem diese das Recht erhalten hatte, die HJ-Fahne zu hissen, weil die „gesamten Schüler im Jungvolk und im BDM erfaßt“ worden waren.⁵⁷⁵

⁵⁶⁷ Ebd., S. 116.

⁵⁶⁸ Ebd., S. 89.

⁵⁶⁹ StAEft A 04- 365, Schulchronik der inkludierten evangelischen Volksschule zu Oberliblar, S. 114.

⁵⁷⁰ StAEft, A 04- 369, Protokollbuch der Lehrerkonferenzen der Volksschule zu Köttingen, S. 89.

⁵⁷¹ StAEft, A 04-365, Schulchronik der evangelischen Volksschule zu Oberliblar, Eintrag v. 16.9.1935.

⁵⁷² StAEft, A 04-366, Schulchronik der evangelischen Volksschule zu Oberliblar, Eintrag v. 31.10.1936.

⁵⁷³ StAEft, A 04-369, Protokollbuch der Lehrerkonferenzen der Volksschule zu Köttingen, S. 137.

⁵⁷⁴ StAEft, A 04-365, Schulchronik der evangelischen Volksschule zu Oberliblar, Eintrag v. 27.3.1935.

⁵⁷⁵ StAEft, Lechenicher Zeitung vom Juli 1936. Der Rektor der Höheren Schule in Lechenich, Dr. Schaffrath, der gleichzeitig Subsidar an St. Kilian war, wies in seiner Ansprache auf das leuchtende Vorbild hin.[...]

Mit der Zunahme von HJ- und BDM-Mitgliedern ging zunächst – auch in den Gemeinden der Stadt Erftstadt – ein Mangel an Heimen und Führern einher. Es war wohl eher die Ausnahme, dass den Nationalsozialisten, wie anscheinend in Gymnich, geeignete Jugendführer zur Verfügung standen. So erklärte sich ein damaliger Zeitzeuge den dortigen Erfolg der HJ vor allem durch die dort wohl aktiven „gute[n] bis sehr gut[en]“ Jugendführer.⁵⁷⁶ HJ und BDM waren seiner Meinung nach im damaligen Dorf Gymnich die „eigentliche NS-Attraktion“.⁵⁷⁷ In anderen Orten der Stadt Erftstadt verpflichtete die Partei oft jüngere Lehrpersonen zur Leitung ihrer Jugendgruppen.⁵⁷⁸ Manchmal haben wohl auch die Ortsgeistlichen katholischen Lehrern ihrer Gemeinde zur Annahme solcher Aufgaben geraten, um sich auf diese Weise noch einen gewissen Einfluss zu sichern.⁵⁷⁹

Den Mangel an Heimen versuchte man teils durch Neubauten zu beheben (Anhang 12.4). Die Berichterstattung über eine solche Maßnahme in Bliesheim nahm in der lokalen Presse in den Jahren 1934/1935 einen breiten Raum ein. Anlässlich des ersten Spatenstichs am 4. November 1934 berichtete das „Euskirchener Volksblatt“ über Lage und Größe des Heims. Es wurde in der Nähe des Feuerwehrgerätehauses am Adolf-Hitler-Platz errichtet in einer Länge von 12 Metern und einer Breite von 7 Metern. Am 17. Februar 1935 wurde es im Rahmen einer von der Partei veranstalteten großen Feier der HJ übergeben.⁵⁸⁰

In Liblar hatte die Kommune ein Haus für die HJ gekauft, nachdem der katholische Pfarrer die Mitbenutzung des pfarreigenen Liebfrauenhauses durch die HJ abgelehnt hatte. Die Pfarrgemeinde wurde deshalb verpflichtet, zwanzig Jahre lang die Kürzung eines von der Zivilgemeinde garantierten Zuschusses zum Unterhalt des Liebfrauenhauses hinzunehmen. Mit den so eingesparten 2.000 RM jährlich wollte die Zivilgemeinde das HJ-Haus amortisieren.⁵⁸¹ In Kierdorf wurde im März 1935 ein neues HJ-Heim eingeweiht, nachdem man einen gemeindeeigenen Saal umgestaltet hatte.⁵⁸²

In Lechenich übernahm Ende des Jahres 1938 die NSDAP nach dem Niederbrennen der Synagoge das ehemalige jüdische Schulgebäude für HJ und BDM⁵⁸³ (heute: Judenstraße 10).

„daß wir in unserem Führer haben [...] In unsere Herzen wollen wir die Idee Adolf Hitlers aufnehmen und in die Tat umsetzen.“

⁵⁷⁶ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 79.

⁵⁷⁷ Ebd.

⁵⁷⁸ Dies ist u. a. für die Schule in Köttingen und die evangelische Schule in Oberliblar nachweisbar.

⁵⁷⁹ PfA Kie., o.S.

⁵⁸⁰ Euskirchener Volksblatt vom 5.11.1934 und 20.2.1935. Beim ersten Spatenstich ermahnte der Bürgermeister ten Hövel die HJ, das Heim wie ein Heiligtum zu pflegen und keine fremden Gedanken in seinen Mauern aufkommen zu lassen.

⁵⁸¹ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 60.

⁵⁸² Westdeutscher Beobachter v. 31.3.1935, Nr. 90.

⁵⁸³ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 440.

In Erp konnten die Nationalsozialisten im Mai 1937 für mehrere BDM-Mädchen ein Landdienstheim, das erste im gesamten Gau Köln-Aachen, errichten. Dafür hatte ein Erper Bauer ein kleines Bauernhaus zur Verfügung gestellt. In diesem Haus lebten im Rahmen des Landjahrs jeweils für neun Monate acht BDM-Mädchen mit einer Führerin. Diese Jugendlichen wurden auf einzelnen Höfen zur Entlastung der Bäuerinnen eingesetzt. Auch hier fand eine feierliche Einweihung des Heims im Beisein des stellvertretenden Gauleiters statt.⁵⁸⁴

Der massenhafte, oft erzwungene Übertritt vorwiegend katholischer Jugendlicher in die NS-Staatsjugend musste diese teilweise auf lokaler Ebene von innen her verändern.⁵⁸⁵ So ließ sich für viele dieser Jugendlichen der HJ-Dienst problemlos mit der Erfüllung kirchlicher Pflichten verbinden. Beispielhaft lässt sich das deutlich in Gymnich erkennen. Der dortige HJ-Führer war auch Messdiener, und etliche Jungen aus dem Jungvolk trugen sogar die Jungvolkuniform unter dem Messdienerkittel.⁵⁸⁶ Es gab in Gymnich innerhalb der HJ einen Fanfarenzug, der ein fester Bestandteil der Gestaltung öffentlicher Feste und Veranstaltungen geworden war. Wegen der erforderlichen Proben musste jeden Sonntagmorgen um 10 Uhr auf dem Adolf-Hitler-Platz mit „blankgeputzter Fanfare“ angetreten werden.⁵⁸⁷ In der 9-Uhr-Messe erschienen die Jugendlichen schon in Uniform, während die Fanfaren in der Nachbarschaft abgelegt worden waren. Nach Ende der Messe bis zum späteren Hochamt „zog dann der uniformierte und lautstarke Zug durch die Hindenburgstrasse (heute: Gymnicher Hauptstrasse), Spillesgasse über den Kuhweg zum Sportplatz.“⁵⁸⁸ Aufgrund der damals allein schon durch das Elternhaus noch vorgegebenen starken kirchlichen Bindung war „eine perfekte Erziehung im Geiste des Nationalsozialismus...dadurch ungewollt mit wichtigen Bremsen versehen.“⁵⁸⁹

Die Stellung und das Wirken der HJ in Gymnich scheinen eine Beobachtung von Olaf Blaschke zu bestätigen, indem er darauf hinweist, dass es innerhalb eines katholischen Milieus durchaus üblich war, dass bei vielen Katholiken das katholische Glaubensbekenntnis und der Nationalsozialismus nicht unbedingt als Gegensätze empfunden wurden.⁵⁹⁰

Die restlose Erfassung der Jugend stellte nach Meinung von Ulrich von Hehl den stärksten Einbruch des Nationalsozialismus in die kirchlichen Interessen dar.⁵⁹¹ Nachdem die katholische Jugendarbeit auf den innerkirchlichen Raum beschränkt bleiben und

⁵⁸⁴ Vgl. Euskirchener Volksblatt vom 19.4.1937, Nr. 90, Bl.3, v. 21.5.1937, Nr. 115 u. vom 25.5.1937, Nr. 118, Bl. 3.

⁵⁸⁵ Vgl. Rau-Kühne, C., Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft, S. 377.

⁵⁸⁶ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 80.

⁵⁸⁷ Ebd., S. 81.

⁵⁸⁸ Ebd.

⁵⁸⁹ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 71.

⁵⁹⁰ Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 185 f.

⁵⁹¹ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 181.

sich auf den pastoralen Bereich verlagern musste, waren nun die Teilnahme an außerschulischem Religionsunterricht, der Besuch der Schulmesse sowie der Kommunionempfang die Maßstäbe, an denen Kirchentreue ablesbar wurde. Auch die Teilnahme an Missionswochen oder bestimmten Gottesdiensten und Andachten, wie etwa an den Bekenntnistagen der Jugend am Dreifaltigkeitssonntag, konnte Ausdruck einer Haltung sein, die sich von der immer kirchenfeindlicheren Politik des Staates abgrenzte.⁵⁹² Die örtlichen Quellen der Gemeinden der Stadt Erfstadt zeichnen hier unterschiedliche Entwicklungen auf. Oftmals wird dabei sichtbar, wie schon an anderer Stelle erwähnt, dass vor allem die männliche Jugend begann, sich aus den kirchlichen Bindungen zu lösen. Hier wurde wohl eine Tendenz verstärkt, deren Beginn Pfarrer Schroeder aus Dirmerzheim schon in der Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatte kommen sehen.⁵⁹³ Auffallend ist, dass in einigen Gemeinden der Erfstadt Pfarrer und Lehrer, die in den Dörfern qua Amt und aus Tradition tonangebend und meinungsbildend waren, miteinander konkurrierten. Letzteres lässt sich sehr deutlich in der Pfarre St. Kilian in Lechenich erkennen. Schon im März 1934 sah der Oberpfarrer Lemmen einige katholische Lehrer der hiesigen Volksschule als führend verantwortlich für die Stimmungsmache gegen die katholischen Jugendvereine.⁵⁹⁴ Sein Nachfolger, der Oberpfarrer Lennartz, beklagte im Jahre 1939 das fehlende Interesse der Jugendlichen an den 1937 eingerichteten Kinderseelsorgestunden, die nur sehr schlecht besucht wurden. Er sah einen wesentlichen Grund dafür auch in der Haltung der Lehrer, von denen insgesamt drei, unter ihnen der Schulleiter, aus der Kirche ausgetreten waren. Er verwies auf eine Beeinflussung der meisten Lehrer gegen die Kirche: „Die Knaben der Oberklasse störten den Gottesdienst in der Kirche und verunglimpften auch den Priester auf der Straße in einer Form, als ob sie dazu abgerichtet wären.“⁵⁹⁵ In seinen Erinnerungen an das Jahr 1941 bemerkte er:

„Die Jugend aber entfernte sich. Daß Jünglinge und auch Jungfrauen eine Krise durchmachen, ist nicht neu, ist immer so gewesen und wird wohl auch so bleiben. Aus Gewohnheit muss einmal Überzeugung werden. Aber daß es in dem Ausmaß geschieht, wie es sich jetzt zeigt, daß in einer rein katholischen Gemeinschaft, wo in früheren Zeiten schon um des lieben Geredes willen, so leicht keiner außer der Reihe ging, daß da heute Halbwüchsige Sonntag für Sonntag keine Kirche mehr besuchen, das ist etwas, was bisher wohl die Großstadt, aber nicht das katholische Land gekannt hat. Das ist ein Zeichen, daß der Same der gott- und kirchenfeindlichen Agitation, die auch die Schule sich erobert hat, viel fruchtbaren Boden gefunden hat.“⁵⁹⁶

⁵⁹² Weitz, R., Katholische Kirche im Nationalsozialismus, S. 357 f.

⁵⁹³ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, S. 16.

⁵⁹⁴ Vgl. Kap. 5.2.2

⁵⁹⁵ PfA Le, Bericht über Kinderseelsorgestunden: „Von 38 Knaben der Oberklasse kommen meist nur 8.“o.S.

⁵⁹⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 20.

Derselbe Pfarrer erinnerte sich Ende des Jahres 1945 in einem Rückblick:

„Schlimm und gefährlich war die Jugend, aufgehetzt vom Schulrektor. [...] Der Rektor und eine Lehrerin waren aus der Kirche ausgetreten. Der Rektor sammelte Gebetbücher für die Altpapiersammlung ein. ‚Die werden später nie mehr gebraucht.‘ Die Kinder wurden in der Schule, im HJ-Verband [...] und im BDM [...] regelrecht gegen die Kirche und Elternhaus aufgehetzt und auf Spitzeldienste und Schnüffelei abgerichtet.“⁵⁹⁷

In Köttingen klagte der Pfarr-Rektor Meurers schon 1935 über den Stand des kirchlich-religiösen Lebens von Jünglingen und Jungmännern.⁵⁹⁸ Dieser lasse so manches zu wünschen übrig. In St. Martinus in Kierdorf hatte Pfarrer Overbach auf die nach 1933 immer schwieriger gewordene Jugendseelsorge hingewiesen. Das Gros der Kierdorfer Jungen sei für ernstere Ideen überhaupt nicht mehr zugänglich, die Masse der Jugendlichen entgleite zusehends den Händen der Seelsorge.⁵⁹⁹

In Gymnich hatten die dort wirkenden Priester die Jugendlichen schon vor 1933 nicht interessieren können, auch nach 1933 hatten sie „keinerlei Kontrastprogramm“ zur späteren HJ und BDM bieten können.⁶⁰⁰

Während der Dirmerzheimer Pfarrer Schroeder im Jahre 1928 das Verhältnis zwischen Schule und Kirche als „gut“ bezeichnet hatte, notiert er in der Pfarrchronik unter dem 2. Juni 1939, dass er auf seinem Weg zur Spendung der Krankenkommunion an der Schule vorbeikam, wo die dort auf dem Schulhof versammelten Lehrer und Schulkinder „in Reih und Glied [...] ins Schulhaus (gingen) [...] unbekümmert um den vorübergehenden Heiland.“⁶⁰¹

In der Pfarrgemeinde St. Lambertus in Bliesheim scheint den Quellen nach zu urteilen, der Einfluss der Kirche auf die Kinder und Jugendlichen größer gewesen zu sein. Pfarrer Pflugfelder berichtete in einem Visitationsbericht aus dem Jahre 1938, dass lediglich ein katholischer Junge und ein katholisches Mädchen dem Religionsunterricht fernblieben. Die sechs an der Schule tätigen Lehrer bezeichnete er mit Ausnahme von zwei Personen als „gute Katholiken“.⁶⁰²

Von besonderer Bedeutung für die Jugendlichen in den Gemeinden der Stadt Erftstadt waren auch nach dem Verbot der katholischen Jugendverbände die jährlich am Dreifaltigkeitssonntag auf Dekanats Ebene stattfindenden Gottbekenntnisfeiern. In einem Bericht über die am 12. Juni 1938 abgehaltene Bekenntnisfeier in St. Kilian in Lechenich wies Pfarrer Kleinen aus Friesheim

⁵⁹⁷ Ebd.

⁵⁹⁸ PfA Kö, B 5, Annales Rectoratus Koettingen, S. 88.

⁵⁹⁹ PfA Kie, B 7, Pfarrchronik Kierdorf, unpaginiert.

⁶⁰⁰ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 80.

⁶⁰¹ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, S. 110 f.

⁶⁰² PFA Bl., o.S.

auf die sehr zahlreich vertretenen hiesigen Jugendlichen hin, die auf dieses Ereignis schon am vorhergehenden Freitag in einer gemeinsamen Feier und mit einer Ansprache vorbereitet worden waren.⁶⁰³ Auch der Pfarrer von Dirmerzheim stellte bezüglich der Gottesbekenntnisfeier von 1936 fest, dass aus Dirmerzheim 35 Jungfrauen und 25 Jungmänner teilgenommen hätten, d. h. sogar insgesamt acht Jugendliche mehr als im Vorjahr.⁶⁰⁴

Insgesamt lässt sich für die Gemeinden in der Stadt Erftstadt feststellen, dass die katholische Kirche durch die nationalsozialistischen Maßnahmen gegen die katholischen Jugendvereine und die oft zwangsweise Erfassung der Jugendlichen in der Staatsjugend empfindliche Einbußen hinzunehmen hatte, dass ihr Einfluss aber nicht derart zurückgegangen war, wie es den Zielen der nationalsozialistischen Religions- und Kirchenpolitik entsprochen hatte.⁶⁰⁵

5.2.2 Nationalsozialismus und katholische Schulen in der Stadt Erftstadt

Welche große Bedeutung die Nationalsozialisten der Gleichschaltung der deutschen Jugend beimaßen, zeigte sich auch in der nationalsozialistischen Schulpolitik, deren Ziel es war, die Schulen in ein Herrschaftsinstrument des Regimes zu verwandeln.⁶⁰⁶ Während die organisatorische Struktur des Schulsystems nach 1933 nicht grundlegend verändert wurde, ging es den Nationalsozialisten vor allem um eine politisch-ideologische Vereinheitlichung mit den drei Zielen der Entkonfessionalisierung, der Entprivatisierung und der Indoktrinierung.⁶⁰⁷ Der Kern zur Entkonfessionalisierung der Schulen war der Kampf gegen die konfessionell gebundenen Bekenntnisschulen, die systematisch seit 1934 überall im Deutschen Reich durch konfessionell gemischte „Gemeinschaftsschulen“ ersetzt wurden. Der Kampf um die Durchsetzung dieses Zieles verlief im damals noch vorwiegend katholisch geprägten Rheinland besonders heftig. Hier war der Streit um die Bekenntnisschulen in den Jahren 1936/1937 eskaliert. In dieser Zeit hatte sich der insbesondere 1935 erbittert geführte Kampf der Nationalsozialisten gegen die kirchlichen Jugendvereine auf die Schulen als Hauptangriffsziel verlagert. Obwohl das Reichskonkordat in Art. 23 die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen garantiert hatte, setzte um die Jahreswende 1936/37 eine groß angelegte Propagandawelle gegen die Bekenntnisschule als „wichtigste Front im Schulkampf“ ein,⁶⁰⁸ deren Ziel die völlige

⁶⁰³ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 54.

⁶⁰⁴ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 39

⁶⁰⁵ Vgl. hierzu auch Weitz, R., Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, S. 360.

⁶⁰⁶ Grüttner, M., S. 431.

⁶⁰⁷ Ebd., S. 434.

⁶⁰⁸ von Hehl, Ulrich, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 140.

Verdrängung der Kirche und des Religiösen aus dem öffentlichen Schulwesen war. Das konfessionelle Volksschulwesen und der Religionsunterricht, wesentliche Stützen der Glaubensverkündigung, wurden zunehmend zum weltanschaulichen Kampfplatz.⁶⁰⁹

In einigen Pfarrchroniken der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Erfstadt spiegelt sich diese Auseinandersetzung deutlich wider. Pfarrer Schroeder aus Dirmerzheim, wo es eine katholische Volksschule mit insgesamt 130 Schülern und 3 Lehrpersonen gab, berichtete, dass die Gläubigen seiner Gemeinde am 6. Dezember 1936 angesichts der immer größer werdenden Gefährdung der Bekenntnisschule um die Erhaltung der katholischen Schule im deutschen Vaterland gebetet hätten.⁶¹⁰ Am 22. Januar 1937 sprach er dann selbst 90 Minuten lang über den Schulkampf: „Die Bänke waren besetzt“⁶¹¹

In der Pfarrchronik der kleinen Gemeinde Johannes d. Täufer in Niederberg wird unter dem Datum des 29. September 1939 berichtet: „Der Kampf um die konfessionelle Schule wurde immer heftiger, die Lehrpersonen dürfen die Kinder nicht mehr zum Besuch der Schulmesse anhalten und beaufsichtigen.“⁶¹²

In der Gemeinde St. Josef in Köttingen waren im Oktober 1938 nicht mehr, wie bisher üblich, die Lehrer der hiesigen Schule Firmpaten, sondern diese Aufgabe wurde von drei anderen Mitgliedern der Pfarrei übernommen.⁶¹³

In den katholischen Kirchengemeinden des Erzbistums Köln wurden auf Anraten des Kardinals Schulte auch Elternabstimmungen über den Erhalt der katholischen Volksschulen durchgeführt.

In der Pfarrkirche von Niederberg fand am Sonntag, dem 25. April 1937, eine „völlig freie Abstimmung der Elternschaft über die katholische Schule“ statt.⁶¹⁴ 25 Elternpaare von insgesamt 39 Schülern waren dazu eingeladen worden, nur der der NSDAP angehörige Ortsvorsteher und seine Frau waren nicht informiert worden. Ein Elternvater war nicht erreichbar, seine Frau stimmte aber für die katholische Schule, wie auch alle anderen 24 Elternpaare. Mit dieser Abstimmung sollte die Behauptung des hiesigen Lehrers widerlegt werden, dass alle Eltern eine Gemeinschaftsschule bevorzugten. Der Pfarrer beklagte, dass der Lehrer nach der Abstimmung in der Kirche Werbehefte für die Gemeinschaftsschule an die Schüler verteilt habe.⁶¹⁵ Das eindeutige Abstimmungsergebnis war typisch vor allem für die rein katholisch und ländlich strukturierten Dekanate des Erzbistums. In Nemmenich bei Zülpich hatten sich sogar alle

⁶⁰⁹ Kißener, M., Katholiken im Dritten Reich, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten, S. 21.

⁶¹⁰ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 90.

⁶¹¹ Ebd.

⁶¹² HAEK, Pfarrchronik der Gemeinde Johannes d. Täufers, Niederberg, Eintrag v. 29.9.1939, o.S.

⁶¹³ PfA Kö, Annales rectoratus Koettingen, S. 98 f.

⁶¹⁴ HAEK, Pfarrchronik Niederberg, Eintrag vom 1.5.1937, o.S.

⁶¹⁵ Ebd., Eintrag vom 29.5.1937.

Funktionäre der dortigen Ortsgruppe der NSDAP, die insgesamt 13 Dörfer umfasste, spontan für die Bekenntnisschule erklärt.⁶¹⁶

Gleichzeitig lässt sich eine verstärkte Kontrolle der kirchlichen Initiativen durch die Gestapo beobachten. So wurden die Landräte im Regierungsbezirk Köln über eine gesteigerte Aktivität der Pfarrgemeinden gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule informiert. Der Landrat von Euskirchen forderte dann am 29. April auch den Bürgermeister in Lechenich auf, sich Kenntnisse über die in seinem Amt stattfindenden Gespräche zwischen Geistlichen und Eltern über „Erziehungsmassregeln“ zu beschaffen und deren Inhalt an ihn weiterzuleiten.⁶¹⁷

Wohl aus Rücksicht auf die Volksstimmung hatte die nationalsozialistische Führung zunächst einmal ihre Schulpläne zurückgestellt. Das änderte sich aber wieder zu Beginn des Jahres 1939. Der Kölner Kardinal ordnete deshalb erneut in allen Pfarrgemeinden des Erzbistums nochmalige Abstimmungen an. Er wollte die dann ermittelten Zahlen dem Reichskanzler zugleich mit dem Hinweis auf die Konkordatsbestimmungen zukommen lassen.⁶¹⁸

Der Pfarrer von Dirmerzheim berichtete unter dem Datum vom 5. Februar 1939 über eine Zählung der Kirchenbesucher, die mit erhobenem Arm für die Erhaltung der Bekenntnisschule stimmen konnten. Von den insgesamt 325 Gottesdienstbesuchern in den zwei Sonntagsmessen „erhoben nur 12 den Arm nicht.“⁶¹⁹

Ebenfalls am 5. Februar 1939 fand in der Pfarrkirche St. Martinus in Borr eine Abstimmung über die Beibehaltung der katholischen Schule statt, bei der auch der Ortsvorsteher die Hand für das Weiterbestehen erhob. Lediglich der langjährige Lehrer Christian Oberdörffer hatte vor der Abstimmung die Kirche verlassen.⁶²⁰

Insgesamt hatten 86,5% der erwachsenen Kirchenbesucher für die katholische Schule gestimmt.

Dieses Ergebnis änderte aber nichts an den nationalsozialistischen Schulplänen.

Im Rahmen des Schulkampfes waren im Erzbistum Köln durch Verfügungen der Regierungspräsidenten in Köln und Düsseldorf schon zum 31. August 1937 allen nebenamtlich unterrichtenden Geistlichen die Erlaubnis zur Erteilung von Religionsunterricht entzogen worden. Der bisher oft von Pfarrern erteilte Religionsunterricht durfte nur noch von hauptamtlichen Lehrpersonen der jeweiligen Schulen erteilt werden.

⁶¹⁶ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus, S. 152.

⁶¹⁷ StAEft, A03-1259.

⁶¹⁸ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 190 f.

⁶¹⁹ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 108.

⁶²⁰ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martinus, Borr, S. 205.

Den einzelnen Pfarrern wurde dies vom Landrat in Euskirchen mitgeteilt.⁶²¹ Auch die Pfarrer von Lechenich, Dirmerzheim, Borr und Niederberg verweisen in ihren Chroniken auf diese Verfügung. Sie durften die Schulen nicht mehr betreten. Der damalige Pfarrer von St. Kilian wertete diese Verordnung „allgemein als eine Überleitung zu der vom 3. Reich geplanten Gemeinschaftsschule.“⁶²²

Das Erzbistum Köln stellte daraufhin verbindliche „Richtlinien zur Neuordnung der Kinderseelsorge“ auf. Danach waren die Geistlichen verpflichtet, den nach kirchlichem Recht vorgeschriebenen Religionsunterricht außerhalb der Schulzeit, und zwar in der Kirche oder in kircheneigenen Räumen zu erteilen.⁶²³

Diese neue Form des außerschulischen Religionsunterrichts war in den einzelnen Gemeinden überall mit großen Schwierigkeiten verbunden.

In St. Kilian in Lechenich wurde die Schuljugend klassenweise zur wöchentlichen Kinderseelsorgestunde in die Pfarrkirche bestellt. Aber schon direkt nach der Einführung dieser neuen seelsorglichen Einrichtung klagte der Pfarrer über deren oft schlechten Besuch. Diese Klagen verstärkten sich in den folgenden Jahren.⁶²⁴ In den von Juli 1939 bis Mai 1943 verfassten Berichten über die Kinderseelsorgestunden beklagte Pfarrer Lennartz insbesondere das fehlende Interesse und die Nichtteilnahme der Jungen der Oberklasse. Von den 38 Jungen der Oberklassen nahmen in der Regel nur 8 teil. Dies führte er auf die kirchenfeindliche Beeinflussung der Schüler durch die meisten Lehrpersonen zurück.⁶²⁵ Der kirchliche Unterricht fand im St. Josefsheim in der Steinstraße und im Marienheim in der Frenzenstraße statt, sofern diese nach Kriegsausbruch nicht durch Einquartierungen blockiert waren.

In St. Remigius in Dirmerzheim hatte der Unterricht zur Beicht- und Kommunionvorbereitung bisher in der Schule stattgefunden. Dieser wurde nun neben der Seelsorge für die Schüler der Oberklassen jeweils eine Stunde wöchentlich in der Kirche abgehalten. Auch hier war aber häufiges Fehlen der Jugendlichen zu beklagen, so dass der Pfarrer die Eltern dringend um Mithilfe bitten musste.⁶²⁶ Ähnliches versuchte auch der Pfarr-Rektor Voß in Köttingen in seinen Proklamanda vom 4. September 1938 und vom 9. Februar 1941.⁶²⁷

⁶²¹ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 95.

⁶²² PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich I, S. 52.

⁶²³ Vgl. von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 142 f.

⁶²⁴ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich I, S. 52.

⁶²⁵ PfA Le, Berichte über die Kinderseelsorgestunden vom 20.7.1939. Nach Kriegsausbruch nahm der Besuch noch weiter ab. Dies erklärte Pfarrer Lennartz auch durch den häufigen Unterrichtsausfall bedingt durch mehrmalige Einquartierungen in der Schule und immer öfteren Einsatz der Kinder bei der Feldarbeit als Folge der Einberufung vieler Väter. Vgl. Bericht vom 14.5.1940.

⁶²⁶ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 93.

⁶²⁷ PfA Kö, B 2, Proklamanda 1937-1941.

In Pingsheim sah sich der dortige Pfarrer Diefenbach gezwungen, das Kölner Generalvikariat im Dezember 1939 um einen Zuschuss für Hilfsmittel zur Gestaltung des Religionsunterrichts zu bitten. Er benötigte Tafel und Anschauungsbilder für die Kinderseelsorgestunden, die er in der Kirche abhalten müsse. Die Kirchengemeinde konnte die entsprechenden Mittel wegen des angespannten Pfarretats nicht aufbringen.⁶²⁸

Trotz des vehementen Einsatzes der katholischen Bischöfe und vieler Gläubigen (2.500.000 westdeutsche Katholiken) für den Erhalt der katholischen Konfessionsschulen wurde am 17./18. April 1939 in den westlichen Provinzen Preußens die „Deutsche Schule“ generell eingeführt.⁶²⁹

Das Protokollbuch über die Lehrerkonferenzen an der Schule in Köttingen vermerkt dazu:

„Um den staatlichen Charakter der ‚Deutschen Volksschule‘ besonders zu betonen, sollen zu Beginn des neuen Schuljahres die konfessionellen Bilder, Kruzifixe und dergleichen aus den Klassen entfernt werden. Die konfessionellen Anschauungsbilder sollen nur noch in den Religionsstunden Verwendung finden. Die Religionsstunden werden an den Schluss des Unterrichts gelegt, so dass der Unterricht bereits vor der Religionsstunde offiziell schließt. Die konfessionellen Gebete vor und nachdem Unterricht fallen in Zukunft weg. Stattdessen beginnt der Unterricht mit einem Spruch oder einem nichtkonfessionellen Gebet, ebenso schließt der Unterricht. (Lied!).“⁶³⁰

Pfarrer Lennartz aus Lechenich schreibt im Juli 1939: „Seit der Einführung der Gemeinschaftsschule habe ich aus der Schule, die unmittelbar an meinen Garten grenzt, kein Beten mehr gehört. Als Ersatz dafür ertönen manchmal Sprüche und Choräle, die mit Religion nichts zu tun haben.“⁶³¹ Der Pfarrer Ahrens aus Niederberg berichtet in seiner Chronik, dass schon in der Woche vor Beginn des Schuljahres 1939/1940 der Bürgermeister von Friesheim und der hiesige Ortsvorsteher das Kruzifix aus der Schule entfernt hätten zum Leidwesen der Bevölkerung.⁶³² Auch der Schulchronist von Borr schrieb, dass in seiner Abwesenheit am 14. April 1939 die o. g. beiden Parteigenossen das Kruzifix „in unauffälliger Weise aus der Schule entfernt und sichergestellt hätten.“⁶³³ Ein ehemaliger Lehrer der Volksschule in Köttingen berichtete nach dem Krieg, dass an seiner Schule der damalige, sehr „liberal“ eingestellte Rektor die Kreuze abgenommen habe, nachdem zuvor einige andere Lehrpersonen dies verweigert hätten.⁶³⁴ In Blessem wurden die Kreuze am Montag nach dem Weißen Sonntag aus der Schule entfernt.⁶³⁵

⁶²⁸ HAEK, GVA I, 5248.

⁶²⁹ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 191.

⁶³⁰ StAEft, A 04-369, Protokollbuch über die Lehrerkonferenzen an der Schule in Köttingen, S. 165.

⁶³¹ PfA Le, Bericht über die Kinderseelsorgestunden vom 20.7.1939, Blatt 3., o.S.

⁶³² HAEK, Pfarrchronik Niederberg, Eintrag v. 21.4.1939.

⁶³³ StAEft A 01-005/3, Chronik der Schule zu Borr.

⁶³⁴ StAEft, A 04-367, Schulchronik Köttingen.

⁶³⁵ Esser, A., Die Deutsche Gemeinschaftsschule zur Zeit des Nationalsozialismus in Blessem, S. 125.

Auch in Bliesheim verschwanden die Kreuze nach den Osterferien. Ein ehemaliger Schüler erinnert sich:

„Das tägliche Morgengebet verwandelte sich in einen Spruch, der mit hängenden Armen vorgetragen wurde. Über dem Lehrerpult waren noch die Umrisse des verschwundenen Kreuzes zu sehen. Im ovalen Stempel der Schule fehlte der linke obere Teil mit dem Wort ‚Katholische‘ [...] Vor und nach der Religionsstunde wurde nach wie vor gebetet.“⁶³⁶

In Friesheim waren die Kruzifixe in „nächtlicher Stunde“ aus der Schule geholt worden.⁶³⁷ Pfarrer Schroeder aus Dirmerzheim berichtete, dass die Schulkinder nach den Osterferien die Kreuze in ihren Klassenzimmern nicht mehr vorgefunden hätten. Er habe dagegen beim Reichsminister für Erziehung im Namen der Mehrheit seiner Pfarrei Einspruch eingelegt.⁶³⁸ Damit war er einer Aufforderung des Kölner Erzbischofs, Kardinal Schulte, gefolgt, der alle Pfarrer des Erzbistums verpflichtet hatte, beim Reichserziehungsminister in einer vom Bistum vorgegebenen Form zu protestieren. Auf diesen Sachverhalt weist auch der Borrer Pfarrer Johannes Müllenbruck hin.⁶³⁹ Da diese Einsprüche keinen Erfolg zeitigen würden, stellten sie eher einen formalen Rechtsvorbehalt dar.⁶⁴⁰

Die einklassige evangelische Volksschule in Oberliblar, die seit 1903 bestanden hatte, wurde aufgelöst, ihre 25 Schüler in die vierklassige Volksschule Oberliblar eingegliedert.⁶⁴¹

Im Rahmen der Umwandlung der konfessionellen Volksschulen wurden auch andere religiöse Bräuche, wie sie in rheinischen Schulen üblich gewesen waren, in den Hintergrund gedrängt. So wurde z.B. in der Weihnachtszeit in der Schule in Oberliblar nicht mehr vom heiligen Nikolaus geredet, sondern von „Väterchen Frost“.⁶⁴²

Eine besondere Rolle innerhalb des Schulkampfes in der heutigen Stadt Erftstadt kam der Auseinandersetzung um die Höhere Schule Lechenich zu. Diese war, wie bereits erwähnt, nach dem Ersten Weltkrieg aus finanziellen Gründen aufgelöst worden. Sie hatte unter der Trägerschaft des Erzbistums Köln als neu errichtete Privatschule Zuschüsse von der Gemeinde erhalten. Im Übrigen wurde der Unterhalt mit dem von den Schülereltern zu zahlenden Schulgeld und einem

⁶³⁶ Blumenthal, Otto, Von Blomendal bis Blumenthal, Geschichte einer rheinischen Familie, Erftstadt 2012 (Privatdruck), S. 179, StAEft, Stadthistorische Bibliothek.

⁶³⁷ PfA Fr, Pfarrchronik Friesheim, S. 55.

⁶³⁸ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 108.

⁶³⁹ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martinus, Borr, S. 113.

⁶⁴⁰ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 192.

⁶⁴¹ StAEft, A 04-366, Schulchronik für die Volksschule zu Oberliblar (evgl.), Beginn: 1935, Eintrag vom 18.4.1939.

⁶⁴² Flohr, Änne, Hitlergruß statt Morgengebet, Schule in der Kriegszeit, in: Liblar 1150-2000, hrsg. von der Interessengemeinschaft 850 Jahre Liblar e.V., Liblar 1999, S. 97-98.

staatlichen Zuschuss bestritten. Die Zivilgemeinde beteiligte sich neben einem fest vereinbarten Zuschuss mit der Überlassung der Schulräume und des Inventars gegen einen billigen Mietzins an den Unkosten der Schule. Dort wurden Schüler und auch Schülerinnen ab der 5. Klasse in fünf Jahrgängen (bis zur Obertertia) auf den Besuch von Gymnasien in Köln, Brühl oder Euskirchen vorbereitet, wo sie ihr Abitur ablegen konnten. Die Stellung des Schulleiters hatte von 1928 bis 1934 der Rektor Adolf Fabian inne. Dieser war seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten mit deren örtlichen Parteiführern in Konflikt geraten. Daraufhin stellte der damals noch kommissarisch amtierende Bürgermeister Dr. Geile 1934 die Zahlung des Zuschusses der Gemeinde ein. Der Schulleiter wurde deswegen beim Regierungspräsidenten in Köln vorstellig. Dieser verlangte von Dr. Geile eine Stellungnahme zu seinem Vorgehen. In seiner Begründung vom 9. April 1934 betonte dieser die schlechte Finanzlage der Gemeinde Lechenich. Der Betrieb der Schule sei immer schon und bleibe auch stets ein Zuschussgeschäft. Darüber hinaus lehnte Dr. Geile prinzipiell die Berechtigung der Höheren Schule zu Lechenich ab. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den Leiter der Schule,

„der es wiederholt unternommen hat, von der Kanzel herunter in nicht mißzuverstehender Weise seine Einstellung gegen die nationalsozialistische Weltanschauung offen darzutun. Da aber die Gewähr einer weltanschaulich einwandfreien und staatsbejahenden Haltung in erster Linie in der Person des Schulleiters begründet ist, so erscheint die unsichere, wenn nicht gar feindselige Einstellung des Leiters einen genügenden Grund für die Nichtberechtigung der Schule zu bilden [...] Entgegen der erfreulichen Mitarbeit und Beteiligung der Volksschulen an sämtlichen Veranstaltungen der Bewegung seit der Machtübernahme, war bei der höheren Schule von Anfang an eine passive Resistenz und ein völliges Versagen festzustellen [...]. Noch vor 2-3 Monaten bedurfte es eines schriftlichen Hinweises des Unterzeichneten an den Schulleiter sich endlich einmal für die Anschaffung einer Hakenkreuzfahne für das Schulgebäude zu entschließen [...]. Es kann aber nicht Aufgabe des Dritten Reiches bzw. der Gemeinde sein, eine Schule zu unterhalten, die in der Hauptsache wenig begabten Kindern der Bourgeoisie eine Zuflucht gewährt, dieselben der für die Volksgemeinschaft überaus wichtigen Volksschule entzieht und damit lediglich eine Brutstätte des Standesdünkels schafft. Daran ändert sich auch nichts für den Fall, dass der derzeitige Schulleiter abtritt und sein Erbe an einen anderen dem geistlichen Stande angehörenden Leiter übergibt. Ich muß mich daher aus den angeführten Gründen unbedingt dafür aussprechen, daß die private höhere Schule in Lechenich keinen Anspruch auf eine weitere Existenz erheben kann.“⁶⁴³

Des Weiteren wies der Bürgermeister darauf hin, dass er sich genötigt sehe, schon zum 1. Mai fürsorglich die Kündigung für die von der Gemeinde für die Unterbringung der Schule gemieteten Räume auszusprechen.⁶⁴⁴

Kurze Zeit später aber schon, nach einer persönlichen Unterredung mit einem Beauftragten des Regierungspräsidenten, zeigte sich der Bürgermeister im Einvernehmen mit den

⁶⁴³ StAEft, A 03-1054.

⁶⁴⁴ Ebd.

Gemeindeältesten des Rates mit der Weiterbewilligung des Gemeindezuschusses auf die Dauer von fünf Jahren einverstanden, und er teilte dem Regierungspräsidenten am 19. Oktober 1934 mit, dass die Gemeinde inzwischen die Beihilfe an die Höhere Schule gezahlt habe.⁶⁴⁵ Zeitgleich bat der bisherige Rektor Fabian den Erzbischof von Köln zum 1. Oktober 1934 um Entlassung aus seinem Amt und Versetzung in den Ruhestand. Der Erzbischof willigte in dieses Gesuch ein und befürwortete die Ernennung des bisher als Lehrer in Euskirchen tätigen Studienassessors Dr. Karl Schaffrath zum Leiter der Höheren Schule. Gleichzeitig übertrug er ihm die Aufgabe des Subsidiars an St. Kilian, d. h. er sollte dort im Gottesdienst und in der Seelsorge helfen.⁶⁴⁶ Am 18. Juli 1934 erhielt Dr. Schaffrath dann vom Regierungspräsidenten die Erlaubnis zur Leitung der privaten Höheren Schule ab dem 1. Oktober 1934.⁶⁴⁷

Obwohl die Entprivatisierung der Schulen ein wichtiges Ziel des Nationalsozialismus war, wies Dr. Geile im Juli 1936 das Schulamt in Euskirchen auf das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Schule in Lechenich hin. Er sah jetzt auch die Gewähr gegeben, „daß die Kinder im Sinne des nationalsozialistischen Staates erzogen werden. Alle Kinder gehören der Staatsjugend an, außerdem bekleiden 4 Lehrpersonen Ämter in derselben.“⁶⁴⁸ Der Schulleiter selbst war auch Mitglied der NSDAP. In seinen späteren Lebenserinnerungen beschreibt ein damaliger Schüler, wie den Mitschülern mit der Zeit auffiel, dass ihr Schulleiter am linken Revers seines schwarzen Priesteranzugs gelegentlich das kreisrunde Parteiabzeichen trug, und zwar insbesondere dann, wenn der Amtsbürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter Dr. Geile in die Schule zu Besuch kam.⁶⁴⁹ Im Religionsunterricht verteilte Dr. Schaffrath „nahezu regelmäßig parteinahe Zeitschriften wie die Jugendzeitschrift ‚Hilf mit‘ oder die Luftwaffenwerbezeitschrift ‚Der Adler‘“.⁶⁵⁰

Dass die Höhere Schule in Lechenich seit 1920 eine unter kirchlicher Leitung stehende Einrichtung war, stellte ihre Existenz aber auch nach der Einigung mit dem Bürgermeister in Frage. So musste dieser in einer vom 30. April 1935 ausgestellten Bescheinigung klarstellen, dass die private Höhere Schule zu Lechenich „eine Veranstaltung der Eltern der die Schule besuchenden Schulkinder“ sei. „Sie wird unterhalten durch das jährlich durch die Eltern festgesetzte Schulgeld.“⁶⁵¹ Im Juni 1940 lehnte Dr. Geile die Aufforderung zur Übernahme der privaten Schule als öffentliche Mittelschule im laufenden Kalenderjahr ab. Er begründete diese Entscheidung

⁶⁴⁵ Ebd.

⁶⁴⁶ HAEK, GVA I, 3764.

⁶⁴⁷ StAEft, A 03-1054.

⁶⁴⁸ Ebd.

⁶⁴⁹ Weber, M., Die Höhere Schule zu Lechenich, Erinnerungen an die Schulzeit 1939-1943, in: Jahrbuch 1995 Erftstadt, S. 25.

⁶⁵⁰ Ebd.

⁶⁵¹ StAEft, A 03-1054.

mit den dadurch entstehenden Kosten für die Gemeinde und verwies auf die prekäre Haushaltslage durch die Zahlung des Kriegsbeitrags. Nach Kriegsende werde „die Gemeinde der Frage der Umwandlung der Schule ernstlich nähertreten.“⁶⁵² Die Höhere Schule zu Lechenich stand also während der Zeit von 1933 bis 1945 auch im Fokus der nationalsozialistischen Bemühungen, in einem mehrere Jahre dauernden Prozess die katholischen höheren Privatschulen abzubauen oder in staatliche Trägerschaft zu überführen.⁶⁵³

Die Person des Schulleiters Dr. Schaffrath spielte bei dem vorläufigen Erhalt des Status quo der Höheren Schule in Lechenich wohl eine entscheidende Rolle. Seine nach außen gezeigte Nähe zu der örtlichen NSDAP-Führung brachte ihn in häufige Konflikte mit dem Pfarrer Lenartz von St. Kilian. Dieser hatte sich mehrfach über sein Verhalten beschwert. Mehrere Eintragungen in der Pfarrchronik und andere schriftliche Aufzeichnungen im Pfarrarchiv belegen dies. So nahm Dr. Schaffrath seit 1937 nicht mehr an der Fronleichnamsprozession teil, später konnte er keine Schulmessen mehr feiern, weil ihm dies als Leiter einer Schule aus politischen Gründen untersagt war. Dies führte zu einer sehr negativen dienstlichen Beurteilung durch den Pfarrer. Es bestanden wohl keinerlei persönliche Kontakte mehr.

Eine negative Beurteilung erfährt Dr. Schaffrath auch in den 2002 von Lechenicher Pfarrangehörigen gesammelten „Lechenicher Kirchengeschichte(n)“. Dort bemerkt Cornelius Bormann, dass die Lechenicher Juden keine gute Erinnerung an Dr. Karl Schaffrath hatten.⁶⁵⁴

Der Geistliche hat, nachdem er seit November 1944 nicht mehr in Lechenich erschienen war,⁶⁵⁵ später die Kölner Diözese verlassen. Er wurde in die Diözese Trier beurlaubt, war dort zunächst Rektor des Krankenhauses in Niedermendig und später bis zu seinem Tod am 7. Januar 1967 als Pfarr-Rektor in Weinsheim und damit im Bistum Trier tätig.⁶⁵⁶

Bezüglich seiner Einstellung im Bistum Trier hatte das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln in einem Schreiben vom 13. Dezember 1946 dem Bistum Trier mitgeteilt, dass Dr. Schaffrath in die NSDAP eingetreten war, um die von ihm geleitete Höhere Schule zu Lechenich und sich als deren Leiter zu behaupten. Er habe sich danach „mehr als gebilligt werden konnte“ vom Seelsorgeklerus distanziert.⁶⁵⁷

⁶⁵² StAEft, A 03-509.

⁶⁵³ von Hehl, U., *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln*, S. 245.

⁶⁵⁴ Bormann, C., *Die Juden und St. Kilian*, in *Kirchengeschichte(n)*, S. 52.

⁶⁵⁵ PfA Le, *Pfarrchronik St. Kilian II*, S. 36.

⁶⁵⁶ Vgl. Auskunft des Bistumsarchivs Trier. Weitere Unterlagen, die nähere Auskunft über Dr. Schaffrath geben könnten, sind dort nicht vorhanden. Dem Handbuch des Erzbistums Köln aus dem Jahr 1933 ist zu entnehmen, dass Dr. Schaffrath bereits vom 29.5.1920 bis 31.3.1921 Kaplan in Lechenich war. Vgl. die schriftliche Auskunft des HAEK vom 23.11. 2015.

⁶⁵⁷ Vgl. Bischöfliches Archiv Trier, Abt. 88, N. 242 auf Nachfrage vom 26.10. 2015.

Kirchliche Einflussnahme auf Schüler war über den eigentlichen Kirchenraum nur da noch möglich, wo die Lehrer kirchennah blieben. Das Verhältnis zwischen Geistlichen und Lehrern gestaltete sich in den einzelnen Gemeinden der Stadt Erfstadt verschieden. Einerseits gehörten fast alle Lehrer dem nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) an, und schon 1936 waren fast ein Drittel eingeschriebene Parteigenossen, andererseits musste das nicht einer praktizierten Katholizität widersprechen.⁶⁵⁸ Aus kirchlicher Sicht schwierig gestaltete sich das Verhältnis zu Schule, wie schon an einigen Beispielen aufgezeigt, in Lechenich. Der dortige Rektor, Josef Schmitz, der die Funktion eines Amtsleiters hatte,⁶⁵⁹ und mehrere andere Lehrpersonen waren aus der Kirche ausgetreten. Der Bürgermeister hatte schon früh die enge Zusammenarbeit der hiesigen Volksschule mit dem Nationalsozialismus betont.⁶⁶⁰ In der Pfarrchronik von St. Kilian waren schon mehrmals Beschwerden über die Lehrer der Volksschule geäußert worden. Pfarrer Lennartz verwies in diesem Zusammenhang auf ein ihm wiedergegebenes Gespräch zwischen einer Lehrerin und der Frau des Rektors. So habe diese Lehrerin am Abend nach dem Judenpogrom mit Knüppel vorbeiziehende Jugendliche, die sich an den Ausschreitungen beteiligt hatten, mit dem Kommentar bedacht: „Ist es nicht herrlich, wie das die Jugend schon erfasst hat, und wie sie rein instinktmäßig schon das Richtige tut.“⁶⁶¹ In seinen Aufzeichnungen vom 5. Dezember 1940 berichtet der Pfarrer von einer Auseinandersetzung seines Küsters mit dem Rektor der Schule. Der Küster hatte einige Jungen, die sich in der Nähe des Kirchturms aufgehalten hatten, befragt, ob sie auf die schon wiederholt durch Steinwürfe beschädigten Fenster des Turms gezielt hätten. Der zufällig vorbeikommende Schulrektor verbat sich diese Befragung seiner Schüler und gab dem Küster den Rat, selbst auf die Fenster aufzupassen.⁶⁶² An anderer Stelle spricht die Chronik von der „kirchenfeindlichen Agitation, die auch die Schule sich erobert hat.“⁶⁶³ Kurz nach dem Krieg charakterisierte Pfarrer Lennartz die Jugendlichen der Kriegsjahre in Lechenich als „schlimm und gefährlich“, „aufgehetzt vom Schul-Rektor, der auch die anderen Lehrer und Lehrerinnen terrorisierte, was sich diese zum Teil, besonders die letzteren, gerne gefallen ließen.“⁶⁶⁴

In Köttingen sollte sich das in den Jahren 1933 bis 1936 teils sehr gespannte Verhältnis zwischen Pfarr-Rektor und einigen Lehrern der dortigen Schule später verbessern. Zunächst hatten schon kurz nach dem 30. Januar 1933 zwei Lehrer Posten als Leiter in der HJ angenommen,

⁶⁵⁸ Weitz, R., Katholische Kirche im Nationalsozialismus – Die beiden Altkreise im Überblick, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, S. 355.

⁶⁵⁹ StAEft, A 03-217.

⁶⁶⁰ Ebd.

⁶⁶¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 68.

⁶⁶² Ebd., S. 93.

⁶⁶³ Ebd., II, S. 20.

⁶⁶⁴ Ebd., II, S. 64., vgl. Kap. 7.

einer dieser beiden erstattete während der Auseinandersetzungen um die DJK in Köttingen mehrmals Anzeigen gegen dieselbe.⁶⁶⁵ Der Pfarr-Rektor beklagte auch die fehlende Aufsicht der Schulkinder in der Kirche. „Ein Lehrer besucht schon das ganze Jahr keine Kirche mehr.“⁶⁶⁶ Im Jahre 1936 vermerkte er: „[...] ein Lehrer, der mit Haß gegen die ‚Pfaffen‘ erfüllt ist, wurde versetzt, ein anderer wurde durch den Tod abberufen [...] Seitdem haben Gehässigkeiten und Schärfen aufgehört.“⁶⁶⁷ Der stellvertretende Schulleiter der Köttinger Volksschule, der während einiger Jahre des Untersuchungszeitraums die Schulchronik geführt hat, stellte sich in seinen Aufzeichnungen voll hinter den Nationalsozialismus. Er bezeichnete im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs Köttingen als den Ort, der sich innerhalb des Amtsbezirks in „seiner Einordnungsbereitschaft, Opferwilligkeit und Anteilnahme am nationalen Geschehen“⁶⁶⁸ von keinem anderen übertreffen lasse. „Köttingen, das vor der Machtergreifung die Hochburg der linksradikalen Arbeiterbewegung war, ist heute innerhalb der Ortsgruppe Liblar der NSDAP die Zelle, wo alles vorbildlich klappt.“⁶⁶⁹ Der Chronist, der gleichzeitig Kassenwalter der NSV und des Winterhilfswerks war, leitete auch den Kirchenchor und die Männerkongregation in St. Alban in Liblar und gehörte auch der dortigen Katholischen Aktion an.⁶⁷⁰

Die Schulchronik der Volksschule zu Oberliblar, die um 1930 acht Schuljahre umfasste und von 236 Schülern besucht wurde,⁶⁷¹ hatte sich ebenfalls ganz auf die NS-Propaganda eingestellt. Mit Stolz wies der Schulchronist am 4. September 1934 auf die Einrichtung von zwei „Musterluftschutzräumen für den Ernstfall“ hin.⁶⁷² Diese waren mit Reichs- und Gemeindemitteln finanziert worden.

Unter dem Datum vom 16. Dezember 1936 findet sich in der Schulchronik eine Beschreibung der Ereignisse anlässlich der Bahndurchfahrt Hitlers auf seinem Weg zur „Ordensburg Vogelsang“, die am 20. November 1936 stattgefunden hatte:

„Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler besucht die Ordensburg Vogelsang bei Gemünd. Durch das geöffnete Fenster des Sonderzugwagens grüßt er die Tausende, jung und alt, die von nah und fern herbeigeeilt sind, um einen Augenblick bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Liblar den geliebten Führer auch einmal persönlich sehen und mit Heilrufen begrüßen zu können. Die Schulen des Amtes Liblar waren auf dem Bahndamm restlos angetreten. Diese begeisternde, frohe Stunde wird besonders die Jugend so schnell nicht vergessen.“⁶⁷³

⁶⁶⁵ PfA Kö, B 5, Annales Rectoratus Koettingen, S. 74.

⁶⁶⁶ Ebd., S. 83.

⁶⁶⁷ Ebd., S. 87 f.

⁶⁶⁸ StAEft, A 04-367, Schulchronik Köttingen, S. 143.

⁶⁶⁹ Ebd.

⁶⁷⁰ PfA Li, Protokollbuch der Katholischen Aktion, Teilnehmerliste.

⁶⁷¹ StAEft, A 04-364, Schulchronik der katholischen Schule zu Liblar-Heidebroich, S. 82.

⁶⁷² Ebd., S. 64.

⁶⁷³ Ebd. S.66. Der Bürgermeister von Lechenich, Dr. Geile, hatte bereits im September 1936 eine Einladung an die Reichskanzlei des Führers geschickt mit dem Vermerk, dass sich Lechenich glücklich schätzen würde, bei

Der Leiter der o. g. Schule, auch Parteimitglied und Kassenwart der NSV, hatte sich mit Pfarrer Linden von St. Alban darauf geeinigt, dass jeweils zwei von drei bestimmten Schülern bei Exequien und Beerdigungen, die während der Unterrichtszeit stattfanden, entgegen einer staatlichen Anordnung mit Kreuz und Leuchter mitgehen konnten. Sie mussten allerdings gegenüber den Mitschülern striktes Stillschweigen bewahren.⁶⁷⁴ In der Schule in Dirmmerzheim war dies nicht möglich.⁶⁷⁵ Ein weiterer Zeitzeuge aus Liblar erinnert sich heute daran, dass er trotz seiner Stellung als Jungführer bei zeitgleich zum sonntäglichen Gottesdienst stattfindenden Appellen der Jungschar dort ohne negative Folgen fehlen konnte.⁶⁷⁶ Die Anwendung und Befolgung nationalsozialistischer Maßnahmen, die das Verhältnis von Schule und Kirche betrafen, waren also auch von den jeweiligen Schulleitern und ihrer Einstellung und Haltung gegenüber der örtlichen Kirchengemeinde und deren Geistlichen abhängig.

Der Lehrer der einklassigen Volksschule in Herrig, die im Jahre 1936 von insgesamt 52 Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren besucht wurde, warb zwar auch intensiv für HJ und BDM, er zog auch außerhalb des Unterrichts mit den Schülern von Haus zu Haus, um im Dienst des Vierjahresplans Kartoffeln einzusammeln, er war aber auch mit seinen Schülern anwesend, als der neue Pfarr-Rektor, schon nicht mehr am Ortseingang, sondern nur an der Kirchentüre, von Einwohnern und Kirchenvorstand begrüßt wurde.⁶⁷⁷

In Erp war der während des Untersuchungszeitraums tätige Hauptlehrer und Rektor zwar im März 1939 aus der Kirche ausgetreten, es waren aber wohl keine größeren Konflikte zwischen Pfarrgemeinde und Schule entstanden.⁶⁷⁸

Auch aus Gymnich und Friesheim lassen sich aus den vorliegenden Quellen keine gravierenden Konflikte zwischen Schule und Kirchengemeinde erkennen. In Gymnich fällt zwar das eifrige Werben des Rektors für HJ und BDM auf, aber andererseits galten die langjährigen Lehrer der Schule wohl als kirchennah. Ein ehemaliger Schüler bemerkte im Rückblick bezüglich seiner Klassenlehrerin: „Unsere Lehrerin wußte schon ‚was des Führers ist‘ und verlor nie aus den Augen, was Gottes ist.“⁶⁷⁹

In Blessem war die Lehrerin Katharina Lahnstein zwar 1933 auf Druck und um ihre berufliche Stellung nicht zu verlieren, der NS-Frauenschaft in Blessem, zu deren Blockleiterin sie ernannt

dieer Gelegneheit der Durchfahrt seinen Ehrenbürger Adolf Hitler begrüßen zu können. Vgl. StAEft, A 03-200
⁶⁷⁴ Aussage des Zeitzeugen Otto Vogt, (1928-2015) Brühl, persönliches Gespräch am 16.6.2014.

⁶⁷⁵ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmmerzheim, S. 95.

⁶⁷⁶ Vgl. Zeitzeuge Willi Esser (Jg. 1931), Erftstadt-Liblar.

⁶⁷⁷ StAEft, A 03-1143, Schulchronik zu Herrig, Kreis Euskirchen, S. 59.

⁶⁷⁸ PfA Er, Pfarrchronik St. Pantaleon Erp.

⁶⁷⁹ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 75.

wurde, der NSV und dem NS-Lehrerbund, aber nicht der NSDAP beigetreten. Sie hatte allerdings ihre Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus mehrfach so deutlich geäußert, dass sie deswegen u. a. von einem ihrer früheren Schüler denunziert wurde. Der Lechenicher Bürgermeister hatte im September 1943 über die Gestapo bei der Staatsanwaltschaft Köln ein Verfahren gegen sie wegen „Heimtückeverbrechen und Wehrkraftzerstörung“ in Gang gebracht.⁶⁸⁰ Gleichzeitig wurde die Lehrerin ab dem 1. Oktober 1943 bis Kriegsende vom Dienst suspendiert. Das für den Fall zunächst zuständige Sondergericht Köln leitete diesen an den Volksgerichtshof in Berlin weiter, weil bei diesem Verfahren unter Umständen mit einer Verhängung der Todesstrafe zu rechnen war. Der Volksgerichtshof gab das Verfahren gegen Katharina Lahnstein am 10. August 1944 zur Aburteilung an den Volksgerichtshof in Hamm weiter.⁶⁸¹ Wegen der sich überstürzenden Kriegereignisse seit Ende 1944 kam es nicht zu einer Verurteilung.⁶⁸² Der Pfarr-Rektor von Frauenthal, Jägers, befürwortete dann auch nach Kriegsende die Wiedereinstellung der Lehrerin in Blessem.⁶⁸³

Insgesamt war in vielen Gemeinden der Stadt Erftstadt das Verhältnis zwischen Lehrern und Geistlichen sehr angespannt. Das entsprach auch den Beobachtungen in anderen Gemeinden und Bistümern.⁶⁸⁴

In Liblar und Lechenich wurde im August 1942 eine neue Schulform eingeführt, die sog. Hauptschule. Diese sollte sukzessive reichsweit und flächendeckend ausgebaut werden. Anders als die Napola- und Adolf-Hitler-Schulen diente sie aber nicht der Heranbildung des Nachwuchses für Spitzenstellungen in Partei und Verwaltung. Sie sollte vielmehr besonders begabten Volksschülern eine Bildungsgrundlage vermitteln für alle mittleren und gehobenen Berufe im nicht staatlichen Bereich. Sie trat insofern insbesondere neben die sechsjährige Mittelschule. Mit der Einführung des neuen Schultyps war es gleichzeitig den Trägern von privaten Mittelschulen, die sich noch oft in kirchlicher Hand befanden, untersagt worden, neue Anfangsklassen einzurichten.

In Oberliblar wurde im August 1942 die erste Klasse dieser Hauptschule für das Amt Liblar mit dem Namen „Adolf-Hitler-Schule“ eingerichtet. In den folgenden Jahren sollte jeweils ein weiterer Jahrgang folgen. Dort wurden zunächst im Gebäude der Volksschule an der Heidebroichstrasse 44 Schüler und Schülerinnen unterrichtet, die von ihren Volksschullehrern aus Liblar, Bliesheim, Kierdorf und Köttingen als besonders gute Schüler überwiesen worden waren. Um eine angemessene Schülerzahl zu erreichen, wurden auch Jungen und Mädchen aus

⁶⁸⁰ StAEft, A 03-241.

⁶⁸¹ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1050, Nr. 2065.

⁶⁸² LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1037-BIII, Nr. 4886.

⁶⁸³ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1050, Nr. 2065.

⁶⁸⁴ Vgl. die Untersuchungen von Klaus Fettweiss im Bistum Aachen, Fettweiss, S. 156 ff.

Weilerswist und Brühl aufgenommen. Ein Lehrer aus Kreuzweingarten und eine Englischlehrerin aus Brühl waren der Schule als Lehrkräfte zugewiesen worden. Während der Einweihungsfeier mahnte der anwesende Ortsgruppenschulungsleiter Schaaf „eine eindeutig kompromißlose weltanschauliche Ausrichtung für Lehrer und Schüler“ an.⁶⁸⁵ Ein damaliger Schüler erinnert sich heute daran, dass die Schule morgens immer mit dem Verlesen des Wehrmachtsberichts begonnen habe.⁶⁸⁶

Die Hauptschule in Lechenich wurde von 45 Schülern und Schülerinnen besucht.⁶⁸⁷ Etwa ein Drittel aller Volksschüler sollten nach der allgemeinen Einführung dieses Schultyps die Hauptschule besuchen.⁶⁸⁸

In den beiden Gemeinden Liblar und Lechenich konnte ein geregelter Schulbetrieb aufgrund der Kriegssituation (Fliegeralarm und Einquartierungen in den Schulen) nur bis etwa September 1944 durchgeführt werden.

Die Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche in Bezug auf die vorschulische Erziehung wird in Kap. 8.7 näher behandelt werden, da die Höhepunkte dieses Konflikts erst 1941 erreicht wurden.

5.2.3 Nationalsozialismus und katholische Arbeitervereine

Innerhalb der nationalsozialistischen Umformung von Staat und Gesellschaft stand neben dem Monopolanspruch auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen die Erfassung der Arbeiterverbände an erster Stelle⁶⁸⁹. Die besondere Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten hinsichtlich der Arbeiterschaft gründete zum einen darin, dass diese in den 1930er Jahren die Hälfte aller Erwerbspersonen in Deutschland darstellte, zum anderen fürchtete man die lange traditionelle marxistische Tradition in der Arbeiterschaft sowie deren Rolle bei Ende des Ersten Weltkriegs 1918.⁶⁹⁰ Um hier eine umfassende Kontrolle zu gewinnen, versuchte insbesondere der Leiter der neu gegründeten Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley (1890-1945),⁶⁹¹

⁶⁸⁵ Vgl. Zeitungsberichte des Euskirchener Volksblatts vom 15.8.1942, Nr. 190, Bl. 4, vom 10.9.1942, Nr. 212 und vom 12./13.9.1942, Nr. 214.

⁶⁸⁶ Vgl. Zeitzeuge Willi Esser (Jg. 1931), Ertstadt-Liblar.

⁶⁸⁷ Euskirchener Volksblatt vom 6./7.3.1943, Nr. 55.

⁶⁸⁸ Vgl. zu den Planungen und Durchführungen der Hauptschule u. a. Heinz Schreckenberger, *Erziehung Lebenswelt und Kriegseinsatz der deutschen Jugend unter Hitler*, Münster 2000.

⁶⁸⁹ Vgl. Aretz, Jürgen, *Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 25), Mainz 1978, S. 239.

⁶⁹⁰ Vgl. Grüttner, S. 280 f.

⁶⁹¹ Zu Robert Ley vgl. u. a. Schröder, Karl, *Aufstieg und Fall des Robert Ley*, Siegburg 2008.

nach der Auflösung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 2. Mai 1933 vehement den Einfluss der katholischen Arbeitervereine, die in der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) zusammengeschlossen waren, auszuschalten. Die Maßnahmen der DAF gegen die schon im Juni 1933 von Ley als staatsfeindlich bezeichneten konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereine erreichten mit dem Doppelmitgliedschaftsverbot vom 27. April 1934 einen Höhepunkt. Die zahlreichen Mitglieder der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine gerieten dadurch in wachsende materielle und berufliche Schwierigkeiten. Schon zuvor hatte es eine Anordnung gegeben, dass Jugendliche nur Mitglieder in der DAF sein konnten, wenn sie zugleich in der HJ oder BDM waren. Am 25. Januar 1935 hatte Himmler als damaliger stellvertretender Chef der Gestapo dann die Auflösung aller Rechtsberatungsstellen der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine verfügt.⁶⁹²

In den Gemeinden der Stadt Erftstadt zeugen Quellen aus den Orten Lechenich, Gymnich und Köttingen von diesen Auseinandersetzungen.

Die KAB in Lechenich war im Jahre 1913 unter dem Vorsitz des damaligen Kaplans Peter Schall gegründet worden und kümmerte sich um die Belange der zunehmenden Zahl von Arbeitern in den nahe gelegenen Kohlegruben und Brikettfabriken.⁶⁹³ Ihre politische Wirksamkeit war nach 1933 aber durch die o. g. nationalsozialistischen Maßnahmen fast völlig zum Erliegen gekommen. So nahmen die Mitglieder der KAB in Lechenich zwar im Jahre 1937 noch gemeinsam an der Heiligtumsfahrt nach Aachen teil, auf der Rückfahrt besuchten sie gemeinsam ihren früheren Gründer, man feierte besondere Festgottesdienste und hielt innerhalb kircheneigener Räume Veranstaltungen ab. Der ehemalige Präses Fabian, der bis 1934 auch Leiter der Höheren Schule zu Lechenich gewesen war, erinnerte nach der Rückkehr von der Heiligtumsfahrt an die Gründung und das frühere Wirken der KAB in Lechenich und gegenwärtige Versuche, den Zusammenhalt und die ursprünglichen Ziele zu bewahren. Der Chronist der Pfarrchronik bedauert allerdings, dass die vorgetragenen Gedanken eigentlich vor eine größere Öffentlichkeit gehört hätten.⁶⁹⁴ Das Agieren der KAB in Lechenich wurde aber auch wie an anderen Orten seitens der NSDAP streng überwacht. So wurde Dr. Geile in einem Schreiben der Gestapo Köln befragt, ob es in seinem Amtsbezirk nicht auch Mitglieder des katholischen Männervereins gäbe, die nach dem Verbot der Doppelmitgliedschaft in DAF und katholischem Männerverein unter dem Namen „Kettelerbund“ aktiv seien. Dies wurde vom Bürgermeister verneint, er verwies nur auf 62 Personen, die die Zeitschrift „Ketteler Wacht“ bezogen.⁶⁹⁵ Diese

⁶⁹² von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945, S. 72.

⁶⁹³ Vgl. Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 196.

⁶⁹⁴ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 52.

⁶⁹⁵ StAEft, A 03-207.

Verbandszeitschrift, deren verantwortlicher Schriftleiter der später im Januar 1945 als Widerstandskämpfer hingerichtete Nikolaus Groß war, wurde am 14. März 1938 erst zeitweilig, am 19. November 1938 unbefristet verboten. Dieses Verbot war bis zum Kriegsende wirksam.

Die in Gymnich schon im Jahre 1906 gegründete Katholische Arbeiterbewegung hatte aufgrund des staatlichen Drucks schon früher ihre Tätigkeit eingestellt. In den Jahren 1931 bis 1933 war sie unter ihrem damaligen Vorsitzenden und Vizepräses Wilhelm Wildenburg, dem späteren ersten Bürgermeister nach 1945, sehr aktiv gewesen und hatte noch Anfang 1933 einige neue Mitglieder aufnehmen können. Der Vizepräses war ein ausgesprochener Gegner der nationalsozialistischen Bewegung und hatte schon 1931 die Mitglieder der KAB vor der Teilnahme an einer Versammlung der NSDAP gewarnt.⁶⁹⁶ Nach dem Verbot der Gewerkschaften bereits im Mai 1933 beschloss die KAB Gymnich am 23. Juni 1933, das vorhandene Vereinsvermögen zugunsten des Gymnicher Ritts zu verwenden. Zwei Jahre später, als sich überall die Bedingungen für die katholischen Vereine weiter verschlechterten, wurde dann die Vereinstätigkeit endgültig eingestellt mit der Begründung: „Aus seinem Entschluß und in der einsichtsvollen Absicht, eine Schädigung seiner Mitglieder in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung zu vermeiden, stellt der katholische Arbeiterverein Gymnich seine Tätigkeit ein.“ Das Vereinsvermögen fiel der katholischen Kirchengemeinde zu.⁶⁹⁷

Noch früher hatte die KAB in Köttingen auf den Druck der Nationalsozialisten reagiert. Der dortige Pfarr-Rektor vermerkte in seinen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1933, dass sich viele Mitglieder des katholischen Arbeitervereins nicht mehr trautes, an dessen regelmäßigen Versammlungen teilzunehmen. Das Vereinslokal, die alte St. Anna-Kapelle, konnte von außen belauscht werden. Deshalb entschloss er sich als Präses mit Zustimmung des Vorstands, die äußere Vereinstätigkeit des katholischen Arbeitervereins einstweilen einzustellen und eine abwartende Haltung einzunehmen.⁶⁹⁸ Im folgenden Jahr wurde während einer abgehaltenen Volksmissionswoche vom 28. Oktober bis 11. November 1934 die Gründung einer Männerkongregation proklamiert. In diese wurden am 12. Mai 1935 dreißig Mitglieder, alle hatten zuvor zur KAB gehört, feierlich aufgenommen. „Diese schritten mit brennender Kerze zum Chor und sprachen gemeinsam ein Weihegebet.“⁶⁹⁹ Diese Umwandlung des Arbeitervereins in eine rein religiöse Gemeinschaft vollzogen auch einige andere Vereine innerhalb des „Verbandes der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands“, dem die meisten

⁶⁹⁶ Weber, M., 75 Jahre KAB in Erfstadt-Gymnich (1906-1981), Festschrift zur Feier des 75jährigen Bestehens am 6. Dezember 1981, S. 40.

⁶⁹⁷ Ebd., S. 40 f. Vgl. zu der Eskalation des Kampfes gegen die katholischen Arbeitervereine 1935/1936 Jürgen Aretz, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, S. 151-193.

⁶⁹⁸ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 73.

⁶⁹⁹ Ebd., S. 82.

regionalen Arbeitervereine Westdeutschlands angehörten und der seine Zentrale im „Kettelerhaus“ in Köln hatte.⁷⁰⁰ Damit hatten sie auf ihre traditionellen, milieuspezifischen Aufgaben verzichten müssen.

5.2.4 Nationalsozialismus und katholische Frauen- und Müttervereine

Im Verlauf der Industrialisierung im 19. Jahrhundert war es zu einem tief greifenden Wandel im Rollenverständnis der Frauen gekommen. Darauf hatte die katholische Kirche mit einer Intensivierung der Frauenseelsorge und der Frauenbildungsarbeit reagiert. In diesem Zusammenhang waren zunächst in Frankreich, seit den 1860er Jahren zunehmend in vielen deutschen Pfarrgemeinden Jungfrauen- und Müttervereine entstanden. 1918 schlossen sich die im Erzbistum Köln existierenden pfarrlichen Müttervereine zum Diözesanverband Köln zusammen. Zehn Jahre später wurden die Müttervereine Deutschlands in einer nationalen Organisation, dem Zentralverband der Frauen- und Müttervereine mit Sitz in Düsseldorf zentralisiert. Obwohl eine nationale Organisation, vereinigte diese neue Institution nahezu ausschließlich Vereine aus den Diözesen Köln, Münster, Paderborn, Osnabrück und Trier. Sie umfasste 850.000 Mitglieder und ihre Zeitschrift „Die Mutter“ hatte regelmäßig mehr als 500.000 Leser. Der Zentralverband der Frauen und Mütter war damit eine der einflussreichsten Frauengruppen der damaligen Zeit. Er war gleichzeitig institutioneller Partner der in allen katholischen Pfarrgemeinden existierenden Jungfrauenkongregationen, und er organisierte das spirituelle Leben der zugehörigen Mädchen und jungen Frauen.⁷⁰¹ Während der Zeit des Nationalsozialismus traten die Frauen- und Müttervereine im Rheinland während der frühen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche zunächst auch öffentlich für die Belange der Kirche ein. So beteiligten sich am 29. November 1934 30.000 Mitglieder der Müttervereine an einer Großkundgebung in Köln. Eine Predigt des Kölner Kardinals Schulte gegen das „Neuheidentum“ wurde während dieser Veranstaltung erstmals mit Lautsprechern aus dem Dom auf den Vorplatz übertragen.⁷⁰² Damit waren die Müttervereine akut in den Fokus der nationalsozialistischen Bemühungen geraten, deren Einfluss auszuschalten. Zunächst versuchte man durch staatliche Bestimmungen, das Wirken der Müttervereine,

⁷⁰⁰ Aretz, J., S. 112.

⁷⁰¹ O’Sullivan, Michael E., Resistenz, Verweigerung und Kapitulation. Frauen, Jugend und das NS-Regime im Rheinland und in Westfalen, in: Kuropka, J. (Hg.), Grenzen des katholischen Milieus, Stabilität und Gefährdung katholischer Milieus in der Endzeit der Weimarer Republik und der NS-Zeit, Münster 2013, S. 219 ff.

⁷⁰² von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 79.

ähnlich wie bei den anderen katholischen Organisationen, auf den eigentlichen Kirchenraum zu beschränken.⁷⁰³

Die Geschichte der Müttervereine in den Pfarrgemeinden der Stadt Erftstadt während des Untersuchungszeitraums ist quellenmäßig sehr schlecht dokumentiert.

Der Mütterverein von St. Kilian in Lechenich war auf Antrag einiger Frauen am 20. Januar 1914 mit Erlaubnis des damaligen Kölner Kardinals Felix von Hartmann (1913-1919 Kölner Erzbischof) als „Verein christlicher Mütter“ gegründet worden und umfasste bis 1937 267 Frauen.⁷⁰⁴ Der Verein wurde zwar nicht, wie an einigen anderen Orten des Erzbistums Köln, aufgelöst, seine Arbeit aber auf den rein innerkirchlichen Bereich beschränkt. Jedes Auftreten nach außen sollte verhindert werden. So gab es seitens der Gestapo Köln ganz konkrete Vorschriften. Eine Anordnung vom 22. Februar 1938 erlaubte zwar das gemeinsame Kaffeetrinken für Frauen während ihrer Treffen innerhalb von Kirchenräumen, verboten waren aber Ausflüge, Busfahrten, der Besuch von Theateraufführungen und Konzerten,⁷⁰⁵ alles Dinge, die früher ganz selbstverständlich und wesentlich zum Vereinsleben gehört hatten. Der Lechenicher Pfarrer Lennartz beklagte dies heftig in seinem Bericht über eine Wallfahrt der Frauen und Mütter nach Xanten und Kalkar am 3. August 1938.⁷⁰⁶

In Kierdorf war am 27. Oktober 1929 auf Initiative des damaligen Pastors Jakob Overbach unter der Mitwirkung einiger Frauen die „Katholische Frauengemeinschaft“ im St. Josefs-Kloster gegründet worden. Ein im Pfarrarchiv Kierdorf erhaltenes Album dieser Gemeinschaft vermittelt viele Eindrücke von gemeinsamen Ausflügen an Rhein, Mosel und Ahr, Veranstaltungen, die für die betroffenen Frauen damals wohl ein großes Erlebnis waren. Treffen zu Kaffeekränzchen und gemeinsames Arbeiten in der Handarbeitsstube der Hiltruper Schwestern sowie auch gemeinsame Karnevalsfeiern gehörten zum Leben des Frauen- und Müttervereins. Die Teilnahme und Vorbereitung von Wallfahrten und Prozessionen war ebenfalls fester Bestandteil der Tätigkeiten des Vereins. Dieser hatte bis 1938 ständig an Mitgliederzahlen gewonnen, und nur ganz wenige Frauen waren zur NS-Frauenschaft gewechselt. In der späteren Chronik des Vereins wird dieses erfolgreiche Überleben trotz strenger Polizeiüberwachung u. a. mit der „Ausdauer und Diplomatie“ der damaligen Vorsitzenden Else Heller erklärt:⁷⁰⁷ „Im Nationalsozialismus wurde manches verboten, auch freiwillig ruhen gelassen, um keine Aufmerksamkeit zu erregen.“⁷⁰⁸ Wenn hier der Wunsch des NS-Regimes nach Unterlassen

⁷⁰³ Ebd., S. 102.

⁷⁰⁴ Vgl. Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 197, Anm. 2040.

⁷⁰⁵ StAEft, A 03-974.

⁷⁰⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 65.

⁷⁰⁷ PfA Kie, Album zum 50jährigen Bestehen der Frauengemeinschaft Kierdorf, 1929-1979 o.S.

⁷⁰⁸ Ebd.

offener Konfrontation respektiert wurde, so waren die Frauen der Mütter- und auch Jungfrauenvereine teilweise aber sehr engagiert, die katholischen Traditionen im privaten als auch im Bereich der Pfarrgemeinde zu bewahren. Dies macht z. B. die Pfarrchronik von St. Josef in Köttingen sehr deutlich. Hier war im Jahre 1927 der „Verein christlicher Mütter“ gegründet worden. Dieser umfasste 1934 130 Mitglieder, 1938 erfolgten drei Abmeldungen.⁷⁰⁹ Innerhalb des Frauen- und Müttervereins gab es Koch- und Nähkurse. Der Nähkurs musste zu Beginn der NS-Zeit aufgelöst werden. Die damals den Kurs leitende Ordensschwester aus Kierdorf wurde massiv unter Druck gesetzt, weil sie nicht der NSV beitreten wollte, sie legte deswegen ihr Amt nieder.⁷¹⁰ Am 10. November 1936 bat der Pfarr-Rektor schriftlich beim Amtsbürgermeister von Liblar als zuständiger Ortpolizeibehörde darum, in dem Saal einer Gaststätte in Köttingen mit dem Frauen- und Mütterverein abends eine religiöse Mitgliedsversammlung in Form einer geschlossenen Gesellschaft zu halten. Dabei wollte der Rektor einen „kleinen religiös-kirchlichen Vortrag“ halten. In der Pause sollten die Mitglieder eine Tasse Kaffee trinken. Am Schluss sollte von den Kindern der Mütter ein kleines religiöses Gedichtstück aufgeführt werden.⁷¹¹ Am darauf folgenden Tag teilte der Amtsbürgermeister ten Hövel dem Pfarr-Rektor mit, dass „nach den in letzter Zeit ergangenen Bestimmungen [...] die geplante Veranstaltung in einem öffentlichen Gebäude, auch wenn es sich um eine streng geschlossene Veranstaltung handelt, nicht gestattet werden“ kann.⁷¹² Trotz dieser staatlichen Einschränkungen wird aus der vorliegenden Pfarrchronik aber deutlich, wie effizient das Wirken des Frauen- und Müttervereins innerhalb der Pfarre war.

Im Mai 1934 wurde innerhalb einer Caritaswoche eine Haussammlung von zwölf Mitgliedern des Frauen- und Müttervereins durchgeführt, zehn junge Frauen der Jungfrauenkongregation hielten eine Straßensammlung mit Büchsen ab. Mit Teilen des gesammelten Geldes und Zuschüssen des Zentralverbandes der Frauen und Mütter konnte acht bedürftigen Kindern aus Köttingen eine Ferienerholung ermöglicht und sieben kinderreichen Müttern eine dreiwöchige Kur in dem dem Frauen- und Mütterverband gehörenden Mütterheim in Rhöndorf ermöglicht werden.⁷¹³

In den Aufzeichnungen aus dem Jahr 1942 betonte der Pfarr-Rektor die wichtige Unterstützung der Mütterseelsorge durch eine der Vorsteherinnen des Müttervereins in Köttingen, und zwar der Frau Anna Schulten. Diese kümmere sich „unermüdlich“ um die Einladungen der Frauen. Sie habe Schulungskurse des Dekanates eingeführt, sie besuche junge Frauen und Mütter, die

⁷⁰⁹ PfA Kö, A 4.

⁷¹⁰ Ebd.

⁷¹¹ PfA Kö, A 4, Frauen- und Müttervereine

⁷¹² Ebd.

⁷¹³ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 79 f.

nicht zum Frauenverein gehörten, sie besuche Kranke und habe einen kirchlichen „Putzehrendienst“ eingeführt. Durch ihre Tätigkeit bleibe die Verbindung zu den Wallfahrtsorten Kevelaer und Neviges bestehen.⁷¹⁴ Die Leiterin (Präfektin) der Jungfrauenkongregation, Magda Esser, erteilte Beicht- und Kommunionunterricht für die Kinder, sie übte Gebete und Lieder mit den Kindern ein, leitete die wöchentliche Kinderstunde, übernahm deren Aufsicht bei kirchlichen Feiern und war Firmpatin für die Mädchen, eine Aufgabe, die früher meist von Lehrpersonen übernommen wurde.⁷¹⁵

Auch in St. Kilian in Lechenich war der Pfarrer bezüglich der Erteilung des Kommunionunterrichts in den Kriegsjahren auf die Mütter seiner Pfarrei angewiesen.⁷¹⁶

Bei den Wallfahrten bildeten die Frauen die Mehrheit der Teilnehmer, ebenso die jungen Mädchen bei den Bekenntnistagen der Jugend.

Wenn auch das Wirken der katholischen Frauenvereine wenig spektakulär war, so blieben sie den Nationalsozialisten ein Ärgernis, das dann wohl auch dazu führte, dass der Zentralverband des katholischen Müttervereins in Düsseldorf im Jahr 1939 zwangsweise aufgelöst und das Vermögen beschlagnahmt wurde. Die Arbeit der Frauenvereine, wenn auch auf den häuslichen und rein kirchlichen Bereich beschränkt, störte nach nationalsozialistischem Verständnis das Bemühen um die Entkonfessionalisierung der Volksgemeinschaft.⁷¹⁷

Weitere konkrete Informationen über die Arbeit von Frauen- und Müttervereinen in den Gemeinden der Stadt Erftstadt liegen nur insofern vor, als in Friesheim am 25. Juni 1933 eine Frauenkongregation mit zunächst 97 Mitgliedern gegründet worden war.

Für den schon 1912 gegründeten christlichen Mütterverein in Gymnich⁷¹⁸ stehen bisher trotz intensiver Bemühungen keine Informationen bzw. Quellen bezüglich des Untersuchungszeitraums zur Verfügung.

In Dirmerzheim konstituierte sich recht spät am 13. Januar 1941 ein „Verein katholischer Frauen und Mütter“ mit 145 Frauen, dessen Aktivitäten aber wohl zunächst nicht sehr effizient waren.⁷¹⁹ Die während der NS-Zeit gegründeten Frauen- und Müttervereine sollten wohl einen Gegenpol zu den damals vorherrschenden Tendenzen bilden, die ihren Ausdruck z. B. in der NS-Frauenschaft fanden.⁷²⁰

⁷¹⁴ Ebd., S. 107.

⁷¹⁵ Ebd.

⁷¹⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, II, S. 31.

⁷¹⁷ O'Sullivan, M.E., S. 235.

⁷¹⁸ Vgl. Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 197, Anm. 2042.

⁷¹⁹ PfA Gy, Vgl. Pfarrchronik St. Remigius, S. 124 f.

⁷²⁰ Vgl. Koch, H., Grusswort, in: Festschrift 50 Jahre Katholische Frauengemeinschaft St. Remigius, Dirmerzheim, S. 12.

5.2.5 Nationalsozialismus und Schützenbruderschaften und Schützengesellschaften

Im Bestreben nach Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche rückten auch die Schützenbruderschaften und Schützenvereine mit ihrem militärischen Gepränge und ihrer traditionellen Volksverbundenheit in den Blickpunkt der Nationalsozialisten, und es war ihr Bestreben, auch hier den eigenen Gestaltungs- und Geltungswillen durchzusetzen, wobei sich allerdings bei der Vielfältigkeit und den Eigenheiten der einzelnen Schützenvereine und ihrer vom Ursprung her engen Bindung an die Kirche teilweise heftige Widerstände ergaben. Dies wird in der 1992 erschienenen Dissertation von Walter Plett bezüglich der Schützenvereine im Rheinland und in Westfalen ausführlich untersucht.⁷²¹ Wesentliche dort vorgestellte Ergebnisse im Hinblick auf das Verhältnis von Nationalsozialismus und Schützenbruderschaften werden im Folgenden auch in einzelnen Gemeinden der Stadt Erftstadt nachzuweisen sein.

Als Quelle stehen hier hauptsächlich die Protokollbücher und Chroniken der einzelnen Schützenbruderschaften zur Verfügung. Dabei ist auffallend, dass dort wenig auf Auseinandersetzungen mit staatlichen Forderungen eingegangen wird. Diese lassen sich allerdings sehr deutlich bei der St. Kunibertus-Schützengesellschaft in Gymnich erkennen, wo es möglich war, neben der Chronik auch zeitgenössischen Schriftverkehr zwischen Schützengesellschaft und Parteistellen einzusehen.

Insgesamt bildeten die kirchlichen Schützenbruderschaften und Schützengesellschaften in den dörflichen und kleinstädtischen Gemeinden der Stadt Erftstadt oft seit vielen Jahrhunderten eine Hauptstütze des kirchlichen Vereinslebens.

Während des Untersuchungszeitraums existierten in Ahrem seit 1925 die St. Johannes-Bruderschaft, in Bliesheim seit 1870 die St. Sebastianus Schützengesellschaft,⁷²² in Erp die St. Sebastianus-Schützengesellschaft seit 1602,⁷²³ in Friesheim die St. Hubertus-Schützenbruderschaft seit 1855, in Gymnich die St. Sebastianus-Bruderschaft seit dem Mittelalter und die St. Kunibertus-Schützengesellschaft seit 1848, in Herrig die St. Sebastianus-Bruderschaft seit 1800, in Lechenich die St. Sebastianus-Bruderschaft seit 1508, in Liblar die St. Sebastianus-Bruderschaft seit 1639⁷²⁴ sowie der Kleinsport- und Schießverein in Oberliblar, in Kierdorf die

⁷²¹ Plett, Walter, Die Schützenvereine im Rheinland und in Westfalen 1789-1939, Dissertation phil., Köln 1992.

⁷²² Vgl. Simons, Peter, Bliesheim, Kreis Euskirchen, Geschichte der kölnischen Stiftsherrschaft Mariengraden, Selbstverlag, 1936, S. 104.

⁷²³ Stommel, Karl und Hanna (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Stadt Erftstadt, Bd. IV (um 1580-1670), Erftstadt 1996, Nr. 2173, S. 131 und Nr. 2594, S. 357-358.

⁷²⁴ Ebd., Nr. 2436, S. 263.

St. Hubertus-Bruderschaft seit 1849 und in Köttingen ebenfalls die St. Hubertus-Bruderschaft seit 1901.

Dank der vorhandenen Vereinschroniken und Protokollbücher lässt sich die Geschichte der Schützenvereine während der NS-Zeit insbesondere in Erp, Gymnich und Lechenich, Friesheim, Liblar und Bliesheim relativ gut nachzeichnen.

In Lechenich war die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft der mitgliederstärkste Verein im Ort. Die Mitgliedschaft in diesem Verein galt lange Zeit für die Mittel- und Oberschicht der Lechenicher, die am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollten, als erstrebenswert. So war z.B. auch der während der Weimarer Republik tätige Bürgermeister Färvers (Amtszeit in Lechenich von 1920-1933) in den Jahren 1931/32 Schützenkönig der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft.⁷²⁵ Seit 1920 gab es noch eine zweite Schützenbruderschaft, die St. Hubertus-Schützenbruderschaft, die sich aber 1938 auflöste.⁷²⁶

Erste Hinweise auf Versuche nationalsozialistischer Einflussnahme auf die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft in Lechenich finden sich im Protokoll über die Generalversammlung am 20. Januar 1934, wo unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ eine rege Aussprache „betr. Anschluss an die Erzbruderschaft St. Sebastianus“ stattfand.⁷²⁷ Den Nationalsozialisten war daran gelegen, die vielen Schützenvereine in zwei großen Dachorganisationen zu zentralisieren, um dadurch bessere Kontrollmöglichkeiten zu haben, die Gleichschaltung zügig durchzusetzen und die Vereine gleichzeitig aus ihren pfarrlichen Bindungen zu lösen. Die oben genannte Erzbruderschaft St. Sebastianus war im Jahre 1928 gegründet worden, um zu versuchen, die im Rheinland und in Westfalen vielfältigen kirchlich katholisch gebundenen Vereine zu sammeln. Unter dem Motto „Glaube, Sitte, Heimat“ und „Aus alter Wurzel neue Kraft“ sollte es Ziel sein, gemeinsam die christliche Weltanschauung im Kampf gegen den Bolschewismus zu stärken und gewappnet zu sein gegen die Gefahr eines immer mehr um sich greifenden Nationalsozialismus und seiner Ideologie.⁷²⁸ Vor 1933 war im Rahmen von Veranstaltungen der Erzbruderschaft immer wieder vor dem Nationalsozialismus und vor Hitler gewarnt worden. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte sich die

⁷²⁵ Vgl. 500 Jahre St. Sebastianus Schützenbruderschaft Lechenich e.V., Chronik 1508-2008, Erftstadt 2008, S.51.

⁷²⁶ Informationen über die Gründe für die Auflösung konnten trotz intensiver Recherchen nicht ermittelt werden, da keine Unterlagen und auch keine mündlichen Aussagen über den Verein zur Verfügung stehen. Es kann daher nur vermutet werden, dass sich die St. Hubertus-Schützenbruderschaft möglicherweise, so wie auch etliche andere Schützenvereine, aufgelöst hat, um sich dem nationalsozialistischen Einfluss zu entziehen. Vgl hierzu auch: Walter M. Plett, Die Schützenvereine im Rheinland und in Westfalen 1789-1939, S. 455. Diese Annahme erscheint nicht unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass einer der Gründungsmitglieder und der Schützenkönig von 1930/31 Johann Klein war, der 1933 unter dem massiven Druck des Ortsgruppenleiters Dr. Geile sein Mandat als SPD-Abgeordneter des Lechenicher Stadtrates niederlegen musste, vgl. Kap. 3.1.

⁷²⁷ Protokollbuch der St. Sebastianus Schützenbruderschaft, S. 26, in: StAEft, (Depositum).

⁷²⁸ Plett, W., S. 425 f.

Erzbruderschaft in den ersten Jahren dennoch auf die Seite des Nationalsozialismus gestellt und war Ende 1934 als geschlossene Fachschaft dem Deutschen Schützenbund zugewiesen worden. Dieser bereits 1861 aus nationalpolitischen und sportlichen Gründen entstandene Dachverband hatte sich während der Weimarer Republik meist politisch neutral verhalten, nach 1933 aber zunächst die Gleichschaltung aktiv mitbetrieben in der Hoffnung, sich somit ein gewisses Maß an Selbständigkeit zu bewahren. Er unterstand dem nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen (NSRfL). Dieser Reichsbund für Leibesübungen forderte 1935 die Loslösung aller ihm unterstellten Vereine von jeglichen konfessionellen Bindungen. Zunächst hatte sich der Präsident der Erzbruderschaft, der Fürst von Salm-Reifferscheid-Dyck, gegen diese Maßnahme gewehrt. Das führte dazu, dass die Erzbruderschaft im März 1936 von der Gestapo aufgelöst wurde. Aber auch die Differenzen mit dem Deutschen Schützenbund waren zwischenzeitlich derartig eskaliert, dass auch dieser aufgelöst wurde, und es seit 1937 nachweislich nur noch den neu gegründeten Deutschen Schützenverband gab.⁷²⁹ Im Jahre 1937 mussten sich alle örtlichen Schützenvereine dem Deutschen Schützenverband unterstellen.

Die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft in Lechenich hatte trotz Aufforderung, wie bereits oben erwähnt, den Beitritt zur Erzbruderschaft am 20. Januar 1934 nicht vollzogen und diese Frage auf eine eigens zu diesem Zweck einberufene, erweiterte Vorstandssitzung am 24. Februar 1934 vertagt.⁷³⁰ Den Beitritt zum Deutschen Schützen-Verband hätte sie aber nur verweigern können, wenn sie auf ihre Tätigkeit im Schießsport verzichtet hätte und damit auch auf die traditionellen Schießwettbewerbe, wie am Schützenfest mit den dazu gehörigen Feierlichkeiten und Umzügen. Mit dem Beitritt zum Deutschen Schützenverband war aber auch eine einschneidende Änderung der Vereinssatzung verbunden. Am 26. Januar 1936 änderte die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft den §4 ihrer Statuten. Dieser Paragraph hatte die Zugehörigkeit und den Eintritt in die Bruderschaft von der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche abhängig gemacht. Eine solche religiöse Bindung widersprach aber den Regeln des Deutschen Schützenverbandes. Das Protokollbuch der Bruderschaft berichtet zwar über die einstimmig beschlossene Änderung des §4 der Vereinssatzung, über Aussprache und evtl. Einwände gibt das Protokoll allerdings keine Hinweise. Das Euskirchener Volksblatt kommentierte die Satzungsänderung dahingehend, dass der Eintritt in die St. Sebastianus-Schützenbruderschaft in Lechenich jetzt jedem „guten Deutschen“, ohne Rücksicht auf seine Konfessionszugehörigkeit, möglich sei, falls er nur seine arische Abstammung nachweisen könne. Dies diene dem Ziel einer weiteren Festigung der Volksgemeinschaft über „konfessionelle Gegensätzlichkeiten“

⁷²⁹ Vgl. Plett, W., S.443.

⁷³⁰ Vgl. Protokollbuch der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft, S. 26, StAEft, Best.: Depositum.

hinweg.⁷³¹ Etliche Schützenbruderschaften, die diesem Konflikt ausgesetzt waren, wandelten sich in den Jahren 1936/1937 in rein kirchliche Bruderschaften und verzichteten auf öffentliche Auftritte und Schützenfeste. Einige Vereine spalteten sich auch in einen Schießsportverein und in eine kirchliche Bruderschaft.⁷³²

Ein weiteres Zugeständnis an die Nationalsozialisten war wohl der Beschluss der Generalversammlung der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft vom 28. Juni 1936, anlässlich des Schützenfestes ein Kleinkaliberschießen für die Jugend einzuführen.⁷³³ An dieser Art der Schießübungen waren die Nationalsozialisten als Heranführung der Jugendlichen an den Wehrsport sehr interessiert.

Ob und welche Mitglieder des Vereins dem Nationalsozialismus positiv gegenüberstanden oder eher eine oppositionelle Haltung einnahmen, ist dem Protokollbuch nicht zu entnehmen. Die Versammlungen des Vorstands und der Generalversammlung endeten erst ab dem 26. Januar 1936 mit einem „dreifachen Sieg Heil auf unseren Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“.⁷³⁴ Es ist allerdings schwierig, abzuschätzen, ob der Hitlergruß, Sieg Heil-Rufe oder das Absingen des Horst-Wessel-Liedes allein schon als positive Einschätzung des NS-Staates zu werten sind,⁷³⁵ denn einige aktive Parteimitglieder und SA-Leute waren namentlich im Verein und Vorstand tätig und eine diesbezügliche Verweigerung hätte, wie in anderen Fällen nachweisbar, zu einer Auflösung des Vereins führen können.⁷³⁶

Im Juni 1937 musste sich die Generalversammlung der St. Sebastianus-Bruderschaft mit einem Schreiben des Ortsgruppenleiters und Bürgermeisters Dr. Geile auseinandersetzen, in dem dieser auf eine vom Deutschen Schützenverband ergangene Verfügung hinwies, die die geschlossene Teilnahme an der St. Kilians- und der Fronleichnamsprozession in Uniform verboten hatte. Der Präsident berichtete der Generalversammlung, dass nach dieser Verfügung die endgültige Entscheidung aber dem örtlichen Hoheitsträger überlassen worden sei. Daraufhin hätten sich Vertreter des Vorstands und der Präsident nochmals mit Dr. Geile in Verbindung gesetzt und auch in einem Schreiben dargelegt, dass die Teilnahme an den Prozessionen eine alte Sitte sei und einer Jahrhunderte alten Tradition entspreche. Man habe im Namen des Vorstands um Aufhebung des Verbotes gebeten. Nach einer ausführlichen Aussprache zwischen

⁷³¹ Euskirchener Volksblatt vom 31.1.1936, Jg. 1936, Nr. 26, Bl. 5.

⁷³² Vgl. Plett, W., S. 465.

⁷³³ Protokollbuch St. Sebastianus Schützenbruderschaft, S. 43.

⁷³⁴ Ebd., S. 42. Der Westdeutsche Beobachter berichtete zwar in seiner Ausgabe vom 24.1.1934 über die am 20.1.1934 abgehaltene Generalversammlung, indem er behauptete, dass am Anfang und Ende der Generalversammlung der führenden Männer des Dritten Reiches gedacht worden sei mit einem dreifachen Sieg Heil und dem Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes.

⁷³⁵ Vgl. Plett, W., S. 444.

⁷³⁶ Ebd., S. 445.

dem Ortsgruppenleiter, dem Präsidenten und dem Hauptmann Kick habe der erst genannte versprochen, das Verbot zurückzunehmen, wenn seine vorgesetzte Dienststelle keine Bedenken haben würde. In einem folgenden weiteren Schreiben habe Dr. Geile dann mitgeteilt, dass das Verbot allgemein wäre, und er deshalb für Lechenich keine Ausnahme machen könne.⁷³⁷ Der Präsident stellte nun an die Versammlung die Frage, wie sich die Bruderschaft zu diesem Uniformverbot stellen solle. Er selbst wolle das Schützenfest nicht, wie ursprünglich vom Vorstand geplant, ausfallen lassen. Deshalb schlug er vor, das Fest wie gewohnt zu feiern und an der Prozession in schwarzem Anzug teilzunehmen. Die Versammlung erklärte sich nach kurzer Aussprache mit diesem Vorschlag einverstanden. Schließlich hatte auch ein vom Kreisschützenführer zum Ortsgemeinschaftsverwalter bestellter Schützenbruder davor gewarnt, das Schützenfest ausfallen zu lassen. Hier wird deutlich, in welcher Weise die Schützenvereine auch von innen durch die NSDAP reguliert und kontrolliert wurden.⁷³⁸

In der Generalversammlung im Januar 1938 konnte der Präsident den Mitgliedern mitteilen, dass die Schützenbruderschaft einer weiteren Verordnung des Deutschen Schützenverbandes schon entsprach. Es durften nämlich nur noch diejenigen Schützenvereine ein Schützenfest feiern, die das Scheibenschießen pflegten und somit zur „Wehrhaftmachung“ beitrugen. Die Bruderschaft hatte schon seit 1930 eine Abteilung für Kleinkaliberschießen (KKS-Abtl.) gegründet und mit deren Mitgliedern beachtliche sportliche Erfolge erzielt.⁷³⁹

Im Juni 1938 beschloss die Generalversammlung die Anschaffung einer Fahne des Reichsbunds für Leibesübung.⁷⁴⁰

Die fortschreitende Anpassung an die Vorschriften der Nationalsozialisten verstärkte sich dann nach Ausbruch des Krieges. Es konnten jetzt keine Schützenfeste mehr abgehalten werden. Die Schützen durften auch schon im Januar 1940 nicht mehr in ihrer Uniform zur Generalversammlung erscheinen.⁷⁴¹ Um ihren weiteren Bestand zu sichern, musste die Generalversammlung am 30. Juni 1940 die Einheitssatzung des NSRfL annehmen. Danach konnten der Präsident, jetzt Vereinsführer, und der Vorstand, jetzt Beirat und Ältestenrat genannt, nicht mehr von der Generalversammlung gewählt werden. Der Vereinsführer musste vielmehr durch den Sportkreisführer des NSRfL bestellt werden. Der Verein hatte zwar das Recht, den Mann, zu

⁷³⁷ Der Kreisschützenführer des Deutschen Schützenverbandes hatte allerdings in einem Schreiben an den Vereinsvorsitzenden der St. Kunibertus-Schützengesellschaft in Gymnich in einem Brief vom 29.4.1937 betont, dass es bezüglich der Teilnahme an Prozessionen immer auf den örtlichen Hoheitsträger der NSDAP ankomme. Vgl. den Brief des Deutschen Schützenverbandes vom 29.4.1937 in: Vereinsarchiv der Kunibertus-Schützengesellschaft.

⁷³⁸ Protokollbuch der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft, S. 49 f.

⁷³⁹ Ebd., S. 52.

⁷⁴⁰ Ebd., S. 55.

⁷⁴¹ Ebd., S. 60.

dem er Vertrauen hatte, vorzuschlagen, außerdem auch die Möglichkeit, die Abberufung des Vereinsführers anzuregen, er hatte aber keine Entscheidungskraft. Seine Mitarbeiter, Beirat und Ältestenrat, bestimmte der Vereinsführer. Die St. Sebastianus Schützenbruderschaft in Lechenich schlug ihren bisherigen Präsidenten Hugo Schwärtzel als Vereinsführer vor. Dieser wollte die Bestellung des Beirates und des Ältestenrates erst nach dem Krieg vornehmen, wenn alle Schützenbrüder wieder in der Heimat seien.⁷⁴²

Über Jahrhunderte war im Schützenwesen die Mitgliederversammlung (Generalversammlung) das bestimmende Element der Vereine gewesen. Vorsitzender und Vorstand waren im Prinzip nur ausführende Organe.⁷⁴³

Es erscheint als erstaunlich, dass es der St. Sebastianus-Bruderschaft in Lechenich bis zum Krieg gelungen war, die Annahme der Einheitssatzung hinauszuzögern. Die meisten Vereine, die sich nicht aufgelöst oder in eine rein kirchliche Bruderschaft umgewandelt hatten, hatten diese Satzung bereits zwischen 1935 und 1937 angenommen.⁷⁴⁴

Auch eine vielen Vereinen aufgezwungene Namensänderung konnte die Schützenbruderschaft in Lechenich verhindern. Sie musste zwar das ab 1943 vom Bürgermeisteramt erlassene Verbot hinnehmen, dass am Sebastianustag, dem 20. Januar, nicht mehr für die „Lebenden und Verstorbenen“ der Bruderschaft, wie immer üblich gewesen, gebetet werden durfte, sondern nur noch für die „Verstorbenen,“ sie weigerte sich aber, so berichtete es ihr geistlicher Präses, Pfarrer Lennartz, das „Sankt“ und die „Bruderschaft“ fallen zu lassen und sich „Sebastianus Schützengesellschaft“ zu nennen.⁷⁴⁵

In den späteren Kriegsjahren war das Vereinsleben der Schützen, so wie in allen Vereinen, sehr stark eingeschränkt. Es gab zwar im Jahre 1942 noch sportliche Veranstaltungen im Kleinkaliberschießen, die jährlichen Generalversammlungen fielen aber seit 1943 aus, das Tragen der Uniformen war seitens des Deutschen Schützenverbandes gänzlich untersagt worden. Ein wichtiges Anliegen sahen die nicht zum Kriegsdienst eingezogenen Schützenbrüder jetzt darin, den im Krieg weilenden Mitgliedern der Bruderschaft Liebespakete zukommen zu lassen und sich um deren Angehörige zu kümmern. Dies organisierte man meist auf den nach dem Seelenamt am Sebastianustag im Vereinslokal stattfindenden Treffen.

Die von den Nationalsozialisten geplante Gleichschaltung der Schützenvereine lässt sich auch für die beiden Gymnicher Schützengesellschaften nachweisen.⁷⁴⁶

⁷⁴² Protokollbuch der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft, S. 62 f., StAEft, Depositum

⁷⁴³ Vgl. Plett, W., S. 458.

⁷⁴⁴ Ebd.

⁷⁴⁵ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 26.

⁷⁴⁶ Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass bei der St. Sebastianus Bruderschaft außer dem Protokollbuch keine weiteren Unterlagen aus dem Vereinsarchiv zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende der St. Sebastianus Schützenbruderschaft war für viele Jahre, auch für den Untersuchungszeitraum, Ambrosius Reimer (Vorsitz von 1914-1945). Das Protokollbuch der Bruderschaft lässt anfänglich durchaus eine Akzeptanz der NS-Regierung erkennen. So verweist der nach dem Schützenfest 1933 verfasste Bericht darauf hin, dass kurz nach dem festlichen Hochamt am Sonntag auf dem Weg des Festzugs zum Vereinslokal die SA-Kapelle Euskirchen ein Musikstück gespielt habe, „das wohl die Allerbescheidensten in Staunen versetzte.“⁷⁴⁷ Im Mittelpunkt dieses Berichts stand die feierliche Weihe einer neuen Vereinsfahne, deren Anschaffung im Januar 1933 beschlossen worden war.⁷⁴⁸ Während des traditionellen Königsballs hob einer der Schützenbrüder die Bedeutung der Fahne zum „Dritten Reich“ hervor:⁷⁴⁹ „Riesen Applaus fand der Redner, als er seine Ansprache in ein brausendes Hoch auf den Präsidenten und das dritte Reich ausklingen ließ.“⁷⁵⁰ Aber im Zuge der Gleichschaltung verlor die Schützenbruderschaft schon im März 1934 einen Teil ihrer Autonomie, indem sie einer staatlichen Verfügung nachkommen musste, entweder der Erzbruderschaft oder dem Deutschen Schützenbund beizutreten. Die Generalversammlung vom 25. März 1934 fasste den Entschluss, sich der Erzbruderschaft anzuschließen.⁷⁵¹ Ab sofort musste auch der Name des „Führers“ der Bruderschaft dem zuständigen Amtsgericht zur Kenntnis gegeben werden. Während der Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und der Erzbruderschaft St. Sebastianus meldete sich die Gymnicher Bruderschaft aus der Erzbruderschaft ab und beim Deutschen Schützenbund an. Die Vorstandssitzung vom 3. November 1935, in welcher dieser Vorgang mitgeteilt worden war, endete erstmals mit „einem kräftigen ‚Sieg Heil‘ auf unseren Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“.⁷⁵² Im darauffolgenden Januar 1936 durfte zunächst laut Anweisung des Deutschen Schützenverbandes am Patronatsfest die übliche Neuwahl des Präsidenten und einiger Vorstandsmitglieder nicht stattfinden. Kurze Zeit später war vom Deutschen Schützenverband die Anweisung gekommen, an diesem Tag die Wahl des „Führers“ vorzunehmen. Der bisherige Vorsitzende Ambrosius Reimer wurde in dieses Amt gewählt.⁷⁵³ Es fanden allerdings keine Wahlen zum Vorstand statt, so dass die Bestimmungen der nationalsozialistischen Einheitssatzung für die Schützenvereine hier schon zur Anwendung gekommen waren. Wenig später musste sich der Verein in „Deutsche Schützengesellschaft, Ortsgruppe Gymnich“

⁷⁴⁷ Archiv der St. Sebastianus-Bruderschaft Gymnich, Protokollbuch der Bruderschaft Sankte Sebastiane Gymnich.

⁷⁴⁸ Ebd., S. 75.

⁷⁴⁹ Ebd., S. 84.

⁷⁵⁰ Ebd.

⁷⁵¹ Ebd., S. 93.

⁷⁵² Ebd., S. 114.

⁷⁵³ Ebd., S. 118.

umbenennen.⁷⁵⁴ In der Generalversammlung vom 22. Mai 1938 betonte der Vorsitzende bezüglich des anstehenden Schützenfestes die besondere Bedeutung des Abhaltens von Kleinkaliberschießen: „Maßgebende Stellen im Schützenwesen beachten kaum mehr das Hochstandschießen, aber um so größeren Wert legt man auf das Kleinkaliber.“⁷⁵⁵ Während dieser Versammlung wurde auch beschlossen, sich eine Sportfahne zuzulegen und diese im Festzug zu tragen, um damit den Vorschriften des Deutschen Schützenverbandes zu entsprechen. Im Jahre 1939 wurde der Bruderschaft am Vorabend des Gymnicher Ritts verboten, in Uniform an dieser Prozession teilzunehmen.⁷⁵⁶ Ähnlich wie zuvor in Lechenich beschlossen die Schützenbrüder, in Frack und Zylinder in der Prozession mitzuziehen.⁷⁵⁷ Vier Tage später fasste die Bruderschaft den Entschluss, anlässlich des bevorstehenden Schützenfestes den traditionellen offiziellen sonntäglichen Kirchgang fallen zu lassen.⁷⁵⁸ In einer Vorstandssitzung vom 13. August 1939 wurde zu einer geforderten Auflösung beider Gymnicher Schützenvereine Stellung genommen.⁷⁵⁹ Dieses wohl für die Bruderschaft völlig unerwartete Ansinnen führte zu einer „lebhaften Debatte“ mit dem Ergebnis, dass die Versammlung einstimmig beschloss, „niemals eine Auflösung zu fördern noch gutzuheißen und selbstverständlich niemals eine solche zu vollziehen.“⁷⁶⁰ Diese Forderung nach Auflösung des Vereins hat dann wohl zu einer gewissen Resistenz von Seiten der Vereinsmitglieder geführt. Ab jetzt schließen die Protokolle über die verschiedenen Vereinsversammlungen nicht mehr mit der Ehrung des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler. Im Dezember 1940 wurde der Beschluss gefasst, bei Begräbnissen in Schützenuniform zu erscheinen. Am Gymnicher Ritt des Jahres 1941 nahmen die in der Heimat verbliebenen Schützen in großer Zahl, und zwar immerhin noch mit 25 bis 30 Reitern in „gewöhnlicher Form“ teil, obwohl dies verboten worden war. Die örtliche Polizei hatte zunächst keine Möglichkeit gesehen, dies zu verhindern.⁷⁶¹ 1942 erfolgte dann offiziell das Verbot der

⁷⁵⁴ Vgl. Festschrift aus Anlaß des Bundesschützenfestes in Erfstadt-Gymnich, am 27., 28. und 29. Mai 1972. Diese Umbenennung fand allerdings im Protokollbuch keine Erwähnung.

⁷⁵⁵ Protokollbuch der Bruderschaft Sankte Sebastiane Gymnich, S.143.

⁷⁵⁶ Das Protokollbuch vermerkt nicht, wie z. B. in Lechenich, durch wen und wie dieses Verbot übermittelt wurde.

⁷⁵⁷ Ebd., S. 154.

⁷⁵⁸ Ebd., S. 155.

⁷⁵⁹ Auch hier benennt das Protokollbuch keine konkrete Person oder Institution, von welcher diese Aufforderung ausgegangen war.

⁷⁶⁰ Ebd., S. 156.

⁷⁶¹ Ein damaliger Zeitzeuge schilderte später das damals Erlebte folgendermaßen: „Als die wenigen Reiter sich aufgestellt hatten, noch ehe mit dem Gebet begonnen wurde, erschienen die beiden Ortspolizisten und wollten die Reiter dazu bewegen, ihr Vorhaben aufzugeben und nach Hause zu kehren. Einer der Teilnehmer meinte, es könne doch nicht verboten sein, die Frühjahrssaat zu besichtigen. Dann aber brüllte einer der Polizisten die Reiter an, sofort heimzureiten oder er werde sie alle zur Anzeige bringen. Dabei zerrte er so stark an der Trense eines Pferdes, daß dessen Reiter (ein langjähriges Vorstandsmitglied) die Nerven verlor und seinem Gaul die Sporen in die Flanken setzte. Das Tier bäumte sich auf und sprang den Gesetzeshüter im wahrsten Sinne des Wortes über den Haufen. Als der Polizist sich wieder wutschnaubend aufgerichtet hatte und den Reiter anfauchen wollte, sagte dieser gelassen mit seiner angeborenen Bauernschläue: ‚Sie haben das Pferd

Schützenbruderschaft, doch hielt diese weiter ihre Patronatsfeste ab, wenn diese sich auch auf den gemeinsamen Kirchengang und anschließende Toten- und Gefallenenehrung auf dem Friedhof beschränkten.⁷⁶² Ansonsten ruhte wie bei den anderen Schützenvereinen auch das Vereinsleben weithin. Einen Schwerpunkt auch bei den Gymnicher St. Sebastianus-Schützen bildete der Versuch, durch Post und Pakete den im Krieg weilenden Vereinsmitgliedern das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Anteilnahme zu vermitteln.

Die St. Kunibertus-Schützengesellschaft war ebenfalls massivem Druck seitens der Nationalsozialisten ausgesetzt. So unterrichtete deren langjähriger Vorsitzender Hubert Buschwald bereits am 2. April 1934 die Mitglieder darüber, dass der gesamte Vorstand auf Anordnung der Regierung zurückgetreten sei und neu gewählt worden war. Die aus den Neuwahlen hervorgegangenen Kandidaten bedurften nun der Bestätigung durch die NSDAP. Ferner musste man dem Deutschen Schützenbund beitreten, dem jährlich von allen Mitgliedern ein Beitrag von 1 Reichsmark zu entrichten war.⁷⁶³ An der Sitzung, auf welcher die o. g. Beschlüsse gefasst worden waren, hatten auch der Ortsgruppenleiter Bungarten und sein Stellvertreter im Auftrag der NSDAP teilgenommen.⁷⁶⁴ Im April 1937 wurde der Vereinsführer vom Kreisschützenführer des Deutschen Schützenverbands in Bonn gerügt, weil er zusammen mit dem „Führer“ der St. Sebastianus-Schützen und dem Pfarrer eine Einladung an andere Schützenvereine unterschrieben hatte.⁷⁶⁵ Das Bestreben der Nationalsozialisten, das Schützenwesen aus seinem kirchlichen Rahmen zu lösen, wird insbesondere bei Fragen um die Teilnahme der Schützen an Prozessionen deutlich. Gerade für die Gymnicher Schützengesellschaften stellte dies einen wichtigen Teil ihres Vereinslebens dar. So ermahnte der Präsident die Schützen stets vor den großen Prozessionen wie dem Gymnicher Ritt und der Fronleichnamsprozession zu einer regen Beteiligung.⁷⁶⁶ Darin sah er die „grösste Repräsentation für unsere Gesellschaft.“⁷⁶⁷

Dem stellte der Kreisschützenführer in einem Schreiben vom 14. März 1937 entgegen, dass die Begleitung von Prozessionen nicht Aufgabe der Schützenvereine sei. Es bleibe aber jedem

erschreckt und die Folge war das, was Sie erlebt haben‘. Der Polizist schwieg und zog sich mit seinem Kollegen unverrichteter Dinge zurück.“ Aus: Willi Welter, in: Festschrift aus Anlaß des Bundeschützenfestes in Erfstadt-Gymnich, 27., 28. und 29. Mai 1972, unpaginiert.

⁷⁶² Protokollbuch der Bruderschaft Sancte Sebastiane Gymnich, S. 168.

⁷⁶³ Brief von H. Buschwald an die Mitglieder der Kunibertus-Schützengesellschaft vom 2.4.1934, in: Vereinsarchiv der Kunibertus-Schützengesellschaft, Gymnich.

⁷⁶⁴ Protokollbuch der Kunibertus-Schützengesellschaft.

⁷⁶⁵ Brief des Deutschen Schützenverbandes vom 20.4.1937 in: Vereinsarchiv der Kunibertus-Schützengesellschaft.

⁷⁶⁶ Protokollbuch der Kunibertus-Schützengesellschaft, unpaginiert, Protokoll der Generalversammlung vom 14. Mai 1933, der Frühjahresversammlung 1934.

⁷⁶⁷ Ebd., Protokoll der Generalversammlung vom 21. Mai 1935.

Schützen freigestellt, als Einzelperson daran teilzunehmen, „Das geschlossene Ganze wird nach wie vor nicht gewünscht.“⁷⁶⁸

Der Gauschützenführer verbot dann in einem Telegramm vom 17. Mai 1938, einem Tag vor dem Gymnicher Ritt, die Teilnahme der Schützen in Uniform: „wiederigenfalls Vereinsauflösung“ (Anhang 12.5).⁷⁶⁹ Die Kunibertus-Schützen haben dann trotzdem geschlossen mit Musikkapelle und Fahne in Zivil an der Prozession teilgenommen.⁷⁷⁰ Nachdem der Deutsche Schützenverband schon im April 1937 vergeblich versucht hatte, die beiden Gymnicher Schützenvereine zu bewegen, gemeinsam ein Schützenvolksfest zu feiern, wurden die Kunibertus-Schützen 1939 massiv aufgefordert, sich mit der inzwischen umbenannten St. Sebastianus-Schützenbruderschaft in einer deutschen Schützengesellschaft zu vereinigen. Der Vereinspräsident hatte dies im Beisein des Gauschützenführers, des Kreisschützenführers und des Ortsgruppenleiters trotz Drohungen vehement abgelehnt. Auch die mehrmaligen Aufforderungen des Ortsgruppenleiters, militärisches Wehrschiessen einzuführen, lehnte die Schützengesellschaft ab, so dass der Ortsgruppenleiter in der SA eine Gruppe zum Wehrschiessen aufstellte. Dieser hatten sich dann einige Vereinsmitglieder angeschlossen und waren aus der Kunibertus-Schützengesellschaft ausgetreten. Auch eine Namensänderung, die auf den Namen des Pfarrpatrons verzichten sollte, wurde erfolgreich abgewehrt.⁷⁷¹

Während der Kriegsjahre war dann, wie auch in den anderen Gesellschaften, das Vereinsleben wesentlich eingeschränkt. Die Schützenhalle war für die Einquartierung deutscher Soldaten beschlagnahmt worden. In den Jahren 1944/45 diente sie als Proviantmagazin, bevor sie am Vorabend des amerikanischen Einmarsches durch Artilleriegeschosse und Bomben teilweise beschädigt wurde.⁷⁷²

Die Chronik der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Bliesheim (gegr. 1870) weist auf einen weniger konfliktreichen Umgang mit den Nationalsozialisten hin, wobei allerdings nicht zu erkennen ist, ob die einzelnen Mitglieder eine stärkere Affinität zum NS hatten als die Kunibertusschützen in Gymnich, von denen laut Aussagen ihres Präsidenten aus dem Jahr 1946 fast keiner aktives Parteimitglied war,⁷⁷³ oder ob Konflikte mit der NSDAP um Vereinsangelegenheiten aus Sicherheitsgründen nicht im Protokollbuch vermerkt wurden. Die Auseinandersetzungen der Kunibertus-Schützen lassen sich nämlich auch weniger deren

⁷⁶⁸ Brief des Kreisschützenführers Julius Polke an Hubert Buschwald vom 14.3.1937.

⁷⁶⁹ Vgl. Anhang, Dokument, in Vereinsarchiv St. Kunibertus.

⁷⁷⁰ Brief der St. Kunibertus-Schützen-Bruderschaft Gymnich vom 7.1.1946 an Herrn Dr. Paul Esser, Euskirchen, in Vereinsarchiv.

⁷⁷¹ Ebd.

⁷⁷² Festschrift der St. Kunibertus Schützengesellschaft, 1973, in: StAEft.

⁷⁷³ Brief des Präsidenten Buschwald an Dr. Paul Esser in Euskirchen vom 7.1.1946, in: Vereinsarchiv der St. Kunibertus-Schützengesellschaft, o.S.

Protokollbuch als dem überlieferten Schriftverkehr zwischen dem Deutschen Schützenverband und den Schützen erkennen. Ein solcher Briefwechsel ist für die Bliesheimer Schützengesellschaft nicht vorhanden.

In der ersten Mitgliederversammlung der Bliesheimer Schützen nach dem 30. Januar 1933 wurde der HJ auf deren Antrag eine Unterstützung von 8 RM gewährt.⁷⁷⁴ Am 16. Juli desselben Jahres beschloss die Versammlung das Anbringen einer Hakenkreuzfahne auf dem Schützenplatz und das Anbringen von Hakenkreuzwimpeln an den Vereinsfahnen.⁷⁷⁵ Schon ab dem 22. Oktober 1933, wesentlich früher als bei den anderen Schützenvereinen, begannen die Versammlungen mit dem deutschen Gruß und endeten mit „Sieg Heil“.⁷⁷⁶ In der Mitgliederversammlung vom 7. April 1935 kündigte der neu ernannte Vereinsführer Heinrich Lämbsgen an, die Gesellschaft ganz neu zu gestalten und „im Sinn des dritten Reiches und unseres Führers Adolf Hitler“ aufzubauen.⁷⁷⁷ In diesem Zusammenhang sollten der Aufbau einer Jungschützenabteilung und das Kleinkaliberschießen gefördert werden.⁷⁷⁸ Nach dem Beitritt zum Deutschen Schützenbund durften im Festzug anlässlich des Schützenfestes keine Wagen mehr mitziehen. Dafür gingen 1936 zum ersten Mal 23 Mitglieder der neu gegründeten Jungschützenabteilung mit im Festzug.⁷⁷⁹ Im Mai 1938 wurde dann eine neue Fahne, und zwar die des Deutschen Schützenverbandes gekauft. Die alte Vereinsfahne durfte nicht mehr ohne die neue Fahne getragen werden. Diese neue Fahne wurde am Pfingstmontag des Jahres 1938 auf dem Schützenfest in Liblar durch den Amtsbürgermeister ten Hövel „feierlichst“ enthüllt. Sie erhielt den Namen „Karl-Schurz“.⁷⁸⁰ Auch die Teilnahme am Heldengedenktag im März und die enge Kameradschaft zum Kriegerverein wurden mehrfach hervorgehoben.⁷⁸¹ Das Protokollbuch der Bruderschaft endet mit einem Eintrag vom 16. Juli 1939. Die beiden letzten Seiten mit Aufzeichnungen, die sich auf den Untersuchungszeitraum beziehen, fehlen. Dieses Fehlen ist von dem damaligen Vereinsführer Lämbsgen kommentiert mit dem Vermerk: „Blatt 149-150 wurde unbeschrieben ausgeschnitten“.⁷⁸² Das Protokollbuch wurde erst wieder ab dem 10. Juni 1946 weitergeführt. Es fehlen jegliche Hinweise auf mögliche Konflikte zwischen Mitgliedern der Bruderschaft und den zuständigen nationalsozialistischen Akteuren.

⁷⁷⁴ Protokollbuch der Schützenbruderschaft St. Sebastianus Bliesheim, S. 74, in: StAEft, Depositum St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Bliesheim.

⁷⁷⁵ Ebd., S. 78.

⁷⁷⁶ Ebd., S. 83.

⁷⁷⁷ Ebd., S. 97.

⁷⁷⁸ Ebd.

⁷⁷⁹ Ebd., S. 119.

⁷⁸⁰ Ebd., S. 137.

⁷⁸¹ Ebd., S. 139.

⁷⁸² Ebd.

Ähnliches gilt auch für die St. Hubertus-Schützenbruderschaft in Friesheim. Diese war seit November 1932 der St. Sebastianus Erzbruderschaft angeschlossen⁷⁸³, ab 1936 dem Reichssportverband für Schützen, nach dessen Bestimmungen man sich jetzt richten musste.⁷⁸⁴ Eine wichtige Rolle innerhalb der Bruderschaft spielte der Ortsgruppenleiter der NSDAP und ehrenamtliche Amtsbürgermeister Christian Curth. Er war sowohl Schützenkönig des Jahres 1936⁷⁸⁵ als auch derjenige, der in den Jahren 1937 und 1938 einen neuen stellvertretenden „Führer“ ernannte.⁷⁸⁶ Das Protokollbuch weist des Öfteren auf seine Teilnahme an Versammlungen und anderen Veranstaltungen der Bruderschaft hin. Dazu gehörten die Einweihungsfeier für die neue Sportfahne des Vereins am Kriegerdenkmal sowie die Teilnahme in Uniform am Heldengedenktag im März mit Salutschießen und an den örtlichen Nationalfeiern zum 9. November.⁷⁸⁷ Das Friesheimer Protokollbuch enthält ebenso wie das aus Bliesheim keine Hinweise auf etwaige Diskussionen innerhalb der Schützenbruderschaft, die sich auf die von den Nationalsozialisten oktroyierten Gleichschaltungsmaßnahmen beziehen.

Die St. Sebastianus-Bruderschaft in Liblar war zunächst wohl auch zu einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit. So beteiligte man sich beispielsweise mit einer Delegation am gemeinsamen Festzug der Gemeinden des Amtes Liblar am Nationalfest des 1. Mai nach Kierdorf.⁷⁸⁸ Auch die Teilnahme am Festzug zur Übergabe des „Hitler-Hauses“ in Liblar wurde beschlossen.⁷⁸⁹ Im Februar 1934 kam man der Bitte der SA zur Überlassung des Schützenplatzes zum Übungsschießen nach.⁷⁹⁰ Allerdings wurde die Bruderschaft auch schon im Februar 1934 der nationalsozialistischen Gleichschaltung unterzogen, insofern jetzt kein neuer Präsident, sondern ein „Führer“ gewählt werden musste. Auf dieser Sitzung wurde auch beschlossen, ab sofort eine Jugendschützenabteilung einzurichten und auszubilden. Auch dies entsprach den Wünschen der Nationalsozialisten.⁷⁹¹ Die Generalversammlungen und Vorstandssitzungen begannen und endeten seit Januar 1935 mit einem „Sieg Heil dem Führer und Volkskanzler Adolf Hitler“. Gleichzeitig bat der „Führer“ die Mitglieder, sich am bevorstehenden Sebastianustag gemeinschaftlich an den „hl. Sakramenten“ zu beteiligen. Neben dem Pfarrer sollten auch der Amtsbürgermeister ten Hövel und der Ortsgruppenleiter Dünnwald eingeladen werden.⁷⁹² Auch

⁷⁸³ Protokollbuch der St. Hubertus-Schützenbruderschaft Friesheim 1855-1955, Protokollnotiz v. 3.11.1932, in: Vereinsarchiv der Schützenbruderschaft in Friesheim.

⁷⁸⁴ Ebd. Protokollnotiz Nr. 339 v. 26.4.1936.

⁷⁸⁵ Ebd. Protokollnotiz Nr. 342 v. 7.11.1936.

⁷⁸⁶ Ebd. Protokollnotiz Nr. 348 v. 6.6.1937 und Nr. 351 v. 15.5.1938.

⁷⁸⁷ Ebd. Protokollnotizen Nr. 353 v. 1.6.1938, Nr. 354 v. 6.6.1938, Nr. 358 v. 5.11.1938 und Nr. 360 v. 26.2.1939.

⁷⁸⁸ Chronik der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Liblar von 1736, e.V., Bd. 2, S. 11, in: Archiv der St. Sebastianus-Bruderschaft Liblar.

⁷⁸⁹ Ebd.

⁷⁹⁰ Ebd., S. 14.

⁷⁹¹ Ebd.

⁷⁹² Ebd., S. 17.

die Teilnahme am Gymnicher Ritt mit eigenen Pferden war für die Bruderschaft selbstverständlich. Allerdings stellte der bisherige Vereinsführer Andreas Esser am 10. Oktober 1937 sein Amt zur Verfügung, um nach elf Jahren „Platz für einen Jüngeren“ zu machen.⁷⁹³ Aus der Chronik wird nicht ersichtlich, ob damit der wahre Grund angegeben war. Es ist nämlich auffallend, dass gerade in den Jahren 1936 und 1937 häufig Mitglieder der rheinischen Schützenvereine von ihren Vereinsposten zurücktraten, weil sie sich nicht mehr mit den von der NSDAP in die Gesellschaften getragenen Ideen und Ansprüchen identifizieren konnten.⁷⁹⁴ In derselben Sitzung, in welcher der bisherige „Führer“ seinen Rücktritt erklärte, war zum ersten Mal erwähnt worden, dass es innerhalb des Vereins eine Bruderschaft und eine Schützengesellschaft gab. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Erzbruderschaft St. Sebastianus, der die Liblarer Schützen angehörten, ihren Mitgliedern einige Tage vor ihrer eigenen Auflösung empfohlen hatte, sich in einen weltlichen und einen kirchlich-kanonischen Verein aufzuspalten. Der kirchliche Verein konnte damit an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen, z. B. in Uniform an Prozessionen, der weltliche Teil konnte an weltlichen Festen, insbesondere am Schützenfest teilnehmen, was kirchlichen Vereinen verboten war. Eine größere Zahl von Vereinen war dieser Aufforderung gefolgt,⁷⁹⁵ anscheinend auch die St. Sebastianus Bruderschaft in Liblar. Debatten und Diskussionen bezüglich dieser Entscheidung sind in der Chronik nicht überliefert. Zwei Monate nach dem Rücktritt des bisherigen Führers wurde die Bruderschaft zur Annahme einer neuen Vereinssatzung und zur Anschaffung einer neuen Fahne gedrängt.⁷⁹⁶ Es liegt die Vermutung nahe, dass es sich um ähnliche Sachverhalte handelt wie bei den in der Chronik von St. Sebastianus in Lechenich beschriebenen. Eine enge Kooperation zwischen der St. Sebastianus-Bruderschaft in Liblar und den politischen Akteuren vor Ort stellte sich in den Jahren 1938 und 1939 anlässlich der Schützenfeste ein. Der Amtsbürgermeister ten Hövel hatte von den Schützen ein Programm für die Teilnahme amerikanischer Austauschstudenten am Schützenfest des Jahres 1938 gefordert. Die Studenten hielten im Rahmen der Carl-Schurz-Vereinigung am Pfingstmontag ihre traditionelle Carl-Schurz-Feier in Liblar ab. Danach wollten sie sich am Schützenfest beteiligen. Wegen des außerordentlich positiven Echos der Studenten auf die Durchführung des Schützenfestes wiederholten sich ihr Besuch und ihre Teilnahme am Fest im nächsten Jahr. Auf dem zwischenzeitlich neu errichteten Schießplatz wehten im Beisein von führenden Vertretern der Carl-Schurz-Vereinigung aus Berlin, dem Amts-Bürgermeister ten Hövel, dem Betriebsdirektor der Grube Liblar und dem Kreisschützenführer aus Euskirchen

⁷⁹³ Archiv der St. Sebastianus-Bruderschaft, Chronik St. Sebastianus Liblar, S. 29.

⁷⁹⁴ Vgl. Plett, W., S. 447.

⁷⁹⁵ Ebd., S. 465.

⁷⁹⁶ Chronik St. Sebastianus Liblar, S. 32, die Art der Satzungsänderung und die Art der neuen Fahne werden nicht erläutert.

nach dem Festzug die Hakenkreuzfahne und das amerikanische Sternenbanner nebeneinander.⁷⁹⁷

Mit diesem Schützenfest endete auch für die St. Sebastianus-Bruderschaft in Liblar für viele Jahre ihr traditionelles Vereinsleben. Nachdem sie am 2. Juni 1940 auch der Einheitssatzung hatte zustimmen müssen, beschränkte sich ihre Tätigkeit in den Kriegsjahren auf stille kirchliche Feiern anlässlich des Sebastianusfestes und auf das Bemühen, Kontakt mit den im Krieg kämpfenden Mitgliedern zu halten.⁷⁹⁸

Konfliktreich scheint die Geschichte der St. Sebastianus Bruderschaft in Erp während des Untersuchungszeitraums verlaufen zu sein.⁷⁹⁹ Diese Konflikte hängen auch mit dem Verhältnis der Mitglieder untereinander zusammen. In der Festschrift aus dem Jahre 1984 werden die der damaligen St. Sebastianus-Schützengesellschaft gemachten Schwierigkeiten mit den NS-Behörden unter anderem auf einen Streit innerhalb des Vereins zurückgeführt. Als dieser staatlicherseits aufgefordert wurde, eine Kleinkalibergruppe zu bilden, zögerte er zunächst, da man schon zuvor auf dem Gebiet der kirchlichen Betätigung wesentliche Einschränkungen und Eingriffe in das Vereinsleben hatte hinnehmen müssen. Jetzt gründeten aber einige Mitglieder von sich aus, ohne vorherige Zustimmung der übrigen Schützen, einen eigenen Kleinkaliberschießverein, und die politische Führung des Dorfes ließ hierzu einen Scheibenstand errichten. Sie drängte auch, die nun entstandene Vereinsspaltung zu beenden und einen neuen Zusammenschluss herbeizuführen. Dieser scheiterte aber an dem Führungsanspruch der Mitglieder des Kleinkaliberschießvereins. Nachdem bereits im Jahre 1939, anders als in den anderen Gemeinden der Stadt Erftstadt, das Schützenfest ausgefallen war,⁸⁰⁰ sah die Schützengesellschaft St. Sebastianus die Anfang Januar 1940 erfolgte Aufforderung, dem NSRfL einen passenden Vereinsführer namhaft zu machen, das Protokollbuch, das Ein- und Ausgabebuch sowie eine vollständige Teilnehmerliste vorzulegen, als Folge eines Kesseltreibens der Mitglieder des Kleinkaliberschießvereins an. Da die Schützengesellschaft trotz mehrfacher Aufforderung nur bereit war, ihr Ein- und Ausgabebuch auszuhändigen, wurde sie im März 1940 aus dem Deutschen Schützenverband ausgeschlossen. Die Folgen dieses Ausschlusses wurden wegen des inzwischen ausgebrochenen Krieges allerdings wenig wirksam. Mit der Wiedezulassung des Schützenwesens erfolgte 1947 die Neugründung der Gesellschaft unter dem Namen „St. Sebastianus Schützenbruderschaft“.⁸⁰¹

⁷⁹⁷ Chronik der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Liblar, S. 54.

⁷⁹⁸ Ebd., S. 54 und 57.

⁷⁹⁹ Es stehen hier leider keine Originaldokumente zur Verfügung. Zwei Festschriften der Schützenbruderschaft geben mit abgedruckten Quellen Auskunft über die Vereinsgeschichte zwischen 1933-1945.

⁸⁰⁰ Vgl. Protokollbuch der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Lechenich, S. 58.

⁸⁰¹ Vgl. Festschrift zum Bezirksschützenfest 1984 vom 26. bis 28. Mai 1984 und Festschrift zum

5.3 Rechtliche Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Zivil- und Kirchengemeinden zwischen 1933-1939

Eine traditionell enge Verbindung zwischen Zivil- und katholischen Kirchengemeinden ergab sich schon aufgrund des überwiegend hohen katholischen Bevölkerungsanteils. Das hatte oftmals in manchen Bereichen zum Abschluss bestimmter Verträge geführt, die zivile und kirchliche Interessen rechtlich klären sollten. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung und Gleichschaltung auch in den Orten der Stadt Erftstadt versuchten einige politische Akteure, solche rechtlichen Vereinbarungen im nationalsozialistischen Interesse zu ändern bzw. die Kirchengemeinden mit der Androhung solcher Änderungen unter Druck zu setzen. In Liblar entwickelte sich schon relativ bald nach der NS-Machtübernahme und des Parteiwechsels des Amtsbürgermeisters ten Hövel zur NSDAP ein heftiger Streit zwischen Zivil- und Kirchengemeinde um das Liebfrauenhaus.⁸⁰²

In der Pfarrchronik von St. Alban wird die Feier zum Jahrestag der Einweihung des Hauses am 2. Juli 1933 geschildert, die „mit Rücksicht“ auf die „Zeitverhältnisse“ in „schlichter Form“ begangen wurde.⁸⁰³ Diese „Zeitverhältnisse“ hatten dazu geführt, dass sich am Vorabend des Fronleichnamsfestes beim Schmücken des Altares vor dem Liebfrauenhaus gegen 20.30 Uhr SA-Leute und HJ-Mitglieder versammelt hatten, um es gewaltsam zu beschlagnahmen. Dies konnte nur durch das unverzügliche Eingreifen des von Pfarrer Linden benachrichtigten Landrats in Euskirchen verhindert werden. Darauf folgte eine Besprechung im Pfarrhaus, an der für die katholische Kirchengemeinde Kaplan und Kirchenvorstand teilnahmen, für die Gegenseite zwei Lehrer der Volksschule in Köttingen und der Rektor der katholischen Volksschule in Liblar. Auch hier vereitelte wiederum ein Eingreifen des Landrats die von der Gegenseite erneut geforderte Beschlagnahmung des Hauses. Der Landrat veranlasste anschließend den Bürgermeister ten Hövel zur Einberufung einer Besprechung am 22. Juni zwecks Mitbenutzung der Räume durch die „vaterländischen Verbände“. Er selbst übernahm den Vorsitz. Für den Kirchenvorstand waren Pfarrer Linden und der Reichsgraf Wolff Metternich anwesend, auf der Gegenseite der Bürgermeister, der Ortsgruppenleiter und wieder einer der Köttinger Lehrer, der bereits an der ersten Besprechung teilgenommen hatte. Das Ergebnis der Zusammenkunft sah

Bezirksschützenfest 1988 vom 28. bis 30. Mai, in: StAEft.

⁸⁰² Vgl. Kap. 2.3.

⁸⁰³ Vgl. PFA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 58 f.

den Verzicht der Kirchengemeinde auf jährlich 2.000 RM Gemeindegeldzuschuss für die Dauer von 20 Jahren vor, damit die Kommune mit dieser Summe ein Haus amortisieren konnte, das sie für die HJ gekauft hatte.⁸⁰⁴ Pfarrer Linden bat das Metropolitankapitel in Köln in einem Brief vom 25. Juli 1933 um die Genehmigung für einen entsprechenden Nachtragsvertrag. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zivilgemeinde unter „starkem Druck der Führer der HJ und auch der evangelischen Minderheit stehe.“⁸⁰⁵ Trotz dieser vorläufigen Einigung spitzte sich der Konflikt um das Liebfrauenhaus zu. Im April 1934 bat die Ortsgruppe Liblar der NSDAP den Pfarrer um die Nutzung des Liebfrauenhauses für die eigene Mütterberatungsstelle der NSV für mindestens einen Tag im Monat. Der Pfarrer lehnte dies in Absprache mit seinem Kirchenvorstand ab. Mit dem 1. April 1935 stellte der Bürgermeister die Zahlung der vertraglich festgelegten neuen Zuschusssumme an die Kirchengemeinde mit der Begründung ein, der Pfarrer habe den Vertrag gröblich verletzt, weil er die HJ nicht ins Haus aufgenommen habe.⁸⁰⁶ Im August 1935 bat das Generalvikariat den Regierungspräsidenten in Köln um Vermittlung in diesem Konflikt mit gleichzeitiger Androhung einer Klage der Kirchengemeinde Liblar. Am 12. November 1935 teilte der Regierungspräsident in Köln dem Generalvikariat mit, dass die Zivilgemeinde Liblar ihre Zuschüsse nur noch zahlen werde, wenn die Räume des Liebfrauenhauses auch für Veranstaltungen der NSV und der HJ bereitgestellt würden.⁸⁰⁷ Im August 1937 riet das Generalvikariat dem Kirchenvorstand von St. Alban, Klage gegen die Zivilgemeinde einzureichen. Der Kirchenvorstand kam dieser Aufforderung nach, und ein Anwalt erreichte sogar bei der 4. Zivilkammer des Landgerichts Bonn die Bewilligung des Armenrechts für die Pfarrgemeinde.⁸⁰⁸ Am 1. November 1938 verurteilte das Gericht die Zivilgemeinde Liblar zur Nachzahlung der im April 1935 eingestellten Zuschüsse an die Pfarrgemeinde. In einem von der Gemeinde angestrebten Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Köln wurde das Urteil aus der ersten Instanz bestätigt. Trotzdem bedurfte es der nochmaligen Einschaltung des Generalvikariats, des Regierungspräsidenten in Köln und des Landrats in Euskirchen, ehe die Zivilgemeinde alles nachzahlte. Pfarrer Linden sah durch diesen Prozess die „Gesinnung des Bürgermeisters in ein eigenartiges Licht gerückt“.⁸⁰⁹

In Bliesheim zentrierte sich ein Streit zwischen dem dortigen Bürgermeister Kessenich und dem Pfarrer Pflugfelder ebenfalls auf einen im Jahre 1929 geschlossenen Vertrag zwischen den Schönstatt-Schwestern und der Pfarr- und Zivilgemeinde, der den Schwestern einen jährlichen

⁸⁰⁴ Ebd., S.60.

⁸⁰⁵ HAEK, GVA I, 3858.

⁸⁰⁶ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 70.

⁸⁰⁷ HAEK, GVA I, 3858., vgl. auch Kap. 2.3.

⁸⁰⁸ Ebd.

⁸⁰⁹ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 77.

Zuschuss zur Unterhaltung des Marienheims zusicherte.⁸¹⁰ Nach einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Bürgermeister und Pfarrer im Zusammenhang mit dem Verbot des JVM⁸¹¹ hatte die Zivilgemeinde ihre Zahlungen an die Schwestern am 13. Februar 1938 eingestellt.⁸¹² In Niederberg hatte der dortige Bürgermeister Josef Bommers veranlasst, dass ein seit 1865 regelmäßig gezahlter Zuschuss zum Pfarrgehalt in Höhe von jährlich 900 RM ab dem 1. April 1937 eingestellt wurde,⁸¹³ wie in Liblar, hatte auch die Pfarrgemeinde in Niederberg dagegen Klage erhoben. Die 4. Zivilkammer des Landgerichts Bonn hatte in ihrem Urteil vom 16. Dezember 1938 entschieden, dass die Zivilgemeinde Niederberg der Kirchengemeinde den Zuschuss nachzuzahlen habe, und zwar mit 4% Zinsen ab dem Tag der Klagezustellung. Eine Berufung der Zivilgemeinde vor dem Oberlandesgericht Köln war wegen fehlender Begründung verworfen worden.⁸¹⁴ Der Pfarrer von Niederberg hatte dieses Vorgehen der Zivilgemeinde als Teil des nationalsozialistischen Kampfes gegen die Kirche gesehen, um dadurch „die selbständige Pfarrgemeinde unmöglich zu machen“.⁸¹⁵

Es lassen sich noch andere Fälle der nationalsozialistischen Akteure in den Gemeinden der Stadt Erftstadt nachweisen, wo versucht wurde, in die rechtlichen Belange der Kirchengemeinden einzugreifen. In einem Schriftwechsel zwischen dem Kölner Generalvikariat und dem Kirchenvorstand von St. Alban in Liblar aus der zweiten Hälfte des Jahres 1933 beklagte sich der Kirchenvorstand darüber, dass das Pachtschiedsgericht bei der Kreisbauernschaft Euskirchen in einem Schiedsspruch in zwei Fällen zugunsten der Pächter auf Nachlass der Pacht entschieden hatte, obwohl sich der Kirchenvorstand schon vorher selbst mit den Pächtern geeinigt hatte. Das Generalvikariat wies in seiner Antwort auf die rechtliche Ungültigkeit des Schiedsspruchs hin.⁸¹⁶

In der Gemeinde St. Martinus in Borr hatte sogar der neue Rendant der Kirchengemeinde im Jahre 1939 einen Antrag auf Enteignung von Kirchenland der Pfarrei gestellt, um dort eine Siedlerstelle zu errichten.⁸¹⁷ Schon im Dezember 1933 hatte das Generalvikariat beim Kirchenvorstand angefragt, warum bei einer schriftlich fixierten Ermäßigung einer Pacht der Ortsbauernführer mitunterzeichnet habe.⁸¹⁸

⁸¹⁰ Vgl. Kap. 2.3.

⁸¹¹ Vgl. Kap. 5.2.1.

⁸¹² Hardegen, R., S. 165, Anm. 6 und Pfarrarchiv St. Lambertus, Bliesheim, Fach III, Bd. 8.

⁸¹³ HAEK, Bestand: Pfarrarchiv Niederberg, noch o.S.

⁸¹⁴ Ebd.

⁸¹⁵ HAEK, Pfarrchronik St. Johann Baptist, Niederberg, Eintrag v. 16.2.1937.

⁸¹⁶ HAEK, GVA I, 3855.

⁸¹⁷ HAEK, GVA I, 0672.

⁸¹⁸ Ebd.

Auch in finanzieller Hinsicht wurde teilweise versucht, die Kirchengemeinden zu schwächen. So teilte der Amtsbürgermeister Dr. Geile dem Pfarrer Lennartz von St. Kilian am 21. November 1938 mit, dass ab dem kommenden Jahr die Kirchensteuer nicht mehr von der Gemeindekasse erhoben werden könne. Etwaige Rückstände würden nur noch ein Jahr lang von dieser eingetrieben.⁸¹⁹ Es war bis dahin üblich gewesen, die Kirchensteuern in der jeweiligen Ortsgemeinde zu erheben. Der Kirchenvorstand von St. Kilian beauftragte deshalb seinen Rendanten, die Erhebung der Kirchensteuer durchzuführen.⁸²⁰

Offiziell und reichsweit wurde die staatliche Mithilfe bei der Erhebung der Kirchensteuer erst durch die Reichsregierung per Gesetz vom 1. Dezember 1941 eingestellt.

In Bliesheim hatte sich 1935 ein Konflikt bezüglich der Kirchensteuer entwickelt. Der dortige Bürgermeister Kessenich, der der NSDAP angehörte, hatte gegen eine vom Kirchenvorstand geplante Kirchensteuererhöhung, die zuvor vom Regierungspräsidenten in Köln genehmigt werden musste, in einer Form protestiert, die der Kirchenvorstand als beleidigend empfunden hatte. Zudem hatte der Bürgermeister die Steuerzahler öffentlich zu gleichem Protest aufgefordert.⁸²¹ Andererseits hatte das Generalvikariat in Köln in einem Brief vom 25. Juni 1936 an den Kirchenvorstand von St. Lambertus anlässlich der Renovierung des Kirchturms auf „die selten grosszügige Weise der Finanzierung durch die Zivilgemeinde“ hingewiesen.⁸²²

In Friesheim, wie auch in anderen benachbarten Gemeinden, gab es damals die Tradition der Speisesegnung in den Häusern der Pfarrgemeinde, und zwar drei Tage nach Palmsonntag. Diese Segnung der Speisen war mit einer Sammlung von Eiern für Pfarrer und Küster verbunden, deren Ertrag beiden auf ihr Gehalt angerechnet wurde. Bei der Speisesegnung in Friesheim im April 1935 wurden in der Mittagszeit plötzlich alle gesammelten Eier durch den Euskirchener Kreisleiter der NSV mit der Begründung eines Verstoßes gegen das Sammlungsgesetz beschlagnahmt. Eine kurz darauf vom Kölner Generalvikariat erfolgte Reklamation bei der NSV in Euskirchen blieb erfolglos.⁸²³

⁸¹⁹ StAEft, A 03-569.

⁸²⁰ PfA Le, Kirchenvorstandsprotokoll vom 31.1.1939, Protokollbuch des Kirchenvorstands St. Kilian, o.S.

⁸²¹ PfA Bl, Kirchenvorstandsprotokoll vom 29.9.1935, Fach III, Bd. 8.

⁸²² PfA Bl, Fach III, Bd. 1. Der Einsatz für den Erhalt des Kirchturms war in dem sehr katholisch geprägten Ort Bliesheim wohl auch eine Prestigefrage, der auch der Akzeptanz und dem Ansehen der nationalsozialistisch geleiteten Zivilgemeinde dienen konnte.

⁸²³ PfA Fr, Pfarrchronik Friesheim, 1870-1978, S. 52 f.

5.4 NS-Kirchenpolitik auf kultischer und symbolischer Ebene

Neben den schon beschriebenen Auseinandersetzungen um die katholischen Vereine und das katholische Schulwesen war ein weiteres Konfliktfeld aus dem Bestreben der Nationalsozialisten entstanden, auf kultischer und symbolischer Ebene die christlichen Kulte und Zeremonien zurückzudrängen und durch nationalsozialistische Symbole und Riten zu ersetzen. Auch wenn beispielsweise Hans Mommsen davon ausging, dass der Nationalsozialismus keine alternative Religion sein wollte und war, wies er doch auf dessen Indienststellung christlicher Traditionen für eine angestrebte politische Mobilisierung hin. Hitler war sich demnach bewusst, dass „metaphysische Bedürfnisse“ der Einzelnen mittelfristig nicht durch Parteiprogramme ersetzt werden können. Deshalb finden sich viele pseudoreligiöse Elemente, die christlichen Kultformen entnommen wurden, in der Propaganda des Nationalsozialismus wieder.⁸²⁴ Dies wurde z. B. in der Fest- und Feierkultur der Nationalsozialisten sehr deutlich⁸²⁵ und zeigte sich auch schon sehr früh nach dem 30. Januar 1933 in allen katholischen Gemeinden der Stadt Erftstadt. Insbesondere viele Zeitungsberichte im Westdeutschen bzw. Euskirchener Beobachter, im Euskirchener Volksblatt sowie sämtliche vorhandene Schulchroniken als auch vielen Pfarrchroniken aus der Stadt Erftstadt machen die schnelle Institutionalisierung des nationalsozialistischen Feiertagszyklus sichtbar. Daran lässt sich deutlich erkennen, wie effizient die Allgegenwart von Partei und Führung demonstriert wurde. Es sei hier nur erinnert an die nationalsozialistische Umwandlung des 1. Mai und an die Sommersonnenwendfeier am 24. Juni oder das Erntedankfest am ersten Sonntag nach dem 29. September (Michaelistag). Es wurde auch schon auf einige Pfarrchroniken verwiesen, denen zu entnehmen ist, wie einzelne Pfarrer versuchten, diese Feiertage, insbesondere den 1. Mai und das Erntedankfest, in eine religiöse Sinngebung einzubeziehen, was sich für den Mai und Oktober als traditionelle besonders der katholischen Marienverehrung gewidmeten Monaten anbot.

Zu einem Teil der nationalsozialistischen Feiertagsinszenierungen gehörte bis 1935 die Errichtung von „Thingplätzen“⁸²⁶. Diese Thingplätze sollten in Abgrenzung gegenüber den

⁸²⁴ Vgl. Mommsen, Hans, Der Nationalsozialismus als säkulare Religion, in: Besier, Gerhard (Hg.), Zwischen „nationaler Revolution“ und militärischer Aggression. Transformationen in Kirche und Gesellschaft während der konsolidierten NS-Gewaltherrschaft 1934-1939, München 2001 (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, Bd. 48), S. 43-53. Zum Thema der „politischen Religion“ vgl. insb. die von Hans Maier herausgegebene 3-bändige Reihe „Totalitarismus und Politische Religionen“. Ebenso: Hans Maier, Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum, Freiburg 1995.

⁸²⁵ Vgl. Neft, Maria-Regina, Öffentliche Festkultur, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 2, Euskirchen 2007. Die Autorin analysiert anhand einer Auswahl von Feiertagen und kulturellen Ereignissen die Feierkultur in den Städten und Gemeinden des Kreises Euskirchen während der NS-Zeit.

⁸²⁶ Thingplätze waren ursprünglich Stätten, wo nach germanischem Recht Volks- und Gerichtsverhandlungen abgehalten wurden.

herkömmlichen Festplätzen „Weiheplatz“ sein. „Wir Nationalsozialisten [wollen] unseren Festplatz nicht gern verwechselt sehen [...] mit dem Festplatz einer Schützengesellschaft oder gar eines Kirmesplatz.“ Der Thingplatz ist reserviert als „Weiheort“ für nationalsozialistische Feste wie den Tag der Arbeit oder das Erntedankfest.⁸²⁷ Eine solche Thingstätte war 1935 als zweite im Gau Köln-Aachen in Kommern im Kreis Euskirchen entstanden. Sie bot als Freilichttheater 40.000 Besuchern Platz und sollte Aufführungsort für Thing- und Chorspiele sein. Gleichzeitig war sie als passender Rahmen der Selbstdarstellung für die nationalsozialistischen Gruppierungen wie SA, SS, HJ und BDM geplant. Für den nördlichen Teil des Kreises Euskirchen sollte der Sportplatz in Bliesheim zur Thingstätte werden.⁸²⁸ Dazu kam es aber nicht, weil die Thingspielbewegung bereits im Herbst 1935 ein Ende fand. Die Ursachen sind einmal im mangelnden Interesse der breiten Bevölkerung zu sehen als auch in der Einstellung Goebbels, der im Gegensatz zu den Sympathisanten um Rosenberg das deutsche Theater sehr schätzte und nichts von „Kult, Thing, Mythos und ähnliche(m) Schwindel“ hielt.⁸²⁹

Die nationalsozialistische Festkultur sah sich in starker Konkurrenz zu den traditionellen christlichen Feiern und deren Vielfalt von Ausdrucksformen. Deshalb bemühten sich die Nationalsozialisten sowohl reichsweit als auch vor Ort von Anfang an, das Erscheinen christlicher Symbole und Riten, sofern sie außerhalb des eigentlichen Kirchenraums auftraten, einzuschränken und zu reglementieren.

Eine rechtliche Grundlage für die Durchdringung nationalsozialistischer und gleichzeitig das Zurückdrängen christlicher Symbole in der Gesellschaft stellte das auf dem Nürnberger Parteitag 1935 verabschiedete Reichsflaggengesetz⁸³⁰ dar, dessen Bestimmungen in den folgenden Jahren mehrmals verschärft wurden.⁸³¹ Neben „schwarz-weiß-rot“ als Reichsfarbe wurde die Hakenkreuzfahne als alleinige Reichs- und Nationalflagge bestimmt. Diese musste an bestimmten Festtagen des Jahres an allen öffentlichen und kirchlichen Gebäuden gehisst werden, darüber hinaus zu bestimmten vom Reichs- und preußischen Innenminister, vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz oder vom Regierungspräsidenten in Köln vorgegebenen

⁸²⁷ Vgl. Neft, M.-R., S. 540.

⁸²⁸ Vgl. Westdeutscher Beobachter vom 25.4.1935, Nr. 113.

⁸²⁹ Neft, M.-R., S. 544 f. und S. 556, Anm. 86.

⁸³⁰ Vgl. document-Archiv.de [Hrsg.], [http://www.documentArchiv.de/ns/1935/flaggen 1935- ges.html](http://www.documentArchiv.de/ns/1935/flaggen%201935-ges.html), Stand 16.12.2016.

⁸³¹ Vgl. Zweite Verordnung zur Durchführung des Reichsflaggengesetzes vom 28. August 1937 und Dritte Verordnung vom 3. Juli 1939. <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/reichsflagge35-v2.htm>. Zu den daraus entstandenen Konflikten mit katholischen Kirchengemeinden vgl. insb. für das Bistum Aachen: Klaus Fettweiss, S. 188-193. Diesbezügliche Auseinandersetzungen in den Kreisen Düren und Jülich stellt Horst Wallraff dar, vgl. S. 312-315. Zur Situation im Siebengebirge vgl. A.S. Klein, S. 371 und 376-378. Entsprechende Verhaltensweisen im Erzbistum Köln schildert U. von Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 31, 45, 109, 192.

Anlässen.⁸³² Die jeweils detaillierten und neuen Bestimmungen des Flaggengesetzes wurden in der Presse ausführlich zur Kenntnis gebracht.⁸³³

Wie wichtig den Nationalsozialisten die Einhaltung der Vorschriften auch in den Gemeinden der Stadt Erftstadt war, lässt sich beispielsweise an einer Vielzahl einzelner Anordnungen und Verfügungen der Geheimen Staatspolizei in Köln an den Landrat in Euskirchen und die Bürgermeister der Gemeinden des Landkreises erkennen. So forderte die Gestapo Köln am 26. Oktober 1935 Landrat und Bürgermeister auf, die Pfarrämter zu melden, die zu einem bestimmten kurz zurückliegenden Anlass nicht gehisst hatten. Der Lechenicher Amtsbürgermeister Dr. Geile meldete in diesem Zusammenhang die Pfarrämter Lechenich, Erp und Pingsheim.⁸³⁴ Kurz darauf, am 8. November 1935, wurden Landrat und Bürgermeister noch einmal angewiesen, auf die richtige Beflaggung der Kirchengebäude zu achten und gegebenenfalls Anzeige gegen Geistliche zu erstatten. Auch sollte geprüft werden, ob die Fahnenstange für die Hakenkreuzfahne nicht neben, sondern auf dem Kirchengelände aufgestellt war.⁸³⁵ Im November und Dezember 1937 wies die Gestapo nochmals darauf hin, dass bei staatlich angeordneter Beflaggung nur die Hakenkreuzfahne gehisst werden durfte, auch wenn dem entsprechenden Tag der Flaggensetzung eine kirchliche Bedeutung zukommen sollte.⁸³⁶ Auch musste kontrolliert werden, ob die Größe der Hakenkreuzfahne nicht im Missverhältnis zu kirchlichen Fahnen stand, der Reichsflagge gebührte stets die bevorzugte Stelle und Größe.⁸³⁷ Pfarrer Lennartz von St. Kilian in Lechenich war während seiner Tätigkeit als Kaplan in Neuss mehrmals mit der Gestapo in Konflikt geraten, weil er nicht ordnungsgemäß geflaggt hatte.⁸³⁸

Der Streit um nationalsozialistische und kirchliche Symbole trat insbesondere bei Prozessionen und Wallfahrten zutage. Es gab innerhalb der einzelnen Pfarrgemeinden der Stadt Erftstadt, wie schon erwähnt, ein breit gefächertes Wallfahrts- und Prozessionswesen.⁸³⁹ Während der Jahre 1933 bis 1938/39 konnten die Prozessionen und Wallfahrten weiter stattfinden, sie unterlagen aber in den Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche zunehmend Reglementierungen und Einschränkungen. Nachdem es im Jahre 1934 in mehreren größeren Orten und Städten des Erzbistums Köln zu einer deutlich gestiegenen Teilnahme von

⁸³² Euskirchener Volksblatt vom 14. 9.1936, Jg. 1936, Nr. 214, Bl. 5 und StAEft, A 03-1053. Ohne besondere Anweisung musste an folgenden Tagen geflaggt werden: Neujahrstag, Reichsgründungstag (18. Januar), Tag der nationalen Erhebung (30. Januar), Heldengedenktag (5. Sonntag vor Ostern auf halbmast), Geburtstag des Führers und Reichskanzlers (20. April), Nationaler Feiertag des deutschen Volkes (1. Mai), Erntedanktag 1. Sonntag nach dem 29. September).

⁸³³ Ebd.

⁸³⁴ StAEft, A 03-1053.

⁸³⁵ Ebd.

⁸³⁶ StAEft, A 03-569.

⁸³⁷ StAEft, A 03-1258.

⁸³⁸ von Hehl, U., Kösters, Chr., *Priester unter Hitlers Terror*, Bd. 1, S. 720.

⁸³⁹ Vgl. hierzu die Kap. 2.3.

Gläubigen an Prozessionen, Wallfahrten und öffentlichen Glaubenskundgebungen gekommen war, die von der Gestapo Köln als Demonstration der Missbilligung der gegen die katholischen Vereine getroffenen Maßnahmen gedeutet worden waren, hatte der preußische Ministerpräsident Göring am 7. Dezember 1934 bis auf weiteres sämtliche öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen kirchlich-konfessionellen Charakters außerhalb der Kirchenräume verboten mit Ausnahme althergebrachter Prozessionen und Wallfahrten, die schon vor 1931 stattgefunden hatten.⁸⁴⁰

In diesem Zusammenhang musste der Amtsbürgermeister von Lechenich für den Landrat in Euskirchen eine Übersicht über die alljährlich wiederkehrenden Prozessionen und Wallfahrten in seinem Amtsbezirk erstellen. Darin wurden folgende kirchliche Veranstaltungen ausgewiesen: die St. Kiliansprozession in Lechenich am Patronatsfest, die Fronleichnamsprozession, jährlich in allen Pfarrgemeinden des Amtsbezirks außer Dorweiler, die Wallfahrt von Lechenich nach Kevelaer, die Wallfahrt von Lechenich nach Wissersheim am 1. Februar (Brigittafest), die aber nur wenige Teilnehmer, meist Pferdebesitzer, aufwies und die Pfarrprozession in Erp am Sonntag nach dem Kirchenpatronatsfest im Juli.⁸⁴¹

Pfarrer Schroeder aus Dirmerzheim berichtet in der Pfarrchronik im Dezember 1938, dass er nach Aufforderung an alle Pfarren durch den Landrat ein Verzeichnis über Bezeichnung, Anlass, Entstehung, Ort, Aufstellung der Teilnehmer, Sinn und Zweck und Beantwortung der Frage, ob die Wallfahrten bzw. Prozessionen schon seit 1931 ununterbrochen stattgefunden hätten, eingereicht habe. Diese Auskünfte sollten aufgetretene Unstimmigkeiten über den Begriff „althergebracht“ klären.⁸⁴²

Die jährlichen Pfarr- und Fronleichnamsprozessionen in den einzelnen Pfarrgemeinden fanden regen Widerhall in der regionalen Tagespresse⁸⁴³. In der Berichterstattung wurde jeweils auf die „jahrhunderte alte Überlieferung“ der Prozessionen hingewiesen.

Großes Echo in der Presse fand alljährlich der Gymnicher Ritt am Fest Christi Himmelfahrt.⁸⁴⁴ Obwohl in den Jahren 1934 bis 1938 – ähnlich wie im ganzen Erzbistum Köln – mehrfach auf die auffallend hohe Teilnehmerzahl bei den Prozessionen hingewiesen wurde,⁸⁴⁵ veränderte sich aufgrund der staatlichen Vorschriften deren äußeres Bild jedoch teilweise erheblich.

⁸⁴⁰ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 79f. u. S. 81, Anm. 292.

⁸⁴¹ StAEft, A 03-1258.

⁸⁴² PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 107.

⁸⁴³ Vgl. Euskirchener Volksblatt vom 8.7.1935, vom 17.7.1935, vom 8.7.1937.

⁸⁴⁴ Euskirchener Volksblatt vom 7.5.1937, vom 31.5.1935, vom 29.5.1935, vom 11.5.1936.

⁸⁴⁵ Vgl. PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 65, PfA Li, Rektoratschronik Frauenthal, S. 125.

Schon seit einer staatspolitischen Anordnung vom 28./29. Mai 1934 durften die katholischen Jugendverbände nicht mehr in einheitlicher Kleidung an Prozessionen teilnehmen.⁸⁴⁶ 1937 erhielt zunächst die Schützenbruderschaft St. Sebastianus in Lechenich, wie schon erwähnt, das Verbot an Pfarr- und Fronleichnamsprozession in Uniform teilzunehmen.⁸⁴⁷ Dieses Verbot traf 1938 bzw. 1939 auch die beiden Schützenvereine in Gymnich bezüglich der Teilnahme am Gymnicher Ritt.⁸⁴⁸ Der Pfarr-Rektor von Frauenthal bemerkt in seiner Chronik in Bezug auf die im Jahre 1937 stattgefundene Fronleichnamsprozession, dass diese „der Zeitlage entsprechend“ stattgefunden habe. Uniformierte Feuerwehr durfte nicht mehr neben dem Baldachin mitgehen, und es war kein Bläserorchester anwesend, um der ernsten Lage der Kirche Rechnung zu tragen, zu der keine laute Musik passte, die Lieder während der Prozession stimmte der Kirchenchor an.⁸⁴⁹ Der Pfarrer von Dirmerzheim wies im Juni 1936 darauf hin, dass der Ort anlässlich der traditionellen Mariahilfsprozession nicht mehr in der herkömmlichen Weise geschmückt war. Nach einer Anfrage hatte der Pfarrer erfahren, dass Privatleute bei kirchlichen Anlässen nur noch die Nationalflagge zeigen durften, dies hatte er den Gläubigen seiner Gemeinde mitgeteilt. Später erfuhr er, dass die ihm erteilte Auskunft nicht vollständig war, weil der entsprechende zugrundeliegende Gesetzestext davon sprach, dass „angenommen werden“ dürfe, dass Privatpersonen nur die Nationalflagge hissen.⁸⁵⁰ Auch die am 14. September 1936 im Euskirchener Volksblatt abgedruckten Bestimmungen über die Ausschmückung von Prozessionswegen weisen darauf hin, dass diese weiterhin mit Girlanden und Wimpeln in Kirchenfarbe geschmückt werden durften.⁸⁵¹ Für Borr hatte der Amtsbürgermeister verfügt, dass die Häuser selbst nur mit der Hakenkreuzfahne zu schmücken waren, auf den Straßen aber auch die alten Fähnchen aufgestellt werden konnten.⁸⁵² Im August 1937 erfolgte dann eine Verschärfung des Reichsflaggengesetzes dahingehend, dass von nun an die Ausschmückung von Wegen und Straßen mit Fahnen und Wimpeln in Kirchenfarben verboten war. Gleiches galt auch für den Schmuck von Segensaltären mit Kirchenfahnen, Heiligenbildern und religiösen Symbolen.⁸⁵³ Der Pfarr-Rektor von Köttingen bat die Gläubigen in einem Proklamandum am 5. Juni 1938, beim Schmücken der Häuser und Altäre am Prozessionsweg genau die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten und die Altäre vor allem mit „Blumen und Licht“ zu zieren.⁸⁵⁴

⁸⁴⁶ von Hehl, U., Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, 1933-1945, S. 68.

⁸⁴⁷ Vgl. Kap. 5.2.5.

⁸⁴⁸ Vgl. Kap. 5.2.5.

⁸⁴⁹ PfA Li, Rektorschronik Frauenthal, Bd. II, S. 113.

⁸⁵⁰ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius Dirmerzheim, S. 85.

⁸⁵¹ Euskirchener Volksblatt vom 14.9.1936, Jg. 1936, Nr. 214, Bl. 5.

⁸⁵² PfAFr, Pfarrchronik St. Martinus, Borr, S. 107.

⁸⁵³ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius Dirmerzheim, S. 111.

⁸⁵⁴ PfA Kö, B 5, Rektorat Köttingen, Proklamanda vom 23.5.1937 bis 23. 11.1941.

Anlässlich eines bevorstehenden Bischofsempfangs wiederholte er noch einmal diese Bitte, „um alle Unannehmlichkeiten zu ersparen: Ihr dürft also keine Fahnen, Wimpel, Fähnchen in Kirchenfarben, überhaupt keine Kirchenfarben zeigen.“⁸⁵⁵ Kirchlicherseits waren die Befürchtungen im Hinblick auf die Folgen einer Nichtbeachtung der staatlichen Vorschriften nicht zu übersehen. Der Dirmerzheimer Pfarrer hatte in der Chronik unter dem 3. Juni 1937 vermerkt: „Es gibt Leute, die sehen im Christusbanner oder Marienbanner eine konfessionelle Vereinsfahne. Mit Rücksicht darauf sollen bei der Bekenntnisfeier am Sonntag in Lechenich die Banner fehlen.“⁸⁵⁶ Dass die Einhaltung der erlassenen Verfügungen von Seiten der Partei genau überprüft wurde, belegen auch die kurz nach dem Krieg von Pfarrer Lennartz aus Lechenich gemachten Aufzeichnungen. Er berichtet dort, dass viele Lechenicher zur Kirche und mit der Prozession gingen, obwohl sie damit rechnen mussten, aufgeschrieben oder photographiert und nachher auf dem Rathaus dem Ortsgruppenleiter gemeldet zu werden.⁸⁵⁷ Bei der Fronleichnamsprozession in Dirmerzheim war 1938 auch die Aufstellung der Prozession geändert worden. Die Teilnehmer sollten nicht mehr in einzelnen Standes- oder Vereinsgruppierungen teilnehmen, sondern möglichst als Familien zusammen bleiben und die Kinder vereinzelt zwischen den Erwachsenen mitziehen.⁸⁵⁸ Der Zeitpunkt der Mariahilfsprozession in Dirmerzheim musste in demselben Jahr auf den frühen Morgen vorverlegt werden, weil für den Nachmittag ein Sportfest angesetzt worden war und beide Veranstaltungen, wenn sie zeitgleich durchgeführt würden, sich gegenseitig stören könnten.⁸⁵⁹ Eine weitere einschneidende Einschränkung der Fronleichnamsprozession erfolgte 1939. Alle Pfarrgemeinden in der Stadt Ertstadt wurden gezwungen, den bisher üblichen Prozessionsweg erheblich zu verkürzen. So teilte z. B. der Amtsbürgermeister Dr. Geile den zu seinem Amtsbezirk gehörenden Pfarreien mit, dass auf „Anweisung des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei [...] mit Rücksicht auf den gesteigerten Verkehr, insbesondere den überaus starken Einsatz von Transportwagen für die Westarbeiten, die Fronleichnamsprozession unter allen Umständen auf verkehrsarme Straßen zu beschränken“ ist.⁸⁶⁰ Für die Pfarre St. Kilian war dann genau festgelegt, dass die Prozession nur auf die Straßen um die Kirche beschränkt blieb. Ähnliches wird auch in der Pfarrchronik von Friesheim berichtet.⁸⁶¹ Der Pfarr-Rektor Reinartz aus Frauenthal hatte bemerkt, dass während der Prozessionszeit lediglich drei Autos die für die Prozession gesperrten Straßen befahren

⁸⁵⁵ Ebd.

⁸⁵⁶ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, S. 91.

⁸⁵⁷ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 64.

⁸⁵⁸ Ebd., S. 48.

⁸⁵⁹ Ebd., S. 48 f.

⁸⁶⁰ StAEft, A 03-375 und Pfarrarchiv St. Kilian.

⁸⁶¹ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 55.

hatten.⁸⁶² Das Verbot des kirchlichen Fahnenschmucks kommentierte er mit dem Hinweis, dass die Gläubigen „[...] aber ihre Hausaltäre an Türen und Fenstern um so schöner gestaltet und sich zahlreicher an der Prozession beteiligt [hatten.]“⁸⁶³ Auch Pfarrer Lennartz lobte in einem Rückblick auf die Fronleichnamsprozession 1938 die Haltung der Gläubigen. Sie hatten die Straßen schön und würdig geschmückt, Fahnen und Wimpel waren polizeilich verboten. „Dafür prangten die Häuser im Schmuck von Blumen, Grün und Hausaltärchen.“⁸⁶⁴ In Borr hatten die Gläubigen ebenfalls in den Fenstern ihrer Häuser Altärchen errichtet. Auf Wunsch des Pfarrers begleiteten alle Mitglieder des Kirchenvorstands das Allerheiligste zum ersten Mal mit brennenden Kerzen. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr trugen, wenn auch ohne Uniformen, den Baldachin.⁸⁶⁵ Während die katholischen Geistlichen in den Gemeinden der Stadt Erftstadt hervorhoben, wie ihre Gemeindemitglieder trotz staatlicher Einschränkungen und Verbote versuchten, den Prozessionen einen feierlichen Rahmen zu geben, wurden anderenorts in der Presse die ohne kirchlichen Fahnenschmuck durchgeführten Prozessionen als „symbolische Unterminierung katholischer Selbstdarstellung“ bewertet.⁸⁶⁶

Die Wallfahrten in den Gemeinden der Stadt Erftstadt konnten bis 1939 und teilweise sogar noch darüber hinaus relativ ungestört stattfinden.

Die erste größere Wallfahrt des Dekanats im Untersuchungszeitraum fand am 8. August 1933 zur Ausstellung des Heiligen Rocks in Trier statt.⁸⁶⁷ Hieran beteiligten sich insgesamt 1.400 Personen, die mit einem Sonderzug nach Trier fuhren, darunter waren 320 Gläubige aus St. Kilian und 35 Pilger aus dem Rektorat Frauenthal. Hinzu kamen noch etliche Einzelpilger.⁸⁶⁸ Am 12./13. September desselben Jahres fand mit mehr als 300 Personen aus St. Kilian und 30 Pilgern aus dem Rektorat Frauenthal die jährliche Marienwallfahrt nach Kevelaer statt.⁸⁶⁹ Die Pfarrchronik von St. Kilian gibt für diese Wallfahrt in den Jahren 1934 bis 1938 genaue Teilnehmerzahlen an, die jeweils zwischen 300 und 345 Personen aufweisen und inzwischen

⁸⁶² PfA Li, Pfarrchronik Frauenthal, Bd. II, S. 125.

⁸⁶³ Ebd.

⁸⁶⁴ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 65.

⁸⁶⁵ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martinus, Borr, S. 113.

⁸⁶⁶ Vgl. Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft, S. 389.

⁸⁶⁷ Der heilige Rock ist eine Textilreliquie, die der Überlieferung nach von der Mutter Kaiser Konstantins, der heiligen Helena, nach Trier gebracht worden sein soll. Sie wurde historisch nachweisbar im Jahre 1196 im Hochaltar des Doms eingeschlossen. Ab 1512 wurde die Reliquie dann in Abständen der Öffentlichkeit gezeigt, bevor sie wegen Kriegsgefahren von 1628-1794 auf der Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz verwahrt wurde. Nach ihrer Rückkehr nach Trier wurde sie wieder in großen Abständen öffentlich gezeigt. Dies geschah nach 1891 erstmals wieder im Jahre 1933 aus Anlass des Heiligen Jahres, welches ab 1470 in der Regel alle 25 Jahre in der katholischen Kirche begangen wird.

⁸⁶⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 43, PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, S. 69.

⁸⁶⁹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 44, Pfarrchronik des Rektorats Frauenthal, S.44 In Kevelaer wird seit 1642 in der Gnadenkapelle ein Bild Mariens verehrt, das diese als Trösterin der Betrüben darstellt. Kevelaer gilt als einer der größten Wallfahrtsorte im Nordwesten Europas.

meistens mit Bussen und Autos durchgeführt wurden.⁸⁷⁰ Auch die anderen zur Einsicht vorliegenden Pfarrchroniken aus den Gemeinden der Stadt Erfstadt weisen auf die jährliche Wallfahrt nach Kevelaer hin. Die Kierdorfer Pfarrchronik bemerkt sogar, dass vom 4. bis zum 6. September 1942 die „althergebrachte Fuß- und Bahnwallfahrt nach Kevelaer“ stattgefunden habe, und zwar mit ca. 45 Bahnfahrern und 35 Fußpilgern, ebenso am 7./8. September 1943 mit 40 Pilgern.⁸⁷¹ Pfarr-Rektor Reinartz aus Frauenthal berichtet über die Teilnahme von 35 Frauen aus seiner Gemeinde an einer am 8. Juli 1936 durchgeführten Frauenwallfahrt nach Kevelaer, wo der damalige Kölner Weihbischof und Diözesanpräses des Verbandes der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften in der Erzdiözese Köln, Dr. Joseph Hammels, auf dem Platz vor dem Gnadenbild vor 3.000 Gläubigen die hl. Messe las und in seiner Predigt von der „tiefe(n) Sorge um Religion und Kirche in unserem Vaterland“ sprach.⁸⁷² Hier zeigt sich, wie auch bei anderen Wallfahrten im Untersuchungszeitraum, dass diese stark in die Öffentlichkeit wirkten und durch ihre gewaltigen Teilnehmerzahlen geradezu demonstrativen Charakter bekamen.⁸⁷³ In besonderer Weise hatte sich dies auch bei der im Zeitraum vom 10. bis 25. Juli 1937 stattgefundenen Heiligtumsfahrt nach Aachen gezeigt.⁸⁷⁴ Die NS-Presse hatte eindringlich vor einer Teilnahme gewarnt und den Organisatoren in vielfacher Weise Hindernisse in den Weg gelegt. Trotzdem wurde sie zur „bedeutsamsten Glaubenskundgebung des Jahres 1937“⁸⁷⁵ Über 800.000 Menschen waren aus allen Teilen Deutschlands zusammengeströmt. Diese Wallfahrt wurde schon bei Zeitzeugen als „stummer Protest“ und „Bekenntnis des heftig befehdeten Glaubens“ gewertet.⁸⁷⁶ Aus Lechenich nahmen zweimal Pilger mit je einem großen Autobus an der Fahrt teil, unter diesen waren viele Angehörige der katholischen Arbeiterbewegung Lechenichs.⁸⁷⁷ Die Rektoratschronik Frauenthal erwähnt 30 Teilnehmer von dort.⁸⁷⁸ Diese demonstrativen Treuebekenntnisse zur katholischen Kirche hatten dann wohl dazu geführt, dass von staatlicher Seite versucht wurde, hier restriktiv einzugreifen. In Lechenich traten im Jahre 1938 erhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung der Kevelaer-Wallfahrt auf. Den Veranstaltern gelang es nicht, genügend Busse und Wagen zu reservieren, weil diese für die

⁸⁷⁰ Vgl. Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 45, 47, 50, 52 f.

⁸⁷¹ PfA Kie, B 7, Chronik der Pfarrgemeinde Kierdorf, aufgezeichnet von Pfr. Siegfried Brandts, unpaginiert.

⁸⁷² PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II, S. 109.

⁸⁷³ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S.77.

⁸⁷⁴ Diese Wallfahrt zu den „vier großen“ und „drei kleinen“ Heiligtümern fand alle 7 Jahre statt. Die Reliquien wurden dann im Aachener Dom und dem dahinter liegenden Domplatz, dem Katschhof, gezeigt. Bei den vier Textilreliquien handelt es sich um das Kleid Mariens, die Windeln Jesu, das Lendentuch Jesu und das Entauptungstuch Johannes des Täufers. Die drei „kleinen“ Reliquien sollen der Gürtel Mariens, der Gürtel Jesu und sein Geißelstrick sein.

⁸⁷⁵ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 172 f.

⁸⁷⁶ Ebd.

⁸⁷⁷ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, I, S. 51.

⁸⁷⁸ PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II, S. 113.

Beförderung der Arbeiter zur Befestigung der Westgrenze staatlicherseits beschlagnahmt worden waren. Bei der geplanten Abfahrt am 7. September stellte sich heraus, dass trotz anscheinend vorher gemachter Zusagen einige der Pilger nicht mitfahren konnten.⁸⁷⁹

Am 7. Oktober 1938 waren auf Anordnung der Gestapo Köln alle Wallfahrten auf Fahrrädern verboten worden.⁸⁸⁰

Anlässlich des im selben Jahr stattfindenden Eucharistischen Kongresses in Budapest hatten nationalsozialistische Stellen versucht, die Teilnahme deutscher Pilger zu verhindern. Die lokalen Landräte wurden von der Gestapo Köln am 23. März 1938 aufgefordert, diesbezüglich auf die ansässigen Reiseinstitute Einfluss zu nehmen.⁸⁸¹ Im Programm zu diesem Kongress war dieser u. a. als „stillere und würdevollere Protest gegen die schmachvolle Religionsbedrückung und Religionsverfolgung in manchen Ländern“ angekündigt worden.⁸⁸² Pfarrektor Reinartz bedauerte es, dass die deutschen Katholiken nicht am Kongress in Budapest teilnehmen konnten, er erwähnte aber, dass es dem Pfarrer Pflugfelder aus Bliesheim und dem Pfarrer Overbach aus Kierdorf gelungen war, nach Ungarn zu kommen.⁸⁸³

Neben den bereits oben erwähnten Wallfahrten verzeichnen die Pfarrchroniken außer den Besuchen der in näherer Umgebung gelegenen Wallfahrtsorten⁸⁸⁴ Fahrten mit Frauen und Müttern aus Lechenich nach Xanten und Kalkar, sowie von Frauenthal, Dirmerzheim und Köttingen nach Neviges.⁸⁸⁵ 1935 hatten 24 Männer- und Jungmänner an der nächtlichen Bußwallfahrt nach Köln-Kalk teilgenommen. Diese war in den Jahren nach 1933 auch stets viel stärker besucht und galt ebenfalls als Demonstration gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik.⁸⁸⁶ Mit Beginn des Krieges 1939 war das Wallfahrtswesen bis auf einige Ausnahmen (vgl. Kierdorf) dann stark eingeschränkt worden.

Ab dem Jahre 1938 wurde auch das Bestreben der Nationalsozialisten immer deutlicher, das kirchliche Ritenmonopol in den Bereichen von Taufe, Heirat und Beerdigung zu brechen. Dazu hatte vor 1938 als erste Parteigliederung die SS einen parteieigenen Feierstil für „Familienfeiern“ entwickelt. Diese Geburts- Hochzeits- und Totenfeiern galten als „gemeinschaftsbildende“ Rituale und schufen gleichzeitig Ersatzformen für Geburt, Trauung und christliches

⁸⁷⁹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 65.

⁸⁸⁰ StAEft, A 03-1053.

⁸⁸¹ StAEft, A 03-564.

⁸⁸² Ebd.

⁸⁸³ PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II, S. 118.

⁸⁸⁴ Vgl. u. a. Kap. 2.3.

⁸⁸⁵ Neviges ist Marienwallfahrtsort seit 1676, dort soll ein Franziskanerpater eine Marienerscheinung gehabt haben.

⁸⁸⁶ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 78. Im Jahr 1935 hatten 35.000 Männer an der Wallfahrt teilgenommen.

Begräbnis.⁸⁸⁷ So wurden beispielsweise auf der damaligen „Ordensburg Vogelsang“ solche Eheschließungen durchgeführt, die einerseits von den christlichen Zeremonien abgeleitet waren, deren Inhalte andererseits aber im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung umgedeutet wurden.⁸⁸⁸ Die NS-Führung war in ihrem Kampf gegen die Kirche allmählich verärgert, dass bis dahin viele, nicht nur religiös gläubige Nationalsozialisten, daran festhielten, Teile ihrer wichtigsten Lebenssituationen wie Taufe, Trauung und Tod von der Kirche begleiten zu lassen. Deshalb wurden die nationalsozialistischen Lebensfeiern zur Angelegenheit der ganzen Bewegung erklärt und für die Zukunft dringend für die Partei empfohlen. Das Fernziel war, die Lebensfeiern für alle Deutschen verbindlich zu machen. Um den eigenen Totalitätsanspruch durchsetzen zu können, glaubte man, die kirchlichen Traditionen auslöschen bzw. ersetzen zu müssen.⁸⁸⁹ Mit der Gestaltung und Ausarbeitung wurde offiziell Alfred Rosenberg betraut.⁸⁹⁰ Zeitzeugen aus Liblar können sich noch heute daran erinnern, dass es dort einen „braunen Pastor“ gab, der als „Parteiseelsorger“ ausgebildet für Parteimitglieder auf deren Wunsch Hochzeiten und Beerdigungen vornahm. Im Hauptberuf als Bahnmeister in Liblar tätig, soll er mit dem dortigen Bahnhofsvorsteher, der sehr in der katholischen Pfarrgemeinde St. Alban engagiert war, häufig in Konflikt geraten sein. Von den Bürgern in Liblar wurde er „Goldfasan“ genannt, weil er, wie bei ranghöheren Parteifunktionären üblich, Goldlitzen an seiner braunen Uniform trug.⁸⁹¹

Durch den Krieg wurden die NS-Bemühungen um die Gestaltung der „Lebensfeiern“ in Konkurrenz zu den christlichen Riten, insbesondere bezüglich der Totengedenken und Beerdigungen, noch verstärkt.

Es hatte schon vor Ausbruch des Krieges Versuche gegeben, bei Bestattungen die Präsenz der Partei zu demonstrieren. So musste in Lechenich bei einer Beerdigung am 17. Juni 1938 das Pfarrkreuz, das üblicherweise an der Spitze des Leichenzuges von der Kirche zum Friedhof getragen wurde, auf Veranlassung von Mitgliedern der NS-Frauenschaft zurückgenommen werden, weil es sich ihrer Meinung nach nicht gehörte, dass sie hinter dem Kreuz hergingen.

⁸⁸⁷ Cornelius, Nadja, *Genese und Wandel von Festbräuchen und Ritualen in Deutschland von 1933 bis 1945*, in: *Kölner Ethnologische Beiträge*, Heft 8, 2003, S. 47 f.

⁸⁸⁸ Schmitz-Ehmke, Ruth, Herzog, Monika, *Die ehemalige Ordensburg Vogelsang, Architektur, Bauplastik, Ausstattung, Umnutzung*, in: *Arbeitsheft der rheinischen Denkmalpflege* 41, 4. Aufl., 2010 und Thamer, Hans-Ulrich, *Heilsversprechen und Sendungsbewusstsein - Der „Neue Mensch“ in der Ikonographie und im politischen Kult der NS-Ordensburg*, in: Klaus Ring u. Stefan Wunsch (Hg.): *Bestimmung: Herrenmensch, NS-Ordensburg zwischen Faszination und Verbrechen, Vogelsang 2016*, S. 274-283.

⁸⁸⁹ Cornelius, N., S. 48.

⁸⁹⁰ Ebd., S. 49.

⁸⁹¹ Aussage des Zeitzeugen Otto Vogt (1928-2015) vom 17. 6. 2014. Die *Erfttal-Nachrichten* berichteten am 7.9.1940, dass dem Reichsbahninspektor Schaaf von der Güterabfertigung Liblar für seine pflichtbewusste und aufreibende Arbeit von seiner Dienststelle in Köln-Nippes das Westwallehrenzeichen verliehen wurde. Vgl. *Erfttal-Nachrichten* vom 7.9.1940, 11. Jg., Nr. 36, StAEft.

Die NS-Frauenschaft nahm selbst die Spitze des Zuges ein und trug einen Kranz mit Schleife voran. Pfarrer Lennartz kommentierte dies mit der Bemerkung: „Am Gebet hat sie sich beteiligt.“⁸⁹²

Die Nationalsozialisten versuchten ebenfalls, die traditionellen hohen christlichen Feiertage gemäß ihrer Ideologie umzudeuten und zu instrumentalisieren. Dabei kam dem Weihnachtsfest eine große Bedeutung zu. Es sollte als „Volksweihnacht“ bzw. „deutsche Weihnacht“ gestaltet werden. Deshalb nahmen die NS-Akteure vor Ort auch von Anfang an Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Vorweihnachts- bzw. Weihnachtsfeiern der Partei. Hiervon zeugt beispielsweise eine Einladung des Gymnicher Ortsgruppenleiters Bungarten an die Bewohner des Ortes.⁸⁹³

Auch Berichte im Lokalteil des Westdeutschen Beobachters über Weihnachtsfeiern der Partei in Bliesheim (21.12.1934) und Lechenich (28.12.1934) bestätigen die nationalsozialistischen Versuche, das Weihnachtsfest zu „entkonfessionalisieren“.⁸⁹⁴

Anlässlich der NSDAP-Weihnachtsfeier in Bliesheim am 21. Dezember 1934 versuchte der Parteiredner den Ursprung der christlichen Weihnachtsbräuche auf pseudogermanische Riten zurückzuführen. Mit seinem Hinweis auf die Verbindung zwischen Weihnachts- und germanischem Julfest folgte er Vorstellungen, die innerhalb der NSDAP insbesondere von Heinrich Himmler als begeistertem Anhänger des Germanentums vertreten wurden.⁸⁹⁵

5.5 Nationalsozialistische Maßnahmen zur Einschränkung der kirchlichen Kommunikation

Im Rahmen der Gleichschaltung der Presse waren, wie u. a. schon das Vorgehen gegen katholische Vereine gezeigt hatte, im Laufe der Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche,

⁸⁹² PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 65.

⁸⁹³ Privatsammlung Dr. Frank Bartsch, Bliesheim

⁸⁹⁴ Vgl. Cornelius, N., S. 30 ff.

⁸⁹⁵ Der damalige Zellenleiter der NSDAP in Bliesheim, Winand, führte in seiner Ansprache während der Weihnachtsfeier u. a. folgendes aus: „Vieles von den Sitten und Gebräuchen um das Weihnachtsfest war bereits bei unseren Vorfahren zu Hause. Die alten Germanen feierten um diese Zeit das Julfest, das dem Licht- und Wärmegott Freyr geweiht war, das Fest des wiederkehrenden Lichtes und der Fruchtbarkeit. An diesem Tage schmückten unsere Vorfahren ihre Häuser mit Tannengrün und zündeten Kienspäne an. Auch war es Brauch, ein Julfeuer anzuzünden, von dem man das Herdfeuer nahm, in dem für Freund und Feind ein Opfermahl bereitet und der Julfriede geschlossen wurde. Alles dies ist sinniges altes Brauchtum, das auch heute noch seine Bedeutung hat. Legen wir deshalb alles Trennende ab, reichen wir gegenseitig in himmlischem Frieden im Sinne unseres großen Führers die Bruderhand, alle für einen, einer für alle. Bejahen wir freudig diese Einheit, dann ist Weihnachten deutsche Weihnacht.“ Vgl. Westdeutscher Beobachter vom 21.12.1934, Nr. 350.

Als damals bekanntes „entkonfessionalisiertes“ Weihnachtslied galt das von Hans Baumann komponierte Lied „Hohe Nacht der klaren Sterne: „Hohe Nacht der klaren Sterne,/die wie helle Zeichen steh'n/Über einer weiten Ferne/D'rüber uns're Herzen geh'n 2. Hohe Nacht mit großen Feuern,/Die auf allen Bergen sind,/ Heut' muß sich die Erd' erneuern, / Wie ein junggeboren Kind! 3. Mütter, euch sind alle Feuer,/ Alle Sterne aufgestellt;/ Mütter, tief in euren Herzen/ Schlägt das Herz der weiten Welt!“

außer dem Verbot von Zeitungen und Zeitschriften, noch weitere Maßnahmen ergriffen worden, um die verbalen und medialen Ausdrucksmöglichkeiten der katholischen Kirche einzuschränken. Dies hat auch in verschiedenen Orten der Stadt Erfstadt seinen Niederschlag gefunden. Hierzu gehörten beispielsweise das Verbot und die Beschlagnahme eines Hirtenbriefes der Fuldaer Bischofskonferenz vom 7. Juni 1934 über „die Irrtümer unserer Zeit“.⁸⁹⁶ Am 10. August 1937 erfolgte ein Verbot der Übertragungen von Predigten und Gottesdiensten durch Lautsprecher.⁸⁹⁷ Am 20. März 1938 musste in Lechenich die Vorführung eines Films zum Missionssonntag ausfallen, weil er von der örtlichen Polizeibehörde nicht genehmigt worden war.⁸⁹⁸ Die Predigten und Äußerungen der einzelnen Pfarrer wurden strikt überwacht. Am 2. März 1938 wurden die lokalen Behörden durch eine Gestapo-Verfügung aufgefordert, die Fastenpredigten nicht einheimischer Geistlicher unauffällig zu überwachen und gegebenenfalls Mitteilung zu machen.⁸⁹⁹ Einige Pfarrer der Gemeinden in Erfstadt berichten, dass sie stets Predigtmanuskripte anfertigten, um so jederzeit vorweisen zu können, was sie gesagt hatten. Der Pfarrer Lennartz schrieb dazu in einem Rückblick: „Ich habe deshalb in der ganzen Zeit alle Predigten schriftlich bei mir gehabt, wörtlich bis aufs Amen, damit ich nie ein Wort zuviel, aber auch keines zuwenig sagte und damit jederzeit vorweisen konnte, was ich gesagt hatte.“⁹⁰⁰ Nach dem Ende der NS-Herrschaft bemerkte er im Dezember 1945 bezüglich der von ihm seit Mai 1938 geführten Pfarrchronik:

„Ich konnte ja bisher gar nicht alles schreiben. Zwar ist, was ich geschrieben habe, wahr, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Die ganze Wahrheit hätte mich und auch noch andere ins Zuchthaus gebracht, wenn sie gefunden worden wäre. Und nach den wiederholten Haussuchungen durch die Kriminalpolizei und den mehrstündigen Vernehmungen, die ich in Neuß erlebte, mußte ich ständig mit neuen Schnüffeleien und darum mit Entdeckung und Verhaftung rechnen.“⁹⁰¹

Erinnert sei daran, dass auch der Pfarr-Rektor Reinartz aus Frauenthal bei einer Vorladung auf dem Landratsamt Euskirchen auf sein „vorsichtshalber angefertigtes Predigtmanuskript“ verweisen konnte.⁹⁰²

⁸⁹⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 45. Dieser Hirtenbrief, der sich vor allem mit den Gedanken aus Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ auseinandersetzte, war zwar an den Klerus verschickt worden, die Verlesung aber aus Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen über die Interpretation bestimmter Konkordatsbestimmungen unterblieben. Zur Vorsicht hatte der Reichsinnenminister die Veröffentlichung des Hirtenbriefes verboten. Vgl. von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus, S.76.

⁸⁹⁷ StAEft, A 03-292.

⁸⁹⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 58.

⁸⁹⁹ StAEft, A 03-1259.

⁹⁰⁰ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, II, S. 24. Die damaligen Predigten sind in ihrer Gesamtheit in einer Akte des Pfarrarchivs Lechenich aufbewahrt.

⁹⁰¹ Ebd., S. 22.

⁹⁰² Vgl. Kap. 5.2.1.

5.6 Nationalsozialistische Volkswohlfahrt und Caritas⁹⁰³

Ein weiteres Gebiet, auf dem die Nationalsozialisten versuchten, ihr weltanschauliches Monopol durchzusetzen, stellte das damalige Wohlfahrtswesen dar.

In den katholischen Gemeinden der Stadt Erfstadt galt es daher, vor allem den Einfluss der Ordensschwwestern, die in fast allen Gemeinden bisher für die soziale Betreuung der Bevölkerung zuständig gewesen waren, und der Caritasvereine zurückzudrängen.

Trägerin der nationalsozialistischen Wohlfahrtspolitik, die sich auch auf die Gebiete der „Reinerhaltung deutschen Blutes“, d. h. um Fragen zu Sterilisation und Euthanasie erstreckte, war die seit dem 3. Mai 1933 zur Parteiorganisation erhobene Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV). Sie hatte sich bis 1943 mit 17 Millionen Mitgliedern nach der DAF zur größten und in der Öffentlichkeit bekanntesten Massenorganisation entwickelt. Zu ihren Zuständigkeitsbereichen gehörten u. a. das Winterhilfswerk (WHW)⁹⁰⁴ und die Organisation des „Eintopfsonntags“⁹⁰⁵ sowie der Aufbau von Gemeindeschwester-Stationen, den sog. „braunen Schwestern“, die es in jeder Ortsgruppe geben sollte. Auch die sog. „Kinderlandverschickung“, das Hilfswerk „Mutter und Kind“ und in den Kriegsjahren die Versorgung der Bomben- und Kriegsoffer gehörten zum Tätigkeitsbereich der NSV. Die Propagierung und Positionierung der eigenen Ideologie fand ihren Niederschlag neben örtlichen Versammlungen und Veranstaltungen auch in der lokalen Presse. Immer wieder wurde in der Tagespresse das Wirken der NSV in verschiedenen Bereichen der Gemeinden der Stadt Erfstadt herausgestellt.⁹⁰⁶

Große Aufmerksamkeit fand die Eröffnung der ersten beiden NS-Kindergärten im Kreis Euskirchen, und zwar in Liblar und Köttingen am 7. September 1937. Hier hatte der Amtsbürgermeister ten Hövel der NSV die beiden bereits vorhandenen Gemeinde-Kindergärten

⁹⁰³ Zur Darstellung der Geschichte des Deutschen Caritasverbandes während der NS-Zeit vgl. Hans-Josef Wol-lasch, Caritas im Dritten Reich und im Zweiten Weltkrieg, in: Gatz, Erwin (Hg.), Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. V: Caritas und soziale Dienste, Freiburg, Basel, Wien 1997.

⁹⁰⁴ Das im Sommer 1933 von Hitler ins Leben gerufene Winterhilfswerk sollte zunächst möglichst rasch sichtbare Erfolge im Kampf mit den Folgen der Arbeitslosigkeit vorweisen. Beträchtliche Einnahmen setzten sich aus Spenden von Firmen und Organisationen, aus Haus- und Straßensammlungen zusammen, wobei nachweislich teils erheblicher Druck auf die „Spender“ ausgeübt wurde.

⁹⁰⁵ Am 13.9.1933 verpflichtete die Reichsregierung alle deutschen Familien und Restaurants, jeweils am ersten Sonntag der Monate Oktober bis März nur ein Eintopfgericht anzubieten bzw. zu essen, das pro Kopf nicht mehr als 0,50 RM kosten sollte. Der Differenzbetrag zum gewohnten Sonntagsessen sollte dem WHW zugute kommen. Das Geld wurde bei Haussammlungen eingeholt.

⁹⁰⁶ Vgl. Westdeutscher Beobachter v 7.2.1934, Jg. 10, o. Nr., 16.2.1934, Jg. 10, o. Nr., 11.9.1934, Nr. 251, 20.12.1934, Nr. 349 und Euskirchener Volksblatt vom 13.5.1939, Nr. 111, Bl. 7.

übergeben, nachdem diese zuvor ausgebaut und renoviert worden waren. Schon vorher hatte die NSV in diesen beiden Orten zeitweilig sog. Erntekindergärten unterhalten. Diese hatten die Frauen während der Erntezeit bezüglich der Kinderbetreuung entlasten sollen.⁹⁰⁷ Schon seit dem Sommer 1934 hatte die NSV reichsweit mit der Einrichtung solcher Erntekindergärten auf dem Land begonnen. Am 15. Mai 1938 wurde dann ein NSV-Kindergarten in Friesheim eröffnet, der im Gebäude der Ortsgruppenleitung untergebracht war.⁹⁰⁸ Die eigentliche Übernahme der Kindergartenbetreuung durch die NSV in allen Gemeinden der Stadt Erftstadt fand dann aber erst im Jahre 1941 statt.⁹⁰⁹

Dass die in Erftstadt traditionellen Wohlfahrtseinrichtungen von Anfang an als Konkurrenz empfunden wurden, spiegelt sich deutlich in der Köttinger Rektoratschronik wider. Dort weist der Pfarr-Rektor bereits 1933 darauf hin, dass die örtliche Zellenleitung der NSDAP es strikt abgelehnt habe, gemeinsam mit der Caritas im staatlichen Winterhilfswerk zusammenzuarbeiten. Der örtliche Zellenleiter habe ein solches Angebot mit den Worten abgelehnt: „Wir werden nie mit der Caritas zusammenarbeiten, eher fällt der Himmel ein.“⁹¹⁰ Die finanziellen Mittel und Möglichkeiten der Caritas wurden zunehmend eingeschränkt. Schon Weihnachten 1933 war z. B. eine traditionelle große Weihnachtsverlosung zugunsten der Caritas von staatlicher Seite verboten worden.⁹¹¹ Die Durchführung von Straßen- und Haussammlungen wurde beschränkt. Nachweislich konnten solche noch jeweils im Mai der Jahre 1934 und 1935 stattfinden, während die Straßensammlungen des Winterhilfswerks durchschnittlich alle vier bis fünf Wochen im Jahr durchgeführt wurden und zu den bekanntesten Erscheinungsformen im Alltag der Bevölkerung gehörten.⁹¹² Auch von Seiten der Kirche wurde klar die nicht nur materielle Zurückdrängung der karitativen Arbeit der Kirche erkannt. Pfarrer Linden von St. Alban in Liblar sah in der Haus- und Straßensammlung im Mai 1934 neben dem erhofften materiellen Gewinn auch die Möglichkeit, die Idee der katholischen Caritas noch einmal hinauszutragen und der Öffentlichkeit zu zeigen, „daß wir noch da sind“.⁹¹³ Ab dem 12. Februar 1938 musste dann auch das Aufstellen von Sammelbüchsen außerhalb der Kirchen behördlich genehmigt werden, ab Mai 1939 wurde generell die Caritas-Kollekte als Straßensammlung nicht mehr erlaubt.⁹¹⁴

⁹⁰⁷ Euskirchener Volksblatt v. 4.9.1937, Nr. 205, Bl. 4 und v. 7.9.1937 Nr. 207.

⁹⁰⁸ Euskirchener Volksblatt vom 6.5.1938, Nr. 105, Bl. 4.

⁹⁰⁹ Vgl. Kap. 8.7. Von den reichsweit insgesamt ca. 4300 katholischen Kindergärten und Horten waren 1941 etwa 1.100 von der NSV übernommen worden. Vgl. Wollasch, S.242 f.

⁹¹⁰ PfA Kö, B 5, Annales Rectoratus Koettingen, S. 75.

⁹¹¹ Ebd.

⁹¹² Vgl. ebd. und PfA Li, Protokollbuch der Katholischen Aktion St. Alban, Sitzung vom 2.5.1934.

⁹¹³ Protokollbuch der Katholischen Aktion St. Alban.

⁹¹⁴ Protokollbuch der Vinzenzkonferenz St. Kilian, in: Pfarrarchiv St. Kilian, Lechenich. Vgl. Wollasch S. 244 ff.

Hinweise auf die Tätigkeit der „braunen Schwestern“ sind dem Protokollbuch der Gemeinde Erp zu entnehmen. Dort wurde in der Gemeinderatssitzung vom 21. Juli 1935 bekanntgegeben, dass die Gemeinde gemeinschaftlich mit Lechenich eine „braune Schwester“ eingesetzt habe. Deren Gehalt musste zu 37% von der Gemeinde Erp übernommen werden, den Rest zahlte Lechenich.⁹¹⁵

Auf denselben Inhalt bezieht sich auch ein Zeitungsbericht über eine Gemeinderatssitzung in Lechenich, der am 14. September 1935 im Euskirchener Beobachter erschienen war. Hier wird von einer „NS Gemeindeschwester“ gesprochen.⁹¹⁶ Das Adressbuch des Landkreises Euskirchen weist in seiner Ausgabe von 1939 auf die in Liblar wohnende NS-Schwester Gertrud Fischer hin.⁹¹⁷ Die „braunen Schwestern“ wurden bei der Bevölkerung einerseits als Sinnbild sozialkaritativer Betreuung angesehen, andererseits als Musterbeispiel der Verdrängung kirchlich christlicher Diakonie durch die NSDAP. Der nationalsozialistische Schwesternverband versuchte, den gesamten Bereich der Pflegearbeit mit seiner Weltanschauung zu durchdringen.

⁹¹⁵ StAEft, A 03-6.

⁹¹⁶ Westdeutscher Beobachter v. 14.9.1935, Jg. 11, Nr. 253/254.

⁹¹⁷ Adressbuch des Landkreises Euskirchen 1939, Euskirchen 1939, S. 123.

6 Reaktion der Katholiken in den Gemeinden der Stadt Erftstadt auf die NS-Kirchenpolitik

Trotz der vielfach eingeschränkten Quellenlage bezüglich der Frage nach der Haltung der Katholiken auf die in den vorherigen Kapiteln beschriebene NS-Kirchenpolitik und ihren Auswirkungen in den einzelnen Gemeinden der Stadt Erftstadt lassen sich zwei besondere Merkmale erkennen. Zum einen waren Interessen und Verhalten auch der kirchentreuen Katholiken nicht nur kirchlich-religiös bestimmt, sondern gleichfalls von sozialen und ökonomischen Interessen geleitet.⁹¹⁸ Des Weiteren ist zu beobachten, dass unter dem Einfluss der NS-Kirchenpolitik sich zwei bereits im Gang befindliche gegenläufige Entwicklungen innerhalb des katholischen Milieus beschleunigten, und zwar einerseits eine Verdichtung und intensivere Teilnahme am kirchlichen Leben und andererseits ein Bröckeln an den Rändern und eine zunehmende Entfremdung zur Kirche. Dies traf insbesondere, wie schon mehrmals erwähnt, für viele junge Männer zu.⁹¹⁹ Im Folgenden sollen diese beiden Merkmale näher erläutert werden.

In vielen Gemeinden der Stadt Erftstadt lässt sich nachweisen, dass die Zugehörigkeit zur NSDAP und gleichzeitig die aktive Teilnahme am kirchlichen Leben nicht unvereinbar waren. Während bis zum Februar 1933 eine sehr distanzierte Haltung der Katholiken zum Nationalsozialismus, gerade auch im ehemaligen Landkreis Euskirchen, festzustellen war, lassen sich zwischen März und Mai 1933 viele Eintritte in die NSDAP und ihre Organisationen nachweisen, wobei die Frage nach den Gründen, sei es psychischer bzw. materieller Druck oder sei es die geänderte Einstellung der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus seit März 1933, nicht eindeutig zu klären ist.⁹²⁰ Auch die Haltung des Liblarer Amtsbürgermeisters ten Hövel und nicht weniger anderer seiner Amtskollegen zeigt die scheinbare Vereinbarkeit zwischen Ausübung eines staatlichen Amtes im NS-Staat und der aktiven Teilnahme am kirchlichen Leben, wodurch auch die eigene materielle Sicherheit gewährleistet war. An anderer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Teilnahme der katholischen Bevölkerung an nationalsozialistischen Feiern, zumindest in den ersten Jahren der NS-Herrschaft, fast selbstverständlich

⁹¹⁸ In einer Untersuchung über das Verhalten des katholischen Kirchenvolks 1933-1945 stellt Christoph Kösters fest; „Katholiken waren nicht nur katholisch.“ Vgl. *Katholisches Kirchenvolk 1933-1945*, S. 97.

⁹¹⁹ Vgl. hierzu auch: Kösters, Chr., *Katholisches Milieu und Nationalsozialismus*, S. 155 und 165. In seiner Darstellung der Geschichte Kölns zur Zeit des Nationalsozialismus urteilt Horst Matzerath: „[...] Insgesamt führte die Entwicklung dazu, dass sich die Zahl der aktiven Katholiken verringerte, diese sich aber umso fester um die Kirche scharten. Die Kirchenzeitung beschrieb diesen Sachverhalt Mitte 1937 folgendermaßen: „Die Schwankenden fallen ganz ab, die Treuen werden um so treuer.“ Vgl. Matzerath, Horst, *Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945*, S. 444.

⁹²⁰ Vgl. Kap. 3.6. und 11.

war ⁹²¹ ebenso wie die Teilnahme nationalsozialistischer Funktionäre an kirchlichen Festen. So wurde auch im September 1933 der in St. Kilian neu eingeführte Pfarrer Lemmen nicht nur von Kaplan und Gemeinde, sondern auch vom Ortsgruppenleiter der NSDAP und späteren Bürgermeister Dr. Geile begrüßt und in einer Prozession zur Kirche geführt.⁹²² Letzterer besuchte auch 1934 die Schützenfeste in Lechenich und Erp.⁹²³ Der Ortsbauernführer Peter Drove war zugleich Mitglied im Schützenverein, d. h. er nahm damit automatisch, zumindest bis 1936, gleichzeitig aktiv am kirchlichen Leben teil. Dasselbe gilt auch für den Ehrenbürgermeister und Ortsgruppenleiter von Friesheim, Christian Curt, den Schützenkönig des Jahres 1936 der St. Hubertus Schützenbruderschaft.⁹²⁴ Auch andere Mitglieder des Schützenvereins St. Sebastianus in Lechenich, die teilweise im Vorstand waren, wirkten staatlicherseits als von der NSDAP bestellte Gemeinderäte bzw. sie waren Mitglieder der SA und nahmen damit an der Durchführung der NS-Politik verantwortlich teil.⁹²⁵ Insbesondere in der katholischen Lehrerschaft lassen sich häufig Beispiele dafür finden, dass einerseits für die Ziele der NSDAP, z. B. den Eintritt in HJ und BDM geworben, andererseits die Zugehörigkeit zur Kirche gewahrt wurde. Auch hier lässt sich nicht erkennen, ob hinter dem Einsatz für die Partei ideelle Motive und politische Überzeugung oder Angst um den Arbeitsplatz im Vordergrund standen. Der Ortsgruppenleiter Wilhelm Welter aus Erp, gleichzeitig seit 1935 Hauptlehrer an der dortigen Schule, trat erst 1939 aus der Kirche aus, nachdem er seinen späteren Äußerungen zufolge von seiner Partei zu diesem Schritt gezwungen worden war.⁹²⁶ In diesem Zusammenhang wäre auch an den stellvertretenden Schulleiter der Volksschule in Köttingen zu erinnern.⁹²⁷

Eine Verdichtung und Intensivierung kirchlichen Lebens als Reaktion auf die NS-Kirchenpolitik lässt sich in vielen Pfarrgemeinden der Stadt Erftstadt aufzeigen. In diesem Zusammenhang ist auf die Tätigkeit der „Katholischen Aktion“ in der Pfarre St. Alban in Liblar und dem damals zugehörigen Rektorat St. Josef in Köttingen hinzuweisen. Dort ist als einziger Pfarrei der Stadt Erftstadt im Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit deren Existenz und Wirken nachweisbar.⁹²⁸

Die Ursprünge der Katholischen Aktion liegen im Laienkatholizismus des 19. Jahrhunderts. Papst Pius X. (Pontifikat von 1903-1914) war ein großer Förderer der Katholischen Aktion. Er

⁹²¹ Vgl. Kap. 3.1., Kap. 3.2.

⁹²² PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 44.

⁹²³ Protokollbuch der St. Sebastianus-Bruderschaft Lechenich, S. 30.

⁹²⁴ Protokollbuch der St. Hubertus Schützenbruderschaft Friesheim e.V., Protokollnotiz Nr. 342 v. 7.11.1936.

⁹²⁵ Protokollbuch der St. Sebastianus Schützenbruderschaft Lechenich, S. 45, S. 51.

⁹²⁶ Landesarchiv NRW, Abt. Rheinl. NW 1049, Nr. 68170.

⁹²⁷ Vgl. Kap. 5.2.1.

⁹²⁸ Das Pfarrarchiv St. Alban in Liblar enthält ein Protokollbuch über die Pfarrausschuss-Sitzungen dieser Gruppe. Dieses enthält Aufzeichnungen vom 25. Januar 1933 bis zum 22. August 1934 und die Anwesenheitsliste einer Sitzung am 8. Mai 1935.

sah in ihr die Möglichkeit, den Einfluss des Modernismus einzugrenzen. Eine große Aufwertung erfuhr die Katholische Aktion durch die Enzyklika Papst Pius XI. vom 23. Dezember 1922, durch die sie einen kirchenrechtlichen Status erhielt. Neben den Priestern wurden hier die Laien amtsmäßig in die Aufgaben zur Verkündigung und Durchsetzung des Evangeliums gestellt. Papst Pius XI förderte die Gründung von Gruppen der Katholischen Aktion in vielen Ländern, weil er den Klerus allein nicht mehr stark genug sah, um in den modernen Zeiten die christlichen Vorstellungen durchsetzen zu können. So sollte eine Art Gegenbewegung z. B. zu den damals großen Bewegungen der Arbeiterschaft entstehen. Pfarrer Linden aus Liblar wies in der konstituierenden Sitzung der dortigen Katholischen Aktion auf die „Unmoral des Kapitalismus, Liberalismus und zum Teil schon des Bolschewismus“ hin. Dagegen gelte es, einen „geistigen Kampf“ zu führen.⁹²⁹

Die Katholische Aktion in Liblar war in drei Arbeitskreise aufgeteilt, wobei die oberste Leitung beim Pfarrer lag. Mitglieder der Arbeitskreise und Ausschüsse waren die Standesvertreter der vier marianischen Standeskongregationen, d. h. der Frauen, der Männer, der Jungfrauen und der jungen Männer. Teilweise wurden auch die Vorstände anderer kirchlicher Vereine, d. h. des Kirchenchors, des Katholischen Arbeitervereins, des Missionsvereins und der St. Sebastianus-Bruderschaft hinzugezogen. Neben ihrem umfassenden Auftrag, zur Aktivierung christlicher Werte beizutragen, sahen sie sich den gemeinsamen Aufgaben, die die Pfarre als Gesamtheit zu lösen hatte, verpflichtet.⁹³⁰ Schon in der zweiten Sitzung des Pfarrausschusses am 10. Mai 1933 wurde auf die wegen der politischen Ereignisse in Deutschland unruhigere Stimmung hingewiesen. Die Katholische Aktion stellte sich hinter ihren Pfarrer, weil dieser am 1. Mai am und im kircheneigenen Liebfrauenhaus keine Fahnen hatte wehen lassen und deswegen vom Bürgermeisteramt getadelt worden war.⁹³¹ Demonstrativ betonte der Pfarrer am Ende der Ausschusssitzung: „Wir bejahen die neue Zeit, denn wir sind ganz deutsch, das betonen wir außerordentlich, aber wir sind [...] auch katholisch und stehen für unsere Sache überall ein im weiten Vaterland und in unserer eigenen Gemeinde voll und ganz und für und mit Christus.“⁹³² In den Protokollen von März und Mai 1934 wird dann die zunehmend von den deutschen Bischöfen, und insbesondere auch die des Kölner Kardinals Schulte vertretene Haltung zur Bedeutung der Katholischen Aktion innerhalb der Auseinandersetzungen mit der NS-Kirchenpolitik deutlich. Die deutschen Bischöfe sahen in der Katholischen Aktion eine Möglichkeit, hier die Arbeit ihrer bedrohten Vereine aufzufangen. Die vereinsfeindlichen Maßnahmen der

⁹²⁹ Ebd.

⁹³⁰ Ebd.

⁹³¹ Ebd.

⁹³² Ebd.

Nationalsozialisten zwangen die katholischen Verbände zu einer stärkeren Verlagerung ihrer Arbeit auf die Ebene der Pfarrgemeinden, so dass ihre Einbeziehung in den Rahmen der Katholischen Aktion, deren rein religiöser Auftrag und deren Gliederung nach Pfarre, Dekanat und Diözese noch am ehesten Schutz vor möglichen Auflösungsversuchen versprach, als die gebotene Alternative schien.⁹³³ Im Protokoll der Pfarrausschusssitzung der Katholischen Aktion von St. Alban vom 2. April 1934 heißt es u. a., dass die spezielle Schulung kleiner Kreise innerhalb der Katholischen Aktion in St. Alban beginnen müsse und dass die kirchlichen Vereine als solche ihre Tätigkeit behielten, aber der Arbeit der Katholischen Aktion als der dringlicheren der Vorzug gegeben werden müsse. Die geeigneten Leute für diese Arbeit sollten in den Vereinen gefunden werden.⁹³⁴ In der folgenden Sitzung am 22. August 1934 begrüßte der Pfarrer zu Beginn explizit die erschienenen Vertreter der einzelnen kirchlichen Vereine und betonte noch einmal den Sinn und Zweck der Katholischen Aktion, nämlich die Schulung und die praktische Arbeit in den Grenzen der Pfarre.⁹³⁵ Hier fügte sich die Katholische Aktion St. Alban in Liblar in die Vorstellungen der deutschen Bischöfe, Stütze gegen das aggressive Vorgehen des Regimes gegen alle katholischen Verbände zu sein, ein. Aus der bereits erwähnten Rede des Pfarrers Linden zur Konstituierung der Katholischen Aktion lässt sich schließen, dass diese ursprünglich als Maßnahme gegen sozialistische und kommunistische Aktivitäten in und um Liblar gedacht war. Bekanntlich waren ja die Wahlergebnisse für SPD und KPD im Amtsbezirk Liblar im Vergleich mit den anderen Gemeinden des Landkreises Euskirchen überdurchschnittlich hoch. Auch bei der Genehmigung zum Bau des Liebfrauenhauses zu Beginn der dreißiger Jahre hatte sich von dieser Seite erheblicher Widerstand gezeigt.⁹³⁶

Mit Beginn des NS-Regimes erwies sich die Katholische Aktion in Liblar dann als Rückhalt für die Kirchengemeinde in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die kritische Einstellung einzelner Mitglieder der Katholischen Aktion dem Nationalsozialismus gegenüber kann an zwei Beispielen konkret aufgezeigt werden. So berichtete ein damaliger Zeitzeuge, dass sein Vater, der auf der Teilnehmerliste einer Ausschusssitzung im Jahre 1935 verzeichnet ist, auf seinem Arbeitsplatz, dem Braunkohlebergwerk „Grube Liblar“, das den Nationalsozialisten als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ galt und mit der „Goldenen Fahne“ und durch mehrere Besuche von Dr. Robert Ley, dem Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“, ausgezeichnet worden war, großen Schwierigkeiten ausgesetzt war, weil er weder der NSDAP noch der DAF beitreten wollte. Seinen drei Söhnen hatte er verboten, in die HJ

⁹³³ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 132.

⁹³⁴ PfA Li, Protokollbuch der Katholischen Aktion St. Alban, Sitzung vom 2.4.1934.

⁹³⁵ Ebd., Sitzung vom 22.8.1934.

⁹³⁶ Das Liebfrauenhaus wurde am 3. Juli 1932 feierlich eröffnet.

einzutreten.⁹³⁷ Ein weiteres Mitglied der Katholischen Aktion war eine junge Frau, Mitglied der Jungfrauenkongregation, die, wie schon erwähnt,⁹³⁸ zusammen mit anderen Jugendlichen angeklagt worden war, weil sie mit Fahnen und Banner über die Straße zwischen Kirche und Liebfrauenhaus gezogen war. Da das Protokollbuch der Katholischen Aktion mit einer Eintragung vom 22. August 1934 endet und keine anderen diesbezüglichen Informationen zur Verfügung stehen, kann das weitere Wirken der Katholischen Aktion in Liblar nicht rekonstruiert werden. Es wäre lediglich darauf zu verweisen, dass der Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, Erich Klausener, im Zusammenhang mit dem „Röhmputsch“ 1934 ermordet wurde.⁹³⁹ Die Zentralstelle der Katholischen Aktion in Düsseldorf wurde am 3. Januar 1938 versiegelt. Am 19. Januar wurden deren Rektor und mehrere Mitarbeiter verhaftet und ohne Gerichtsurteil vier Monate in Schutzhaft genommen. Am 29. März 1938 wurde auf Befehl von Reinhard Heydrich, dem damaligen Chef der Sicherheitspolizei und des SD, die Bischöfliche Hauptarbeitsstelle der Katholischen Aktion aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. Eine Verdichtung und Intensivierung kirchlichen Lebens als Reaktion auf die NS-Kirchenpolitik spiegelt sich auch in einigen Pfarrchroniken der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Erfstadt.

In St. Kilian war, ähnlich wie in der ganzen Erzdiözese Köln, die Teilnahme an der Wallfahrt zum Hl. Rock nach Trier im August 1933 und nach Kevelaer im September desselben Jahres sehr groß. Gleiches galt für die Heiligtumsfahrt nach Aachen im Jahre 1937.⁹⁴⁰ Im Oktober 1934 wurden die Einkehrtage für Männer und Frauen sehr gut besucht.⁹⁴¹ Bei der Rückschau am Silvesterabend des Jahres 1934 konnte Pfarrer Lemmen erfreut feststellen, dass die Zahl der heiligen Kommunionen gegenüber dem Vorjahr stark über 50.000 gestiegen war.⁹⁴² An der vom 24. März bis 7. April 1935 statt gefundenen „Heiligen Mission“ hatten sich bis zu 95% der Gläubigen beteiligt.⁹⁴³ Im Jahre 1937 bezeichnete Pfarrer Lemmen die Teilnahme der Gläubigen an den weihnachtlichen Gottesdiensten und dem Sakramentenempfang als vorbildlich.⁹⁴⁴ Im Januar 1938 vermerkte er, dass manche sich wieder beim Gottesdienst eingefunden hätten, die vorher nicht mehr gekommen waren. Auch die vom 18. bis 25. Januar 1938 abgehaltene

⁹³⁷ Augenzeugenbericht von Otto Vogt (1928-2015). Als die Söhne nach Abschluss der Schule wegen der Nichtzugehörigkeit zur HJ keine Lehrstelle fanden, war es nur durch freundschaftliche Verbindungen der Mutter möglich gewesen, bei der in Lechenich ansässigen Firma Bündler und deren Geschäftsführer, Michael Krahe, eine Ausbildungsstelle für die Söhne zu finden.

⁹³⁸ Vgl. Kap. 5.3.

⁹³⁹ Vgl. hierzu: Klusa, Ekkehard, Er lobte seine Mörder, in: Die Zeit, Nr. 26 vom 18.6. 2014, S. 17.

⁹⁴⁰ Vgl. Kap. 5.4.

⁹⁴¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 45.

⁹⁴² Ebd., S. 46.

⁹⁴³ Ebd.

⁹⁴⁴ Ebd., S. 55.

Gebetsoktav um die Wiedervereinigung im Glauben habe rege Beteiligung der Pfarrangehörigen gefunden.⁹⁴⁵ Die Teilnahme der Gläubigen an den liturgischen Feiern der letzten drei Tage der Karwoche sei „erheblich besser“. Das 40-stündige Gebet an den Ostertagen sei sehr gut besucht worden.⁹⁴⁶ Der nach dem Tod von Pfarrer Lemmen am 15. Mai 1938 in St. Kilian neu eingeführte Pfarrer Heinrich Lennartz, der zuvor an verschiedenen Pfarreien in Krefeld und Düsseldorf als Kaplan und zuletzt als Pfarr-Rektor in Neuss tätig gewesen war, schreibt nach seiner Amtseinführung in Lechenich:

„Schon meine Einführung hatte mir gezeigt, daß hier in Lechenich ein ganz anderes religiöses Leben herrscht als in der ‚Bannmeile‘ zwischen Neuß und Düsseldorf. Ganz Lechenich war auf den Beinen, um den neuen Pastor zu begrüßen. Die Kirche konnte die Leute nicht fassen, die alle hinein wollten [...].

Als nun für die Pfarre wieder das normale Leben anfang, so zeigte es sich, wieviel religiöses Gut hier noch lebendig ist. [...] An den Sonntagen war um 6.15 Uhr und 8 Uhr die Kirche fast immer übervoll, auch das Hochamt 9.30 Uhr ist meist noch recht gut besetzt. Groß war die Beteiligung bei der Bittprozession am 22., 23. und 24. Mai trotz nicht guter Witterung. [...] Auch die Männer waren zahlreich vertreten und beteten eifrig mit. Übervoll war die Kirche am Bekenntnstag der Jugend des Dekanates. Hier war allerdings Lechenichs männliche Jugend sehr schlecht vertreten. Sehr stark war wieder die Beteiligung bei der Fronleichnamsprozession.“⁹⁴⁷

Zu einer Dekanatsfeierstunde für Frauen und Mütter, die am 11. September 1938 von dem Diözesanpräses der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften in der Erzdiözese Köln, dem Weihbischof Dr. Joseph Hammels, gehalten wurde, waren so viele Frauen und Mütter gekommen, „daß die Kirche sie kaum fassen konnte“.⁹⁴⁸ Im Monat Oktober waren die Rosenkranzandachten sehr gut besucht, gleiches galt für die vom 23. bis 30. Oktober abgehaltene „religiöse Woche“, die ein Dominikaner aus dem nahegelegenen Kloster Walberberg abgehalten hatte.⁹⁴⁹

Der Pfarr-Rektor in Köttingen glaubte im Jahre 1935 an der regen Teilnahme der Gläubigen an verschiedenen Wallfahrten eine „Erstarkung des Religiösen“ zu erkennen.⁹⁵⁰ Hier sei auch daran zu erinnern, dass die dortige KAB nach ihrer Auflösung zwar aus der Öffentlichkeit verschwunden war, sich aber als Gesinnungsgemeinschaft in der neu gegründeten Männerkongregation behauptet hatte.⁹⁵¹ Im Frühjahr 1934 war in Köttingen der St. Joseph- Pfarrverein

⁹⁴⁵ Ebd., S. 56.

⁹⁴⁶ Ebd., S. 59.

⁹⁴⁷ Ebd., S. 63.

⁹⁴⁸ Ebd., S. 66.

⁹⁴⁹ Ebd.

⁹⁵⁰ PfA Kö,B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 88.

⁹⁵¹ Vgl. Kap. 5.2.3.

gegründet worden. Über 200 Familien hatten sich in die Mitgliederliste eintragen lassen und sich damit verpflichtet, regelmäßig einen Monatsbeitrag zu zahlen, um das kirchliche und religiöse Leben in Köttingen zu fördern und Mittel für wichtige Neuanschaffungen im Gotteshaus zu ermöglichen.⁹⁵² Für das Jahr 1937 stellte der Pfarr-Rektor fest, dass der Kirchenbesuch „trotz der Ungunst der Zeit“ nicht abgenommen habe.⁹⁵³

Im Pfarr-Rektorat Frauenthal, dessen Jugendliche „fast restlos“ am Bekenntnistag der Jugend in Lechenich teilgenommen hatten, wurde der Beschluss gefasst, anlässlich dieses Ereignisses vier neue Feldkreuze, die das Rektorat im Osten, Westen, Süden und Norden kenntlich machen sollten, anzuschaffen.⁹⁵⁴

In Bliesheim vermerkte Pfarrer Pflugfelder im Visitationsbogen des Jahres 1938, dass die Oster- und Sonntagspflicht außer von zehn Personen von allen Gläubigen der Pfarre erfüllt worden sei.⁹⁵⁵

In St. Martin in Friesheim beteiligten sich an der Volksmission im März 1934 95% der Gläubigen, und erst 1937 hatte die Gemeinde den ersten Kirchenaustritt seit 1923 zu verzeichnen.⁹⁵⁶

Bei der Volksmission in Ahrem im Jahre 1934 hatten sich nur zwei Pfarrmitgliedergeschlossen und fünf erfüllten ihre Sonntags- und Osterpflicht nicht.⁹⁵⁷

Neben dieser vielfach zu beobachtenden Intensivierung des kirchlichen Lebens begann sich aber vor allem die männliche Jugend aus den kirchlichen Bindungen zu lösen.⁹⁵⁸ Neben diesbezüglichen, bereits an anderer Stelle aufgezeigten Beispielen verwies Pfarrer Lemmen auf einen am 23. Januar 1938 in St. Kilian für die männliche Jugend abgehaltenen Einkehrtag. Der als geistlicher Leiter dieser Veranstaltung tätige Diözesanjugendseelsorger Dr. Frotz hatte beklagt, dass von den 28 Jugendlichen um die Mittagszeit schon weit über die Hälfte verschwunden sei.⁹⁵⁹ Der Pfarr-Rektor von Köttingen bemerkte für das Jahr 1935, dass das religiös-kirchliche Leben von Jünglingen und Jungmännern manches zu wünschen übrig lasse.⁹⁶⁰ Das „Bröckeln an den Rändern“, zum Beispiel sichtbar an fehlender Beteiligung der Gläubigen am Besuch der Ostermessen und dem Empfang der Sakramente an diesen

⁹⁵² PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 76.

⁹⁵³ Ebd., S. 93.

⁹⁵⁴ PfA Li, Chronik Frauenthal, Bd. II, 8 S. 119. Eines der geplanten Holzkreuze konnte schon kurze Zeit später auf einem Acker des Jakob Schneider in der Gemarkung „Im Dall“ aufgestellt werden.

⁹⁵⁵ PfA Bl, Fach I, Band 3.

⁹⁵⁶ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin Friesheim, S. 53 und HAEK, GVA I, Friesheim 10.

⁹⁵⁷ HAEK, GVA I, 3784.

⁹⁵⁸ Vgl. Kap. 5.2.1.

⁹⁵⁹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 56.

⁹⁶⁰ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 88.

Feiertagen, sah Pfarrer Linden in St. Alban als „eine sich anbahnende klare Entscheidung, herbeigeführt durch die Zeitverhältnisse“.⁹⁶¹

Anlässlich einer in Friesheim im Dezember 1936 durchgeführten Woche der Missionserneuerung beklagte der dortige Pfarrer Kleinen den gewünschten Erfolg und führte dies auf eine gewisse Gleichgültigkeit zurück, zu der die Zeitverhältnisse zweifellos beigetragen hätten.⁹⁶²

Die Kirchenaustritte in den katholischen Gemeinden der Stadt Erftstadt lassen sich für den Untersuchungszeitraum nicht genau rekonstruieren. In den Pfarrchroniken oder anderen kirchlichen Dokumenten sind nur punktuell einige Angaben zu finden.⁹⁶³

Es ist natürlich auch nicht immer klar zu erkennen, ob die Gründe für den Kirchenaustritt Folge der nationalsozialistischen Kirchen- und Religionspolitik waren, obwohl nach 1945, als in den Gemeinden der Stadt Erftstadt viele Wiedereintritte erfolgten, die Betroffenen häufig angaben, auf politischen Druck der NS-Obrigkeit oder als Dank für Hilfe zur Erlangung einer staatlichen Stelle aus der Kirche ausgetreten zu sein.⁹⁶⁴ Insgesamt ist festzuhalten, dass die Anzahl der Kirchenaustritte im gesamten Erzbistum Köln in den Jahren 1936 bis 1939 relativ gering war. Insgesamt betragen sie für das Erzbistum in den Jahren 1936 bis 1939 jeweils 0,39%, 0,88%, 0,67% und 0,59%. Im Dekanat Lechenich waren die Zahlen in den genannten Jahren noch wesentlich geringer, und zwar: 1936: 0,12%, 1937: 0,07%, 1938: 0,09% und 1939: 0,13%.⁹⁶⁵

Es ist auffallend, dass sich bis 1939 das „Bröckeln an den Rändern“ in Liblar wohl wesentlich deutlicher zeigte als etwa in Lechenich, Friesheim und Bliesheim oder auch in Gymnich. Das katholisch geprägte Milieu, das aufgrund der fast ausschließlich katholischen Bevölkerung in den letztgenannten Orten noch ausgeprägter war als in Liblar mit einem wesentlich höheren evangelischen Bevölkerungsanteil erwies sich zunächst wohl noch resistenter gegenüber der kirchenfeindlichen Haltung und Propaganda des Nationalsozialismus. Die religiöse Beharrungskraft war hier insgesamt noch stärker.

Eine besondere Bedeutung innerhalb der Kirchen- und Religionspolitik der Nationalsozialisten war auf regionaler Ebene insbesondere dem Klerus, d. h. den örtlichen Pfarrern und Kaplänen zugekommen. Alle zur Verfügung stehenden Quellen aus den Gemeinden Erftstadts weisen nicht nur nach Kriegsausbruch, sondern auch für die Zeit zwischen 1933 bis September 1939 auf eine deutlich ablehnende Einstellung des hiesigen Klerus gegenüber dem

⁹⁶¹ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 74.

⁹⁶² PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 53.

⁹⁶³ Vgl. Pfarrchronik Friesheim, S. 53 u. StAEft, A 03-217, Pfarr-Chronik Liblar, S. 77, 80, 87, 90.

⁹⁶⁴ Vgl. Aussage des früheren Ortsgruppenleiters Welter aus Erp (Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinl., NW 1049, Nr. 68170 und schriftliche Erklärungen von Betroffenen in: PfA Le, o.S.

⁹⁶⁵ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945, S. 250, Anhang 2.

Nationalsozialismus hin. Lediglich der geistliche Schulleiter der Höheren Schule zu Lechenich, Dr. Carl Schaffrath, stellt hier eine Ausnahme dar.⁹⁶⁶

Kirchliche Unterlagen als auch staatliche Dokumente sowie die Berichterstattung der Presse belegen oft erhebliche Spannungen und Konflikte zwischen Pfarrern bzw. Kaplänen und den nationalsozialistischen Akteuren, ein Tatbestand, der bereits in den vorhergehenden Kapiteln dargestellt wurde. Auf die Frage, ob es dem Klerus dabei zuerst um Selbstbehauptung und Kampf der Kirche um ihre eigenen Rechte ging,⁹⁶⁷ wird im Verlauf der Arbeit noch näher eingegangen werden.

⁹⁶⁶ Vgl. Kap. 5.2.2.

⁹⁶⁷ Vgl. Weitz, R., *Katholische Kirche und Nationalsozialismus – Die beiden Altkreise im Überblick*, in: *Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen*, Bd. 1, S. 359.

7 Verhalten der Katholiken in Erfstadt gegenüber der NS-Judenpolitik

Die Haltung der katholischen Kirche den verfolgten Juden gegenüber steht im Zentrum fast jeder Diskussion um das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche.⁹⁶⁸ Dabei wurde der Kirche in der wissenschaftlichen Literatur der 1960er Jahre das moralische Argument entgegengehalten, sie habe viel zu wenig öffentlich gegen die NS-Judenpolitik protestiert und damit gegen ihr eigenes Gebot der Nächstenliebe verstoßen.⁹⁶⁹ In den späten 1990er Jahren und um die Jahrtausendwende wurde ein Milieuegoismus angeprangert, indem der katholischen Kirche vorgeworfen wurde, sich nur um die Bewahrung und Durchsetzung ihrer eigenen Interessen gekümmert zu haben. Der Historiker Olaf Blaschke und nach ihm u. a. Daniel Goldhagen sehen den Antisemitismus sogar als essentiellen Bestandteil der katholischen Lehre und lehnen die Unterscheidung zwischen einem rassistisch begründeten Antisemitismus einem religiös motivierten Antijudaismus ab.⁹⁷⁰

Auch innerhalb der katholischen Kirche selbst spielt die Frage nach der „katholischen Schuld“ angesichts von Verfolgung und Ermordung der Juden während der NS-Zeit eine wichtige Rolle. Viele klare Stellungnahmen sowohl der beiden letzten Päpste (Johannes Paul II. und Benedikt XVI.) als auch der deutschen Bischöfe weisen auf ein entsprechendes Problembewusstsein hin. Im Jahre 1975 beispielsweise verabschiedete die „Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland“ in Würzburg einen Leittext, in dem sie betonte, die katholische Kirche habe sich zu sehr von der Bedrohung ihrer eigenen Institutionen fixieren lassen und zu den an Juden und am Judentum verübten Verbrechen geschwiegen.⁹⁷¹ Vier Jahre später, im Zusammenhang mit der Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ griff das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz mit einer ausführlichen Erklärung in die öffentliche Diskussion ein und stellte fest, dass das Verhalten der Kirche gegenüber einzelnen Stufen der Judenverfolgung

⁹⁶⁸ Vgl. insbesondere die lang anhaltenden Diskussionen und Reaktionen auf die Uraufführung von Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“ Anfang 1963.

⁹⁶⁹ Diese Art der Argumentation findet sich insbesondere bei Guenter Lewy, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965 und bei Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich, Eine Dokumentation*, Reinbek bei Hamburg 1965.

⁹⁷⁰ Vgl. Brechenmacher, Thomas, *Die Kirche und die Juden*, in: *Die Katholiken und das Dritte Reich*, S. 125-143. Der Autor weist anhand von Beispielen aus der Kirchengeschichte und der alten Lehre von der „doppelten Schutzherrschaft“ nach, dass rassistisch argumentierender Antisemitismus und religiös motivierter Antijudaismus im Effekt zwar verwandte, jedoch in den Motivationen und Trägerschichten sehr unterschiedliche Phänomene kennzeichnen. Die Lehre der katholischen Kirche zielte nie darauf ab, das Volk der Juden durch Mord auszurotten (S. 129). Auch meines Erachtens ist der in der Kirchengeschichte oftmals nachweisbare Antijudaismus, der zuerst mit der Entstehung des Christentums aus dem Judentum und den daraus folgenden Konflikten religiös motiviert war, sich im Laufe der Zeit häufig mit wirtschaftlichen und sozialen Gründen verbunden hat, nicht als rassistisch begründet zu kennzeichnen.

⁹⁷¹ Vgl. Hummel, K.-J., *Umgang mit der Vergangenheit*, in: *Die Katholiken und das Dritte Reich*, S.229, Anm. 44.

kritisch betrachtet werden muss. Es sei heute schwer zu begreifen, dass von kirchlicher Seite weder zum Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 noch zum Erlass der Nürnberger Rassegesetze 1935, noch am 9./10. November 1938 eine genügend deutliche und aktuelle Stellungnahme erfolgt sei.⁹⁷² Der Historiker Thomas Brechenmacher weist darauf hin, dass zwar ein massiver kirchlicher Protest sowohl gegen die Nürnberger Gesetze, die den entscheidenden Schritt zur völligen rechtlichen Ausgrenzung der Juden in Deutschland bedeuteten als auch gegen die Ausschreitungen und Verhaftungen am 9./10. November 1938 ausgeblieben ist, dass aber Papst und deutsche Bischöfe nicht geschwiegen hätten.⁹⁷³

Alle moralische Kritik hat sich aber zunächst an den historischen Fakten und Zusammenhängen zu orientieren. Die vorliegende Arbeit bemüht sich im Folgenden darum, eine solche Basis zu verbreitern, indem sie insbesondere anhand bisher nicht veröffentlichter Quellen versucht, die Haltung der Katholiken zu den Auswirkungen der NS-Judenpolitik in den Gemeinden Erftstadts aufzuzeigen. Wichtige diesbezügliche Informationen sind auch der umfassenden Darstellung „Heimat an der Erft“, Die Landjuden in den Synagogengemeinden Gymnich, Friesheim und Lechenich“ von Heidi und Cornelius Bormann zu entnehmen. Diese müssen allerdings aufgrund einer inzwischen breiter gewordenen Quellenlage in einigen Punkten erweitert und modifiziert werden.⁹⁷⁴

Seit Jahrhunderten gab es jüdische Gemeinden in den Orten der Stadt Erftstadt.⁹⁷⁵ Sie hatten sich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik rege am öffentlichen Leben beteiligt, waren u. a. Mitglieder in Krieger-, Theater- und Karnevalsvereinen sowie bei der Freiwilligen

⁹⁷² Ebd., Anm. 46 und 47.

⁹⁷³ Vgl. entsprechende Beispiele bei Brechenmacher, H., Die Kirchen und die Juden, S. 125-143, insb. S.129-143.

⁹⁷⁴ Die umfangreiche Darstellung über das Schicksal der Juden, die an der Erft in der Zeit zwischen 1200 und 1942 ihre Heimat hatten, schildert die Geschichte mehrerer Familien aus den Orten Liblar, Lechenich, Gymnich, Friesheim, Erp und Dirmerzheim. Es wird ausführlich auf die Situation zwischen 1933 und 1942 eingegangen. Die dem nationalsozialistischen Ziel der Herausdrängung der Juden aus der Gesellschaft dienenden Gesetze und Maßnahmen werden in ihrem Inhalt und ihren Auswirkungen beschrieben. Die Autoren versuchen auch, so weit wie möglich, die Situation der emigrierten Juden Erftstadts nachzuzeichnen. Detaillierte und gründliche Untersuchungen zu den Auswirkungen der NS-Judenpolitik im gesamten damaligen Landkreis Euskirchen finden sich in der Publikation von Hans-Dieter Arntz „Judaica“ - Juden in der Voreifel, Euskirchen, 3. Aufl. 1986. Derselbe Autor beschreibt in seiner 2008 erschienenen Dokumentation „Reichskristallnacht“, Der Novemberpogrom 1938 auf dem Lande, Gerichtsakten und Zeugenaussagen am Beispiel der Eifel und Voreifel“ speziell die Ereignisse zwischen dem 9. und 10. November 1938 in mehreren Orten der Eifel und Voreifel, wobei aber nicht auf die Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt eingegangen wird. Einige wenige diesbezügliche Angaben enthält die Dokumentation von Josef Wißkirchen „Reichspogromnacht an Rhein und Erft 9./10. November 1938“, Pulheim 1988. Eine grundlegende Übersicht über Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der Juden im Rheinland stellen die 1987 von Anselm Faust eingeleiteten und bearbeiteten Dokumente „Die Kristallnacht im Rheinland, Dokumente zum Judenpogrom im November 1938“ dar. Er nimmt hier auch zur Reaktion der katholischen Kirche Stellung, wobei er auf den fehlenden öffentlichen Protest der Amtskirche verweist, andererseits aber Anteilnahme und Hilfe einzelner katholischer Geistlicher und Laien dokumentiert (Kapitel 5).

⁹⁷⁵ Für die ehemals kurkölnische Amts- und Residenzstadt Lechenich sind Juden seit dem 13. Jahrhundert nachgewiesen. Vgl. Bartsch, F., Kontinuität und Wandel auf dem Lande, S. 179.

Feuerwehr. Sie waren fest verwurzelt im Leben ihrer Umwelt. Antisemitische Parolen hatten in den Orten der Stadt Erftstadt sehr viel weniger Anklang gefunden als in den großen Städten. Unglück wurde nicht den Juden in die Schuhe geschoben.⁹⁷⁶ So ist es auch zu erklären, dass der Ortsgruppenleiter in Lechenich, Dr. Geile, vor dem 30. Januar 1933 regelmäßig am Stammtisch mit jüdischen Mitbürgern Skat gespielt hatte. Das hinderte ihn aber nicht, nach der „Machtergreifung“ die NS-Judenpolitik zu unterstützen.⁹⁷⁷ Sein nun gezeigter Antisemitismus lässt also auf ein ausgeprägtes opportunistisches Verhalten schließen. Der Bevölkerungsanteil der Juden in den Gemeinden der Stadt Erftstadt war sehr gering, insgesamt betrug er 1933 1,01%, davon in Erp 0,52%, in Friesheim 2,08%, in Gymnich 1,02%, in Lechenich 1,85% und in Liblar 0,36%.⁹⁷⁸ Die Berufstätigkeit der jüdischen Bürger hatte sich in den ländlichen Judengemeinden in zwei große Bereiche gegliedert, nämlich in den Handel und in das Geschäft mit Tieren. Deshalb waren auch in den Gemeinden Erftstadts viele Juden zu finden, die ihre Berufe auf diesen Gebieten ausübten. Es gab sehr viele jüdische Metzger und Viehhändler, wobei es unter letzteren vor allem Pferdehändler in einigen Fällen zu einem ansehnlichen materiellen Wohlstand gebracht hatten. In Liblar und Lechenich war es zwei Brüdern einer jüdischen Familie gelungen, neben ihren fahrenden Handelsgeschäften in jeweils zentraler Ortslage ein Kaufhaus zu errichten. Zwei Brüder einer anderen Familie hatten als Lederwarenhändler und gleichzeitig als Immobilienmakler ein gewisses Vermögen erlangt. Vereinzelt arbeiteten jüdische Handwerker als Anstreicher und Maler. In akademischen und künstlerischen Berufen waren die Landjuden in Erftstadt nicht vertreten.⁹⁷⁹ Unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrem Ansehen in den Gemeinden ist aber schon in der ersten Phase der NS-Judenpolitik zu erkennen, wie man versuchte, die Juden allmählich aus ihren Berufen zu vertreiben. Über die Auswirkungen des Boykotts vom 1. April 1933 liegen für Erftstadt keine genauen Informationen vor. Da dieser Tag aber ein Samstag war, hatten die überwiegend frommen Juden ohnehin ihre Geschäfte geschlossen.⁹⁸⁰ Empfindlich wurden die relativ vielen jüdischen Metzger getroffen, nachdem es ihnen im Laufe des Jahres 1933 verboten worden war, auf dem Kölner Großschlachtviehmarkt einzukaufen.⁹⁸¹ Im Juli desselben Jahres musste ein jüdischer Pferdehändler in Lechenich wegen seiner nicht arischen Abstammung aus der freiwilligen Sanitätskolonne des Deutschen Roten Kreuzes ausscheiden.⁹⁸² Die zweite Phase der antijüdischen NS-Politik

⁹⁷⁶ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 202.

⁹⁷⁷ Ebd., S. 207.

⁹⁷⁸ Ebd., S. 317.

⁹⁷⁹ Vgl. Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 11-144.

⁹⁸⁰ Ebd., S. 209.

⁹⁸¹ Ebd., S. 18.

⁹⁸² Ebd., S. 76.

erstreckte sich etwa vom Frühjahr 1935 bis zu den Nürnberger Rassegesetzen im September. Hier ging es insbesondere darum, die jüdische Minderheit von der nicht jüdischen Bevölkerung zu isolieren. Deutlich erkennbar wurde dies z. B. in der lokalen Berichterstattung des Westdeutschen Beobachters. Hier erschienen sehr oft Berichte, die eindringlich vor dem Handel und dem Kauf bei Juden warnten. Die Orte Erp, Pingsheim, Dorweiler und Weiler in der Ebene wurden als das „gelobte Land der Kinder Israels“ und als „Tummelplatz der Juden“ bezeichnet.⁹⁸³ Die Erper Leser wurden darüber unterrichtet, dass sie wegen des Kaufs bei Juden von der Ortsgruppenleitung beobachtet wurden.⁹⁸⁴ Auch in Lechenich, Liblar, Bliesheim und Gymnich drohte man, jeden, der noch bei Juden kaufte, in der Zeitung namentlich zu brandmarken.⁹⁸⁵ Insbesondere wurden solche gewarnt, die vom Winterhilfswerk betreut und unterstützt worden waren.⁹⁸⁶ Fassungslosigkeit und große Empörung drückt sich in der NS-Presse in einem Bericht über eine Weihnachtsfeier im Marienheim in Lechenich aus. Dort hatten die den Kindergarten leitenden Vinzenterinnen in einem Bühnenstück, das während einer Weihnachtsfeier aufgeführt worden war, auch ein Kind des jüdischen Kaufhausinhabers Kain als „Weihnachtsengelchen“ mit auftreten lassen.⁹⁸⁷ In Gymnich wurden einige Landwirte gerügt, weil sie Plakate von ihren Hoftüren mit der Aufschrift „Das Betreten dieses Hofes für Juden nur auf eigene Gefahr“ entfernt hatten. Diese Plakate waren vor dem sonntäglichen Gottesdienstbesuch der Gymnicher an allen Hoftüren der hiesigen Landwirte angebracht worden. In demselben Zeitungsartikel wird überhaupt beklagt, dass der persönliche Verkehr mit den Juden in der letzten Zeit in Gymnich wieder „sehr überhand genommen“ hätte.⁹⁸⁸

Diese wenigen Beispiele lassen erkennen, dass die Bewohner in den Gemeinden der Stadt Erftstadt, die nicht die nationalsozialistische Ideologie bezüglich der Juden vertraten, sondern wie bisher mit diesen freundschaftlich und nachbarschaftlich umgehen wollten, massiver Beobachtung und Drohungen seitens der NS-Akteure ausgesetzt waren. Das führte u. a. dazu, dass eine bis dahin rentable Metzgerei in Liblar immer weniger Kunden hatte. Als die Banken plötzlich alle bisher gegebenen Kredite zurückverlangten, musste der Metzger sein Geschäft und sein Haus verkaufen. Ähnlich erging es der Familie Max Kain aus Liblar. Sie besaßen dort ein Kaufhaus, wo sie Textilien, Bettwäsche, Schuhe u. a. verkaufte. 1936 forderte die Dürener Bank ihren langjährigen Geschäftskunden auf, kurzfristig alle Kredite zurückzuzahlen. Der Inhaber

⁹⁸³ Westdeutscher Beobachter vom 14.3.1935, Jg. 11, Nr. 73.

⁹⁸⁴ Westdeutscher Beobachter vom 28.2.1935, Jg. 11, Nr. 59 Bl. 5.

⁹⁸⁵ Westdeutscher Beobachter vom 14.3.1935, Jg. 11, Nr. 73, Bl. 6.

⁹⁸⁶ Westdeutscher Beobachter vom 28.2.1935, Jg. 11, Nr. 59.

⁹⁸⁷ Westdeutscher Beobachter vom 28.12.1934, Nr. 352. Der Bericht endet mit den Worten: „Man fasst sich an den Kopf und fragt, wie so etwas möglich ist.“

⁹⁸⁸ Westdeutscher Beobachter vom 27.2.1935, Jg. 11, Nr. 58, Bl. 6.

und seine Familie mussten das Geschäft und das Haus verkaufen.⁹⁸⁹ Die dritte Welle der anti-jüdischen Maßnahmen erreichte ihren Höhepunkt in den Pogromen des 9. und 10. November 1938. Die Wirtschaft sollte jetzt restlos „entjudet“ werden, und vor der Ausführung des im Jahr 1936 geplanten Entschlusses der restlosen Auswanderung aller deutschen Juden wollte man sich deren Eigentum aneignen. „Das NS-Regime wollte indes nicht nur die Auswanderung fördern, sondern gleichzeitig auch die Juden vor ihrer Emigration finanziell ausplündern.“⁹⁹⁰ Bezüglich des genauen Ablaufs der Judenpogrome in den einzelnen Orten Erftstadts ist auffallend, dass sich oft kein klares Bild ergibt. Sowohl einzelne Darstellungen von damaligen Zeitzeugen und eidesstattliche Aussagen in Entnazifizierungs- und anderen Gerichtsakten vermitteln gravierende Unterschiede in der Darstellung des damaligen Geschehens.⁹⁹¹ Übereinstimmend ist festzustellen, dass am frühen Nachmittag des 10. November 1938 bis in die Nachtstunden hinein, die drei Synagogen in den Erftstadtgemeinden Lechenich, Gymnich und Friesheim zerstört und die Kultgegenstände entwendet und schwer beschädigt bzw. vernichtet wurden. Daran schlossen sich, auch in Liblar und Erp, die Plünderung und Verwüstung aller jüdischen Häuser und Wohnungen an. Die jüdischen Männer wurden verhaftet und fast ausnahmslos in das Konzentrationslager Dachau gebracht, wo sie meist bis zum Dezember 1938 inhaftiert wurden. Die Frage nach der Verantwortlichkeit für die Geschehnisse des 10. November 1938 in den Gemeinden Erftstadts stellt sich wie folgt dar:

„Am Morgen des 10. November 1938 zwischen 8 und 9 Uhr benachrichtigte der Regierungspräsident in Köln den Landrat des Kreises Euskirchen über ein Gestapo-Fernschreiben des Vorabends: Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. [...] Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000-30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.“⁹⁹²

Wenn Heidi und Cornelius Bormann feststellen, dass das Fernschreiben an die Bürgermeister von Lechenich, Gymnich, Liblar und Friesheim weitergegeben wurde, lässt sich dies nicht anhand von Quellen verifizieren. Es ist es aufgrund der damaligen politischen Strukturen aber auch nicht nachvollziehbar, dass die lokalen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter nicht informiert gewesen sein könnten.

⁹⁸⁹ Vgl. Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 12 und S. 24.

⁹⁹⁰ Vgl. Grüttner, M., S. 156. Auch Peter Longerich weist darauf hin, dass die Enteignung jüdischen Vermögens von Anfang an eines der Grundelemente des Vierjahresplans von 1936 war. Vgl. Hitler, Biographie, S. 624.

⁹⁹¹ Vgl. Arntz, H.-D., Reichskristallnacht, S. 4. Der Autor führt die mangelnde Eindeutigkeit der verschiedenen Aussagen über das Geschehene auf die persönliche und soziale Komponente der Landbevölkerung zurück. Es handelte sich bei den Akteuren der Pogrome meist um Nachbarn, mit denen man nach dem Krieg weiter zusammenlebte und die man nicht denunzieren wollte. Dies erschwerte in der Nachkriegszeit eine vollständige Erforschung.

⁹⁹² Faust, Anselm, Die Kristallnacht im Rheinland, Düsseldorf 1987, S. 215.

Ein Augenzeugenbericht für die Geschehnisse am 10. November 1938 ist die Pfarrchronik von St. Kilian. Hier beschreibt Pfarrer Lennartz das Geschehen folgendermaßen:

„Am 10. November mittags gegen ½ 3 Uhr kam Küster Paul Jansen und meldete, daß die Synagoge brenne. Von meinem Studierzimmer aus sah ich eine mächtige Rauchsäule zum Himmel steigen. Trotzdem inzwischen im Radio bekanntgegeben war, daß die Aktionen einzustellen seien, wurden noch den ganzen Nachmittag und Abend und selbst in der Nacht Judenwohnungen demoliert. Auch bei 2 christlichen Geschäftsleuten wurden Schaufenster und Einrichtungen beschädigt. [...] Am anderen Tag bezeichneten Glassplitter und Papierfetzen auf den Straßen und mit rohen Brettern vernagelte Fenster die Häuser, in denen Juden wohnen. Die männlichen Juden wurden zum Teil noch am gleichen Tag in Schutzhaft genommen. An der Zerstörung beteiligten sich meist Halbwüchsige, auch Schulkinder, auch Meßdiener. Mein Mädchen hörte am Abend auf der Straße, als gerade eine Schar Jungen mit Knüppeln vorbeizog, wie eine Lehrerin der Frau des Hauptlehrers gegenüber äußerte: ‚Ist es nicht herrlich, wie die Jugend das schon erfaßt hat, und wie sie rein instinktmäßig schon das Richtige tut.‘ Und am gleichen Abend war Martinszug!!! Auch dieselben Kinder, die dann Lieder zu Ehren eines Helden der Liebe sangen, hatten den Knüppel geschwungen, und sind, wie mir glaubwürdige Zeugen berichtet haben, während des Zuges noch von einer maßgebenden Persönlichkeit aufgefordert worden, nach Beendigung des Zuges weiter zu machen. Die Polizei sah zu.“⁹⁹³

Die Beobachtungen von Pfarrer Lennartz bezüglich der Teilnahme vieler Jugendlicher an dem Pogrom in Lechenich stimmen mit der Feststellung von Michael Grüttner überein, der konstatierte, dass im ganzen „Deutschen Reich“ insbesondere die große Zahl von Kindern und Jugendlichen, die sich an der Zerstörung oder Plünderung jüdischer Geschäfte und Wohnungen beteiligte, auffällig gewesen sei.⁹⁹⁴ Auch die zeitgenössischen Deutschland-Berichte der Exil-SPD hatten schon auf die Beteiligung zahlreicher Kinder und Jugendlicher an den antijüdischen Aktionen hingewiesen.⁹⁹⁵

In ihrem Buch „Heimat an der Erft“ beschreiben Heidi und Cornelius Bormann die Zerstörung der Synagoge in Lechenich noch detaillierter, indem sie den Amtsbürgermeister Dr. Geile als Leiter dieser Aktion schildern, „der auf den Treppenstufen eines gegenüber liegenden Hauses stand und seine Anweisungen gab“.⁹⁹⁶ Die Überprüfung der Richtigkeit dieser Feststellung wird durch die fehlende Quellenangabe unmöglich gemacht.

Die Analyse verschiedener amtlicher Dokumente aus Gerichtsverfahren nach 1945 lässt Zweifel an der Aussage über die persönliche Anwesenheit Geiles aufkommen. Am 13. Januar 1948 wurde ein gerichtliches Verfahren der Oberstaatsanwaltschaft Bonn gegen Dr. Geile wegen der

⁹⁹³ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, Lechenich, I, S. 67 f. Vgl. Auch Kap. 5.2.2.

⁹⁹⁴ Grüttner, M., S. 471. Der Autor sieht die Motive in ideologischem Fanatismus, Sensationslust und Habgier.

⁹⁹⁵ Ebd., S. 472, Anm. 44.

⁹⁹⁶ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 345.

Teilnahme an der Judenverfolgung eingestellt, während das Verfahren gegen drei Mitangeklagte im Zusammenhang mit dem Pogrom am 10. November 1938 weiter geführt wurde.⁹⁹⁷ Im Verfahren gegen Dr. Geile vor der Spruchkammer Kassel wurde in der Verhandlung am 25. Oktober 1949 auf drei eidesstattliche Erklärungen verwiesen, die nachweisen sollten, dass der ehemalige Bürgermeister wie auch die Ortsgruppenleiter Curt aus Friesheim, Dünnwald aus Liblar und Bungarten aus Gymnich während der Ausschreitungen gegen die jüdischen Bürger im Laufe des Tages nicht in ihren Amtsbezirken anwesend waren. Allerdings wird die Vertrauenswürdigkeit dieser Erklärungen dadurch eingeschränkt, dass sie von ehemaligen Parteigenossen stammen, und zwar von dem früheren Stadt- und Amtsinspektor Karl Anton, dem eben erwähnten, früheren Ortsgruppenleiter von Gymnich, Hermann Bungarten und dem ehemaligen Kreisleiter Köppe aus Euskirchen. Auffallend ist, dass alle Ortsgruppenleiter der Gemeinden von Erftstadt sich auf eine am 10. November 1938 ngesetzte Besprechung beim Kreisleiter in Euskirchen berufen und dass dies von dem selbigen bestätigt wird. Die vorhandenen Quellen bezüglich der Pogrome in Liblar, Gymnich und Friesheim lassen keine aktive Teilnahme der eigenen Ortsgruppenleiter an den Ereignissen des Tages klar erkennen. Somit wäre es auch denkbar, dass die Ortsgruppenleiter bewusst im Laufe des Tages in Euskirchen waren, um eventuellen späteren Vorwürfen zu entgehen und um das weitere Vorgehen gegen die jüdischen Bürger zu besprechen. Hitler selbst hatte sich ja auch während der Vorgänge in München bemüht, nicht mit den eigentlichen Gewalttaten in direkte Verbindung gebracht zu werden, obwohl er selbst das Signal zum Pogrom gegeben hatte.⁹⁹⁸ Die Spruchkammer in Kassel hat in ihrem Urteil vom 25. Oktober 1949 Dr. Geile im Zusammenhang mit dem Judenpogrom in Lechenich jedenfalls als nicht belastet angesehen.⁹⁹⁹ In dem obigen Spruchkammerverfahren beweist allerdings auch die Aussage einer Zeugin, dass Dr. Geile zumindest am späteren Abend des 10. November in Lechenich war. Er habe sich dort auch nach eigenen Angaben mit anderen im Hotel „Franziskaner“ von Jean Rossum aufgehalten.

Die oben erwähnte Zeugin war die Witwe des ehemaligen SPD-Mitglieds Heinrich Müller. Dieser führte in Lechenich in der Bonner Straße ein Zigarrengeschäft und besaß ein Miet-Taxi.¹⁰⁰⁰ Damit hatte er am späten Nachmittag des 10. November eine jüdische Familie nach Köln gefahren, wo diese glaubte, bei Verwandten Schutz zu finden. Nach seiner Rückkehr wurden in der Nacht zum 11. November an seinem Haus in der Bonner Straße 14 von Unbekannten zunächst die Schaufenster und drei Fenster im ersten Stock mit Briketts eingeworfen. Gegen

⁹⁹⁷ HHStAW, Abt. 520, Ks., Nr. 4884.

⁹⁹⁸ Vgl. Longerich, P., Hitler, Biographie, S. 621-623.

⁹⁹⁹ HHStAW, Abt. 520, Ks., Nr. 4884, Blatt 167.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Schreiber, Jürgen, 150 Jahre SPD (1863-2013), Die Anfänge der SPD im Gebiet der Stadt Erftstadt bis zum Verbot der Partei durch die Nationalsozialisten, in: Erftstadt Jahrbuch 2014, S. 41-43.

1.30 Uhr fielen in der Bonner Straße Schüsse, worauf Heinrich Müller den zuständigen Polizeiwachtmeister um Schutz bat. Dieser versicherte nur, es werde nichts mehr passieren. Gegen 3 Uhr fuhr ein unbeleuchteter Omnibus vor das Haus. Unbekannte plünderten und demolierten den Laden. Sechs von ihnen stürmten dann in die Wohnräume und zwangen Heinrich Müller mit vorgehaltener Pistole, seinen Wagen aus der Garage zu holen und mit ihnen wegzufahren, nachdem sie zuvor gebrüllt hatten „Du Judenjunge, Du hast die Juden weggefahren, Du wirst jetzt an die Wand gestellt.“ Der Anführer gab den Befehl, zum Hotel „Franziskaner“ zu fahren. Nach der Ankunft wurde er durch Fußtritte in den Unterleib, Schläge auf den Kopf und Faustschläge ins Gesicht misshandelt, so dass er drei Zähne verlor und stark aus Nase und Mund blutete. Vor dem Hotel „Franziskaner“ wurde er von Dr. Geile empfangen, der anordnete, ihn sofort in Schutzhaft zu nehmen. Der Stadtsekretär Anton übergab ihn dann einem Polizeibeamten, der ihn „zu 4 Juden“ in eine Gefängniszelle des örtlichen Amtsgerichtes am Markt warf.¹⁰⁰¹ Am nächsten Morgen wurde er von dem Lechenicher Arzt Dr. Josef Fieger wegen seiner schweren Körperverletzungen ärztlich behandelt und betreut. Dieser versuchte auch, Müller vor weiteren Angriffen seitens des Bürgermeisters zu schützen, wurde aber zunächst mit der Bemerkung, „dieser Müller gehört in ein KZ“ abgewiesen.¹⁰⁰²

Ein weiterer Zeuge, der Schreiner Hans Pickenhahn, auch Mitglied der SPD, sagte am 28. Oktober 1947 eidesstattlich aus, dass er Dr. Geile am Abend des 10. November im Hotel „Franziskaner“ wegen der Ausschreitungen um Schutz gebeten habe, da er selbst in einem Haus zur Miete wohnte, das Juden gehörte. Dieser habe ihm aber auf seine Bitte hin mit Schutzhaft gedroht.¹⁰⁰³

Einer der am 10. November inhaftierten Juden, der Lechenicher Wilhelm Schwarz, dem es 1939 gelingen sollte, in die USA zu emigrieren, äußerte sich in einem Brief an eine befreundete Familie in Lechenich im Oktober 1946 über die Umstände seiner damaligen Inhaftierung. Er berichtete über einen Lechenicher Vollzugsbeamten, der „damals alles jüdische Eigentum zerschlagen“ habe, und dass er vom Keller im Gefängnis mit angesehen habe, wie dieser der Haupttäter war. Ein anderer, dem Wilhelm Schwarz zuvor geschäftlich geholfen hatte, hat ihn aus der Wohnung in einen Viehwagen geladen und ins Gesicht gespuckt.¹⁰⁰⁴

In einem zweiten Brief schildert er, dass er die Beteiligten noch fast jede Nacht im Traum sehe.

„Ich vergesse nicht die Nacht im Gefängnis in Lechenich [...] als man alle Lechenicher Juden dort einsperrte und man Befehl gab, uns tot zu heizen. Wir sind dort fast verstickt und glaube ich bestimmt, daß es Befehl von Dr. Geile [...] und so weiter war.“

¹⁰⁰¹ HHStAW, Abt. 520 Ks. Nr. 4884, Blatt 7.

¹⁰⁰² LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1050-1637.

¹⁰⁰³ HHStAW, Abt. 520 Ks. Nr. 4884, Blatt 24.

¹⁰⁰⁴ LAV NRW, Abt. Rheinl., Gerichte Rep. 195, Nr. 70, Blatt 51 u. 52.

Ein jüdischer Freund war von einem Lechenicher SS-Mann in Uniform aus dem Haus geholt worden, und man hatte ihm angedroht, ihn totzuschlagen, wenn er nicht mitgehen wollte. Derselbe SS-Mann hatte auch Heinrich Müller misshandelt und zu den Juden in den Keller des Amtsgerichts gebracht.¹⁰⁰⁵

Gegen einige Hauptakteure des Pogroms fand nach Kriegsende ein Strafgerichtsverfahren statt, das mit einem Freispruch für die drei betroffenen Angeklagten endete¹⁰⁰⁶. Die Angeklagten hatten sich, laut Akten, am Nachmittag des 10. November zunächst in der damaligen Gaststätte Felten („Zum Schwan“) in Liblar zum Zechen getroffen und waren dann über Gymnich, wo sie nach Zeugenaussagen maßgeblich an den Ausschreitungen gegen dortige Juden beteiligt gewesen sein sollen, nach Lechenich gekommen, dort sollen sie sich ebenfalls, nach Aussagen von Lechenicher Zeugen, an der Zerstörung jüdischer Häuser und Geschäfte beteiligt haben.¹⁰⁰⁷

Zu der Schilderung über die Rolle, die der damalige Ortsbauernführer Peter Drove gespielt hat, lassen sich auch keine schriftlichen Quellen finden. Er soll Jugendlichen aufgetragen haben, gefüllte Benzinkanister heranzuschaffen und dann zusammen mit diesen die Synagoge angezündet haben.¹⁰⁰⁸

Das Judenpogrom am 10. November 1938 in Friesheim findet auch seinen Niederschlag in den Pfarrchroniken von Friesheim und Niederberg. Pfarrer Kleinen vermerkt in der Pfarrchronik, dass auch in seiner Gemeinde, wie in fast ganz Deutschland, erhebliche Beschädigungen und Zerstörungen an den Häusern der Juden vorgenommen wurden. Die Synagoge der hiesigen Juden wurde in Brand gesteckt. „Manches Hausinventar wurde zerstört, Türen und Fenster eingeschlagen.“¹⁰⁰⁹ Der Pfarrer verwies in diesem Zusammenhang auf die Aufforderung der Reichsregierung, von weiteren Aktionen abzusehen. In der Niederberger Pfarrchronik zählt der dortige Pfarrer unter dem Datum vom 15. November namentlich fünf Männer aus seinem Ort auf, die sich an den Bränden und Plünderungen in Lommersum und Friesheim beteiligt hatten.

¹⁰⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁰⁶ Ebd. Die vorhandene Quellenlage lässt aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen keine eindeutige Bewertung des wirklichen Geschehnisablaufs zu.

¹⁰⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 345. Trotz intensiver Recherchen in den kommunalen Archiven von Ertstadt und Euskirchen, im Landesarchiv NRW, dem Bundesarchiv in Koblenz und dem Bundesarchiv Berlin sind keine Informationen über den o. g. Ortsbauernführer zu ermitteln. Es scheint auch keine Entnazifizierungsakte zu geben. Lediglich in der Pfarrchronik von St. Kilian, Lechenich, vermerkte der Pfarrer unter dem Datum vom 24. Mai 1945: „Drove zurück, verhaun, im Krankenhaus.“ Vgl. Pfarrchronik St. Kilian II, S. 56. Am 26. Oktober 1945 wurde Peter Drove wieder in die katholische Kirche aufgenommen, aus welcher er 1944 wegen deren „NS-feindlicher Propaganda“ ausgetreten war. Vgl. Pfarrarchiv, Loseblattsammlung, unpaginiert.

¹⁰⁰⁹ PfA Fr, Pfarrchronik Friesheim, S. 54.

Einer von diesen hatte dann angekündigt, dass man es nächstens bei allen, die an Gott glauben, ebenso machen würde. Der Pfarrer kommentiert dies mit der Bemerkung „sehr offenherzig!“¹⁰¹⁰ Auch in Gymnich wurden am 10. November die jüdische Synagoge und jüdische Wohnhäuser verwüstet und geplündert. Daran beteiligt waren auch Ortsfremde, wie bereit schon erwähnt, zuvor in Liblar gezecht hatten und dies nun in einer Gaststätte in Gymnich fortsetzten, ehe sie sich an den Zerstörungen beteiligten.¹⁰¹¹

In Erp wurden in der Nacht nach dem 10. November jüdische Bürger auf die Straße getrieben und ihre Wohnungen demoliert.¹⁰¹² Eine Zeitzeugin erinnerte sich später daran, wie ihr Vater, der als Fuhrunternehmer auch mit Lebensmitteln handelte, während der NS-Zeit für eine jüdische Familie, die schon immer zu seinen Kunden gehört hatte, heimlich Kartoffelsäcke in ein nahes Waldgebiet fuhr, wo sie nachts von der Familie abgeholt wurden. Die für den Vater bestimmte Bezahlung war in einem leeren Kartoffelsack im Gestrüpp versteckt worden.¹⁰¹³

Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Liblar entsprach dem der Juden in den anderen Gemeinden Erftstadts. Hier hatte der Ortsgruppenleiter auch behauptet, nichts von den Vorfällen mitbekommen zu haben, weil er erst abends von einer Besprechung mit dem Kreisleiter und anderen Kollegen zurückgekommen sei.¹⁰¹⁴

Es erweist sich als schwierig, die Reaktion der mehrheitlich katholischen Bevölkerung in den Gemeinden der Stadt Erftstadt auf die antijüdische NS-Politik eindeutig darzustellen. Zunächst muss auf die Haltung der katholischen Geistlichen, die damals meist noch großen Einfluss auf ihre Pfarrangehörigen hatten, eingegangen werden. Ihnen wird von den Autoren des Buches „Heimat an der Erft“, Heidi und Cornelius Bormann, bezüglich der Nürnberger Rassegesetze 1935 vorgeworfen „zu alle dem, was den Juden angetan wurde“, geschwiegen zu haben: „Eine grundsätzliche und offene Verurteilung der judenfeindlichen Politik durch die Pfarrer gab es in den Orten Erftstadts nicht.“¹⁰¹⁵ Es gibt in der Tat wenig Hinweise auf eine offizielle Reaktion der Geistlichen. Lediglich ein im Pfarrarchiv von St. Kilian in Lechenich aufbewahrtes Manuskript einer Predigt von Pfarrer Lennartz, die dieser am Sonntag nach dem Pogrom vom 10. November 1938 gehalten hat, geht indirekt und vorsichtig auf das Geschehene ein. Der Pfarrer erinnert an die kurz zuvor abgehaltenen Martinsfeiern:

¹⁰¹⁰ HAEK, Pfarrchronik Niederberg, o.S.

¹⁰¹¹ Landesarchiv NRW, Abt. Rheinl., Gerichte Rep 195, Nr. 71.

¹⁰¹² Ebd., S. 123.

¹⁰¹³ Helene Stolz, Das Fuhrgeschäft Heidgen, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 74.

¹⁰¹⁴ Vgl. die ausführliche Darstellung der Ereignisse in Liblar bei Bormann, H. u. C., insb. S. 11-26.

¹⁰¹⁵ Ebd., S. 212. Als Ausnahme wird auf den Lechenicher Kaplan Leonhard Berg hingewiesen, der des Öfteren seine jüdischen Nachbarn besuchte und der nach dem Tod des jüdischen Viehhändlers Jakob Wallach für diesen auf dem Friedhof ein letztes Gebet gesprochen hatte, weil ein Rabbiner nicht anwesend war.

„Junge und Alte haben das Lied gesungen. Katholiken und Nichtkatholiken, Heiden, die von Gott nichts wissen wollen und sog. ‚Gottgläubige‘, die gar nicht an den Gott glauben, dem Martin so treu gedient, Menschen, die tagsüber Christus, dem König treu gedient und ebenso Menschen, die tagsüber Dinge taten, die jedem Christenglauben und jeder Christenliebe Hohn sprechen und zuwider sein müssen.“¹⁰¹⁶

Wenig später heißt es in der Predigt:

„Wenn der Katholik, der am Morgen die hl. Messe besucht, nachher Dinge tut, die Gott beleidigen, die den Lehren und dem Glauben seiner Kirche Hohn sprechen, wenn der, der am Morgen kommunizierte, mit derselben Zunge, die den Leib des Herrn berührte, Worte spricht, die die Liebe verletzen und die Reinheit und die Wahrheit. Wenn der, der am Tag sich zu blindem Zorn und Hass hinreißen liess am Abend Lieder singt zu Ehren eines christlichen Helden zum Lob einer christlichen Liebestat, spricht er sich dann nicht selber Hohn und darf er sich dann wundern, wenn andere ihn verhöhnen und seinen Glauben nicht ernst nehmen?“¹⁰¹⁷

Nach dem Krieg stellte sich Pfarrer Lennartz in der Pfarrchronik innerhalb eines Rückblicks auf die Jahre der NS-Herrschaft die Frage, ob er als Priester in den vergangenen Jahren richtig gehandelt hätte, ob er nicht „mutiger, offener die Dinge beim Namen [hätte] nennen müssen“.

„Wir hatten doch die Kanzel, die Möglichkeit zu predigen. [...] Ich habe oft vor dieser Frage gestanden und mit dieser Frage gerungen. Ich habe dann weitergefragt: Was erreichst du, wenn du einmal auf der Kanzel losschlägst? Die Antwort war klar. Für mich selbst hätte es bedeutet: KZ [...] oder Zuchthaus oder Aufhängen oder Erschießen wegen Hochverrat, Defätismus, Aufwiegelei usw. [...] Und meine Pfarrkinder? Im besten Fall wäre dann ein neuer [...] Pastor gekommen [...] oder gar keiner, auf jeden Fall wäre die Frechheit der 100% und der 120% noch größer geworden. Die, die noch einigermaßen in Ordnung waren, wären noch banger geworden. Und so entschied ich mich, und war nun darin mit vielen anderen einig – Predigen so, daß jeder, der einigermaßen guten Willen hatte, nicht nur verstehen konnte, sondern verstehen mußte, was ich sagte. Predigen auch wieder so, daß die Andern, die schlechten Willens, mir daraus keinen Strick drehen konnten.“¹⁰¹⁸

In kirchlichen Akten lassen sich außer in den bereits erwähnten Pfarrarchiven von Lechenich, Friesheim und Niederberg sowie in der Pfarrchronik von Borr keinerlei Dokumente nachweisen, die auf das Schicksal der jüdischen Bürger eingehen. Dies mag die Thesen heutiger Historiker bestätigen, dass die Angst überwog, dem Judenpogrom werde ein Christenpogrom folgen.¹⁰¹⁹ Ähnlich konstatiert auch Thomas Brechenmacher: „Die Angst vor möglichen

¹⁰¹⁶ PfA Le, Mappe der Predigtmanuskripte von Pfarrer Lennartz.

¹⁰¹⁷ Ebd.

¹⁰¹⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 59 f.

¹⁰¹⁹ Kösters, Christoph, Katholisches Kirchenvolk 1933-1945, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, S. 104.

Weiterungen des ‚Volkszorns‘ dämpfte zweifellos auch den Mut kirchlicher Würdenträger, nach dem 9. November 1938 öffentlich gegen die antijüdischen Ausschreitungen in der sogenannten ‚Reichskristallnacht‘ zu protestieren.¹⁰²⁰

Auch viele Pfarrer in den Gemeinden der Stadt Erfstadt werden sich ähnlich verhalten haben. Von daher scheint die menschliche Anteilnahme am Schicksal der jüdischen Bevölkerung beschränkt gewesen zu sein.

Pfarrer Lennartz war noch zehn Jahre nach Kriegsende überzeugt, dass die Nationalsozialisten bei einem siegreichen Kriegsausgang zumindest mit den katholischen Geistlichen so verfahren wären, „wie man es mit den 6 Millionen Juden vor und im Krieg gemacht hatte, vergast, verbrannt, aufgehängt, erschossen.“¹⁰²¹

Die Angst um das eigene Schicksal hat wohl oftmals ein helfendes Eingreifen zugunsten der jüdischen Mitbürger verhindert.

Ähnliches gilt nicht nur für den katholischen Klerus in Erfstadt. Auch viele andere praktizierende Katholiken verhielten sich passiv. Vereinzelt gibt es Aussagen von Zeitzeugen, die sich an die Geschehnisse ihrer Kinderzeit und die Reaktion ihrer Eltern erinnern. Solche Aussagen betonen jeweils Entsetzen und Ohnmacht gegenüber den damaligen Ereignissen.

Eine Bewohnerin aus Gymnich berichtet, dass ihre Mutter nie habe vergessen können, wie ein alter, gebrechlicher jüdischer Nachbar während des Abtransportes zunächst nach Köln-Deutz und von dort in die Vernichtungsstätten des Ostens im Jahre 1942 den für die Deportation Verantwortlichen um eine Sitzgelegenheit auf dem LKW gebeten habe und diese Bitte schroff abgelehnt worden sei. Niemand habe ihm helfen können.¹⁰²² Es gibt auch Aussagen von Zeitzeugen, die berichten, dass ihren Eltern, die laut und öffentlich ihr Entsetzen über das Geschehene äußerten, von anwesenden aktiven Parteimitgliedern mit Anzeigen gedroht wurde.¹⁰²³ Manche Bürger wollten auch wohl bewusst nicht in das Geschehen involviert werden. So berichtet ein Zeitzeuge aus Gymnich, dass am Abend des 10. November in der katholischen Kirche eine Missionsandacht stattgefunden habe und er und sein Vater auf dem

¹⁰²⁰ Brechenmacher, Thomas, Die Kirche und die Juden, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, S. 135 und Anm. 29: „Nur einen Monat vorher hatten Randalierer auf Anweisung nationalsozialistischer Parteistellen hin das erzbischöfliche Palais in Wien verwüstet. Auch Kardinal Faulhaber protestierte nicht bei Regierungsstellen, weder gegen den antisemitischen Vandalismus noch gegen den Angriff des aufgehetzten Pöbels auf seine Residenz in München und seine Person am Abend des 11. November, eine direkte Nachwirkung der Ausschreitungen gegen die Juden.“

¹⁰²¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 62.

¹⁰²² Zeitzeugin Claire Schmitz, Gymnich (Jg. 1940).

¹⁰²³ Die Zeitzeugin Frau Borger, geb. Kerp (Jg. 1930) erinnert sich an die Erzählung ihrer Mutter. Diese hatte von ihrem Geschäft an der Ecke Klosterstr./Markt aus gesehen, wie das gegenüberliegende Geschäft und die Wohnung der befreundeten Familie Kain verwüstet wurden. Frau Kain stand mit ihrer 8-jährigen Tochter Hertha am Straßenrand. Frau Kerp hatte einem zufällig anwesenden Versicherungskassierer gegenüber geäußert, wie man so etwas machen könne. Dieser schlug sein Revers zurück und zeigte sein Parteiabzeichen mit der Bemerkung: „Es ist gut, dass wir uns schon so lange kennen, sonst würde ich Sie jetzt daneben stellen.“

Nachhauseweg großen Krach und Feuer in der Nähe jüdischer Häuser gehört und gesehen hätten. Der Vater habe ihn sofort nach Hause geführt mit der Bemerkung: „Damit haben wir nichts zu tun.“¹⁰²⁴ Dann gibt es noch Zeitzeugen, die nicht an die Ereignisse erinnert werden möchten, weil ihre Eltern daran beteiligt waren. Vereinzelt ist aber auch Hilfe für die betroffenen jüdischen Mitbürger nachweisbar

Erinnert sei z. B. an den schon erwähnten Taxiunternehmer Heinrich Müller, der am Nachmittag des 10. November 1938 eine jüdische Familie nach Köln gefahren hatte.¹⁰²⁵ Dem Arzt Dr. Fieger war es gelungen, von Dr. Geile eine schriftliche, auf den 14. November 1938 datierte Erlaubnis zu erhalten, seine jüdischen Patienten weiter behandeln zu dürfen.¹⁰²⁶ Er soll den Bürgermeister wegen Kenntnis belastender Vorkommnisse während dessen Zeit als Rechtsanwalt unter Druck gesetzt haben. Der Arzt hatte einigen jüdischen Familien (Berg, Kain und Simon) Gefälligkeitsatteste ausgestellt, „die sie zur Überwindung von behördlichen Schwierigkeiten notwendig hatten.“¹⁰²⁷ Im September 1944 stellte er ein schriftliches Attest aus, das der angeblich halb-jüdischen Pflgetochter des früheren SPD-Ratsmitglieds Johann Klein wegen einer lebensbedrohlichen Erkrankung eine Transportunfähigkeit bescheinigte. Die junge Frau sollte kurzfristig zum Abtransport auf dem Bürgermeisteramt erscheinen. Nachweislich haben einige Familien versucht, zumindest einen Teil des Eigentums der Opfer zu schützen.¹⁰²⁸ In Friesheim waren es insbesondere der Landwirt und Pumpenwärter des Ortes, Theodor Röttgen und seine Ehefrau Magdalena, die nach dem Judenpogrom zwei siebenarmige Leuchter und große Teile einer Thorarolle im Straßengraben gefunden und bei sich zu Hause aufbewahrt haben, um sie nach 1945 über die zuständigen Militärbehörden jüdischen Institutionen in Israel zurückgegeben. Die Familie hat sich nach dem Krieg auch um die Regelung von Vermögensangelegenheiten ehemaliger jüdischer Mitbürger aus Friesheim gekümmert.¹⁰²⁹ Im Januar 1997 haben drei jüdische Familien, deren Angehörige als Jugendliche 1939 ohne ihre Eltern und ihre jüngste Schwester nach Palästina emigrieren konnten, dem Ehepaar Röttgen zu Ehren fünfzig Bäume in den Bergen Jerusalems gepflanzt und darüber eine Urkunde ausstellen lassen.¹⁰³⁰ Da waren aber auch Katholiken, die in der Pfarrgemeinde, in der St. Sebastianus Bruderschaft und

¹⁰²⁴ Vgl. Aussage des Zeitzeugen Josef Felser, geb. 1927, Erftstadt-Gymnich

¹⁰²⁵ Vgl. S. 188.

¹⁰²⁶ LAV NRW, Abt, Rheinl. NW 1050, Nr. 1637.

¹⁰²⁷ Ebd.

¹⁰²⁸ Vgl. Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 58.

¹⁰²⁹ Telefonat vom 4.9. 2014 mit Ludger Schnitzler, dem Schwiegersohn von Theodor Röttgen, Friesheim. Die Einzelheiten der Hilfe von Theodor Röttgen am 10.11.1938 werden bei H. und C. Bormann auf der S. 143 ihres Buches etwas anders geschildert.

¹⁰³⁰ StAEft, Sammlung Urkunden Erftstadt.

im Kirchenvorstand eine wichtige Rolle spielten, die an ehemals jüdischem Eigentum verdienten.¹⁰³¹

Nachdem im Zuge der Radikalisierung der NS-Judenpolitik während des Weltkriegs am 12. Mai 1941 von der Staatspolizei in Köln verfügt worden war, dass alle Juden in einigen sogenannten „Judenhäusern“ zusammenleben mussten, gab es nur noch einige wenige Häuser mit jüdischen Bürgern in Gymnich und Friesheim.¹⁰³² Im Juli 1941, nachdem Hitler wahrscheinlich nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion beschlossen hatte, die sog. „Judenfrage“ durch deren restlose Vernichtung so schnell wie möglich zu lösen¹⁰³³ und nach der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 wurden alle noch in Erftstadt lebenden achtzig Juden in zwei Viehtransportwagen zuerst zum Messegelände nach Köln-Deutz gebracht und von dort in das KZ Theresienstadt, in das Getto Riga, in das Vernichtungslager Izbica, in das Zwangsarbeitslager Minsk oder in andere Lager verschleppt. Nur sechs aus den Gemeinden Erftstadts stammende Juden haben dies überlebt.¹⁰³⁴ Über die Reaktion der katholischen Mitbürger bezüglich der Deportationen gibt es kaum Informationen. Dies trifft auch für die Pfarrarchive und Pfarrchroniken der einzelnen Pfarren zu. Es ist lediglich bekannt, dass eine jüdische Familie vor dem Abtransport ihr Silberbesteck und ihre Teppiche bei dem katholischen Pfarrer abgegeben hatte. Dieser händigte dieselben nach 1945 den noch lebenden Angehörigen aus.¹⁰³⁵

Das oft fehlende aktive Eintreten für die verfolgten Juden auch in den Orten der Stadt Erftstadt ist allerdings nicht auf „einen mit dem katholischen Milieu verschmolzenen Antisemitismus“¹⁰³⁶ zurückzuführen, so, wie ihn Olaf Blaschke in der Tradition der katholischen Kirche zu erkennen glaubt. Seiner Meinung nach waren Judenfeindlichkeit und Kirchentreue zwei Seiten einer Medaille.¹⁰³⁷ Dies erkläre auch das Schweigen zu den Novemberverbrechen 1938, das man nicht allein auf Ohnmacht oder Angst vor den NS-Machthabern zurückführen könne. Diese monokausale Erklärung übersehe, dass sowohl die kirchlichen Vorurteile gegenüber der jüdischen Minderheit und zum anderen die Sorge um das eigene Wohl zu einer Hinnahme des Judenpogroms geführt hätten.¹⁰³⁸ Die Erklärungen von Olaf Blaschke scheinen aufgrund der

¹⁰³¹ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 383.

¹⁰³² Ebd., S. 223.

¹⁰³³ Vgl. Grüttner, M., Brandstifter und Biedermänner, S. 168 f. und Longerich, P., Hitler, S.805.

¹⁰³⁴ Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 227.

¹⁰³⁵ Ebd., S. 117.

¹⁰³⁶ Chr. Kösters geht auf diese These ein in: Katholisches Kirchenvolk 1933-1945, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, S. 104.

¹⁰³⁷ Vgl. Blaschke, Olaf, Die „Reichspogromnacht“ und die Haltung von katholischer Bevölkerung und Kirche, Mentalitätsgeschichte als Schlüssel zu einem neuen Verständnis?, In: Zeitschrift für Religions- und Zeitgeschichte, 52. Jg. 2000, (ZRRG 52, 1 (2000), S. 47-74.

¹⁰³⁸ Ebd. Der Autor sieht bei der katholischen Kirche ein Desinteresse am Schicksal der Juden in einer antisemitischen Tradition begründet. Er verweist in diesem Zusammenhang einmal auf den katholischen Milieuegoismus, der sich als Folge von Säkularisation und der Reichsgründung mit folgendem Kulturkampf entwickelt habe. Die katholische Kirche habe sich überall von Feinden umringt gesehen, wozu auch die Juden

für die Stadt Erftstadt vorliegenden Quellen zum Verhältnis zwischen katholischer Mehrheitsbevölkerung und jüdischer Minderheit nicht stichhaltig zu sein. Am Beispiel von Lechenich lässt sich zeigen, dass das Verhältnis zwischen Juden und Katholiken in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts völlig normal war. So waren Juden beispielsweise, wie schon an anderer Stelle erwähnt, oftmals in den seit den 1870er Jahren gegründeten diversen gesellschaftlichen Vereinen Mitglieder, zeitweise fungierten einige von ihnen sogar als Präsidenten der damaligen Karnevalsgesellschaft. Im Laufe des 19. Jahrhunderts war es der jüdischen Bevölkerung in Lechenich gelungen, in zahlreichen wichtigen Bereichen des kommunalen Lebens, der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, einen fest verankerten Platz in der ländlichen Gesellschaft zu finden.¹⁰³⁹ Auch die in der lokalen NS-Presse vielfach veröffentlichten Beschwerden gegenüber der einheimischen Bevölkerung wegen ihrer Kontakte mit den Juden während der ersten Jahre der NS-Herrschaft lassen, zumindest in den Orten Erftstadts, nicht auf eine antisemitische Grundhaltung der katholischen Bevölkerung schließen. Hinzuweisen wäre auch auf die Feststellung des damaligen Schweizer Konsuls im benachbarten Köln, dass besonders die Katholiken, die in Köln den überwiegenden Teil der Bevölkerung stellten, besonders bestürzt gewesen seien.¹⁰⁴⁰ Nach internen SD-Analysen war die Kritik am Pogrom in katholischen Regionen am lautesten.¹⁰⁴¹

zählten. Dieses Gefühl des Bedrängtseins habe zu einem Antisemitismus geführt, der zusammen mit dem traditionellen Antisemitismus 1938 zur Hinnahme des Pogroms geführt habe. Blaschke lehnt eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen religiös begründetem Judentum und rassistisch motiviertem Antisemitismus strikt ab, vgl. oben, S. 65.

¹⁰³⁹ Vgl. Bartsch, F., *Kontinuität und Wandel auf dem Lande*, S. 186 f.

¹⁰⁴⁰ Vgl. Grüttner, Michael, *Brandstifter und Biedermänner*, S. 471 f.

¹⁰⁴¹ Ebd., S. 472.

8 Nationalsozialismus und katholische Kirche in Erfstadt 1939-1945

8.1 Allgemein

Bis 1939 hatte eine planvolle Verdrängung der Kirche aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens stattgefunden. Das kirchliche Leben war weitgehend auf den Kirchenraum beschränkt worden. Kirchliche Vereine und Organisationen waren aufgelöst oder verboten worden, der kirchliche Einfluss aus den Schulen verdrängt. Noch am 30. August 1939 hatte das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda die kirchlichen Behörden aufgefordert, sich jeglicher Stellungnahmen zur gegenwärtigen außenpolitischen Lage zu enthalten.¹⁰⁴² Nur Eingriffe in den sakralen Bereich, abgesehen von Einschränkungen des Wallfahrts- und Prozessionswesens, waren bisher unterblieben.

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 schuf dann aber die Bedingungen für eine Radikalisierung der NS-Kirchenpolitik.

Der deutsche Angriff auf Polen am 1. September 1939, der den Auftakt zum Zweiten Weltkrieg bildete, war auf Hitlers Kriegswillen zurückzuführen. Er sah damals die Möglichkeit gekommen, nach der Revision des Versailler Friedensvertrages und der Schaffung eines „Großdeutschen Reiches“ mit dem Anschluss Österreichs, der Abtretung des Sudetenlandes und der Einverleibung des Memellandes, sein drittes, wichtiges außenpolitisches Ziel, nämlich die Eroberung neuen „Lebensraums“ im Osten, zu erreichen. Dieser neue Lebensraum sollte dann germanisiert werden und der „höherwertigen Rasse“ der Deutschen eine breitere Existenzgrundlage bieten, von der aus der weitere Lebenskampf der Völker geführt werden sollte.

¹⁰⁴³

Im Folgenden soll insbesondere gezeigt werden,¹⁰⁴⁴ wie die Nationalsozialisten versuchten, bestimmte Faktoren des Kriegsgeschehens zu benutzen, um die Einflussmöglichkeiten der

¹⁰⁴² Vgl. Fettweiss, K., S. 120.

¹⁰⁴³ Die außenpolitischen Ziele des Nationalsozialismus und seine rassenideologischen Grundlagen, die eng miteinander verknüpft waren, werden ausführlich dargestellt bei Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, 7. Aufl. 2009, insb. S. 18-24, bei Michael Grüttner, *Brandstifter und Biedermänner*, S. 173-206 und bei Peter Longerich, *Hitler*, S. 349-361, S. 435-444, S. 459-467, S. 553-680. Die o. g. Historiker weisen nahezu einstimmig darauf hin, dass die Initiative zur NS-Außenpolitik bereits im Sommer 1933 auf Hitler übergegangen war (Longerich, S. 361), und dass die grundlegenden außenpolitischen Weichenstellungen von Hitler selbst vorgenommen wurden (S. 181). Klaus Hildebrand bemerkt: „In den entscheidenden Belangen übte Hitler seine Autorität [...] uneingeschränkt aus.“ (S. 53).

¹⁰⁴⁴ Die o.g. Arbeiten und das Buch des Militärhistorikers Rolf-Dieter Müller „Der Zweite Weltkrieg“, ermöglichen einen instruktiven Einblick in den Verlauf des Krieges und dessen Auswirkungen. Vgl. auch: Beevor, Anthony, *Der Zweite Weltkrieg*, 2016. Die anfängliche Kriegssituation in den Orten Erfstadt war neben der Einberufung vieler wehrfähiger Männer zum Kriegsdienst für die Zivilbevölkerung bis zum 10. Mai 1940,

katholischen Kirche auf die Bevölkerung noch weiter einzuschränken, und damit den Totalitätsanspruch der eigenen Ideologie zu sichern.

8.2 Staatliche Eingriffe in das kirchliche Leben in der ersten Phase des Krieges

Die ersten kriegsbedingten Maßnahmen, die die Kirchengemeinden auch der Stadt Erftstadt betrafen, waren nicht dezidiert antikirchlich.¹⁰⁴⁵

Wenn Pfarrer Lennartz in der Pfarrchronik von St. Kilian unter dem Datum vom 1. September 1939 konstatiert: „Vom Rathaus kommt der Befehl: die große Glocke darf nicht mehr geläutet werden, [...] 2 Tage später wurde das Läuten ganz verboten“,¹⁰⁴⁶ konnte der Bürgermeister das noch damit begründen, dass die Glocke zum Fliegeralarm diene.

Da der linksrheinische Teil des Erzbistums Köln nach Kriegsausbruch zum Operationsgebiet erklärt worden war, wurden die Gemeinden der Stadt Erftstadt von vielfältigen Einquartierungen und anderen Folgen des Truppenaufmarsches betroffen. In diesem Zusammenhang wurden auch zahlreiche kirchliche Gebäude und Einrichtungen beschlagnahmt. Der Rektoratspfarrer Friedrich Offen von Ahrem schrieb am 29. November 1939 in einem Brief an das Kölner Generalvikariat: „In Ahrem sind z. Zt. so viele Soldaten wie Einwohner.“¹⁰⁴⁷ In Liblar war im pfarreigenen Liebfrauenhaus seit dem 17. Dezember 1939 ein Regiment aus Hannover einquartiert. Hier musste Pfarrer Linden zweimal eingreifen, um die Räume des 1932 neu erbauten kirchlichen Hauses zu schonen. Die dort sonst üblicherweise stattfindenden Kinderseelsorgestunden und der Erstkommunionunterricht fanden nun im Pfarrhaus statt. Pfarrer Linden meinte, die starke Belastung der Gemeinde durch die Einquartierungen habe sich ungünstig für die Beteiligung der Gläubigen am Gottesdienst und der Pflege des religiösen Lebens in der Familie ausgewirkt.¹⁰⁴⁸ Pfarrer Lennartz meldete dem Kölner Generalvikariat am 17. Oktober

dem mehrmals zeitlich verschobenen deutschen Angriff auf die Benelux-Länder und Frankreich, durch die seit der zweiten Oktoberhälfte 1939 begonnenen vielfachen Einquartierungen deutscher Soldaten und die schon direkt nach dem 10. Mai 1940 einsetzenden englischen Luftangriffe auf deutsche Städte, u. a. auch Köln und Aachen, gekennzeichnet. Der damit verbundene Luftschutzalarm und das Überfliegen der in der Nähe gelegenen Orte, wozu die Erftstadt-Gemeinden gehörten, stellten für die Bevölkerung eine erhebliche Belastung dar. Viele diesbezügliche Beispiele finden sich in der Pfarrchronik von St. Kilian in Lechenich. Ähnliche Darstellungen, die sowohl die Einquartierungen als auch die Bombengefahr betreffen, werden auch aus den Orten der benachbarten Landkreise berichtet. Vgl. Josef Wißkirchen, 200 Jahre Geschichte Stommels, Bd. 2: 1914-1945, S. 334 und Horst Wallraff, S. 448.

¹⁰⁴⁵ Vgl. von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 200.

¹⁰⁴⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 73.

¹⁰⁴⁷ HAEK, GVA I, 3784.

¹⁰⁴⁸ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 78.

1939 Einquartierungen im Marienheim, im Josephsheim, in der Kaplanswohnung und im Pfarrhaus.¹⁰⁴⁹ In einem Brief vom 21. Dezember 1939 fragte er in Köln an, ob im Rahmen der Einquartierungen das Esszimmer des Pfarrhauses als Kasino für zwölf Offiziere benutzt werden dürfe, so wie es von ihm verlangt worden war.¹⁰⁵⁰ Er sah in den Einquartierungen und der im Rahmen des Luftschutzes erlassenen Verdunkelungsbestimmungen, ähnlich wie sein Amtskollege in Liblar, einen wesentlichen Grund für das Ende 1939 festzustellende Nachlassen der Gottesdienstbesuche. „Nach dem 16.10.1939 haben wir Einquartierung, so viele, daß man fast nicht mehr weiß, sind mehr Zivilisten oder mehr Soldaten in Lechenich.“¹⁰⁵¹ Pfarrer Lennartz musste die Kirche auf Anordnung der Ortskommandantur und nach Absprache mit dem Kölner Generalvikariat fortan auch für evangelische Gottesdienste zur Verfügung stellen, eine Maßnahme, die in dem bisher fast rein katholischen Lechenich nicht mit großem Gefallen aufgenommen wurde.¹⁰⁵²

Pfarrer Josef Thomas aus Dirmerzheim verweist in seiner Pfarrchronik aus dem Jahr 1939 ebenfalls auf viele Einquartierungen.¹⁰⁵³

Auch das Altenheim und Krankenhaus in Frauenthal, das von Kölner Vincentinerinnen geleitet wurde, musste der Wehrmacht nach einer mit dem Vorstand des Hospitals getroffenen Abmachung einige Räume und medizinische Einrichtungen als Feldlazarett mit 35 Betten zur Verfügung stellen.¹⁰⁵⁴

In den Notizen der Schönstattschwwestern aus Bliesheim heißt es in den Jahren 1939 und 1940:

„Am 13.12.1939 wurde uns [...] eine Frau mit 3 Kindern gebracht (Flüchtlinge aus dem Saargebiet). Wir konnten sie nicht gut abweisen. [...] Wir machten unsere

¹⁰⁴⁹ PfA Le, o. S.

¹⁰⁵⁰ Ebd.

¹⁰⁵¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 74. „Die ersten Soldaten, die gekommen waren, waren Schlesier, die den Polenkrieg mitgemacht hatten und nun etwas Ruhe finden sollten. [...] Ein gutes Drittel von ihnen war katholisch. Sie beteiligten sich ziemlich eifrig am Gottesdienst. [...] Josefsheim und Marienheim sind mit Soldaten belegt. Die weibliche Jugend und auch viele Frauen standen auch zu Soldaten auf allzu gutem Fuße.“

¹⁰⁵² Pfarrer Lennartz erinnerte sich nach dem Krieg, dass er entsetzt gewesen sei, als der evangelische Feldgeistliche nach der Abendmahlsfeier die übrig gebliebenen Hostien wieder in eine alte Mehltüte und den Wein in eine Flasche schüttete und dann in einem schäbigen Koffer verstaute. Vgl. Pfarrchronik St. Kilian II, S. 68.

¹⁰⁵³ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius Dirmerzheim, S.120: „November 1939 – In den ersten Kriegswochen wurde durchziehenden Truppenverbänden kurze Rast in unserem Ort gewährt.[...] Von November ab aber hatte Dirmerzheim einer Munitionskolonie, einer Panzerabwehrabteilung und einer Sanitätskompanie Dauerquartier zu geben. Unser abgelegenes Dörflein war Garnison geworden und blieb es bis zum 14.Mai 1940, als die deutschen Armeen in die Länder Westeuropas vorrückten. Im Dirmerzheimer Feld richtete sich eine schwere Flak-Batterie ein. Es waren österreichische Soldaten aus dem Standort Linz an der Donau, die bald in engem Kontakt und geselligen Verkehr mit der Ortsbevölkerung standen. Die netten und charmanten Österreicher gewannen vor allem die Herzen der weiblichen Jugend, was zur Folge hatte, dass nicht weniger als 11 Mädchen leider einige im unreifen Alter unter 20 Jahren einen Flaksoldaten aus Österreich zum Lebensgefährten erkoren. Nicht alle diese Ehen konnten vom Standpunkt des Seelsorgers aus ihre Billigung finden. Als später die Österreicher durch Hannoveraner und Oldenburger abgelöst wurden blieben diesen die Herzen verschlossen. Sie benahmen sich [...] unnahbar – diese Norddeutschen.“

¹⁰⁵⁴ Provinzialarchiv der Vincentinerinnen, Köln, Nr. 05-002.

„Rumpelkammer“ wieder frei, die wir wegen der Entrümpelung des Speichers eingerichtet hatten und machten es der Familie [...] so nett als es in unseren Kräften stand [...] Am 29. Jan. 40 wurde der Kindergarten und das Arztzimmer von Militär beschlagnahmt und eine Revierstube daraus gemacht. Das große Kindergartenzimmer war durch einen Vorhang abgetrennt. Der größere Teil diente als Krankenstube – der kleinere Teil als Wartezimmer und im Arztzimmer funktionierten die Stabsärzte. Auch der Gesellschaftsaal wurde für Unterrichtszwecke stundenweise in Beschlag genommen.¹⁰⁵⁵

Wie die Pfarrer aus Lechenich und Liblar schon zu Beginn des Krieges festgestellt hatten, erzwangen auch strenge Luftschutz- und Verdunkelungsbestimmungen eine Reduzierung des kirchlichen Lebens. An Gottesdiensten durften nur so viele Personen teilnehmen, wie bei einem Fliegerangriff in nahe gelegenen Luftschutzräumen untergebracht werden konnten. Das Bürgermeisteramt in Lechenich hatte nach langen Verhandlungen mit dem Pfarrer zugestimmt, dass maximal 200 Personen in der Kirche anwesend sein durften.¹⁰⁵⁶ Um allen Pfarrangehörigen die Teilnahme am Gottesdienst zu ermöglichen, musste die Gottesdienstordnung geändert werden und mehr Messen als üblich, insbesondere an Sonntagen, gelesen werden.

Für die Kirche St. Lambertus in Bliesheim hatte die Luftschutzbehörde den Luftschutzraum für die Kirchenbesucher als nicht genügend bezeichnet. Da hier eine Erweiterung für einen Luftschutzraum nicht möglich war, musste der Kaplan den Kölner Erzbischof darum bitten, während Abwesenheit des Pfarrers an bestimmten Tagen drei hl. Messen lesen zu dürfen. (Bitte um Trination).¹⁰⁵⁷

Während die oben genannten Vorschriften in den Augen der Bevölkerung noch keinen direkten antikirchlichen Charakter zeigten, weil sich die Kirchengemeinden in ihrem Selbstverständnis als Teil des Volkes sahen, das die Lasten des Krieges mitzutragen hatte, trat ab der zweiten Hälfte des Jahres 1940 eine deutliche Radikalisierung der NS-Kirchenpolitik offen zutage.

8.3 Staatliche Eingriffe in die Gottesdienstordnung

Die oben erwähnte Radikalisierung der NS-Kirchenpolitik lässt sich in verschiedenen Bereichen aufweisen. Kurz nach dem Westfeldzug, am 12. Juli 1940, wurde allen Zivilgeistlichen und anderen kirchlichen Stellen der Versand religiöser Schriften an Wehrmachts- und

¹⁰⁵⁵ Aus: Notizen der Schönstattschwestern, Filiale Bliesheim, in: Archiv der Schönstattschwestern, Provinz Borken/Westf., Kapellenstr. 60.

¹⁰⁵⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S 81 f. „Heute sei schon folgendes gesagt: Bei einem Alarm verlassen sofort alle die Kirche, und zwar die Knaben durch die Sakristei, die Mädchen durch die Nebensakristei, die Erwachsenen auf der Epistelseite durch das Portal, das auf die Kirchstraße, die der Evangelienseite durch das Portal, das auf den Hindenburgplatz führt.“

¹⁰⁵⁷ HAEK, GVA I, 562.

Reichsarbeitsdienstangehörige verboten.¹⁰⁵⁸ Einen noch tieferen Eingriff in den inneren Bereich der Kirche stellte die am 29. Oktober 1940 den deutschen Ordinariaten mitgeteilte „Führerentscheidung“ dar, wonach kirchliche Veranstaltungen nach nächtlichem Fliegeralarm vor 10 Uhr morgens verboten waren, da [...] die Bevölkerung nicht [...] in der Möglichkeit zum Ausruhen für Gesundheit und Arbeitseinsatz gestört werden“ sollte.¹⁰⁵⁹ Die deutschen Bischöfe protestierten gegen diesen Erlass und erreichten nach langwierigen Verhandlungen eine Änderung dahingehend, dass es ab 28. Dezember 1940 erlaubt war, kirchliche Veranstaltungen auch vor 10 Uhr durchzuführen, wenn die Entwarnung vor 24 Uhr erfolgt war. Am 3. Januar 1941 teilte das Kölner Generalvikariat den Pfarrern der Diözese diese Anordnung als vertrauliche Information mit.¹⁰⁶⁰ Der Pfarrer von St. Kilian gab allerdings diese Meldung am darauffolgenden Sonntag in allen hl. Messen bekannt.¹⁰⁶¹ Werktags durften nur stille Messen gehalten werden, bei denen Besteller und Angehörige durch die Sakristeitür zugelassen werden sollten. Die Kirchtüren mussten verschlossen sein.¹⁰⁶² Die aufgrund der staatlichen Verordnung erlassenen Maßnahmen bezüglich der Gottesdienste machten eine neue Zeiteinteilung notwendig.¹⁰⁶³ Dabei zeigte es sich aber, dass die Besucher sehr unterschiedlich verteilt waren. So wies die hl. Messe um 10 Uhr allein 700 Besucher auf, die um 13 Uhr 104 Teilnehmer. Die hohe Besucherzahl um 10 Uhr ist wohl mit dem damals noch strengen Nüchternheitsgebot vor dem Empfang der Kommunion zu erklären. Andererseits durften wegen der Luftschutzmaßnahmen aber, wie schon erwähnt, nur maximal 200 Personen in der Kirche anwesend sein. Die Schönstatt-Schwestern in Bliesheim berichteten, dass sie zunächst von diesem Verbot ausgenommen waren, Pfarrer oder Kaplan durften mit ihnen alleine eine Frühmesse feiern:

„Die Kirchtüren waren verschlossen, damit keine Gläubigen dazu kamen, denn für diese durfte ja erst der Gottesdienst um 10 Uhr beginnen. Wir wurden unwillkürlich an die Zeit der ersten Christen erinnert, die auch nur im Verborgenen – in den Katakomben – das hl. Messopfer feiern durften. Recht froh waren wir um diese Frühmesse, konnte doch jede von uns nachher ungestört mit ihrer Arbeit beginnen.“¹⁰⁶⁴

Nach dem 30. März 1941 mussten die Kirchtüren nach Alarm bis 10 Uhr ganz geschlossen bleiben.¹⁰⁶⁵ Die Schönstattschwwestern in Bliesheim notierten im April 1941:

¹⁰⁵⁸ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S.202.

¹⁰⁵⁹ Ebd., Anm. 49.

¹⁰⁶⁰ Ebd., S. 203.

¹⁰⁶¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 1.

¹⁰⁶² Ebd.

¹⁰⁶³ Sonntags wurden die Messen nach mitternächtlichem Alarm um 10 Uhr, um 11.30, 12.30 und 13 Uhr gelesen. Vgl. Pfarrchronik II, S. 3.

¹⁰⁶⁴ Aus: Notizen der Schönstattschwwestern aus Bliesheim.

¹⁰⁶⁵ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 4.

„Seit einigen Tagen gab es auch eine neue Verordnung. Die stille hl. Messe in der Frühe nach nächtlichem Fliegeralarm, zu welcher wir Schwestern bisher nur allein Zutritt hatten, darf von niemandem mehr besucht werden. [...] Wir konnten nun auch erst der hl. Messe um 10 Uhr beiwohnen, was gerade für uns keine geringe Verschiebung unserer Arbeit gab. An das lange Nüchternbleiben hatten wir unsere Mägen schnell gewöhnt. Oft mussten wir staunen, wie viel Leute auch dann noch kommunizierten.“¹⁰⁶⁶

Pfarrer Siegfried Brandts aus Kierdorf vermerkte in seiner Pfarrchronik:

“Nach einer Verfügung des Reichskirchenministers –II/1353/42, 21. Mai 1942 – die im Laufe des Juli durch einen Polizeibeamten mir mündlich bekanntgemacht wurde, dürfen nach nächtlichem Fliegeralarm Exequien und Jahrgedächtnisse nur dann vor 10 Uhr gehalten werden, wenn sie als stille Messen gehalten werden. Die Beteiligung nicht größer als 25 Angehörige, für die besondere Eintrittskarten ausgegeben sind, der Eintritt und Austritt erfolgt durch die Sakristei, die Kirchentüren bleiben verschlossen, damit jeder Anschein eines öffentlichen Gottesdienstes vermieden wird.“¹⁰⁶⁷

Dieser Eingriff in die zeitliche Gestaltung der Gottesdienste, d. h. in den inneren Bereich kirchlichen Lebens, wurde von den deutschen Bischöfen und von vielen Priestern als reine Willkürmaßnahme betrachtet, zumal diese Regelung ja nicht für den allgemeinen Arbeitsbetrieb und auch nicht für den sonntäglichen HJ-Betrieb galt.¹⁰⁶⁸

8.4 Staatliche Bestimmungen zu Kirchenglocken und Glockengeläut

Auch die Einschränkung des Läutens der Kirchenglocken lässt sich nicht aus kriegsbedingten Notwendigkeiten erklären. Das wird am Beispiel von St. Kilian klar erkennbar. Nachdem bei Kriegsausbruch das Läuten, wie oben erwähnt, ganz verboten worden war, wurde den Pfarrgemeinden im Mai 1940 wieder ein – wenn auch eingeschränktes – Läuten gestattet, und zwar während 8 Uhr morgens und 18 Uhr abends vor allen hl. Messen und um 12 Uhr zum „Engel des Herrn“ (Angelus). In Friesheim, Niederberg und Borr durften die Glocken vom 2. bis 5. September 1939 nur zum Zweck von Fliegeralarm und Entwarnung geläutet werden, danach war zunächst alles Läuten verboten.¹⁰⁶⁹ Nach den deutschen Siegen in Frankreich musste Anfang Juni sogar eine Woche lang zwischen 12 und 13 Uhr geläutet und die Fahnen gehisst werden. Wenige Tage später verbot der Bürgermeister in Lechenich das Läuten schon wieder

¹⁰⁶⁶ Aus: Notizen der Schönstattschwestern aus Bliesheim.

¹⁰⁶⁷ PfA Kie, B 7, Chronik der Pfarrgemeinde Kierdorf 1941-1953.

¹⁰⁶⁸ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 203.

¹⁰⁶⁹ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martinus, Borr, S. 114.

weitgehend. Nachdem Pfarrer Lennartz erfahren hatte, dass im weiteren Umkreis, z. B. in Euskirchen und Köln mit wenigen Einschränkungen geläutet werden durfte, wurde er am 14. Oktober diesbezüglich beim hiesigen Bürgermeister vorstellig. Dieser ließ sich unter dem Vorwand, seine Entscheidung mit dem Landrat in Euskirchen absprechen zu müssen, viel Zeit und vertröstete den Pfarrer bzw. den beauftragten Küster von St. Kilian mehrmals. Dann gestattete er endlich das Läuten zwischen 8 und 18 Uhr, außer um 12 Uhr zum Angelusgebet. Erst nachdem der Pfarrer angekündigt hatte, selbst beim Landrat nachzufragen, durfte auch um 12 Uhr geläutet werden.¹⁰⁷⁰

In zwei Proklamanda vom 1. und 3. November 1940 unterrichtete der Pfarr-Rektor von Köttlingen die Gläubigen über die geltenden staatlichen Bestimmungen des Glockenläutens.

Demnach galten für das Läuten folgende Einschränkungen: bei Fliegeralarm, in der Zeit von 18 bis 8.00 Uhr und bei Taufen und Trauungen durfte nicht geläutet werden. An den Orten, wo nachts Fliegeralarm gewesen war, durfte „mit Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung und die Jugend“ nicht vor 13 Uhr des folgenden Tages geläutet werden.¹⁰⁷¹

Die Bronzeglocken waren schon am 15. März 1940 beschlagnahmt worden. Damit wurden zahlreiche Pfarren auch in der Stadt Erftstadt ihres äußeren Lebenssymbols beraubt.¹⁰⁷² Den Kirchenglocken kam in den katholischen Gemeinden eine ganz besondere Bedeutung und Wertschätzung zu. Das hatte sich schon nach dem Ersten Weltkrieg gezeigt, wo viele der damals eingeschmolzenen Glocken durch großzügige Spenden der Gläubigen ersetzt worden waren. Als in Bliesheim am 7. Januar 1942 die beiden nach dem letzten Krieg aus Spenden wieder angeschafften Glocken aus dem Glockenturm geholt wurden, um als Rohmaterial für Kriegszwecke verwendet zu werden, nahmen viele Bliesheimer „mit Tränen in den Augen [...] von ihren Glocken Abschied.“¹⁰⁷³

In St. Martinus in Kierdorf wurden am 15. Mai 1942, morgens um 7 Uhr, zwei von drei Glocken, die „unter großen Opfern an Stelle der im Kriege zum Opfer gefallenen angeschafft worden waren“ abtransportiert.¹⁰⁷⁴ Von den Glocken in Friesheim konnte die große (von 1410) mit Hilfe der Denkmalpflege in Bonn erhalten bleiben, die mittlere wurde leihweise bis nach dem Krieg der Pfarrkirche in Dirmerzheim überlassen, die kleine Glocke wurde am 18. August

¹⁰⁷⁰ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 89 f.

¹⁰⁷¹ PfA Kö, B 3, Proklamanda 1937 – 1941, 1.11.1940 und 3.11.1940.

¹⁰⁷² Kösters, Chr., Kirche und Glaube an der „Heimatfront“. Katholische Lebenswelt und Kriegserfahrungen 1939-1945, in: Hummel/Kösters (Hg.), Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, Paderborn 2007, S. 366.

¹⁰⁷³ Hardegen, R., S. 168. Die Glocken waren erst 1926 angeschafft worden.

¹⁰⁷⁴ PfA Kie, B 7, Auszug aus der Pfarrchronik St. Martinus Kierdorf.

1942 abmontiert und später zur Einschmelzung weggeschafft.¹⁰⁷⁵ In St. Alban in Liblar wurde im September 1942 eine schwere Bronzeglocke abtransportiert.¹⁰⁷⁶ Am 1. und 3. August 1942 wurden in St. Kilian drei und in der Kapelle Heddinghoven zwei Glocken abgenommen, um eingeschmolzen zu werden. Die Glocken blieben fast sechs Wochen bis zu ihrem Abtransport neben den Kirchtürmen stehen und wurden oftmals von Kindern mit Steinen beworfen. Als bei der Glockenabnahme in St. Kilian Schäden am Glockenturm entstanden, wurden diese dem Pfarramt zwar schriftlich bestätigt, eine Reparatur aber erst auf die Zeit nach dem Krieg angekündigt.¹⁰⁷⁷ In Gymnich hatte man die beiden Glocken 1942 „in Obhut“ gegeben.¹⁰⁷⁸ In Herrig wurden am 5. Mai 1942 zwei Glocken abtransportiert, von denen die Kirche erst im Juli 1935 eine neu erhalten hatte. Auch in Frauenthal beschlagnahmte man am 14. September 1942 zwei der erst sechs Jahre alten und meist von Spenden der Gemeindemitglieder angeschafften Glocken. Eine alte, 1861 gegossene Glocke hatte der Lechenicher Amtsbürgermeister während einer kurzen Vakanz des Rektorats zur Metallsammlung abholen lassen.¹⁰⁷⁹ In anschaulicher Weise beschrieb Pfarrer Thomas die Bedeutung des Verlustes der Kirchenglocken am 16. April 1942 für die Gläubigen seiner Gemeinde in Dirmerzheim:

„[...] Da traf plötzlich zu Beginn des Jahres 1942 die Nachricht ein, daß unsere Glocken dennoch geopfert würden. Und so erfolgte die Abnahme der beiden kleinen Glocken am 16.4.1942 [...] Es war ein schauriger Tag für unsere Gemeinde, zumal auch für die älteren Leute, die nun bereits zum zweiten Mal in ihrem Leben die liebgewonnenen Kirchenglocken verabschieden mussten, die Glocken, die der Menschen Tagwerk so frohgemut begleiteten und zu allen festlichen und traurigen Anlässen ihr warme Stimme ertönen ließen. Sie sind aus dem Leben der Menschen nun einmal nicht wegzudenken. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei vielen Einsichtigen seit Abnahme der Glocken die Stimmung unter den Gefrierpunkt gesunken ist.“¹⁰⁸⁰

Im Zweiten Weltkrieg wurden von der Reichsregierung „zur Sicherung der Metallreserve für eine Kriegsführung auf lange Sicht“ insgesamt rund 90.000 Kirchenglocken konfisziert und zum Einschmelzen verschleppt. Nur etwa 5% des Gesamtbestands durften „vorläufig“ in den Türmen verbleiben. 16.000 Glocken waren bei Kriegsende in Sonderlagern gesammelt und nicht mehr verhüttet worden. Nach Kriegsende gelangten sie in die Kirchen zurück.¹⁰⁸¹

¹⁰⁷⁵ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 58.

¹⁰⁷⁶ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 90. Eine ausführliche Darstellung über die Glocken der einzelnen Gemeinden findet sich bei Jakob Schaeben, Glocken, Geläute, Türme im ehemaligen Landkreis Euskirchen, (Hg. Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz Köln.) Köln 1977.

¹⁰⁷⁷ Schreiben der Kreishandwerkerschaft des Kreises Euskirchen an das katholische Pfarramt St. Kilian vom 23.7.1943, Pfarrarchiv St. Kilian, o. S.

¹⁰⁷⁸ Weber, M., Ertstadt-Gymnich, S. 228.

¹⁰⁷⁹ PfA Li, Pfarrchronik Frauenthal, Bd. III, S. 15.

¹⁰⁸⁰ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, S.131.

¹⁰⁸¹ Vgl. Schaeben, J., S. IX.

Im weiteren Verlauf des Krieges wurden dann alle zur Kirche gehörenden Metallgegenstände beschlagnahmt. In St. Lambertus in Bliesheim gehörten dazu 23 Leuchter, 12 Apostelleuchter, ein „Ewiges Licht“, ein Kreuz, zwei Kännchen und zwei Metallblumenvasen.¹⁰⁸²

In St. Kilian in Lechenich beschloss der Kirchenvorstand in seiner Sitzung am 5. Juli 1944, gemäß den staatlichen Richtlinien und den Anweisungen des erzbischöflichen Generalvikariats, die kirchlichen Metallgegenstände abzuliefern.¹⁰⁸³

Am 27. Juni 1944 hatte der Kirchenvorstand von St. Martinus in Pingsheim beschlossen, die kirchlichen Metallgegenstände abzuliefern, u. a. einen Messing-Altarleuchter und einen sieben-armigen Leuchter.¹⁰⁸⁴

8.5 Seelsorgliche Betreuung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern

Beispielhaft für die Radikalisierung der NS-Kirchenpolitik waren die Vorschriften bzw. Verbote bezüglich der seelsorglichen Betreuung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Deren Arbeitseinsatz im Deutschen Reich war während des Zweiten Weltkriegs keine Randerscheinung. Insgesamt waren in dieser Zeit 8.400.000 Zivilarbeiter, ca. 4.600.000 Kriegsgefangene und etwa 1.700.000 KZ-Häftlinge in der Industrie und Landwirtschaft tätig.¹⁰⁸⁵

Seit dem Jahr 2011 gibt es eine grundlegende Studie über die Zwangsarbeit im Erzbistum Köln.¹⁰⁸⁶ Einige wesentliche Erkenntnisse dieser Arbeit spiegeln sich auch in den Quellen, die die Situation der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen in den Orten Erftstadts betreffen, wider. Mit Kriegsbeginn verschärfte sich die gesetzliche Diskriminierung „rassisch minderwertiger“ Volksgruppen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen. Das führte auch zu massiven Kompetenzbeschneidungen der katholischen Kirche in Bezug auf die seelsorgliche Betreuung von Ausländern.¹⁰⁸⁷ Da es sich bei den meisten der Fremdarbeiter und späteren Kriegsgefangenen

¹⁰⁸² PfA Bl, III,8.

¹⁰⁸³ PfA Le, Kirchenvorstandsprotokoll-Buch St. Kilian, o. S.

¹⁰⁸⁴ Pfarrarchiv St. Martinus, Pingsheim, Kirchenvorstandsprotokoll vom 27.6.1944, in: PfA Erp.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Spoerer, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart/München 2001 und die klassische Studie von Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Essen 1985.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Ostermann, Anne, Zwangsarbeit im Erzbistum Köln. Kirchliche Einrichtungen und ausländische Zivilarbeiter während des Zweiten Weltkrieges, in: Studien zur Kölner Kirchengeschichte, hrsg. Vom Historischen Archiv des Erzbistums Köln, 41. Band, Siegburg 2011. Hier werden sowohl die von der NS- Rasseideologie bestimmten Maßnahmen bezüglich Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen dargestellt, als auch deren Einsatz in katholischen Einrichtungen beschrieben.

¹⁰⁸⁷ Ebd., S. 54.

in den Orten der Stadt Erftstadt um Polen handelte, waren diese auch von den diskriminierenden Maßnahmen der Nationalsozialisten im Hinblick auf ihre seelsorgliche Betreuung besonders stark betroffen. Insgesamt hatte die Zahl der polnischen Staatsangehörigen kurz vor Kriegsausbruch in der Rheinprovinz 8.000 betragen.¹⁰⁸⁸

Wenn auch die Quellen im Stadtarchiv Erftstadts nur ein unvollständiges Bild über die Lage der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen erlauben, so sind aber die Existenz von Kriegsgefangenenlagern in Lechenich, Ahrem, Konradsheim, Herrig, Erp, Dorweiler und Pingsheim belegt. Zwangsarbeiter waren auch in anderen Orten der Stadt Erftstadt,¹⁰⁸⁹ in der Landwirtschaft in Friesheim oder im Braunkohleabbau in Liblar, wahrscheinlich auch in der Krautfabrik Patria in Lechenich und in der Westdeutschen Maschinenfabrik in Liblar beschäftigt.

Einige Pfarrchroniken und Schriftverkehr der einzelnen Pfarrer sowohl mit dem Kölner Generalvikariat als auch mit dem Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Lechenich lassen deutlich erkennen, dass sich im Laufe des Zweiten Weltkrieges sowohl das nationalsozialistische Verhalten, insbesondere gegenüber polnischen und russischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, verschärfte als auch das damit zusammenhängende Verhältnis zur katholischen Kirche. Erst einige Monate nach Kriegsausbruch wurde staatlicherseits eine geistliche Betreuung der Ausländer möglich, wobei Gottesdienst und Sakramentenempfang im Mittelpunkt standen. Hierfür waren nach staatlichem Willen hauptsächlich die Wehrmachtspfarrer zuständig.¹⁰⁹⁰ Allerdings lag in den Gemeinden der Stadt Erftstadt die seelsorgliche Betreuung der meist polnischen, später auch französischen Gefangenen und Zwangsarbeiter in den Händen der jeweiligen Zivilgeistlichen der Ortsgemeinden.¹⁰⁹¹ Ihr diesbezügliches Wirken fand in fast allen Pfarr- und auch behördlichen Archiven seinen Niederschlag. Recht ausführlich dokumentiert ist die seelsorgliche Betreuung für St. Kilian. Hier finden sich wesentliche Ausführungen in der Pfarrchronik als auch im Schriftverkehr mit dem Amtsbürgermeister in Lechenich und

¹⁰⁸⁸ Ebd., S. 52. Detaillierte Informationen zum Einsatz von Zwangsarbeitern in der Region Rhein-Erft-Rur enthält der zur Ausstellung „Gezwungenermaßen- Zwangsarbeit in der Region Rhein-Erft-Rur“ erschienene Katalog. Hier handelte es sich um eine von der „Arbeitsgemeinschaft der Archivarinnen und Archivare im Erftkreis“ organisierte Wanderausstellung mit einer begleitenden Publikation, die 2003 in 2. Aufl. erschienen ist und anhand der bestehenden Archivalien das Schicksal und das Leben der in dieser Region beschäftigten Zwangsarbeiter aufzeigt.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Müller, Udo, Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Stadt Erftstadt zwischen 1939 und 1945, in: Jahrbuch Stadt Erftstadt 2002, S. 127-135 und Schüler, V. und Coenen, M., S. 121.

¹⁰⁹⁰ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 201.

¹⁰⁹¹ So erhielt der damalige Kaplan Sahler am 27.1.1940 vom katholischen Wehrkreispfarrer VI in Münster die schriftliche Genehmigung zur „seelsorglichen Betreuung der polnischen Kriegsgefangenen im Pfarrort Bliesheim“ mit acht detaillierten Anweisungen. Vgl. Pfarrarchiv St. Lambertus, Bliesheim, I, 12. Zu einer allgemeinen Darstellung der Lage der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Erftstadt vgl. Müller, U., Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Stadt Erftstadt zwischen 1939 und 1945.

dem Generalvikariat in Köln sowie mit der Zentralen Suchstelle für Vermisste UNRRA in Arolsen aus dem Juli 1946.¹⁰⁹²

Die von den Nationalsozialisten erlassenen Bestimmungen im Hinblick auf die geistliche Betreuung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter spiegeln im Kern das Selbstverständnis der nationalsozialistischen Rasseideologie wider. Pfarrer Lennartz durfte beispielsweise, als ihm am 25. März 1940 zum ersten Mal erlaubt worden war, mit den in einem Lager in Konradsheim¹⁰⁹³ untergebrachten gefangenen polnischen Soldaten einen Gottesdienst zu feiern, diesen nur in Form einer stillen heiligen Messe abhalten, ohne Ansprache oder Predigt. Er durfte auch keine Beichte hören. Der Gottesdienst durfte auch nicht in der Pfarrkirche St. Kilian stattfinden, sondern er musste in der Kapelle von Heddinghoven ohne Beteiligung von anderen deutschen Gläubigen gefeiert werden. Trotzdem, so berichtete Pfarrer Lennartz in der Pfarrchronik, hatten alle polnischen Gefangenen aus Konradsheim an der Messe teilgenommen und diese durch ihren „kräftigen Gesang“ unterstützt.¹⁰⁹⁴ Ab dem 8. September 1940 durfte jeden Sonntag für die gefangenen Polen, deren Lager inzwischen in Konradsheim aufgelöst worden war und die jetzt bei den Bauern, für die sie arbeiten mussten, untergebracht waren, eine hl. Messe gelesen werden. Da weiterhin Predigt und Beichte hören untersagt waren, und damit die Polen aber trotzdem die heilige Kommunion empfangen konnten, erteilte der Pfarrer ihnen jeweils eine Generalabsolution.¹⁰⁹⁵ Davon machten alle Gebrauch. Als plötzlich einer der Polen Mitte Oktober an einem Herzschlag gestorben war, konnte der Pfarrer ihn nach der Feier der Exequien im Beisein von 60 Landsleuten auf dem Friedhof neben der Heddinghovener Kapelle beerdigen.¹⁰⁹⁶ Die Zahl der polnischen Gottesdienstbesucher war bis zum Jahresende konstant.

Am 1. Dezember 1940, dem ersten Adventssonntag, wurde dann auch zum ersten Mal mit den nun in Konradsheim internierten französischen Kriegsgefangenen Gottesdienst gefeiert. Allerdings waren von den 30 Gefangenen nur 9 gekommen, die aber nicht zur Kommunion gingen

¹⁰⁹² Die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) hatte die Leitung des 1944 von alliierter Seite gegründeten Sachbüros für die Situation von Inhaftierten, Zwangsarbeitern und Flüchtlingen in Mitteleuropa. Der Hauptsitz der UNRRA war seit Januar 1946 in der hessischen Kleinstadt Arolsen.

¹⁰⁹³ Das Lager in Konradsheim befand sich im Saal der Gastwirtschaft von Witwe Marianne Schaaf, Frenzenstr. 106 (tel. Auskunft von Herrn Albert Esser, Blessem (2.10.2015)). In Blessem diente die Vorburg, das Wirtschaftsgebäude der Fam. Osterrieth, Radmacherstr. 9 als Lager. In Liblar waren die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in den Wirtschaftsgebäuden des Gutshauses Winterschladen (von 1950 bis 2015 Kloster „St. Josef“ der Klarissinnen), Carl-Schurz-Str. 106 untergebracht.

¹⁰⁹⁴ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 79 f.

¹⁰⁹⁵ Die Generalabsolution ist eine im Notfall (auch mehreren Personen zusammen) ohne private Beichte gegebene sakramentale Lossprechung von den Sünden, wenn aus irgendeinem Grunde eine private Beichte einstweilen nicht möglich ist, z.B. für Soldaten [...] Sie setzt wahre Reue und die Bereitschaft voraus, etwaige schwere Sünden später zu beichten. Vgl. Brinkmann, Bernhard, SJ., Katholisches Handlexikon, 2. Aufl. Kevelaer 1960.

¹⁰⁹⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 87 f.

und sich auch nicht mit Liedern aktiv am Gottesdienst beteiligten.¹⁰⁹⁷ Da die polnischen Gefangenen nach den Rassevorstellungen der Nationalsozialisten an einer der letzten Stellen ihrer „Rassenhierarchie“ standen, waren sie oft besonderer staatlicher Beobachtung und Schikanen ausgesetzt. Das erfuhr auch Pfarrer Lennartz, als er am 14. September 1941 nach der Messfeier für die Polen in Heddinghoven zum Hauptwachtmeister bestellt und danach befragt wurde, wer den Gottesdienstbesuch der aus benachbarten Orten nach Heddinghoven gekommenen polnischen Arbeiter organisiert habe. Diese selbst wurden, sofern sie von auswärts gekommen waren, von mehreren Wachtmeistern abgeführt. Pfarrer Lennartz waren die Ursachen für die Teilnahme vieler auswärtiger Polen nicht bekannt, und er konnte sich das Vorgehen der Polizei, die schon seit über einem Jahr die Gottesdienste überwacht hatte, nicht erklären. Das während der üblichen Kollekte gesammelte Geld wurde überprüft und dem Pfarrer eine Meldung an die Geheime Staatspolizei angekündigt.¹⁰⁹⁸ Einige Wochen später hörte der Pfarrer, dass die auswärtigen Polen eine Strafe von je 20 Reichsmark zahlen mussten. Er selbst wurde vom Bürgermeisteramt aufgefordert, zukünftig jeden Polen-Gottesdienst 14 Tage vorher schriftlich anzumelden mit Angabe von Ort, Zahl der Teilnehmer und Zeit, die bis dahin übliche Kollekte wurde verboten.¹⁰⁹⁹ Auf die danach erfolgte schriftliche Anmeldung eines Gottesdienstes für die polnischen Zwangsarbeiter wurde zunächst vom Bürgermeisteramt nicht reagiert, so dass erst einmal keine hl. Messe stattfinden konnte.¹¹⁰⁰

Am 5. Dezember 1941 erfuhr Pfarrer Lennartz, dass in der Kiesgrube bei Konradsheim ein polnischer Arbeiter im Beisein der anderen Polen des hiesigen Bezirks und in Anwesenheit des Bürgermeisters Dr. Geile erhängt worden war, weil er Beziehungen zu einem deutschen Mädchen gehabt haben sollte. Geistlicher Beistand und ein kirchliches Begräbnis waren ihm verweigert worden.¹¹⁰¹ Die Anwesenheit von Dr. Geile wurde in einem seiner späteren

¹⁰⁹⁷ Ebd., S. 93.

¹⁰⁹⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 14: „14. September. Kreuzerhöhung. Das war heute Morgen recht aufregend. Ich war selbst nach Heddinghoven zum Polengottesdienst gegangen. Nach der hl. Messe, als ich die Kirche verließ, standen alle Polen auf dem Weg zum Friedhof angetreten und wurden von einer Reihe von Wachtmeistern nach den Unterkunftsorten auseinandersortiert. Mir wurde gesagt, ich solle mich nachher beim Hauptwachtmeister melden. Nachdem die Polen auf ihre Ausweise und das ‚P‘, das sie an der linken Brusttasche tragen müssen, untersucht und die auswärtigen Polen aufgeschrieben und abgeführt worden waren (Die hiesigen konnten wieder nach Hause gehen), wollte der Hauptwachmeister von mir wissen, wer dieses Zusammenströmen von Polen aus fast allen benachbarten Orten [...] organisiert habe [...] Davon, dass sich die kriegsgefangenen Polen, die sonst als Zivil-Arbeiter gelten, nur in ganz bestimmten Grenzen bewegen dürfen, dass viele der zu uns kommenden Polen aber diese Grenzen überschritten hatten, war mir nichts bekannt. Wie hätte ich auch auf diese Vermutung kommen sollen, wo doch der Gottesdienst schon über ein Jahr lang in dieser Form unter den Augen der Polizei gehalten wird.

¹⁰⁹⁹ Ebd.

¹¹⁰⁰ Ebd., S. 15.

¹¹⁰¹ Ebd., S. 17. Die Leiche wurde von der Gestapo Bonn mitgenommen. Vgl. StAEft, A 03-711. Ein Beitrag des Bonner Historikers Horst-Pierre Bothien zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008 verweist auf ein beim Anatomischen Institut der Universität Bonn sich befindendes Leichenbuch, in dem alle von 1900 bis 1952 zur Obduktion eingelieferten Leichen aufgeführt worden sind. Hier sind auch

Gerichtsverfahren mit seiner Stellung als damaliger Ortspolizeiverwalter, der auf Aufforderung der Gestapo gehandelt habe, erklärt.¹¹⁰²

Am 1. November 1942 wollte der Bürgermeister Dr. Geile die Gottesdienste für die Polen mit der Begründung, sie dürften bei einem eventuellen Fliegerangriff nicht mit deutschen Zivilpersonen in einem Luftschutzraum untergebracht werden, ganz verbieten. Nachdem Pfarrer Lennartz dann auf einem in der Nähe der Kapelle gelegenen kircheneigenen Grundstück durch die Polen selbst Splittergräben für diese hatte anlegen lassen wollen und er darauf hingewiesen hatte, dass die Polen bei ihren Quartierleuten ja bisher auch mit in die Keller gegangen seien und mitgeholfen hätten, Brandbomben zu löschen und Schäden zu reparieren, erlaubte Dr. Geile den Polen schließlich, die Keller der Bürger von Heddinghoven und Konradsheim mitzubnutzen. Damit waren die Gottesdienste für die polnischen Arbeiter wieder möglich geworden.¹¹⁰³

Allerdings belegen viele schriftliche Gottesdienstanmeldungen von Pfarrer Lennartz, dass die Messen von den örtlichen Behörden strikt kontrolliert wurden. Nach 1942 durften die Gottesdienste für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter generell nur noch einmal monatlich am ersten Sonntag zwischen 10 und 12 Uhr durchgeführt werden.¹¹⁰⁴ Das katholische Selbstverständnis von geistlicher Seelsorge für ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, deren Menschenwürde unbedingt zu achten war, eine Vorstellung, die dem nationalsozialistischen Rassedanken völlig entgegengesetzt war, hatte also auch in Lechenich zu Auseinandersetzungen zwischen Klerus einerseits und Staats- und Parteibehörden andererseits geführt.

Pfarrer Müllenbruck aus Borr beklagte, dass ab August 1941 aufgrund einer Entscheidung des Reichskirchenministeriums keine polnischen Lieder mehr im Gottesdienst gesungen werden durften. Er durfte auch keine Trauungen oder Taufen bei den polnischen Zwangsarbeitern bzw. Kriegsgefangenen vornehmen.¹¹⁰⁵

verstorbene Fremdarbeiter aufgeführt, die stranguliert wurden. Zu diesen gehört auch der am 5. Dezember 1941 in Konradsheim getötete Franz Skotarczak, für den sich auch auf dem Bonner Nordfriedhof ein Ehrengrab befindet. Vgl. Bothien, H-P., Ein Beitrag zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008, Rheinbach 2007, S. 7 (StAEft).

¹¹⁰² HHStA, Abt. 520/Ks. Nr. 4884, Anlage 6, Erklärung des Stadt- und Amtsinspektors Karl Anton vom 8.7.1949.

¹¹⁰³ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 24.

¹¹⁰⁴ Kösters, Chr., Kirche und Glaube an der „Heimatfront“, S. 385.

¹¹⁰⁵ PfA Fr, Pfarrchronik Borr, S. 176: Die polnischen Arbeiter bezogen im Januar 1942 das neuengerichtete Gefangenenlager im Saal Heinrich Erker. Im Herbst 1941 war bereits ein kleines Lager im Hof des Drieschhofs mit russischen Gefangenen eingerichtet worden. Die russischen Gefangenen waren so unterernährt, dass sie zunächst keine normale Kost zu sich nehmen konnten, sondern mit Haferschleim ernährt werden mussten. Zuvor waren Franzosen auf dem Drieschhof untergebracht. Franzosen lebten dort auch wieder ab Anfang Oktober 1944 bis zwei Tage vor dem amerikanischen Einmarsch. Unter ihnen befand sich auch ein katholischer Priester, der dort jeden Morgen die hl. Messe las, an der auch die Bewohner des Drieschhofes teilnahmen. Die meisten Franzosen wurden am 28. Februar 1945 Richtung Rhein weggebracht. Einige hatten sich versteckt und nach dem Einmarsch den Amerikanern gestellt.

In den Pfarrchroniken der anderen Kirchengemeinden der Stadt Erftstadt wurde weniger ausführlich auf die seelsorgliche Betreuung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter eingegangen. Lediglich der Pfarrer Alfons Keever aus St. Martinus in Pingsheim berichtete, dass nach Absprache mit dem Kommandoführer des französischen Gefangenenlagers in Pingsheim vereinbart worden war, den französischen Kriegsgefangenen zuerst am 24. November 1940, dann am 1. Adventssonntag und am zweiten Weihnachtsfeiertag, danach einmal monatlich die Möglichkeit zur Mitfeier der hl. Messe zu geben. Am 18. Mai 1941 feierte der Pfarrer zum letzten Mal mit diesen Kriegsgefangenen den Gottesdienst, weil gemäß einer militärischen Verfügung nur noch ein französischer Priester, der selbst Kriegsgefangener war und in Friesheim wohnte, mit den französischen Gefangenen die hl. Messe feiern durfte, und zwar außerhalb von Kirchen, entweder auf dem Sportplatz, im Lager oder innerhalb eines Gutshofes.¹¹⁰⁶ Als bei einem kleineren Bombenangriff im Jahre 1944 auf einen bei Pingsheim nahe gelegenen Bauernhof eine polnische Zwangsarbeiterin von Splittern tödlich getroffen wurde, durfte der Pfarrer diese nicht öffentlich beerdigen, weil kirchliche Handlungen an Nichtdeutschen von den Nationalsozialisten verboten worden waren. Er nahm die kirchliche Einsegnung im Stillen vor, was ihm von den anderen Polen im Ort „anerkennend vermerkt“ wurde.¹¹⁰⁷

In Erp erinnerte sich der im Dezember 1944 für den erkrankten Pfarrer Limbach als Stellvertreter eingesetzte Pfarrer Dr. Joseph Hahn, dass zwei bei Kriegseinwirkungen ums Leben gekommene Polen nicht, wie die einheimischen Opfer aus Erp, in die Kirche getragen werden durften, sondern vor das barocke Wachhäuschen vor dem Turm hingelegt worden waren.¹¹⁰⁸ Dies entsprach den staatlichen Anordnungen des Reichsministeriums für kirchliche Angelegenheiten vom 5. Juni 1943.¹¹⁰⁹

In einigen Gemeinden geht aus dem Schriftverkehr zwischen den dortigen Geistlichen und dem Kölner Generalvikariat hervor, dass diese sich um die Seelsorge der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter kümmerten. Sie mussten nämlich um die Erlaubnis bitten, an Sonn- und Feiertagen zwei bzw. dreimal die Messe lesen zu dürfen, um Polen und Franzosen die Teilnahme an einer Messfeier zu ermöglichen. So bat Dechant Linden aus Liblar für zwei Priester seines Dekanats am 27. Mai 1940 um eine solche Erlaubnis. Beide sollten ab dem 3. Juni 1940 für das in Liblar befindliche Arbeitslager polnischer Kriegsgefangener Gottesdienste abhalten.¹¹¹⁰ Am 16. Juli 1940 bat er für sich selbst um die Erlaubnis der Trination, um für die inzwischen aus

¹¹⁰⁶ PfA Er, Pfarrchronik St. Martinus, Pingsheim, S. 5.

¹¹⁰⁷ Ebd., S. 19.

¹¹⁰⁸ Hahn, Joseph, Die letzten Kriegstage in Erp – Die Zeit von Weihnachten 1944 bis Pfingsten 1945, in: Jahrbuch 1995 Stadt Erftstadt, S. 39.

¹¹⁰⁹ Vgl. auch Ostermann, A., S. 61.

¹¹¹⁰ HAEK, GVA I, 3859.

den beiden Arbeitslagern in Blessem und Liblar zusammengefassten Insassen in der Rektoratskirche in Frauenthal Messe lesen zu können.¹¹¹¹

Am 21. April 1940 hatte der Pfarrer von Borr das Generalvikariat um die Erteilung der Trinationsfakultät gebeten. Polnische Kriegsgefangene, die in Borr untergebracht waren, hatten seit fast sieben Monaten keinen Gottesdienst mehr feiern können. Sie hatten durch die Wachmannschaften gebeten, zweimal monatlich an einer hl. Messe teilzunehmen. Auch die Kriegsgefangenen aus Niederberg wollten mitfeiern.¹¹¹²

In Friesheim bat Pfarrer Kleinen am 21. September 1940 darum, drei Messen lesen zu dürfen, um den „hier untergebrachten französischen Kriegsgefangenen Gelegenheit zum Besuch der Messe zu geben“.¹¹¹³

In Herrig waren auch französische, polnische und russische Kriegsgefangene als Landarbeiter eingesetzt.¹¹¹⁴ Über deren seelsorgliche Betreuung stehen keine Quellen zur Verfügung. Allerdings unterrichtet eine im Archiv der Stadt Erfstadt erhaltene Gerichtsakte über die allgemeine Situation speziell russischer Kriegsgefangener. Im Februar 1942 war eine in Herrig lebende ältere Frau von einem Wachposten angezeigt worden. Sie hatte einem russischen Kriegsgefangenen, der auf einem vorbeifahrenden Pferdefuhrwerk von einem Posten geschlagen worden war, ein Brötchen gegeben. Die Frau war selbst Mutter von elf Kindern, sechs ihrer Söhne waren im Krieg, vier davon in Russland. In der Anzeige der Ortspolizeibehörde Lechenich bei der Gestapo Bonn forderte der für Herrig damals zuständige Gendarm eine exemplarische Bestrafung wegen „unwürdigem und artvergessenem Verhalten“ gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen.¹¹¹⁵

Die im vorliegenden Kapitel deutlich erkennbaren Bemühungen der NS-Akteure, die kirchliche Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenen-seelsorge auch im lokalen Bereich zu boykottieren, bestätigen eine Feststellung von Christoph Kösters aus dem Jahre 2008:

„Die katholische Zwangsarbeiter-Seelsorge war keineswegs unpolitisch. Himmlers Gestapo- und SD-Stellen waren die kirchlichen Bemühungen ein Dorn im Auge, weil sie ihren weltanschaulichen Zielen zuwiderliefen. Sie sahen die katholische Seelsorge an ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen als Teil eines grundsätzlichen weltanschaulichen Entscheidungskampfes zwischen Staat und Kirche. Die katholische Kirche stand per se und deshalb auch mit ihrer Zwangsarbeiter-Seelsorge konträr zum totalitären Weltanschauungsanspruch des Nationalsozialismus.“¹¹¹⁶

¹¹¹¹ Ebd.

¹¹¹² HAEK, GVA I, 675.

¹¹¹³ HAEK, GVA I, 1973.

¹¹¹⁴ StAEft, A 03-1143, Schulchronik zu Herrig, S. 59.

¹¹¹⁵ StAEft, A 03-249.

¹¹¹⁶ Kösters, Chr., Zwangsarbeit und katholische Kirche 1939-1945, Geschichte und Erinnerung, Entschädigung und Versöhnung, Eine Dokumentation, hrsg. im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz von K.-J. Hummel

Auf den Arbeitseinsatz von ausländischen Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen der Stadt Erftstadt verweist lediglich der Hinweis einer der Schönstatt-Schwestern aus Bliesheim, wonach diese in ihrem ehemaligen Kindergarten, der seit November 1944 als Krankenrevier von der Wehrmacht beschlagnahmt worden war, zum Reinigen der Räume jungen ukrainischen Zwangsarbeiterinnen Anordnungen erteilen mussten.¹¹¹⁷

8.6 Restlose Zerschlagung des kirchlichen Presse- und Buchwesens

Ein weiteres massives Vorgehen gegen die katholische Kirche stellten die zunehmenden Beschränkungen und Verbote des Restes des kirchlichen Presse- und Buchwesens dar.

Das Erzbistum Köln entschloss sich im Februar 1941 zur Einstellung der Kirchenzeitung, nachdem die Reichspressekammer die Übertragung der Zeitungsrechte an einen Privatverleger verlangt hatte, der allerdings dem erzbischöflichen Ordinariat gegenüber keine Verpflichtung übernehmen durfte, d. h. das Bistum hätte keinen Einfluss mehr auf die Kirchenzeitung gehabt.¹¹¹⁸ Bis Ende Mai 1941 konnte zwar noch das katholische Sonntagsblatt „Maternus“ erscheinen, das im katholischen Verlag Bachem verlegt wurde, aber mit Wirkung vom 1. Juni desselben Jahres verbot die Papierwirtschaftsstelle allen kirchlichen Zeitschriften den Bezug und Verbrauch von Papierbeständen.¹¹¹⁹ Der „Kirchliche Anzeiger für die Erzdiözese Köln“ musste sich am 29. April 1941 staatlicher Kontrolle unterstellen.¹¹²⁰

Mit den obigen Maßnahmen verbunden war das Vorgehen gegen den Borromäus-Verein mit dem Ziel, die letzten Reste kirchlicher Bildungsarbeit zu beseitigen.¹¹²¹ Die Tätigkeit des Borromäusvereins war von den Nationalsozialisten von Anfang an als starke Konkurrenz empfunden worden. Eine Reichsstatistik, die 1935 veröffentlicht wurde, weist für das Berichtsjahr 1933/1934 auf, dass rund ein Drittel der gesamten Volksbüchereiarbeit von katholischer Seite geleistet wurde. In der Rheinprovinz existierte das ländliche Büchereiwesen in

u. Chr. Kösters, Paderborn, München, Wien, Zürich, 2008, S. 126.

¹¹¹⁷ Vgl. Filialnotizen der Schönstatt-Schwestern in der Niederlassung Borken.

¹¹¹⁸ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 204 f.

¹¹¹⁹ Ebd. und PfA Li, , Pfarrchronik St. Alban, S. 86.

¹¹²⁰ Ebd. S. 205.

¹¹²¹ Der Borromäusverein war 1845 mit dem Ziel der „Verbreitung guter Schriften“ und einer „breiten Volksbildung“ gegründet worden. Er unterstand dem Erzbischof von Köln und hatte seinen Hauptsitz in Bonn. Es wurden viele Ortsvereine gegründet, und die zahlenden Mitglieder konnten in den Vereinsbibliotheken kostenlos Bücher entleihen.

Gemeinden unter 5.000 Einwohnern fast ausschließlich in katholischer Trägerschaft.¹¹²² Nach einer Verfügung des Reichserziehungsministers durften ab 1. Januar 1941 in den Borromäus-Büchereien nur noch katholische und erbauliche Bücher ausgeliehen werden. Die demnach auszuschließenden Bücher waren sicherzustellen und der Geheimen Staatspolizei zu melden. Nur einen Monat später erzwang die Kölner Staatspolizei, dass auch religiöse Literatur erzählenden Charakters entfernt wurde. Den Büchereien war damit noch ein Restbestand von zehn Prozent verblieben.¹¹²³ Von diesen Maßnahmen waren auch alle Borromäus-Büchereien der Gemeinden in der Stadt Erftstadt betroffen.

Schon im Jahre 1940 war in Friesheim „um jeden Anstoß zu vermeiden“, die Borromäusbücherei in „Pfarrbücherei“ umbenannt worden. Diese war bis zum Juli des Jahres in der Schule untergebracht gewesen, was aber vom Bürgermeisteramt nicht mehr gestattet worden war. Der Kirchenvorstand stellte deshalb in der Vikarie ein Zimmer zur Verfügung, in dem die Bücherei nun untergebracht wurde und wo die Bücherausgabe stattfand.¹¹²⁴ Mit der Umbenennung war man einem Wunsch der Nationalsozialisten nachgekommen, die damit den Öffentlichkeitscharakter katholischer Büchereiarbeit einschränken und die Rückverweisung auf den kirchlichen Raum betonen wollten.

In Dirmerzheim teilte Pfarrer Thomas seiner Gemeinde bereits in einem Proklamandum am 15. Dezember 1940 mit, dass sämtliche aus der Borromäus-Bibliothek ausgeliehenen Bücher „heute nach dem Hochamt“ abgeliefert werden müssten und dass eine Buchausleihe bis auf weiteres nicht mehr stattfinden könne. Die Gründe wollte er nachher in der Bücherei bekanntgeben.¹¹²⁵

Die Befolgung der staatlichen Anordnungen wurde insbesondere im Regierungsbezirk Köln durch die Organe der Gestapo strikt kontrolliert.¹¹²⁶ Es war auch verboten worden, die aussortierten Bücher zu verkaufen oder zu verschenken.¹¹²⁷ Der Direktor des Generalsekretariats des Borromäusvereins sah den Verein der „Machtlosigkeit“ ausgesetzt und „die Aufbauarbeit von 30 Jahren mit einem Schlage vernichtet.“¹¹²⁸

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hatte mit einem Schreiben vom 11. Februar 1941 auf die vielen Proteste der Diözesanpräses der Borromäusvereine hin die Beschlagnahme der Bücher damit gerechtfertigt, dass die Organe der Gestapo die

¹¹²² Vgl. Schmidt, Siegfried, Katholische öffentliche Büchereien, in *Bibliothek* 21, 1997, Nr.3, S. 309.

¹¹²³ Ebd., S. 205 f. und Brief des Diözesanpräses der Borromäusvereine des Erzbistums Köln, Joseph Teusch (1902-1976) v. 7.2.1941, in: Pfarrarchiv St. Lambertus, Bliesheim. o.S.

¹¹²⁴ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 57.

¹¹²⁵ PfA Gy, St. Remigius, Dirmerzheim, Proklamandum v. 15.12.1940.

¹¹²⁶ PfA Kö, Schreiben des Generalsekretariats des Borromäusvereins vom 3.4.1941, Ordner 9: Pfarrbücherei.

¹¹²⁷ Ebd.

¹¹²⁸ Ebd.

ausgesonderten Bücher nur sicherstellten, um sie vor Zerstreung und willkürlichen Zugriffen zu bewahren.¹¹²⁹

Die Borromäusvereine hatten gerade nach 1933 nachweisbar in den Erftstadt-Gemeinden eine wichtige Rolle gespielt. Der Pfarr-Rektor von Köttingen schrieb in der Pfarr-Chronik zum Jahre 1939: „In der weltanschaulich kämpferischen Zeit konnte das Rektorat eine gute Pfarrbücherei nicht entbehren. So wurde die Bücherei durch die Zentrale gut durchgesehen und in einer Woche zu Beginn des Jahres 1939 in Form gebracht.“¹¹³⁰

Pfarrer Thomas aus St. Remigius in Dirmerzheim vermerkte im Februar 1941:

„Während der Wintermonate war auch der seit langen Jahren ruhende Verein vom Hl. Karl Borromäus zu neuem Leben erstanden. Die 70 neuen Mitglieder aus allen Altersstufen bewiesen zur Genüge, daß in unserer Gemeinde ein großes Lesebedürfnis vorhanden ist. Dies zu befriedigen, sollte unsere Bibliothek durch umfangreichen Bücherkauf modernisiert und erweitert werden.“¹¹³¹

In Pingsheim war am ersten Novembersonntag 1940 die dortige Borromäusbücherei erstmalig der Zentrale in Bonn angeschlossen und von ihrem bisherigen Standort im Lehrerhaus ins Pfarrhaus verlegt worden.¹¹³²

Nach der in der Dirmerzheimer Bücherei durchgeführten Gestapokontrolle blieben nur noch „sieben alte Schmöcker“ zur Ausleihe, so dass die Bücherei geschlossen wurde.¹¹³³ Pfarrer Thomas hatte allerdings zuvor von der geplanten Kontrolle Kenntnis erhalten und deshalb alle Neuanschaffungen von ca. 150 Bänden und alle gut erhaltenen Bücher in seine Privatbibliothek eingestellt.¹¹³⁴

Im Rektorat Frauenthal hatte die dortige Borromäus-Bibliothek schon Anfang Februar 1941 die Ausgabe von Büchern eingestellt, nachdem der größte Teil der Bücher auf Anordnung der „weltlichen Behörde“ zum Dechanten gebracht worden war.¹¹³⁵

Im Verlauf des weiteren Jahres wurden dann sukzessive alle Borromäusbüchereien in den Erftstadt-Gemeinden zwangsweise geschlossen und enteignet.

Am 28. März 1941 unteruchte die Kriminalpolizei die Pfarrbücherei Friesheim auf „bestimmungswidrige“ Bücher und beschlagnahmte diese, die Bücherschränke wurden versiegelt.

¹¹²⁹ PfA Kö, Ordner 9, Schreiben von J. Teusch vom 21.2.1941 an Pfarr-Rektor Voß .

¹¹³⁰ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 100.

¹¹³¹ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, S. 125.

¹¹³² PfA Er, Pfarrchronik St. Martinus, Pingsheim, S. 3.

¹¹³³ Ebd.

¹¹³⁴ Recker, J., 250 Jahre St. Remigius, Erftstadt-Dirmerzheim 2008, S. 104.

¹¹³⁵ PfA Li, Pfarrchronik Rektorat Frauenthal, Bd. III, S. 11.

Pfarrer Kleinen bemerkte in der Pfarrchronik: „[...] besonders die Mitglieder des Borromäusvereins waren über diese Maßnahme verbittert, konnten sich dagegen aber nicht wehren.“¹¹³⁶

Die Pfarrbücherei in Liblar wurde von der Gestapo im April 1941 geschlossen.¹¹³⁷

1942 erfolgte auch in St. Kilian in Lechenich die restlose Beschlagnahme der katholischen Pfarrbücherei. Diese besaß damals mehr als 2.000 Bände. Außer 75 älteren Ausgaben wurden diese Bücher zunächst an einen Händler in Kierdorf weitergegeben. Dieser hatte vergeblich versucht, die Bücher dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. Er wurde gezwungen, alle beschlagnahmten Bände unter Aufsicht zu einer Papiermühle zu bringen, um sie dort zu vernichten.¹¹³⁸

Am Ende des Krieges rechnete man beim Borromäusverein mit ca. 2,5 Millionen Büchern, die durch Beschlagnahme und Kriegsschäden insgesamt vernichtet worden waren.¹¹³⁹

8.7 Aufhebung der katholischen Kindergärten

Wie schon die Ausschaltung der kirchlichen Presse und das Vorgehen gegen die Borromäusvereine gezeigt hatten, wollten einflussreiche Kreise in Partei, SS und Gestapo die durch den Krieg geschaffene Ausnahmesituation zu einer radikalen Bereinigung des Staat-Kirche-Verhältnisses benutzen. Zu den diesbezüglich gravierendsten Eingriffen der Partei gehörte die Aufhebung der katholischen Kindergärten. Die konfessionelle Trägerschaft von Kindergärten war der NSDAP „schon lange als letztes Hindernis auf dem Weg einer totalen Erfassung der nachwachsenden Generation erschienen“.¹¹⁴⁰ Das bisherige Zögern einer generellen Übernahme dürfte einmal durch die allgemeinen Rücksichten auf die Volksstimmung und zum anderen auf die finanziell und personell auf den Staat zukommenden Belastungen zu erklären

¹¹³⁶ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 57.

¹¹³⁷ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 85.

¹¹³⁸ Erklärung des Oberpfarrers Lennartz vom 12.10.1951, in: Pfarrarchiv St. Kilian. Der Pfarrer hat das Wort „gezwungen“ mit einem Fragezeichen versehen und handschriftlich vermerkt: „Er ließ sich, soviel ich mich erinnere, gern zwingen.“

¹¹³⁹ Schmidt, S., S. 309.

¹¹⁴⁰ Vgl. von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 212. Schon in der Juli-Ausgabe 1936 der Mitteilungsblätter des Gaues Köln-Aachen der NSDAP hieß es unter der Überschrift „Konfessioneller oder NSV-Kindergarten?“. „Die konfessionellen Betriebe tragen [...] stets den Charakter des konfessionellen Bekenntnisses ihrer Träger und Leiterinnen [...] sie stellen eine Gefahr dar für die Erziehung unserer vorschulpflichtigen Jugend, die wir nicht unterschätzen dürfen. Ein Kind wird bekanntlich in seinen ersten sechs Lebensjahren entscheidend fürs Leben geformt. [...] Es wird stets bemüht sein und bleiben, Stand und Konfession als das Primäre, Volk, Heimat, Vaterland dagegen als etwas Nebensächliches und Zweitklassiges zu empfinden. Dieser Mensch wird folglich untauglich für die Gemeinschaft, er vereinsamt und ist unserem Volk verloren.“ Vgl. Mitteilungsblätter des Gaues Köln-Aachen der NSDAP, Bd. 6 1936, Folge 7.

sein. Im Mai 1941 aber beschlagnahme die Partei dann unter formaler Berufung auf Reichstagsbrandverordnung und Polizeiverwaltungsgesetz alle konfessionellen Kindergärten im Regierungsbezirk Köln, übertrug Leitung und Verfügungsberechtigung an die NSV, ordnete gleichzeitig aber an, dass Ordensschwestern und sonstige Angestellte in den Kindergärten zu verbleiben und den Anweisungen der NSV-Beauftragen Folge zu leisten hätten.¹¹⁴¹

Im Kindergarten von St. Kilian, der im Marienheim in der Frenzenstr. 15 untergebracht war und von Vinzenterinnen aus Frauenthal geleitet wurde, erschien am 3. Juli 1941 morgens um 9.30 Uhr eine Kommission von mehreren Herren des Landratsamts Euskirchen in Begleitung von Dr. Geile und überreichte ein Schreiben des Regierungspräsidenten in Köln mit Datum vom 26. Juni 1941. In diesem wurde die Genehmigung zum Betrieb des pfarreigenen Kindergartens mit sofortiger Wirkung widerrufen. Derselbe wurde von der Staatspolizei samt allem Inventar sichergestellt, die Schwester und die anderen Hilfskräfte aufgefordert, zu verbleiben und ihre Arbeit unter Aufsicht der Kindergärtnerin aus dem hiesigen, vor kurzer Zeit eröffneten NSV-Kindergarten in der Herriger Straße (heute Stadthaus) in der bisherigen Weise fortzusetzen. Der Protest des Pfarrers wurde mit dem Hinweis auf den staatspolitischen Charakter der Maßnahme beantwortet.¹¹⁴² Der frühere Generalvikar und nach dem Tod von Kardinal Schulte zum Kapitularvikar gewählte Emmerich David wies in einem Schreiben vom 5. Juli alle Dechanten und karitativ tätigen religiösen Genossenschaften im Regierungsbezirk Köln an, die in den katholischen Kindergärten tätigen Schwestern und Angestellten dort nicht mehr weiter arbeiten zu lassen, weil ihnen ja die Genehmigung zum Führen der Kindergärten entzogen worden war. Die Kindergärten sollten ab 7. Juli schließen.¹¹⁴³ Ein entsprechender Anschlag am Tor des Marienheims informierte die Eltern entsprechend. Am Mittag wurde der Anschlag von der Polizei entfernt und der Pfarrer in einem Schreiben des Bürgermeisters aufgefordert, den Kindergarten bis 15 Uhr wieder zu öffnen und die Bevölkerung durch einen neuen Anschlag darüber in Kenntnis zu setzen. Pfarrer Lennartz widersetzte sich diesem Ansinnen und verwies abends gegen 18.30 den herbeigeeilten Gauamtsleiter und die Kreisleiterin der NSV auf die erzbischöfliche Behörde.¹¹⁴⁴ Der Kapitularvikar hatte die Rechtsträger der betroffenen Kindergärten gleichzeitig aufgefordert, sich im Interesse der notleidenden Mütter und Kinder brieflich bei der Staatspolizei dafür einzusetzen, dass diese sich beim Regierungspräsidenten in Köln um eine Zurücknahme des Widerrufs der staatlichen Genehmigung bemühen sollte.¹¹⁴⁵ Dies geschah auch durch den Pfarrer und den gesamten Kirchenvorstand von St. Kilian in einem

¹¹⁴¹ Ebd., S. 213.

¹¹⁴² PfA Le, o.S. Schreiben des Pfarrers Lennartz an den Kapitularvikar in Köln vom 3.7.1941.

¹¹⁴³ Ebd., Abschrift eines Briefes des Erzbistums Köln vom 5.7.1941.

¹¹⁴⁴ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 11.

¹¹⁴⁵ PfA Le, o.S., Abschrift eines Briefes des Erzbistums Köln vom 5.7.1941.

Einschreibebrief.¹¹⁴⁶ Gleichzeitig richtete der Pfarrer ein Schreiben ähnlichen Inhalts an den Regierungspräsidenten.¹¹⁴⁷ Am 8. Juli drängte der Bürgermeister den Pfarrer nochmals zur Wiedereröffnung des Kindergartens. Dieser weigerte sich abermals, versprach jedoch, sich in einer persönlichen Rücksprache im Generalvikariat in Köln zu vergewissern. Am 7. Juli hatte zwischenzeitlich das Erzbistum die Träger der katholischen Kindergärten angewiesen, auf eine neue Verfügung des Regierungspräsidenten vom gleichen Tag einzugehen und das Personal zur Weiterarbeit zu verpflichten.¹¹⁴⁸ Dieser Brief war aber erst verspätet an die Pfarreien gelangt, weil die Gebäude des Generalvikariats in der folgenden Nacht durch einen Bombenangriff auf Köln sehr stark beschädigt worden waren. So erfuhr Pfarrer Lennartz auch erst bei seinem persönlichen Besuch in Köln von dieser neuen Anweisung. Er sah darin eine Niederlage der Kirche in der Auseinandersetzung mit dem NS-Staat.¹¹⁴⁹ Der Kapitularvikar hatte wohl gegenüber der Partei eingelenkt, weil im Regierungsbezirk Düsseldorf während des Krieges keine generelle Beseitigung der konfessionellen Kindergärten geplant war, und er die Aufmerksamkeit der Parteileitung nicht auch auf Düsseldorf lenken wollte.¹¹⁵⁰ Der ehemals katholische Kindergarten in Lechenich öffnete folglich am 10. Juli wieder mit dem Schild „Kindergarten der NSV“. Diese hatte die Aufsicht und Oberleitung und war befugt, den Schwestern jederzeit ihre Tätigkeit aufzukündigen.¹¹⁵¹ Dies geschah dann auch am 6. November 1941. Die langjährige Kindergärtnerin, Schwester Patrona, wurde abgelöst und durch eine NSV-Kindergärtnerin ersetzt. Diese entfernte unverzüglich das Kreuz und die Schutzengelfigur aus dem Kindergarten im Marienheim und übergab diese der Schwester.¹¹⁵² Eine Benachrichtigung über die Absetzung der Schwester an die Eltern wurde von der NSDAP-Kreisleitung Euskirchen untersagt.¹¹⁵³ Die Pfarrgemeinde sollte für die Benutzung der Räume des Marienheims durch die NSV monatlich 117,73 RM (inklusive Strom- und Wasserverbrauch sowie Beheizung) erhalten.¹¹⁵⁴ In Bliesheim wurde den Schönstatt-Schwestern, die seit 1931 den dortigen pfarreigenen Kindergarten im Marienheim leiteten, der von 70 bis 80 Kindern besucht wurde, auch am 3. Juli 1941 die Genehmigung zur Führung desselben entzogen. Kindergarten und Kindergarteneinrichtung wurden der NSV überstellt.¹¹⁵⁵ Etliche Bliesheimer nahmen dies aber nicht einfach

¹¹⁴⁶ Ebd., Brief an die Geheime Staatspolizei.

¹¹⁴⁷ Ebd., Kopie des Schreibens an den RP Köln vom 7.7.1941.

¹¹⁴⁸ Ebd., Brief des Erzbistums Köln vom 7.7.1941.

¹¹⁴⁹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 11.

¹¹⁵⁰ Vgl. von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 213.

¹¹⁵¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 12.

¹¹⁵² Ebd., S. 16 und Kopie des Schreibens von Pfarrer Lennartz an das Generalvikariat Köln v. 14.11.1941, Pfarrarchiv St. Kilian, o. S.

¹¹⁵³ Ebd.

¹¹⁵⁴ Ebd., o.S., Schreiben der NSV, Gauverwaltung Köln-Aachen an KV Lechenich vom 7.9.1942.

¹¹⁵⁵ Hardegen, R., Chronik des Dorfes Bliesheim, S. 168 und HAEK, GVA I, 0559. In den Filial-Notizen der Schönstatt-Schwestern in Borken findet sich die Aufzeichnung eines Gesprächs, das im Jahre 1981 mit zwei

hin. Sie ließen, zumindest eine Zeit lang, ihre Kinder zu Hause. Nur drei oder vier Kinder besuchten jetzt den NSV-Kindergarten. Drei Frauen aus der Gemeinde unternahmen sogar den Versuch mittels persönlicher Vorsprache beim Regierungspräsidenten, die Überstellung rückgängig zu machen. Sie wurden in der Kölner Behörde den ganzen Tag über vernommen, um Schwestern oder Pfarrer als Anstifter zu entlarven. Schließlich konnten sie wieder nach Hause, ohne jedoch Konkretes erreicht zu haben.¹¹⁵⁶

In Gymnich wurde der Kindergarten von den dortigen Ordensschwestern der „Armen Dienstmägde Jesu Christi“ geleitet.¹¹⁵⁷ Im Kloster war auch der Kindergarten untergebracht. Diesen übernahmen im Juli 1941 auch die Nationalsozialisten, nachdem sie den Schwestern die Leitung des Kindergartens entzogen und Erzieherinnen der NSV übertagen hatten. Die Kosten für die Miete der Kindergartenräume waren für die Zivilgemeinde Gymnich wesentlich höher als in den anderen Gemeinden der Stadt Erftstadt. Das erklärt sich daraus, dass das Klostergebäude, in welchem der Kindergarten untergebracht war, nicht, wie meist üblich, der Kirchengemeinde gehörte, sondern dem Gymnicher Grafen Rudolf de Maistre. (1905-1968).¹¹⁵⁸ Dieser bestand als Eigentümer gegenüber den Nationalsozialisten auf einer angemessenen Mietzahlung, die er den Klosterschwestern als Entschädigung für ihren Einnahmeverlust durch den Fortfall des Kindergartens überließ.¹¹⁵⁹ Einige Eltern ließen nach der Übernahme des Kindergartens durch die NSV auch in Gymnich ihre Kinder denselben nicht mehr besuchen. So erinnert sich einer der Söhne des späteren Bürgermeisters Wildenburg daran, dass sein von Anfang an „ungeliebtes Kindergartendasein“ zu seiner großen Freude jäh endete, als er seinen Eltern das im NSV-Kindergarten neu gelernte „Morgengebet“ zitierte: „Händchen falten, Köpfchen senken, immer an den Führer denken.“¹¹⁶⁰

In Liblar wurde ebenfalls am 3. Juli 1941 der katholische Kindergarten im Liebfrauenhaus von der Gestapo für die NSV beschlagnahmt und dessen Leitung am 20. Oktober einer Kindergärtnerin der NSV übertragen. Damit waren die Schwestern aus dem Orden der Vinzentinerinnen vollständig ausgeschaltet.¹¹⁶¹ Hier wäre noch anzumerken, dass die Pfarrei, anders als etwa in

Zeitzeuginnen geführt wurde, die damals im Kindergarten ihr Pflichtjahr ableisten mussten. Sie erinnerten sich daran, dass nach der Überstellung des Kindergartens auf Anordnung der Partei das Kreuz und ein Foto des Gnadenbildes der „Dreimal Wunderbaren Mutter von Schönstatt“ entfernt werden mussten. Die Leiterin und Helferinnen hatten dies abgelehnt, der Polizist des Dorfes, der dazu den besonderen Auftrag hatte, war nicht auffindbar. Deshalb baten die Erzieherinnen zwei alte Herren, dies zu tun. Als wenig später einer der beiden tödlich verunglückte, wurde sein Tod in Zusammenhang mit der Entfernung des Kreuzes und des Marienbildes gebracht. Vgl. Notizen der Schönstatt-Schwestern.

¹¹⁵⁶ Ebd.

¹¹⁵⁷ Vgl. Bartsch, F., *Kontinuität und Wandel auf dem Lande*, S. 263.

¹¹⁵⁸ Zur Geschichte der Familie de Maistre vgl. Weber, M., *Erftstadt-Gymnich*, S. 293-300.

¹¹⁵⁹ Weber, M., *Erftstadt-Gymnich*, S. 406.

¹¹⁶⁰ Wildenburg, Matthias, *Redagdör – wie schreibt man das? Erinnerungen eines Journalisten*, Norderstedt, o. J.

¹¹⁶¹ PfA Li, *Pfarrchronik St. Alban, Liblar*, S. 86 f.

St. Kilian in Lechenich, keine Entschädigung für die Benutzung ihrer Räume und für Strom- und Wasserverbrauch erhielt. Dies sei mit Zahlung der Zuschüsse für das Liebfrauenhaus seitens der Zivilgemeinde abgegolten.¹¹⁶²

8.8 Aufhebung kirchlicher Feiertage

Ein weiterer tiefgreifender Eingriff in das Innenleben der katholischen Kirche war eine Verfügung des Reichsministers des Innern, durch die Heydrich unter dem 5. Mai 1941 den staatlichen Schutz kirchlicher Feiertage für die Dauer des Krieges aufhob. Dies betraf zunächst die Feste Christi Himmelfahrt und Fronleichnam. Diese waren auf die nachfolgenden Sonntage zu verlegen. Die für die ursprünglichen Feiertage vorgesehenen kirchlichen Veranstaltungen waren „auf den Umfang der Veranstaltungen an gewöhnlichen Wochentagen“ zu beschränken.¹¹⁶³ Diese für Klerus und Gläubige einschneidende Maßnahme findet in allen kirchlichen Quellen der katholischen Gemeinden der Stadt Erfstadt ihre nachhaltige Resonanz.

In St. Kilian in Lechenich waren am 22. Mai 1941, dem eigentlichen Fest Christi Himmelfahrt, die drei an Werktagen üblichen Messen fast so gut besucht wie Sonntagsmessen, obwohl die Kirche den Gläubigen Dispens von der Arbeitsruhe und vom Besuch der hl. Messe erteilt hatte. Die Feldarbeit in und um Lechenich ruhte fast vollständig, und die Geschäfte im Ort hatten keine Kundschaft.¹¹⁶⁴ Am Fronleichnamstag konnte wegen nächtlichen Fliegeralarms nur eine Messe um 10 Uhr gelesen werden. Die Kirche war nun überfüllt gewesen.¹¹⁶⁵

Pfarrer Kleinen aus Friesheim wies in der Pfarrchronik ebenfalls darauf hin, dass Fronleichnam erst am folgenden Sonntag gefeiert werden konnte, die Prozession aber auf Anordnung wegen „Luftgefahr“ ausfallen musste. Stattdessen wurde nach dem sonntäglichen Hochamt eine eucharistische Prozession in der Kirche gehalten.¹¹⁶⁶

Der Pfarrer von Borr führte in der Pfarrchronik namentlich alle Bauern auf, die am Fronleichnamsfest 1941 entweder selbst auf dem Feld arbeiteten oder ihre „Gefolgschaft“ arbeiten ließen. Nachdem einige Bauernfamilien ihre Arbeiter nicht zur Arbeit geschickt hatten, war diesen von Seiten der örtlichen Parteileitung mit der Gestapo gedroht worden. Danach hatte in Borr kein Landwirt mehr den Mut gehabt, die eigentlich katholischen Feiertage zu halten.¹¹⁶⁷ Der Pfarrer

¹¹⁶² Ebd., Protokollbuch der Kirchenvorstandssitzungen, Protokoll vom 10.3.1943.

¹¹⁶³ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus, S. 212.

¹¹⁶⁴ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 6.

¹¹⁶⁵ Ebd., S. 8.

¹¹⁶⁶ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 57.

¹¹⁶⁷ PfA Fr, Pfarrchronik von Borr, S. 178.

beklagte auch, dass schon am Pfingstfest des Jahres 1940 ohne kirchliche Erlaubnis einige landwirtschaftliche Betriebe arbeiteten und deshalb ein für Pfingstmontag angesetzter Gottesdienst für die polnischen Arbeiter nur von sechs Personen besucht werden konnte.¹¹⁶⁸

Angeordnet durch eine weitere staatliche Verfügung, von der die Geistlichen am 31. Oktober 1941 aus den Zeitungen erfahren hatten, durften sich auch die Gottesdienste am Allerheiligentfest nicht von Werktagsgottesdiensten unterscheiden. Trotzdem war die Kirche St. Kilian am Morgen „fast so gut besucht wie an Feiertagen“. ¹¹⁶⁹ Erst nach 19 Uhr durfte ein Festtagsgottesdienst stattfinden, den noch einmal 240 Personen besuchten.¹¹⁷⁰

Die Friesheimer Pfarrchronik weist darauf hin, dass auch an den anderen kirchlichen Feiertagen wie Maria Empfängnis (8. Dezember), am Fest der Erscheinung des Herrn (6. Januar) und am Fest Peter und Paul (29. Juni) die Gottesdienste auf „das an Werktagen übliche Maß beschränkt bleiben“ mussten.¹¹⁷¹ Auch die Pfarrchroniken von Liblar, Frauenthal und Pingsheim berichten über das Verbot von Festtagsgottesdiensten an den ursprünglich kirchlichen Feiertagen.¹¹⁷²

Die Grubenarbeiter in Liblar konnten ab 1943 sogar erst abends am sonntäglichen Gottesdienst teilnehmen, da sie an Sonn- und Feiertagen voll arbeiten mussten. Das galt auch für den Ostermontag.¹¹⁷³

Innerhalb der katholischen Gemeinden der Stadt Erftstadt kam dem Fest Christi Himmelfahrt in Gymnich eine ganz besondere Bedeutung zu, insofern an diesem Tag der traditionelle Gymnicher Ritt stattfand. Dessen Ablauf wurde während der Kriegsjahre massiv von den nationalsozialistischen Verantwortlichen eingeschränkt. Im Jahr 1940 gab es eine staatliche Anordnung, wonach die Kommunionkinder nicht mehr in ihren weißen Kleidern mitgehen durften, die einheimischen als auch die als Gäste angereisten Schützenbrüder benachbarter Vereine durften nur noch in Zivil teilnehmen, die zwölf großen Standarten konnten nicht mitgeführt werden, und der Prozessionsweg wurde erheblich gekürzt.¹¹⁷⁴ Nachdem Christi Himmelfahrt als Feiertag vom Staat abgeschafft worden war, fand die Prozession trotzdem statt, und zwar in zwei Teilen, einmal am Himmelfahrtstag und dann am darauf folgenden Sonntag. Im Jahre 1942 konnten noch zwei Geistliche, der Kaplan und der Vikar Weißenfeld, in Chorkleidung mitreiten.¹¹⁷⁵ Im nächsten Jahr durften sie dann nur noch in zivilen Regenmänteln teilnehmen.

¹¹⁶⁸ Ebd., S. 179.

¹¹⁶⁹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 15.

¹¹⁷⁰ Ebd.

¹¹⁷¹ PfA Fr., Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 57 f.

¹¹⁷² PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 83, Chronik der Rektoratspfarrei Frauenthal, Bd. III, S.11, PfA Er, Pfarrchronik St. Martinus, Pingsheim, S. 13.

¹¹⁷³ HAEK, GVA I, 3859.

¹¹⁷⁴ Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 324.

¹¹⁷⁵ Wielpütz, Hermann- Josef, Der Gymnicher Ritt, seine Entstehung und Feier, Hg. Katholisches Pfarramt St. Kunibert, Erftstadt-Gymnich 2006, S. 21.

Ursprünglich hatte der Landrat in Euskirchen auf Drängen der NSDAP-Kreisleitung den Ritt ganz absagen wollen. Der Gymnicher Bürgermeister hatte ihn aber dennoch erlaubt unter den Bedingungen, auf Fahnen zu verzichten und nur in Gruppen von bis zu 100 Pilgern oder bis zu 20 Reitern, jeweils in einem Kilometer Abstand mitzuziehen. Als der Ritt im Jahre 1944 dann endgültig polizeilich verboten worden war und kein Priester daran teilnehmen durfte, gingen insgesamt verteilt auf den Mittwoch vor Christi Himmelfahrt bis zum darauf folgenden Sonntag insgesamt 1.500 Pilger mit, darunter die noch in Gymnich weilenden Mitglieder der beiden Schützenvereine, die dies maßgeblich arrangiert hatten.¹¹⁷⁶

Die großen Prozessionen zu Fronleichnam und die Pfarrprozessionen durften nur noch auf kircheneigenem Gelände stattfinden, was aber meist dazu führte, dass diese ausfielen, weil die einzelnen Kirchengemeinden keine entsprechend großen Grundstücke besaßen.¹¹⁷⁷ In Köttingen fand 1941 noch am Sonntag nach Fronleichnam eine große Sakramentsfeier mit Prozession durch den Garten von Kirche und Pfarrhaus statt.¹¹⁷⁸ In Lechenich hatte der Bürgermeister mit Schreiben vom 22. Mai 1940 „im Hinblick auf die gegenwärtige Lage“ die Fronleichnam-Prozession untersagt und stattdessen einen Umgang um die Kirche empfohlen.¹¹⁷⁹ Pfarrer Lennartz verzichtete aber aus Verärgerung über diese Entscheidung auf einen solchen Umzug. Der Bürgermeister hatte die Prozession nämlich als „Verkehrshindernis“ bezeichnet.¹¹⁸⁰ Am 14. Juli desselben Jahres wurde auch die Pfarrprozession verboten.¹¹⁸¹ In Bliesheim und Lechenich sind auch nach 1942 noch die Römerfahrten am Palmsonntag und Bittprozessionen nachweisbar.¹¹⁸² Der Genehmigung der Römerwallfahrt in Lechenich waren allerdings schwierige Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und Pfarrer Lennartz vorangegangen.¹¹⁸³

Das Wallfahrtswesen war in den Kriegsjahren an vielen Orten der Gemeinden in Erftstadt zum Erliegen gekommen. Lediglich aus Bliesheim ist überliefert, dass die Wallfahrten nach Heimbach sich stets großer Teilnahme erfreuten.¹¹⁸⁴ In Kierdorf nahmen, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, 1942 noch 45 Bahnfahrer und 35 Fußpilger an der Wallfahrt nach Kevelaer teil, im Jahre 1943 noch insgesamt 40 Pilger.¹¹⁸⁵ In Köttingen fand am 1. Oktober 1940 eine Wallfahrt nach Kevelaer statt und am 30. Juli 1941 nach Neviges.¹¹⁸⁶

¹¹⁷⁶ Ebd. und Brief des Präsidenten der Cunibertus Schützen-Bruderschaft Gymnich, Buschwald, vom 7.1.1946, in: Archiv der Cunibertus Schützengesellschaft Gymnich.

¹¹⁷⁷ PfA Er, Pfarrchronik St. Martinus, Pingsheim.

¹¹⁷⁸ PfA Kö, B2, Proklamandum des Rektorats Köttingen vom 8.6.1941

¹¹⁷⁹ PfA Le, o.S., Kopie des Schreibens.

¹¹⁸⁰ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 83.

¹¹⁸¹ Ebd., S. 85.

¹¹⁸² Vgl. PfA Bl, I, 12 und PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 27.

¹¹⁸³ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 79.

¹¹⁸⁴ Hardegen, R., S. 225.

¹¹⁸⁵ PfA Kie, B 7, Pfarrchronik St. Martin, Kierdorf, unpaginiert.

¹¹⁸⁶ PfA Kö, B2, Proklamandum vom 1.8.1940 und vom 13.7.1941.

8.9 Staatliche Einschränkungen in der Krankenseelsorge und in anderen kirchlichen Bereichen

Ebenfalls in das Jahr 1941 fiel ein Runderlass des Innenministeriums vom 9. April, der die kirchliche Seelsorge für Krankenhaus- und Pflegeheimpatienten wesentlich erschwerte. Darüber informierte Pfarrer Lennartz die Gläubigen seiner Gemeinde in einer Predigt am 7. September. Patienten in öffentlichen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, die geistlichen Zuspruch wünschten, konnten diesen nur unter bestimmten Voraussetzungen erhalten. Zunächst mussten sie das diensttuende Pflegepersonal über ihren Wunsch informieren. Die seelsorgliche Betreuung Jugendlicher unter 14 Jahren setzte die vorherige Zustimmung der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten voraus. Bei Besuchen und Vorsprachen von Seelsorgern des für die einzelnen Kranken zuständigen Pfarrbezirks durfte diesen der Zutritt zum Krankenbett nur gestattet werden, wenn der betreffende Kranke dies ausdrücklich gewünscht hatte. Auskünfte über die Konfessionszugehörigkeit von Patienten durfte Seelsorgern auch nur auf Wunsch der Betroffenen erteilt werden. Diese Anordnungen waren „mit Rücksicht auf die Erfordernisse des ärztlichen Dienstes und zur Vermeidung von Behinderungen Andersgläubiger“ erfolgt.¹¹⁸⁷ Der Pfarrer empfahl den Gläubigen, gerade wegen der durch den Krieg drohenden Gefahren, „eine entsprechende Willenserklärung aufzusetzen und diese mit den Ausweispapieren ständig bei sich zu tragen.“¹¹⁸⁸ Ansonsten hätte es ihnen nicht möglich sein können, zu beichten, zu kommunizieren oder die Sterbesakramente zu empfangen.

In derselben Predigt wies Pfarrer Lennartz auf die „wandernde Kirche“ hin.¹¹⁸⁹ Er informierte die katholischen Eltern und Jugendlichen darüber, dass den Kindern, die fern vom Elternhaus in Lagern, Erholungsheimen usw. untergebracht waren, die Teilnahme an Beicht-Kommunion- und Firmunterricht sowie die Teilnahme am Gottesdienst gestattet werden musste, wenn das von den Eltern oder Erziehungsberechtigten bzw. von den Jugendlichen selbst ausdrücklich verlangt wurde. Eltern und Jugendliche wurden aufgefordert, eine diesbezügliche Erklärung zu

¹¹⁸⁷ Vgl. Pfarrarchiv St. Kilian, Predigtentwürfe.

¹¹⁸⁸ Ebd.

¹¹⁸⁹ Unter „wandernder Kirche“ waren die seelsorglichen Bemühungen um die Gläubigen zu verstehen, die durch Arbeits- und Militärdienst sowie Kinderlandverschickung und später Evakuierungen von ihren Gemeinden entfernt lebten. Zeitweise machten diese ein Sechstel der einzelnen Pfarrgemeinden aus. Vgl. v. Hehl, U. Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 206.

verfassen. Das Muster für eine solche war ebenso wie die Erklärung für einen Krankheitsfall an der Schutzwand in der Kirche ausgehängt.¹¹⁹⁰

Am 23. Mai 1941 wurden von der Gestapo Köln die schon seit dem Juli 1940 geltenden Verbote der Teilnahme Jugendlicher an konfessionellen Jugendlagern, Freizeiten und Einkehrtagen auch auf alle Erwachsenen ausgedehnt, sofern diese Veranstaltungen länger als einen halben Tag dauerten.¹¹⁹¹

Wie sehr die nationalsozialistische Kirchen- und Religionspolitik versuchte, jeglichen kirchlichen Einfluss auf ihre Gläubigen zurückzudrängen, zeigte sich auch bei der Bestattung von Luftkriegstoten. So berichteten die bayerischen Bischöfe schon 1942 über die steigende Zahl von Fällen, bei denen NSDAP und katholischer Klerus um Form und Zeitpunkt der Begräbnisse stritten.¹¹⁹² Die Nationalsozialisten versuchten, das bisherige Monopol der Kirchen bezüglich Trauerbegleitung und Trösten für sich zu beanspruchen, um den Tod als notwendiges Opfer für das Überleben der Volksgemeinschaft deuten zu können. Beispielhaft für die Gemeinden der Stadt Erftstadt lässt sich das an zwei Fällen in Lechenich und Liblar nachweisen.

Am Karsamstag des Jahres 1944 waren bei einem Tieffliegerangriff auf die Euskirchener Kreisbahn in der Nähe des Bahnhofs Wichterich 21 Menschen getötet worden. Unter diesen waren auch zwei junge Mädchen aus Lechenich. (21 und 17 Jahre alt). Deren Eltern hatten auf einer kirchlichen Beerdigung bestanden, die auch stattfand. Pfarrer Lennartz beklagte aber den „politischen Charakter“ der Beisetzung, der durch die Teilnahme der Schulen und der Partei und die Ansprachen von deren Vertretern an den Gräbern nach der kirchlichen Feier entstanden war.¹¹⁹³

Einen solchen politischen Charakter sollte nach dem Willen der NS-Verantwortlichen in Liblar auch die Beerdigung von zwölf Opfern eines Fliegerangriffs auf den Liblarer Bahnhof am 13. Januar 1945 haben. Pfarrer Linden vermerkte in der Pfarrchronik:

„Die Partei versuchte natürlich wie immer bei solchen Anlässen die Trauerfeierlichkeiten unter großer Aufmachung zu ihrer Sache zu machen. Zwischen Tannengrün und zahlreichen Hakenkreuzfahnen waren die zwölf Särge vor dem Liebfrauenhaus aufgebahrt. Während die Spitzen der Partei unter der Führung des Kreisleiters sich zeitig dort

¹¹⁹⁰ PfA Le, Predigterwürfe.

¹¹⁹¹ Kopie des Gestapo-Schreibens vom 23.5.1941 in: Pfarrarchiv St. Kilian, o.S. In der Begründung des Verbots heißt es: „Infolge der besonderen hohen Leistungsanforderungen an alle Bevölkerungskreise während des Krieges und die besonders starke Beeinträchtigung der Arbeits- und Nervenkraft der Bevölkerung durch die ständige Luftgefährdung und Feindeinwirkung ist es unter den derzeitigen Umständen nicht mehr tragbar, einzelnen Bevölkerungsteilen noch weitere mit den Kriegserfordernissen in keinerlei Zusammenhang stehende Belastungen körperlicher und seelischer Art aufzubürden, wie sie die Exerzitien und ähnliche kirchliche Veranstaltungen darstellen.“

¹¹⁹² Vgl. Süß, D., Nationalsozialistische Religionspolitik, S. 61, Anmerkung 10.

¹¹⁹³ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian, II, S. 32.

versammelten, aber die Menge des Volkes vermissten, wurden in der dicht gefüllten Pfarrkirche unter spürbarer Ergriffenheit und Anteilnahme der Anwesenden die Exequien gehalten. Der Pfarrer hielt die Traueransprache und reichte einer außergewöhnlich großen Anzahl von Gläubigen die heilige Kommunion. So zog sich die Feierlichkeit in der Kirche hin und erst nach acht Uhr entströmten die Massen dem Gotteshaus zum Missbehagen der wenigen draußen wartenden Parteileute, die inzwischen schon ihrem Unwillen Ausdruck gegeben hatten¹¹⁹⁴.

Weitere gegen die Kirche gerichtete Maßnahmen waren die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen und in den Klassen 5 bis 8 der mittleren und höheren Schulen für die Zeit des Krieges.¹¹⁹⁵

Laut einer Kölner Gestapo-Anordnung vom 20. Juni 1940 durften die Kirchen keine Feldpostadressen sammeln, da die briefliche Kommunikation außerhalb der Wehrmachtsseelsorge einen Beeinflussungsversuch darstelle.¹¹⁹⁶ Daraufhin bat der Pfarrer von Niederberg, Paul Meyer (Pfarrer in Niederberg von 1940 bis 1951), die Angehörigen der Soldaten um den Versand eines religiösen Wochenblatts, dessen Erscheinen aber im Frühjahr 1941 eingestellt werden musste.¹¹⁹⁷

Die Bediensteten der Stadtverwaltung Lechenich durften nicht mehr im Kirchenchor singen.¹¹⁹⁸

Die Auswertung der zur Verfügung stehenden Quellen zeigt, dass die nationalsozialistische Kirchenpolitik während der Kriegsjahre insbesondere im Amtsbezirk Lechenich von den dortigen NS-Akteuren sehr konsequent betrieben wurde.

Die immer deutlicher werdende kirchenfeindliche Haltung des Nationalsozialismus wirkte sich auf Dauer auch vor allem auf jugendliche Gemeindemitglieder aus.

So wurden am Kirchturm von St. Kilian mehrmals die Fenster mit Steinen eingeworfen. Als in der Nähe weilende Jugendliche vom Küster daraufhin angesprochen wurden, wies der zufällig vorbeigekommene Hauptlehrer der Volksschule den Küster deswegen zurecht.¹¹⁹⁹ Am 26. April 1941 wurde von Schülern der Höheren Schule während der Schulzeit auf dem Hindenburgplatz ein kircheneigenes Kreuz schwer beschädigt.¹²⁰⁰

Großes Aufsehen verursachte in Friesheim im Februar 1940 die gewaltsame Zerstörung eines Kreuzes, das an der Außenseite vor dem Chor der Kirche gestanden hatte. Dort war der Christuskörper heruntergerissen und in den Vorgarten eines Nachbarhauses geworfen worden. Der Pfarrer ließ den zertrümmerten Körper auf einem Tisch im Mittelschiff der Kirche ausstellen

¹¹⁹⁴ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 97.

¹¹⁹⁵ PfA Le, o.S., Aufruf des Kapitularkvikars David zu religiösen Unterweisungsstunden vom 2.9.1941.

¹¹⁹⁶ StAEft, A 03-1258.

¹¹⁹⁷ HAEK, Pfarrchronik Niederberg, unpaginiert, Eintrag v. 20.7.1940.

¹¹⁹⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 2.

¹¹⁹⁹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 93, vgl. Auch Kap. 5.2.2.

¹²⁰⁰ PfA Le, o.S., Schreiben von Pfarrer Lennartz an Dr. Schaffrath vom 8.5.1941.

und lud die Gläubigen als Sühne für diese Tat zu einer Kreuzwegandacht ein. Die Empörung in Friesheim war groß. Das von Pfarrer Kleinen verständigte Generalvikariat in Köln stellte am 10. Februar 1940 einen diesbezüglichen Strafantrag an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn mit der Begründung: „Da sich in letzter Zeit derartige Untaten häufen und in der Bevölkerung Empörung und Beunruhigung verursachen, stellen [...] wir Strafantrag.“¹²⁰¹ Im Oktober desselben Jahres informierte der Oberstaatsanwalt das Generalvikariat über die Einstellung des Verfahrens mit der Begründung, dass kein Täter habe ermittelt werden können.¹²⁰²

In Liblar hatten Gemeindemitglieder, um die religiöse Gesinnung der Gemeinde auch nach außen zum Ausdruck zu bringen, mehrere Heiligenhäuschen im Ort wieder instand gesetzt. Diese und eine Statue des hl. Antonius wurden im Laufe des Jahres 1941 zweimal „frentlich stark beschädigt.“¹²⁰³

8.10 Nationalsozialismus und Klerus

Die in den vorhergehenden Kapiteln beschriebenen Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die katholische Kirche haben deutlich werden lassen, wie wehrlos die Kirche und die einzelnen Pfarrgemeinden der Partei und ihren Sicherheitsorganen ausgeliefert waren und wie das Regime nach Kriegsausbruch zahlreiche Vorwände fand, um den kirchlichen Wirkungsbereich noch weiter einzuschränken. Neben den Ordensgeistlichen waren davon auch viele Angehörige des Weltklerus betroffen. Dies ist deutlich an der erhöhten Anzahl der Priester, die während der Kriegsjahre in ein Konzentrationslager eingeliefert wurden, ablesbar.¹²⁰⁴ Der katholische Klerus repräsentierte vor Ort die Kirche mit ihren Wert- und Normvorstellungen. Die Geistlichen bestimmten damals wesentlich das gesellschaftlich-kulturelle Umfeld der Gläubigen in entscheidendem Maße mit und zogen damit die besondere Aufmerksamkeit der nationalsozialistischen Sicherheitsorgane auf sich. Dabei war das Rheinland einer der

¹²⁰¹ HAEK, GVA I, 1973.

¹²⁰² Ebd. Während die vorliegenden schriftlichen Quellen das Geschehen eindeutig auf die Nacht vom 4. zum 5. Februar 1941 datieren, erinnerte sich ein Friesheimer Bürger später daran, dass drei ihm persönlich bekannte junge Männer in der Nacht zum 1. Mai mit einer Walze durch das Dorf gefahren seien und dabei das Kreuz „umgehauen“ hätten. (Vgl. Bericht von Theo Berchem „Der Krieg hat mir den Vater genommen“, S. 5, in: Wider das Vergessen, Friesheim von 1930-1950 in Bildern, Dokumenten und Erzählungen, VIII. Friesheimer Burgfest vom 2. bis 4. September 2005. o. J.

¹²⁰³ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 85.

¹²⁰⁴ Einen Überblick über die vom NS-Regime angeklagten, verhafteten und getöteten Priester vermittelt eine zweibändige biographische und statistische Erhebung, die von Ulrich v. Hehl herausgegeben und eingeleitet wurde. Vgl. von Hehl, U., Priester unter Hitlers Terror, eine biographische und statistische Erhebung, 3. veränderte und erweiterte Aufl., Paderborn 1996, (Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 37).

regionalen Hochburgen der Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischem Klerus. Hiervon zeugen auch vielfache Beispiele aus den Nachbarorten der Stadt Erftstadt.¹²⁰⁵ Schon 1941 war der im Jahr zuvor für kurze Zeit in Bliesheim tätige Pfarrer Dr. Hermann Burg in seiner neuen Pfarrstelle in Erpel/Rhein wegen „Schwächung des Kriegseinsatzes“ vom 1. Juli 1941 bis 23. August 1941 von der Gestapo in Schutzhaft genommen und anschließend bis nach Kriegsende aus seiner Pfarrstelle ausgewiesen worden.¹²⁰⁶

In den Gemeinden der Stadt Erftstadt selbst wurden während des Krieges zwei Geistliche massivem Druck der Gestapo ausgesetzt.

Anfang Mai 1942 war der Lechenicher Kaplan Offermann nach Bonn zur Geheimen Staatspolizei bestellt worden. Dort wurde er wegen einiger Bemerkungen verhört, die er in der Glaubensstunde vor einigen Jugendlichen gemacht hatte., indem er die Bilder der Wochenschauen im Film als „gestellt“ bezeichnet und sie als „propagandistische Lügen“ dargestellt und in dem Film „Ich klage an“ einen Angriff auf das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ gesehen hatte.¹²⁰⁷

Der Kaplan kam zunächst mit einer Verwarnung und der strengen Anordnung zurück, über seine Vernehmung und Behandlung nichts auszusagen. Am 16. Mai fuhr dann ein Auto mit zwei Gestapobeamten vor seinem Haus vor und verhaftete ihn. (Anhang 12.6). Er wurde in eine Haftanstalt nach Bonn gebracht und bis zum 6. Juni 1942 verhört. Während seiner Haftzeit bekam Pfarrer Lennartz von einem ihm gut gesinnten Beamten der dortigen Strafanstalt die Nachricht, dass es seinem Kaplan gut gehe und dass er am 6. Juni wieder freigelassen würde. „Wir durften ihm einige warme Sachen und Brevier und NT nachschicken.“¹²⁰⁸ Der Kaplan selbst durfte am 21. Mai einen Brief an seinen Pfarrer schreiben, worin er betonte, dass es ihm gut gehe und er keine Langeweile habe.¹²⁰⁹ Vor seiner Entlassung am 6. Juni war er nochmals zu striktem Stillschweigen über das Geschehene verpflichtet worden. Eine Fahrkarte für die Heimfahrt konnte er sich von dem Geld kaufen, das er während der Haft mit Tütenkleben verdient hatte.¹²¹⁰

¹²⁰⁵ Vgl. hierzu u. a. die grundlegende Untersuchung von Klaus Fettweis über die katholische Geistlichkeit und das NS-System im Bistum Aachen. Eine detaillierte Übersicht über die gegen mehrere Geistliche des Altkreises Euskirchen gerichteten Zwangsmaßnahmen des Regimes findet sich bei Hermann-Josef Kesternich: Kirche und Nationalsozialismus in der Stadt und im Altkreis Euskirchen, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, S. 465-467.

¹²⁰⁶ Vgl. von Hehl, U., *Priester unter Hitlers Terror*, S. 720.

¹²⁰⁷ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 22. Der deutsche Spielfilm „Ich klage an“ von Wolfgang Liebeneier wurde am 29.8.1941 uraufgeführt und warb massiv für aktive Euthanasie.

¹²⁰⁸ Ebd., S. 23.

¹²⁰⁹ Brief von Kaplan Offermann vom 21.5.1942, Pfarrarchiv St. Kilian, o. S.

¹²¹⁰ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 23.

Die meisten Pfarrangehörigen hatten die Verhaftung ihres Kaplans wohl gleichmütig hingenommen. Pfarrer Lennartz berichtete dazu einige Zeit nach dem Krieg in der Pfarrchronik: „Da waren nur ganz wenige, die ihn ganz offen aufrichtig bedauerten. Man schwieg. Und die redeten, meinten: ‚Warum war er auch nicht vorsichtiger. Warum brauchte er das überhaupt zu sagen? Und dabei wurden die unsinnigsten Dinge vorgebracht, die er gesagt haben sollte, aber nie gesagt hatte.“¹²¹¹

In Bliesheim war am 6. März 1942 der dortige Pfarrer Johannes Frielingsdorf von der Gestapo im Pfarrhaus verhaftet und ebenfalls in ein Gefängnis nach Bonn gebracht worden. Dort wurde er bis zum 14. März inhaftiert und ständigen Verhören unterzogen. Der Grund für seine Verhaftung war das Verlesen des sog. „Mölder-Briefes“ während eines Bibelabends.¹²¹² Es handelte sich hier um einen angeblichen Brief des am 22. November 1941 tödlich verunglückten, bis dahin erfolgreichsten deutschen Jagdfliegers und Inspektors der Jagdflieger, Oberst Werner Mölders, in dem er einerseits die Kriegslage für Deutschland skeptisch einschätzte und sich zudem als gläubiger Katholik bekannte. Der Brief war in Wahrheit eine Fälschung des britischen Geheimdienstes und in vervielfältigter Form über Deutschland abgeworfen worden. Allerdings lag der Fälschung, die für großes Aufsehen und viele Gerüchte bei Katholiken geführt hatte, ein echter Brief Mölders vom 6. Oktober 1940 an den Direktor des katholischen Jugendamtes in Berlin zugrunde.¹²¹³ Eine Abschrift des gefälschten Briefes wollte eine Bliesheimer Bürgerin mit der Post an Verwandte weiterleiten. Dabei wurde sie ebenfalls verhaftet und zeitweise in Bonn inhaftiert.¹²¹⁴ Starke Zweifel an der deutschen Kriegsführung werden auch in einem Brief aus dem Nachlass von Pfarrer Frielingsdorf deutlich. Er hatte diesen Ende Dezember 1942 von einem ihm befreundeten Kaplan, der damals als Militärseelsorger in Stalingrad war, erhalten.¹²¹⁵ Die oben genannten Beispiele zeigen deutlich, dass damals die Denunziationsbereitschaft in der Bevölkerung häufig die Voraussetzungen schuf, um polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen einzuleiten.

Ein anderes Mittel des Vorgehens auch lokaler nationalsozialistischer Funktionsträger gegen katholische Geistliche zeigt das Beispiel des Lechenicher Pfarrers Heinrich Lennartz. Er hatte am 13. Juli 1943 von der zuständigen Polizeibehörde die Mitteilung erhalten, dass er als

¹²¹¹ Ebd., S. 63.

¹²¹² von Hehl, U., Kösters, Chr. (Bearb.), *Priester unter Hitlers Terror*, S. 720.

¹²¹³ Witetschek, Helmut, *Der gefälschte und der echte Mölders-Brief*, In: VfZG 16, 1968, S. 60-65.

¹²¹⁴ Vgl. Aussage der Zeitzeugin Katharina Angenendt, geb. Klünter (1916-2015), Bliesheim. Die genauen Umstände, die zur Verhaftung des Pfarrers und der Bliesheimer Bürgerin geführt haben, sind nicht mit Sicherheit zu rekonstruieren. Darüber wird bis heute in Bliesheim geschwiegen. Eine landläufige Darstellung innerhalb des Ortes weiß zu berichten, dass ein junger Angestellter, ein Verwandter der später inhaftierten Bürgerin auf seiner Arbeitsstelle, der damaligen Amtskasse, beim Abschreiben des Briefes von seinem Vorgesetzten gesehen wurde, was dann die geschilderten Verhaftungen zur Folge hatte.

¹²¹⁵ Privatarchiv Dr. Richard Hardegen, Bliesheim.

„Bunkerteilnehmer“ auf der Liste gestrichen war und an seiner Stelle eine Ehefrau mit Kindern „derer Ernährer an der Front steht“ aufgenommen wurde (vgl. Anhang 12.7).¹²¹⁶ Ebenso war ihm mehrmals untersagt worden, die von der zivilen Gemeinde gebauten Gemeinschaftsbunker einzusegnen oder dort andere kirchliche Handlungen durchzuführen.¹²¹⁷

8.11 Wechselwirkung zwischen Krieg und katholischer Kirche

Während bisher versucht wurde, das Verhältnis der katholischen Kirchengemeinden und ihrer Gläubigen als Folge eines grundsätzlichen, ideologisch bedingten Konfliktes zwischen NS-Kirchenpolitik und katholischer Kirche darzustellen, sollen im Folgenden wenigstens punktuell die Schnittmengen von Kirche und Glaube einerseits und Krieg andererseits, und damit das kirchliche Alltagsleben im Zweiten Weltkrieg untersucht werden. Es geht hier um die Frage nach dem Beziehungsverhältnis von Kirche und Krieg. Dieses war im Zweiten Weltkrieg dadurch geprägt, dass die Kirche Teil der mobilisierten deutschen Kriegsgesellschaft war. Sie stellte Personal und institutionelle Unterstützung für den Kampf an „Front“ und „Heimat“ und lieferte eine Sinndeutung desselben als Teil nationaler Pflichterfüllung.¹²¹⁸ Da das NS-Regime gleichzeitig darauf zielte, wie bereits oben aufgezeigt, das öffentliche Leben immer weiter zu entkonfessionalisieren und die religiösen Deutungsangebote der Utopie der Volksgemeinschaft, auch gewaltsam, unterzuordnen, befanden sich katholische Kirche und Nationalsozialismus in einem ambivalenten Verhältnis. Bei Kriegsbeginn riefen die deutschen Bischöfe zur Erfüllung der vaterländischen Pflicht gegenüber dem Staat auf und blieben bis zum Kriegsende bei dieser Einstellung. Allerdings verzichteten sie, anders als im Ersten Weltkrieg, darauf, den Krieg als „gerechten“ zu deuten oder zu rechtfertigen.¹²¹⁹ Den Krieg aber öffentlich in Zweifel zu ziehen, lag außerhalb der Vorstellungskraft der Bischöfe.¹²²⁰

¹²¹⁶ PfA Le, o. S.

¹²¹⁷ Ebd., Brief des Bürgermeisters Dr. Geile an den Oberpfarrer Lennartz vom 5.2.1944, o. S.

¹²¹⁸ Vgl. Süß, Dietmar, Christen und nationalsozialistische Gesellschaft im Krieg, Diskussionsbericht, in: Kirchen im Krieg, S. 467.

¹²¹⁹ Wilhelm Damberg weist auf die Kontinuität der religiösen Deutungsmuster von Krieg und den daraus resultierenden Verhaltensnormen von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg hin. Nach der ursprünglichen Ablehnung des Kriegsdienstes für Christen wegen des damit verbundenen Kaiserkultes entwickelte sich im Anschluss an Augustinus die Lehre des Thomas von Aquin mit den drei Merkmalen eines gerechten Krieges. Danach musste der Krieg auf fürstlichen Befehl hin angeordnet worden sein, er musste aus einem gerechten Grund begonnen werden und die Wiederherstellung des Friedens zum Ziel haben. Vgl. Damberg, Wilhelm, Krieg, Theologie und Kriegserfahrung, in: Kirchen im Krieg, S. 203-215.

¹²²⁰ Vgl. Annette Mertens, Klostersturm im Rheinland, in: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%20im%2020.%2>, besucht am 12.02.2017.

Auch in den Pfarrchroniken der Gemeinden der Stadt Erftstadt oder sonstigen dortigen Quellen findet sich keine ethische Qualifizierung des Krieges als eines gerechten. In allen schriftlichen Überlieferungen ist eine sehr gedrückte Stimmungslage zu erkennen. Pfarrer Lennartz, der wegen des Kriegsausbruchs seine Ferien auf der Nordseeinsel Juist abgebrochen hatte, berichtete:

„Seit dem 1. September ist Krieg, erst mit Polen, dann mit Frankreich und England [...] Schon lange munkelte man von einem baldigen Krieg. Doch gerade, weil schon so lange davon gesprochen wurde, glaubte man nicht recht daran [...] Am Anfang des Krieges waren die hl. Messen außergewöhnlich gut besucht, auch der Kommunion-Empfang hatte bedeutend zugenommen.“¹²²¹

Im weiteren Verlauf des Krieges nehmen die Schilderungen über die Auswirkungen des Luftkriegs für die Bevölkerung und für das Leben innerhalb der Kirchengemeinde einen immer breiteren Raum ein. Dabei ist mehr und mehr eine kritische Haltung des Pfarrers, der selbst am Ersten Weltkrieg teilgenommen und das Eiserne Kreuz erhalten hatte, zu erkennen. Unter dem 5. Juni 1940 vermerkte er: „Heute müssen wir flaggen und läuten (von 12-1) eine ganze Woche lang.“ Die verstärkten Einflüge der westlichen Alliierten sah er als „die Antwort auf unser Bombardement von Paris“.¹²²² Das nach dem Sieg über Frankreich vorgeschriebene Dankamt ließ er mit einem Festhochamt zu Ehren des hl. Kilian verbinden, um die politische Intention abzuschwächen. Das Seelenamt für die Gefallenen sollte am folgenden Montag gehalten werden. Es fehlte hier jegliches nationale Pathos, wie es vielerorts in Deutschland zum Ausdruck gekommen war. In einem Rückblick auf das Jahr 1941 stellte er fest:

„Die Zukunft liegt schwer und dunkel vor uns. Das Jahr 1941 hat uns viele und grosse Siege gebracht. Aber es hat auch den Krieg noch weiter ausgeweitet und zum Zweiten Weltkrieg gemacht, zwar mit einer etwas anderen Gruppierung wie 1914/18, aber auch mit noch grösserer Ausdehnung. Und wann das Ende kommt, ist noch nicht abzusehen.“¹²²³

Pfarrer Thomas aus Dirmerzheim, selbst auch Teilnehmer am Ersten Weltkrieg, schrieb zum Kriegsausbruch:

„Nachdem am 1. September deutsche Armeen die polnische Grenze überschritten hatten, erklärten 2 Tage später Frankreich und England dem Großdeutschen Reich den Krieg [...]. Von jener Kriegsbegeisterung der Augusttage des Jahres 1914 war jedoch wenig zu verspüren. Zu sehr stand eben noch die ältere Generation unter dem Eindruck des Kriegserlebnisses, sie hatte den Weltkrieg und seine bösen Auswirkungen noch nicht vergessen. Auch seelsorglich war es anders wie 1914. Damals waren die Kirchen gefüllt mit Betern, die Beichtstühle und Kommunionbänke umlagert von den

¹²²¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 71 f.

¹²²² PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 84.

¹²²³ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 21.

Einberufenen, die Geistlichen den ganzen Tag beschäftigt bis in die späten Abendstunden hinein. Und heute in Dirmerzheim kam nur ein einziger zum Pfarrer und wollte vor seinem Weggang beichten und kommunizieren. Einige ältere Frauen besuchten abends die Mariengrotte, um den schmerzhaften Rosenkranz zu beten [...] So war es fast in jeder Pfarrei bei Ausbruch des Krieges 1939¹²²⁴.

Anlässlich des Kriegsbeginns mit Rußland bemerkte er:

„22. Juni 1941: In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages fallen deutsche Armeen in Rußland ein, um einem angeblich geplanten Angriff seitens der Russen zuvor zu kommen. Die beiden mächtigsten Heeressäulen der Welt prallen aufeinander und ein Morden nimmt seinen Anfang, wie es in der Menschheitsgeschichte ohne Beispiel ist.“¹²²⁵

Der Pfarr-Rektor Reinartz aus Frauenthal verglich ebenfalls den Kriegsausbruch 1939 mit dem von 1914 und registrierte, dass 1939 keine „religiöse Welle wie 1914“ zu verzeichnen war.¹²²⁶

In Liblar beschrieb Dechant Linden das Jahr 1940 als „dunkel“ infolge des Krieges und „des immer stärkeren Absinkens der Menschheit vom Geist rechten Christentums.“¹²²⁷

Der Verlauf des Krieges selbst veränderte neben den schon in den vorhergehenden Kapiteln beschriebenen Maßnahmen der nationalsozialistischen Kirchenpolitik das Leben und das äußere Gesicht des Kirchenalltags. In jeder Gemeinde waren die jüngeren Männer (hauptsächlich die Jahrgänge 1920 bis 1925) zum Wehrdienst eingezogen worden, Jugendliche zu Reichsarbeitsdienst und Landjahr, Kinder teilweise von zu Hause entfernt durch die Kinderlandverschickung. Zahlreiche, wechselnde Einquartierungen, insbesondere zu Beginn und gegen Endes des Krieges, und die Auswirkungen des Luftkriegs bestimmten seit Ende 1939 bis zum Einmarsch der Amerikaner Anfang März 1945 das Leben in den katholischen Gemeinden der Stadt Erfstadt.

Dabei blieben gerade wegen der Bedrängnis und Not des Krieges der Gottesdienst und die seelsorgliche Betreuung für die kirchengebundene Bevölkerung ein kontinuierlicher Fixpunkt kirchlichen Lebens. Dies zeigte sich u. a. in Militärgottesdiensten und Kriegsandachten.

In St. Kilian fanden am 22. Oktober und am 19. November 1939 Militärgottesdienste für alle in Lechenich liegenden katholischen Soldaten statt, Weihnachten desselben Jahres wurde mit den Soldaten beider Konfessionen ein Militärgottesdienst gehalten.¹²²⁸ Seit Kriegsbeginn gab

¹²²⁴ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, S. 116.

¹²²⁵ Ebd., S. 125.

¹²²⁶ PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II, S. 126.

¹²²⁷ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 82.

¹²²⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian I, S. 7 und 9.

es in St. Kilian auch Kriegsandachten. Diese waren von privater Seite ins Leben gerufen worden, und jeden Abend nahmen 20 bis 60 Gläubige daran teil. Auch Pfarrer und Kaplan besuchten häufig diese Andachten, ohne allerdings vorzubeten oder die Gebetsordnung zu bestimmen.¹²²⁹

In St. Alban in Liblar wurde wegen des Kriegsbeginns in Russland im Anschluss an die Fronleichnamsoktav und auch während der Oktav des Herz-Jesu-Festes hindurch bis zum 30. Juni jeden Abend um 8 Uhr eine besondere Andacht gehalten, danach fand wöchentlich mittwochs eine Kriegsandacht statt.¹²³⁰ Nach der deutschen Niederlage in Stalingrad hatte das Kölner Generalvikariat im Februar 1943 für alle Pfarrgemeinden das Abhalten von Kriegsandachten mindestens zweimal wöchentlich angeordnet. Dort sollte in den allgemeinen Nöten um die Hilfe Gottes und einen baldigen gerechten Frieden gebetet werden.¹²³¹ Der Pfarr-Rektor Voß aus Köttingen vermerkte unter dem Jahr 1941 in der Chronik:

„Als feindliche Flieger die Gegend durch ihr Erscheinen in Alarmzustand versetzten, begann der Gedanke die Bevölkerung zu erfassen, durch tägliches gutes Abendgebet die Seele dem barmherzigen Gott zu empfehlen. So ist seit etwa Jahresmitte 1941 täglich abends Abendgebet gehalten worden. Oft mit sacr. Segen [...], oft mit Priestersegnen, oft mit stillem Gebet der Gläubigen. Besonders Samstag die Abendkomplet und sonntags die Andacht sind gut besucht. So., den 16. Aug. 1942 waren es 143 Abendbesucher.“¹²³²

Auf der Rückseite eines Kärtchens, das in St. Kilian in Lechenich als Andenken an die Osterkommunion ausgegeben worden war, findet sich auf der Rückseite ein Hinweis darauf, dass allen Gläubigen, die anlässlich eines Bombardements aus der Luft Gefahren für ihr Leben ausgesetzt waren, durch Dekret von Papst Pius XII. vom 23. Dezember 1942 für die Dauer des gegenwärtigen Krieges ein vollkommener Ablass gewährt würde, wenn sie mit reumütigem Herzen das Stoßgebet „Mein Jesus, Barmherzigkeit“ verrichteten.¹²³³ (Anhang 12.8)

Für die zahlreichen Gefallenen und Vermissten fanden in deren jeweiligen Heimatgemeinden Gottesdienste und Gedenkfeiern statt.¹²³⁴

¹²²⁹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 26.

¹²³⁰ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 84.

¹²³¹ PfA. Fr, Pfarrchronik St. Martin, S. 58.

¹²³² PfA Kö, B 7, Annales rectoratus Koettingen, S. 105 f.

¹²³³ StAEft.

¹²³⁴ Zur kontroversen Debatte um die Haltung der katholischen Kirche Deutschlands im Zweiten Weltkrieg vgl. die diesbezüglichen Meinungen von Olaf Blaschke und Annette Mertens sowie Wilhelm Damberg. Blaschke sieht in den Aufrufen zur Pflichterfüllung und den Appellen, in schwierigen Lagen auf seinem Posten auszuharren, eine Form der Unterstützung des NS-Krieges. Annette Mertens und Wilhelm Damberg verweisen darauf, dass es außerhalb der Vorstellungskraft der Bischöfe gelegen habe, den Krieg öffentlich in Zweifel zu ziehen. Es ist bei der Beurteilung der Haltung der Bischöfe zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der katholischen Moraltheologie erst seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil mit der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ aus dem Jahre 1965 die Überzeugung verfestigt hat, dass kaum ein Krieg als gerechtfertigt angesehen werden kann, weil aufgrund der modernen Waffenvernichtungsmittel die

8.12 Klösterliche Einrichtungen im Krieg

Das Spannungsfeld von Konflikt- und Konsenszonen während des Kriegsverlaufs wurde besonders deutlich im Bereich des Gesundheitswesens. Einerseits waren die Kirchen wesentliche Stützen dieses Bereichs und damit zentrale Säulen für die Funktionsfähigkeit des Regimes, andererseits fand seit Kriegsbeginn ein verschärfter Kampf der Nationalsozialisten zur Zurückdrängung der Kirchen aus der Gesundheitsversorgung statt.¹²³⁵ Diese Ambivalenz wurde auch in kirchlichen Einrichtungen einiger Gemeinden der Stadt Erfstadt sichtbar, in denen Ordensschwwestern beschäftigt waren. Schon am 4. April 1940 hatte der Vorstand des Marienhospitals in Frauenthal, an dessen Spitze laut Anweisung der Stifter stets der jeweilige Oberpfarrer von St. Kilian in Lechenich stand, mit der Wehrmacht eine Vereinbarung zur Nutzung des Hospitals geschlossen. Das Marienhospital stellte einer bestimmten Einheit 35 Betten zur Aufnahme von Kranken und das notwendige medizinische Gerät zur Verfügung, ebenso garantierte es die Unterbringung des Pflegepersonals der Einheit. Die Gesamtbewirtschaftung und das Waschen der Kranken blieben in den Händen des Hospitals. Dafür erhielt das Krankenhaus ab Vertragsunterzeichnung eine tageweise Vergütung, die monatlich gezahlt wurde.¹²³⁶ Diese Art der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht war der Versuch von Seiten der Kirche, zu verhindern, dass kirchliche Gebäude und Räumlichkeiten durch die Gestapo oder andere staatliche Stellen beschlagnahmt und damit der kirchlichen Verfügungsgewalt entzogen wurden. Gleichzeitig war dadurch gewährleistet, dass die Ordensschwwestern in den kirchlichen Einrichtungen ihre pflegerischen Arbeiten weiterführen konnten.¹²³⁷

Gegen Ende des Krieges war die Nutzung des Marienhospitals allerdings so ausgedehnt worden, dass die Bewohner des Altenheims unter dramatischen Verhältnissen evakuiert werden mussten.¹²³⁸ In das ehemalige Altenheim war am 2. Dezember 1944 das Lazarett von Bitburg

Möglichkeit eines verhältnismäßigen und auf Frieden mit dem Gegner zielenden Krieges nicht mehr gegeben scheint.

¹²³⁵ Vgl. Süß, Dietmar, Christen und nationalsozialistische Gesellschaft im Krieg, S. 467.

¹²³⁶ Provinzialarchiv der Vinzentinerinnen, Köln, Nr. 05-002. Pfarrer Lennartz beurteilte nach dem Krieg diese Vereinbarung aus finanzieller Sicht als vorteilhaft: „Eine Zeitlang war auch das Marienhospital in Frauenthal als Feldlazarett eingerichtet. Es gelang mir damals, mit der Wehrmacht eine recht günstige Abmachung zu treffen. Die Einnahmen aus dieser Belegung haben geholfen, die Schulden, die wir in Frauenthal hatten, abzutragen.“ Vgl. Pfarrchronik St. Kilian II, S. 68.

¹²³⁷ Kösters, Chr., Kirche und Glaube an der „Heimatfront“, Katholische Lebenswelt und Kriegserfahrungen 1939-1945, S. 376 f.

¹²³⁸ Vgl. Provinzialarchiv der Vinzentinerinnen Köln, Nr. 05-002: „3.12. 44: Heute sind einige Schw. mit den alten Leuten auf gut Glück mit dem Nachtzug nach Hildesheim gefahren, um dort Unterkunft zu suchen. Ein Rot-Kreuz-Wagen ist auf dem Wege zum Bahnhof in einen mit Wasser gefüllten Trichter gefallen. Die

mit seiner inneren Abteilung eingezogen und blieb dort bis zu seiner Verlegung nach Walberberg im Februar 1945. Am 25. Februar wurden 160 schwerverwundete Soldaten, die bisher in Nörvenich gelegen hatten, ins Marienhospital verlegt. Um das Pflegepersonal unterzubringen, musste die Kapelle geräumt und mit Stroh ausgelegt werden.

Das „Allerheiligste“ wurde im Versammlungszimmer untergebracht, die hl. Messe im Bügelzimmer gelesen.¹²³⁹ Die verwundeten Soldaten wurden von einem evangelischen und einem katholischen Divisionspfarrer begleitet. Da letzterer zugleich Divisionsgräberoffizier war, bat er Pfarr-Rektor Jaegers, zusammen mit ihm eine geeignete Ruhestätte für die toten Soldaten zu suchen. Man fand eine Stelle auf dem Blessemer Friedhof.¹²⁴⁰ Hier wurden in der Zeit vom 25. bis 28. Februar 1945 neun Soldaten zwar ohne Sarg, aber in Einzelgräbern beigesetzt.¹²⁴¹

Die pfarreigenen Gebäude in Liblar und Bliesheim erfuhren das gleiche Schicksal wie sehr viele andere katholischen Einrichtungen während des Krieges.

Im Liebfrauenhaus in Liblar beschlagnahmte der Amtsbürgermeister am 3. November 1942 einen großen Saal, um dort 50 Luftschutzbetten aufzustellen. Es sollte als Hilfskrankenhaus dienen, wenn bei einem Luftangriff viele Menschen verwundet würden.¹²⁴² Am 17. September 1943 wurde es bis zum Ende des Monats ganz beschlagnahmt, um dort eine Krankensammelstelle einzurichten.¹²⁴³ Am Abend vor dem Einmarsch der Amerikaner in Liblar richtete man im Liebfrauenhaus einen Verbandsplatz für Verwundete ein. Dort halfen die Ordensschwestern bei der ärztlichen Versorgung der Kranken und Verwundeten. Sie besorgten auch ein großes Bettlaken, das ein dort tätiger Sanitätssoldat auf Geheiß des damals zuständigen Regimentsarztes als Friedenszeichen zum Fenster des 1. Stockwerks herabließ. Daraufhin nahmen die amerikanischen Soldaten dann vorerst Besitz vom Liebfrauenhaus.¹²⁴⁴

In Bliesheim, wo die Schönstatt-Schwestern in dem pfarreigenen Marienheim lebten und arbeiteten, beschlagnahmte das Militär am 29. Januar 1941 Räume des Kindergartens und das Arztzimmer, aus denen eine Revierstube gemacht wurde, wo nun Stabsärzte ihre Arbeit verrichteten. Seit November 1944 wurde der ehemalige Kindergarten wieder als Krankenrevier der

Insassen lagen ½ Std. im Wasser, wurden dann durch die Rettungskolonnen befreit. Der Wagen mit einem Teil des Gepäcks steckt noch im Trichter. – Ein Teil der alten Leute wurde im St. Josefs-Stift, welches der Kurie gehört, untergebracht. Dort sind die Hildesheimer Vincentinerinnen eingesetzt. Schw. Eucheria u. Schw. Herculan betreuen unsere Leute. Eine 2. Gruppe kam in das Marienhaus, in welchem auch die ‚Hildesheimer‘ arbeiten. Schw. Odilia versorgt diese Leute.“ Zu näheren Einzelheiten dieser Evakuierung vgl. auch: Esser, Albert, Blessem - 3. März 1945, Als die „Amis“ kamen, in: Jahrbuch Erfstadt 1999, S. 91-92.

¹²³⁹ Ebd.

¹²⁴⁰ PfA Li, Pfarrchronik Frauenthal, Bd. III, unpaginiert.

¹²⁴¹ Ebd.

¹²⁴² PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 90.

¹²⁴³ Ebd.

¹²⁴⁴ Vgl. Grommes, Josef, War Liblar „braun“? Nationalsozialisten im Ort, in: Liblar 1150-2000, hrsg. von der Interessengemeinschaft 850 Jahre Liblar e.V., Liblar 1999, S. 108

Wehrmacht belegt, andere Räume für verschiedene andere militärische Zwecke genutzt, ab Januar 1945 als Unterkunft für acht Flüchtlinge.

Die oben geschilderten Sachverhalte stellen eindeutige Beispiele für die von Winfried Süß formulierte Aussage von der „antagonistischen Kooperation“¹²⁴⁵ zwischen katholischer Kirche und NS-Regime während des Zweiten Weltkriegs dar. Wenn der Autor aber feststellt, dass die katholischen Institutionen auf diese Weise einen substantiellen Beitrag zu einem Krieg leisteten, der die Voraussetzungen für massenhaften Raub und Völkermord schuf, ist andererseits zu beachten, dass der Einsatz von Ordensschwwestern und die Benutzung ihrer Einrichtungen deren caritativem Selbstverständnis entsprach, notleidenden Menschen beizustehen und Kranke bzw. Verwundete zu pflegen.¹²⁴⁶

8.13 Nationalsozialismus und katholische Kirche während der Endphase des Zweiten Weltkriegs 1944/45

Der tiefgreifende Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche zeigte sich trotz der dem nationalsozialistischen Staat während des Krieges erwiesenen Loyalität der meisten deutschen Katholiken in der Endphase noch einmal sehr deutlich.

Diese war zum einen gekennzeichnet durch das rasche Vorrücken der Alliierten, nachdem diese am 6. Juni 1944 erfolgreich in der Normandie gelandet waren. Zudem war es der Roten Armee seit ihrer am 22. Juni desselben Jahres begonnenen Sommeroffensive gelungen, bis zum Herbst 1944 nach Ostpreußen vorzudringen. Im Süden konnten die Alliierten unter amerikanischer Führung am 4. Juni 1944 Rom einnehmen und weiter nördlich bis zur Apenninen-Stellung vorrücken. Durch das unerwartet schnelle Vorankommen der Alliierten im Westen wurden das linksrheinische Gebiet, und damit auch die Gemeinden der Stadt Erftstadt, immer unmittelbarer in das Kriegsgeschehen einbezogen. Mitte September konnten die Amerikaner bereits Roetgen in der Nähe von Monschau und am 21. Oktober Aachen als erste deutsche Großstadt einnehmen. Viele der betroffenen Einwohner wurden evakuiert und passierten bzw. verweilten zeitweilig auf ihrem Weg über den Rhein auch in den Orten Erftstadts. Im September 1944 hatte der damalige Rüstungsminister Albert Speer schon auf die „Elendszüge der Evakuierten“, die er im Aachener Land und der Umgebung gesehen hatte, verwiesen.¹²⁴⁷ Auch mehrere

¹²⁴⁵ Vgl. Süß, Winfried, Antagonistische Kooperationen. Katholische Kirche und nationalsozialistisches Gesundheitswesen in den Kriegsjahren 1939-1945, in: Kirchen im Krieg, S. 317-341.

¹²⁴⁶ Vgl. Kösters, Christoph, Kirche und Glaube an der „Heimatfront“, in: Kirchen im Krieg, S. 376.

¹²⁴⁷ Vgl. Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt/M., Berlin, 1976.

Pfarrchroniken der Erftstadtgemeinden gehen, wie an anderer Stelle noch näher erläutert wird, auf diese Flüchtlingstrecks ein.

In Friesheim selbst hatte man schon im September mit einer möglichen Evakuierung gerechnet und sogar schon Vorbereitungen für die Flucht getroffen. In diesem Zusammenhang wurde alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhing, Hitlerbilder, Fotografien anderer Regierungsmitglieder und Akten verschiedenster Art, auch in Privathäusern, vernichtet, um dem Verdacht zu entgehen, ein Nationalsozialist zu sein.¹²⁴⁸ Auch in benachbarten Orten, wie beispielsweise in dem nicht weit entfernten, zum Landkreis Düren gehörenden Vettweiß rechnete man mit einem schnellen Sieg der alliierten Truppen und versenkte braune NSDAP-Uniformen im Dorfteich.¹²⁴⁹ Mit dem Vormarsch der Amerikaner häuften sich auch seit September 1944 die feindlichen Bomber- und Tieffliegerangriffe auf die dortigen Anlagen und Gebäude. Die Bevölkerung war der überlegenen Lufthoheit der Alliierten fast schutzlos ausgesetzt. Zahlreiche diesbezügliche Schilderungen finden sich in den örtlichen Schul- und Pfarrchroniken. Oft war kein geordneter Tagesablauf mehr möglich. So verbrachten in Liblar die Bewohner aufgrund der ständig zunehmenden Luftangriffe sehr viel Zeit in Bunkern und Kellern. Nachdem die Schule in der Heidebroichstrasse seit Mitte September 1944 als Kaserne eingerichtet worden war, fand der tägliche, vierstündige Schulunterricht in dem 10-15 Meter tiefen Stollen unter der Reichsbahn statt. Dieser reichte bis zum Tagebau der Grube Donatus und bot mehr als 1000 Personen Platz. In diesem Stollen wurden seit Anfang Januar 1945 auch die Lebensmittelkarten ausgegeben, und die Geschäftsleute verkauften dort die notwendigen Lebensmittel.¹²⁵⁰ Am 13. Januar 1945 wurden, wie bereits erwähnt, bei bzw. nach einem der Fliegerangriffe auf den Liblarer Bahnhof, dem kein Alarm vorangegangen war, 15 Menschen getötet.¹²⁵¹ Bahnanlagen und Bahntransporte galten als bevorzugte Ziele der Luftangriffe. Davon wurde auch die Stadt Euskirchen mit ihrem Bahnhof und ihren Bahnanlagen stark in Mitleidenschaft gezogen.¹²⁵²

In Erp waren am 30. November 1944 bei einem Bombenangriff neunzig Bewohner getötet und fast die Hälfte des Ortes zerstört worden. Dort hatte es zu dieser Zeit größere deutsche Truppenansammlungen gegeben, die sich auf die seit Mitte September geplante Ardennenoffensive

¹²⁴⁸ PfA Fr, Chronik der Pfarrgemeinde Friesheim, S. 65.

¹²⁴⁹ Vgl. Wallraff, H., Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich, S. 539.

¹²⁵⁰ StA Eft, A 04-364, Vgl. Schulchronik der kath. Volksschule zu Liblar-Heidebroich, S. 83.

¹²⁵¹ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 96 und Bühl, Josef, Der unglückselige 13. Januar 1945, in: Jahrbuch 1991 Stadt Erftstadt, S. 135-136.

¹²⁵² Vgl. u. a. Arntz, H. D., Kriegsende 1944/45, insb. S. 436-441 und S. 490 -492. Es handelt sich hier um eine Chronik des einstigen Reichsbahn- bzw. Bundesbahn-Betriebsamtes Euskirchen, das beweist, welchen strategischen Wert die Bahnanlagen der Kreisstadt hatten und wie sie seit September 1944 systematisch zerstört wurden.

vorbereiteten, unter diesen befand sich auch eine Einheit der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“.¹²⁵³ In diesem Zusammenhang sei erinnert an die fast völlige Zerstörung der benachbarten Städte Düren und Jülich am 16. November 1944,¹²⁵⁴ die eine der umfassendsten und vollständigsten Städtezerstörungen des Zweiten Weltkrieges war. Die Pfarrchronik von St. Kilian in Lechenich berichtet am 24. September 1944, dass die heiligen Messen wegen der zunehmenden Luftgefahr so schnell wie eben möglich beendet werden müssen.¹²⁵⁵

Am 29. Oktober kamen bei einem Fliegerangriff in Lechenich in der Frenzenstrasse drei Menschen ums Leben.¹²⁵⁶ In Friesheim starben am 28. Dezember 1944 fünf Menschen während eines Bombenangriffs.¹²⁵⁷ Die Auswirkungen der Luftangriffe auf Kierdorf, die wohl der Strom- und Energiezentrale RWE galten, werden in der Pfarrchronik von St. Martin in Kierdorf ausführlich geschildert.¹²⁵⁸ In Gymnich hatte der Luftkrieg schon in den Jahren zuvor Opfer gefordert.¹²⁵⁹ Während der Endphase des Krieges wurden in den Orten Erftstadts sowie reichsweit im Zuge des „Totalen Krieges“ alle Bevölkerungsteile mobilisiert. Das galt nicht nur für den Arbeitseinsatz der Frauen. Auch 14-15 jährige Schüler wurden als Flakhelfer oder zu Schanzarbeiten eingesetzt. Während die Gemeinden Erftstadts schon Flüchtlinge und Soldaten aus den bereits von den Alliierten eroberten westlichen Gebieten beherbergten, waren sie gleichzeitig im Herbst und Winter 1944/1945 Aufmarschgebiet für die am 16. Dezember vom Hohen Venn aus gestartete Ardennenoffensive.¹²⁶⁰ Von Oktober an wurden größere deutsche Truppenverbände durch die linksrheinischen Dörfer geschleust. Unter diesen befanden sich viele Einheiten der Waffen-SS. Aus deren Einquartierungen ergaben sich zahlreiche Konflikte zwischen Klerus und Nationalsozialisten. In den Pfarrchroniken von Bliesheim, Niederberg, Borr, Friesheim, Pingsheim und Dirmerzheim berichten die Pfarrer eingehend über diese Ereignisse.

¹²⁵³ Leser, L., Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 110.

¹²⁵⁴ Vgl. Wallraff, H., S. 546.

¹²⁵⁵ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 35.

¹²⁵⁶ Vgl. Lauten, Willi, Vor 70 Jahren: Bomben auf Lechenich, Der 29. Oktober 1944, in: Erftstadt-Jahrbuch 2014, S. 56-58.

¹²⁵⁷ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 61 und 63.

¹²⁵⁸ Vgl. Rombach, B., S.187-192.

¹²⁵⁹ Vgl. Weber, M., Erftstadt-Gymnich, S. 86-90.

¹²⁶⁰ Hierbei handelte es sich um die letzte große deutsche Angriffsoperation während des Zweiten Weltkrieges. Unter Aufbietung der letzten Reserven begann am 16.12.1944 der Angriff auf die amerikanische Front in den Ardennen mit dem Ziel, den Alliierten den Hafen Antwerpen, über den ihr gesamter Nachschub abgewickelt wurde, zu entreißen, die britischen von den amerikanischen Truppen zu trennen und so die Westmächte friedenswillig zu machen. Nach anfänglichen Erfolgen gingen alle Geländegewinne jedoch bis zum 16.1.1945 wieder verloren. Vgl. dtv-Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 413. Das Scheitern dieser letzten großen Offensive wird auf massiven Spritmangel bei den deutschen Truppen, die Überlegenheit der alliierten Luftwaffe und den energischen amerikanisch-englischen Gegenangriff zurückgeführt.

Pfarrer Frielingsdorf aus Bliesheim beklagte sich weniger über die Soldaten, die in seinem Pfarrhaus bis zum Ende des Krieges einquartiert waren, sondern er sah die Bewohner des Ortes durch die durchziehenden deutschen Truppen, insbesondere die „Rücksichtslosigkeit“ der SS-Truppen, dauernder Bedrohung ausgesetzt.¹²⁶¹ Der Pfarrer selbst konnte sich im Januar 1945 erfolgreich dagegen wehren, dass SS-Angehörige aus Wallonien, die inzwischen in Bliesheim eingezogen waren, in seinem Pfarrhaus ein Kasino einrichteten.¹²⁶²

Pfarrer Paul Meyer aus Niederberg beschwerte sich darüber, dass sich im Pfarrhaus, welches er mit zwei seiner Schwestern, die ihre Wohnungen bei einem Fliegerangriff in Wuppertal verloren hatten, bewohnte, zwei SS-Offiziere einquartiert hatten, die wenig Rücksicht auf den Charakter des Pfarrhauses genommen hatten und beispielsweise ihre Radios bis tief in die Nacht hinein laufen ließen.¹²⁶³

In Friesheim wurden Anfang November 1944 ca. 500 Wehrmachtsangehörige einquartiert. Der Pfarrer musste zwei Zimmer für eine militärische Dienststelle zur Verfügung stellen, „was zu Unruhe und Schmutz im Pfarrhaus führte.“¹²⁶⁴ Im weiteren Verlauf des Monats wurden im Sprechzimmer des Pfarrhauses zehn SS-Soldaten untergebracht. Am 28. November konnte sich Pfarrer Kleinen erfolgreich gegen die ursprüngliche Anordnung des Ortskommandanten wehren, die Kirche für eine Nacht mit Ostarbeitern zu belegen.¹²⁶⁵ Der Kirchenraum galt als sakraler Ort und war dem Gottesdienst vorbehalten. Pfarrer Keever in Pingsheim wies in der Schilderung der ab Mitte September 1944 bis Ende des Krieges dauernden Einquartierungen darauf hin, dass diese immer wechselten, von Georgiern, Wiener Waffen-SS, Veterinär- und Arbeitsabteilungen mit deutschen Strafgefangenen und SS-Angehörigen aus Wallonien. Das Pfarrhaus beherbergte immer drei bis fünf Personen, nur von Mitgliedern der Waffen-SS konnte der Pfarrer sein Haus freihalten.¹²⁶⁶

In Dirmerzheim beobachtete Pfarrer Thomas im Herbst 1944 ordnungslos zurückflutende Wehrmachtsteile zu Fuß und auf Fahrzeugen aller Art. In den letzten Oktobertagen hatte zur Vorbereitung auf die Ardennenoffensive die 6. SS-Panzerarmee unter Führung ihres Generals Sepp Dietrich in den Gemeinden des Erfttals Quartier genommen, wobei sich Dietrich selbst in Schloss Schlenderhahn bei Quadrath „fürstlich“ eingerichtet hatte. Nach Dirmerzheim kam der Korpsstab der Leibstandarte Adolf Hitler, der „alle Säle und besseren Wohnungen rücksichtslos

¹²⁶¹ Notizen zur Pfarrchronik St. Lambertus, in: Privataarchiv Dr. Richard Hardegen, Bliesheim

¹²⁶² Ebd.

¹²⁶³ HAEK, Pfarrchronik Niederberg, o.S.

¹²⁶⁴ PfA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 62.

¹²⁶⁵ Ebd., S. 63.

¹²⁶⁶ PfA Er, Pfarrchronik St. Martinus, Pingsheim, S. 19 f.

beschlagnahmte“.¹²⁶⁷ Im Pfarrhaus wurde in vier Räumen die Abt. 1 Va (Verpflegung, Ausrüstung, Nachschub) untergebracht.

„Die SS-Führer - den Namen Offiziere verdienen sie keineswegs – benahmen sich dem Pfarrer gegenüber zwar korrekt, jedoch kalt und zurückhaltend. Unüberbrückbar war die weltanschauliche Kluft, die sie von allem geistlich-katholischen trennte, für das sie aber auch nicht das geringste Verständnis hatten. Beim allmonatlichen Krankenversehgang wurde das Sanctissimum durch im Ort rastende SS-Männer verspottet, weshalb sich der Pfarrer entschloß, bis auf weiteres alle Versehgänge still zu halten [...] in Dirmerzheim wohl wieder das erste Mal seit dem Kulturkampf.“¹²⁶⁸

Nach dem Scheitern der Ardennenoffensive rückte die amerikanische Front immer weiter in Richtung der Gemeinden Erftstadts vor. Während dieses Zusammenbruchs der NS-Herrschaft und der sich deutlich abzeichnenden Kriegsniederlage bis zum Einmarsch der amerikanischen Truppen in die Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt spielte der dortige Klerus eine wichtige Rolle. Die Geistlichen blieben für die Bevölkerung eine konstante Bezugsgröße, die nicht wenigen in der vom Chaos gekennzeichneten Zeit Orientierung gaben. Sie unterstützten oftmals moralisch, aber teilweise auch aktiv jene Personen, die die weiße Fahne aufzogen oder den Ort an die einmarschierenden Truppen übergaben. Sie signalisierten Einheimischen wie Besatzern, dass die Kirche die neue Obrigkeit anerkannte. Dieses Verhalten und die darauf folgende Reaktion der noch aktiven Nationalsozialisten wird in allen vorliegenden Pfarrchroniken, die teils sehr ausführlich und detailliert auf die Geschehnisse der letzten Kriegsphasen eingehen, deutlich. Das Problem der Evakuierung der Zivilbevölkerung, das sich in den bereits im Herbst von den Alliierten besetzten Gebieten des Westens gestellt hatte, wurde für die Gemeinden der Stadt Erftstadt nun nach der missglückten Ardennenoffensive akut. In vielen Gemeinden gab es aber heftige Proteste gegen die von Staat und Partei geplanten Evakuierungen, die teilweise von den einzelnen Pfarrern unterstützt oder sogar mitgetragen wurden. Die Geistlichen selbst waren von dem Kölner Erzbischof Josef Frings (1887-1978) aufgefordert worden, in ihren Gemeinden zu bleiben. Der Bischof sah es als Pflicht ihres Amtes an, selbst unter Lebensgefahr dem Volke zu Hilfe zu kommen und „das eigene Leid und die eigenen Verluste gering zu achten.“¹²⁶⁹

Gedanken an Flucht und Evakuierung spielten schon seit September 1944 eine große Rolle. Der Rektoratspfarrer Friedrich Offen stellte in seiner Gemeinde in Ahrem ab September 1944 eine

¹²⁶⁷ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 144 f.

¹²⁶⁸ Ebd., S. 145 f.

¹²⁶⁹ von Hehl, U., Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, S. 238, Anm. 353.

große Angstpsychose fest. Er meinte, dass viele auf den Pastor geschaut hätten, und wenn dieser wankend geworden wäre, dann wären die allermeisten geflohen.¹²⁷⁰

Nachdem Pfarrer Keever aus Pingsheim im Dezember 1944 die allermeisten und besten Paramente, Goldgeräte und Kirchenwäsche in einer schweren Tonne an einen ihm sicher scheinenden Ort hatte bringen lassen, stellte sich ihm angesichts eines befürchteten wochenlangen Artillerie- und Trommelfeuers selbst die Frage nach Evakuierung, und er wurde oft von Gläubigen gefragt, ob man bleiben solle.¹²⁷¹ Die Frage erübrigte sich aber für ihn nach Bekanntwerden des Scheiterns der Ardennenoffensive. Er rechnete jetzt mit einem schnellen Vorrücken der Alliierten.¹²⁷²

In Dirmerzheim erfuhr man am 28. Februar 1945 von der Anordnung des Gauleiters Grohé, den Ort total zu räumen (vgl. Anhang 12.9). Schon vorher allerdings hatten sich der Ortsbürgermeister und Ortsbauernführer Edmund Radmacher und Pfarrer Thomas dahingehend verständigt, in letzter Stunde alle Befehle zu sabotieren, die darauf hinzielten, nutzlosen Widerstand zu verlängern und Dirmerzheim restlos zu vernichten. Deshalb erhielt der „Volkssturm“¹²⁷³ die Anweisung, darauf zu achten, dass die zwei Panzersperren an den beiden Ortseingängen geöffnet blieben. Der Bürgermeister hatte sich auch trotz massiver Drohungen geweigert, der Forderung eines Verbindungsoffiziers der Wehrmacht nachzukommen, die sofortige Abtreibung des gesamten Viehbestandes zu veranlassen. Nach Bekanntwerden des Räumungsbefehls vom 28. Februar 1945 zog Pfarrer Thomas von Haus zu Haus und forderte die „teilweise kopflos gewordene Bevölkerung“ zum Bleiben auf. Gleichzeitig ließ er dem Ortsgruppenleiter Bungarten in Gymnich mitteilen, „daß die Bevölkerung von Dirmerzheim entschlossen sei, einer zwangsweisen Räumung durch die Polizei [...] bewaffneten Widerstand entgegen zu setzen.“¹²⁷⁴ Daraufhin wurde der Räumungsbefehl zurückgenommen. Wenige Stunden später floh der Ortsgruppenleiter mit anderen NS-Akteuren.¹²⁷⁵ Am 1. März wurden von deutschen Soldaten auf Befehl hin, sich nach Zerstörung aller „kriegswichtigen“ Objekte in östliche Richtung zum Rhein hin abzusetzen, sämtliche Brücken in Dirmerzheim

¹²⁷⁰ Pöllath, H. P., Chronik Ahrem, o. O. [2006], S. 67.

¹²⁷¹ PfA Er, Pfarrchronik St. Martinus, Pingsheim, S. 21.

¹²⁷² Ebd., S. 22.

¹²⁷³ Der „Volkssturm“ war eine durch Führererlass vom 25.9.1944 gegründete örtliche bzw. regional gebundene Truppe aus den bisher noch nicht eingezogenen Männern zwischen 16 und 60 Jahren. Er wurde zu Schanzarbeiten sowie zu Bewachung- und Sicherheitsaufgaben eingesetzt, vgl. dtv-Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 857.

¹²⁷⁴ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, S. 154 ff.

¹²⁷⁵ Ebd.

gesprengt.¹²⁷⁶ Zu deren Bau hatte die Gemeinde seinerzeit einen Kostenbeitrag von 70.000 RM beisteuern müssen, die nun „restlos verpulvert wurden.“¹²⁷⁷

Massiven Widerstand gegen angeordnete Evakuierungen gab es auch in Lechenich und Herrig. Die diesbezüglichen Vorgänge hat Pfarrer Lennartz in seiner Chronik beschrieben. Demnach hatten im Laufe des Monats Februar schon eine Reihe von Lechenicher Bürgern, meist aktive NSDAP-Anhänger, den Ort in der Erwartung verlassen, dass die Amerikaner bald einrücken würden. Partei und Militär hatten auf Abzug der Zivilbevölkerung gedrängt. Das Gros der Bevölkerung wollte aber bleiben. Als dann in der letzten Februarwoche Lechenich offiziell den Räumungsbefehl erhielt, kam es zu revolutionsartigen Protesten. Viele der Lechenicher Frauen erhoben sich gegen die Parteileitung und drohten dem Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Dr. Geile Gewalt an. In der Pfarrchronik heißt es diesbezüglich :

„Dem Ortsgruppenleiter wurden Schläge angedroht, worauf er schleunigst verschwand. Dem Gauleiter, der eigens von Euskirchen gekommen war, um den Ortsgruppenleiter, ‚diesen Lumpen‘ zur Ordnung zu rufen, erging es genau so. Sprechchöre der Frauen: ‚Wir lassen uns nicht versaufen‘ (Einige Tage vorher war ein mit Flüchtlingen vollbesetzter Omnibus auf einer beschädigten Rheinbrücke ausgerutscht und in den Rhein gestürzt.), ‚Haut ab‘ und andere Liebenswürdigkeiten ließen den Gauleiter nicht mehr zum Sprechen kommen. Mit der Drohung, am nächsten Tag mit SS wieder zu kommen, gab er schleunigst Fersengeld. Die Frauen aber, einmal in Fahrt, zogen jetzt vor die Ortskommandantur und machten weiter in Sprechchören. Der Hauptmann war fuchs-teufelswild, aber er wagte nicht, irgendwie gegen die Frauen vorzugehen. So kam der Freitag, das deutsche Militär zog ab. Der Hauptmann versprach noch wutschnaubend, sich dieses ‚aufrührerische Nest‘ gut merken zu wollen. Ob die Artillerietreffer, die nachher in Lechenich landeten, von ihm veranlaßt waren, weiß ich nicht.“¹²⁷⁸

In Herrig hatte Dr. Geile seinen Dienstwagen zurücklassen müssen, weil er bei der Bekanntgabe des Evakuierungsbefehls von der Bevölkerung tätlich angegriffen worden war. Am 27. Februar verließ er dann unter Aufgabe seines Amtes Stadt und Amt Lechenich, nachdem seine Familie schon seit geraumer Zeit in Gemünden/Wohra (Hessen) lebte.¹²⁷⁹

Pfarrer Frielingsdorf berichtet folgendes über die auch für Bliesheim angeordnete Zwangsevakuiierung:

¹²⁷⁶ Davon betroffen waren die Brücke am Schulplatz und am Kierdorfer Weg über den Mühlenbach, die Brücke über den Rotbach am Weg nach Blessem und die große Brücke über den Erftkanal am Wasserwerk, vgl. Pfarrchronik St. Remigius, S. 156.

¹²⁷⁷ Ebd.

¹²⁷⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 70

¹²⁷⁹ Landesarchiv NRW, Abt. Rheinl., NW 1031, Nr. 270. Der Dienstwagen der Stadt Lechenich, ein Mercedes 4 cyl. im Wert von 1.500 RM, den Dr. Geile in Herrig abgestellt hatte, bevor er tätlich angegriffen wurde, hat später die Wehrmacht für den Rückzug benutzt. Nach dem Krieg hat die Stadt Lechenich vergeblich von Geile Schadenersatz verlangt. Zur Bewertung dieser Vorfälle vgl. Kap. 10.

„Am 2. März, nachmittags 16.00 Uhr tritt der Nationalsozialismus ein letztes Mal heldenmütig in Erscheinung: der Gemeindediener schellt einen Befehl des Herrn Kreisleiters von Euskirchen, jetzt Much, aus, wonach unser Dorf am Freitag, den 2. März 1945 abends 20.00 Uhr zwangsevakuert werden soll (zu Fuss nach Bahnhof Liblar, von da per Bahn nach Much). Schon der Gemeindediener gibt die Weisung: ‘ das kann jeder machen, wie er will. ‘¹²⁸⁰

Während eines anschließenden Rundgangs durch das Dorf wurde Pfarrer Frielingsdorf wiederholt um seine Meinung nach der Evakuierung gefragt, wobei er in seinen Antworten betonte, dass er unter allen Umständen bleiben wolle. Am nächsten Tag stellte sich heraus, dass nur einzelne Parteigenossen heimlich das Dorf verlassen hatten.¹²⁸¹

In Liblar sollte am Spätnachmittag des 2. März der Ortsgruppenleiter Valerius aus Kierdorf den Evakuierungsbefehl im Dorf bekanntgeben. Er „fand aber angesichts der dort herrschenden Stimmung nicht mehr den Mut dazu.“¹²⁸²

In Blessem waren in den letzten Tagen vor dem amerikanischen Einmarsch sechs Familien mit Auto oder oder Pferd und Wagen über den Rhein geflohen.¹²⁸³ Pfarrer Müllenbruck von Borr riet den Bürgern eindringlich von einer angeordneten Evakuierung ab. Nachdem der Gemeindediener auf Veranlassung des zuständigen Ortskommandanten kurz vor der damals täglich stattfindenden Kriegsandacht bekannt gegeben hatte, dass die Bevölkerung damit rechnen müsse, in wenigen Stunden den Ort zu räumen, appellierte der Pfarrer nach dem Rosenkranzgebet an seine Gemeinde:

„Vorhin ist euch bekannt gegeben worden, daß mit der Räumung von Borr in einigen Stunden zu rechnen ist. Euer ganzes Leben seid ihr in Borr ansässig gewesen, ihr seid in Borr geboren, getauft, zur 1. hl. Kommunion und in die Schule gegangen. Eure Verfahren bebauten dieselbe Scholle wie ihr, sind hier gestorben und begraben. Jetzt sollt ihr den heimatlichen Ort verlassen. Wohin wollt ihr gehen? Nur ins graue Elend hinein. Ihr seht es täglich an den armen Flüchtlingen, die nur mit wenigen Habseligkeiten hier durchkommen, was euch bevorsteht. Tag und Nacht seid ihr auf der Straße dem Tod ausgesetzt. Wenn ihr auch alle weggeht, euer Pastor bleibt in Borr. Er hat auch nicht die geringsten Vorbereitungen zum Weggang getroffen. Dem Ortskommandanten, der die Anordnung getroffen hat, habe ich gestern morgen, als er [...] von der Räumung Borrs sprach, erklärt, daß ich nicht wegginge, auch nicht unter Zwang, daß ich mich lieber von deutschen Soldaten erschießen ließe als elendiglich irgendwo im Straßengraben umkommen zu wollen. Wenn wir alle einig sind, dann kann uns keiner zwingen, Borr zu verlassen. [...] Dieser Appell an die Besucher der Andacht hat die aufgeregten Gemüter,

¹²⁸⁰ Notizen zur Pfarrchronik St. Lambertus, Privataarchiv Dr. Hardegen, Erftstadt-Bliesheim

¹²⁸¹ Ebd.

¹²⁸² PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 98.

¹²⁸³ Vgl. Esser, A., Blessem - 3. März 1945, Als die Amis kamen, S. 92 f.

besonders die alten Leute, die weinten, beruhigt und die Bewohner von Borr vor Unbesonnenheit und Torheit bewahrt.“¹²⁸⁴

Hier wird noch einmal sehr deutlich, dass den Pfarrern der Gemeinden in Erfstadt während des Zusammenbruchs der NS-Herrschaft eine ganz besondere Rolle zukam. Sie mussten nach der Flucht der NS-Akteure neben der seelsorglichen Betreuung der Bevölkerung, ob gewollt oder quasi von den Siegermächten gezwungen, für eine Übergangszeit auch politische und administrative Führungsaufgaben übernehmen. In einzelnen Gemeinden hatten sie schon im Zusammenhang mit dem Einmarsch der alliierten Truppen, in Erfstadt speziell der amerikanischen Truppen, entscheidende politische Verantwortung getragen. Dies zeigt sich auch beispielsweise in Dirmerzheim. Nachdem der dortige Pfarrer Thomas schon maßgeblich zur Verhinderung der geplanten Zwangsevakuierung beigetragen hatte, übergab er am Morgen des 3. März 1945 den Ort kampflös an die anrückenden amerikanischen Truppen. Dem war in den frühen Morgenstunden ein lang andauerndes Artillerie-Störungsfeuer vorausgegangen, das sich besonders auf die Kirche und ihre Umgebung konzentrierte. Gegen 10.30 Uhr machte sich Pfarrer Thomas auf den Weg, um mit den Amerikanern Übergabeverhandlungen zu führen. Bereits vor dem Friedhof stieß er auf eine gegnerische Patrouille von sechs Mann, der in einiger Entfernung eine stärkere Abteilung mit zwei Panzerwagen folgte. In der Pfarrchronik heißt es hierzu:

„Ein eigenartiges, ja unbeschreibliches Gefühl war es für den Chronisten, mutterseelen allein in der H.K.L. [Hauptkampflinie] der Westfront dem Feind gegenüberstehen zu müssen. Auf englisch entwickelte sich nun folgendes Gespräch:

„Bist du der Pastor in diesem Ort?“

„Ja, der bin ich.“

„Sind noch deutsche Soldaten dort, die Widerstand leisten werden?“

„Nein, ich bin beauftragt, euch die Übergabe anzubieten. Weiße Fahnen sind an den Häusern gehißt.“

„Sind noch Minen auf den Straßen und Feldern?“

„Nein, alles ist minenfrei. Ich werde euch bis mitten in den Ort hineinführen.“

Dieser Vorschlag wurde gebilligt, was besagte, dass Dirmerzheim kampflös den Amerikanern übergeben und unnötiges Blutvergießen [...] in letzter Minute verhindert wurde.“¹²⁸⁵

Der Pfarrer erhielt vom Chef des amerikanischen Sicherheitsdienstes die Aufforderung, in der Kirche bekanntzugeben, dass jeder seiner gewohnten Beschäftigung nachgehen und sich für Ruhe, Ordnung und Sicherheit einsetzen solle.¹²⁸⁶ Am 28. April 1945 wurde Pfarrer Thomas

¹²⁸⁴ PfA Fr, Pfarrchronik Borr, S. 129.

¹²⁸⁵ PfA Gy, Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim, S. 154 ff.

¹²⁸⁶ Ebd.

dann durch die Militärregierung in Euskirchen zum kommissarischen Bürgermeister in Dirmerzheim ernannt. Zuvor war der bisherige Bürgermeister Radmacher wegen seiner Parteizugehörigkeit zur NSDAP seines Amtes enthoben worden.¹²⁸⁷ Pfarrer Thomas legte sein Amt als Bürgermeister am 16. September 1945 nieder. Er begründete diesen Schritt mit seiner Überzeugung, dass sich „weltliches und geistliches Amt auf die Dauer in einer Hand nicht vereinigen lasse, ohne daß eines davon zu Schaden kommt.“¹²⁸⁸

In Erp erlebte der Vertreter des bei dem schweren Luftangriff auf Erp am 30. November 1944 schwer verletzten Pfarrers Philipp Limbach, Dr. Joseph Hahn, den Einmarsch der Amerikaner. Er hat diesen im Jahre 1950 sehr genau beschrieben. In der Nacht zum 2. März, die Dr. Hahn zusammen mit 24 anderen Personen im Keller des kleinen Klosters der Cellitinnen verbrachte, drangen amerikanische Soldaten in das Gebäude ein und besetzten es. Vom Flurfenster des Hauses aus eröffneten sie ein heftiges Maschinengewehrfeuer, das sich gegen einen deutschen Unteroffizier richtete, der sich hinter einem in der Nähe befindlichen Bunker verschanzt hatte, um auf die amerikanischen Soldaten zu schießen. Im Laufe des 2. März wurde das Klostergebäude samt Keller von zwei deutschen Panzern aus beschossen. Daraufhin verließ Dr. Hahn den Keller und lief auf die beiden Panzer zu, um die Soldaten aufzufordern, das Schießen einzustellen. Nachdem die Amerikaner mit 15 Panzern und zwanzig kleineren gepanzerten Fahrzeugen den Ort umstellt hatten, war der Kampf vorbei. Ein amerikanischer Offizier erklärte den Pfarrer zum vorläufigen Bürgermeister des Dorfes. Er erhielt eine zeitlich unbefristete Ausgeherlaubnis, während die übrigen Einwohner zunächst nur täglich für zwei Stunden ihre Häuser und Wohnungen verlassen durften. Nachdem Dr. Hahn, wie ihm aufgetragen, eine achtköpfige Polizei aufgestellt hatte, musste er den Amerikanern Fragen kommunalpolitischer Art beantworten, die Männer aus Erp vor den Secret Services holen lassen und als eine Art Geisel dienen, wenn sich amerikanische Offiziere trafen. Nach fünf Tagen wurde er in dieser Stellung von seinem Kirchenrendanten abgelöst.¹²⁸⁹

Auch in Herrig wurde der Dorfgeistliche, der Pfarr-Rektor Reyle, als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt.¹²⁹⁰

In Bliesheim konnten die Amerikaner das Dorf in den Nachtstunden des 4. März einnehmen. Da die Bewohner sich einig gewesen waren, „ihr Dorf der Gnade der Sieger zu überlassen“ und die Panzersperren geöffnet hatten, fanden während der Inbesitznahme Bliesheims keine Kämpfe mehr statt. Nur vereinzelt setzte im Laufe des Tages noch deutsches Artilleriefeuer ein,

¹²⁸⁷ Ebd.

¹²⁸⁸ Ebd.

¹²⁸⁹ Vgl. ausführlich: Dr. Joseph Hahn, Die letzten Kriegstage in Erp, S. 34-50.

¹²⁹⁰ Vgl. Arntz, H.-Dieter, Kriegsende 1944/45, Zwischen Ardennen und Rhein, Euskirchen, 2. Auflage 1985, S. 577.

das aber keinen großen Schaden anrichtete. Pfarrer Frielingsdorf musste auch, wie viele seiner Kollegen in den Nachbargemeinden, vorläufig den Bürgermeisterposten einnehmen, unterstützt von vier Hilfspolizisten. Seine Arbeit als Bürgermeister bestand hauptsächlich in der Sorge für Ruhe und Ordnung, der Ernährung der deutschen Bevölkerung und der vielen ausländischen Arbeiter und Gefangenen und in der Heimschaffung Evakuierter und Ortsfremder.¹²⁹¹

Auch Ahrem konnte von den Amerikanern am 2. März um fünf Uhr kampflos eingenommen werden. Die Bewohner hatten zuvor weiße Fahnen gehisst, um unnötigen Beschuss zu vermeiden. Allerdings wurde der Ort noch drei Tage lang von den abziehenden deutschen Soldaten beschossen, obwohl es kein kriegswichtiges Ziel in Ahrem gab. Der Beschuss galt in erster Linie der Kirche und dem Pfarrhaus. Der Rektoratspfarrer Friedrich Offen sah in diesem Vorgehen in erster Linie einen Angriff auf die katholische Kirche.¹²⁹²

Die Einnahme Kierdorfs erfolgte am 6. März 1945. Nachdem am 5. März die letzten deutschen Soldaten abgezogen waren, der amerikanische Beschuss auf den Ort aber noch andauerte, obwohl am Tag zuvor auf dem Kirchturm und dem Verwaltungsgebäude der Erft-Bergbau die weiße Fahne gehisst worden war, gingen unabhängig voneinander einige Männer auf eigene Faust nach Dirmerzheim, um den dort weilenden Amerikanern mitzuteilen, dass kein deutscher Soldat mehr in Kierdorf sei, und sie baten deshalb, das Feuer einzustellen. Der Dirmerzheimer Pastor Thomas diente bei diesen Gesprächen als Dolmetscher. Am 6. März gegen 13.30 Uhr marschierten die Amerikaner von Brüggan aus mit Panzern und Fußtruppen in Kierdorf ein. Jedes Haus und jeder Schuppen wurde vorsichtig untersucht, um eventuell versprengte deutsche Soldaten aufzuspüren. So wurde Kierdorf eingenommen, ohne dass ein einziger Schuss fiel. Für die eingerückten und später durchziehenden Nachschub- und Etappentruppen mussten das Pfarrheim, die Schule und zahlreiche Privathäuser geräumt werden.¹²⁹³

In Pingsheim erfolgte der amerikanische Einmarsch am 1. März 1945 kurz nach Mitternacht. Gleich zu Beginn des Einmarsches wurde in den frühen Morgenstunden das Wohnhaus zweier Familien in Brand gesetzt und total eingeäschert. Räume des Hauses hatten während der letzten Monate des Krieges als Schreibstuben der einzelnen in Pingsheim stationierten Einheiten gedient, und man hatte dort ein größeres, noch nicht vernichtetes Hitlerbild gefunden.¹²⁹⁴ Das Pfarrhaus in Pingsheim wurde beschlagnahmt, und der amerikanische Kommandant richtete dort für fünf Tage einen Gefechtsstand ein. Dem Pfarrer wurden bis Ostern die Bürgermeistergeschäfte übertragen, die er mit Genehmigung der Militärbehörde zusammen mit dem

¹²⁹¹ Notizen zur Pfarrchronik von Pfarrer Frielingsdorf. Zur genaueren Darstellung des Einmarschs in Bliesheim vgl.: Hardegen, R., S. 171-172.

¹²⁹² Vgl. Pöllath, H.P., S. 66.

¹²⁹³ PfA Kie, B 7, Pfarrchronik Kierdorf. Nähere Einzelheiten in: Rombach, B., S. 195.

¹²⁹⁴ PfA Er, Pfarrchronik St. Martinus, Pingsheim, S. 26.

bisherigen Ortsbürgermeister Christian Kalscheuer übernahm. Die von den Amerikanern verordneten Verhaltensmaßregeln für die Ortsbewohner teilte Pfarrer Keverer seiner Gemeinde am Freitagnachmittag in der Kirche, wohin alle Männer berufen waren, mit. Hier handelte es sich insbesondere um ein strenges Ausgehverbot für die Einwohner. Nur morgens zwischen 11 und 12 Uhr und nachmittags zwischen 17 bis 18 Uhr sollte zur Erledigung notwendiger Geschäfte freier Ausgang sein. Am Sonntag durfte nur eine hl. Messe gehalten werden.¹²⁹⁵

In Lechenich hatten einen Tag vor dem Einmarsch der Amerikaner in der Nacht zum 3. März einige noch im Ort weilende deutsche Soldaten sämtliche Brücken für die Sprengung fertig gemacht, die am 2. März um 21.30 Uhr erfolgte. Nur die Brücke am Herriger Tor und damit vermutlich auch das mittelalterliche Stadttor blieben dank der Initiative eines Bürgers erhalten. In der Pfarrchronik von St. Kilian beschreibt Pfarrer Lennartz diesen Vorgang:

„Am Herriger Tor hat der Dachdeckermeister Kolvenbach den Posten zu einer Flasche Wein in seinen Keller gebeten. Der Posten hatte zwar Bedenken, aber Kolvenbach sagte zu ihm, er sei auch bei den Pionieren gewesen, und verstehe was davon und er werde ihn solange vertreten. Da ging dann der Posten in den Keller zu seinen Kameraden Wein trinken, und Kolvenbach hat ihn gut vertreten. Als später die Amerikaner kamen und die anderen Brücken in die Luft gingen, da blieb diese Brücke als die einzigste erhalten. Wir haben später gestaunt, welche Menge von Dynamit dort vergraben war, da wäre wahrscheinlich das Herriger Tor mit in die Luft gekommen.“¹²⁹⁶

In der Nacht zum 3. März waren dann amerikanische Soldaten unter dem Schutz vieler Panzer in die Stadt eingerückt und hatten alle Häuser vom Keller bis zum Speicher untersucht. Die noch einigermaßen rüstigen Männer wurden zuerst zur Central-Molkerei in die Herriger Straße und später nach Erp abgeführt. Alle anderen Bewohner mussten im Haus oder Bunker bleiben, an allen Straßenecken standen Panzer, deren Geschütze die Straßen nach rechts und links sicherten. Die Eroberung Lechenichs hatte ein Todesopfer zur Folge.¹²⁹⁷ Nur Pfarrhaus und Kirche waren nicht durchsucht worden. Auch die in Erp festgesetzten Männer durften wieder nach Hause, wenn sie den Namen des Pastors wussten. Dieser war auch in Lechenich zum Bürgermeister eingesetzt worden und sollte mit sechs Mann Polizei für Ruhe und Ordnung sorgen. Das Pfarrhaus war nun vier Wochen lang zugleich Rathaus. Die deutsche Artillerie schoss nach dem 3. März noch acht Tage hindurch nach Lechenich hinein. Nach dem 7. März waren vorwiegend farbige Truppen in Lechenich stationiert. Deren Kommandant hat sich gegenüber

¹²⁹⁵ Ebd.

¹²⁹⁶ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 70-71.

¹²⁹⁷ Ein Zivilist, ein Besucher aus Köln, der nicht schnell genug die Haustür aufmachte, war hinter der verschlossenen Tür von Kugeln, die das Schloß sprengen sollten, getötet worden. Vgl. Pfarrchronik St. Kilian II, S. 73.

der Lechenicher Bevölkerung äußerst freundschaftlich verhalten.¹²⁹⁸ Den nachrückenden Belgiern spürte man die negativen Kriegserfahrungen, die sie mit den Deutschen gemacht hatten, deutlich an.¹²⁹⁹

Pfarrer Lennartz sah die katholischen Pfarrer in den eroberten Gemeinden in der Rolle derer, die „zu retten suchten, was noch zu retten war.“¹³⁰⁰ Dies war für die betroffenen Pfarrer, wie durchweg alle Pfarrchroniken belegen, oft eine sehr schwierige Aufgabe. Sie hatten als Vermittler zwischen Sieger und Besiegten zu fungieren und sahen sich dadurch in ihrer seelsorglichen Arbeit sehr behindert. Die Lechenicher Bevölkerung war wohl zunächst erbaut, dass der Oberpfarrer nun auch Bürgermeister war. Als er aber die von den Siegern auferlegten Maßnahmen durchzusetzen versuchte, „gab es nur noch Tadel und Vorwürfe“.¹³⁰¹

Pfarrer Lennartz selbst wurde in seinem Amt als Bürgermeister am 28. März auf Drängen der englischen Militärregierung durch Heinrich Kerp ersetzt.¹³⁰² Der Pfarrer sah darin von Seiten des zuständigen englischen Hauptmanns „eine Abneigung gegen alles Katholische“.¹³⁰³

Der Einmarsch in Friesheim erfolgte am Morgen des 2. März zwischen 6.00 und 6.30 Uhr. Die Einnahme erstreckte sich über den ganzen Tag, weil die amerikanischen Soldaten sehr vorsichtig vorgingen, um eventuellen Widerstand auszuschließen. Es war allerdings kein deutsches Militär mehr im Dorf. Am darauf folgenden Tag wurde Pfarrer Kleinen durch den amerikanischen Kommandanten über die Verhaltensmaßregeln für die Bevölkerung informiert. Über einen Dolmetscher fragte ihn der Kommandant nach Personen, die aufgrund ihrer politischen und kirchlichen Haltung für die vorläufige Verwaltung in Frage kämen. Er wurde auch nach dem Bürgermeister ausgefragt, seiner Einstellung, bisherigem Verhalten und seinem Charakter. Pfarrer Kleinen hat diesbezüglich nichts Negatives erwähnt, „obschon in manchen Dingen ungünstige Aussagen hätten gemacht werden können, hat der Pfarrer ihn geschont und nicht angeschwärzt, wenngleich er es nach Ansicht vieler Friesheimer verdient hätte.“¹³⁰⁴ In der ersten Zeit nach der Besetzung wurde das Pfarrhaus für viele Friesheimer eine Zufluchtsstätte, wo sie Rat und Hilfe suchten. Selbst eine ganze Reihe amerikanischer, katholischer Soldaten suchte in den ersten Tagen nach der Besetzung das Pfarrhaus auf. Der Pfarrer und seine im Haus lebende Nichte mussten in einigen Fällen beratend und vermittelnd bei der amerikanischen

¹²⁹⁸ Pfarrer Lennartz schreibt hierzu: „Ihr Käpten Hecker, tiefschwarz mit Kroll-Löckchen auf dem Kopf so groß wie Pfefferkörner, hat vielen mit Lebensmitteln geholfen und es sehr bedauert, daß er nicht fraternisieren durfte. Vgl. Pfarrchronik St. Kilian II, S. 76.

¹²⁹⁹ Ebd., S. 77.

¹³⁰⁰ Ebd., S. 75.

¹³⁰¹ Ebd., S. 77 f.

¹³⁰² Ebd., S. 51.

¹³⁰³ Ebd., S. 77. Das Bürgermeister-Büro wurde am 30.3.1945 in die Straße „Auf den Graben“ 14 (ehemalige Villa Kirchhoff) verlegt. Vgl. ebd., S. 53.

¹³⁰⁴ Ebd., S. 64.

Behörde vorstellig werden und eingreifen. Der Dolmetscher kam oft zum Pfarrhaus, um Erkundigungen einzuziehen und um Besprechungen über dieses oder jenes zu halten. „Der Einfluß des Pfarrhauses war für die Gemeinde insgesamt und für Einzelne von großem Vorteil.“¹³⁰⁵

In Liblar waren die Panzersperren an den Straßen Liblar-Köttingen, Liblar-Bliesheim und Liblar-Oberliblar geschlossen worden. Am 3. März verließen die letzten deutschen Truppen Oberliblar. Jetzt rückten die Amerikaner in Liblar ein, am 5. März war auch Oberliblar eingenommen.¹³⁰⁶

In den letzten Tagen vor dem amerikanischen Einmarsch wurde die Pfarrkirche St. Alban so schwer beschädigt, dass dort kein Gottesdienst mehr gehalten werden konnte. Deshalb richtete man im Klubheim des Liebfrauenhauses eine Notkirche ein. Pfarrer Linden führte die weitgehende Zerstörung der Pfarrkirche auf eine Aktion des deutschen Militärs zurück. Nach Aussagen eines Zeitzeugen sollen während des amerikanischen Einmarschs deutsche Minenwerfer unter der Führung eines SS-Oberleutnants die Kirche mit Geschossen schwersten Kalibers belegt haben. Dadurch wurde die Sakristei zerstört sowie Chor und Beichtkapelle an der Nordseite aufgerissen, ein noch ausbrechender Brand vernichtete das gesamte Inventar der Sakristei, und das herabgestürzte Gewölbe zerstörte die Innenausstattung der Kirche samt Orgel.¹³⁰⁷ Pfarrer Lennartz berichtete am 20. März von einem Besuch in Liblar und Frauenthal: „Bei beiden ist die Kirche getroffen. Beide mal wieder durch deutsche Artillerie. Da zeigt das Nazitum noch einmal sein wahres Gesicht. Da sieht man aber auch, wie weit schon die Wehrmacht in den Händen der Nazis ist.“¹³⁰⁸

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurde Pfarrer Linden das Amt des Bürgermeisters übertragen. Er musste sich dazu zehn Polizisten auswählen. Sein Pfarrhaus wurde von den Amerikanern vorläufig besetzt. Er selbst war mit seinen Angehörigen vorerst ins Liebfrauenhaus umgezogen.¹³⁰⁹ Vorher war der Pfarr-Rektor Jaegers aus Frauenthal von den Amerikanern zum Bürgermeister von Liblar bestellt worden. Dieser hatte aber darauf hingewiesen, dass er mit den Verhältnissen in Liblar überhaupt nicht vertraut sei und als Geistlicher auch ohne Erlaubnis des Bischofs kein weltliches Amt bekleiden dürfe. Daraufhin wurde ihm aufgetragen, sich um Blessem zu kümmern. Am Nachmittag des 4. März wurde er mit einem bewaffneten Wagen in Frauenthal abgeholt und nach Blessem gefahren. Er sollte den dort unter Bewachung auf der Burg festgehaltenen Einwohnern mitteilen, dass sie wieder nach Hause gehen könnten

¹³⁰⁵ Ebd., S. 67.

¹³⁰⁶ StAEft, A 04-364, Schulchronik der kath. Volksschule zu Liblar-Heidebroich, S. 83.

¹³⁰⁷ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, Liblar, S. 102 f.

¹³⁰⁸ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 48 f.

¹³⁰⁹ PfA Li, Pfarrchronik St. Alban, S. 99 f.

und die festgesetzten Ausgehzeiten zu beachten hätten. In der folgenden Zeit musste auch er immer wieder zwischen amerikanischen Besatzern und der Bevölkerung vermitteln.¹³¹⁰

Einzelheiten über die Einnahme Gymnichs durch die Amerikaner sind der dortigen Pfarrchronik zu entnehmen, in der der damalige Pfarrer Johannes Kaiser über dieses Ereignis berichtet. Danach hielten am Morgen des 2. März 1945 etwa 200 Amerikaner durch Handstreich Einzug in Gymnich. Am Abend zuvor hatten deutsche Soldaten wertlose Sprengungen vorgenommen. Während des Vormarschs der Amerikaner sollen etwa 300 deutsche Soldaten gefangen genommen worden sein. Durch starken deutschen Artilleriebeschuss wurden ca. 30 Häuser in Gymnich schwer beschädigt. Im Laufe des Tages beseitigten die Amerikaner eigenhändig die sieben errichteten Panzersperren und räumten die Minen auf Straßen und Bürgersteigen. In der Nacht zum 3. März wurde der Ort noch einmal von deutschen Soldaten beschossen, wobei zwei Bewohner tödlich verletzt wurden. Bei einem nochmaligen Beschuss am Abend desselben Tages drangen schwere Splitter in Kirche und Mauerwerk des Pfarrhauses ein. Pfarrer Kaiser kommentierte: „Man muß annehmen, daß dieser militärisch nutzlose Beschuß es auf die Kirche abgesehen hatte.“¹³¹¹

Nach der Eroberung der Gemeinden Erftstadts gelang es den Amerikanern, in den folgenden Tagen die Stadt Köln zunächst bis zum linken Rheinufer zu besetzen und am 7. März einen Brückenkopf in Remagen zu errichten und damit den Rhein zu überschreiten.

¹³¹⁰ PfA Li, Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. III, unpaginiert.

¹³¹¹ PfA Gy, Pfarrchronik St. Kunibert in Gymnich, S. 13. Zu näheren Einzelheiten der Einnahme Gymnichs vgl. Weber, M., Erftstadt-Gymnich, Heimatbuch, S. 89-91.

9 Auswirkungen der NS-Politik auf die katholischen Gemeinden der Stadt Erftstadt

9.1 Materielle Schäden

Im Folgenden sollen zunächst die direkten materiellen Folgen der NS-Politik auf die katholischen Kirchengemeinden und deren kirchliche Einrichtungen kurz aufgezeigt werden. Eine umfassende Bilanz aller Kriegsschäden in den Orten der Stadt Erftstadt würde über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinausgehen. Das trifft auch für die Feststellung der Zahl der Toten und Verwundeten in den jeweiligen Gemeinden zu. Dabei ist allerdings festzuhalten, dass es insbesondere in den Gemeinden Erp, Gymnich, Oberliblar und teilweise auch in Friesheim verhältnismäßig viele Opfer durch den Luftkrieg gab. Erinnerung sei beispielsweise an den amerikanischen Bombenangriff auf Erp am 30. November 1944,¹³¹² bei dem 90 Menschen ums Leben kamen. Hierbei wurde auch der Erper Pfarrer Philipp Limbach verschüttet und dabei so stark traumatisiert, dass er seinen kirchlichen Dienst nicht mehr versehen konnte. Seine Haushälterin verstarb kurz nach dem Angriff an ihren Verletzungen. Die Pfarrkirche und das Pastorat wurden bei dem Angriff stark zerstört.¹³¹³ Erwähnt wurden auch bereits die 14 Opfer des Bombenangriffs von Liblar am 13. Januar 1945.

Am 3. November 1943 fielen in Friesheim vier Bewohner einem britischen Fliegerangriff zum Opfer. Dabei wurden auch Kirche und Pfarrhaus schwer getroffen. Ein weiterer Bombenangriff forderte am 28. Dezember 1944, wie schon an anderer Stelle erwähnt, fünf Tote sowie weitere Beschädigungen an Häusern, Wohnungen, Kirche und Pfarrhaus.¹³¹⁴

Die Gemeinde Kierdorf hatte zwei Tote durch Luftangriffe während des Krieges zu beklagen. Insgesamt hatte der Krieg 58 Kierdorfer Bürgern das Leben gekostet.¹³¹⁵

Drei Menschen waren, wie auch schon an anderer Stelle erwähnt, am 29. Oktober 1944 bei einem Luftangriff auf Lechenich ums Leben gekommen.¹³¹⁶

In Bliesheim starb einer der Besitzer des Kallenhofes nach der Bombardierung des dortigen Stalls.¹³¹⁷

¹³¹² Zu Einzelheiten bezüglich dieses Angriffs vgl. Peter Leser, Die Bombardierung von Erp am 30.11.1944 aus amerikanischer Sicht, in: Jahrbuch 1998 Erftstadt, S. 134-137, ebenso: Ludwig Leser, Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit, in: Erinnerungen an das alte Erp, S. 107-122, Cilla Happe, Der Bombenangriff vom 30. November 1944 auf Erp, ebd., S. 123-125, Käthe Kranz, Der Bombenangriff im November 1944, der Einmarsch der Amerikaner und der Wiederaufbau nach dem Krieg, ebd. S. 126-128.

¹³¹³ Vgl. Kap. 8.13

¹³¹⁴ PFA Fr, Pfarrchronik St. Martin, Friesheim, S. 61 und 63.

¹³¹⁵ Rombach, B., S. 470.

¹³¹⁶ Vgl. Lauten, W., S. 56-58.

¹³¹⁷ Vgl. Hardegen, R., S. 169.

Während des Krieges waren in Gymnich bei Fliegerangriffen am 26. Februar 1943 und am 15. April 1944 zwanzig Menschen getötet worden. Der Ort hatte auch 113 Gefallene und 44 Vermisste zu beklagen.¹³¹⁸

Erhebliche Sachschäden an Kirche, sowie Schule und Pastorat richtete ein Bombenangriff auf Herrig am 29. Juni 1943 an. Der Gottesdienst musste danach bis zum Wiederaufbau der Kirche in den Räumen von Pfarrangehörigen abgehalten werden, die in ihrem Haus eine Notkirche errichtet hatten.¹³¹⁹

In Köttingen brannte die 1924 errichtete Rektoratskirche St. Josef am Abend des 15. Oktober 1942 nach einem Brandbombenangriff bis auf die Grundmauern nieder.¹³²⁰ Die Sonntagsgottesdienste mussten für mehrere Jahre in dem Tanzsaal eines Gasthauses stattfinden.¹³²¹ Die Werktagsmessen und Andachten wurden wieder in der alten St. Anna-Kapelle abgehalten.¹³²²

In Dirmerzheim war die dortige Kirche während des amerikanischen Einmarsches durch Grateinschläge so schwer beschädigt worden, dass sie wegen Einsturzgefahr vorläufig geschlossen werden musste. Der ehemalige NSV-Kindergarten wurde deshalb notdürftig als Kapelle eingerichtet.¹³²³ Insgesamt hatte der Krieg 39 Bürgern aus Dirmerzheim das Leben gekostet.¹³²⁴

Hingewiesen wurde schon auf die starke Beschädigung von St. Alban in Liblar.¹³²⁵

Schäden an Kirchen und Pfarrhäusern als Folge von Artilleriebeschuss beim Vorrücken der amerikanischen Truppen hatten fast ausnahmslos alle Gemeinden in der Stadt Erfstadt hinnehmen müssen.¹³²⁶

9.2 Seelsorgliche Situation nach Kriegsende

Die katholische Kirche war auf den ersten Blick gefestigt und als Siegerin aus den Jahren der NS-Diktatur hervorgegangen. Die Beständigkeit ihrer Institutionen und ihr Handeln während des Zusammenbruchs gaben ihr über den Geltungsgewinn im Krieg hinaus in der entstehenden

¹³¹⁸ Vgl. Weber, M., Erfstadt-Gymnich, S. 87, 351 f., 367 f.

¹³¹⁹ Heimatgeschichte des Ortes Herrig, zusammengestellt von Franz Kremer, StAEft A 03-1141.

¹³²⁰ PfA Kö, B 5, Annales rectoratus Koettingen, S. 112-114.

¹³²¹ Es handelte sich um das Gasthaus „Germania“ von Wilhelm Amfaldern.

¹³²² Vgl. 50 Jahre St. Josef Köttingen 1924-1974, Ein Rückblick, Erfstadt-Köttingen, September 1974, unpaginiert.

¹³²³ PfA Gy, Pfarrchronik Dirmerzheim, S. 154.

¹³²⁴ Ebd.

¹³²⁵ Vgl. S. 232 f.

¹³²⁶ PfA Gy, Pfarrchronik Gymnich, S. 13, PfA Li, Chronik Rektorat Frauenthal, Bd. III, unpaginiert, PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 53, PfA Kie, Chronik St. Martinus Kierdorf, unpaginiert.

Nachkriegsordnung von Anfang an eine starke Position.¹³²⁷ Deshalb wurde sie beim Neuaufbau auch wichtiger Ansprechpartner und gesellschaftspolitischer Faktor. So konnte sie kirchliche Rechtspositionen unter den neuen politischen Bedingungen wahren, z. B. die Verankerung christlicher Grundwerte in den Verfassungen, die Wiedereinsetzung der konfessionellen Volksschulen und den Bestand der Konkordate. Spürbar wurde der katholische Einfluss auch auf dem Gebiet von Ehe-, Familien-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der frühen Bundesrepublik.¹³²⁸

Dennoch war bei nicht wenigen Katholiken nach dem Krieg eine größere Distanz zu Glaube und Kirche unübersehbar. Der damalige Kölner Erzbischof, Josef Kardinal Frings, sah die Ursachen für diese Entwicklung im Nationalsozialismus und im Krieg. So schreibt er 1946 an Papst Pius. XII: „die große Masse der Abseitsstehenden findet noch nicht den Weg [...] zurück.“¹³²⁹ Zwei Jahre später sprach der Vatikan vom „Missionsland Deutschland“.¹³³⁰ Nachweislich erreichte die Zahl der sonntäglichen Kirchenbesucher nach 1945 nie mehr annähernd den Stand der frühen 1930er Jahre.¹³³¹ Es gab auch keine Aufbruchsstimmungen in der katholischen Kirche, wie etwa nach 1918 in der Jugendbewegung. Der Soziologe Ralf Dahrendorf wies in den 1960er Jahren darauf hin, dass die nationalsozialistische Kirchenfeindschaft diese in Deutschland gesellschaftsfähig gemacht und viele Menschen aus ihren religiösen Bindungen herausgelöst habe.¹³³²

Obwohl zunehmende Säkularisierung und Individualisierung¹³³³ im ländlichen Raum zunächst weniger spürbar wurden als in den Städten, lässt sich aus mehreren Äußerungen der Ortsgeistlichen auch in den Gemeinden Erftstadts erkennen, dass sie sorgenvoll die gesellschaftlichen und geistig-religiösen Erschütterungen in der Bevölkerung und unter den Gläubigen wahrnahmen. So vermerkte kurz nach dem Krieg der Bliesheimer Pfarrer Frielingsdorf in der Pfarrchronik:

„Neben diesen Trümmern (Gebäude und Brücken) gilt unsere Arbeit jetzt ganz den seelischen Trümmern, die der Nationalsozialismus hinterlassen hat, wobei wir uns völlig klar sind, dass es sich um eine schwierige und langwierige Arbeit handelt.“¹³³⁴

¹³²⁷ Vgl. Kösters, Chr., Kirche und Glaube an der Heimatfront, in: Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, S. 392 f.

¹³²⁸ Helbach/Oepen, S. 162-164.

¹³²⁹ Ebd., S. 162.

¹³³⁰ Ebd., S. 164.

¹³³¹ Ebd., S. 165.

¹³³² Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 439.

¹³³³ Benjamin Ziemann behandelt ausführlich wichtige Fragen zur Säkularisierung und Individualisierung innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland nach 1945. In seiner 2007 als Buch erschienenen Habilitation zeigt er auf, wie nach einem zunächst beachtlichen Aufschwung des kirchlichen Einflusses das katholische Milieu seit den 1950er Jahren ständig erodierte und mit welchen Mitteln die Kirche versuchte, darauf zu reagieren. Vgl. Ziemann, B., Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945-1975, Göttingen 2007. Vgl. auch: Ziemann, B., Auf der Suche nach der Wirklichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft, 29 (2003).

¹³³⁴ PFA Bl, Pfarrchronik Bliesheim, unpaginiert.

Das Hauptthema der am 29. Juli 1945 stattgefundenen Vinzenzkonferenz in St. Kilian war die Erörterung der durch den Nationalsozialismus hervorgerufenen Verwüstungen auf allen Gebieten und in allen Erscheinungsformen des menschlichen Lebens, insbesondere auf dem Gebiet der Jugenderziehung, des religiösen Lebens und des praktischen Christentums.¹³³⁵

Pfarrer Lennartz erkannte in seiner Gemeinde schon recht früh einen unterschwelligem Transformationsprozess. In seiner Predigt am 22. April 1945 hatte er sich enttäuscht gezeigt über die wenigen Anmeldungen der Kinder zur Teilnahme am angebotenen und dringend empfohlenen Religionsunterricht.¹³³⁶ Zunächst war das religiöse Leben in der Gemeinde wieder stark er wacht. Das war an der großen Teilnahme und Begeisterung der Gläubigen anlässlich des Osterfestes und der Erstkommunionfeier am Weißen Sonntag des Jahres 1945 zu erkennen.

„Menschen, die man jahrelang nicht mehr in der Kirche gesehen hatte, jetzt waren sie wieder da, fast alle, die aus der Kirche ausgetreten waren, kamen reu- und demütig und ließen sich wieder aufnehmen. Auch der Sakramentenempfang hielt sich noch eine Zeitlang auf der beachtlichen Höhe, die er im Krieg bei der beständigen Lebensgefahr erreicht hatte.“¹³³⁷

Dann aber ging es langsam und stetig bergab. Gründe sah Pfarrer Lennartz darin, dass man vor der nationalsozialistischen Herrschaft sonntags zur Kirche ging, weil „alles katholisch war“ und „alles sonntags zur Kirche“ ging. Deshalb handelte man schon „um des guten Namens willen“ ebenso.¹³³⁸ Dann wurde durch den Druck und die Propaganda des Nationalsozialismus eine Bresche geschlagen und das Fernbleiben vom Gottesdienst erhöhte gegenüber den damaligen NS-Eliten eher das gesellschaftliche Ansehen. Im weiteren Verlauf des Krieges kamen immer öfter und mehr Evakuierte aus Köln und anderen größeren Städten in die kleineren und ländlichen Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt. Diese waren oft weniger kirchlich gebunden. So war es „nun nichts Besonderes mehr, wenn man im kirchlichen Leben nicht mehr mittat.“¹³³⁹ Eine weitere Auflösung des katholischen Milieus in den Gemeinden Erftstadts stand mit dem Zuzug zahlreicher Flüchtlinge in Zusammenhang. Es kamen jetzt viele protestantische Familien in die bisher fast ausschließlich katholischen Gemeinden. Pfarrer Brandts aus Kierdorf berichtete, dass im Laufe des Jahres 1946 etliche Vertriebene aus Pommern und Schlesien aufgenommen werden mussten, und dass diese überwiegend protestantisch gewesen seien.¹³⁴⁰

¹³³⁵ PfA Le, Protokollbuch der Vinzenzkonferenz, unpaginiert.

¹³³⁶ Ebd., Akte: Predigtsammlungen, unpaginiert.

¹³³⁷ Ebd., Pfarrchronik St. Kilian II, S. 85.

¹³³⁸ Ebd., S. 86.

¹³³⁹ Ebd., S. 88.

¹³⁴⁰ PfA Kie, B 7, Chronik der Pfarrgemeinde Kierdorf, unpaginiert.

Pfarrer Lennartz sah jetzt für seine Gemeinde einen „Gegensatz katholisch-protestantisch, den wir bis dahin nicht hatten.“¹³⁴¹

Ein schon bestehender säkularer Trend wurde durch die aus dem Krieg Heimgekehrten und ihre Erfahrungen zusätzlich verstärkt.

Der Münsteraner Bischof Keller (1896-1961) stellte 1948 fest:

„Das Land hat aufgehört, für sich zu sein. Räumlich und geistig! Die modernen Verkehrsmöglichkeiten holen die entlegenste Bauernschaft hinein in die Unruhe der großen Welt [...] Auch für das Land ist eine neue Zeit angebrochen, es ist endgültig und unwiderruflich seiner Abgeschlossenheit, die in vieler Hinsicht ein großer Vorteil war, entrissen ...“¹³⁴²

In Dirmerzheim fand im Juni 1947 erstmals nach 1922 eine große Volksmission statt, auch wegen der „unheilvollen Auswirkungen des zweiten Weltkriegs auf religiös-sittlichem Gebiet.“¹³⁴³

Obwohl die katholische Kirche auch in den Gemeinden der Stadt Erfstadt zunächst gefestigt aus den zwölf Jahren der NS-Herrschaft hervorgegangen war, denn sowohl in der Selbst- als auch Fremdwahrnehmung hatte allein sie den Herausforderungen des Nationalsozialismus und seiner Ideologie im Ganzen widerstanden, zeigte sich längerfristig doch eine weitgehende Auflösung des vorher bestehenden katholischen Milieus.

9.3 Katholische Kirche und Entnazifizierung

Die Siegermächte hatten sich bereits auf den Konferenzen von Jalta (Februar 1945) und Potsdam (August 1945) auf eine Entnazifizierung Deutschlands als wichtiges gemeinsames Kriegsziel geeinigt. Damit sollte jeglicher nationalsozialistische Einfluss aus dem politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ausgeschaltet werden.¹³⁴⁴ Es kam aber nicht zu einem einheitlichen Vorgehen der Alliierten. Die Entnazifizierung verlief

¹³⁴¹ PfA Le, Pfarrchronik St. Kilian II, S. 87.

¹³⁴² Flammer, Thomas, Migration und Milieu, in: Kirchen im Krieg, S. 409, Anm. 43.

¹³⁴³ PfA Gy, Pfarrchronik Dirmerzheim, S. 183.

¹³⁴⁴ Wesentliche Aussagen über die Bedeutung der Entnazifizierung für die Entwicklung der späteren Bundesrepublik Deutschland enthalten u. a. die diesbezüglichen Arbeiten von Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit*, 2. Aufl. München 1996 und von Manfred Kittel, *Die Legende von der „zweiten Schuld“*, *Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer*, Berlin/Frankfurt a. M. 1993. Vgl. auch Rauh-Kühne, Cornelia, *Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 35-70.

verschieden in den einzelnen Besatzungszonen. Am schnellsten und konsequentesten wurde sie in der SBZ durchgeführt. Dort wurden verhaftete Nationalsozialisten, sofern sie nicht in die Sowjetunion verschleppt wurden, zusammen mit politisch Oppositionellen, teils Mitglieder der SPD, teils Liberale und Konservative, in sog. Speziallagern inhaftiert. Gleichzeitig wurden zuverlässige Kommunisten in Schaltstellen von Verwaltung, Polizei, Justiz und Schule eingesetzt. „Entnazifizierung und kommunistische Kaderpolitik gingen nahtlos ineinander über.“¹³⁴⁵ Insgesamt war der damaligen Sowjetunion aber die „strukturelle“ Entnazifizierung, die man glaubte durch die Bodenreform vom September 1945 und die im Oktober eingeleiteten Industriereformen verwirklicht zu haben, wesentlich wichtiger als individuelle Sanktionen. Ab August 1947 kam es zu einer Rehabilitierung einfacher NSDAP-Mitglieder, und im März 1948 wurde die Entnazifizierung in der SBZ offiziell für abgeschlossen erklärt.

Die Verantwortlichen in der französischen Besatzungszone verhielten sich gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten vergleichsweise großzügig. Deren Vergangenheit wurde als Druckmittel benutzt, um die Betroffenen zur Loyalität zu zwingen, obwohl es auch hier Verhaftungen, Inhaftierungen und Entlassungen gab.¹³⁴⁶

Die Orte der Stadt Erftstadt standen zunächst unter amerikanischer, seit Juni 1945 unter britischer Verwaltung. Deshalb stehen deren diesbezügliche Maßnahmen in den verschiedenen Phasen der Entnazifizierung im Folgenden im Mittelpunkt. Dabei ist zu beachten, dass die amerikanischen Maßnahmen zur Entnazifizierung bis weit in das Jahr 1946 wesentlich strenger und umfassender waren als in der britischen Besatzungszone.¹³⁴⁷ Nachdem es zunächst zu unkontrollierten „Säuberungen“ in Verwaltung und Wirtschaft gekommen war, entwickelte sich später in mehrmals veränderten und teils lokal uneinheitlichen Formen ein geordnetes Prüfungsverfahren, in dem über die Tragbarkeit des Personals bestimmter Berufe, Ämter und Dienststellen entschieden wurde. Seit Anfang 1946 wurde den Deutschen zunächst formal, ab 1947 dann mehr und mehr eigenständig die Verantwortung für die Entnazifizierung übertragen. Dieser Prozess der Entnazifizierung erstreckte sich in Nordrhein-Westfalen bis zum September 1952, als der hiesige Landtag ein „Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung in Nordrhein-

¹³⁴⁵ Vgl. Winkler, Heinrich August, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, Bd. 2, 5. Aufl., München 2002, S. 118.

¹³⁴⁶ Ebd.

¹³⁴⁷ Grundlegende Informationen über die britische Entnazifizierungspolitik enthält u.a. der Aufsatz von Joachim Gödde, *Entnazifizierung unter britischer Besatzung. Problemskizze zu einem vernachlässigten Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte*, in: *Geschichte im Westen*, 6. Jg., Bd. 1, Köln 1991, S.62-73. Vgl. ebenso: Mecking, Sabine: „Allenfalls Mitläufer“?, in: *Geschichte im Westen*, 2. Halbjahr 2002, S. 63-66. Wichtige Dokumente zur Entnazifizierung enthalten die Arbeiten von Irmgard Lange (Bearb.), *Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation*, Siegburg 1976 und Vollnhans, Clemens (Hg.), *Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949*, München 1991.

pauschale Verurteilung aller ehemaligen Angehörigen der NSDAP und ihrer Gliederungen wie SA und SS. Die amerikanische Militärregierung stand damals vor einem Rätsel, warum sich die katholische Kirche nun für ihre ehemaligen Verfolger einsetzte, zumal nachweislich weniger als ein Prozent der katholischen Geistlichen und Ordensangehörigen der NSDAP angehört hatte.¹³⁵² Viele Eingaben der Bischöfe an den Alliierten Kontrollrat oder diesbezüglicher umfangreicher Schriftwechsel mit den zuständigen alliierten Behörden sowie Hirtenbriefe, die dieses Problem thematisierten, zeugen von diesen Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Bischöfen und den damaligen Besatzungsmächten.¹³⁵³

Bei der Suche nach Gründen für dieses Verhalten der katholischen Bischöfe und des Klerus hat der Historiker Mark Edward Ruff folgende Motive eruiert: Die Kirchen waren in der Zeit zwischen dem Zusammenbruch und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Art offizieller Sprecher des besiegten deutschen Volkes geworden. Insbesondere die katholische Kirche, deren Mitglieder während des Kulturkampfes der 1870er Jahre und in der NS-Zeit wegen ihrer Sympathien für Rom oft als zweitrangige Staatsbürger verspottet worden waren, wollte ihre Loyalität und nationale Zuverlässigkeit unter Beweis stellen.¹³⁵⁴ Außerdem fürchtete man, dass die Linke, vor allem Kommunisten, bei der Neuordnung Deutschlands versuchen würden, durch die Entnazifizierungsmaßnahmen mögliche innenpolitische Gegner und führende Leute aus der Wirtschaft hinauszudrängen, um eine Neuordnung des politischen Lebens in Deutschland in ihrem Sinne zu gestalten und die Spitzenpositionen mit Leuten aus der Reihe der deutschen Linken, die ja von den Nationalsozialisten als erste bekämpft worden war, zu besetzen. Darin erblickte die katholische Kirche einen erheblichen Nachteil für den politischen Katholizismus.

Die Stellungnahme der katholischen Bischöfe gegenüber den Siegern stützte sich meist auf vier Argumente: Die Entnazifizierungsverfahren verstießen gegen die Rechtsordnung, weil sie eine Strafe vollstreckten für damals legale Taten, wie z. B. den Beitritt zu NSDAP, SA oder SS. Auch könnte die Parteizugehörigkeit allein kein zuverlässiges Kriterium sein, um Schuld oder Unschuld zu bemessen. Darüberhinaus müsse die christliche Überzeugung von der Pflicht zur Barmherzigkeit vor allem auch da gelten, wo keine kriminellen Tatbestände vorlägen, und Frieden könne es auf Dauer nicht ohne Gnade für die Besiegten geben.¹³⁵⁵

¹³⁵² Vgl. Ruff, Mark Edward, Katholische Kirche und Entnazifizierung, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, S. 143.

¹³⁵³ Vgl. z.B. Fuldaer Bischofskonferenz an den Alliierten Kontrollrat 23.8. 1945, in: Volk, Ludwig, (Bearb.), Akten der deutschen Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd. VI: 1943-1945, Nr. 1030 IIc, S. 695-699 und Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, 1946, S. 119.

¹³⁵⁴ Ebd., S. 147 f.

¹³⁵⁵ Vgl. Ruff, M.E., Katholische Kirche und Entnazifizierung, S. 142-149.

Eine weitere Gefahr der Entnazifizierungsmaßnahmen sah man vor allem in vielen Dörfern und kleinen Städten in der möglichen Zerstörung sozialer Beziehungen und des Zusammenlebens. Dort wurden oft Anzeigen gegen Nachbarn oder sogar Familienmitglieder erstattet, um alte Streitigkeiten neu zu regulieren. Hier waren die Ortsgeistlichen in den einzelnen Gemeinden oft in einer schwierigen Situation.¹³⁵⁶

Dieser Sachverhalt ist auch sehr deutlich in einigen Gemeinden der Stadt Erftstadt zu erkennen. Einschlägige Akten der Pfarrarchive und verschiedene Entnazifizierungsakten belegen dies.

Der Lechenicher Pfarrer Lennartz erhielt z.B. ein vom 25. Februar 1947 datiertes Schreiben von der Tochter des früheren Bürgermeisters Dr. Geile, in dem sie den Pfarrer um eine eidesstattliche Erklärung in einem Verfahren gegen ihren Vater bat. Er sollte bescheinigen, dass dieser während seiner politischen Tätigkeit in Lechenich „seine Machtbefugnisse nicht zu gehässigen, religionsfeindlichen und verbrecherischen Ausschreitungen benutzt hat“, sondern dass er seine ihm zufallenden Aufgaben in „durchaus loyaler, menschlicher Weise durchgeführt“ habe.¹³⁵⁷ Dr. Geile war zu dieser Zeit seit dem 4. April 1945 in dem ehemaligen russischen Kriegsgefangenenlager Stalag 326 in Eselsheide bei Paderborn interniert. Pfarrer Lennartz stellte im Mai 1947 eine Bescheinigung zugunsten von Dr. Geile aus, die zwar nicht ganz dem von der Tochter gewünschten Inhalt entsprach, dem Entnazifizierungsausschuss von Euskirchen (8.12.1947) und der Spruchkammer Kassel (26.11.1949) aber als entlastend galt und mit dazu beitrug, dass der Angeklagte nicht, wie vom Hauptankläger gefordert, in die Kat. I, sondern in die Kat. III eingestuft wurde.¹³⁵⁸

Bereits am 1. Juli 1945 hatte sich Pfarrer Lennartz in einem Schreiben an den Kommandanten der alliierten Militärregierung in Euskirchen für den Stadt- und Amtsinspektor Karl Anton eingesetzt. Dieser war nach seiner Verhaftung am 29. März 1945 zunächst im Zuchthaus Rheinbach interniert worden. Der Pfarrer betonte in seinem Schreiben die enge Bindung des Stadtinspektors an die katholische Kirchengemeinde, in der auch dessen Sohn während der NS-Zeit als Messdiener öffentlich aufgetreten war. Auch habe er, der Pfarrer, von Anton „manche für die Kirche sehr wertvolle Information“ erhalten.¹³⁵⁹ Nachdem der Angeklagte zunächst sowohl vom Entnazifizierungsortsausschuss Lechenich (7.10.1946) und vom Entnazifizierungshauptausschuss Euskirchen (23.6.1947) in die Kat. III als ehemaliger Aktivist eingereiht worden war, was für ihn ein Berufsverbot im öffentlichen Dienst bedeutete, hatte er gegen diese Einreihung Berufung beim Entnazifizierungs-Berufungsausschuss des

¹³⁵⁶ Ebd., S. 150.

¹³⁵⁷ PfA Le., o.S.

¹³⁵⁸ Vgl. HHStAW, Abt.520/Ks, Nr. 4884.

¹³⁵⁹ PfA Le., o.S.

Regierungsbezirks Köln eingelegt. Hier wurde er dann am 4. Mai 1948 u. a. auch aufgrund des guten Leumundszeugnisses von Pfarrer Lennartz der Kat. IV zugewiesen.¹³⁶⁰ Damit konnte er wieder bei der Stadtverwaltung Lechenich angestellt werden und erhielt 1963 sogar die Ehrenbürgerschaft der Stadt.

Auch die Entnazifizierungsakte des Lechenicher Schneidermeisters Fritz Degener, der wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP, zur DAF, zur NSV und zeitweise zur SA-Reserve zunächst ein Berufsverbot erhalten hatte, enthält ein positives Zeugnis des Pfarrers Lennartz.¹³⁶¹ Ähnliches gilt für den Apotheker und kurzzeitigen Bürgermeister Richard Fellmann. Ihm bestätigte der Pfarrer am 27. Oktober 1945 eine vollkommene Ablehnung des NS-Regimes und des Militarismus.¹³⁶²

Allerdings verweigerte der Pfarrer im Fall des ehemaligen Hauptlehrers Josef Schmitz die Ausstellung eines sog. „Persilscheins.“ Auf Anfrage des Entnazifizierungs-Berufungsausschusses für den Regierungsbezirk Köln bejahte er am 11. November 1947 dessen Frage, ob „sich Schmitz propagandistisch oder kirchenfeindlich aufgeführt habe.“¹³⁶³ Im Juni 1948 allerdings befürwortete er dessen Wiederaufnahme in die Kirche, indem er auf seine derzeitige Gesinnung hinwies.¹³⁶⁴ Oftmals war es den Pfarrern eben auch daran gelegen, ehemalige Parteigenossen, die in den 1930er Jahren aus der Kirche ausgetreten waren, wieder zurückzugewinnen.¹³⁶⁵

Dies mag auch für den Gymnicher Pfarrer Kaiser eine Rolle gespielt haben, der, wie an anderer Stelle schon erwähnt,¹³⁶⁶ dem Ortsgruppenleiter Hermann Bungarten für dessen Entnazifizierungsverfahren ein gutes Leumundszeugnis ausgestellt und auf dessen regelmäßige Teilnahme am sonntäglichen Gottesdienst nach 1945 verwiesen hatte.¹³⁶⁷

Im Fall des Liblarer Ortsgruppenleiters Johannes Dünnwald lag dem Hauptentnazifizierungsausschuss Euskirchen u. a. eine am 15. April 1947 ausgestellte Bescheinigung des damaligen Kaplans von Liblar, Peter Echterbrock, vor, worin dieser auf eine Unterschriftensammlung von 51 Liblarer Bürgern zugunsten von Dünnwald verwies.¹³⁶⁸

Hingewiesen wurde auch schon auf das Leumundszeugnis des Bliesheimer Pfarrers Frielingsdorf zugunsten des ehemaligen Orts- und Amtsbürgermeisters Hugo ten Hövel.¹³⁶⁹

¹³⁶⁰ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1037-BII, I Nr. 1444.

¹³⁶¹ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 68886.

¹³⁶² PfA Le, o.S.

¹³⁶³ Ebd.

¹³⁶⁴ Ebd.

¹³⁶⁵ Vgl. auch: Ruff, M.E., Katholische Kirche und Entnazifizierung, S. 150.

¹³⁶⁶ Vgl. Kap. 3.6.1.

¹³⁶⁷ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 1543.

¹³⁶⁸ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1049, Nr. 1542.

¹³⁶⁹ Vgl. Kap. 3.6.2.

In Friesheim wies Pfarrer Kleinen in der dortigen Pfarrchronik ganz klar auf die schwierige Situation der Geistlichen in ihren Gemeinden hin, die sich oft auf einer Gratwanderung befanden. So schrieb er:

„Im Laufe des Jahres 1945 kamen manche zum Geistlichen, die früher nichts wissen wollten oder ihn bekämpft hatten. Sie stellten sich beim Pfarrer ein, um sich Leumundzeugnis, eine Bescheinigung ihres kirchlichen Lebens oder eine Unterschrift für ihre Gesuche mit einer warmen Empfehlung zu erbitten [...] Soweit das eben geschehen konnte, wurde es in großzügiger Weise gemacht. Bei den meisten Bittstellern konnte noch immer [...] etwas Gutes [...] angeführt werden. Viele, die es während der Nazizeit mit der Partei gehalten und die Konjunktur ausgenutzt hatten, viele andere, die die Partei finanziell unterstützt und sich sogar um die Aufnahme in die Partei bemüht hatten, stellten sich so, als ob sie Gegner der Partei gewesen wären.“¹³⁷⁰

In der Nacht zum 11. Februar 1946 und noch einmal am 26. Februar 1946 waren in Friesheim an einzelnen Häusern und Telegrafentangen große mit Druckschrift beschriebene Schilder angebracht worden mit der Aufschrift: „Der Pfarrer und seine Nichte sind Naziverteidiger“. Pfarrer Kleinen hat darauf nicht reagiert, er war überzeugt, dass eine ungerechte Behandlung von ehemaligen Parteimitgliedern unterbleiben müsse.¹³⁷¹ Der Pfarrer war in der Tat in einer besonders schwierigen Situation, da in Friesheim der ehemalige Ortsgruppenleiter und ehrenamtliche Bürgermeister Christian Curt mit dem späteren Gemeindevorsteher, seinem Schwager Bernhard Pfenning, einem ausgesprochenen Nazigegner, seit vielen Jahren in erbitterter Feindschaft lebte,¹³⁷² beide hatten ihre Sympathisanten, und insofern war die Lage in diesem Ort besonders gespalten, wobei der Pfarrer wohl von beiden Parteien für die Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen beansprucht wurde und sich dementsprechend verhalten sollte. Die vorliegenden schriftlichen Quellen lassen keinen konkreten Anlass für die Beschuldigungen gegen den Pfarrer erkennen.

Die Bereitschaft des örtlichen Klerus, sich zugunsten ehemaliger Parteiaktivisten einzusetzen, wird auch in Kierdorf deutlich. Hier lag das Motiv wohl vor allem darin, dass einzelne Geistliche zu Beginn der NS-Herrschaft manchmal sogar ihren Gläubigen den seelsorglichen Rat gegeben hatten, einer NS-Organisation beizutreten, um sie christlich zu beeinflussen oder Schlimmeres zu verhindern. Darüber berichtet beispielsweise die Kierdorfer Schulchronik. Sie zitiert aus zwei Schreiben von Pfarrer Brandts an das Euskirchener Schulamt, worin er versucht, zwei nach dem Krieg zunächst aus dem Schuldienst entlassene Lehrpersonen zu rehabilitieren

¹³⁷⁰ PfA Fr, Pfarrchronik Friesheim, S. 68.

¹³⁷¹ Ebd.

¹³⁷² Vgl. BA Koblenz, Z/42/V, 188.

und ihnen eine Rückkehr an die Kierdorfer Schule zu ermöglichen. Zu dem Lehrer Peter Meckel schrieb er:

„Auf Veranlassung und Wunsch vieler Mitbürger, u. a. auch meines Vorgängers Pastor Overbach übernahm Herr Meckel als Unterführer das ‚Jungvolk‘ von Kierdorf. Es geschah dies aus dem Gedanken heraus, dass durch die Führerschaft des Herrn Meckel vieles verhindert werden könnte, was bei der Führerschaft durch einen Nationalsozialisten nicht möglich wäre.“¹³⁷³

Zur Rehabilitierung der Lehrerin Hausmann, die Scharführerin im BDM war, weist er darauf hin, dass diese ihren Posten im BDM nur auf Bitten seines Amtsvorgängers übernommen habe, „um auf diese Weise größeres Unheil in der Jugenderziehung zu verhüten“.¹³⁷⁴

Inwieweit einzelne Geistliche bestimmten Pfarrangehörigen wirklich geraten hatten, Posten innerhalb des Nationalsozialismus anzunehmen, oder inwiefern dies später Schutzbehauptungen waren, die den Betroffenen zur Rehabilitierung helfen sollten, lässt sich aufgrund diesbezüglich fehlender Quellen nicht mit Sicherheit in allen Fällen rekonstruieren.

Im gesamten Landkreis Euskirchen sowie auch in den benachbarten Kreisen Bergheim, Jülich und Düren und im Landkreis Köln wird die Rolle der katholischen Geistlichen ähnlich bewertet.¹³⁷⁵

Während die sog. „Persilscheine“ einerseits zur Reintegration dienen konnten, trugen sie andererseits aber auch zur Verdrängung, d. h. zu einer fehlenden aktiven Auseinandersetzung mit

¹³⁷³ Vgl. Kievernagel, Peter, Unsere Schule in Kierdorf, Geschichte der ehemaligen Volksschule und heutigen Grundschule, Kierdorf 2001, S. 60 f.

¹³⁷⁴ Ebd.

¹³⁷⁵ Im Landkreis Euskirchen verweist R. Weitz namentlich auf einen Lehrer in Olef, einen Baustoffhändler und einen Fabrikanten in Gemünd, die auch mit Hilfe der Zeugnisse ihrer Pfarrer entlastet wurden. „Den Kirchen mit ihren Pfarrern kam eine Vermittlerrolle zu, die sie oft mit übertriebener Bereitwilligkeit ausübten.“ Vgl. Weitz, R., Die Entnazifizierung oder der Umgang mit der Vergangenheit, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 2, S. 964-966. Volker H.W. Schüler urteilt nach seinen Untersuchungen im Kreis Bergheim: „Es ist inzwischen ein Fakt, daß die folgende Entnazifizierung auf der mittleren und unteren Ebene aus verschiedenen Gründen nicht über Ansätze hinausgekommen ist, daß auch im Erftland einst führende ideologische Protagonisten des Nationalsozialismus zeitweise wieder in wichtige Positionen der Verwaltung berufen wurden oder andernorts ihre berufliche Karriere fortsetzen konnten, gerade so, als sei nichts geschehen.“ (Schüler, V. H.W.: Der Kreis Bergheim in nationalsozialistischer Zeit, Bd. III, 1939-1945). In Stommeln (Landkreis Köln) legte ein ehemaliger Lehrer und Gründer der dortigen NSDAP-Ortsgruppe dem Entnazifizierungsausschuss eine Bescheinigung seines Pfarrers über seinen Nichtaustritt aus der Kirche vor. Auch im Entnazifizierungsverfahren eines zweiten Lehrers aus Stommeln wurde das Zeugnis seines damaligen örtlichen Vikars zu seinen Gunsten ausgelegt. Vgl. Wißkirchen, Josef, 200 Jahre Geschichte Stommeln, S. 389-393. In einer Untersuchung über die Entnazifizierung im Kreis Düren weist Peter Klefisch darauf hin, dass fast jeder durch den Fragebogen belastete PG seinem Antrag eine Bescheinigung der Ortsgeistlichen beigelegt hatte. Vgl. Klefisch, Peter, Entnazifizierung in Düren 1945-1949, in: Dürener Geschichtsblätter, Nr. 84, S. 537. Der Direktor eines Dürener Gymnasiums konnte sich auf ein Leumundszeugnis des evangelischen Dürener Pfarrers berufen. Vgl. Wallraff, H., Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich, S. 598. Der Autor bewertet insgesamt die Entnazifizierung „im Hinblick auf die von den westlichen Alliierten projektizierte (Re)- Demokratisierung des deutschen Volkes in toto als gescheitert.“

den Geschehnissen während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft bei, eine Tendenz, die teilweise bis heute bei einzelnen noch spürbar ist.

Heute wird die Bedeutung der Entnazifizierung für die spätere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt kontrovers beurteilt. Es geht hier um die Frage, ob die Entnazifizierung die Entwicklung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland gefördert oder gehemmt hat. Während frühere Beurteilungen eher eine negative Bewertung darstellen,¹³⁷⁶ wird heute darauf hingewiesen, dass die Entnazifizierungsverfahren und auch die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen wesentlich dazu beigetragen haben, dass in der Bundesrepublik nie das Bewusstsein aufkommen konnte, die Epoche des Dritten Reiches stelle einen abgeschlossenen, nicht mehr in das Heute hineinwirkenden Zeitabschnitt dar.¹³⁷⁷ Insofern hat sie trotz ihrer begrenzten Möglichkeiten eine positive systemstabilisierende Wirkung hinterlassen. Der Historiker Norbert Frei lehnt eine Beurteilung ab, die von einem pauschalen Scheitern der Entnazifizierung ausgeht. Neben aller Unzufriedenheit und Schwierigkeiten sieht er in der zeitweiligen Ausschließung nationalsozialistischer Funktionsträger aus dem öffentlichen Leben einen Beitrag zur Ächtung nazistischer Ideen, die selbst durch eine spätere Rückkehr der „Ehemaligen“ die äußere Stabilität der bundesdeutschen Demokratie nicht mehr gefährden konnte.¹³⁷⁸

¹³⁷⁶ Vgl. Niethammer, Lutz, *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*. Berlin/Bonn 1972, 2. Aufl. 1982. Ähnlich: Lange, Irmgard, *Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen*, ebenso: Vollnhans, Clemens, *Entnazifizierung*.

¹³⁷⁷ Vgl. Kißener, M., *Das Dritte Reich*, S. 105 f.

¹³⁷⁸ Vgl. Frei, Norbert, *Die Entnazifizierung der „Volksgemeinschaft“*, in: *Hitlers Eliten nach 1945*, hg. Von Norbert Frei, 7. Aufl., München 2016, S. 114-116.

10 Nationalsozialismus und katholische Kirche in den Gemeinden der Stadt Erftstadt: Kollaboration oder Distanz?¹³⁷⁹

Rückblickend auf die in der vorliegenden Arbeit dargestellten Untersuchungsergebnisse wird deutlich, dass man von dem damals in den Gemeinden der Stadt Erftstadt vorherrschenden katholischen Milieu nicht unmittelbar auf eine Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus schließen kann. Die Alltagswirklichkeit der meisten katholischen Bewohner war nicht nur kirchlich-religiös bestimmt, sondern auch von anderen sozialen und ökonomischen Interessen geleitet.¹³⁸⁰

Das mag auch erklären, wie relativ schnell sich die zunächst sehr distanzierte Haltung vieler Katholiken in den Gemeinden der Stadt Erftstadt zum Nationalsozialismus geändert hatte und diese sich auf den verschiedensten Gebieten bereit erklärten, die angestrebte Gleichschaltung mitzutragen. Bei der Frage nach den entsprechenden Gründen sind anhand der vorliegenden Quellen folgende Motive zu erkennen:

Zunächst einmal ist festzustellen, dass sich nach den Märzahlen 1933 außerhalb kirchlicher Äußerungen und Dokumente keine spezifisch reflektierte Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und dem Parteiprogramm der NSDAP erkennen lässt.

Hingegen stehen gerade bei den örtlich politisch verantwortlichen NS-Akteuren persönliche wirtschaftliche und materielle Interessen im Vordergrund. Besonders deutlich wird das bei den jeweiligen Ortsgruppenleitern und Amtsbürgermeistern. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise an die Ortsgruppenleiter von Gymnich, Kierdorf, Liblar, Lechenich und Friesheim erinnert, die vor 1933 alle längere Zeit arbeitslos oder in anderer Weise in wirtschaftlicher Bedrängnis waren.¹³⁸¹

Der Ortsgruppenleiter von Erp, späterer Rektor der dortigen Volksschule, gab später an, er hätte bei einer Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten um seine berufliche Stellung fürchten müssen.

Ähnliches galt für die Amtsbürgermeister von Liblar und Gymnich.

Die Hoffnung auf wirtschaftliche Verbesserung der persönlichen Situation tritt bei dem Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Dr. Paul Geile in Lechenich ganz deutlich zu Tage. Noch zwischen 1933 und 1936 bewarb er sich mehrmals am Ort selbst als auch in anderen Gemeinden um eine Notariatsstelle, um seine Einkünfte zu verbessern. Dabei wollte er auf seine politischen

¹³⁷⁹ Zum Begriff „Kollaboration“ vgl. Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 191-202.

¹³⁸⁰ Vgl. auch: Kösters, Chr., Katholisches Milieu und Nationalsozialismus, S. 165.

¹³⁸¹ Vgl. hierzu Kap. 3.6.

Ämter verzichten. In seinen Bewerbungen wies er immer wieder auf seinen parteipolitischen Einsatz für die NSDAP hin, um seine beruflichen Chancen zu erhöhen.¹³⁸²

Seinem Vorgänger in der Ortsgruppenleitung in Lechenich, Artur Hoffmann, war es durch sein parteipolitisches Agieren gelungen, bei der Stadt Köln eine beamtete Stellung als Stadtinspektor zu erhalten.¹³⁸³

Bei den beiden Letztgenannten ist auch auffallend, dass sie nicht aus der hiesigen Gemeinde stammten, sondern von auswärts zugezogen waren und aufgrund ihrer evangelischen Konfession auch nicht dem katholischen Milieu zuzurechnen waren.

Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und Erhalt des Arbeitsplatzes haben nachweislich auch viele andere Bewohner der Gemeinden der Stadt Erftstadt bewogen, der NSDAP und ihren Organisationen beizutreten. Besonders deutlich wird das auch in den Schulchroniken der ursprünglich rein konfessionellen Volksschulen der Stadt Erftstadt. Diese berichten einerseits schon sehr früh über die Entlassung einzelner Lehrer und Schulleiter aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, d. h. aufgrund fehlenden Willens zur Mitarbeit im NS-Staat, andererseits werden das Engagement und die führende Rolle der Lehrer bei der Werbung für HJ und BDM und ihre Mitarbeit in diesen NS-Organisationen herausgestellt.

Neben wirtschaftlichen Motiven bzw. Angst vor politischem Druck und Repressalien wurde von manchen Katholiken die Unvereinbarkeit zwischen dem eigenen Glaubensbekenntnis und der NS-Ideologie nicht klar erkannt. Das mag auch damit zu erklären sein, dass insbesondere in den ersten Jahren der NS-Herrschaft die politischen Akteure wohl gewollt die Weiterführung traditionell katholischer Bräuche und Gewohnheiten in den einzelnen Gemeinden demonstrierten, was sich, wie schon an anderer Stelle erwähnt, z. B. an ihrer persönlichen Teilnahme an Schützenfesten oder Kirmesfeiern oder der Einführung neuer Pfarrer in einzelnen Kirchengemeinden zeigte. Auch die Durchführung von Wallfahrten, Prozessionen, Bittgängen usw. war, wenn auch unter bestimmten Auflagen und Einschränkungen, zumindest bis 1938 noch möglich gewesen. Hinzu kommt, dass es den Nationalsozialisten wohl gelang, christliche Werte wie beispielsweise die Hochschätzung von Familie, Sitte, Tradition, Gemeinschaft, Gottgläubigkeit als wichtige Bestandteile der eigenen Ideologie vorzugeben. Hier haben Christen wohl oft die ganz andersartige Bedeutung der o.g. Begriffe innerhalb der NS-Ideologie zu wenig erkannt. Diese Mehrdeutigkeit der NS-Politik trug mit dazu bei, dass heutige Historiker, zuletzt Olaf Blaschke, zu der Beobachtung kommen, dass es innerhalb eines katholischen Milieus durchaus üblich war, Katholizismus und Nationalsozialismus nicht unbedingt als Gegensätze zu

¹³⁸² LAV NRW, Abt. Rheinl. Gerichte Rep. 245, Nr. 183.

¹³⁸³ LAV NRW, Abt. Rheinl., NW 1023, Nr. 6828.

empfinden.¹³⁸⁴ Dies hatte ja nicht wenigen Katholiken ermöglicht, zugleich aktiv für die NSDAP zu werben, andererseits wichtige Funktionen in der katholischen Pfarrgemeinde zu übernehmen¹³⁸⁵ oder, obwohl Mitglied des Kirchenvorstands, Nutzen aus enteignetem jüdischen Eigentum zu ziehen.¹³⁸⁶ Manchen Katholiken war auch die Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus nach der am 28. März 1933 erfolgten Aufhebung des Verbots der Teilnahme von Katholiken an der NS-Bewegung durch den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, erleichtert worden.

Eine wirkliche Identifikation mit allen wichtigen politischen Zielen des Nationalsozialismus lässt sich in den Gemeinden der Stadt Erftstadt aus den zur Verfügung stehenden Quellen nur schwerlich erkennen. Insgesamt scheint hier die bei Olaf Blaschke zitierte Beurteilung von Mallmann und Paul zuzutreffen: „Weder kritische Distanz noch nationalsozialistischer Fanatismus dominierten [...] das katholische Milieu, sondern eher ein Verhaltensmuster der äußeren Anpassung, das katholisches Glaubensbekenntnis und Nationalsozialismus nicht unbedingt als Gegensätze empfand.“¹³⁸⁷

Die auch für das ursprünglich katholische Milieu der Stadt Erftstadt festgestellte rasche Anpassung vieler Bewohner an den Nationalsozialismus stimmt weitgehend mit dem Urteil von Ulrich Herbert überein, der in den erheblichen Erfolgen der NS-Revisionspolitik bis 1938 und in der wirtschaftlichen Stabilisierung und der damit verbundenen Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse eine wesentliche Voraussetzung für die Loyalität gegenüber dem Regime in wachsenden Teilen der deutschen Gesellschaft sieht.¹³⁸⁸ Die Bedeutung des Nationalgefühls wird durchgängig in allen Schulchroniken in Erftstadt deutlich. Beispielhaft berichtet die Chronik der Volksschule zu Friesheim von der Beflaggung des Dorfes und einem abendlichen Fackelzug nach der Saarabstimmung, von der Volkabstimmung am 29. März 1936, bei der es nur sieben Stimmen gegen Hitler gab und vom Flaggenschmuck, Fackelzug und Heldengedenkfeier mit Gesang und Ehrensalue am Ehrenmal anlässlich der Rheinlandbesetzung am 7. März 1936. Einige Bewohner Friesheims waren sogar mit dem Auto nach Köln gefahren, um den Einmarsch der deutschen Truppen in die entmilitarisierte Zone persönlich zu erleben. Der Versailler Friedensvertrag wurde im Unterricht als Gewaltakt charakterisiert, der für Deutschland nicht bindend sein konnte. Der 1. Mai 1938 wurde wegen des zuvor erfolgten Anschlusses von Österreich besonders festlich begangen.¹³⁸⁹

¹³⁸⁴ Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 185 f.

¹³⁸⁵ PfA Le, Kirchenvorstandsprotokolle St. Kilian, unpaginiert.

¹³⁸⁶ Vgl. Bormann, H. u. C., Heimat an der Erft, S. 383.

¹³⁸⁷ Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 185 f., Anm. 5.

¹³⁸⁸ Herbert, Ulrich, Das Dritte Reich, Geschichte einer Diktatur, München 2016, S. 124.

¹³⁸⁹ StAEft, A 01-401, Schulchronik der Volksschule zu Friesheim, unpaginiert.

Wenn man bezüglich der Frage nach Kollaboration oder Widerstand von Katholiken während der NS-Herrschaft in den Gemeinden der heutigen Stadt Erfstadt einerseits das heute in der Geschichtswissenschaft allgemein anerkannte, von Klaus Gotto, Konrad Repgen und Günter Hockerts entwickelte Vier-Stufen-Modell des Widerstands zugrunde legt und andererseits das dazu in Analogie von Olaf Blaschke aufgestellte Modell von vier Stufen der Kollaboration, dann lassen sich sowohl die dort beschriebenen Formen von Widerstand als auch von Kollaboration tatsächlich im vorgegebenen Untersuchungsraum nachweisen. Während das Vier-Stufen-Modell des Widerstands nach Meinung seiner Verfasser eine differenzierte und angemessene Beschreibung des Widerstands von kirchlicher Seite her erlaubt, geht es Olaf Blaschke mit seinem analogen Modell darum, aufzuzeigen, dass entgegen noch vorherrschender wissenschaftlicher Meinung Anpassung und Loyalität in der katholischen Kirche die vorherrschenden Phänomene in der Zeit von 1933 bis 1945 gewesen seien. Er wirft den Autoren des 1983 entwickelten Vier-Stufen-Modells des Widerstands vor, nur der Frage nachgegangen zu sein, in welchem Umfang sich die Kirche der NS-Herrschaft widersetzt habe und nicht zu fragen, inwieweit diese das System stabilisiert oder mit ihm konform gegangen sei. Deshalb will er mit seinem Modell der Kollaborationsstufen ein Gegengewicht schaffen. Dabei sieht er viel breitere Konsens- bzw. Kollaborationsphänomene als Aktionen der Resistenz oder des Widerstands.¹³⁹⁰

Als erste Stufe der Kollaboration sieht das o. g. Modell die punktuelle Zufriedenheit. Diese äußere sich beispielweise da, wo einzelne dem NS-Regime den Erhalt eines neuen Arbeitsplatzes zuschrieben. Beispielhaft für die Gemeinde Gymnich beschreibt Matthias Weber die Dankbarkeit seines Vaters, der zwar nicht der Partei beigetreten war, aber wegen Beendigung seiner Kurzarbeit und der damit verbundenen materiellen Besserstellung für seine Familie den Posten eines Zellenleiters der DAF angenommen hatte. Dankbar gegenüber der Politik des Nationalsozialismus war der Vater auch, als er durch die Arbeitsfrontorganisation „Kraft durch Freude“ zum ersten Mal Erholungsurlaub machen konnte.¹³⁹¹

Die zweite Stufe der Kooperation und Anpassung, d. h. auf bestimmten Gebieten angepasstes Verhalten, wenn man auch nicht alle Maßnahmen des Regimes unterstützte, zeigte sich z. B. im Verhalten vieler Vereine in den einzelnen Gemeinden. Hier ist insbesondere auf die verschiedenen Schützen- und Gesangvereine hinzuweisen.¹³⁹²

¹³⁹⁰ Vgl. Blaschke, Olaf, Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 191-202.

¹³⁹¹ Weber, M., Erfstadt-Gymnich, S. 71 f.

¹³⁹² Vgl. Kap. 3.3 und 5.2.5.

Hinweise von Loyalität bis zum Konsens, d. h. die dritte Stufe der Kollaboration, lässt sich u. a. im Zusammenhang mit der Gründung der „Lechenicher Narrenzunft“ erkennen.¹³⁹³

Auch Beispiele für die vierte Stufe der Kollaboration, d. h. echte Parteianhängerschaft bei gleichzeitiger Kirchenzugehörigkeit, sind in den Gemeinden der Stadt Erftstadt zu konstatieren. Hier sei etwa an den Ortsbürgermeister Hubert Kessenich von Bliesheim erinnert oder den Ortsgruppenleiter von Liblar, Johannes Dünnwald.

Die vorgefundenen Formen des nicht angepassten Verhaltens gegenüber der NS-Herrschaft sollen dem bereits vorgestellten Vier-Stufen-Modell des Widerstands zugeordnet werden, auch wenn damit nicht die ganze Breite widerständigen Verhaltens restlos erfasst werden kann.¹³⁹⁴

Das Vier-Stufen-Modell weist zunächst auf eine punktuelle Nonkonformität hin. Diese äußerte sich beispielsweise in Nörgelei und Unmutsäußerungen in der Bevölkerung. Auf solche weisen die Quellen insbesondere in den ersten Jahren der NS-Herrschaft hin. Dies wird u. a. im Euskirchener Lokalteil des Westdeutschen Beobachters für die Gemeinden der Stadt Erftstadt deutlich. So berichtete die Zeitung am 21. Juni 1934 über eine Parteiveranstaltung der NSDAP, die sich gegen „Nörgler und Kritiker“ richtete.¹³⁹⁵ Am 10. Juli 1934 erschien ein Bericht über die Verurteilung des Gymnicher Schreinermeisters Ohrem.¹³⁹⁶ Dieser hatte den dortigen Ortsgruppenleiter Bungarten beleidigt. Auch während des Krieges wurden zunehmend Unmutsäußerungen deutlich. Der Euskirchener Kreisleiter Köppe musste auf einer Großkundgebung der Ortsgruppe Friesheim aus Anlass des 10-jährigen Bestehens ein „besonderes Wort [...] an die auch jetzt noch, wenn auch vereinzelt, vorhandenen nörgelnden Volksgenossen“ richten.¹³⁹⁷

Auch viele Witze der damaligen Zeit, die die NS-Politik thematisierten, wären hier zu nennen.¹³⁹⁸ Nonkonformität zeigte sich auch, wenn man Desinteresse an den Aktivitäten der Partei zeigte oder wenn man sich dem von der Partei gewünschten Verhalten nicht anschloss. Auf einer Parteiveranstaltung in Gymnich wurde beispielsweise von einem Redner beklagt, dass so viele Gymnicher Mitbürger den Veranstaltungen der Partei fernblieben.¹³⁹⁹

In einem Zeitungsartikel des Westdeutschen Beobachters vom 4. Mai 1935 wurde geklagt, dass es in Niederberg noch Volksgenossen gäbe, die sich nicht zur Volksgemeinschaft bekennen könnten.¹⁴⁰⁰

¹³⁹³ Vgl. Kap. 3.3.

¹³⁹⁴ Vgl. Kißener, M., Ist „Widerstand“ nicht das richtige Wort? In: Die Katholiken und das Dritte Reich, S 174.

¹³⁹⁵ Westdeutscher Beobachter vom 21.6.1934, Jhg. 10, Nr. 169, Bl. 7.

¹³⁹⁶ Westdeutscher Beobachter vom 10.7.1934, Nr. 188, Bl. 6.

¹³⁹⁷ Euskirchener Volksblatt vom 14.1.1942, Jhg. 1942, Nr. 11.

¹³⁹⁸ PfA Le, Beilage zur Pfarrchronik von St. Kilian II.

¹³⁹⁹ Westdeutscher Beobachter vom 31.7.1934, Jhg. 10, Nr. 209, Bl. 6.

¹⁴⁰⁰ Westdeutscher Beobachter vom 4.5.1935, Jhg. 11, Nr. 122/123, Bl. 6.

Auch die Mitgliedschaft der Kinder und Jugendlichen in HJ und BDM war für viele Einwohner der Erftstadt-Gemeinden zunächst nicht selbstverständlich. So beklagte der Ortsgruppenleiter Dünnwald in Liblar vor Parteigenossen das Fernhalten vieler Jugendlicher von HJ und BDM durch deren Eltern.¹⁴⁰¹ Im Februar 1935 fand eine Werbetagung für den BDM statt, weil gegen diesen in vielen Orten des Landkreises Euskirchen eine „Antipathie“ bestehe.¹⁴⁰²

Nachweislich bis in das Jahr 1935 folgten viele Bewohner der Gemeinden der Stadt Erftstadt nicht den Wünschen der Nationalsozialisten hinsichtlich der Ausgrenzung ihrer jüdischen Mitbürger. Im Lokalteil des Westdeutschen Beobachters häuften sich einerseits die Beschwerden über die Zusammenarbeit mit jüdischen Nachbarn und Händlern, andererseits wurden diesbezügliche Drohungen und Strafen für die Betroffenen immer massiver.¹⁴⁰³

Die zweite Stufe des Widerstands wird als „passiver Widerstand“ oder als „Resistenz“ bezeichnet. Hier wehrt sich eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung gegen Angriffe des Nationalsozialismus auf die eigene soziale Identität. In der Stadt Erftstadt lassen sich für diese Art des Widerstands vielfältige Beispiele finden. Es ist u. a. hinzuweisen auf die verschiedensten Reaktionen in den einzelnen Kirchengemeinden, die sich gegen das Zurückdrängen des kirchlichen Einflusses auf das öffentliche Leben richteten. Dabei muss noch einmal die besondere Rolle, die hier vor allem die Ortsgeistlichen und die katholischen Jugendvereine spielten, betont werden.

In diesem Zusammenhang ist auch auf ein Ereignis in Borr hinzuweisen. Dort fand am 1. Februar 1942 der feierliche Abschluss einer religiösen Woche statt, und gleichzeitig wurde das Fest der hl. Brigida gefeiert. Infolgedessen nahmen die Jugendlichen nicht an dem vom zuständigen HJ-Gruppenleiter angesetzten HJ-Dienst teil, was diesen zu einer öffentlichen Drohung veranlasste, die er am Schwarzen Brett der Gemeinde vor der Friedhofsmauer zum Eingang der Kirche anbrachte.¹⁴⁰⁴

Auch das teilweise resistente Verhalten einiger Schützenbruderschaften und Schützengesellschaften in der Stadt Erftstadt gehört in diesen Zusammenhang.¹⁴⁰⁵ Spektakuläres Beispiel für Nichtanpassung und Resistenz stellen die Aktivitäten des Männergesangsvereins von Gymnich dar.¹⁴⁰⁶ Das Verhalten des MGV Gymnich entspricht in einigen seiner Aktionen schon der

¹⁴⁰¹ Westdeutscher Beobachter vom 22.2.1935, Jg. 11, Nr. 53, Bl. 7.

¹⁴⁰² Westdeutscher Beobachter vom 2.2.1935, Jg. 11, Nr. 33/34.

¹⁴⁰³ Vgl. Artikel im Westdeutschen Beobachter vom 28.2.1935, Nr. 59, Bl. 5, 14.3.1935, Nr. 73, Bl. 6, 1.4.1935, Nr. 91, Bl. 6, 29.4.1935, Nr. 117, Bl. 5 und Kap. 7.

¹⁴⁰⁴ PFA Fr, Pfarrchronik von Borr

¹⁴⁰⁵ Vgl. Kap. 5.2.5.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Kap. 3.3.

dritten Stufe des o. g. Widerstandsmodells, nämlich des offenen Widerstands, der durch die Flucht in die Öffentlichkeit oder zumindest der Androhung eines solchen Verhaltens gekennzeichnet ist. Offener Widerspruch gegen Anordnungen und Maßnahmen der nationalsozialistischen Obrigkeit lässt sich auch anlässlich des Gymnicher Ritts im Jahre 1941 erkennen. Hier nahmen die Schützenbrüder sogar ein offizielles Verbot ihrer Schützenbruderschaft in Kauf.¹⁴⁰⁷ Die Flucht in die Öffentlichkeit wagten, wenn auch in Grenzen und auf bestimmte Themen bezogen, viele Geistliche in ihren Predigten und dem Verlesen kritischer Hirtenbriefe.¹⁴⁰⁸

Allerdings war der Protest, wie er sich innerhalb der ersten drei Stufen des Widerstandsmodells zeigt, meist auf einzelne Gebiete beschränkt und zielte nicht auf die totale Abschaffung der NS-Herrschaft. Der vehemente Protest des MGV Gymnich gegen die nationalsozialistischen Anordnungen bezüglich der Abberufung des Präsidenten endete da, wo die Vereinsinteressen durchgesetzt worden waren. Maßgebende NS-Akteure wurden sogar danach zu Ehrenmitgliedern ernannt.¹⁴⁰⁹

Ein wesentlicher Grund für fehlenden aktiven Widerstand auf der vierten Stufe ist sicherlich auch in der Angst des Einzelnen oder einzelner Gruppen vor möglichen Reaktionen der Nationalsozialisten gewesen. Der Lechenicher Pfarrer Heinrich Lennartz hat das im Rückblick klar zum Ausdruck gebracht.¹⁴¹⁰ Er erinnerte daran, dass gegen Ende des Krieges, als viele nicht mehr an einen Endsieg glaubten, diese doch verbissen weiterkämpften, weil jeder den anderen fürchtete und bangte, als „Defätist“ oder „Deserteur“ erschossen zu werden, wenn man hinter seine eigentliche Gesinnung kam. Als Beispiel für diese ganz und gar nicht unbegründete Angst nannte er den Fall eines Wachtmeisters aus Lechenich, der von einem Kompanieführer kaltblütig erschossen wurde, weil er eine abfällige Bemerkung über die Kriegslage gemacht hatte. Anschließend wurde er im Schlosspark verscharrt.¹⁴¹¹

Die vierte Stufe des Widerstands, der auf den Sturz des Regimes zielte, ist in den Gemeinden der Stadt Erftstadt erst in den letzten Tagen vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen, als auch die persönliche Lage völlig hoffnungslos schien, zu erkennen. Angesichts der ausgegebenen Evakuierungsbefehle verweigerten viele Bürger, insbesondere nachweisbar in Lechenich, Herrig, Dirmerzheim und Bliesheim, weiteren Gehorsam und gingen teilweise sogar gewaltsam gegen die verantwortlichen NS-Akteure vor, wie das Verhalten der Lechenicher

¹⁴⁰⁷ Vgl. Kap. 5.2.5.

¹⁴⁰⁸ PfA Le. Pfarrchronik St. Kilian II, S. 60.

¹⁴⁰⁹ Vgl. Kap. 3.3.

¹⁴¹⁰ Vgl. Kap. 7.

¹⁴¹¹ Man fand später das Grab und bettete das Opfer um. Vgl. Pfarrchronik St. Kilian II, S. 68.

Frauen gezeigt hatte.¹⁴¹² Obwohl dies für den einzelnen, auch damals noch, nicht ungefährlich war, kann es aber nicht mit beispielsweise den Widerstandsplänen des 20. Juli 1944 oder anderen Attentatsplänen gleichgesetzt werden.

Hinweise widerständigen Verhaltens von nicht konfessionell gebundenen Gruppen oder Einzelnen lassen sich quellenmäßig kaum erschließen.

Hinsichtlich der Beantwortung der Frage nach Kollaboration oder Widerstand in den Gemeinden der Stadt Erftstadt trifft wohl die Beschreibung einer „Gemengelage“ zu.¹⁴¹³ Schon relativ früh konnten die Nationalsozialisten ab Frühjahr 1933 an Einfluss gewinnen, sich die Mitarbeit vieler Bürger sichern und damit ihre Macht weiter ausbauen. Wie in den Nachbarkreisen Düren und Jülich nachgewiesen, traten nach 1933 auch in den Gemeinden der Stadt Erftstadt zunächst die konfessionellen Mentalitäten hinter einem extremen Nationalismus zurück.¹⁴¹⁴ Daneben blieben aber auch bis zum Kriegsende Unzufriedenheit und Distanz massiv spürbar. Diese hatten sich wesentlich auch durch die Maßnahmen gegen die katholische Kirche gebildet. Verstärkt wurden die antinationalsozialistischen Tendenzen dann nach den militärischen Niederlagen an den verschiedenen Kriegsfrenten. Diese Stimmung, hervorgerufen auch durch die mit den Niederlagen verbundenen immer größer werdenden persönlichen Opfer und Kriegsanstrengungen, war eine reichsweite Erscheinung. Die Gehorsamsverweigerungen auch in vielen Gemeinden der Stadt Erftstadt gegenüber dem NS-Regime im Hinblick auf die Evakuierungsbefehle spiegeln eine Einstellung der rheinischen Bevölkerung wider, die Heinrich Himmler schon im Dezember 1944 beunruhigt hatte, wenn er dortige Beobachtungen von Parteidienststellen zitierte, die die Bevölkerung im Kreis Düren als absolut feindlich und abweisend beschrieben: „Der Gruß ‚Heil Hitler‘ ist dort geradezu unbekannt, selbst bei manchen örtlichen Hoheitsträgern.“¹⁴¹⁵

Bei einem Vergleich zwischen systemstabilisierendem und widerständigem Verhalten in den Gemeinden der Stadt Erftstadt lassen die vorhandenen Quellen kein Überwiegen der Kollaboration erkennen. Gerade die katholischen Geistlichen in fast allen Gemeinden Erftstadts zeigten von Beginn der NS-Herrschaft bis zum Ende 1945 eine oftmals deutlich wahrnehmbare Resistenz und stellten einen ernst genommenen Gegenpart zum NS-Regime dar.¹⁴¹⁶

¹⁴¹² Vgl. Kap. 8.13.

¹⁴¹³ Vgl. Blaschke, O., Die Kirchen und der Nationalsozialismus, S. 201.

¹⁴¹⁴ Vgl. Wallraff, H., S. 604.

¹⁴¹⁵ Steinert, Marlis G.; Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970, S. 539.

¹⁴¹⁶ Zur Beurteilung der Situation im gesamten damaligen Kreis Euskirchen vgl. Weitz, R., Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, Vorwort, S. VII.

11 Zusammenfassung

Die Untersuchungsergebnisse der vorliegenden Arbeit haben bei der Beantwortung der ursprünglichen Frage nach dem Verhältnis von Nationalsozialismus und katholischer Kirche in der heutigen Stadt Erftstadt ein differenziertes und teilweise widersprüchliches Bild ergeben. Als wesentliche Forschungsergebnisse sind festzuhalten:

Das nationalsozialistische Verhalten gegenüber den katholischen Kirchengemeinden in den Orten der Stadt Erftstadt war durch Maßnahmen geprägt, die dem Ziel dienen sollten, die eigene totalitäre Ideologie durchzusetzen und den gesellschaftlichen Einfluss der als weltanschauliche Konkurrenz empfundenen Kirchen möglichst restlos auszuschalten. Letztlich war wohl angestrebt, die Kirchen überall auf ein Sektendasein am Rande der Gesellschaft zu reduzieren und damit ein wesentliches Hemmnis für die Durchsetzung des eigenen Totalitätsanspruchs zu beseitigen.

Allerdings erwies es sich für die Nationalsozialisten vor Ort zunächst als recht schwierig, sich in den durch ein kohärentes katholisches Milieu geprägten Orten der Stadt Erftstadt durchzusetzen. Die meisten Bewohner hatten vor dem 30. Januar 1933 dem Nationalsozialismus völlig ablehnend gegenübergestanden. Dies ist an den Wahlergebnissen, sogar noch bei den Märzahlen 1933, zu erkennen. Dieses Verhalten entsprach weithin der allgemeinen Situation im gesamten damaligen Gau Köln-Aachen, wobei der katholische Bevölkerungsanteil und die aktive Teilnahme am kirchlichen Leben in Erftstadt prozentual noch höher waren als in anderen Teilen dieses Gebietes.¹⁴¹⁷ Dennoch gelang es den Nationalsozialisten, während der Phase der Machtergreifung teils durch massiven Druck, teils durch Versprechungen und geschickte Propaganda, einen ersten Zugang in das katholische Milieu zu erlangen und damit ihre Herrschaft zu sichern. Diese wurde durch die rasch einsetzenden Gleichschaltungsmaßnahmen, die den Alltag der Bürger zunehmend bestimmten, weiter ausgebaut und gesichert. Dabei gelang es, immer mehr Mitglieder für die Partei und ihre Organisationen zu gewinnen. Erleichtert wurde diese Entwicklung zweifelsohne durch die „Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz“ vom 28. März 1933, mit welcher das prinzipielle Verbot für Katholiken, der NSDAP oder einer ihrer Organisationen beizutreten, aufgehoben wurde, verstärkt wurde diese Tendenz dann durch den Abschluss des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933.

Von der Gleichschaltung waren wesentlich auch die vielen kirchlichen und der Kirche nahestehenden Vereine betroffen, die bisher einen wesentlichen Rückhalt in den einzelnen

¹⁴¹⁷ Vgl. Wallraff, H. Nationalsozialistische Gaue, in: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Nationalsozialistische%20Gaeue/>, Stand: 12.02.2017.

Pfarrgemeinden der Stadt Erftstadt dargestellt hatten. Die Reaktion der betroffenen Vereine zeigt ein facettenreiches Bild zwischen Anpassung und Widerstand.

Insgesamt verloren die katholischen Pfarreien in der Folge aber erheblich an öffentlichem Einfluss, wohingegen sich die nationalsozialistischen Instanzen weiter etablieren konnten.

Dieser Vorgang wurde durch eine wirtschaftliche Verbesserung, in deren Verlauf die Arbeitslosenzahlen sanken, verstärkt. Auch weit verbreitete nationale Interessen schienen zunächst durch die Außenpolitik Hitlers erfüllt zu werden.

Infolge der Durchsetzung des nationalsozialistischen Totalitätsanspruchs kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den katholischen Kirchengemeinden in der Stadt Erftstadt. Diese spielten sich vor allem auf den Gebieten der Erziehung (Kindergärten, Schulen, Jugendvereine) ab. Auch weitere nationalsozialistische Maßnahmen gegen die Kirche dienten den Versuchen, jeglichen katholischen Einfluss auf das öffentliche Leben auszuschalten (Entkonfessionalisierung).

Der Grad der Intensität dieser Auseinandersetzungen hing meistens von den als Ortsgruppenleiter und Bürgermeister tätigen NS-Akteuren ab. Als besonders aktiv im nationalsozialistischen Sinn erwies sich hier der Ortsgruppenleiter und Amtsbürgermeister von Lechenich. Es sei hier beispielsweise an dessen strikte Durchsetzung des Verbots für die Schützenvereine erinnert, in Uniform an den Prozessionen teilzunehmen oder an die Auseinandersetzungen mit dem Pfarrer von St. Kilian in Lechenich um das Glockengeläut oder die oftmals nur schleppend erfolgte Erlaubnis, für die Kriegsgefangenen eine heilige Messe lesen zu dürfen.

Auf kultischer und symbolischer Ebene zeigte sich das Bestreben des Nationalsozialismus, christliche Kulte und Zeremonien zurückzudrängen, zum einen in dem Versuch, diese durch eigene Feste und Riten zu ersetzen und zum anderen darin, das traditionelle Wallfahrts- und Prozessionswesen stark einzuschränken und später unter dem Vorwand des Krieges fast ganz zu unterbinden.

Zur NS-Kirchenpolitik gehörten in den Gemeinden der Stadt Erftstadt auch drastische Maßnahmen zur Einschränkung der kirchlichen Kommunikationsmöglichkeiten und der karitativen Arbeit. Teilweise wurde das Verlesen von Hirtenbriefen verboten und die Predigten der Pfarrer strikt überwacht. Öffentliche Caritas-Kollekten durften zunächst nur noch beschränkt, dann gar nicht mehr durchgeführt werden.

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs schuf auch in Erftstadt die Bedingungen für eine Radikalisierung der NS-Kirchenpolitik. Es erfolgten jetzt zunehmend mehr direkte Eingriffe in das kirchliche Leben, die nicht nur durch kriegsbedingte Notwendigkeiten begründet waren. Das

reichte von staatlichen Eingriffen in die Gottesdienstordnung, Glockengeläut, strikten Beschränkungen der seelsorglichen Betreuung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, der restlosen Zerschlagung des kirchlichen Presse- und Buchwesens, der Aufhebung aller katholischen Kindergärten und wichtiger kirchlicher Feiertage bis zu Behinderungen und Einschränkungen in der Kranken- und Behindertenseelsorge und der teilweisen Beschlagnahmung klösterlicher Einrichtungen für die Unterbringung von Soldaten.

Bezüglich der Frage, ob die NS-Kirchenpolitik in der Stadt Erftstadt nach einem festgelegten Plan verlief, oder ob sie ziellos und situationsabhängig war, wird an verschiedensten Konfliktfeldern sehr deutlich, dass die Nationalsozialisten von Anfang an versuchten, den katholischen Einfluss auf die Gesellschaft völlig auszuschalten und selbst deren bisherige Geltungsbereiche zu gestalten. Allerdings waren der Durchsetzung dieses Ziels teilweise durch die überwiegend immer noch traditionell katholisch geprägte Bevölkerung und insbesondere durch den örtlichen Pfarrklerus Grenzen gesetzt. Insofern erkennt man in manchen kirchenpolitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus vor Ort tatsächlich eine gewisse Situationsabhängigkeit.

Die Beantwortung der Frage nach dem Verhalten der Katholiken in Erftstadt hinsichtlich der NS-Politik und damit die Frage nach Kollaboration, Distanz oder Widerstand weist mehrere Aspekte auf.

Zunächst lässt sich eine scheinbare Widersprüchlichkeit im Verhalten vieler Katholiken im Hinblick auf die NS-Herrschaft erkennen. Auffallend erscheint die häufige Bereitschaft zur Kooperation mit den Nationalsozialisten auf verschiedenen Ebenen. Zugehörigkeit zur NSDAP und gleichzeitig aktive Teilnahme am kirchlichen Leben, auch in wichtigen Funktionen der Kirchengemeinde (z. B. Kirchenvorstand, Organist), schienen oft nicht unvereinbar zu sein. Bei weitem waren nicht alle Mitglieder der NSDAP in Erftstadt Kirchengegner, und auch mancher NS-Funktionsträger fühlte sich weiterhin der Kirche zugehörig. Hier zeigt sich eindeutig, wie auch schon an anderer Stelle genauer aufgezeigt, dass Interessen und Verhalten auch kirchentreuer Katholiken nicht nur kirchlich religiös, sondern gleichzeitig von nationalen, ökonomischen und sozialen Interessen geleitet waren. Diese Beobachtung bestätigt die von den Historikern Mallmann und Paul aufgestellte These von einer „verquere(n) Gemengelage“ an der Basis der katholischen Kirche.¹⁴¹⁸

Andererseits lässt sich bei vielen Katholiken in den Gemeinden Erftstadts eine klare Abgrenzung gegenüber einer totalitären nationalsozialistischen Gesellschaftsumformung nachweisen. Dieser Dissens betraf insbesondere die NS-Kirchenpolitik, wobei er sich in den späteren

¹⁴¹⁸ Vgl. Paul, Gerd/Mallmann, Klaus-Michael, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, Bonn 1995, S. 100.

Kriegsjahren, einem reichsweiten Trend folgend, auch auf andere Bereiche der NS-Politik ausdehnte.

Die nationalsozialistischen Maßnahmen zur sog. Entkonfessionalisierung und die Radikalisierung der NS-Kirchenpolitik im Zweiten Weltkrieg führten teilweise zu einer Intensivierung und Verdichtung des kirchlichen Lebens, abzulesen an steigenden Teilnehmerzahlen bei Wallfahrten, Einkehrtagen, Bekenntnistagen der Jugend etc. Die Kirchenaustritte in den Gemeinden der Stadt Erfstadt waren sehr gering.

Massive Kritik und widerständiges Verhalten gegenüber den Maßnahmen der nationalsozialistischen Kirchenpolitik gingen vor allem von den Mitgliedern der katholischen Jugendvereine und den Geistlichen der einzelnen Pfarrgemeinden aus. In den Gemeinden der Stadt Erfstadt spielten hier die sog. „Sturmschar“ bzw. die „Junge Kirche“ eine wichtige Rolle. Der Klerus war nachweislich in fast allen Pfarrgemeinden Erfstadts wegen seiner den Nationalsozialismus ablehnenden Haltung oftmals heftigen Repressionen ausgesetzt, die in Lechenich und Bliesheim sogar zur zeitweiligen Inhaftierung der Geistlichen führten.

Innerhalb der Diskussion um die Rolle der katholischen Kirche während der NS-Zeit verweisen Kritiker darauf, dass sich kirchliche Proteste und widerständiges Verhalten stets nur auf kirchliche Selbstbehauptung bezogen hätten, und es wird ein öffentliches Einschreiten gegen die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen an Juden, Kriegsgefangenen, Fremdarbeitern und anderen ausgegrenzten Minderheiten vermisst. Die katholische Kirche habe vor 1933 und nach 1945 stets einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch vertreten, während der NS-Jahre sei ihr die Verteidigung der eigenen Position wichtigste Aufgabe gewesen. Auf der lokalen Ebene der Erfstadt-Gemeinden ließen sich diesbezüglich aufgrund der vorgegebenen Quellenlage nur einige Informationen im Hinblick auf die jüdische Bevölkerung und den Umgang mit Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern gewinnen. Demnach verharrte in den Orten Erfstadts die Mehrheit der Bevölkerung, auch der Klerus, angesichts des Judenpogroms, der anschließenden Arierisierungen und auch der späteren Deportationen in Passivität. Einige Bürger profitierten sogar von den Geschehnissen, andere versuchten im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Hinsichtlich des Umgangs mit Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern weisen die meisten heute zugänglichen Zeugnisse keine besonderen Auffälligkeiten auf, was deren Behandlung angeht. Dokumentiert sind mehrfach persönliche Kontakte, die bis weit nach Kriegsende fortgeführt wurden. Die jeweils zuständigen Pfarrer und Kapläne waren im Rahmen ihrer seelsorglichen Möglichkeiten sehr engagiert und setzten sich dabei nicht selten massivem, staatlichem Druck aus. Wenn die Kirchengemeinden in den Orten Erfstadts auch zuerst um die Behauptung und Verteidigung ihrer eigenen Position bemüht waren und dies nicht im eigentlichen Sinne als

Widerstand zu bezeichnen ist, so wurden doch in vielen gesellschaftlichen Bereichen grundsätzliche Gegensätze zum Nationalsozialismus deutlich und dessen Totalitätsanspruch damit in Frage gestellt.¹⁴¹⁹ In den vorwiegend ländlich geprägten Gemeinden spielten hier die Ortsgeistlichen fast überall eine bestimmende Rolle. Darauf verweisen auch die oft heftigen Reaktionen der NS-Funktionsträger. Insofern können die für Erftstadt erhobenen Fakten bezüglich der Haltung der katholischen Gemeinden nicht mit dem Urteil über die benachbarten Kreise Düren und Jülich übereinstimmen, wonach es dort im Allgemeinen keine Grenzen für Hitlers Machtausübung gegeben habe.¹⁴²⁰

Die Haltung der katholischen Kirchengemeinden in der Stadt Erftstadt zum Zweiten Weltkrieg unterscheidet sich nicht wesentlich von anderen katholischen Gemeinden. Sie war geprägt von der schon zu Beginn von den Bischöfen geforderten nationalen Erfüllung vaterländischer Pflicht. Die dem Einzelnen damit auferlegten notwendigen Opfer wurden theologisch gedeutet als Nachfolge Jesu im stellvertretenden Leiden für die Sünden der Welt. Eine Verweigerung des Gehorsams war wohl auch für die Katholiken in Erftstadt noch nicht einmal als Denkmöglichkeit vorhanden. Eine solche Einstellung der Verweigerung zeigte sich erst kurz vor dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft und der Eroberung durch amerikanische Truppen.

Während dieses Zusammenbruchs kam den katholischen Pfarrern in den einzelnen Ortsgemeinden eine wichtige Rolle zu, indem sie nach der Flucht der NS-Akteure neben der seelsorglichen Betreuung der Bevölkerung auch für die Übergangszeit politische und administrative Führungsaufgaben übernehmen mussten, obwohl gemäß den Vereinbarungen des Reichskonkordats von 1933 jegliche Form politischer Tätigkeit für Geistliche ausgeschlossen war.

In der von den Siegermächten veranlassten kommissarischen Einsetzung der Ortsgeistlichen zu Bürgermeistern in fast allen Gemeinden der heutigen Stadt Erftstadt und vereinzelt auch in benachbarten, meist ländlichen Gebieten, zeigte sich, dass die katholische Kirche zunächst gefestigt aus den Jahren der NS-Herrschaft hervorgegangen war und sich in ihren Grundpositionen hatte behaupten können. In der ersten Phase unmittelbar nach dem Krieg waren die Kirchen sehr gut besucht, und es herrschte ein reges religiöses Leben, was sich u. a. an einer starken Beteiligung an den nun wieder ermöglichten Wallfahrten zeigte. Die Zahl der Ordensangehörigen war stark gestiegen, Laien drängten sich in den Dienst als Religionslehrer. In Lechenich erinnerte Pfarrer Lennartz an die Begeisterung der Gäubigen anlässlich des ersten Osterfestes und des ersten Weißen Sonntags nach dem Krieg.

¹⁴¹⁹ Vgl. Matzerath, H., Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, S. 444.

¹⁴²⁰ Vgl. Wallraff, H., S. 606.

Neu gewonnener kirchlicher Einfluss auch im Schul- und Erziehungswesen lässt sich schon gegen Ende des Jahres 1945 bei der Wiedererrichtung von Kindergärten und Schulen erkennen. In den einzelnen Gemeinden der Stadt Erfstadt begann die Schuleröffnung am 1. Oktober 1945 mit einem feierlichen Gottesdienst, an dem alle Schüler teilnahmen. Anschließend wurden die während der NS-Zeit entfernten Kreuze geweiht und in jeder Schulklasse über dem Pult wieder aufgehängt.¹⁴²¹ Noch im Jahre 1952 betonte ein damaliger, an der städtischen Höheren Zubringerschule in Lechenich tätiger Studienreferendar in seiner Jahresarbeit für das laufende Schuljahr den „katholischen Charakter der einheimischen Bevölkerung“.¹⁴²² Auch die für das Leben in den ländlichen Gemeinden so wichtigen Schützenbruderschaften waren seit 1948, sofern es sich um kirchliche Bruderschaften mit dem Ortpfarrer als geistlichem Oberhaupt handelte, wieder erlaubt, allerdings stand deren Mitgliedschaft nur aktiven Katholiken offen.¹⁴²³ Längerfristig zeigte sich aber eine durch NS-Zeit und Krieg bedingte Schwächung des Glaubens bei vielen Menschen. Dies wurde auch von den Bischöfen und dem örtlichen Klerus deutlich erkannt.¹⁴²⁴ Das vor der NS-Herrschaft bestehende und die Orte Erfstadts prägende katholische Milieu hatte erheblich an Konsistenz verloren. Der sich schon infolge von Säkularisierung und Industrialisierung zunehmend nach dem Ersten Weltkrieg abzeichnende Bedeutungsverlust von Religion war durch die Folgen der NS-Politik erheblich verstärkt worden. Schon für die 1920er Jahre hatten die Geistlichen das fehlende kirchliche Interesse vieler männlicher Jugendlicher beklagt. Dies zeigte sich noch deutlicher nach der Erfassung in HJ und der Propagierung der kirchenfeindlichen Ideologie in vielen Schulen. Nahezu alle Pfarrgeistlichen klagten in den jeweiligen Chroniken über diese Erscheinung. Nach dem Krieg stand bei vielen dann die Sorge um das materielle Überleben im Vordergrund. Die Existenz rein konfessionell geprägter Milieus war schon durch die kriegsbedingten Bevölkerungsbewegungen ins Wanken geraten. Das Zusammentreffen mit urban geprägten Bevölkerungsteilen infolge der Evakuierungen und der Zuzug von vielen, oftmals einer anderen Konfession angehörigen Flüchtlingen veränderten wesentlich das einst bestehende katholische Milieu in den Orten der heutigen Stadt Erfstadt. Damit stellten die Gemeinden Erfstadts keine Ausnahme dar. Die einst so selbstverständliche konfessionelle Homogenität einzelner Regionen hatte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs überall aufgelöst. Als Reaktion darauf ist auch auf politischer Ebene die Gründung der CDU, keiner wie das Zentrum, konfessionellen, sondern einer alle christlichen Konfessionen umfassenden Partei zu verstehen. Diese errang im Gebiet der Stadt

¹⁴²¹ StAEft, A 04-368, Chronik der [kath.] Volksschule zu Liblar, 1945-1968 und Pfarrchronik St. Kilian, II, S. 85. Kievernagel, Peter, Unsere Schule in Kierdorf, S. 59.

¹⁴²² Vgl. Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Städtischen Gymnasiums Erfstadt-Lechenich, S. 12-13.

¹⁴²³ Vgl. 500 Jahre St. Sebastianus Schützenbruderschaft Lechenich e.V., Chronik 1008-2008. S. 56-57.

¹⁴²⁴ Vgl. Helbach/Oepen, S. 162 f.

Erfstadt bei den ersten freien Kommunalwahlen am 15. September 1946 in den meisten Gemeinden die höchste Stimmzahl.¹⁴²⁵ Darin ist meines Erachtens, so wie auch im kirchlichen Bereich, einerseits eine signifikante Kontinuität, andererseits ein bedeutsamer Wandel hinsichtlich der Zeit nach dem Ende der NS-Herrschaft zu erkennen.

Wenn Oswald von Nell-Breuning im Juli 1945 von einer „grundsätzlichen Säkularisierung und Profanierung der Welt durch den Nationalsozialismus (wenn auch keineswegs durch ihn allein!)“¹⁴²⁶ gesprochen hat und der damalige Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings, in seinem Weihnachtsbrief 1947 an Papst Pius XII. schrieb, dass man von einem Aufbruch neuen religiösen Lebens in weitem Umfang noch nicht sprechen könne und dass gerade die Landseelsorger bitter über einen Rückgang des religiösen Lebens und der guten alten Sitten klagten,¹⁴²⁷ dann lässt sich das auch in den Pfarrchroniken der katholischen Gemeinden der Stadt Erfstadt deutlich erkennen. Diesen Tendenzen stand die Einstellung insbesondere christlicher Politiker der neu gegründeten CDU gegenüber. Auf einer Veranstaltung zur ersten deutschen Bundestagswahl sagte ein Redner in Köttingen: „Ein geistig-seelischer Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist nur dann denkbar, wenn das deutsche Volk in Dingen des öffentlichen Lebens die Zehn Gebote zur Richtschnur seines Handelns macht.“¹⁴²⁸

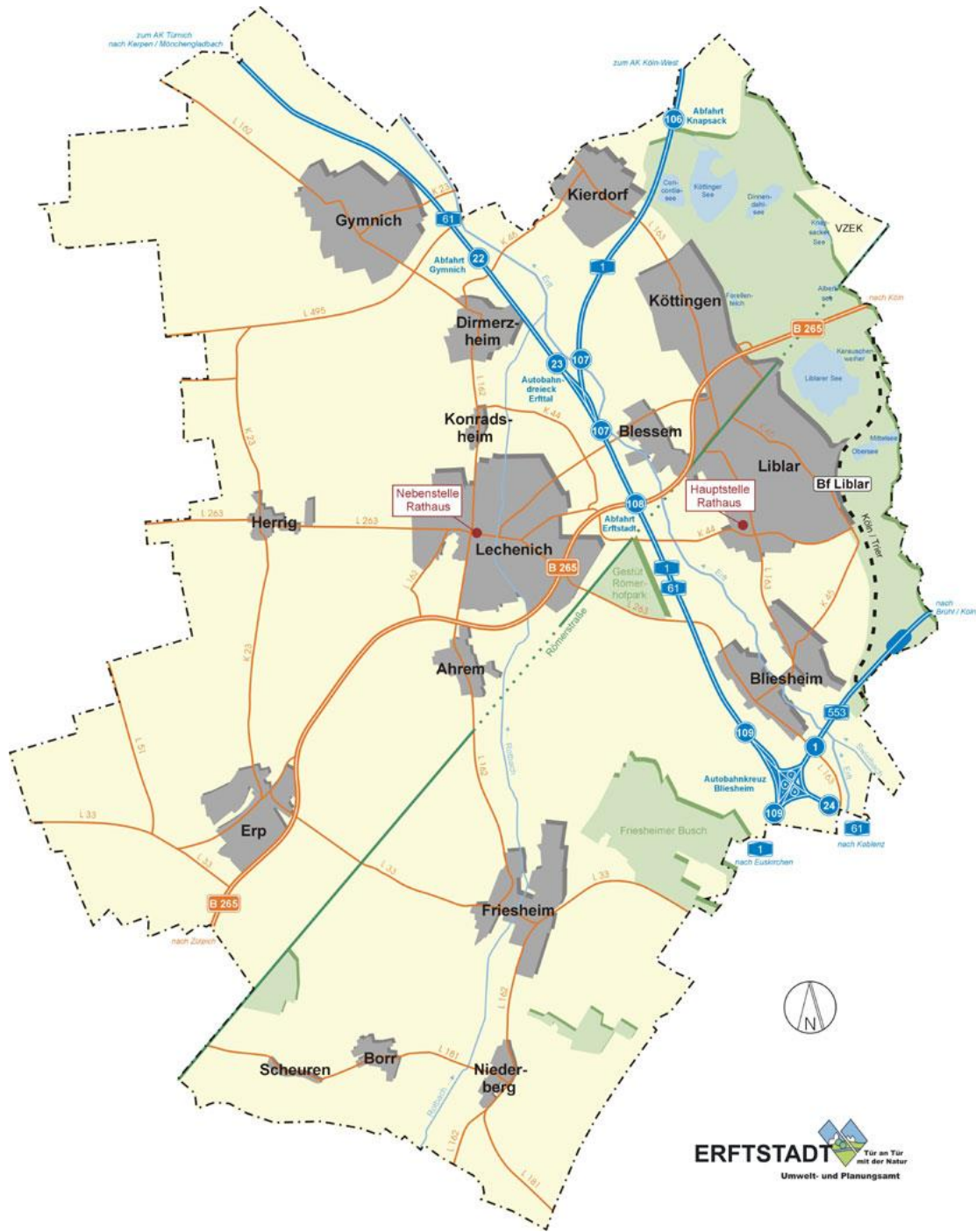
¹⁴²⁵ Vgl. Othengrafen, R., Die Vertretung der Bürgerschaft: Gemeinde- und Stadträte in Erfstadt, in: Auf dem Weg zur Erfstadt, S. 136.

¹⁴²⁶ Brief von Oswald von Nell-Breuning an den Aachener Bischof van der Velden vom 22. Juli 1945, in Akten der Bischöfe seit 1945, Bd. 1: Westliche Besatzungszonen (1945-1947), Bearb.: Ulrich Helbach, (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 54, Dok. 29, S. 183).

¹⁴²⁷ Vgl. Trippen, Norbert, Josef Kardinal Frings (1887-1978), Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland, (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 94, Paderborn 2003), S. 211.

¹⁴²⁸ Zitiert nach: Stommel, Karl, Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg (I), in: Jahrbuch 2000 Stadt Erfstadt, S. 120.

12.2 Übersichtskarte Erftstadt 2012



12.3 Aufhebung des Verbots des PX – Zeichens auf dem St. Josefsheim in Lechenich (2.März 1938)

Preussische Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
 für den Regierungsbezirk Köln

Köln, den 2. März 1938.
 Appellhofplatz 23/25
 Fernsprecher: Nr. 220651

B.-Nr. II B 653/38.
 Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Scheibel
Lechenich, den 2. März 1938
Der Landrat

An den
 Herrn Bürgermeister als Ortspolizeibehörde
 in Lechenich
 d.d.Hd.d.Herrn Landrats
 in Euskirchen.


Betrifft : PX-Zeichen auf dem Gebäude des St. Josefheimes in Lechenich.
Vorgang : Bericht vom 11.2.38 - Abt. II - 212/03 .

Da es sich bei dem auf dem St. Josefheim in Lechenich angebrachte Zeichen um ein solches der Kirche handelt, das ebenfalls als Abzeichen dem katholischen Jungmännerverband diente, ist von einer Entfernung abzusehen .

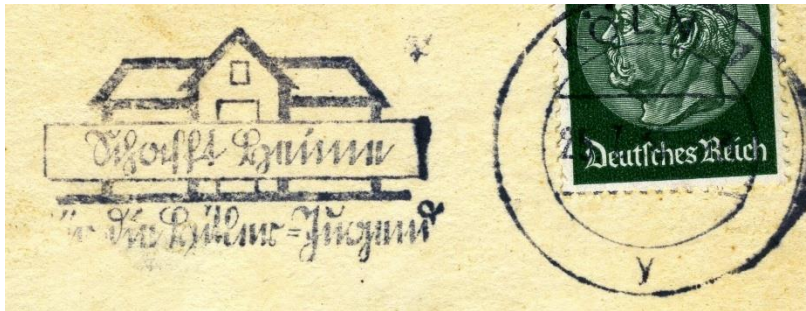
gez. Dr. Jsselhorst.
 Beglaubigt : *Blumenhals*
 Angestellte .

Bürgermeisteramt
 15. MRZ. 1938
 Lechenich, Bez. Köln

Euskirchen
 Eing. 11. MRZ. 1938
 Anl.



12.4 Poststempel: Schafft Heime für die HJ



12.5 Telegramm an die St. Kunibertus – Schützengesellschaft: Verbot der uniformierten Teilnahme am Gymnischer Ritt (17. Mai 1938)

* 4 Telegramm				Deutsche Reichspost			
aus				König. Lindenbühl F. 25/20 1116			
Tag	Monat	Aufgenommen		Tag	Befördert		
17	5	Jahr	Zeit		Zeit		
		1938					
von	durch						
König.	Lindenbühl		Hindenburgstr. 73				
Amt				Gymnisch			
<p>Bestätige mein Telephonggr. und verleihe Teilnahme uniformierter Schützen am Gymnischen Ritt niedrigerenfalls Vereinsauflösung</p> <p>der Gewehrzeitführer</p>							
Raum für dienstliche Rückfragen							
				© C 187 - Din A 5 - 1.37			

12.6 Verhaftung von Kaplan Peter Offermann

Kath. Pfarramt

ST. KILIAN

LECHENICH, den 19. Mai 1942.

An das Hochwürdigste Erzbischöfliche

Generalvikariat in Köln.

Herr Kaplan Peter Offermann von hier wurde am Samstag, den 16. Mai gegen 10 Uhr von 2 Beamten der Gestapo abgeholt. Wie jetzt feststeht, befindet er sich in der Haftanstalt in Bonn und wird am 6. Juni wieder entlassen werden.

Gehorsamst

Haftanstalt Bonn

(Bezeichnung der Vollzugsanstalt)

Bonn, den 16. Mai 1942.

An

(Gesch.-Zeichen)

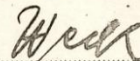
das Pfarramt

in Lechenich

Sie werden ersucht, die in Ihrem Gewahrsam befindlichen **Lebensmittelkarten** — ~~Seifenkarte und Kleiderkarten~~ (*) des **Offermann Peter** sofort an das zuständige Ernährungsamt (Kartenstelle) bzw. Wirtschaftsamt zurückzugeben und die hierüber erhaltene Rückgabebescheinigung hierher zu übersenden.

Geht die Rückgabebescheinigung nicht binnen 4 Tagen hier ein, so wird das Ernährungsamt bzw. Wirtschaftsamt die Karten von Ihnen einziehen.

Gleichzeitig werden Sie darauf hingewiesen, dass sowohl die Benutzung dieser Karten als auch die Annahme neuer Bezugskarten **nicht statthaft** ist.



(Unterschrift)

*) — Seifenkarte und Kleiderkarten — streichen, falls der Verbraucher weniger als 1 Monat in Haft bleibt.

12.7 Pfarrer Lennartz: Bunkerschutz aufgehoben (13.Juli 1943)

Lechenich, den 13. Juli 1943

An
 Herrn Oberpfarrer Lennartz
 in
Lechenich

Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass Sie als Bunkerteilnehmer auf der Liste gestrichen sind. An Ihrer Stelle wird eine Ehefrau mit Kinder aufgenommen, deren Ernährer an der Front steht. Der eingezahlte Betrag wird Ihnen in den ersten Tagen zurückerstattet.

Heil Hitler !

*Heinrich: Briefkopf
 ist mir zugewandt, Edgar Pick*

12.8 Andenken an die hl. Osterkommunion 1948



Andenken an die hl. Osterkommunion
in d. Pfarrkirche St. Kilian, Lechenich 1948

Vollkommener Ablass bei Luftangriffen.

Allen Gläubigen, die anlässlich eines Bombardements aus der Luft Gefahren für ihr Leben ausgesetzt sind, gewährt Papst Pius XII. durch Dekret vom 23. Dezember 1942 für die Dauer des gegenwärtigen Krieges einen vollkommenen Ablass, wenn sie andächtig und mit reumütigem Herzen das Stoßgebet verrichten:

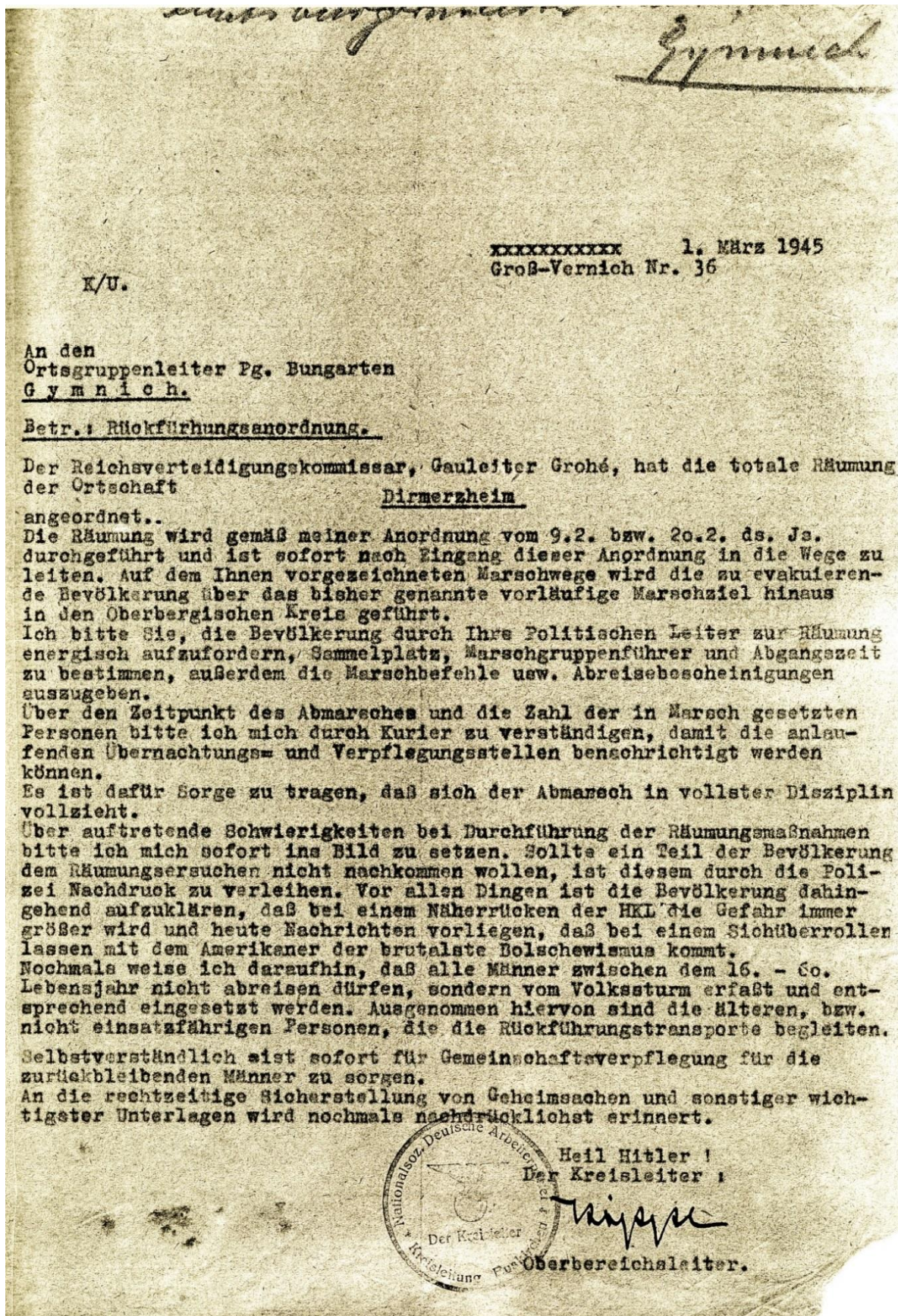
Mein Jesus,
Barmherzigkeit!

Die Reue über etwa begangene Sünden muß vollkommen sein, d. h. aus der Liebe zu Gott hervorgehen.

Mit kirchlicher Genehmigung. — B. Kühlen, M.Gladbach.

E06/5 Kirchen

12.9 Räumungsbefehl für Dirmerzheim (1.März 1945)



Abkürzungen und Siglen

Abb.	Abbildung(en)
ABgm.	Amtsbürgermeister
Abt.	Abteilung
amerik.	amerikanisch
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
belg.	belgisch
Bf.	Bischof
Bd. Bde.	Band, Bände
BDM	Bund Deutscher Mädel
Bearb.	Bearbeiter
Bgm.	Bürgermeister
Bl.	Blatt
Best.	Bestand
betr.	betreffs, betreffend
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DAF	Deutsche Arbeiterfront
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
d.h.	das heißt
DJK	Deutsche Jugendkraft
Dok.	Dokument
DSB	Deutscher Sängerbund
dt.	deutsch
ebd.	ebenda
Ebf.	Erzbischof
erw.	erweitert(e)
evgl.	evangelisch
f.	folgend
Fa.	Firma
ff.	folgende
frz.	Französisch
Gderatsmitgl.	Gemeinderatsmitglied
Gdevorst.	Gemeindevorsteher
Gestapo	Geheime Staatspolizei
geb.	geboren
Hg.	Herausgeber
HJ	Hitlerjugend
HKL	Hauptkampflinie
hl.	heilig
Hrsg., Hg.	Herausgeber
insb.	insbesondere
IZRG	Institut für Zeit- und Regionalgeschichte
Jg.	Jahrgang
JMV	Jungmännerverband

jüd.	jüdisch
KAB	Katholische Arbeitnehmerbewegung
Kap.	Kapitel
Kard.	Kardinal
Kat.	Kategorie
Kfst.	Kurfürst
KKS	Kleinkaliberschießen
km	Kilometer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KV	Kirchenvorstand
KJVM	Katholischer Jungmännerverband
KZ	Konzentrationslager
LR	Landrat
MGV	Männergesangverein
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
ns	nationalsozialistisch
NSBO	Nationalsozialistische Betriebsorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSRfL	Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OPfr.	Oberpfarrer
OBgm.	Ortsbürgermeister
o.g.	oben genannt
OGL.	Ortsgruppenleiter
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
o.S.	ohne Signatur
P/X	Rho/Chi (griechisch), Anfangsbuchstaben von Christus (=der Gesalbte)
Pfr.	Pfarrer
poln.	Polnisch
Präs.	Präsident
RA	Rechtsanwalt
Reichsmin.	Reichsminister
RM	Reichsmark
RP	Regierungspräsident
S.	Seite(n)
SA	Sturmabteilung
sac.	sakramental
SD	Sicherheitsdienst
So.	Sonntag
sog.	Sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stapo	Staatspolizei
SS	Schutzstaffel
tel.	telefonisch
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnlich(es)
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration

VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
Vors.	Vorsitzender
WHW	Winterhilfswerk
z.B.	zum Beispiel
z.Zt.	zur Zeit

13 Quellen und Literatur

13.1 Staatliche und private Archivbestände

Bundesarchiv Berlin [BA Berlin]

Bestand: VBS1 PK/Parteikorrespondenz, Signatur: VBS1/1110036376, Schweins, Josef
R 3001 Reichsjustizministerium, Signatur: R 3001/57004, Geile, Paul

Bundesarchiv Koblenz [BA Koblenz]

Bestand: Z 42-IV, Spruchgericht Bielefeld, Signatur: Z 42-IV/206, Welter, Wilhelm
Bestand: Z 42-V, Spruchgericht Hiddesen, Signatur: Z 42-V/352, Bungarten, Hermann
Z 42-V, Spruchgericht Hiddesen, Signatur: Z 42/V/188, Curt, Christian
Z 42-V, Spruchgericht Hiddesen, Signatur: Z 42/V/717, Dünnwald, Johannes

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/Ks.

Bestand: Nr. 4884, R 4735, K 344

Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Standort Duisburg [LAV NRW]

Bestand: NW 1004, Nr. 39477, Dr. Josef Fieger
NW 1037-B III, Nr. 4868, Katharina Lahnstein
NW 1037-B III, Nr. 6355, Hugo ten Hövel
NW 1049, Nr. 1542, Johannes Dünnwald
NW 1023, Nr. 6828, Artur Hoffmann
NW 1031, Nr. 270, Dr. Paul Geile
NW 1037-B III, Nr. 440, Josef Schmitz
NW 1037-B III, Nr. 1444, Karl Anton
NW 1037-B III, Nr. 2745, Wilhelm La Noutelle
NW 1037-B III, Nr. 2902, Dr. Josef Fieger
NW 1037-B III, Nr. 3105, Franz Esser
NW 1049, Nr. 1543, Hermann Bungarten
NW 1049, Nr. 34537, Mathias Valerius
NW 1049, Nr. 68170, Wilhelm Welter
NW 1049, Nr. 68501, Dr. Josef Schnorrenberg
NW 1049, Nr. 68580, Josef Schweins
NW 1049, Nr. 68886, Fritz Degener
NW 1049, Nr. 69234, Michael Junker
NW 1049, Nr. 77535, Heinrich Thelen
NW 1050, Nr. 1337, Karl Anton
NW 1050, Nr. 1637, Dr. Josef Fieger
NW 1050, Nr. 1656, Franz Esser
NW 1050, Nr. 2065, Katharina Lahnstein
NW 1051, Nr. 2500, Hugo ten Hövel
NW 1054, Nr. 609, Hugo ten Hövel
NW 1056, Nr. 1950, Theodor Junker
NW 1101-BG. 33, Nr. 73, Wilhelm Welter

Bestand: Gerichte

Rep. 195, Nr. 70, Gerichtsakten der Oberstaatsanwaltschaft Bonn
 Rep. 195, Nr. 71, Gerichtsakten der Oberstaatsanwaltschaft Bonn
 Rep. 245, Nr. 183, Personalakte Dr. Geile [1906-1936]

Bestand: Landesamt für gesperrte Vermögen betreffend Besitzbeschlagnahmung in der Nachkriegszeit

BR 336, Nr. OE/303/19, Vermögen Dr. Geile
 BR 336, Nr. OE/303/40, Vermögen Hermann Bungarten
 BR 336, Nr. OE/303/144, Vermögen Wilhelm La Noutelle

Kreisarchiv Euskirchen[KA Euskirchen]

Bestand: Nr. I, 312.11, Personalakte Josef Schweins

Nr. I, 312.28, Personalakte Dr. Geile
 Nr. I, 867, Höhere Schule in Lechenich (1913-1933)
 Nr. I, 312.32 Allgemein: BM in Liblar
 Nr. I, 128.10, Zusammenschluss der Gemeinden Lechenich und Liblar (1936-1939)

Kreisbibliothek Euskirchen [KBibEu]

Sig.: Dgk /1 / Fri: Festschrift zum 50-jährigen Jubel-Feste des Männer-Gesang-Vereins Friesheim. Friesheim 1936, darin: „Lechenicher Zeitung“ vom Juli 1936.

Stadtarchiv Euskirchen [StA Euskirchen]

Bestand: Zeitungen

Euskirchener Zeitung, Jg. 101 (1933)
 Westdeutscher Beobachter, Jg. 10-19 (1934-1943), (Ausgabe Kreis Euskirchen)
 Euskirchener Volksblatt, Jg. 1933-1943

Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz (SBBPK)

Sig. 4^c Bd 3616: Katholische Kirchenzeitung der Pfarre Bliesheim, Bez. Köln, 1935

NS-Dokumentationszentrum Köln:

Bestand: Mitteilungsblätter des Gau Köln-Aachen der NSDAP, Bde. 3-14 (1933-1944).
 Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, Jhg. 1936, 1941 und 194 6 (Bx 31).

Archiv der Stadt Erftstadt [StAEft]

Bestand: Amt Friesheim:

A 01-1/1 (Gemeindeprotokolle Friesheim, 1912-1968)
 A 01-5/3 (Schulchronik Borr, 1912-1968)
 A 01-245 (Protokollbuch der Schule zu Niederberg (Reproduktion))
 A 01-401 (Schulchronik Friesheim, I. Teil 1874-1951)

Bestand: Amt Gymnich: A 02

A 02 - 4 (Beschlussbuch des Gemeinderats von Gymnich, 1918-1934)

Bestand: Amt und Stadt Lechenich:

- A 03 - 5 (Schulchronik der Volksschule Blessem, 1874-1962)
 A 03 - 6 (Protokollbuch der Gemeinde Erp, 1911-1943)
 A 03 - 205 (Vereine)
 A 03 - 207 (Vereine und Versammlungen)
 A 03 - 217 (Entnazifizierungsangelegenheiten)
 A 03 - 241
 A 03 - 249
 A 03 - 292
 A 03 - 375
 A 03 - 509
 A 03 - 556
 A 03 - 564 (Reisepässe)
 A 03 - 569 (Kirchenangelegenheiten)
 A 03 - 711
 A 03 - 810
 A 03 - 884
 A 03 - 974 (konfessionelle Vereine und Verbände)
 A 03 - 1053
 A 03 - 1054 (Höhere Knabenschule zu Lechenich)
 A 03 - 1141 (Heimatgeschichte und Ortschronik von Herrig)
 A 03 - 1143 (Schulchronik Herrig 1880-1949)
 A 03 - 1258
 A 03 - 1259
- Bestand: Amt Liblar:
 A 04 - 21 (Protokolle der Gemeinderatssitzungen in Bliesheim, 1932-1944)
 A 04 - 93
 A 04 - 317 (Schulchronik der Volksschule Kierdorf, Bd. 1, 1872-1963)
 A 04 - 364 (Schulchronik für die katholische Schule zu Liblar-Heidebroich, 1910-1945)
 A 04 - 365 (Schulchronik für die evangelische Schule zu Liblar, Bd.1, 1903-1935)
 A 04 - 366 (Schulchronik für die evangelische Schule zu Oberliblar, Bd.2, 1935-1963)
 A 04 - 367 (Schulchronik der kath. Volksschule Köttingen, Bd. I, 1889-1959)
 A 04 - 368 (Schulchronik der kath. Volksschule Köttingen, Bd. II, 1959-1966)
 A 04 - 369 (Protokollbuch über die Lehrerkonferenzen an der Schule in Köttingen, 1930-1969)
 A 04 - 371 (Chronik der [kath.] Volksschule zu Liblar (1945 – 1968))
- Bestand: D 02/6-1b (Protokollbuch des MGV zu Lechenich, 1930-1937)
 D 03/1, Erftstadt 27
 D 01/1 (Protokollbuch des MGV Friesheim, Bd. I, 1886-1946, Sammlung Hans Breuer)
 D 01/1 (Sammlung Peter Löhner, z. T. Reproduktionen)
- Bestand: E 06/3 (Personalien: Carl Schurz)
 E 06/7 (St. Sebastianus Schützenbruderschaft Lechenich e.V., Depositum: Protokollbuch, Bd. II, 1931-1964)
 E 10/ Urkunde Roettgen
 E 06/1 (Ortsgeschichtliche Sammlung Köttingen, Protokolle / Berichte der Freiwilligen Feuerwehr Köttingen (Reproduktion), 1914-1976)
 E 06/3 Personalien: Personalakte August Färvers
- Bestand: E 05 (Zeitungen):
 Kölner Stadt-Anzeiger v. 10.11. 1953

Kölnische Rundschau, 4. Jhg., Nr. 29, 10.3. 1949, Lokalteil Euskirchen
 Kölner Kirchenzeitung v. 27.1. 1984
 Erfttalbote

Stadthistorische Bibliothek

Dissertation Dr. Paul Geile
 Adressbuch des Landkreises Euskirchen, Euskirchen 1939
 Blumenthal, Otto, Von Blomendal bis Blumenthal, Geschichte einer
 Rheinischen Familie, Erftstadt 2014 (Privatdruck).
 Bothien, Hans-Peter, Ein Beitrag zum Gedenktag an die Opfer des National-
 Sozialismus am 27. Januar 2008, Rheinbach 2007.
 Pöllath, Hans-Peter, Chronik Ahrem, Quellen und andere Akten der Pfarrei
 Ahrem. O.O. [2006], (Privatdruck).

Historisches Archiv des Erzbistums Köln [HAEK]

Akten des Generalvikariats:

GVA I Ortsakten:

Ahrem	3784
Bliesheim	0552-0560
Borr	0671-0677
Dirmerzheim	1002-1008
Erp	1682-1695
Frauenthal	3765
Friesheim	1967-1973
Gymnich	2343-2349
Herrig	3772-3773
Lechenich	3757-3770
Liblar	3855-3865
Niederberg	4776-4780
Pingsheim	5248-5254

GVA, Dekanatsakten I Nr. 130 Dekanat überhaupt [1927-1935]

Nr. 131 Definitionen [1928-1940]

GVA, Dekanatsakten II Nr. 28, Lechenich [1926-1973], 45, 46.

o. S.: Pfarrchronik Niederberg

Bistumsarchiv Trier [BA Tr]

Bestand: BA Tr Abt.88, Nr. 242, Bl. 3 und Bl. 15, Auszüge aus der Personalakte von
 Dr. Karl Schaffrath (Kopie)

Pfarrarchiv St. Kilian, Lechenich: [PfALe]

o.S. Chronik der Pfarrgemeinde Lechenich I, [Zeitraum: 2. Hälfte 18. Jhd.-31.12.
 1940]
 o.S. Chronik der Pfarrgemeinde Lechenich II [1941-1968], z. Zt. in: Privatarchiv
 Dechant Wilhelm Hösen, Erftstadt-Frauenthal
 o.S. Protokollbuch des Kirchenvorstands Lechenich
 o.S. Protokollbuch des Vinzenzvereins [1912-1947]

- o.S. Ordner mit Predigtentwürfen des Pfarrers Heinrich Lennartz
- o.S. Karthothek der Parteimitglieder der NSDAP 1933
- o.S. vereinzelt, unbeschriftete Ordner und Schnellhefter mit staatlichen und behördlichen Erlassen und Verfügungen, Korrespondenz mit dem Bürgermeisteramt, dem Kölner Generalvikariat, privater Korrespondenz, Entnazifizierungsbescheinigungen, Kirchen-Austritts- und Eintrittserklärungen, Berichte über Kinderseelsorgestunden u. ä.

Pfarrarchiv St. Alban, Liblar [PfALi]

- o.S. Pfarrchronik St. Alban
- o.S. Protokollbuch über die Pfarrausschutzsitzungen der Katholischen Aktion Liblar (1933-22.8. 1934)
- o.S. Chronik des Rektorats Frauenthal, Bd. II (1920-1939), Bd. III (1940-1949)

Pfarrarchiv St. Lambertus, Bliesheim [PfABl]

- Archivalien in: Fach I, Bde. 2, 3, 12
- Fach III, Bde. 1, 8

Pfarrarchiv St. Martin in Friesheim [PfAFr]

- o.S. Pfarrchronik St. Martin in Friesheim
- o.S. Pfarrchronik St. Martinus in Borr Bd. I (1858-1957), Bd. II (1958-1968)

Pfarrarchiv St. Kunibertus in Gymnich [PfAGy]

- o.S. Pfarrchronik St. Kunibertus, Gymnich
- o.S. Pfarrchronik St. Remigius, Dirmerzheim
- o.S. Proklamanda St. Remigius (1932-1945)

Pfarrarchiv St. Pantaleon, Erp [PfAEr]

- o.S. Pfarrchronik der Pfarre St. Pantaleon, z. Zt. Privatarchiv Pfr. Josef Platz, Erftstadt-Erp
- o.S. Pfarrchronik der Pfarre St. Martinus, Pingsheim
- o.S. Bestände des Pfarrarchivs St. Martinus, Pingsheim

Pfarrarchiv St. Martinus, Kierdorf [PfAKie]

- o.S. Pfarrchronik der Pfarre St. Martinus, Kierdorf, unpaginiert
- o.S. Chronik des St. Josefskloster in Kierdorf
- o.S. Album zum 50jährigen Bestehen der Frauengemeinschaft Kierdorf

Pfarrarchiv St. Josef, Köttingen [PfAKö]

- o.S. Annales rectoratus Koettingen
- o.S. Proklamanda (1931-1937) und Proklamanda (1937-1941)
- Ordner 2: Exerzitien
- Ordner 4: Frauen- und Müttervereine
- Ordner 7: Männliche Jugend (1940-50er Jahre)
- Ordner 9: Pfarrbücherei

Provinzarchiv der Vinzentinerinnen, Köln-Nippes

- Nr. 05-00
- Nr. 05-035

Nr. 05-002

Provinzarchiv der Schönstattschwwestern, Borken

- o.S. Notizen der Schönstattschwwestern aus der Filiale in Bliesheim, Schreibmaschinenabschrift
- o.S. Abschrift eines Berichtes aus dem Jahre 1981 (Schreibmaschinenabschrift)
- o.S. Abschrift einer losen Blattsammlung aus dem Jahre 1980

Vereinsarchiv der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft, Erftstadt-Gymnich

- o.S. Protokollbuch der Bruderschaft Sankte Sebastiane Gymnich

Vereinsarchiv der St. Kunibertus-Schützengesellschaft, Erftstadt-Gymnich

- o.S. Protokollbuch der St. Kunibertus-Schützengesellschaft in Gymnich
- o.S. Korrespondenz zwischen dem Vereinspräsidenten Hubert Buschwald und dem Kreisschützenführer im Deutschen Schützenverband, Gau Niederrhein/Mittelrhein, Kreis Bonn, Julius Polke, dem Gauschützenführer Heller sowie dem Grafen de Maistre

Vereinsarchiv der St. Sebastianus Schützenbruderschaft Liblar e.V., Erftstadt-Liblar

- o.S. Chronik der St. Sebastianus Schützenbruderschaft Liblar von 1736 e.V.

Vereinsarchiv der Schützenbruderschaft St. Sebastianus, Erftstadt-Bliesheim

- o.S. Protokollbuch der Schützenbruderschaft St. Sebastianus, Bliesheim

Vereinsarchiv der Schützenbruderschaft St. Hubertus, Erftstadt-Friesheim

- o.S. Protokollbuch der St. Hubertus –Schützenbruderschaft Friesheim (1855-1955)

Vereinsarchiv des Männergesangsvereins Gymnich

- o.S. Protokollbuch des MGV Gymnich, Bd. I

Vereinsarchiv des Gesangsvereins Concordia Bliesheim

- o.S. Protokollbuch des Gesangsvereins Concordia Bliesheim (1890-1903, 1922-1936, 1947)

Vereinsarchiv der Karnevalsgesellschaft 1911 Friesheim e.V.

- o.S. Protokollbuch des Vereins der Theaterfreunde 1911

Privatarchiv Dr. Frank Bartsch, Erftstadt-Bliesheim,

Ortshistorische Sammlung zur Geschichte der Stadt Erftstadt (historische Photographien und Ansichtskarten, Totenzettel, private Aufzeichnungen / Korrespondenz etc.)

Privatarchiv Dr. Richard Hardegen, Erftstadt-Bliesheim

- o.S. Schreiben des Ortsvorstehers Kessenich vom 13.2. 1938 an den Kirchenvorstand (Kopie)
- o.S. Notizen des Pastors Frielingsdorf über das Ende des Krieges (Kopie)

Nachlass Michael Kemp-Paulsen, Weilerswist

Unterlagen der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Juliane Paulsen u.a.

Privatarchiv Walter Kessler, Erftstadt-Liblar,

Aufzeichnung eines Gesprächs mit Johannes Dünnwald am 15.4. 1998 über dessen politische Tätigkeit in der NS-Zeit

13.2 Gedruckte Quellen und Literatur

- ABELS, Gustav, Der Gestellungsbefehl, in: Erinnerungen an das alte Erp, Erper Bürger und Bürgerinnen berichten, Hrsg. Arbeitskreis zur Erper Dorfgeschichte, Erftstadt-Erp 1995, S. 129-130.
- ALTGELD, Wolfgang, Rassistische Ideologie und völkische Religiosität, in: Hummel, Karl-Joseph/KISSENER, Michael, Die Kirche und das Dritte Reich. Kontroversen und Debatten, 2.Aufl. Paderborn 2010, S. 63-82.
- ALY, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 5. Aufl. Frankfurt/M. 2005.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT DER ARCHIVARINNEN UND ARCHIVARE IM ERFT-KREIS (Hg.), Gezwungenermaßen – Zwangsarbeit in der Region, Rhein-Erft-Rur, 2. Aufl. Bergheim/Erft 2003 (Katalog).
- ARETZ, Jürgen, KAB und Nationalsozialismus, (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 25), Mainz 1978.
- ARNTZ, H.-Dieter, Judaica – Juden in der Voreifel, 3. Aufl. Euskirchen 1986.
- DERS., Kriegsende 1944/45, Zwischen Ardennen und Rhein, Euskirchen, 2. Aufl. 1985.
- DERS., „Reichskristallnacht“, Der Novemberpogrom 1938 auf dem Lande, Gerichtsakten und Zeugenaussagen am Beispiel der Eifel und Voreifel, Aachen 2008.
- BAJOHR, Frank und WILDT, Michael (Hg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2009.
- BARTHMAN, Christoph, Das Spannungsverhältnis von Nationalsozialismus und katholischer Kirche unter besonderer Berücksichtigung des Erftstädter Gebietes, in: Jahrbuch 2004 Stadt Erftstadt, S. 65-75.
- BARTSCH, Frank, Kontinuität und Wandel auf dem Lande, Die rheinpreußische Bürgermeisterei Lechenich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (1815-1914), Weilerswist 2012 (Geschichte im Kreis Euskirchen, 26).
- BARTSCH, Frank, HOFFSÜMMER, Dieter, STOMMEL, Hanna, Denkmäler in Erftstadt, Erftstadt 1998/2000 (Loseblattsammlung).
- BARTSCH, Frank, STOMMEL, Hanna, Lechenich, Von der Römerzeit bis heute, eine illustrierte Stadtgeschichte, Erftstadt-Lechenich 2004.
- BENZ, Wolfgang, GRAML, Hermann, WEISS, Hermann (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 5. aktualisierte und erweiterte Auflage, Stuttgart 1997.

- BENZ, Wolfgang, Potsdam 1945, Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, 3. Aufl. München 1994.
- BEEVOR, Antony, Der Zweite Weltkrieg, München 2016.
- BLASCHKE, Olaf, Die Kirchen und der Nationalsozialismus, Stuttgart 2014.
- DERS., Die Reichspogromnacht und die Haltung von katholischer Bevölkerung und Kirche, Mentalitätsgeschichte als Schlüssel zu einem neuen Verständnis? In: Zeitschrift für Religions- und Zeitgeschichte, 52. Jhg. 2000 (ZRGG 52,1), S. 47-74.
- BOCKELKAMP, Klaus, Hennes, 2. Aufl. Mönchengladbach 2000 (Buchreihe „Zeugen städtischer Vergangenheit“, Bd. 18).
- BORMANN, Cornelius, Josef Schweins, Ein Bürgermeister ohne Fehl und Tadel, in: Jahrbuch 1999 Stadt Erftstadt, S. 127-130.
- DERS.: Cornelius, Karneval in Lechenich, 50 Jahre Lechenicher Narrenzunft, eine Chronik, Erftstadt 1986.
- BORMANN, Heidi und Cornelius, Heimat an der Erft, Die Landjuden in den Synagogen-Gemeinden Gymnich, Friesheim und Lechenich, 2. Aufl. Erftstadt 1994.
- BRACHER, Karl-Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1979.
- BRAUNKOHLLENBERGWERK und Brikettfabrik Liblar G.m.b.H. (Hg.): 50 Jahre Grube Liblar 1899 – 1949. Euskirchen 1948
- BRECHENMACHER, Thomas, Der Papst und der Zweite Weltkrieg 1939-1945, in: Kirche, Krieg und Katholiken, Geschichte und Gedächtnis im 20. Jahrhundert, (Hg.) Hummel, Karl-Joseph/ Kösters, Christoph, Freiburg 2014, S. 67-94.
- DERS., Die Kirche und die Juden, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten (Hg.) Hummel, Karl-Joseph/Kissener, Michael, 2. Aufl. Paderborn 2010, S. 125-143.
- BRINKMANN, Bernhard, SJ., Katholisches Handlexikon, 2. Aufl. Kevelaer 1960.
- BÜHL, Josef, Der unglückselige 13. Januar 1945, in: Jahrbuch 1991 Stadt Erftstadt, S. 135-136.
- BÜHRER, Werner, Wirtschaft, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 5. Aufl. München 2007, S. 113-129.
- DAMBERG, Wilhelm, Krieg, Theologie und Kriegserfahrung, in: Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, (Hg.) Hummel, Karl-Joseph /Kösters, Christoph, Paderborn 2007, S. 203-215.

- CORNELIUS, Nadja, Genese und Wandel von Festbräuchen und Ritualen in Deutschland von 1933-1945, in: Kölner Ethnologische Beiträge, Heft 8, 2003, S. 7-76
- DAHRENDORF, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968.
- DAMBERG, Wilhelm/HUMMEL, Karl-Joseph (Hg.), Katholizismus in Deutschland, Zeitgeschichte und Gegenwart (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 130), Paderborn 2015.
- DIETMAR, Carl und LEIFELD, Marcus, Alaaf und Heil Hitler, Karneval im Dritten Reich, München 2010.
- DURBEN, Matthias, Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus in Mayen, 1933-1938, Mayen 2012.
- ERZBISCHÖFLICHES GENERALVIKARIAT KÖLN (Hg.), Directorium und Personalschematismus für die Erzdiözese Köln 1937, Düsseldorf 1937. DASS.: Handbuch des Erzbistums Köln, 23. Jg., Köln 1933.
- ESSER, Albert, Blessem, 3. März 1945, Als die Amis kamen, in: Jahrbuch 1999 Stadt Erftstadt 1999, S. 91-97.
- DERS., Die Auflösung der katholischen Jungmännerverbände am 1. Februar 1938, in: Jahrbuch 1998 Stadt Erftstadt, S. 56-58.
- DERS., Die deutsche Gemeinschaftsschule zur Zeit des Nationalsozialismus in Blessem (1933 bis 1945), in: Jahrbuch 2004 Stadt Erftstadt, S. 124-128.
- DERS., Die Entwicklung des Schulwesens im vergangenen Jahrhundert, in: Lechenich, 700 Jahre Stadtrechte, 1279-1979, Festschrift anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten zur 700-Jahr-Feier der Stadtrechtverleihung an die Stadt Lechenich am 15. September 1279, hrsg., von der Bürgergesellschaft e.V., Sitz Lechenich, Lechenich 1979, S.42-60.
- DERS., Eefach woa et nie, Landwirtschaft in Blessem während des 19. und 20. Jahrhunderts, (Schriften des Geschichtsvereins Erftstadt 1), Erftstadt 2012.
- DERS., Katholische Jugend in Blessem und Frauenthal, in: Jahrbuch 2002 Stadt Erftstadt, S. 95-105.
- DERS., 40 Jahre Pfarrei St. Michael, Blessem-Frauenthal, Blessem 2001.
- ESSER, Wilhelm, Fidele Narrenzunft Liblar 1936 e.V., 75 Jahre 1936-2011, Chronik in Wort und Bild, Liblar 2011.
- FAUST, Anselm, Die Kristallnacht im Rheinland, Düsseldorf 1987.
- DERS., Zwischen moralischer Prinzipientreue und pragmatischen Kompromissen - die Entnazifizierung, in: Nordrhein-Westfalen, Ein Land in seiner Geschichte, Aspekte und

- Konturen 1946-1996, (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 36), Münster 1996.
- FELDKAMP, Michael, Goldhagens unwillige Kirche. Alte und neue Fälschungen über Kirche und Papst während der NS-Herrschaft, München 2003.
- DERS., Pius XII. und Deutschland, Göttingen 2000.
- Festschrift aus Anlaß des 850-jährigen Bestehens der St. Sebastianus-Bruderschaft Gymnich 1139 e.V. Gymnich 1989.
- Festschrift aus Anlass des 875-jährigen Bestehens der St. Sebastianus-Bruderschaft Gymnich 1139 e.V., Gymnich 2014.
- Festschrift zum 125-jährigen Bestehen des Schützenhauses der St. Kunibertus-Schützengesellschaft Gymnich e.V., 2001.
- Festzeitschrift der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Erp e.V. zum Bezirksschützenfest vom 26. bis 28. Mai, Erp 1984.
- Festzeitschrift der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Erp e.V. zum Bezirksschützenfest vom 28. bis 30. Mai, Erp 1988.
- Festschrift der KAB Ertstadt-Gymnich, 1906-1981, Gymnich 1981.
- FETTWEISS, Klaus, Zwischen Herr und Herrlichkeit. Zur Mentalitätsfrage im Dritten Reich an Beispielen aus der Rheinprovinz, Aachen 1989.
- FINGER, Jürgen, KELLER, Sven und WIRSCHING, Andreas, Vom Recht zur Geschichte. Akten aus NS-Prozessen als Quellen der Zeitgeschichte, Göttingen 2009.
- FLAMMER, Thomas, Migration und Milieu. Die Auswirkungen von Migration auf Kirche und Gläubige am Beispiel der Arbeit des „Katholischen Seelsorgedienstes für die Wandernde Kirche“ 1934-1943, in: Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, (Hg.) Hummel. Karl-Joseph/Kösters, Christoph, Paderborn 2007. S. 399-417.
- FLOHR, Änne, Hitlergruß statt Morgengebet, Schule in der Kriegszeit, in: Liblar 1150-2000, hrsg. von der Interessengemeinschaft 850 Jahre Liblar e.V., Liblar 1999, S. 97-98.
- FOLKERS, Michael, Die Westdeutsche Maschinenfabrik in Liblar, in: Jahrbuch 2002 Stadt Ertstadt, S. 106-110.
- FREI, Norbert, Die Entnazifizierung der „Volksgemeinschaft“, in: Hitlers Eliten nach 1945, 7. Aufl. München 2016, S. 114-116.
- DERS., Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit, 2. Aufl. München 1996.
- FRIEDLÄNDER, Saul, Pius XII. und das Dritte Reich, eine Dokumentation, Reinbek bei Hamburg 1965.

- FUSSBROICH, Helmut, Evangelische Kirchen in Köln und Umgebung, hrsg. von Menne, Günter A. und Nötzel, Christoph, 1. Aufl. Köln 2007.
- GASTEN, Elmar, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt/M. (u.a.) 1993 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 541).
- GEHL, Günter, Katholische Jugendliche im Dritten Reich in der katholischen Provinz: Grenzen der Gleichschaltung – Drei Beispiele im Bistum Trier (Historie und Politik, Bd. 16), Weimar 2008.
- GIESEN, Katharina, Sturmschar und „Junge Kirche“ im Erftgau in der NS-Zeit, in: Jahrbuch 1996 Stadt Erftstadt, S.108-123.
- GÖDDE, Joachim, Entnazifizierung unter britischer Besatzung, Problemskizze zu einem vernachlässigten Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, in: Geschichte im Westen, 6. Jhg., Bd. 1, Köln 1991, S. 62-73.
- GOLDHAGEN, Daniel, Die katholische Kirche und der Holocaust, Berlin 2002
- DERS.: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996
- GOTTO, Bernard, NS-Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945, München 2006.
- GOTTO, Klaus/REPGEN, Konrad (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, 3. erw. Auflage Mainz 1990.
- GRAUMANN, Sabine, Nationalsozialismus im Rhein-Erft-Kreis (1933-1945), Handreichungen für Lehrer und Schüler, Bergheim 2016.
- GRELL, Gudrun, Ein Streifzug durch die Geschichte der Dirmerzheimer Schule, in: Erftstadt Jahrbuch 2010, S. 51-59.
- GROMMES. Josef, War Liblar „braun“? Nationalsozialisten im Ort, in: Liblar 1150-2000, hrsg. von der Interessengemeinschaft 850 Jahre Liblar e.V., Liblar 1999, S. 99-108.
- GROTRIAN-STEINWEG, Etta, Kontroversen um die Deutungshoheit. Museumsdebatte, Historikerstreit und „neue Geschichtsbewegung“ in der Bundesrepublik der 1980er Jahre, in: Zeitschrift für Religions- und Zeitgeschichte, 61, (2009), S. 372-389.
- GRUBER, Hubert, (Hg.), Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930-1945. Ein Bericht in Quellen, Paderborn (u. a.) 2006.
- GRÜTTNER, Michael, Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933-1939, Stuttgart 2015
- HAFFNER, Sebastian, Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt/M. 2002.
- DERS.: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1987.

- HAHN, Joseph, Die letzten Kriegstage in Erp, Die Zeit von Weihnachten 1944 bis Pfingsten 1945, in: Jahrbuch 1995 Stadt Erftstadt, S. 34-50.
- HAPPE, Cilla, Der Bombenangriff vom 30. November 1944 auf Erp, in: Erinnerungen an das alte Erp, Erper Bürgerinnen und Bürger berichten, Erftstadt-Erp 1995 S. 123-125.
- HARDEGEN, Richard, Chronik des Dorfes Bliesheim, einst eine Unterherrschaft des Stiftes Mariengraden in Köln, hrsg. von der Dorfgemeinschaft Erftstadt-Bliesheim e.V., Erftstadt-Bliesheim 1998.
- HEERMANN, Herbert, Kreishäuser und Rathäuser erzählen Geschichte, Köln 2000.
- HEGEL, Eduard, Das Erzbistum Köln zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts Und der Restauration des 20. Jahrhunderts, 1815-1962 (Geschichte des Erzbistums Köln, Bd. 5), Köln 1987.
- HEHL, Ulrich, von, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, 1933-1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 23), Mainz 1977.
- DERS., Die katholische Kirche im Rheinland während des Dritten Reiches. Kirchenpolitische und alltagsgeschichtliche Aspekte, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, Jg. 59 (1995), S. 249-270.
- DERS., Nationalsozialismus und Region, Bedeutung und Probleme einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Bd. 56 (1993), S. 111-130.
- DERS., Priester unter Hitlers Terror, Eine biographische und statistische Erhebung, 2 Bde., (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 37), 4.Aufl. Paderborn u.a. 2008.
- HELBACH, Ulrich/ OEPEN, Joachim, Kleine illustrierte Geschichte des Erzbistums Köln, Köln 2013.
- DERS., (Bearb.) Akten der deutschen Bischöfe seit 1945, Bd. 1: Westliche Besatzungszonen (1945-1947), (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 54), Paderborn u.a. 2012.
- HERBERT, Ulrich, Das Dritte Reich, Geschichte einer Diktatur, München 2016.
- DERS., Fremdarbeiter, Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft Des Dritten Reiches, Essen 1985.
- HILDEBRAND, Klaus, Das Dritte Reich, 7. Aufl. München 2009.
- HITLER, Adolf, Mein Kampf, 429.-433. Aufl. München 1939.

- HÜRTE, Heinz, Der Aufstieg des Nationalsozialismus und die katholische Kirche, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, Eine Einführung, hrsg. von Christoph Kösters und Mark Edward Ruff, Freiburg 2011, S. 24-34.
- DERS., Deutsche Katholiken 1918-1945, Paderborn 1992.
- HUMMEL, Karl-Josef und KISSENER, Michael (Hg.), Die katholische Kirche und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten, 2. Aufl. Paderborn 2010.
- DERS. und KÖSTERS, Christoph, (Hg.), Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, Paderborn 2007.
- DIES., Kirche, Krieg und Katholiken, (Hg.), Geschichte und Gedächtnis im 20. Jahrhundert, Freiburg 2014.
- HUMMEL, Karl-Joseph, Gedeutete Fakten: Geschichtsbilder im deutschen Katholizismus 1945-2000, in: Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, Paderborn 2007, S. 507-567.
- DERS., Umgang mit der Vergangenheit. Die Schuld Diskussion, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten, 2. Aufl. Paderborn 2010, S. 217-235.
- ISMAR, Gertrud, Aus meiner Kindheit und Jugendzeit, in: Erinnerungen an das alte Erp, Erper Bürgerinnen und Bürger berichten, Erftstadt-Erp 1995, S.35-38.
- JÄCKEL, Eberhard, Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz, 2. Aufl. Frankfurt/M. St. Sebastianus Schützenbruderschaft Lechenich e.V.(Hg.), 500 Jahre St. Sebastianus Schützenbruderschaft Lechenich e.V., Chronik 1508-2008, Lechenich 2008.
- JANSSEN, Wilhelm, Kleine rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997 (Veröffentlichung des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande der Universität Bonn).
- KAISER, Hans, Kempen unterm Hakenkreuz, Bd. 1: Eine niederrheinische Kreisstadt im Nationalsozialismus, Viersen 2013, Bd. 2: Eine niederrheinische Kreisstadt im Krieg, Viersen 2014.
- KESSLER, Walter, Kirchengemeinde (St. Alban) contra Zivilgemeinde, in: Jahrbuch 1999 Stadt Erftstadt, S. 50.
- KESTERNICH, Hermann-Josef, Katholische Kirche und Nationalsozialismus in der Stadt und im Altkreis Euskirchen – zwei Fallstudien, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, Euskirchen 2006, S. 365-473 (Jahresschrift Geschichtsverein des Kreises Euskirchen e.V.).
- KIEVERNAGEL, Peter, Unsere Schule in Kierdorf, Geschichte der ehemaligen Volksschule und heutigen Grundschule in Kierdorf, Kierdorf 2010.
- KISSENER, Michael, Chancen und Probleme regionalgeschichtlicher Forschungen zur NS-Zeit in forschungspraktischer Perspektive, in: Pohl, Karl-Heinrich/ Ruck, Michael

- (Hg.), *Regionen im Nationalsozialismus* (IZRG-Schriftenreihe, Bd. 10), Bielefeld 2003, S. 58-65.
- DERS., *Das Dritte Reich*, in: *Kontroversen um die Geschichte*, hrsg. von Bauernkämpfer, Arnd, Steinbach, Peter und Wolfrum, Edgar, Darmstadt 2005.
- DERS., *Der Weg in den Nationalsozialismus – eine Revolution. Zur Einführung*, in: Kißener, M. (Hg.), *Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34*, Darmstadt 2009, S. 7-13.
- DERS./ SCHOLTYSECK, Joachim, *Nationalsozialismus in der Provinz*, in: Dies. (Hg.) *Die Führer der Provinz, NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, 3. Aufl. Konstanz/München 2016, S. 11-29.
- DERS., *Katholiken im Dritten Reich: Eine historische Einführung*, in: *Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten*, 2. Aufl. Paderborn 2010, S. 13-35.
- DERS., *Ist Widerstand nicht das richtige Wort?* In: *Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten*, 2. Aufl. Paderborn 2010, 167-178.
- KITTEL, Manfred, *Die Legende von der „zweiten Schuld“, Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer*, Berlin/Frankfurt/M. 1993.
- KLEFISCH, Peter, *Entnazifizierung in Düren 1945-1949*, in: *Dürener Geschichtsblätter*, Nr. 84, Festschrift zum 100jährigen Jubiläum am 18. November 1997, Düren 1997, S. 525-554.
- KLEIN, Ansgar, *Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus im Siebengebirge*, Essen 2008. Diss. Phil.
- KLEINEBECKEL, Arno, *Unternehmen Braunkohle. Geschichte eines Rohstoffs, eines Reviers, einer Industrie im Rheinland*. Hg. v. d. Rheinische Braunkohlenwerke AG. 2. Aufl. Köln 1986
- KLÖNNE, Arno, *Jugend im Dritten Reich. Die HJ und ihre Gegner*, 3. Aufl. Köln 2008.
- KLUSA, Ekkehard, *Er lobte seine Mörder*, in: *Die Zeit*, Nr. 26 v. 18.6. 2014, S. 17.
- KÖSTERS, Christoph/ Mark Edward Ruff (Hg.), *Die katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Einführung*, Freiburg 2011.
- KÖSTERS, Christoph, *Katholisches Kirchenvolk 1933-1945*, in: *Die katholische Kirche im Dritten Reich, Eine Einführung*, S. 92-108.
- DERS., *Katholisches Milieu und Nationalsozialismus*, in: *Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten*, 2. Aufl. Paderborn 2010, S. 145-165.
- DERS.: *Katholiken im Dritten Reich: eine wissenschafts- und forschungsgeschichtliche Einführung*, in: *Die Katholiken und das Dritte Reich, Kontroversen und Debatten*, 2. Aufl. Paderborn 2010, S. 37-59.

- DERS., Kirche und Glaube an der „Heimatfront“, Katholische Lebenswelt und Kriegserfahrungen 1939-1945, in: Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, Paderborn 2007, S. 363-398.
- DERS. Zwangsarbeit und katholische Kirche 1939-1945, Geschichte und Erinnerung, Entschädigung und Versöhnung, Eine Dokumentation, hrsg. im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz von K. J. Hummel u. Chr. Kösters, Paderborn, München, Wien, Zürich 2008.
- KUROPKA, Joachim (Hg.), Grenzen des katholischen Milieus. Stabilität und Gefährdung Katholischen Milieus in der Endphase der Weimarer Republik und in der NS-Zeit, Münster 2013.
- LANGEN, Irmgard (Bearb.), Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976.
- LAUTEN, Willi, Vor 70 Jahren, Bomben auf Lechenich – der 29. Oktober 1944, in: Jahrbuch 2014 Stadt Erftstadt, S. 56-58.
- LESER, Ludwig, Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit, in: Erinnerungen an das alte Erp, Erper Bürgerinnen und Bürger berichten, Erftstadt-Erp 1995, S. 107-122.
- LESER, Peter, Die Bombardierung von Erp am 30.11.1944 aus amerikanischer Sicht, in: Jahrbuch 1998 Stadt Erftstadt, S. 134-137.
- LEWY, Guenther, Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965.
- LILL, Rudolf, Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Versuch einer Bilanz – mit besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz, in: Boonen, Philipp (Hg.), Lebensraum Bistum Aachen, Tradition, Aktualität, Zukunft, Aachen 1982, S. 140-176.
- LONGERICH, Peter, Heinrich Himmler, Biographie, 3. Aufl. München 2010.
- DERS., Hitler, Biographie, München 2015.
- LÜTTGENS, Karl J. (Hg.), Chronik des Kreises Schleiden/Euskirchen und seiner Nachbarn 1792-1980, Ereignisse- Personen-Orte-Daten-Zusammenhänge, Schleiden-Gemünd 2010.
- MAIER, Hans, Christlicher Widerstand im Dritten Reich – Perspektiven der Wahrnehmung nach 1945, in: Damberg, Wilhelm/Hummel, Karl-Joseph.(Hg), Katholizismus in Deutschland, Zeitgeschichte und Gegenwart, S. 39-47.
- DERS., Unbelohnte Bereitschaft, Theologische Mitläufer im nationalsozialistischen Staat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.9. 2015, Nr. 208, S. 6
- DERS.,(Hg.), Totalitarismus und politische Religionen, Konzepte des Diktaturvergleichs, Bde. I-III (Politik- und kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft), Paderborn 2004).

- MATZERATH, Horst, BARTSCH, Frank, OTHENGRAFEN, Ralf (Hg.), Auf dem Weg zur Erftstadt, Politik und Verwaltung im 19. und 20. Jahrhundert, Erftstadt 2015 (Schriften des Geschichtsvereins Erftstadt, 2).
- MATZERATH, Horst, Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945 (Geschichte der Stadt Köln, Bd. 12), Köln 2009.
- DERS., Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.
- MECKING, Sabine, Allenfalls Mitläufer? Entnazifizierung und Nachkriegsalltag am Beispiel der Stadtverwaltung Münster, in: Geschichte im Westen, Jg. 18 (2003), Heft 1, S. 63-81.
- MECKING, Sabine/WIRSCHING, Andreas (Hg.), Stadtverwaltung im National-Sozialismus, Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005.
- MENGE, Jochen, Bürgermeister Dr. Toll, Beiträge zu einer politischen Biographie, Teil 2, in: Jahrbuch des Frechener Geschichtsvereins, Bd. 9, Frechen 2013, S. 107-164.
- MERTENS, Annette, NS-Kirchenpolitik im Krieg. Der Klostersturm und die Fremdnutzung katholischer Einrichtungen 1940-1942, in: Kirchen im Krieg, Europa 1939-1945, Paderborn 2007, S. 245-264.
- MÖLLER, Horst, WIRSCHING, Andreas und ZIEGLER, Walter (Hg.), Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1996.
- MÖLLER, Horst, Regionalismus und Zentralismus in der neueren Geschichte. Bemerkungen zur historischen Dimension einer aktuellen Diskussion, in: Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer München 1996, S. 9-22.
- MÖLLERS, Martin H.W., Neue Mittelstädte im suburbanen Raum, Kommunale Neugliederung, wirtschaftlicher Wandel und politisch administrative Stadtentwicklungssteuerung - untersucht am Beispiel von Erftstadt und St. Augustin, Dortmund 1996.
- MOLITOR, Stephan, Spruchkammerverfahrensakten – Überlieferung zur Entnazifizierung als Quellen zur Geschichte des Dritten Reichs, Vorträge eines quellenkundlichen Colloquiums im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg am 13. Oktober 2001 in Bad Rappenau, Stuttgart 2004.
- MOMMSEN, Hans, Der Nationalsozialismus als säkulare Religion (Besier, Gerhard (Hg.), Zwischen „nationaler Revolution“ und militärischer Aggression. Transformationen in Kirche und Gesellschaft während der konsolidierten NS-Gewaltherrschaft 1934-1939) (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 48), München 2001.

- MORSEY, Rudolf, Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat 1933, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, Eine Einführung, Freiburg 2011, S. 35-49.
- MÜLLER, Helmut, M., Schlaglichter der deutschen Geschichte, 2. Aufl. Bonn 2003, Bundeszentrale für politische Bildung.
- MÜLLER, Hans Peter, 50 Jahre St. Josef, Köttingen 1924-1974. Ein Rückblick, Erftstadt- Köttingen 1974.
- MÜLLER, Rolf-Dieter, Der Zweite Weltkrieg, Darmstadt 2015.
- MÜLLER, Udo, Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Stadt Erftstadt zwischen 1939 und 1945, in: Jahrbuch 2002 Stadt Erftstadt, S. 127-135.
- NEFT, Maria-Regina, Öffentliche Festkultur, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Die braune Vergangenheit einer Region, Bd. 2, Euskirchen 2007, S. 507-558. Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Die braune Vergangenheit einer Region, Bde. 1-3, Euskirchen 2006, 2007, 2011.
- NELL-BREUNING, Oswald von, Brief an Bischof van der Velden vom 22.7.1945, in: Helbach, Ulrich (Bearb.), Akten der Bischöfe seit 1945, Bd. 1: Westliche Besatzungszonen (1945-1947), (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A; Quellen, Bd. 54, Dok. 29), S. 183.
- NIETHAMMER, Lutz, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1982.
- NOAKES, Jeremy, Nationalsozialismus in der Provinz: Kleine und mittlere Städte im Dritten Reich 1933-1945, in: Nationalsozialismus in der Region, S. 237-251.
- O'SULLIVAN, Michael E., Resistenz, Verweigerung und Kapitulation. Frauen, Jugend und das NS-Regime im Rheinland und in Westfalen, in: Kuropka, J. (Hg.) Grenzen des katholischen Milieus, Stabilität und Gefährdung katholischen Milieus in der Endzeit der Weimarer Republik und der NS-Zeit, Münster 2013, S. 215-236.
- OSTERMANN, Anne, Zwangsarbeit im Erzbistum Köln. Kirchliche Einrichtungen und ausländische Zivilarbeiter während des Zweiten Weltkriegs. (Studien zur Kölner Kirchengeschichte, hrsg. vom Historischen Archiv des Erzbistums Köln, 41. Band,) Siegburg 2011.
- OTHENGRAFEN, Ralf, Die Vertretung der Bürgerschaft: Gemeinde- und Stadträte in Erftstadt, in: Auf dem Weg zur Erftstadt, Erftstadt 2015, S. 112-153.
- DERS., Geheimnisvolle Pläne zu Neugliederungen im Gebiet der heutigen Stadt Erftstadt zwischen 1927 und 1939, in: Jahrbuch 2009 Stadt Erftstadt, S. 55-60.

- PAUL, Gerd/MALLMANN, Klaus Michael, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, Bonn 1995.
- PFARRGEMEINDERAT der Pfarrgemeinde St. Kilian (Hg.), Lechenicher Kirchengeschichte(n), Lechenich 2002.
- PLETT, Walter M., Die Schützenvereine im Rheinland und in Westfalen, 1789-1939, Diss.phil., Köln 1992.
- POHL, Dieter, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45, (1997), S. 1-48.
- RAUH-KÜHNE, Cornelia, Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35-70.
- DIES., Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft, Ettlingen 1918-1939, Sigmaringen 1991.
- DIES., Katholisches Sozialmilieu. Region und Nationalsozialismus, in: Nationalsozialismus in der Region, S. 213-235.
- RECKER, Josef, 250 Jahre St. Remigius, hrsg. vom Katholischen Pfarramt St. Remigius, Dirmerzheim 2008.
- REIBEL, Carl-Wilhelm, Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002.
- RHIEM, Christian, Erinnerungen, in: Erinnerungen an das alte Erp, Erper Bürgerinnen und Bürger berichten, Erftstadt-Erp 1995, S. 27-28.
- ROMBACH, Bert, Geschichte der Gemeinde Kierdorf, Kierdorf 2013.
- RÜNGER, Gabriele, Wer wählte die NSDAP? Eine lokale Fallstudie im Alt-Kreis Euskirchen an Hand der Ergebnisse der politischen Wahlen 1020 bis 1933, in: Aspekte des Nationalsozialismus, Euskirchen 1987 (Geschichte im Kreis Euskirchen, 1).
- RUFF, Mark E., Katholische Kirche und Entnazifizierung, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, Eine Einführung, Freiburg 2022, S. 142-153.
- DERS., Katholische Kirche im Dritten Reich - Kritik und Kritiker in der Adenauer-Ära, in: Damberg, Wilhelm/Hummel, Karl-Joseph(Hg.), Katholizismus in Deutschland, S. 25-38.
- SCHAEBEN, Jakob, Glocken, Geläute, Türme im ehemaligen Landkreis Euskirchen, hrsg. Rheinischer Verein für Denkmalspflege und Landschaftsschutz Köln, Köln 1977.
- SHELLENBERGER, Barbara, Katholische Jugend und Drittes Reich, Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes, 1933-1939, unter besonderer Berücksichtigung

- der Rheinprovinz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 17), Mainz 1975.
- SCHIRRMACHER, Thomas, Hitlers religiöse Sprache, Propaganda oder Glaube ?, in: Philipp Thull (Hg.), Christen im Dritten Reich, Darmstadt 2014, S. 11-20.
- SCHMIDT, Siegfried, Katholische öffentliche Büchereien- Schnittstellen zwischen lesender Kirche und säkularer Gesellschaft, in: Bibliothek 21, 1997, Nr. 3.
- SCHMITZ-EHMKE, Ruth, HERZOG, Monika, Die ehemalige Ordensburg Vogelsang, Architektur, Bauplastik, Ausstattung, Umnutzung (Arbeitsheft der rheinischen Denkmalspflege, 41), 4. Aufl. Worms 2010.
- SCHÖNBAUM, David, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1968.
- SCHOLTYSECK, Joachim, Freudenberg. Ein Familienunternehmen in Kaiserreich, Demokratie und Diktatur, München 2016.
- SCHRECKENBERG, Heinz, Erziehung, Lebenswelt und Kriegseinsatz der deutschen Jugend unter Hitler, Münster 2000.
- SCHREIBER, Jürgen, 150 Jahre SPD (1863-2013), Die Anfänge der SPD im Gebiet der Stadt Erftstadt bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten, in: Jahrbuch 2014 Stadt Erftstadt, S. 37-43.
- SCHRÖDER, Karl, Aufstieg und Fall des Robert Ley, Siegburg 2008.
- SCHÜLER, Volker H.W. und COENEN, Manfred, Die Brikettfabrik Donatus, 1890-1959, Documenta Berchemensis, Bd. 5 (Selbstverlag) Frechen 2004.
- SCHÜLER, Volker H., Der Kreis Bergheim in nationalsozialistischer Zeit, Bd. 1: Zwischen Kirche und Hakenkreuz, 1928-1935, Bedburg 1993, Bd. 2: Rheinlandbesetzung und Rassenhass, 1936-1938, Bedburg 1995, Bd. 3: Vom Hakenkreuz zum Sternenbanner, 1939-1945, Bedburg 1996.
- SIMON, Johann, Tauwetter, Erinnerungen, Ahrem 1998., StAEft, Stadthistorische Bibliothek.
- SIMONS, Peter, Bliesheim, Kreis Euskirchen. Geschichte der kölnischen Stiftsherrschaft Mariengraden, Selbstverlag 1936.
- SOMMERSBERG, Annika, Der Hitler-Mythos im Westdeutschen Beobachter, Euskirchen Im Dritten Reich, Diss. phil., Bonn 2005.
- SPEER, Albert, Erinnerungen, Frankfurt/M., Berlin 1976.
- SPOERER, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegs-Gefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart/München 2001.

- STAATZ, Peter, Peter Josef Schmitz, Bürgermeister in Düren 1933-1942. Eine biographische Skizze, in: Dürener Geschichtsblätter Nr. 86, S. 65-214.
- STADT ERFTSTADT, Kulturamt (Hg.), Jahrbücher der Stadt Erftstadt 1991-2017.
- STEINERT, Marlies G., Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der Deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970.
- STOLLEIS, Michael, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 4: Staats- und Verwaltungswissenschaft in West und Ost 1945-1990. Umfassende Dokumentation der Entwicklung des öffentlichen Rechts in der Zeit von 1945-1990, München 2012.
- STOLZ, Helene, Das Fuhrgeschäft Heidgen, in: Erinnerungen an das alte Erp, Erper Bürger und Bürgerinnen berichten, Hrsg. Arbeitskreis zur Erper Dorfgeschichte, Erftstadt-Erp 1995, S. 73-74.
- STOMMEL, Karl, Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg (I), in: Jahrbuch 2000, Stadt Erftstadt, S. 97-120
- DERS., Stadt und Kirche, in: Lechenich. 700 Jahre Stadtrechte 1279-1979, Festzeitschrift zur 700-Jahr-Feier der Stadtrechtsverleihung an die Stadt Lechenich am 15. September 1279, hrsg. von der Bürgergesellschaft e.V., Sitz Lechenich, Lechenich 1979, S. 61-74.
- DERS., Vor 700 Jahren, in: Lechenich, 700 Jahre Stadtrechte 1279-1979, S. 11-31.
- DERS. und STOMMEL, Hanna (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Stadt Erftstadt, Bd. 5 (1670-1798), Erftstadt 1998.
- SÜSS, Dietmar, Christen und nationalsozialistische Gesellschaft im Krieg. Diskussions-Bericht, in: Kirchen im Krieg 1939-1945, Paderborn 2007, S. 467-469.
- DERS., Nationalsozialistische Religionspolitik, in: Die katholische Kirche im Dritten Reich, Eine Einführung, Freiburg 2011, S. 50-63.
- SÜSS, Winfried, Antagonistische Kooperationen. Katholische Kirche und nationalsozialistisches Gesundheitswesen in den Kriegsjahren 1939-1945, in: Kirchen im Krieg 1939-1945, Paderborn 2007, S. 317-341.
- SZEJNMANN, Claus-Christian W., Theoretisch methodische Chancen und Probleme regionalgeschichtlicher Forschungen zur NS-Zeit, in: Ruck, Michael /Pohl, Karl Heinrich (Hg.), Regionen im Nationalsozialismus, (IZRG, Bd. 10, hrsg. vom Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte) Bielefeld 2003.
- THAMER, Hans-Ulrich, Heilsversprechen und Sendungsbewusstsein – Der „Neue Mensch“ in der Ikonographie und im politischen Kult der NS-Ordensburgen, in: Ring, Klaus/Wunsch, Stefan (Hg.), Bestimmung Herrenmensch, NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen, Vogelsang 2016, S. 274-283.

- TRIPPEN, Norbert, Josef Kardinal Frings (1887-1978). Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland, Bd. 1 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 94), Paderborn 2003.
- THULL, Philipp, (Hg.), Christen im Dritten Reich, Darmstadt 2014.
- VOLK, Ludwig (Bearb.), Akten der deutschen Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd. VI: 1943-1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeit-Geschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 38), Mainz 1985.
- VOLLNHANS, Clemens (Hg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991.
- WALLRAFF, Horst, Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich. Tradition und „Tausendjähriges Reich“ in einer rheinländischen Region 1933-1945, 2.verb Aufl. Düren 2000.
- WEBER, Matthias, 75 Jahre KAB in Erftstadt-Gymnich, Festschrift zur Feier des 75-jährigen Bestehens am 6. Dezember 1981, Gymnich 1981.
- DERS., Die höhere Schule zu Lechenich. Erinnerungen an die Schulzeit 1939-1943, in: Jahrbuch 1995 Stadt Erftstadt, S. 21-29.
- DERS., Erftstadt-Gymnich, Heimatbuch, Köln 1984.
- WEITZ, Reinhold, Anfänge und Aufstieg der NSDAP, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, S. 93-163.
- DERS., Das Kulturleben in der Nordeifel unter dem Nationalsozialismus – Zwischen Heimatbewegung und Blut-und-Boden-Ideologie, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 3: Kultur, Wirtschaft, Tourismus, Euskirchen 2011, S. 81-176.
- DERS., Der Nationalsozialismus an der Macht, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Die braune Vergangenheit einer Region, Bd. 1, S. 253-330.
- DERS., Die Entnazifizierung oder der Umgang mit der Vergangenheit, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 2, S. 948-981.
- DERS., Machtergreifung und Gleichschaltung 1933/34, in: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Bd. 1, S. 165-252.
- Wider das Vergessen, Friesheim 1930-1950 in Bildern, Dokumenten und Erzählungen, VIII. Friesheimer Burgfest vom 2. bis 4. September 2005, Erftstadt-Friesheim, 2005.
- WIELSPÜTZ, Hermann-Josef, Der Gymnicher Ritt, seine Entstehung und Feier, Erftstadt-Gymnich 2006, S. 20-22.
- WILDENBURG, Matthias, Redagdör – wie schreibt man das? Erinnerungen eines Journalisten, Norderstedt, o. J., Privatdruck.

- WINKLER, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, 5. Aufl. München 2002.
- WIRSCHING, Andreas, Nationalsozialismus in der Region. Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Nationalsozialismus in der Region, S. 25-46.
- WISSKIRCHEN, Josef, 200 Jahre Geschichte Stommeln, Bd. 2: 1914-1945, Pulheim 2001.
- DERS.: Reichspogromnacht an Rhein und Erft 9./10. November 1938 – Eine Dokumentation Pulheim 1988.
- DERS.: Schutzhaft 1933/34 in Erftstadt, in: Nationalsozialistische Schutzhaft 1933/34 im Rhein-Erft-Kreis und im Kreis Düren (Hrsg. Josef Wißkirchen), voraussichtliche Erscheinung Oktober /November 2018.
- WITETSCHEK, Helmut, Der gefälschte und der echte Mölders-Brief, in: VfZG 16, 1968, S. 60-65.
- WOLLASCH, Hans-Josef, Caritas im Dritten Reich und im Zweiten Weltkrieg, (Gatz, Erwin (Hg.), Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), Bd. V: Caritas und soziale Dienste, Freiburg, Basel, Wien 1997.
- ZEHNDER, Frank Günter/SCHÄFKE, Werner, (Hg.), Der Riss im Himmel, Clemens August und seine Epoche, Katalog zum Gesamtprojekt Bonn-Brühl-Köln-Jülich-Miel, 13.Mai bis 1. Oktober 2000, Köln 2000.
- ZIEMANN, Benjamin, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945-1975 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 175), Göttingen 2007.

13.3 Internet

DOCUMENT ARCHIV (Hg.), Dokumenten- und Quellensammlung, <http://www.documentarchiv.de/ns/1935/flaggen-1935-ges.html>, besucht am 13. 2. 2017.

STADT ERFTSTADT, <http://www.erftstadt.de/web/infos-zu-erftstadt/die-stadt-in-zahlen>, eingesehen am 13. 2. 2017.

FAUST, Anselm, Die Entnazifizierung im nördlichen Rheinland, in: Portal Rheinische Geschichte, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20im%2020,%2>, eingesehen am 13. 2. 2017.

KELLER, Christiane und MITTMANN, Thomas, „Kirchenkampf“ und „Societas perfecta“. Die christlichen Kirchen und ihre Vergangenheit, in: Portal Zeitgeschichte online, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/kirchenkampf-und-societas-perfecta>, eingesehen am 13. 2. 2017.

MERTENS, Annette, Klostersturm im Rheinland, in: Portal Rheinische Geschichte, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%im%2020,%2>, eingesehen am 13. 2. 2017.

PORTAL RHEINISCHE GESCHICHTE, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/widerstandskarte/-layouts/Widerstand-Service>, eingesehen am 13. 2. 2017.

WALLRAFF, Horst, Nationalsozialistische Gaue, in: Portal Rheinische Geschichte, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab/1815/Nationalsozialistische%20Gae%20>, eingesehen am 13. 2. 2017.